

Rechtsextreme Gewalt in deutschen Printmedien.
Eine geschichtssoziologische Analyse der Berichterstattung zum
„Nationalsozialistischen Untergrund“ („NSU“).

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von
Felix Marcinowski
aus Ludwigshafen am Rhein

München, 2017

Erstgutachterin: Prof. Dr. Hella von Unger

Zweitgutachter: Prof. Dr. Michael Meyen

Datum der mündlichen Prüfung: 14.12.2017

Danksagung

Ich möchte mich bei allen jenen Menschen bedanken, die einen maßgeblichen Anteil an der Realisierung der vorliegenden Arbeit haben.

An erster Stelle möchte ich hierbei meine Doktormutter, Prof. Dr. Hella von Unger, nennen. Mit ihrer stets herzlichen und gleichzeitig in der Sache zielgerichteten sowie konstruktiven Betreuung hat sie mir in den Hoch-, aber auch den Tiefphasen meiner Promotion zur Seite gestanden und mich niemals die Motivation verlieren lassen. Das habe ich nie als selbstverständlich angesehen. Darüber hinaus gilt mein besonderer Dank Prof. Dr. Michael Meyen, der den Entstehungsprozess der vorliegenden Arbeit als Zweitbetreuer nicht minder positiv mitgeprägt hat.

Auch möchte ich allen ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der Qualitativen Forschungswerkstatt des Lehr- und Forschungsbereichs für Qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung danken. In einer stets positiven und von gegenseitiger Wertschätzung geprägten Atmosphäre habe ich immer gerne mit Euch über meine, aber auch über Eure Forschungen diskutiert. Hierbei habe ich viele wertvolle Anregungen mitnehmen können, die in die vorliegende Arbeit eingeflossen sind. Ein weiterer Dank gilt Julia Feiler, Tanja Robnik und Marlene Eder, mit denen ich mich immer in freundschaftlicher Atmosphäre über Wissenschaft und Alltag austauschen konnte. Darüber hinaus gilt mein Dank der Studienstiftung des Deutschen Volkes für die finanzielle, aber auch die ideelle Förderung meines Promotionsvorhabens. Explizit sei hierbei auch mein Vertrauensdozent, Prof. Dr. Marc-Aeilko Aris, genannt.

Eine ganz besondere Erwähnung gilt meinen Eltern, die mich in den Jahren meiner wissenschaftlichen Ausbildung immer unterstützt und mir trotz – oder gerade wegen – gelegentlicher unterschiedlicher inhaltlicher Auffassungen stets neue Perspektiven aufgezeigt haben. Dafür bin ich sehr dankbar. Auch möchte ich meinen Geschwistern Lisa und Moritz sowie Sarah, Camilo, Oscar und Eva für tolle gemeinsame Erlebnisse und prägende Erfahrungen danken. Darüber hinaus gilt mein Dank all meinen lieben Freunden und hierbei ganz besonders Jonathan, Julian, Leo und Philipp für bereichernde Reisen und modische Highlights.

Last, aber ganz sicher nicht least möchte ich Dir danken, Lisa. Du lässt mich jeden Tag optimistisch und voller Freude angehen und hast mehr zum Entstehen dieser Arbeit beigetragen, als Dir vermutlich bewusst ist.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	vii
Zeichenlegende	ix
Abbildungsverzeichnis	x
1 Einleitung, Fragestellung und Aufbau der Arbeit	11
2 Stand der Forschung und Theorie	17
2.1 Ereignisgeschichte und Berichterstattung	17
2.1.1 Analysen der Berichterstattung zu Verbrechen mit einem rechten Hintergrund	17
2.1.2 Das Oktoberfestattentat	23
2.1.3 Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen	27
2.1.4 Der ‚NSU‘	34
2.2 Zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft	41
2.2.1 Eine Einordnung von Soziologie und Geschichtswissenschaft	41
2.2.2 Positionen zur Kooperation von Soziologie und Geschichtswissenschaft	47
2.2.3 Die Soziologie und das ‚Dritte Reich‘	51
2.2.4 Die vorliegende Arbeit als soziologisch-historisches Projekt	53
2.3 Das Konzept der Erinnerungskultur	55
2.3.1 Erinnerung und Gegenwart	56
2.3.2 Basiserzählung und Basisdiskurs	58
2.3.3 Die verschiedenen Phasen der deutschen Erinnerungskultur nach 1945	60
2.3.4 Erinnern an die DDR	69
2.3.5 Erinnerungskultur und ‚NSU‘	70
2.4 Massenmedien, Öffentlichkeit und Diskurse	74
2.4.1 Die „Öffentlichkeitsaufgabe“ des Journalismus	74

2.4.2	Die deutsche (Print-)Medienlandschaft	77
2.4.3	Die Entwicklung der Wirkungslogik von Massenmedien	82
2.4.4	Die Frage der medialen Objektivität.....	86
2.4.5	Medien und ‚Fremdheit‘	88
2.4.6	Die Darstellung von Rechtsextremismus in den Medien.....	92
3	Methodische Herangehensweise – die historische Diskursanalyse.....	93
3.1	Zur historischen Diskursanalyse	93
3.2	Facetten von Realität in verschiedenen Kontexten	94
3.3	Die Frage der Korpusbildung.....	97
3.4	Die Kontextanalyse	100
3.5	Die Analyse der Aussagen	101
4	Empirische Befunde.....	105
4.1	Ethnizität, Inklusion und Exklusion – die Verhandlung der Opfer und der Täter/-innen...	105
4.2	Gefährlichkeit, Vereinfachung und Verharmlosung – – Einordnungen des Rechtsextremismus	145
4.3	Verweise auf alte und neue Feindbilder – DDR, Linksextremismus und Islamismus	168
4.4	Geistige Verwandtschaft und personelle Verstrickungen – ‚Drittes Reich‘ und NPD	199
4.5	Soziale Nöte und Rassismus – gesellschaftliche Einstellungsmuster.....	211
4.6	Gefährdete Demokratie und der Ruf Deutschlands im Ausland – potenzielle Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft.....	223
4.7	Wahlkampf, Schuldzuweisungen und Entfremdung – die Bewertung der Politik	233
4.8	Vom strukturellen zum individuellen und institutionellen Versagen – die Bewertung der Behörden	251
4.9	Zusammenfassung der Muster	269
5	Diskussion der Ergebnisse.....	296
6	Resümee und Ausblick.....	319

7	Literaturverzeichnis	337
8	Quellenverzeichnis	354

Abkürzungsverzeichnis

BKA:	Bundeskriminalamt
BpB:	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD:	Bundesrepublik Deutschland
BZ:	Berliner Zeitung
DDR:	Deutsche Demokratische Republik
DISS:	Duisburger Institut für Sprach- und Sozialwissenschaften
FAZ:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GT:	Göttinger Tagblatt
HTS:	Hochschulring Tübinger Studenten
IfD Allensbach:	Institut für Demoskopie Allensbach
,IS':	,Islamischer Staat'
LKA:	Landeskriminalamt
MfS/Stasi:	Ministerium für Staatssicherheit
NNN:	Norddeutsche Neueste Nachrichten
NS:	Nationalsozialismus
NSDAP:	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
,NSU':	,Nationalsozialistischer Untergrund'
OBS:	Otto-Brenner-Stiftung
o.T.:	ohne Titel
o.V.:	ohne Verfasser
OZ:	Ostseezeitung
RAF:	Rote Armee Fraktion
SA:	Sturmabteilung
SäZ:	Sächsische Zeitung

SED:	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SS:	Schutzstaffel
SZ:	Süddeutsche Zeitung
taz:	Die Tageszeitung
,THS':	, Thüringer Heimatschutz'
UdSSR:	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
WSG:	Wehrsportgruppe
ZAst:	Zentrale Aufnahmestelle

Zeichenlegende

- Wort[...]:** Streichung eines oder mehrerer Buchstaben in einem Wort im Zitat durch den Autor der vorliegenden Arbeit
- Wort [...]:** Streichung eines oder mehrerer Worte im Zitat durch den Autor der vorliegenden Arbeit
- Wort[Buchstabe]:** Hinzufügung eines Buchstabens im Zitat durch den Autor der vorliegenden Arbeit
- [Wort]:** Hinzufügung eines Wortes im Zitat durch den Autor der vorliegenden Arbeit
- [sic]:** Fehler in Rechtschreibung oder Grammatik im Zitat

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Tabelle ,Parteipräferenzen Journalist(inn)en'; Angaben in %, Quelle: eigene Abbildung nach Weischenberg/Malik/Scholl 2006, S. 71.....	81
Abbildung 2: Foto ,Claudia R.', Quelle: <i>BILD</i> vom 29.09.1980, S. 1	106
Abbildung 3: Foto ,Verängstigte Mutter', Quelle: <i>BILD</i> vom 25.08.1992, S. 1	113
Abbildung 4: Foto ,Die Schande von Rostock', Quelle: <i>BILD</i> vom 26.08.1992, S. 1	114
Abbildung 5: Foto,Phantombild I', Quelle: <i>BILD</i> vom 18.06.2005, S. 3.....	130
Abbildung 6: Foto ,Phantombild II', Quelle: <i>BILD</i> vom 12.04.2006, S. 3	131
Abbildung 7: Foto ,Wir werden Rache nehmen', Quelle: <i>BILD</i> vom 29.09.1980, S. 3.....	149
Abbildung 8: Foto ,Combat 18', Quelle: <i>BILD</i> vom 26.11.2011, S. 8.....	163
Abbildung 9: Foto ,Manöver', Quelle: <i>BILD</i> vom 04.10.1980, S. 8.....	173
Abbildung 10: Foto ,Winterübung', Quelle: <i>BILD</i> vom 29.09.1980, S. 4	201
Abbildung 11: Foto ,Ministerpräsident Strauß', Quelle: <i>BILD</i> vom 29.09.1980, S. 4.....	237
Abbildung 12: Tabelle ,Ergebnisse Umfrage Unrechtsstaat'; Angaben in %. Quelle: eigene Darstellung nach: Noelle-Neumann/Piel (1983), S. 191.....	303

1 Einleitung, Fragestellung und Aufbau der Arbeit

Am 4. November 2011 überfielen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos eine Bank in Eisenach. Verfolgt und gestellt von der Polizei, begingen beide Selbstmord (Siri/Schmincke 2013, S. 11). Was zunächst für einen ‚normalen‘ Raubüberfall gehalten wurde, offenbarte kurz darauf einen der größten Skandale der deutschen Nachkriegsgeschichte. Böhnhardt und Mundlos waren mutmaßlich gemeinsam mit Beate Zschäpe Teil einer Terrororganisation unter dem eigens für diese erdachten Namen ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ (,NSU‘), die aus rechtsextremen Motiven heraus mindestens zehn Menschen ermordete: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşik, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Des Weiteren wird dem ‚NSU‘ mindestens ein Nagelbombenattentat in der Kölner Keupstraße vorgeworfen (Siri/Schmincke 2013, S. 11). In der Folge wurden Untersuchungsausschüsse eingesetzt, um zu klären, wie der ‚NSU‘ zwischen 2002 und 2007 unbehelligt morden konnte. Darüber hinaus stellte sich die Frage, wieso der Staat, die Medien und die Gesellschaft hinter der Mordserie kein rassistisches Motiv erkannten.

Die Literaturwissenschaftlerin Nadja Ofuatey-Alazard (2011, S. 142) merkt an, dass die deutschen Debatten über Rassismus bis tief in die 1980er-Jahre hinein exklusiv auf den Nationalsozialismus (NS) beschränkt geblieben seien. Dieser sei als abgeschlossen angesehen worden, wodurch in der Gesellschaft der Konsens vorgeherrscht habe, Rechtsextremismus existiere hierzulande entweder nicht oder sei kein größeres Problem (Ofuatey-Alazard 2011, S. 142 f.). Dass das ‚Dritte Reich‘¹ jedoch nur bedingt als abgeschlossen betrachtet und wissenschaftlich gefestigte Erkenntnisse zu revidieren versucht werden, zeigt sich bspw. in der Causa Oettinger/Filbinger des Jahres 2007. Hier versuchte der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU), seinen früheren Vorgänger Hans Filbinger (CDU) als Nazigegner zu stilisieren (Welzer 2007, S. 563). Oettingers Ausführungen zu Filbinger, der nachweislich NSDAP- und SA-Mitglied war und als Marinerechter Todesurteile gefällt hatte, zeigen Harald Welzer (2007, S. 563) zufolge, wie gefühlte Geschichte wissenschaftlich untermauerte Geschichte unterminieren und revidieren kann. Welzer merkt an:

¹

Das ‚Dritte Reich‘ wird im Christentum ursprünglich als das Reich des Heiligen Geistes verstanden und wurde von der NSDAP für ihre Zwecke umgedeutet. Ist in der vorliegenden Arbeit vom ‚Dritten Reich‘ die Rede, ist die Herrschaft der Nationalsozialist(inn)en von 1933 bis 1945 in Deutschland gemeint.

Und damit beginnt das eigentliche Problem, an dem sich auch 60 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus nichts grundlegend geändert hat – die Schwierigkeit zu akzeptieren, dass sich Menschen, die sich selbst für moralisch, rechtschaffen und gut halten, in erschreckend kurzer Zeit für ausgrenzendes, diskriminierendes und in letzter Konsequenz sogar für mörderisches Verhalten anderen gegenüber entscheiden konnten. Immer wieder kommt es deshalb nicht nur in der Politik oder in den Alltagserinnerungen, sondern auch in der Wissenschaft zu Versuchen, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu exterritorialisieren, so, als hätten nicht die nichtjüdischen Deutschen sie begangen, sondern irgendjemand anderes. (Welzer 2007, S. 563)

Geschichtsschreibung und -wahrnehmung sind somit also keine starren Konstrukte, sondern konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Die Lesart historischer Ereignisse ist stets kulturellen und gesellschaftlichen Gegebenheiten einer bestimmten Zeit unterworfen (Welzer 2007, S. 575 f.). Ebenso verhält es sich mit dem gesellschaftlichen Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund, wie Birgit Rommelspacher bemerkt. Das „Bild vom Anderen“ sei „ständig im Fluss“, sodass bspw. heute ‚der‘ Islam vielerorts als vermeintlicher Gegenspieler des Westens und somit Projektionsfolie für rassistische Ressentiments ausgemacht werden könne, während diese noch einige Jahre zuvor auf Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen gerichtet worden seien (Rommelspacher 2002, S. 99).² Die Beobachtung historischer Unterschiede in den Wahrnehmungen von NS, Rechtsextremismus und ‚Fremdheit‘ hat die in dieser Arbeit gewählte interdisziplinäre historisch-soziologische Herangehensweise unter Hinzunahme kommunikationswissenschaftlicher Theorien maßgeblich beeinflusst. So wurde Aleida Assmann (2016, S. 132) zufolge mit dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ zum ersten Mal in Deutschland öffentlich anerkannt, dass organisierter Terrorismus nicht nur aus dem linken oder dem islamistischen, sondern auch aus dem rechten Spektrum kommen kann. Darüber hinaus könnten wichtige Schlüsse aus dem gesellschaftlichen Umgang mit den ‚NSU‘-Morden gezogen werden:

Die über Jahre anhaltende Mordserie hat einen zentralen Schwachpunkt unserer Gesellschaft aufgedeckt: Selbstbezüglichkeit und Indifferenz gegenüber Anderen, die von vornherein aus der Gruppe der relevanten und gleichwertigen Anderen ausgeschlossen sind. Es geht dabei um einen Mangel an Empathie, die über alle kulturellen Unterschiede und sozialen Differenzen hinweg einen Sinn für die basale Ähnlichkeit zwischen Mensch und Mensch aufrechthält, der immer wieder durch zivile Akte der Würdigung und Anerkennung bestätigt werden muss. Empathie artikuliert sich in Formen der sozialen Anerkennung, emotionalen Anteilnahme und politischen Solidarisierung. Wo Achtung und Vertrauen entzogen sind, entsteht unter den Abgewerteten ein Milieu der Verunsicherung, der Zerstörung ihrer Selbstachtung und Würde, der Isolierung und der Angst. (Assmann 2016, S. 138)

Es stellt sich die Frage, ob dieser „Mangel an Empathie“ spezifisch dem Umgang mit den ‚NSU‘-Opfern zuzusprechen ist (Assmann 2016, S. 138). Somit geht es darum, Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Diskurs über Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund auszumachen. Hierzu soll

² Dies bedeutet nicht, dass es keinen ‚allgemeinen‘ Rassismus mehr gibt, die Konzentration auf ‚den‘ Islam hat sich jedoch verstärkt.

eine Untersuchung medialer Muster mithilfe der historischen Diskursanalyse vorgenommen werden. Diese Herangehensweise wurde gewählt, da „Medien aus der Flut der tagtäglichen Ereignisse nur bestimmte Ereignisse auswählen und diese in einer sehr spezifischen Form präsentieren“ (Althoff 1997, S. 392). In der Folge kann man, Althoff (1997, S. 392) folgend, davon ausgehen, dass Medien Produzenten von dem, was wir als Wirklichkeit wahrnehmen, sind. Sie seien „ein aktives Element des sozialen Prozesses, aus dem eine Vorstellung von Wirklichkeit erst hervorgeht“ (Althoff 1997, S. 392). Entscheidend hierbei sei, dass die mediale Wirklichkeit von der Leserschaft als plausibel angenommen werden müsse. Diese Plausibilität selbst sei „abhängig vom gesellschaftspolitischen Kontext“, sodass sich aus medialer Berichterstattung „gesellschaftliche Deutungsmuster“ und „Normalitätsvorstellungen einer Gesellschaft“ ablesen lassen würden (Althoff 1997, S. 392).

Christian Bangel (2013, S. 72), Chef vom Dienst der Wochenzeitung *DIE ZEIT*, merkte auf einer Tagung des Sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz an, dass Journalist(inn)en „Teil der deutschen Eliten“ seien und viele Vertreter/-innen der Zunft den Rechtsextremismus entweder „verniedlicht, relativiert, verschwiegen“ oder „dramatisiert, vereinfachend zugespitzt, übertrieben“ hätten. Mit dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ sei in Deutschland die bislang intensivste Auseinandersetzung mit rechter Gewalt erfolgt, was zur Frage führe, ob diese Fokussierung andauern oder rasch wieder von anderen Thematiken überlagert werde (Bangel 2013, S. 72). Darüber hinaus stelle sich die Frage, ob sich per se etwas im gesellschaftlichen und medialen Umgang mit dem Rechtsextremismus verändert habe oder ob die bislang bekannten Muster der „panischen Skandalisierung“ und entgegengesetzt des „Verschweigens“ weiter im Vordergrund stünden (Bangel 2013, S. 72). Bangel konstatiert diesbezüglich Folgendes:

Erinnern wir uns an die Stimmung, die am Vorabend der NSU-Aufdeckung herrschte: Da war die populäre, aber denkfaule Vorstellung, das Thema Rechtsextremismus werde sich irgendwann von selbst erledigen, wenn sich die wirtschaftliche Lage bessert, wenn also die organisierten Neonazis endlich Arbeitsplätze hätten. Ähnlich hanebüchen folgendes Argument: Deutschland hat Neonazis wie jedes andere europäische Land auch. Das akzeptieren zu lernen, gehört zum Erwachsenwerden dieser Nation (Bangel 2013, S. 74 f.).

Bangel (2013, S. 73 f.) zufolge haben die meisten Journalist(inn)en mit Blick auf die Berichterstattung vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ „versagt“. Dies äußere sich u. a. durch die Stigmatisierung der Opfer mittels des Begriffes ‚Dönermorde‘, ein zu großes Vertrauen in Informationen der Sicherheitsbehörden, aber auch im journalistischen Gleichmut, mit dem man dem Rechtsextremismus „abseits der Erregungsphasen“ begegne, obwohl rechtsextreme Morde regelmäßig in Deutschland geschähen (Bangel 2013, S. 74). Diese Beobachtungen eines Journalisten möchte die vorliegende Arbeit wissenschaftlich untersuchen. Hierfür werden den ‚NSU‘-Morden andere Verbrechen mit

rechtsextremem Hintergrund in der Geschichte der Bundesrepublik gegenübergestellt. Untersucht wird in der Folge die mediale Berichterstattung zum Oktoberfestattentat (1980), zum Pogrom³ von Rostock-Lichtenhagen (1992) und zu den ‚NSU‘-Morden. Die ‚NSU‘-Morde werden in zwei Untersuchungsebenen aufgeteilt. Die Berichterstattung vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ wird in der Folge die unmittelbare Berichterstattung, oder auch erste Phase der ‚NSU‘-Morden genannt, während die Berichterstattung nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ als Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morden bzw. zweite Phase bezeichnet wird. Unter den ‚NSU‘-Morden werden in der vorliegenden Arbeit die als sog. ‚Dönermorde‘ bekannt gewordenen Tötungen von Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşik und Halit Yozgat verstanden. Die Ausklammerung des Mordes an Michèle Kiesewetter und des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße soll die entsprechenden betroffenen Personen nicht herabwürdigen oder ihnen den Status als ‚NSU‘-Opfer verweigern. Es ist dennoch nötig, eine Einschränkung des sehr umfangreichen Untersuchungsfeldes vorzunehmen, da bspw. die Analyse der medialen Abdeckung des Mordes an Michèle Kiesewetter Material für eine eigene wissenschaftliche Arbeit bietet und dessen Bedeutung innerhalb einer separaten Studie herausgearbeitet werden sollte. Mit einer qualitativen historisch-diskursanalytischen Betrachtung der Berichterstattung von *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* zu den genannten Ereignissen soll der Forschungsfrage nachgegangen werden, *inwiefern Kontinuitäten und Brüche in der medialen Berichterstattung zu Verbrechen mit einem rechtsextremen Hintergrund in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten sind*. Darauf aufbauend soll eine Annäherung an die Frage geleistet werden, *ob die unmittelbare Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden historisch einzigartig war, oder als Kontinuität des medialen Umgangs mit dem Phänomen des Rechtsextremismus angesehen werden kann*.

Zur Klärung dieser Fragen wird in der Folge zunächst darauf eingegangen, wie die Forschung sich bislang mit der medialen Abdeckung von Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund beschäftigt hat. Hierzu werden einerseits Analysen rechter Verbrechen allgemein, aber auch spezifische Analysen zum Oktoberfestattentat, zu Rostock-Lichtenhagen und zum ‚NSU‘ beachtet. Hinzu kommt eine Darstellung der entsprechenden Ereignisse, da die Analyse derselben es erforderlich macht, sich mit der Ereignisgeschichte auseinanderzusetzen. Diese Notwendigkeit wird u.a. in Kapitel 2.2 verdeutlicht.

³ Die Angriffe auf die Menschen in Rostock-Lichtenhagen werden in dieser Arbeit als Pogrom verstanden. Nähere Ausführungen zu dieser in der Forschung weitverbreiteten Meinung können dem Aufsatz ‚Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl‘ von Thomas Prenzel (2012, S. 9 ff.) entnommen werden.

licht, das auf den interdisziplinären historisch-soziologischen Anspruch der Arbeit ausführlicher eingeht.

Danach erfolgt die Erörterung des Konzeptes der Erinnerungskultur. Die vorliegende Studie vertritt die These, dass die Art und Weise, in der die Gesellschaft Verbrechen mit einem rechtsextremen Hintergrund begegnet, auch damit zusammenhängt, wie sie an das sog. ‚Dritte Reich‘ und den Holocaust erinnert. Diese Erinnerungskultur ist in verschiedene historische Phasen unterteilt, sodass sie aufschlussreich für die soziologisch-historische Analyse der medialen Aufarbeitung von rechtsextremen Verbrechen ist.

Da sich die vorliegende Dissertationsschrift mit der Analyse von Artikeln in den Printmedien beschäftigt, wird in Kapitel 2.4 zunächst auf die Aufgaben und die Struktur der Medienlandschaft Bezug genommen, um im Anschluss daran kommunikationswissenschaftliche Theorien und darüber hinaus Aspekte des journalistischen Umgangs mit ‚Fremdheit‘ und Rechtsextremismus vorzustellen, die bei der Untersuchung und Einordnung des empirischen Materials eine wichtige Rolle spielen.

Im dritten Kapitel wird die Auswahl der historischen Diskursanalyse als Methode begründet und näher auf ihre Funktionsweise eingegangen. Kapitel 4 widmet sich schließlich den empirischen Befunden. Im Zuge der Untersuchung wurden verschiedene Ebenen in der Berichterstattung ausgemacht, die im empirischen Kapitel besprochen und zu Mustern geformt werden. Zunächst wird auf die Darstellung der Opfer⁴ und der Täter/-innen rekurriert, gefolgt von der medialen Einordnung des Rechtsextremismus. Kapitel 4.3 widmet sich der Frage, inwiefern DDR, Linksextremismus und Islamismus als Vergleichsfolien eine Rolle in der Berichterstattung gespielt haben.⁵ Im darauffol-

⁴ Als Opfer werden in der vorliegenden Arbeit diejenigen Personen verstanden, die im Zuge der untersuchten Taten direkt von den Täter/-innen bei ihren Angriffen adressiert wurden. Weitergehend werden aber auch die Angehörigen, beispielsweise von den vom ‚NSU‘ ermordeten Menschen im weiteren Sinne als Opfer verstanden, da die Taten einen massiven und ungewollten Einfluss auf ihr Leben genommen haben. Hierbei wird sich an die von Schmid und Storni (2009, S. 45) vorgenommene Definition angelehnt die besagt, dass die Opfererfahrung „in Zusammenhang mit einem konkreten Ereignis stehen“ muss, die Tat „einer Person oder Gruppe vollständig zuzurechnen“ sein muss und in einer Situation stattfindet, „in der der Täter beziehungsweise die Täter auch anders hätten handeln können. Des Weiteren muss die Tat „eine Verletzung von sozialen Normen“ darstellen,“ die durch das Recht legitimiert sind“.

⁵ Dem Autor der vorliegenden Dissertation ist die Problematik der Begrifflichkeit des Extremismus und der dazugehörigen Einordnung bewusst. Gerd Wiegel (2011, S. 223) stellt dar, wie durch den Extremismus-Ansatz im politischen Bereich eine Linie erscheint, „auf der ein großer Mittelbereich scharf von den linken und rechten Rändern abgegrenzt ist“, und hierdurch eine politisch-verantwortliche Entlastung der selbsterklärten ‚Mitte‘ stattfindet. Gerade deshalb ist es aber wichtig,

genden Unterkapitel wird dargestellt, ob und wie die medialen Vertreter/-innen bewusst oder unbewusst Vergleiche zwischen den besprochenen Taten und dem ‚Dritten Reich‘ sowie der NPD gezogen haben. Kapitel 4.5 untersucht, inwiefern die *ZEIT*, die *FAZ* und die *BILD* breit in der Gesellschaft vertretene Einstellungsmuster in einen Kontext mit den Taten stellen, während das darauffolgende Unterkapitel der Frage nachgeht, welche potenziellen Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft die analysierten Zeitungen als Konsequenzen fürchteten. Kapitel 4.7 beschäftigt sich mit der medialen Bewertung der Politik, während das nächste Unterkapitel (4.8) sich ausführlicher mit der medialen Bewertung des Behördenapparats beschäftigt.

Die Taten werden getrennt voneinander untersucht, um eine bessere historische Vergleichbarkeit zu generieren. Von der Struktur her erfolgt ein Vorgehen nach der Chronologie der Ereignisse. In jedem Unterkapitel wird zunächst auf das Oktoberfestattentat eingegangen, gefolgt von Rostock-Lichtenhagen. Wurde die entsprechende Ebene in der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden gefunden, folgt eine Analyse derselben, während jede Ebene mit einer Untersuchung der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden schließt.

Der empirische Teil endet mit Kapitel 4.9, in dem zwecks besserer Übersichtlichkeit eine Zusammenfassung der empirischen Befunde geleistet wird. Der historischen Diskursanalyse entsprechend, wird in Kapitel 5 eine historische Kontextualisierung der Ergebnisse vorgenommen. Hierbei werden einerseits Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach) hinzugezogen, andererseits wird mithilfe historischer Untersuchungen und erinnerungsgeschichtlicher Aspekte auf Spezifika des jeweiligen Zeitraums hingewiesen. Darüber hinaus soll es einen Abgleich der Ergebnisse mit Beobachtungen aus dem Feld der Kommunikationswissenschaften geben. Kapitel 6 beinhaltet ein zusammenfassendes Fazit sowie einen Ausblick.

Gemäß dem oben beschriebenen Aufbaus der Arbeit erfolgt im nächsten Kapitel zunächst die Darlegung des Forschungsstands zum Thema, bevor sich dieses mit der Berichterstattung zu den Verbrechen mit rechtem Hintergrund befasst und die Ereignisgeschichte der in dieser Arbeit untersuchten Taten näher erörtert.

die mediale Darstellung der Extremismen zu analysieren und hierbei auch die entsprechenden Begrifflichkeiten zu nutzen.

2 Stand der Forschung und Theorie

Im folgenden Kapitel wird zunächst auf den Stand der Forschung und ereignisgeschichtliche Aspekte hinsichtlich der untersuchten Ereignisse eingegangen, bevor in der Folge theoretische Grundlagen besprochen werden sollen. Hierbei erfolgt zunächst eine Einordnung des Verhältnisses von Soziologie und Geschichtswissenschaft sowie eine entsprechende Verortung der vorliegenden Dissertation. Danach nimmt die Studie Bezug auf das für die Analyse der entsprechenden Zeitungsartikel wichtige Konzept der Erinnerungskultur, bevor grundlegende theoretische Zugänge zur Medienforschung dargestellt werden.

2.1 Ereignisgeschichte und Berichterstattung

Neben den drei in dieser Arbeit untersuchten Ereignissen gab es in der neueren deutschen Geschichts- zahlreiche weitere Verbrechen mit einem rechtsextremen Hintergrund. Um ein besseres Verständnis dafür zu schaffen wie die hiesigen Medien mit solchen Taten umgehen, soll zunächst ein Querschnitt der Berichterstattung anhand wissenschaftlicher Arbeiten getätigt werden, bevor näher auf die Ereignisgeschichte des Oktoberfestattentats, Rostock-Lichtenhagens und des „NSU“-Komplexes eingegangen wird und die bisher getätigten wissenschaftlichen Analysen der medialen Aufarbeitung der Geschehnisse ausführlicher beschrieben werden.

2.1.1 Analysen der Berichterstattung zu Verbrechen mit einem rechten Hintergrund

Betrachtet man Analysen zur medialen Abdeckung von rechtsextrem motivierten Verbrechen, so fällt auf, dass viele wissenschaftliche Publikationen von Vertreter/-innen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialwissenschaften (DISS) stammen. Siegfried und Margarete Jäger haben die Ausrichtung des DISS, hauptsächlich die kritische Diskursanalyse als Analysemittel zu wählen, maßgeblich geprägt. Hierbei bezeichnen Siegfried und Margarete Jäger bspw. die Gesamtheit von rassistischen Haltungen und Aussagen als einen Diskursstrang, der mit anderen Diskurssträngen, wie bspw. dem nationalistischen, eng verbunden sei (Jäger/Jäger 1993, S. 49). In ihrer Studie „*Verstrickungen. Der rassistische Diskurs und seine Bedeutung für den politischen Gesamtdiskurs in der BRD*“ haben sie u.a. Interviews geführt. Alle Interviewten seien auf eine gewisse Weise in den rassistischen Diskurs verstrickt gewesen (Jäger/Jäger 1993, S. 52). Siegfried und Margarete Jäger zu folge zeigt dies, wie fest der Rassismus in der Gesellschaft verankert sei. Man müsse jedoch beachten, dass nicht jede Person, die in einen rassistischen Diskurs verwickelt sei, gleichzeitig ein Rassist oder eine Rassistin sein müsse (Jäger/Jäger 1993, S. 52). Des Weiteren haben sie beobachtet, dass

Rassismus häufig verklausuliert kommuniziert wird, wobei dieser sozial fest verankert sei, es sich also nicht lediglich um individuelle Einstellungsmuster handle. Siegfried und Margarete Jäger gehen davon aus, dass Medien hierbei zur Verfestigung, wenn nicht gar zur Entstehung rassistischer Einstellungen beitragen (Jäger/Jäger 1993, S. 52). Dies zeigt sich ihnen zufolge darin, dass Schlagworte und Argumentationslinien aus der medialen Berichterstattung im Alltagsdiskurs auftauchen (Jäger/Jäger 1993, S. 53). Trotzdem könne man nicht die Medien und ihre Vertreter/-innen alleine für einen in der Gesellschaft verankerten Rassismus verantwortlich machen, vielmehr sei hier eine Wechselbeziehung am Wirken:

Die Medien schaffen zwar nicht den alltäglichen Rassismus, es handelt sich keineswegs um eine Einbahnstraße von den Medien hin zum Alltagsbewußtsein. Sie nehmen alltägliches Denken auf, spalten es zu und reproduzieren solche Haltungen von Tag zu Tag immer wieder aufs Neue. (Jäger/Jäger 1993, S. 54)

Zum Zeitpunkt des Erscheinens des Aufsatzes wurde in den Medien ein Unterschied zwischen sog. ‚Asylanten‘ (= Menschen aus der ‚Dritten Welt‘) und ‚Flüchtlingen‘ (= Menschen aus Osteuropa) gemacht. Der Begriff ‚Asylant‘ sei durch seine Endung ‚-ant‘ schon von Beginn an negativ konnotiert, da man mit solch einer Endung in der Regel negative Begriffe verbinde, wie z. B. Querulant, Simulant usw. (Jäger/Jäger 1993, S. 55).⁶ Dies bedeutet den Autoren Jäger zufolge mitnichten, dass die Deutschen ‚Flüchtlingen‘ gegenüber positiver eingestellt gewesen seien, als dies bei ‚Asylanten‘ der Fall sei. Diese Aufspaltung gehe trotzdem noch einmal deutlich zulasten der ‚Asylanten‘ (Jäger/Jäger 1993, S. 56). Hinsichtlich ihrer Analyse von Presseberichten zu den gewalttätigen Angriffen auf Asylsuchende in den frühen 1990er-Jahren resümieren sie Folgendes:

Die Medien vollbringen das Kunststück, sich einerseits über die rassistisch motivierten Überfälle zu empören und zugleich rassistische Einstellungen weiter zu reproduzieren und zu verfestigen (Jäger/Jäger 1993, S. 58).

Die Presse sei sich größtenteils einig gewesen, dass man zum Eindämmen der rechten Gewalt einfach nur die Grenzen schließen und Menschen ohne Asylrecht zügig abschieben müsse (Jäger/Jäger 1993, S. 58). Insgesamt könne man auch erkennen, dass in einem Gros der Berichte die Suche nach einem Sündenbock im Vordergrund gestanden habe. Angeboten worden seien hierbei Zuschreibungen wie ‚die‘ Jugendlichen, ‚die‘ Ostdeutschen und ‚die‘ sozial Schwachen (Jäger/Jäger 1993, S. 58).

Die Sozialforscherin Maria Busche-Baumann hat inhaltsanalytisch untersucht, wie die *Berliner Zeitung (BZ)* und die *Sächsische Zeitung (SäZ)* zwischen November 1989 und Oktober 1991 über

⁶ Auch wenn es durchaus einige wenige Ausnahmen für positive auf ‚-ant‘ endende Begriffe gibt, z. B. Repräsentant, Fabrikant, Gratulant o. Ä.

Rechtsextremismus in Ostdeutschland berichtet haben. Sie kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Berichterstattung über den Rechtsextremismus unbeabsichtigt zu Nachahmungstätern geführt hat. Die Presse habe sich dezidiert mit dem Rechtsextremismus auseinandergesetzt, was aber nicht zu einer Eindämmung desselben, sondern zu einem Anstieg rechter Verbrechen geführt habe (Busche-Baumann 1994, S. 225). Verantwortlich hierfür sieht sie die Art und Weise der Berichterstattung:

Den Ergebnissen der Themenanalyse zufolge werden wesentliche Meinungen und Argumente vorformuliert, auf die Leser mit ausländerfeindlichen, nationalistischen, antisemitischen und gewaltorientierten Einstellungen zur Begründung und Rechtfertigung ihrer weltanschaulichen Ausrichtung nur zurückzugreifen brauchen. Zuvor noch uninformede, desinteressierte und ambivalente Leser werden durch eine aufsehenerregende Berichterstattung auf rechtsextremistische Phänomene hingewiesen. (Busche-Baumann 1994, S. 224)

Weitestgehend hätten die Zeitungen den Lesern und Leserinnen nahegelegt, dass ohne die Anwesenheit von Menschen mit Migrationshintergrund überhaupt keine ausländerfeindliche Gewalt existieren würde. Somit sei rechtsextremes Gedankengut (unbewusst) medial legitimiert worden (Busche-Baumann 1994, S. 223). Busche-Baumann ist der Meinung, dass dies nur verhindert werden könne, wenn Journalist(inn)en die Thematik des Rechtsextremismus ernster nähmen und somit auch die Sensibilität der Leserschaft für die Problematik steigern würden (Busche-Baumann 1994, S. 225).

Wilfried Scharf hat die mediale Berichterstattung zum Brandanschlag von Mölln (23.11.1992) inhaltsanalytisch untersucht. Hierbei resümiert er für einzelne Zeitungen, dass die Berichterstattung, so bspw. in der *BILD*, wenig informativ gewesen sei und die Zusammenhänge stark vernachlässigt habe. Es sei eindeutig zu erkennen, dass die Zeitung sich zwar gegen den Rechtsextremismus wende, aber fahrlässig die gesellschaftlichen Zusammenhänge desselben unterschlage (Scharf 1993, S. 262). Auch im *Göttinger Tageblatt (GT)* seien nur wenige Hintergrundberichte vorzufinden. Neben der Mindestleistung der Chronistenpflicht seien aber mehrfach Informationen und Aktionen zur besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten gewesen (Scharf 1993, S. 264 f.). Die Berichterstattung der *FAZ* sieht Scharf als sehr ausführlich an. Sie beschäftige sich auch mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Rechtsextremismus. Insgesamt fahre die Zeitung zwei Kurse gleichzeitig: zum einen sei es notwendig, sich dem Rechtsextremismus entschieden entgegenzustellen, genauso wichtig sei es aber auch, sich gegen den „Asylmißbrauch zu wehren: beides ist nötig für den inneren Frieden dieses Landes“ (Scharf 1993, S. 267). In der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* finden sich Scharf zufolge viele Berichte und Reportagen, die sich detailliert mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Hierbei werde auch eine entschlossene staatliche Bekämpfung des Phänomens gefordert (Scharf 1993, S. 269). Die *SZ* wende „sich im ganzen gegen

eine rückwärtsgewandte, veraltete und nationalistische Politik“ (Scharf 1993, S. 269). Zusammenfassend konstatiert Scharf Folgendes:

Die Berichterstattung der untersuchten Blätter über den Rechtsextremismus ist dadurch gekennzeichnet, daß bis auf die *Bild* alle ihre Chronistenpflicht erfüllen. Zustimmung zu rechtsextremistischen Gewalthandlungen oder ideologischen Rechtfertigungen sind nirgends zu finden. Die *Bild*-Zeitung berichtet fast ausschließlich in Kurzmeldungen [...], auf diese Weise verkürzt sie die Informationen so, daß sie als Basis für eine begründete Meinungsbildung nicht taugen. Die Zeitung nimmt es in Kauf, ihre Leserinnen und Leser durch Weglassen zu desinformieren. Hetze gegen Ausländer, Asylbewerber und Flüchtlinge im Sinne der Haßtiraden des *Stürmers*, wie mancherorts behauptet wird, ist allerdings nicht festzustellen. (Scharf 1993, S. 283)

Insgesamt könne man im Falle der vorliegenden Zeitungen mit der Berichterstattung über den Rechtsextremismus letztendlich zufrieden sein (Scharf 1993, S. 284).

Dirk Kretschmer und Siegfried Jäger haben sich in einem gemeinsamen Aufsatz mit der medialen Berichterstattung zum Brandanschlag von Lübeck am 18. Januar 1996 beschäftigt. Bei diesem Ereignis brannte eine Unterkunft für Asylsuchende nieder, zehn Menschen fanden den Tod (Kretschmer/Jäger 1996, S. 813). Kretschmer und Jäger zufolge konnte schon seit längerer Zeit beobachtet werden, dass die Presse bei brennenden Geflüchtetenunterkünften immer häufiger Vermutungen weg von rechtsextremen Täter/-innen hin zu selbstverschuldeten Unfällen oder Taten der Bewohner/-innen selbst anstelle (Kretschmer/Jäger 1996, S. 814). Auch beim Brand von Lübeck war die Presse rasch dabei, entlastend für die drei deutschen Tatverdächtigen zu argumentieren. Außerdem wurde verneint, dass es in Lübeck eine rechtsextreme Szene gebe (Kretschmer/Jäger 1996, S. 815). Schließlich wurde in den Medien eines der Opfer zum Täter gemacht. Es wurde behauptet, dass ein Bewohner der Geflüchtetenunterkunft das Feuer mit Absicht gelegt habe. Der Grund hierfür sei ein Streit zwischen Afrikanern und Arabern gewesen. Der *STERN* vermutete einen „Rassenkrieg“ im Asylbewerberheim (Kretschmer/Jäger 1996, S. 816). Kretschmer und Jäger haben in der Berichterstattung somit Muster einer Täter-Opfer-Umkehr vorfinden können. Vor Gericht wurde der beschuldigte Asylsuchende freigesprochen. Die Ursache des Brandes konnte bis heute nicht abschließend geklärt werden (Kretschmer/Jäger 1996, S. 816).

Die niederländischen Kommunikationswissenschaftler Pytrik Schafraad, Peer Scheepers und Fred Wester haben in ihrer Studie „*Dealing with the „devil of the past“: Attention to the far right in the German press*“ eine quantitative Inhaltsanalyse von Berichten der *SZ*, der *FAZ* und der *BILD* zwischen 1987 und 2004 vorgenommen. Die Autoren kommen zum Ergebnis, dass die deutsche Presse den Rechtsextremismus damals tendenziell als einen bösen Geist der Vergangenheit behandelte. Die Rechte wurde somit eher als etwas Fernes betrachtet. Es sei zwar nicht bestritten worden, dass es

den Rechtsextremismus gebe, und es wurde auch über ihn berichtet, allerdings bevorzugt als ein außerhalb der Gesellschaft stehendes Phänomen, quasi als „undemokratischer Außenseiter“ (Schafraad/Scheepers/Wester 2008, S. 377). In dieser Entwicklung ist den Autoren zufolge zwischen 1987 und 2004 keine große Veränderung zu erkennen. Große Unterschiede zwischen den Medien *BILD*, *SZ* und *FAZ* gibt es der Studie zufolge nicht, auch wenn die beiden letztgenannten etwas nuancierter berichten würden (Schafraad/Scheepers/Wester 2008, S. 377).

Die Politikwissenschaftlerin Britta Schellenberg hat sich mit der Berichterstattung zu den gewalttägigen Angriffen auf eine Gruppe von Indern im Rahmen eines Volksfestes 2007 in Mügeln beschäftigt. Sie interessierte sich hierbei insbesondere dafür, welche äußeren Impulse die Berichterstattung bestimmten und welche Stilmittel in ihr zu beobachten waren (Schellenberg 2016, S. 309). Schellenberg (2016, S. 312) merkt an, dass sich auch überregionale Medien für das Ereignis interessiert hätten. Unmittelbar nach dem Angriff seien die Geschehnisse von den Zeitungen als rechtsextrem motiviert eingestuft worden. Es habe nur wenige und leise Gegenstimmen, die Ermittlungen abzuwarten, gegeben. Die Täter seien als „Meute“ oder „Horde“ bezeichnet worden. Auch der Begriff „(Hetz-)Jagd“ wurde, so Schellenberg weiter, gebraucht (Schellenberg 2016, S. 313 f.). Durch diese Begriffswahl wurden die Täter ihr zufolge entindividualisiert und entmenschlicht, was letztlich bedeutet, dass sie als negative Gegenbeispiele, quasi als Kontrastfolie zu ‚normalen‘ Menschen und als animalisch, verroht gezeichnet wurden (Schellenberg 2016, S. 314). In der ersten Phase der Berichterstattung gab es also keine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Tätern. Am zweiten Tag nach den Übergriffen berichtete die Polizei, dass kein fremdenfeindlicher Kontext vorzuliegen scheine (Schellenberg 2016, S. 314). Nun veränderte sich laut Schellenberg die Berichterstattung. Durch die kontroverse Behandlung hielt sich das Thema lange in den Medien:

Jetzt, als geglaubt wird, „Neonazis“ hätten nichts mit der Tat zu tun, gewinnt das Thema für viele Medienvertreter an Bedeutung. Die Frage, warum sich „normale“, nicht-rechtsextreme, Bürger in eine fremdenfeindliche/rassistische „Gewaltorgie“ verstiegen, scheint für viele Journalisten und Redaktionen interessanter als die Frage, was Rechtsextreme bewegt (und warum viele Bürger zuschauen). (Schellenberg 2016, S. 315)

Schellenberg merkt kritisch an, dass in der Folge weiterhin der Rechtsextremismus stark im Vordergrund der Berichterstattung gestanden habe. Es scheine für viele Medienvertreter/-innen nicht möglich gewesen zu sein, Themen wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als selbstständige Phänomene wahrzunehmen. Vorstellbar seien diese Themen für eine große Zahl der Zeitungen demnach nur im Kontext des Rechtsextremismus (Schellenberg 2016, S. 317). Zusätzlich sei der Fokus verstärkt darauf ausgerichtet gewesen, dass sich die Tat im Osten Deutschlands ereignet habe. Hier

sei ein Reflex zu beobachten, Rassismus und Rechtsextremismus als „Problem Ostdeutschlands“ darzustellen:

Zwar ist eine örtliche, regionale, kulturell-historische Einordnung des Vorfalls nicht völlig irrelevant. Aber die Vehemenz und Emotionalität, mit der eine örtlich-kulturelle Zuordnung die Debatte über den Vorfall prägt, muss verwundern. Sie zeigt, dass Ost-West-Befindlichkeiten die Debatte über „Rechtsextremismus“ in problematischer Weise überlagern. Die Ost-Fokussierung führt sogar dazu, dass herangezogene Experten, wie der Wissenschaftler Wilhelm Heitmeyer, entsprechend der Kategorisierung „Rechtsextremismus ist ein Problem Ostdeutschlands“ zitiert werden, obwohl deren Forschungen diesem Befund differenziert widersprechen. (Schellenberg 2016, S. 318)

In der dritten Phase der Berichterstattung habe sich die Lesart vieler Pressevertreter/-innen noch einmal grundlegend gewandelt. Es sei immer häufiger die These laut geworden, dass die indischstämmigen Opfer in Wahrheit selbst verantwortlich für die Gewalt gewesen seien (Schellenberg 2016, S. 320). In der vierten Phase schließlich habe sich die Berichterstattung immer weiter reduziert, bevor sie schließlich ganz eingestampft worden sei (Schellenberg 2016, S. 321 f.).

Anlässlich der terroristischen Angriffe Anders Behring Breiviks auf Oslo und die Insel Utøya am 22. Juli 2011 haben – in der Tradition des DISS stehend – Regina Wamper, Ekaterina Jadtschenko und Marc Jacobsen den Sammelband „*Das hat doch nichts mit uns zu tun! Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien*“ herausgegeben. Nachfolgend sollen zwei für die Fragestellung dieser Studie repräsentative Aufsätze aus dem Sammelband knapp dargestellt werden.

Astrid Hanisch zufolge wurde in den ersten Stunden nach den Anschlägen islamistischer Terror als Hintergrund angenommen. Als sich immer klarer herausstellte, dass es sich beim Täter um einen weißen, christlichen Norweger handelte, wurde er als verrückter Einzeltäter abgestempelt:

Breiviks Motive wurden als Hass pathologisiert und damit außerhalb des Kontextes eines rechten Attentates gestellt. Es hat den Anschein, dass, wäre er ein religiöser Muslim gewesen, seine Attentate politisch bewertet worden wären, während die politischen Morde eines Christen, als individueller Wahn gelten können. Dabei zielte Breivik mit den Attentaten auf die Verteidigung des christlichen Abendlandes vor der „Islamisierung“ und der „post-modernen Degradierung“ ab. Alternativ wurden seine antiemanzipatorischen Motive im „Rechtsextremismus“ verortet. Dies passierte aber weniger in einer Analyse von Breiviks Rassismus, Misogynie, Antimarxismus, Antiliberalismus und seiner Anhängerschaft von Verschwörungstheorien, als darin, diese Versatzstücke des „Rechtsextremismus“ möglichst fern ab der gesellschaftlichen Mitte anzusiedeln. (Hanisch 2011, S. 33)

Ein wesentlicher Punkt der Berichterstattung deutscher Medien war also die Exklusion Breiviks aus der Mitte der Gesellschaft und eine gewisse Form der Entkriminalisierung und Entpolitisierung seiner Taten, indem er als geisteskrank beschrieben wurde. Hanisch kritisiert, dass dies bei einem muslimischen Attentäter so wohl nicht geschehen wäre (Hanisch 2011, S. 38).

Auch Margarete Jäger und Ekaterina Jadtschenko sehen es als bezeichnend an, dass zunächst von einem islamistischen Hintergrund der Anschläge ausgegangen wurde:

Die Selbstverständlichkeit, mit der die beiden Anschläge in Norwegen zunächst als Werk islamistischer Terroristen angesehen wurde, verweist auf ein zutiefst islamfeindliches Deutungsmuster, das Abweichungen von der Normalität und Denormalisierungen – sozusagen grundsätzlich – als islamistische Bedrohung wahrnimmt. (Jäger/Jadtschenko 2011, S. 40)

In ihrem Aufsatz arbeiten sie ebenfalls heraus, dass Breivik als Einzeltäter dargestellt wurde. Es wurde ihnen zufolge nicht der Versuch unternommen, ihm Kompliz(inn)en oder gar die Zugehörigkeit zu einer rechtsextremen Gruppierung zuzuordnen (Jäger/Jadtschenko 2011, S. 55). In der Frage, warum die Medien so reagierten, ähnelt ihre Analyse der von Astrid Hanisch:

Es handelt sich um einen „Einzeltäter“. Auf diese Weise wird die Gefahr einerseits eingegrenzt, andererseits wird sie auch einzigartiger und unberechenbarer. Das gilt auch dann, wenn Anders Breivik als geistesgestört und psychisch krank gedeutet wird. Dann wird zwar auch zur Kenntnis genommen, dass solche Täter im Inneren westlicher Gesellschaften heranwachsen. Doch mit seiner Krankheit fällt der Täter aus dem gesellschaftlichen Normengerüst heraus. Die Brutalität der Anschläge, die Auslassungen des Täters bei seiner Vernehmung und im Internet haben den zu erwartenden Effekt, dass eine solche Person therapiert werden muss, nicht entstehen lassen. Vielmehr wurde die Ab- und Ausgrenzung aus der gesellschaftlichen „Mitte“ vollzogen, damit das Gleichgewicht in der Gesellschaft, was für einen Moment drohte zerstört zu werden, wieder hergestellt werden kann. (Jäger/Jadtschenko 2011, S. 55)

Auch hier beherrscht die Externalisierung des Täters aus einer ‚gesunden‘ Gesellschaft stark die Berichterstattung.

Nachdem auf die Berichterstattung zu Verbrechen mit rechtsextremen Hintergründen im Allgemeinen eingegangen wurde, sollen nun die spezifischen Ereignisse, d. h. das Oktoberfestattentat, Rostock-Lichtenhagen und die ‚NSU‘-Morde ausführlicher betrachtet werden.

2.1.2 Das Oktoberfestattentat

Beim Oktoberfestattentat am 26. September 1980 starben 13 Menschen, 211 wurden verletzt (Neef 2015, S. 11). Es wurde unmittelbar nach dem Ereignis von einem terroristischen Hintergrund ausgegangen. Auch um zu demonstrieren, dass sich der Staat nicht dem Terror beuge, sei das Oktoberfest nicht abgebrochen worden (Neef 2015, S. 14). Laut Neef gab es zunächst Unklarheiten über die Zuständigkeiten; Bayerisches Landeskriminalamt (LKA) und Bundeskriminalamt (BKA) hätten gemeinsam ermittelt. Aufgrund des Verdachtes eines Terroranschlags seien zudem von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann Ermittlungen eingeleitet worden (Neef 2015, S. 20). Schnell wurde als mutmaßlicher Täter schließlich der 21-jährige Geologiestudent Gundolf Köhler identifiziert. Dennoch hätten die Ermittler/-innen vor großen Schwierigkeiten gestanden, da Köhler bei der Bombenexplosion selbst ums Leben gekommen sei:

Der Umstand, Köhler selbst nicht mehr zu der Tat und den Hintergründen vernehmen zu können, sollte jedoch die weiteren Ermittlungen erschweren und nicht zuletzt bestimmd für aufkommende Zweifel werden. (Neef 2015, S. 20)

Zu diesem Zeitpunkt, als sich Köhler als mutmaßlicher Täter herauskristallisierte, stand die sog. „Wehrsportgruppe Hoffmann“ („WSG Hoffmann“), eine rechtsextreme und verfassungsfeindliche Neonazi-Organisation, im Verdacht, für das Attentat verantwortlich zu sein. Der Journalist Ulrich Chaussy hat sich in mehreren Büchern mit bis heute ungeklärten Fragen zum Attentat auseinandergesetzt. Zu der möglichen Verwicklung Köhlers mit der „WSG Hoffmann“ erklärt er Folgendes:

Um 11.50 [des 27. Septembers 1980] hielt Dr. Langemann [Leiter der Abteilung Staatsschutz im Bayerischen Innenministerium] ein Fernschreiben in der Hand, mit dem er seinem Minister Gerold Tandler konkrete Informationen liefern konnte. Absender war das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz: „vs – vertraulich – aus dem 1977 bei karlheinz hoffmann (wsg-leiter) sichergestellten material ergibt sich, dass koehler im februar 1976 mit hoffmann im briefwechsel stand und seine absicht bekundete, in donaueschingen eine ortsguppe der wsg aufzubauen. Koehler war laut vertraulicher mitteilung 1977 und 1979 in der wsg-kartei als aktiver anhaenger erfasst, nach einer notiz des hoffmann auf der karteikarte 1979 hat er an zwei uebungen teilgenommen.“⁷ (Chaussy 1985, S. 45)

Die Spur Köhlers führte also in die rechtsextreme Szene. Dies wurde Chaussy zufolge für den bayerischen Innenminister Gerold Tandler (CSU) zum politischen Problem:

Eben noch hatten er selbst und sein Ministerpräsident [Strauß] dem Bundesinnenminister Gerhard [sic] Baum öffentlich Mitverantwortung für das Bombenattentat zugeschoben, hatten ihn als „Unsicherheitsminister“ apostrophiert, als Skandalbesetzung in seinem Amt. Da führt die neue Spur in der Sache ausgerechnet zu dem Rechtsextremisten [Hoffmann], dessen bizarre Karriere im bayerischen Freistaat die Landesregierung über Jahre hinweg mit einem gewissen Amusement und nicht sonderlich besorgt zugeschaut hatte.“ (Chaussy 1985, S. 46)

Im Gegensatz zu vielen politischen Vertretern und Vertreterinnen in Bayern habe der deutsche Innenminister Gerhart Baum (FDP) die sog. „WSG Hoffmann“ durchaus schon länger ernst genommen, rund acht Monate vor dem Attentat hätte er sie gar verboten⁸ (Chaussy 1985, S. 46). Der damalige bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß (CSU) und sein Innenminister Gerold Tandler ließen in der Folge nur wenige Möglichkeiten aus, ihrerseits in den Angriff überzugehen und zu versuchen, Gerhart Baum zu diskreditieren:

Tandler [ebenso wie Strauß] ließ keine Möglichkeit aus, auch seinerseits den Bundesinnenminister zu attackieren, die sich häufenden Vorwürfe wegen einer Verharmlosung und Fehlein-

⁷ Groß-/Kleinschreibung entspricht dem Original.

⁸ Selbst zu diesem Zeitpunkt nahm Strauß die „WSG Hoffmann“ noch nicht ernst, er machte sich eher über Razzien gegen sie lustig. Somit habe Strauß damit zu rechnen gehabt, sich im Nachhinein unangenehmen Fragen stellen zu müssen (Chaussy 1985, S. 47).

schätzung des Rechtsextremismus durch CSU und CDU zurückzuweisen und die These vom Einzeltäter Köhler zu propagieren. (Vinke 1981, S. 45)

Verschärft wurden diese politischen Grabenkämpfe durch die Tatsache, dass neun Tage nach dem Terrorakt die Bundestagswahl (5. Oktober 1980) stattfand. Auch deshalb bestand ein enormer Druck, die Tat schnell aufzuklären. Das Thema dominierte den Wahlkampf, der in der Folge stark von Sicherheitsfragen geprägt war. Am Ende setzte sich Helmut Schmidt (SPD) bei der Wahl gegen seinen Herausforderer Franz-Josef Strauß durch (Neef 2015, S. 19). Während der Endphase des Wahlkampfes gab Strauß „als erster der Versuchung nach, das Münchener Attentat in den Wahlkampf zu ziehen, um daraus politisches Kapital zu schlagen“ (Vinke 1981, S. 17). In der Folge habe Strauß Sozialisten und Liberale beschuldigt, grundlegende Werte der Bundesrepublik Deutschland (BRD) zu zerstören (Vinke 1981, S. 18). Der Wahlkampf wurde sehr hart geführt, so behauptete Strauß, Innenminister Baum sei aufgrund seiner angeblich zu schwachen Linie gegenüber politischen Extremismen mitverantwortlich für den Bombenanschlag. Zu beachten ist, dass Strauß bereits kurz nach der Explosion anfing, derartige Aussagen zu tätigen. Zu diesem Zeitpunkt habe die öffentliche Wahrnehmung sowie auch Strauß’ Einschätzung noch in eine Richtung tendiert, die besagte, dass das Attentat dem linken Spektrum zuzuordnen sei (Vinke 1981, S. 18). Nachdem sich herausgestellt, dass Strauß sich mit seiner Einschätzung irrte und er die ‚WSG Hoffmann‘ nicht ernst genommen hatte, versuchte er, so Vinke, vor der Wahl fast täglich, darauf aufmerksam zu machen, dass er Terrorismus, egal von welcher Seite er komme, nie verharmlost und unterschätzt habe (Vinke 1981, S. 57).

Karl-Heinz Hoffmann, der Gründer und Anführer der ‚WSG Hoffmann‘ versuchte nach dem Oktoberfestattentat, Köhlers Verbindungen zur WSG zu bagatellisieren und sagte, dass dieser nie Mitglied der WSG gewesen sei (Fromm 1998, S. 332). Er habe zwar Kontakt zu Köhler gehabt, dies sei aber lange her gewesen. Hoffmann verschwieg hierbei, dass Köhler ihn um Hilfe für den Aufbau einer WSG in Donaueschingen gebeten hatte, woraufhin er ihn an Axel Heinzmann, einen Vertrauten in Tübingen, der den rechtsextremen sog. ‚Hochschulring Tübinger Studenten‘ (HTS) leitete, verwiesen hatte (Fromm 1998, S. 333). Köhler hatte hiermit direkten Zugang zu einem von Hoffmanns engsten Vertrauten. Des Weiteren erinnerten sich viele WSG-Mitglieder an Köhlers Beteiligung an Wehrsportübungen der ‚WSG Hoffmann‘ (Fromm 1998, S. 333). Durch Gundolf Köhlers Verbindungen zur ‚WSG Hoffmann‘ gingen die Ermittler/-innen zu Beginn davon aus, dass deren Mitglieder etwas mit dem Attentat zu tun hätten (Neef 2015, S. 22). In der Folge konnte den Mitgliedern der WSG von den Behörden jedoch keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden. Tandler

wich schließlich von seiner Aussage ab und vertrat eine Einzeltäterthese, die als vorherrschende Deutung schließlich den Diskurs beherrschte (Neef 2015, S. 22). Es gibt jedoch drei belastbare Argumente, die gegen die Einzeltäterthese sprechen (alle drei Argumente nach Fromm 1998, S. 340):

1. Köhler hatte seit 1975 Verbindungen zur ‚WSG Hoffmann‘. Noch bis 1979 war er in den sog. ‚HTS‘ eingebunden, der der ‚WSG Hoffmann‘ sehr nahestand.
2. Zeugen haben Köhler in Begleitung von Personen gesehen, die mit Mitgliedern der ‚WSG Hoffmann‘ identisch sein könnten.
3. Hoffmann selbst und weitere Mitglieder seiner WSG prahlten (bspw. bei Aufenthalten im Nahen Osten) mit einer angeblichen Beteiligung am Attentat.

Bis heute konnten die Hintergründe des Attentats nicht endgültig geklärt und die Einzeltäterthese weder bewiesen noch endgültig widerlegt werden. Aus diesem Grund wird Köhler in der vorliegenden Arbeit als ‚mutmaßlicher Täter‘ bezeichnet. Gerade durch die Recherchen Ulrich Chaussys ist das Thema mittlerweile aber wieder im öffentlichen und politischen Fokus, sodass die Hoffnung besteht, möglicherweise noch Antworten auf offene Fragen zu erhalten.

Es existieren keine eigenständigen Analysen von Zeitungsberichten zum Oktoberfestattentat. Einzig der Journalist Hermann Vinke setzt sich in seinem Werk *Mit zweierlei Maß. Die deutsche Reaktion auf den Terror von rechts* teilweise kritisch mit der Rolle der Medien auseinander und bemerkt, dass sich die Berichterstattung verschiedener Zeitungen stark voneinander unterschieden habe:

Während sich Blätter wie die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Rundschau und überwiegend auch die Frankfurter Allgemeine um eine sachliche Darstellung des Ereignisses bemühten, propagierten die Zeitungen des Springer-Konzerns eifrig die These vom Einzeltäter, wobei der mutmaßliche Attentäter Gundolf Köhler schnell von seinem rechtsradikalen Hintergrund gelöst wurde. (Vinke 1981, S. 37)

Vinke kritisiert, dass bei der Thematik des Terrorismus von einigen Zeitungen mit zweierlei Maß gemessen worden sei. So sei bei der Berichterstattung über die sog. ‚Rote Armee Fraktion‘ (RAF) stets über linke Terrorismusnetze berichtet und ein politischer Gesamtzusammenhang hergestellt worden. Im Falle der Oktoberfestbombe sei dies allerdings nicht geschehen (Vinke 1981, S. 37). Auch habe man die Angriffe der RAF in der Regel als Angriffe auf den Staat bzw. als Kriegserklärung verstanden. Nach dem Oktoberfestattentat seien diese medialen und politischen Reaktionen weitestgehend ausgeblieben (Vinke 1981, S. 62). Des Weiteren führt er aus, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Berichterstattung zum Anschlag und der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 gegeben habe. Das eigentliche Geschehen ist Vinke zufolge schnell in den Hintergrund

getreten, politische Kämpfe standen im Vordergrund. Vinke merkt an, dass „wohl niemals vorher [...] ein politisches Attentat so schnell aus dem Bewußtsein der Bevölkerung verschwunden“ sei (Vinke 1981, S. 61). Es habe zwar auch andere medienwirksame Nachrichten, wie bspw. die Bundestagswahl oder die Entführung von Kindern in Italien (Vinke 1981, S. 61) gegeben, doch der vorherrschende Grund für das schnelle Verschwinden des Interesses an diesen Nachrichten habe darin bestanden, dass die Menschen sich tatsächlich nicht selbst betroffen gefühlt hätten: „Das Münchener Attentat wurde als eine Katastrophe empfunden, die politische Dimension blieb außen vor“ (Vinke 1981, S. 61). Festzuhalten bleibt also: Vinke beschreibt eine Entpolitisierung eines politischen Attentats. Er scheint hiervon wenig überrascht zu sein und resümiert, dass eine Verharmlosung des Rechtsextremismus in Deutschland historisch gesehen eine lange Tradition habe (Vinke 1981, S. 109).

2.1.3 Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen

Im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen wurde 1990 neben einem Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter/-innen eine zentrale Aufnahmestelle (ZAST) für Asylsuchende eröffnet. Die ZAST bot Platz für maximal 300 Personen, die nach kurzem Aufenthalt jeweils auf die weiteren Landkreise verteilt werden sollten (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 141). Dem Politikwissenschaftler Hajo Funke zufolge standen die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen nicht nur in einem Zusammenhang mit den katastrophalen Zuständen in und um die ZAST, sondern auch mit den sozialen und ökonomischen Umbrüchen, die sich parallel dazu in Deutschland ereigneten. In den Jahren 1991 und 1992 kam es zu einem enormen Anstieg von Entlassungen und der Arbeitslosigkeit in Rostock. Untersuchungen hätten gezeigt, dass viele Rostocker Bürger/-innen die Verantwortung für die schlechte wirtschaftliche Situation auf die Asylsuchenden projizierten (Funke 1993, S. 106).

Bis 1992 stieg die Zahl der Menschen, die sich monatlich in der Lichtenhagener ZAST meldeten, auf 1.585 an. Die Folgen seien massive hygienische Probleme und eine teilweise Unterbringung unter freiem Himmel gewesen (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 142). Bereits im Frühjahr 1991 wiesen Verantwortliche in der ZAST die Stadt Rostock auf Missstände und Beschwerden durch Anwohner/-innen hin. Der Rostocker Oberbürgermeister bat den Bund daraufhin um Unterstützung, da die ZAST hoffnungslos überfüllt sei. Er merkte hierbei an, dass die Probleme einen Nährboden für Fremdenfeindlichkeit böten und die Sicherheit der Asylsuchenden in Rostock immer schwerer zu gewährleisten sei (Funke 1993, S. 112). Doch weder Bundes- noch Landesministerien sahen einen diesbezüglichen unmittelbaren Handlungsbedarf:

Auch ein Jahr nach dem Brief des Oberbürgermeisters mit seiner Warnung vor Pogromen lagen immer wieder mehrere hundert Menschen um die ZASt herum, ohne die Chance zu haben, auf die Toilette zu gehen oder über Tage das Notwendigste an Nahrung zu haben. Sie waren so durch das bewußte Versagen der zuständigen Landesregierung und die monatelange Verzögerung durch den Bundesfinanzminister zu dem gezwungen worden, was dann Anlaß einer allgemeinen Hetze gegen Asylbewerber, Ausländer, vor allem aber gegen Sinti und Roma wurde: Sie waren gezwungen, draußen ihre Notdurft zu verrichten. Sie waren gezwungen, sich in den Tagen vor ihrer formellen Aufnahme auf irgendeine Weise, auch durch Diebstahl, das Lebensnotwendigste zu ergattern. Dies aber waren genau die Handlungen, die zu den Haßausbrüchen der „Bevölkerung“ führten: Längst vor den Angriffen auf Asylbewerber und Vietnamesen wurde damit das Vorurteil gegen Fremde produziert beziehungsweise bekräftigt. (Funke 1993, S. 114)

Des Weiteren soll der Rostocker Innensenator Peter Magdanz (SPD) sich intern geäußert haben, dass man die Menschen durchaus auf andere Einrichtungen in der Stadt hätte umverteilen können, dies aber nur noch mehr Asylsuchende angelockt hätte (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 142). Magdanz stieg auch an sonstigen Stellen in die Debatte um das Asylrecht ein und präsentierte sich als Verfechter einer Verschärfung desselben. Im Zuge dessen kritisierte er öffentlich die Bundesregierung, was die Lokalpresse regelmäßig thematisierte. Journalist(inn)en hätten außerdem vielfach darauf hingewiesen, dass die Aufnahmekapazität in Deutschland ihrer Meinung nach erreicht sei (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 143). Insofern waren der Diskurs und die Ereignisse um die ZASt eng mit der politischen und öffentlichen Debatte um eine Einschränkung des Asylrechts verwoben (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 140).

Wenige Tage vor Beginn der Eskalation und kurz vor der geplanten Schließung der ZASt zitierte die Lokalpresse anonyme Anrufe: „In der Nacht vom Samstag zum Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht“ (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 140). Diese Drohung, die man auch als Aufruf der Anrufer/-innen zur Gewalt ansehen kann, wurde von mehreren Lokalzeitungen thematisiert und somit veröffentlicht (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 140). Auch spielte die Lokalpresse im Vorfeld des Pogroms in Rostock eine gewisse Rolle bei der (Re-)Produktion von Vorurteilen gegenüber den Asylsuchenden. Vor allem Roma seien hier weniger als Menschen, sondern vielmehr als Problem thematisiert worden (Prenzel 2012, S. 18). Am 22. August eskalierte die Situation schließlich:

Ab dem frühen Abend flogen Steine, Flaschen, Leuchtraketen und Brandsätze gegen die Flüchtlingsunterkunft und das benachbarte Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen. Mehrere Hundert zum Teil verummigte Menschen riefen Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ oder „Sieg Heil!“. (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 145)

Am Tag darauf setzte sich die Gewalt fort. Anwohner/-innen klatschten Beifall und unterstützten die Gewalttäter/-innen teilweise mit physischem Schutz und Verpflegung. Auch die Polizei wurde attackiert (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 145). Am Nachmittag des 23. August wurden die Asyl-

suchenden auf andere Einrichtungen in der Stadt verteilt, woraufhin sich die Gewalttäter/-innen nun vollständig auf das Wohnheim der Vietnames(inn)en konzentrierten. Nach einem „plötzlichen Rückzug“ der Polizei brach in dem Wohnheim ein Feuer aus. 120 Vietnames(inn)en und einige deutsche Helfer/-innen entkamen nur knapp dem Feuertod (Geelhaar/Marz/Penzel 2013, S. 146). Nach und nach nahm die Unterstützung von AnwohnerInnen ab:

Die Unterstützung der Anwohner_innen für die Angriffe schwand jedoch allmählich, als statt der Flüchtlingsunterkunft die eigenen Trabanten brannten: „Jetzt reicht es langsam. Nun geht es schon gegen die eigene Bevölkerung“, klagte eine 47-jährige in der Lokalpresse (Geelhaar/Marz/Penzel 2013, S. 146).

Die Gewalttäter/-innen konnten sich schließlich als ‚Sieger‘ feiern: Die ZASt wurde geräumt, das Asylgesetz verschärft (Geelhaar/Marz/Penzel 2013, S. 161).

Die Kriminologin Martina Althoff hat mehrere regionale und überregionale Zeitungen hinsichtlich der Berichterstattung zu den Ereignissen von Rostock-Lichtenhagen untersucht. Ihrer Studie zufolge wurde dabei häufig in den Medien betont, dass die Anwohner stark von den Opfern belästigt worden seien. Zudem sei häufig auf den Vorwurf des Missbrauchs des Asylrechts eingegangen, Asylsuchende somit kriminalisiert und für die gewalttätigen Übergriffe mitverantwortlich gemacht worden (Althoff 1998, S. 171):

Das Diskursmuster Kriminalisierung wird über die Perspektive der Anwohner hergestellt. Die Rekonstruktion einer Vorgeschichte zu den Ausschreitungen deutet darauf hin, daß die Anwohner die eigentlichen Opfer sind, da sie unter dem Verhalten der Asylbewerber zu leiden hatten. Damit kann den Anwohnern nur bedingt eine Schuld an der Eskalation der Ausschreitungen zugeschrieben werden. Mit dieser Konstruktion findet eine Verschiebung von den Opfern der Ereignisse zu den Opfern der Verhältnisse in Lichtenhagen statt. Die Darstellung der Anwohner als Opfer beruht darauf, daß sie als Betroffene befragt werden. [...] Die Bewohner der ZAST [sic], die Asylbewerber, werden nicht interviewt, sie bekommen in diesem Diskurs keine Stimme. Stattdessen erscheinen sie als die eigentlichen Verantwortlichen für die – gegen sie gerichteten – Ausschreitungen, ein Argumentationsmuster, das man *blaming the victim* [Hervorhebung im Original] nennen könnte. Die Negierung des Opferstatus durch ihre Verwandlung in Personen, die selbst Unrecht verursacht haben, lässt sich als Form der „Verantwortungszuschreibung“ beschreiben und stellt eine Neutralisierungsstrategie dar. (Althoff 1998, S. 171 f.)

Althoff macht hier also ein Diskursmuster aus, das eine Täter-Opfer-Umkehr und in der Folge eine Kriminalisierung der asylsuchenden Opfer aufzeigt. Sie bemerkt, dass die Asylsuchenden in der Berichterstattung als „durch und durch kriminelle Personen klassifiziert“ würden (Althoff 1998, S. 245). Sie sieht dieses Vorgehen als eine Form der Machtausübung an, da die Asylsuchenden so an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wurden und ihnen hierdurch eine gesellschaftliche Teilhabe verweigert und ihr gesellschaftlicher Ausschluss praktiziert werden konnte (Althoff 1998, S. 245). Eine ähnliche Rolle hat Althoff zufolge das Diskursmuster des Vorwurfs des Missbrauchs

des Asylrechts gespielt. Des Weiteren sei eine Kontextualisierung der Asylsuchenden mit den Bereichen von Drogenkriminalität und Diebstahl erfolgt (Althoff 1998, S. 246). Darauf aufbauend sei eine Unterscheidung zwischen den Asylsuchenden und ‚den‘ Deutschen aufgemacht worden:

Schließlich findet in der Mediendebatte eine Kriminalisierung der Asylbewerber auf der Ebene des sozialen Umgangs und des alltäglichen Zusammenlebens statt. Hier werden mit dem Deutungsmuster des „Zigeuners“ eine mangelnde Integrationsbereitschaft, fehlende Ordnung und Anpassung an die Lebensgewohnheiten der Deutschen nahegelegt. (Althoff 1998, S. 246)

Der Journalist Jochen Schmidt sieht das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen aufgrund der großen medialen Präsenz in einer Sonderstellung. Es sei das erste Mal vorgekommen, dass ein Brandanschlag und Gewaltaktionen gegen Menschen mit Migrationshintergrund live im Fernsehen übertragen worden seien (Schmidt 2002, S. 8). Schmidt sieht die Frage, ob es eine Verbindung zwischen rechtsextremen Straftaten und der offiziellen politischen Sphäre gibt, als zentral an. Hierfür analysiert er auch Zeitungsberichte als Mittler zwischen Politik, Stimmen der Bürger/-innen und der Öffentlichkeit (Schmidt 2002, S. 9). Er führt aus, dass die Kritik der Lichtenhagener Anwohner/-innen in der Zeit vor dem Pogrom durch die Regionalpresse bestätigt und mitgetragen worden sei. Hierbei sei auch die Suche nach politischer Verantwortung thematisiert worden (Schmidt 2002, S. 202). Schmidt bemerkt, dass die *Norddeutschen Neuesten Nachrichten (NNN)* am 28. März 1992 über unhaltbare Zustände rund um die ZASt berichtet und gewarnt hätten, dass die Geduld der Anwohner/-innen am Ende sei (Schmidt 2002, S. 202). In der Folge hat man sich jedoch nicht um eine deeskalierende Berichterstattung bemüht, vielmehr wurden Ressentiments geschürt:

Am 30. Juli erschien in der NNN der [...] Artikel „Möwengrillen in einer Einraumwohnung“, in dem Sinti und Roma beschrieben wurden: „Bettelnde Kinder und Frauen vor dem Supermarkt, trinkende und schlafende Männer Tag und Nacht auf der völlig verdreckten Wiese – besonders die völlig fremde Lebensart war mehr, als man den Lichtenhägern [sic] zumuten konnte.“ (Schmidt 2002, S. 203)

Wie auch Althoff anmerkt, wurde hier eine Kluft zwischen den Asylsuchenden und den ‚deutschen‘ Werten konstruiert. Zusätzlich wurde von Teilen der Medienlandschaft die Angst vor einer immer weiter steigenden Überfremdung geschürt. So berichtete die *Ostseezeitung (OZ)*, dass die im Freien kampierenden Asylsuchenden verlegt würden, um aber bereits in der Überschrift des beschriebenen Artikels zu warnen: „Schlepperbanden bringen bald die nächsten“ (Schmidt 2002, S. 203). Kurz darauf habe die *OZ* über die „Ohnmacht der Politiker gegenüber dem Asylproblem“ (Schmidt 2002, S. 203) berichtet. Um die im Artikel aufgestellte These zu stützen, dass es sich bei den Asylsuchenden in Rostock-Lichtenhagen hauptsächlich um sog. „Scheinasylanten“ handle, wurde der Rostocker Innensenator Peter Magdanz als Zeuge ins Feld geführt und wie folgt zitiert: „Zu Hause verdienen sie umgerechnet drei Mark am Tag. Hier bekommen sie zehn Mark Sozialhilfe. Selbst

wenn sie nach Monaten abgeschoben werden, hat es sich für sie gelohnt, wenn sie das Geld sparen und es zu Hause wieder eintauschen“ (Schmidt 2002, S. 203 f.). Man kann also beobachten, dass Schmidt und Althoff bei der Frage, wie die Asylsuchenden innerhalb der Medien verortet wurden, zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Hinsichtlich der in den Zeitungsberichten gewählten Ausdrucksweisen bemerkt Schmidt zudem Folgendes:

Untersucht man die Berichte auf ihre Wortwahl, so fällt auf, daß – von wenigen Ausnahmen abgesehen – statt des Schlagwortes Asylanten der korrekte Begriff *Asylbewerber* [Hervorhebung im Original] verwendet wurde. Dennoch finden sich viele negativ besetzte Formulierungen: In Lichtenhagen herrsche „Unordnung“, durch das „wilde Camp“ der Asylbewerber gerate die Stadt in den „Notstand“, der einem „Belagerungszustand“ und – wieder einmal – einem „Heerlager“ gleichkäme. Die „Flut“ von Asylbewerbern sei für die Anwohner „unzumutbar“, für die „völlig verdreckte Wiese“ und die „völlig fremde Lebensart“ gelte dasselbe ... Die von Interviewten und Reportern gleichermaßen getätigten Äußerungen erwecken den Anschein, als handle es sich um die Darstellung von Fakten. Rassismus und Sprache haben ein eheähnliches Verhältnis. (Schmidt 2002, S. 204)

Schmidt geht hier also davon aus, dass Medienvertreter/-innen in ihren Berichten teilweise Rassismus (re-)produziert und sich nicht gegen rassistische Deutungsmuster gestellt haben:

Dem latent in der Bevölkerung vorhandenen Alltagsrassismus wurde nichts entgegengesetzt. Auf eine Einordnung bzw. Kommentierung der verschiedenen Statements wurde gänzlich verzichtet; ebenso wurde ihr Wahrheitsgehalt nicht überprüft. Dadurch aber wurden bestehende Ressentiments verstärkt. (Schmidt 2002, S. 205)

Dies war Schmidt zufolge nicht nur bei regionalen, sondern auch bei überregionalen Tageszeitungen gang und gebe (Schmidt 2002, S. 205). Auch in der Einordnung der Geschehnisse nach dem Ausbruch der Gewalt war dies zu beobachten; so sei der Terminus „Pogrom“ vermieden und u.a. von der *BILD*, *SZ* und *FAZ* verharmlosend als „Krawall“ bezeichnet worden:

Durch die Bezeichnung Krawall wird der eindeutig rassistische Überfall verharmlost. Denn mit Krawall verbindet man in der Regel eine Handlungsweise, die nicht politisch motiviert ist. Der exaktere Begriff Pogrom wurde dagegen nur selten gebraucht, obwohl er als politisch motivierte und rassistische Straftat definiert ist. (Schmidt 2002, S. 205)

Auch ist es Schmidt zufolge bei der Berichterstattung hinsichtlich der Gewalttaten auffällig, dass zwischen den Beteiligten Personen unterschieden wurde. Als (schlimmstenfalls applaudierende) Anwohner/-innen wurden von der Presse größtenteils Erwachsene befragt, während die physische Gewalt laut den Medienvertreter/-innen ausschließlich von Jugendlichen ausging. Hierin sieht Schmidt eine Abwertung eines politisch motivierten Pogroms hin zu einem „Dumme-Jungen-Streich“ (Schmidt 2002, S. 206). Bei aller Kritik möchte Schmidt jedoch auch beachtet wissen, dass ein großer Teil der Berichterstattung kritisch nach den Hintergründen der Tat(en) gefragt habe. Vor allem die Rolle der Politik sei beleuchtet und Zusammenhänge zur Gewalteskalation seien dargestellt worden (Schmidt 2002, S. 206).

Stephan Geelhaar, Ulrike Marz und Thomas Prenzel kritisieren in ihrer Studie, in der sie die Gewalttaten von Rostock-Lichtenhagen als „antiziganistisches Pogrom“ einordnen, dass die Medien die Bewohner/-innen der ZASt über Wochen und Monate als „gefährliche Zigeuner“ dargestellt und einen „unbegrenzte[n] Asylzustrom“ prophezeit hätten (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 160). Sie konstatieren, dass die Medien die Verantwortlichkeit vor allem in der Politik gesehen hätten, die unfähig gewesen sei, dem Asylproblem „Herr zu werden“ (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 160). Vor allem vonseiten der Lokalpresse sei konstruiert worden, dass Roma „schmutzig“, „kriminell“, „asozial“ und „Sozialschmarotzer“ seien (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 160). Ihnen zufolge liegt die Mitverantwortung der Medien darin, dass sie sich zum „Sprachrohr der Bevölkerung“ gemacht hätten, da sie „antiziganistische O-Töne in Berichten unkommentiert oder die Androhung zu Ausschreitungen abdruckten bzw. selbst antiziganistische Inhalte in den Berichten, Kommentaren oder Reportagen reproduzierten“ (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 160). Des Weiteren hätten die Medien einen wichtigen Teil der Täterschaft ausgeblendet. Sie hätten zwar viel von „Straßenschlachten“ oder „Randalen“ berichtet, aus der Berichterstattung seien jedoch oftmals die passiven oder aktiven Anwohner/-innen ausgeschlossen worden (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013, S. 157).

Auch die Kommunikationswissenschaftler Hans-Bernd Brosius und Frank Esser gehen in ihrer inhaltsanalytischen Studie *„Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt“* davon aus, dass die Medien im Falle der gewalttamen Angriffe auf Asylsuchende in Rostock-Lichtenhagen und in Hoyerswerda mitverantwortlich für die Verbreitung eines „gewaltlegitimierenden Meinungsklimas“ und folglich auch für Nachahmungstaten gewesen seien (Brosius/Esser 1995, S. 191). Eine Wortwahl im Sinne von „Asylantenflut“ und „Dammbruch“ sehen sie – ähnlich wie Jochen Schmidt – hierbei als höchst problematisch und eskalationsfördernd an (Brosius/Esser 1995, S. 191). Ein sehr wichtiger Punkt ist Brosius und Esser zufolge außerdem, dass vor Hoyerswerda und Lichtenhagen – von lokalen Medien einmal abgesehen – nur sehr eingeschränkt über rassistisch motivierte Gewalt berichtet wurde. Deutschlandweit blieb diese Berichterstattung jedoch aus. So entzog sich rassistisch motivierte Gewalt weitgehend dem Blick der Öffentlichkeit (Brosius/Esser 1995, S. 192). Nach der Berichterstattung über Hoyerswerda und Rostock habe jedoch ein Anstieg der fremdenfeindlichen Gewalt verzeichnet werden können (Brosius/Esser 1995, S. 193). Dies hatte Brosius und Esser zufolge verschiedene Gründe (alle Gründe nach Brosius/Esser 1995, S. 193):

1. Die hohe Medienaufmerksamkeit wirkte für Täter/-innen als Ansporn, anonym mittels ihrer Taten in den Medien präsentiert zu werden.

2. Die Berichterstattung hat Hemmschwellen abgebaut. Anwohner/-innen konnten vor den Fernsehkameras ihre Sympathie mit den Gewalttätern und Gewalttäterinnen kundtun. Hierdurch entstand ein legitimatorisches Moment für Nachahmer/-innen.
3. In den Augen der Täter/-innen waren die Ausschreitungen erfolgreich. Die Asylsuchenden wurden in andere Städte verlegt.

Nach den „Schlüsselereignissen“⁹ von Hoyerswerda und Rostock veränderte sich die Berichterstattung an vielen Stellen (Brosius/Esser 1995, S. 193). Journalist(inn)en suchten nach Taten, die dem Pogrom ähnelten. In der Folge kam es zu einer wahren Flut von Berichten über rassistisch motivierte Gewalt (Brosius/Esser 1995, S. 193). Anders als die bislang beschriebenen Studien über die mediale Abdeckung der Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen gehen Brosius und Esser nicht davon aus, dass die inhaltliche Ebene der Berichterstattung hauptverantwortlich für die Gewaltakte und andere Nachahmungsverbrechen gewesen sei. Vielmehr sei die „Massivität“ der Berichterstattung entscheidend gewesen (Brosius/Esser 1995, S. 207). Trotzdem müsse man die fehlende Aufarbeitung öffentlicher Stimmen seitens der Presse kritisieren:

Vor allem beim Ablauf der Ereignisse in Hoyerswerda und Rostock führte die Berichterstattung, so objektiv und zurückhaltend sie vielleicht in einzelnen Blättern war, zwangsläufig zu einer Nachahmerwirkung (Brosius/Esser 1995, S. 207). Das Zeigen der überforderten Polizei, des applaudierenden Publikums, der nicht-geahndeten Straftaten, des ‚Erfolgs‘ der Straftäter, all dies erhöhte zwangsläufig die Gewaltbereitschaft der potentiellen Täter. Kommentierende und einordnende Stimmen gingen in diesem Gesamtbild völlig unter (Brosius/Esser 1995, S. 207). Brosius und Esser ziehen somit nachfolgendes Resümee:

Wie unsere Analysen gezeigt haben, war eine [...] ‚besonders sensible und sorgfältige Gestaltung der Berichterstattung‘ bei den Schlüsselereignissen nicht gegeben. Gerade diese besonders gewalttätigen, spektakulären Anschläge zeigten dramatische Nachahmungsprozesse. Ein Grund lag offensichtlich darin, daß auf sie das gesamte Mediensystem geschlossen – wie auf einen Reflex hin – reagierte. Dies läßt sich mit dem hohen Nachrichtenwert der Ereignisse allein nicht erklären. Eine Mischung aus Unsicherheit (wie ist mit dieser neuen Art von Terror umzugehen?), erhöhtem Konkurrenzdruck (schneller und ausführlicher sein als die Mitbewerber), Unwissenheit (sind das Nazis oder gelangweilte Nachbarskinder?), Gewalt- und Schadensorientierung bei der Nachrichtenauswahl sowie dem Verweis auf die Chronistenpflicht (wir müssen berichten, weil es passiert ist) haben die Berichterstattung geprägt. Dies hat zu einer intensiven,

⁹ Als Schlüsselereignisse definieren sie „besonders auffällige, gewalttätige, spektakuläre Ereignisse, die einen hohen Nachrichtenwert aufweisen, weil sie viele Nachrichtenfaktoren wie etwa ‚Negativität‘, ‚Schaden‘ bzw. ‚Devianz‘ oder ‚Visibilität‘, ‚Eindeutigkeit‘ bzw. ‚Ereignishaftigkeit‘ sowie ‚Relevanz‘ und ‚Überraschung‘ auf sich vereinen“ (Esser/Scheufele/Brosius 2002, S. 18).

wenig reflektierten, ereignisorientierten Darstellung von Taten und Tätern geführt. (Brosius/Esser 1995, S. 209 f.)

Brosius und Esser machen also nicht nur auf individuelle Versäumnisse von Journalist(inn)en, sondern auch auf strukturelle Probleme des Mediensystems aufmerksam. Unerfahrenheit mit der Thematik, der brancheninterne Konkurrenzdruck, die Spezifika von Nachrichtenwerten und die Chronistenpflicht, zu der sich die Journalist(inn)en angehalten sähen, benennen sie als die Hauptgründe für eine entsprechend mangelhafte und sehr einseitige Berichterstattung.

2.1.4 Der ‚NSU‘

1996 schlossen sich Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe dem sog. ‚Thüringer Heimatenschutz‘ (,THS‘) an und wurden hierdurch Teil „eines neonazistisch dominierten Dachverbands, der bis zu 170 Mitglieder umfasste“ (Erb 2012, S. 393). Der Soziologe Rainer Erb charakterisiert den ‚THS‘ folgendermaßen:

Die Ablehnung von Fremden war im THS ein wesentlicher Bezugspunkt der Vergemeinschaftung. Dass dabei zu Methoden außerhalb rechtlicher Bindung gegriffen wurde, führte zu einer ideologischen wie habituellen Radikalisierung. Für viele verschmolzen in dieser Zeit die Schlagworte „Ausländer“, „Fidschis“, „Linke“, „Juden“ zu einem diffusen Feindbild, das leichthin ausgesprochen werden konnte und zu Attacken aufforderte. (Erb 2012, S. 395)

Im Anschluss daran begannen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in Jena damit, Briefbombenattrappen zu versenden und Kofferbombenattrappen an öffentlichen Plätzen zu deponieren. Aus diesem Grund gerieten sie schließlich ins Visier der Polizei (Virchow 2014, S. 147). Am 26. Januar 1998 untersuchte die Polizei in Jena zwei von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe genutzte Garagen. Es wurden Rohrbomben, TNT und Propagandamaterial gefunden. Als unmittelbare Folge der Durchsuchung seien Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe abgetaucht¹⁰ und hätten sich von jenem Zeitpunkt an im Untergrund bewegt (Erb 2012, S. 392).

Bei der Garagenuntersuchung wurden auch Adress- und Telefonlisten gefunden, die von den Ermittlern und Ermittlerinnen jedoch nicht beachtet wurden, obwohl sie genauestens die Kontakte der drei zum deutschen Neonazinetzwerk aufzeigten (Virchow 2014, S. 147). In den Jahren 2000 bis 2007 beging der sog. ‚Nationalsozialistische Untergrund‘ (,NSU‘) – so nannten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ihre Gruppe – insgesamt zehn Morde. Dem ‚NSU‘ fielen acht türkischstämmige und ein griechischstämmiger Kleinunternehmer zum Opfer, außerdem wurde eine deutschstämmige Polizistin ermordet (Siri/Schmincke 2013, S. 11). Des Weiteren werden dem ‚NSU‘ verschiedene

¹⁰ Böhnhardt hatte kurz davorgestanden, eine zweieinhalbjährige Haftstrafe antreten zu müssen, auf Mundlos und Zschäpe wäre eine Ermittlung wegen des Sprengstofffundes zugekommen (Erb 2012, S. 401).

Bombenattentate zugeschrieben, wobei eine abschließende Klärung der Sachverhalte noch ausstehe (Siri/Schmincke 2013, S. 11). Rainer Erb schildert die immer größere Radikalität und Gewalttätigkeit Böhnhardts, Mundlos' und Zschäpes folgendermaßen:

Begonnen hat die Karriere von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe mit antisemitischen Aktionen. An die Stelle der Judenfeindschaft trat dann wohl eher der Hass auf Türken und den Islam. Möglicherweise spielte eine Rolle, dass antimuslimische Vorurteile anschlussfähiger an die Mehrheitsgesellschaft sind als antisemitische. Vielleicht aber waren es eher pragmatische Gründe, wie etwa die, dass Planung und Durchführung von Angriffen auf türkische Gewerbetreibende mit einem geringeren Schwierigkeitsgrad durchzuführen waren. (Erb 2012, S. 397)

Die Polizei ermittelte im Zusammenhang mit der Mordserie in die falsche Richtung:

Die Zielgruppe der menschenverachtenden Anschläge hat mehr geahnt als die Polizei. Das apabiz Berlin machte darauf aufmerksam, dass türkische Zuwanderer bereits vor Jahren die Mordserie tatsächlich so empfanden, wie sie von den Tätern beabsichtigt war: Angst und Schrecken unter allen Migranten zu verbreiten. (Erb 2012, S. 392 f.)

Ein Grund, weshalb die Polizei jahrzehntelang in die falsche Richtung ermittelte, war auch, dass es keine Bekennerschreiben gab. Die Polizist(inn)en erwarteten dies bei politisch motivierten Taten (Pfeiffer 2013, S. 33). Christian Pfeiffer, ehemaliger niedersächsischer Justizminister (SPD) und ehemaliger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), bemerkt rückblickend:

Von diesen Hintergründen wusste ich damals nichts, als ich in der Ermittlungsgruppe mitdiskutiert habe. Rückblickend bin ich über unsere einseitige Betrachtung schon verwundert, das gestehe ich ein. Rückblickend ist es in der Tat schwer verständlich, warum immer nur nach dem vermeintlich Naheliegenden gesucht wurde. Auffallend ist im Rückblick auch das sehr geringe Engagement, mit dem die Polizei ermittelt hat. Bedrückend ist auch das geringe Interesse, das die Journalisten an den Tag gelegt haben; kaum jemand versuchte auch nur, die Ermittlungsarbeit der Länderpolizeien kritisch zu hinterfragen – Die Etikette „Döner Mord“ [sic] war bequem, denn damit konnte man diese Ungeheuerlichkeit in die Welt einer befremdlichen Minderheit gleichsam exportieren. (Pfeiffer 2013, S. 33)

Jasmin Siri (2014, S. 131) zufolge genügte den Ermittlern und Ermittlerinnen alleine die Tatsache, dass die Opfer nicht deutscher Abstammung waren, um von sog. „Ausländerkriminalität“ auszugehen. Die Opfer wurden sowohl von den Ermittlern und Ermittlerinnen als auch von weiten Teilen der Medien nicht als Opfer, sondern als Täter angesehen, die angeblich in Drogenkriminalität oder Schutzgelderpressungen verwickelt sein sollten (Siri 2014, S. 131). Des Weiteren wurden die Taten von vielen Journalist(inn)en als sog. „Döner-Morde“¹¹ bezeichnet (Siri/Schmincke 2013, S. 11).

¹¹ Es gibt bezüglich des Begriffes keine einheitliche Schreibweise. Einige Autor(inn)en schreiben von „Döner-Morden“, andere von „Dönermorden“. In der vorliegenden Arbeit wird die Schreibweise „Dönermorde“ gewählt.

Der ‚NSU‘ finanzierte sich u.a. durch von Böhnhardt und Mundlos begangene Banküberfälle. Am 4. November 2011 überfielen sie eine Bank in Eisenach. Nach ihrer Flucht wurden sie von der Polizei in ihrem Wohnwagen umstellt und richteten sich selbst (Siri/Schmincke 2013, S. 11). Beate Zschäpe stellte sich infolgedessen der Polizei. Seit Mai 2013 muss sie sich mit Unterstützern, bzw. mutmaßlichen Mitgliedern des ‚NSU‘ in München vor Gericht verantworten.

Siri (2013, S. 195) merkt zum medialen Diskurs, der sich auf den ‚NSU‘ und seine Opfer bezieht, an, dass den Opfern der menschliche Subjektstatus und ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft genommen worden sei: „Die Schilderung von Opferfamilien über den Verlust sozialer und beruflicher Kontakte nach der Ächtung ihrer toten Verwandten als ‚kriminelle Ausländer‘ machen deutlich, wie solch eine Auslöschung als Verweigerung der Anrede funktioniert“ (Siri 2013, S. 195). Ein weiteres Beispiel hierfür ist ihr zufolge die Anrede der Opfer als „Döner“, was die Bezeichnung „Dönermorde“ impliziere (Siri 2013, S. 195). Laut Siri (2013, S. 196) muss man sich aufgrund der Entmenschlichung und Exklusion der Opfer aus der Gesellschaft durch Teile der Medien die Frage stellen, warum es in vielen Situationen so opportun zu sein scheint, rassistisch zu klassifizieren. Ein Grund dafür sind ihrer Meinung nach soziale Exklusionsmechanismen:

Ob und wie um einen Menschen oder eine Gruppe von Menschen getrauert wird, ob und wie der Verlust von Angehörigen von Menschen, die ermordet worden sind, sozial thematisiert (oder dethematisiert) wird, ist also nicht nur eine Frage des individuellen Schicksals, sondern wird vor allem sozial entschieden. (Siri 2013, S. 196)

Beziehe man dies auf die Frage der sog. ‚Dönermorde‘, so komme man zu dem Ergebnis, dass das „Nicht-Deutsch-Sein“ der Opfer eines der wichtigsten Merkmale für die Selektionskriterien in der medialen Berichterstattung gewesen sei. Hätten die Opfer deutsche Namen getragen, könne man davon ausgehen, dass die Berichterstattung anders ausgesehen hätte (Siri 2013, S. 196). Es entstehe hierbei eine Festlegung, wer ein betrauernswertes Opfer sei und wer nicht:

Einerseits wird durch die Marginalisierung einer Position (bspw. eines mutmaßlich türkischen Menschen als „Döner“) ein Ausschluss aus der Gruppe von Menschen, die einen Namen besitzen, vollzogen. Andererseits kommen die Betroffenen nur schlecht daran vorbei, auf diese Anrede zu reagieren, auf sie zu antworten: eine Falle, aus der die so Bezeichneten nur aussteigen können, indem sie sich nicht mehr am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen. (Siri 2013, S. 197)

Ein wichtiger Grund für diese Exklusion – nicht nur aus dem Kreis der Betrauernswerten, sondern aus der Gesamtgesellschaft als solche selbst – sei die Angst vor ‚Fremden‘, die vermeintlich das ‚Wir‘ bedrohen würden. Man müsse hierbei erkennen, dass das Konstrukt der Eigengruppe stets über den Ausschluss anderer vollzogen werde (Siri 2013, S. 197). Hierbei würden nicht nur rassisti-

sche Denkmuster eine Rolle spielen, vielmehr gehe es um Konzepte von ‚Fremdheit‘ im Allgemeinen:

Wenn wir anerkennen, dass die Konstruktion politischer Kollektive stets über Ausschlüsse vollzogen wird, die die Form von Gewalt annehmen können, sind wir in der Lage zu beobachten, dass auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Konzepte von Fremdheit und erwünschter Kollektivität, wie die mediale Anrufung von „Dönern“ und „Kopftuchmädchen“, von „Nazi-Ossis“, „Hartz-IV-Schmarotzern“ und „Islamisten“ miteinander verwoben sind. (Siri 2013, S. 200)

Es gehe also zentral um die Frage, wer überhaupt als Teil der Gesellschaft angesehen werden könne. Darauf aufbauend könne man Praktiken der Exklusion in einer sich selbst als aufgeklärt ansehenden Gesellschaft verdeutlichen (Siri 2013, S. 200).

Fabian Virchow, Tanja Thomas und Elke Grittman haben in ihrer Studie „Das Unwort erklärt die Untat. Die Berichterstattung über die ‚NSU‘-Morde – eine Medienkritik“ für die Otto-Brenner-Stiftung (OBS) diskursanalytisch Zeitungsberichte aus deutsch- und türkischsprachigen Zeitungen zur ‚NSU‘-Mordserie analysiert. Zusätzlich wurden Interviews mit Journalist(inn)en geführt, in denen der Frage nachgegangen wurde, wie die Berichterstattung zum ‚NSU‘ so erfolgen konnte, wie es letztlich geschehen ist (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 15). Zur Begrifflichkeit der ‚Dönermorde‘, die erstmals im August 2005 von der Nürnberger Zeitung verwendet wurde, merken die Autor(inn)en Folgendes an:

Der Begriff markiert zum einen eine diskriminierende Bezeichnungspraxis vieler Medien, war diese Etikettierung doch nicht nur sachlich unzutreffend, sondern auch stereotypisierend. Zugleich steht der Ausdruck als Symbol für eine Berichterstattung, die die politische Dimension der Morde in der übergroßen Mehrheit verkannt oder ignoriert hat. Die Ermordeten waren nach rassistischen Kriterien ausgesucht worden. Sie sind ermordet worden, weil sie rassistisch eingesetzten Täter*innen mit ihrer dauerhaften Aufenthalt signalisierenden Tätigkeit als selbstständige Unternehmer und Familienväter als Bedrohung einer imaginierten „Rasse-Reinheit“ erschienen.

Eine Ursache dieser Art von Berichterstattung war blindes journalistisches Vertrauen in Polizei-Quellen. Es habe hierbei keine kritische Hinterfragung und „Reflexion der Deutungsmuster von Ermittlungsbehörden“ stattgefunden (Thomas/Grittman/Virchow 2015, S. 143). Gemeinsam mit der Polizei hätten Journalist(inn)en über Schutzgelderpressung, Drogenkriminalität, Geldwäsche und Auftragsmorde im Umfeld der Opfer gemutmaßt (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 10). In einer auf der OBS-Studie aufbauenden Publikation bemerken die Autor(inn)en weiter:

Polizeiliche Quellen dominierten in Wort und Bild; Deutungen zu den Tathintergründen aus dem Umfeld der Betroffenen wurden nur in Ausnahmefällen aufgerufen und zudem selten als glaubwürdig eingestuft. (Thomas/Grittman/Virchow 2015, S. 142)

Somit fand hier eine Täter-Opfer-Umkehr statt, in deren Verlauf die Opfer in einem Umfeld der organisierten Kriminalität verortet wurden (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 10). Jedoch gab es eine kurze Phase, in der – auch vonseiten der Ermittler/-innen – ein rassistisches Motiv für die Morde nicht ausgeschlossen wurde. Jedoch wandten sich die meisten Journalist(inn)en gegen diese Möglichkeit:

In der kurzen Phase, in der die Möglichkeit rassistischer Tatmotive aufgrund einer polizeilichen Fallanalyse ernsthafter in den Blick genommen wurde, reichte die journalistische Bearbeitung von Ablehnung („unplausibel“) bis zur Entpolitisierung („Einzeltäter mit negativen Erfahrungen, aber keine organisierte Täterstruktur“). Bezüge zu anderen Fällen von Gewalt gegen Migrant*innen und damit zu möglichen rassistischen Tathintergründen wurden nicht hergestellt. (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 10)

Expert(inn)en, die einen rassistischen Hintergrund bei den Morden vermuteten, wurden von den meisten Zeitungen in der Regel nicht beachtet (Thomas/Grittman/Virchow 2015, S. 142). Zusätzlich zu diesen Versäumnissen sei ein entscheidender Faktor gewesen, dass die Angehörigen der Opfer nur selten eine Stimme durch die Medien erhalten hätten. Vielmehr noch war es so, dass sie nicht als Betroffene, sondern als Teil der (kriminellen) „Anderen“ dargestellt wurden (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 11). Die Berichterstattung in diesem Kontext war Virchow, Thomas und Grittman zufolge „weitgehend durch Zuschreibung von Fremdheit und durch Ausgrenzung gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen geprägt. Der Begriff der ‚Dönermorde‘ sei dabei lediglich eine besondere Zuspitzung (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 11). Basierend auf den Interviews mit Journalist(inn)en, beschreiben die Autor(inn)en des Weiteren, dass die Art der Berichterstattung auch auf strukturelle Mängel innerhalb des Journalismus verweise:

Hierzu gehören insbesondere fehlende Ressourcen für eigenständige Recherchen, fortbestehende Distanz zu migrantischem Leben, unzureichende Repräsentanz migrantischer Perspektiven in der Berichterstattung sowie ein „Schwarmverhalten“, das – wie am Begriff „Döner-Morde“ erkennbar, der als plakative Formulierung vielfach übernommen wurde – zur Verstärkung diskriminierender Berichterstattung beitragen kann. (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 11)

Auf die türkische Presse rekurrierend, wurde beobachtet, dass sie differenzierter über die Opfer berichtete. Persönliche Einstellungen und Privates wurden hier mit in die Berichterstattung aufgenommen. Die Opfer wurden als Menschen dargestellt und nicht unsichtbar gemacht, wie es teilweise in der Berichterstattung deutscher Medien geschehen ist (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 36 ff.). Bezuglich der medialen Zuschreibungen der Opfer stellen Virchow, Thomas und Grittman Folgendes fest:

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Repräsentationen der Opfer nur gelegentlich dazu beitragen, sie als zu betrauernde Mitmenschen zu zeigen. Stattdessen wurden den Opfern und Angehörigen Plätze jenseits der Legalität zugewiesen, sie wurden entlang ihrer (zuge-

schriebenen) Nationalität als Nichtdazugehörige definiert. Alternative Darstellungsweisen, die geeignet waren, Leid und Verlust über die je einzelnen Persönlichkeiten in den Vordergrund zu rücken und begreiflich zu machen, sind in der deutschen Presseberichterstattung aber Ausnahmen. Religiöse und politische Einstellungen der Opfer wurden in den deutschsprachigen Medien gar nicht, in den türkischsprachigen Medien in geringem Umfang thematisiert. (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 38 f.)

In den deutschsprachigen Medien ließen sich nur in Einzelfällen Empathiebekundungen mit den Opfern beobachten, die – wenn überhaupt – ein Resultat von Recherchen im Opferumfeld waren (Thomas/Grittman/Virchow 2015, S. 144). Auch die Tatsache, dass trotz umfangreicher Ermittlungen die Täterschaft nicht geklärt werden konnte, wurde von den Medien thematisiert. Der allgemeine Tenor war hierbei, dass Spuren fehlen würden, weshalb sich die Ermittlungsarbeit als schwer erweise. Regelmäßig wurde zudem auf das vermeintliche Fehlen eines Tatmotivs verwiesen (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 46). In verschiedenen Zeitungen tauchte außerdem die These der ‚schweigenden Türken‘ auf. Diese würden eine Parallelwelt konstruieren, unter sich bleiben und aus Ablehnung oder Angst nicht mit deutschen Ermittlern zusammenarbeiten. Dem (türkischen) Umfeld der Opfer gab man also eine Mitverantwortung dafür, dass die Morde nicht aufgeklärt werden konnten (Virchow/Thomas/Grittman 2015, S. 48 f.):

Die Berichterstattung wurde aufgeladen mit Spekulationen über angebliche „Milieus“ und „Parallelwelten“, in denen eine „Mauer des Schweigens“ nicht nur die polizeiliche Arbeit erschwere, sondern auch Ausdruck unzureichender Integration in die Mehrheitsgesellschaft sei. (Thomas/Grittman/Virchow 2015, S. 143)

Somit wurden nicht nur die Opfer, sondern auch ihr Umfeld stigmatisiert.

Anna Oelhaf hat sich in einem vom *DISS* herausgegebenen Artikel mit der Auseinandersetzung der *BILD* mit Beate Zschäpe in der unmittelbaren Zeit nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ beschäftigt. Ihr zufolge ist es auffallend, dass Zschäpe hierbei als Mitglied einer Gruppe, jedoch nicht als Individuum diskutiert wurde (Oelhaf 2012, S. 7). Die Berichterstattung über Zschäpe sei widersprüchlich. Theoretisch werde sie von den Medien für die Taten, die der ‚NSU‘ als Kollektiv begangen habe, mit zur Verantwortung gezogen. Auf der anderen Seite werde sie aber nicht als Mörderin, sondern als Mitwisserin und Mitorganisatorin dargestellt, die nicht an der Durchführung der Morde beteiligt gewesen sei (Oelhaf 2012, S. 7). In der Konsequenz werde Zschäpe selten mit Zuschreibungen wie „Killer“ oder „Mörder“ versehen. Dies geschehe nur im Kollektiv, so z.B., wenn von den „Killer-Nazis“ die Rede sei. Werde von Zschäpe alleine gesprochen, dann würden vor allem Begriffe wie „Komplizin“ oder „Mitläuférin“ fallen (Oelhaf 2012, S. 8). Nur ein einziges Mal werde sie als „Nazi-Terroristin“ bezeichnet, ansonsten werde sie als eine zweitrangige Mitläuférin interpretiert (Oelhaf 2012, S. 8). Das Kollektiv ‚NSU‘ werde als „brutal“ und „grausam“ bezeichnet,

Beate Zschäpe alleine – und dies im Gegensatz zu individuellen Berichten über Böhnhardt und Mundlos – jedoch nie (Oelhaf 2012, S. 8). Insgesamt werde Zschäpe durch die Nutzung von Begriffen wie „Mitbewohnerin“, „heißer Feger“ und – immer wiederkehrend – „Nazi-Braut“ vor allen Dingen sexualisiert (Oelhaf 2012, S. 8). Somit werde Zschäpe der Status der Sexualpartnerin „echter“ Nazis verliehen. Dies zeige sich u. a. auch anhand einer Bildunterschrift, die „Nazi-Braut im Bett mit dem Killer!“ laute (Oelhaf 2012, S. 9). Insgesamt könne man aber per se keine Verharmlung Beate Zschäpes beobachten. Festzustellen sei jedoch eine Ausklammerung der gesellschaftlichen Mitverantwortung für die „NSU“-Morde (Oelhaf 2012, S. 10). Die Frage nach einem Rassismus der Mitte werde nicht gestellt. Die *BILD* stelle das Problem als außerhalb der Gesellschaft stehend dar, indem sie Rassismus lediglich auf den Rechtsextremismus projiziere und somit an den rechten Rand der Gesellschaft dränge (Oelhaf 2012, S. 10).

Nach der Darstellung der Ereignisgeschichte und den von anderen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen getätigten Analysen zur Berichterstattung von Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund wird im nächsten Kapitel der Frage nachgegangen, inwiefern sich Soziologie und Geschichtswissenschaften produktiv in Einklang bringen lassen, um einen Aspekt abzudecken, dem von nur wenigen der hier vorgestellten Arbeiten nachgegangen wurde: die Untersuchung der Berichterstattung während eines längeren historischen Zeitraums auf Kontinuitäten und Kontinuitätsbrüche.

2.2 Zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft

Das folgende Kapitel setzt sich mit dem Verhältnis der Disziplinen der Soziologie und Geschichtswissenschaft auseinander. Hierbei kommen Positionen aus beiden Fächern zum Tragen. Zunächst werden Soziologie und Geschichtswissenschaft sowie ihr Zusammenspiel und ihre Diskrepanzen im Laufe der Zeit eingeordnet. Im Anschluss daran werden Positionen zur Kombination beider Fächer beschrieben und auf den Umgang der Soziologie mit dem Holocaust eingegangen, bevor schlussendlich die vorliegende Arbeit in ihrem soziologischen und historischen Kontext verortet wird.

2.2.1 Eine Einordnung von Soziologie und Geschichtswissenschaft

Womit beschäftigen sich die beiden Fächer? Der britische Historiker Peter Burke beschreibt die jeweiligen Aufgaben der Disziplinen wie folgt:

Unter Soziologie kann man das Studium der menschlichen Gesellschaft verstehen, wobei verallgemeinernde Aussagen über ihre Struktur im Vordergrund des Interesses stehen. Auch der Geschichtswissenschaft geht es um menschliche Gesellschaften. Sie betont allerdings die Unterschiede zwischen diesen und die Veränderungen innerhalb einer jeden von ihnen im Laufe der Zeit. Beide Ansätze ergänzen einander offensichtlich. Der Wandel spielt sich in Strukturen ab, und Strukturen wandeln sich. Nur durch Vergleich mit anderen Gesellschaften können wir feststellen, was an einer bestimmten Gesellschaft einzigartig ist. (Burke 1989, S. 9)

Nicht alle Forschenden sehen die Ergänzung zwischen Soziologie und Geschichtswissenschaft als so „offensichtlich“ an, wie Burke (1989, S. 9) dies tut. Das Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft ist vielmehr von einem ständigen Auf und Ab gekennzeichnet. Mal hat die Verknüpfung beider Disziplinen Konjunktur, mal wird sie komplett abgelehnt (Sprondel 1992, S. 66). Aus sozialhistorischer Perspektive sieht Jürgen Kocka (2000, S. 6) es zunächst als gegeben an, „[...] daß sich sowohl die Geschichtswissenschaft als auch die einzelnen Sozialwissenschaften als professionalisierte Disziplinen in Abgrenzung voneinander etabliert haben“. Hierbei geht er auf die grundlegenden Entwicklungslinien von Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften ein und erklärt näher:

Bis auf einige herausragende Ausnahmen legten die Historiker Wert auf das, was sie von den Sozialwissenschaften unterschied: ideographische Methoden, narrative Darstellungsformen, die Betonung von Kontext und zeitlichem Wandel, die Konzeptualisierung historischer Phänomene als Individualitäten. Gleichzeitig etablierten die Soziologen, Ökonomen und Politikwissenschaftler ihre Disziplinen erfolgreich im Abrücken von historischen Ansätzen. Sie betonten behavioristische Ansätze, neo-klassische Theorien, Strukturfunktionalismus, Quantifizierung und nomothetische Verfahren. Durch Betonung der Differenzen etablierte man sich disziplinär, in einem Prozeß der Ausdifferenzierung, der sich im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beobachten lässt. (Kocka 2000, S. 6)

Die Soziologie darf hier als den Sozialwissenschaften zugehörig angesehen werden. Kocka widmet sich zunächst den fundamentalen Unterschieden im Selbstverständnis beider Disziplinen, die gerade im 19. Jahrhundert kultiviert und bis zur Mitte des 20. Jahrhundert vielerorts dogmatisch betont wurden.

Bevor auf die weitere Entwicklung der Trennung dieser Disziplinen ausführlicher eingegangen wird, soll zunächst eine Einordnung beider Fächer aus soziologischer Sicht erfolgen. So ging Mario Rainer Lepsius (1982, S. 122) davon aus, dass sich Sozialwissenschaftler/-innen in der Regel mit Phänomenen der Gegenwart beschäftigen, während Historiker/-innen ihren Fokus auf Zeiträume richten, die sich außerhalb des zeitgenössischen Erfahrungsraums bewegen. Er bemerkte hierzu Folgendes:

Historiker haben insofern eine Sonderqualifikation gegenüber den Soziologen: sie vermögen Kulturen und Institutionen zu analysieren, die vergangen sind. Wo nun dieser Übergang liegt von der Gegenwart zur Vergangenheit oder – mit anderen Worten – von wann an eine die Zeitgenossenschaft übersteigende Sonderqualifikation erforderlich wird zur Analyse von sozialen Phänomenen, ist nicht schematisch angebbar. Ganz evident ist der Übergang markiert, wenn etwa besondere Sprachkenntnisse erforderlich sind, Institutionen bestehen, die keine gegenwärtige Entsprechung mehr haben oder der für die verhaltensprägende Deutung der Situation in Anspruch genommene Wertbezug inhaltlich nicht aus gegenwärtigen Deutungsmustern ableitbar ist. (Lepsius 1982, S. 122)

Hier wird ein wichtiger Aspekt betont: Selbst in dem Fall, dass Soziologie und Geschichtswissenschaft ein und denselben Gegenstand über denselben Zeitraum erforschen würden, müsste von unterschiedlichen Logiken ausgegangen werden. Historiker/-innen würden sich neben der Analyse von Daten auch die Frage nach dem kulturellen und institutionellen Rahmen stellen, in dem die zu erforschenden Daten bzw. Quellen entstanden seien (Lepsius 1982, S. 122). Trotzdem oder gerade deshalb sei die Kombination beider Fächer in bestimmten Situationen alternativlos:

Historisch orientierte Sozialforschung, etwa des Wählerverhaltens über hundert Jahre, ist nur möglich, wenn die qualitativen Änderungen von Rahmenbedingungen für dieses Verhalten als kontrolliert gelten können. Gerade diese wird aber von den Sozialwissenschaftlern nicht geprüft werden können ohne die Mitarbeit von Historikern. Viele Schwächen soziologischer Analysen von Wandlungsprozessen liegen gerade darin begründet, daß diese Rahmenbedingungen als kontrolliert, d.h. in der Regel als konstant angesehen werden, obwohl dies überaus fragwürdig ist. (Lepsius 1982, S. 123)

Er sieht in diesem Kontext die „Analyse von Kultur- und Institutionenbeständen vergangener Perioden“ als die Konsequenz historischen Erkenntnisinteresses an. Demnach unterscheiden sich ihm zufolge geschichtswissenschaftliche Fragestellungen häufig nicht signifikant von soziologischen (Lepsius 1982, S. 123). Auch Burke (1989, S. 9) nimmt einen ähnlichen Blickwinkel ein und betont, dass sich Geschichtswissenschaft und Soziologie gegenseitig befruchten und somit der Gefahr

vorbeugen könnten, ein Problem aus einem verengten Blickwinkel heraus zu betrachten. Er kritisiert, dass viele Soziolog(inn)en und Historiker/-innen die jeweils andere Disziplin nicht als bereichernd empfänden, sondern sie eher belächeln würden:

Soziologen scheinen die Geschichtswissenschaft so zu betrachten, als befände sie sich immer noch in der von Ranke geprägten Epoche, in der es nur darum ging, zu erzählen, „wie es eigentlich gewesen ist“. Historiker sehen dagegen die Soziologie oft so, als sei die von Comte beherrschte Phase noch nicht vorbei, in der großartige Verallgemeinerungen ohne empirische Forschung im Vordergrund standen. Beide Fachgebiete haben jedoch seit der Mitte des 19. Jahrhunderts große Veränderungen durchgemacht. (Burke 1989, S. 11)

Dieses Zitat wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, an dem sich Soziologie und Geschichtswissenschaft ein Stück weit voneinander entfremdet hatten. Dies war jedoch nicht immer so. In den 1960er- und 1970er-Jahren sei in beiden Fächern der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit gereift (Kocka 2000, S. 7). Viele Historiker/-innen waren der Meinung, dass die althergebrachte Herangehensweise nicht mehr genüge, um moderne Phänomene zu verstehen und zu analysieren. Historiker/-innen lernten nach und nach, sich nicht mehr vornehmlich auf die „Rekonstruktion von Motiven, Handlungen und Ereignissen“, sondern vielmehr auf die „Analyse anonymer Prozesse und Strukturen langfristigen Wandels“ zu konzentrieren (Kocka 2000, S. 7). Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte wurden bspw. als Disziplinen zu einem anerkannten Faktor für das Verständnis historischer Ereignisse. In der Folge wandten sich einige Historiker/-innen sozialwissenschaftlichen Methoden zu und fingen u.a. an, Quellen auf ihre quantitativen Daten zu befragen, so z.B. Heiratsregister und Steuerunterlagen (Kocka 2000, S. 7). Trotzdem dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich bei der Kollaboration von Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften immer um ein „Minderheitenphänomen“ gehandelt habe. Es sei jedoch von einer nicht zu unterschätzenden Wichtigkeit, dass der Grenzübergang stattgefunden habe (Kocka 2000, S. 9). Wie das Miteinander von Geschichtswissenschaft und Soziologie ausgesehen hat und teilweise heute auch noch aussieht, soll nachfolgend an den Beispielen der Sozialgeschichte und der Historischen Soziologie erläutert werden.

Sozialgeschichte

Mitte des 20. Jahrhunderts fingen Soziolog(inn)en an, auch historische Dokumente soziologisch zu untersuchen. Diese Entwicklung konnte vor allem in den USA beobachtet werden (Burke 1989, S. 32). Auch Historiker/-innen wandten sich nun öfter der Soziologie zu und forschten unter dem Stichwort der Sozialgeschichte:

Um in einer Zeit schnellen sozialen Wandels eine Orientierung zu finden, haben es einige Leute für nützlich gehalten, sich näher mit der Vergangenheit zu beschäftigen – und zwar mit der sozialen Vergangenheit. (Burke 1989, S. 33)

Zuvor hätten vor allem die politische Geschichte und die Wirtschaftsgeschichte im Zentrum des Interesses gestanden. Um eben jenen beschriebenen Wandel besser begreifen und erforschen zu können, hätten sich einige Historiker/-innen Methoden aus der Soziologie angeeignet (Burke 1989, S. 33 f.). Der Historiker Dieter Langewiesche definiert das Erkenntnisinteresse der Sozialgeschichte in den 1960er-Jahren wie folgt:

Nicht der auf eine kurze Zeit verdichtete Veränderungsschub, sondern dessen langfristige Folgen stehen im Mittelpunkt des Interesses. Denn jede Geschichtsschreibung privilegiert die Suche nach Kontinuitäten. Ihnen wird zwar Wandel zugeschrieben, doch selbst die Frage nach Zäsuren gewinnt ihre Bedeutung aus der Perspektive langer Dauer. (Langewiesche 2006, S. 68)

Bei der Frage nach diesen Kontinuitäten und Zäsuren müsse stets beachtet werden, dass die Perspektive auf Ereignisse nicht starr sei. Geschichte unterliegt Langewiesche (2006, S. 69) zufolge stets einer „retrospektive[n] Veränderung“. Dies bedeutet, dass ein historisches Ereignis aus einem bestimmten Blickwinkel anders interpretiert und gedeutet werden kann als aus einem anderen temporalen Blickwinkel, oder wie Langewiesche es nennt: „zeitlich differierende[...] Sehpunkte bei der Betrachtung der Vergangenheit“ (Langewiesche 2006, S. 69). Um es vereinfacht zu formulieren, könnte man also sagen, dass der jeweilige Forschungszeitpunkt in der Geschichtswissenschaft ein wichtiger Faktor ist, da Zeit, wie bereits in der Einleitung hinsichtlich der Causa Oettinger-Filbinger beschrieben, „die Wahrnehmung von Geschichte verändert“ (Langewiesche 2006, S. 69). Mit der Etablierung der Sozialgeschichte innerhalb der Geschichtswissenschaft sei deutlich geworden, dass „Erfahrungen mittelfristiger Dauer“ für eine Sozialgeschichte, „die sich als sozialwissenschaftlich angeleitete Strukturgeschichte versteht“, am zugänglichsten seien (Langewiesche 2006, S. 70). Hierbei unterscheide sich die Sozialgeschichte insofern von der bislang üblichen Geschichtsschreibung, dass „nicht ein einmaliger Akt, sondern ein stetiger Prozess akkumulierender Wiederholung“ im Fokus gestanden hätte (Langewiesche 2006, S. 70). Zu den angesprochenen Wiederholungen bemerkt Langewiesche:

Hier ist der Ort generationenspezifischer Erfahrungen. Sie wurzeln in Prozessen mittelfristiger Dauer, die viele Menschen in ähnlicher Weise erleben. Dies ist gemeint, wenn man von Zeitgeist spricht, eine schwer zu fassende, aber wirkmächtige Größe. Solche Erfahrungen werden individuell gemacht, aber kollektiv ähnlich. (Langewiesche 2006, S. 70)

Diese Analyse mittelfristiger Ereignisse führe die Sozialgeschichte zu ihrem wohl größten Potenzial, demzufolge diese Prozesse und Muster auf eine lange Dauer zu analysieren seien, wodurch die Möglichkeit bestehe, bislang vertraute Geschichtsauffassungen neu zu diskutieren (Langewiesche

2006, S. 70). Geschichte könne also umgeschrieben werden. Dies bedeute, dass sich die Geschichtswissenschaft nicht mehr nur auf die Erfahrungen von Zeitzeugen bzw. auf die von Zeitgenossen verfassten Berichte, verlassen müsse, sondern auch durch zeitliche Distanz zum untersuchten Ereignis neue Erkenntnisse generieren könne (Langewiesche 2006, S. 71). „Umschreiben“ meine in diesem Fall jedoch nicht einen vollständigen Bruch mit bisher Dagewesenem, ebenso wenig bedeute es einen Geschichtsrevisionismus (Langewiesche 2006, S. 71). Vielmehr gehe es darum, „in der Wissenschaft und in der Gesellschaft Geschichtsdeutungen zur Geltung zu bringen, die in früheren Zeiten nur bei Außenseitern Zustimmung gefunden hatten“ (Langewiesche 2006, S. 71). Zu beachten ist, dass es sich hierbei um die Frage eines wissenschaftlich begründeten Umschreibens der Geschichte handelt. Möglich machen kann man dies, indem man, wie in der Sozialgeschichte geschehen, althergebrachte Forschungsmeinungen und -ansätze hinterfragt und verschiedene Disziplinen in einen produktiven Einklang miteinander bringt.

Historische Soziologie

Bereits Theodor Adorno hat eine mangelnde Historizität innerhalb der Soziologie kritisiert. Man müsse verstehen, dass auch die Gegenwart veränderlich sei, und könne dies nur, wenn man ihr Gewordensein nicht aus dem Blickfeld verliere (Deißler 2013, S. 138). Norbert Elias befürwortete diese Argumentation. Er bemängelte, dass zu viele Theoriegebilde eine Universalität ihrer Gültigkeit postulieren würden (Deißler 2013, S. 139). Man dürfe Theoreme nicht nur gegenwartsgebunden betrachten. Vielmehr sei es nötig, Prozesstheorien zu erstellen, die den Wandel der Gesellschaft in den Fokus nähmen, statt sich von diesem abzugrenzen (Deißler 2013, S. 139). In eine ähnliche Richtung denkend, entstand im anglosächsischen Raum in den 1950er- und 1960er-Jahren die sog. *Historical Sociology* (Deißler 2013, S. 139). Der Soziologe Stefan Deißler beschreibt den Zusammenhang der *Historical Sociology* mit der Geschichtswissenschaft wie folgt:

Thematisch eint sie die Fokussierung auf historische makroskopische Transformationsprozesse, zu denen beispielsweise die Industrialisierung, die ‚großen Revolutionen‘ oder die Entstehung moderner Staaten zählen; methodische Gemeinsamkeit ist die Beschränkung der Untersuchung auf wenige Fälle, die miteinander verglichen werden. (Deißler 2013, S. 139 f.)

Auf so ein Vorgehen aufbauend, könne man innerhalb der historisch-soziologischen Forschung allgemeine, über den Einzelfall hinausreichende Regelmäßigkeiten entdecken. Somit hätten die Vertreter/-innen dieser Teildisziplin ein Bewusstsein für eine Prozesshaftigkeit schaffen können (Deißler 2013, S. 140). Die Aufgabe der Soziologie wird in diesem Zusammenhang, so Deißler, darin gesehen, „bestehendes [sic] als Gewordenes, bzw. als Werdendes zu deuten“, so bspw. durch die Sichtbarmachung von sozialen Dynamiken (Deißler 2013, S. 141).

Jürgen Osterhammel beschreibt aus der Perspektive eines Historikers, welche Beziehungen zwischen Gesellschaftsgeschichte und Historischer Soziologie bestehen. So sei festzustellen, dass Historiker/-innen sich an das Vokabular der Sozialwissenschaften anlehnen würden (Osterhammel 2006, S. 85). Dies bedeute im Umkehrschluss aber auch, dass Begriffe wie „Staat“ oder „Macht“ nun auch wie im sozialwissenschaftlichen Kontext angewendet werden müssten:

Der Wissenschaftscharakter der Geschichtswissenschaft [Hervorhebung im Original] ergibt sich seither nicht nur aus einer wahrheitsverbürgenden Methodik der Quellenauswertung, sondern in mindestens gleichem Maße aus ihrer Teilhabe an der Schaffung und Nutzung eines multidisziplinären Begriffskosmos, in dem nicht säuberlich zwischen „Kultur“- und „Sozial“-Wissenschaften unterschieden werden kann. (Osterhammel 2006, S. 86)

Die Geschichtswissenschaft hat sich also durch die Aneignung soziologischer Begrifflichkeiten selbst weiter verwissenschaftlicht. Hätte sie zuvor eher den Ruf gehabt, eine Geschichtsschreibung zu sein, sei sie nun mehr und mehr eine Geschichtswissenschaft geworden (Osterhammel 2006, S. 8). Zu beachten ist jedoch, dass Historiker/-innen nur in den seltensten Fällen ganze sozialwissenschaftliche Theorien übernehmen. Vielmehr würden sie die Sozialwissenschaften als Werkzeugkasten oder, wie Hans-Ulrich Wehler es bezeichnet, als „Goldmine“ nutzen (Osterhammel 2006, S. 87). Mit einem wieder stärkeren Fokus auf die Historische Soziologie ist zu sagen, dass diese innerhalb der Geschichtswissenschaft vor allem deshalb Zuspruch erfuhr, weil sie „empirienah formulierte, [und] im Prinzip falsifizierbare Regelmäßigkeiten nicht-trivialen Charakters, die gleichwohl nicht mit dem deterministischen Anspruch historischer ‚Gesetze‘ auftraten“, analysieren konnte (Osterhammel 2006, S. 87). Einfacher ausgedrückt: Die Historische Soziologie ist in der Lage, auf der Grundlage empirischer Untersuchungen historisch signifikante Kontinuitäten oder Veränderungen zu analysieren, die bis dato nicht im Blickwinkel der historischen Forschung standen.

Mit den 1980er-Jahren jedoch wurden „die inzwischen vorhandenen Ansätze in der Soziologie, Gesellschaft sowohl als historisch konstituiert als auch als historisch veränderbar zu begreifen, wieder zurückgedrängt“ (Peter 2016, S. 284). Lothar Peter, der das Verhältnis aus der Perspektive eines Soziologen beschreibt, betont außerdem, dass sich Soziologie und Geschichtswissenschaft in den 1990er-Jahren weiter voneinander entfernt hätten. So stieß der britische Soziologe John Goldthorpe eine Diskussion darüber an, ob Geschichte und Soziologie einer grundsätzlich ähnlichen Forschungslogik folgen würden (Peter 2016, S. 294). Er richtete sich gegen Stimmen, die dies bejahten:

Die spezifisch geschichtswissenschaftlichen Daten sind nach Goldthorpe nur sekundäre Schlussfolgerungen, die aus den physischen historischen Fakten – er nennt sie etwas ironisch „Überbleibsel“ (relics) – abgeleitet sind. Daraus resultiere eine nur eingeschränkte Erklärungskraft

dieser Daten, denn sie seien naturgemäß sehr begrenzt, unvollständig und zufällig. Außerdem könnten historische Funde, Artefakte und Quellen physisch verschleißen und verschwinden, also abnehmen. Dagegen könnten sie jedoch niemals zunehmen. Zwar sei es für den Historiker möglich, neue Funde und Quellen zu entdecken, worin ja auch eine seiner wichtigsten Aufgaben bestehe, aber damit sei keineswegs garantiert, daß er gerade auf jene Funde und Quellen stoßen würde, ohne die bestimmte geschichtliche Phänomene gar nicht erklärt werden könnten. Demgegenüber besitzen Soziologen nach Goldthorpe das große Privileg, daß sie ihre Daten selbst generieren können und dieser Möglichkeit keine physischen Grenzen gesetzt seien. (Peter 2016, S. 294)

Goldthorpe argumentierte, dass Soziolog(inn)en Daten produzieren würden, die im Gegensatz zu historischen Daten nicht schon bereits existierten. Während Soziolog(inn)en sich in ihrer Forschung exklusiv in der Gegenwart bewegen würden, könnten Historiker/-innen nicht anders, als ausschließlich in der Vergangenheit zu forschen. Soziolog(inn)en versuchen Goldthorpe zufolge nicht, ihre Erklärungen „an spezifische raum-zeitliche Kontexte zu binden“, vielmehr würden sie ihre Überlegungen auf allgemeine, empirisch gesicherte Theorien, die den gesamten Gegenstand abdecken, stützen (Peter 2016, S. 294). Gerade das Argument der Datengenerierung erfuhr Kritik. So wurde auch von soziologischer Seite darauf hingewiesen, dass Soziolog(inn)en häufig auf Grenzen bei der Datengenerierung stoßen würden. Ebenfalls erwähnt wurde die Problematik, dass Soziolog(inn)en Daten subjektiv generieren und selektieren (Peter 2016, S. 295). Dennoch sei zu beobachten, dass „sich geschichtsloses Denken in der Soziologie“ ausbreite und „zunehmend Resonanz“ finde (Peter 2016, S. 297). Umso wichtiger sei es, zu betonen, dass es auch „produktive Bestrebungen“ gebe,

die Geschichtlichkeit von Gesellschaft zum Gegenstand der Forschung zu machen, die aktuellen sozialen Entwicklungen und Probleme als historisch vermittelt zu betrachten und dem Mythos eines grenzenlosen Präsentismus geschichtlich orientierte Analysen gesellschaftlicher Strukturen, Prozesse und Akteure entgegenzusetzen. (Peter 2016, S. 297)

Um sowohl die kritischen als auch die skeptischen Stimmen gegenüber einer Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaft und Soziologie zu konkretisieren, werden im nachfolgenden Unterkapitel einige dieser Positionen dezidiert beschrieben.

2.2.2 Positionen zur Kooperation von Soziologie und Geschichtswissenschaft

Aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft wird die Fachdisziplin der Zeitgeschichte mittlerweile häufig als „Problemgeschichte der Gegenwart“ angesehen. Dies bedeutet, dass sie als Vorgeschichte aktueller Konstellationen verstanden wird (Pleinen/Raphael 2014, S. 173). Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive kritisieren Jenny Pleinen und Lutz Raphael, dass die „etablierte Arbeitsteilung zwischen Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte“ „unerfreuliche Nebenwir-

kungen“ produziere (Pleinen/Raphael 2014, S. 174).¹² So würden viele Zeithistoriker/-innen zu Nutzer/-innen sozialwissenschaftlicher Zahlen, ohne sich mit historischen Methoden auszukennen. Hieraus resultiere die Gefahr, dass die Zeitgeschichte keine neuen Zahlen mehr produziere, sondern ausschließlich Zahlen aus den Sozialwissenschaften übernehme. Somit hätten zeitgeschichtliche Arbeiten aufgehört zu überraschen, da sie nichts weiter täten, als allgemein zugängliche Daten zu analysieren (Pleinen/Raphael 2014, S. 174). Zudem würden Zeithistoriker/-innen den von den Sozialwissenschaften generierten Zahlen und Daten zu leichtgläubig vertrauen. Die Zeitgeschichte müsse in der Folge lernen, kritischer zu werden (Pleinen/Raphael 2014, S. 174).

Dies ist eine in der Geschichtswissenschaft durchaus verbreitete Sichtweise. So haben sich bspw. auch Rüdiger Graf und Kim Christian Primel (2011) mit dieser auseinandergesetzt und kritisiert, dass Historiker/-innen mitunter gedankenlos mit Zahlen aus den Sozialwissenschaften umgehen würden. Bernhard Dietz und Christopher Neumaier widersprechen der Kritik an der Kooperation von Zeitgeschichte und Soziologie. Sie verweisen darauf, dass, wenn heute die Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaft aus Sicht der Historiker/-innen kritisiert wird, die Soziologie vor allem „auf ihre positivistische empirische Ausrichtung reduziert“ werde (Dietz/Neumaier 2012, S. 296). Hierbei werde der selbtkritische methodische Diskurs innerhalb der Sozialwissenschaften übersehen. Historiker/-innen würden sich mit solch einer Argumentation „überheben“, da sie „den Konstruktionscharakter der Geschichtswissenschaft selbst“ unterschätzen würden (Dietz/Neumaier 2012, S. 296). Dietz und Neumeier gehen auch auf die Kritik ein, dass sich Historiker/-innen allzu unbekümmert sozialwissenschaftlicher Zahlen bedienten, und weisen diese zurück:

Texte können je nach Fragestellung sowohl Quelle als auch Literatur sein. Dies gilt für historische Darstellungen, die sowohl Literatur über ihren Gegenstand als auch Quelle für eine Geschichte der Geschichtsschreibung ihrer Zeit sein können. Es gilt aber ebenso für sozialwissenschaftliche Literatur: sie ist einerseits Quelle der zeitgenössischen Selbstbeschreibung, andererseits enthält sie ein analytisches Potential, das sich durch konstruktive historisch-kritische Aneignung eröffnet. (Dietz/Neumaier 2012, S. 304)

Sie sehen in der Zusammenarbeit der beiden Disziplinen einen doppelten Nutzen. Einerseits könne man sozialwissenschaftliche Arbeiten und Ergebnisse als Quellen für eine bestimmte Betrachtung von Wissenschaft und Wissenschaftlern sowie Wissenschaftlerinnen nutzen. Andererseits wäre es eine Verschwendungen von Potenzial, wenn man die Inhalte sozialwissenschaftlicher Forschung nicht

¹² An dieser Stelle muss die Frage gestellt werden, ob diese Arbeitsteilung wirklich so etabliert ist. Pleinen und Raphael spielen wohl darauf an, dass sich die Geschichtswissenschaft im Laufe der Zeit immer mehr Aspekte der Soziologie zu eigen gemacht hat, die mittlerweile fester Bestandteil des Faches sind.

durch eine „konstruktive historisch-kritische Aneignung“ für einen neuen Erkenntnisgewinn nutzen würde (Dietz/Neumaier 2012, S. 304).

Auf soziologischer Seite gibt es neben den bereits beschriebenen, auch von Goldthorpe geprägten kritischen Perspektiven auch Wissenschaftler/-innen, die sich deutlich für eine Kooperation von Soziologie und Geschichtswissenschaft aussprechen. Dennoch werde die Historische Sozialforschung vom „Mainstream der Soziologie“ in der Regel als Randerscheinung angesehen (Baur 2008, S. 217). Nina Baur bemerkt zur Kritik an einer Kombination der Fächer:

Wenn Forscher versuchen, eine Grenzlinie zwischen Soziologie und Geschichte zu ziehen, führen sie meist eines oder mehrere der folgenden Argumente an: Soziologie und Geschichtswissenschaft hätten unterschiedliche Erkenntnisinteressen. Soziologie widme sich dem Allgemeinen, Geschichtswissenschaft dem Besonderen. Soziologie wolle erklären, Geschichtswissenschaft verstehen. Die Soziologie untersuche die Gegenwart, die Geschichtswissenschaft die Vergangenheit. (Baur 2008, S. 218)

Baur (2008, S. 218) erachtet all diese „Gegensatzpaare“ als nicht korrekt, auch wenn es durchaus viele methodische Unterschiede zwischen Soziologie und Geschichtswissenschaft gebe. Wieso diese „Gegensatzpaare“ nicht funktional sind, zeigt sich auch schon anhand der in den 1990er-Jahren getätigten Überlegungen Walter Sprondels. Er sieht die Soziologie nicht ausschließlich der Gegenwart verpflichtet. Seiner Meinung nach kann die Gegenwart nicht ohne eine Rückbesinnung auf die Vergangenheit analysiert werden (Sprondel 1992, S. 70). Sprondel zufolge darf sich die Soziologie nicht „in ihrer Aufgabenstellung auf die aktuelle Gegenwart als Untersuchungsgegenstand festlegen lassen“ (Sprondel 1992, S. 70). Nur mit einem Blick auf historische Entwicklungslinien könne sie ihre theoretischen und methodischen Möglichkeiten voll ausschöpfen (Sprondel 1992, S. 74).

Mario Rainer Lepsius ging davon aus, dass das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie vor allem von letzterer Disziplin bestimmt wird:

Präsentiert sich die Soziologie als eine empirische Einzelwissenschaft, so ergeben sich völlig andere Beziehungen, als wenn sich die Soziologie als eine umgreifende Reflexion des gesellschaftlich bestimmten Daseins des Menschen im Vorgriff auf die Verwirklichung anthropologischer Postulate des Menschseins versteht. (Lepsius 1982, S. 124)

Verstehe sich die Soziologie als empirische Einzelwissenschaft, so wolle sie sich ausschließlich mit den Regelmäßigkeiten menschlichen Verhaltens auseinandersetzen. Im anderen Fall setze sich die Soziologie mit dem „Gesamtzusammenhang der menschlichen Entwicklung und ihrer möglichen Zukunft“ auseinander (Lepsius 1982, S. 124). Lepsius betont aber auch, dass es sich hierbei um eine vereinfachte Darstellung soziologischen Erkenntnisinteresses handle. Im zweiten beschriebenen Fall stehe die Soziologie den Geschichtswissenschaftlern und Geschichtswissenschaftlerinnen deut-

lich offener gegenüber (Lepsius 1982, S. 124). Warum eine solche Öffnung hilfreich sein kann, verdeutlicht Lepsius am Beispiel des Wegs Adolf Hitlers an die Macht. Die Machterlangung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) sei nicht nur durch die (teilweise latente) Gutheißung faschistischer Ideale innerhalb der Bevölkerung zu erklären. Ergiebiger sei es hingegen, wenn man zusätzlich zu dieser Erkenntnis die Frage stelle, wie es historisch zu diesen Einstellungsmustern gekommen sei (Lepsius 1982, S. 127). Lepsius plädiert dafür, dass sich beide Disziplinen füreinander öffnen sollten. Sie sollten jedoch nicht ihr genuin eigenes Erkenntnisinteresse aufgeben. Eine Kombination von Methoden sei dennoch erstrebenswert (Lepsius 1982, S. 128). Zur Bedeutung der Geschichtswissenschaft für die Soziologie merkt Lepsius (1982, S. 135) an, dass sie „unerlässlich für alle Verlaufsanalysen über eine längere Zeitspanne“ sei. Auch wenn nur eine relativ kurze Zeitspanne untersucht werde, so müsse zur Überprüfung des Aussagewerts empirischer Materialien die untersuchte Periode „in ihrer kulturellen Konfiguration und ihrem Institutionenbestand ausreichend exploriert“ sein (Lepsius 1982, S. 135). Übergehe man den jeweils zeitgenössischen Kontext, so laufe man Gefahr, Unvergleichliches zu vergleichen. Folglich sei historischer Kontext für die Soziologie von großer Wichtigkeit, wolle „sie überhaupt über die Deskription des Bestehenden hinauskommen und Entwicklung von sozialen Prozessen analysieren“ (Lepsius 1982, S. 135).

Abschließend soll Burkes geschichtswissenschaftlich geprägte Sichtweise beschrieben werden, der auf eine weitere Annäherung von Sozialgeschichte und Historischer Soziologie hofft:

Was einige von uns anstreben, und was sich jetzt zu entwickeln beginnt, ist eine Sozialgeschichte oder eine historische Soziologie – dieser Unterschied wird irrelevant werden –, die sich jeweils für beides interessiert: das Verstehen von innen heraus und das Erklären von außen her, für das Allgemeine und für das Besondere. Sie wird schließlich den scharfen Sinn der Soziologen für Strukturen mit dem ebenso entwickelten Sinn der Historiker für Veränderungen verbinden. (Burke 1989, S. 35 f.)

Man kann sagen, dass es bislang nicht zu dem von Burke prognostizierten Vermischen von Sozialgeschichte und Historischer Soziologie im großen Stil gekommen ist. Sehr wohl jedoch hat sich eine von ihm beschriebene Forschungsrichtung, in der sich mehrere Aspekte aus Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften treffen, Achtung verschafft: das auch in dieser Arbeit genutzte Konzept der Erinnerungsgeschichte (Burke 1989, S. 164). Diese beschäftigt sich nicht ausschließlich, aber sehr ausführlich mit der Thematik des Holocaust und sollte in der Folge ein Beleg dafür sein, dass es für Soziolog(inn)en durchaus ergiebig sein kann, sich mit historischen Phänomenen auseinanderzusetzen. Dass es in der Soziologie dennoch Diskussionen darüber gibt, ob der Holo-

caust für das Fach relevant ist, wird exemplarisch durch die Debatte um Soziologie und Geschichtswissenschaft im nachfolgenden Unterkapitel beschrieben.

2.2.3 Die Soziologie und das ‚Dritte Reich‘

Bis heute werden Holocaust und NS in der Soziologie vereinzelt, jedoch nicht erschöpfend erforscht (Christ/Suderland 2014, S. 14). Innerhalb der deutschen Soziologie herrscht Uneinigkeit darüber, in welchem Ausmaß die Soziologie sich mit dem Thema des ‚Dritten Reichs‘ auseinandersetzen sollte. Dies stellt die Frage nach dem Selbstverständnis der Soziologie. Im Endeffekt zeigt die Kontroverse, dass sich viele Soziolog(inn)en, wie bereits beschrieben, nicht sicher sind, inwieweit ihr Fach mit historischen Dimensionen verwoben sein sollte (Deißler 2013, S. 128). Gemessen an der Bedeutung der Thematik, ist die Abdeckung innerhalb der Soziologie marginal. So gebe es keinen einzigen soziologischen Lehrstuhl in Deutschland, der auf das ‚Dritte Reich‘ und den Holocaust spezialisiert sei (Christ/Suderland 2014, S. 15). Deißler bemerkt hierzu Folgendes:

Das ‚Dritte Reich‘ war nie ein Kernthema der Soziologie, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass es – mit Ausnahme der Schriften Zygmunt Baumans – in der Theoriebildung weitgehend unberücksichtigt geblieben ist. (Deißler 2013, S. 130)

Dies ist nur schwer nachvollziehbar, da die Auswirkungen des ‚Dritten Reichs‘ Deutschland und seine Gesellschaft bis heute prägen. Auch hätte es zentrale gesellschaftliche Transformationsprozesse, wie z. B. die 68er-Bewegung ohne das ‚Dritte Reich‘ gar nicht erst gegeben, da sich diese vor allem mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt hätten (Christ/Suderland 2014, S. 16). Somit entstanden gesellschaftspolitische Debatten, aber auch Diskurse im privaten Umfeld. Dass die Soziologie als Wissenschaft der Gesellschaft das ‚Dritte Reich‘ trotzdem kaum behandle, müsse somit verwundern (Christ/Suderland 2014, S. 16). Es lässt sich feststellen, dass in der Öffentlichkeit der NS zwar stark diskutiert wird, dies in der Soziologie jedoch kaum stattfindet. Ein Grund hierfür kann laut Christ und Suderland in der Frühgeschichte der BRD liegen. Hier etablierten sich universitäre Fächer nach der NS-Herrschaft neu. Möglicherweise wollte man sich bemühen, wissenschaftlich zu kooperieren und sich nicht zu bekämpfen. Hätte sich die Soziologie zu diesem Zeitpunkt mit dem NS auseinandergesetzt, so hätten zwangsläufig Verstrickungen von nach wie vor existierendem wissenschaftlichen Personal mit dem NS thematisiert werden müssen (Christ/Suderland 2014, S. 18). Bis in die 1980er-Jahre – hierauf wird im Kapitel zur Erinnerungskultur noch näher eingegangen werden – gab es in Deutschland kein gesellschaftliches Klima, das eine Auseinandersetzung mit dem ‚Dritten Reich‘ begünstigt hätte. Vielmehr wurde der NS häufig beschwiegen. Bis heute

gebe es somit nur wenige soziologische Arbeiten zum Holocaust und zum NS (Christ/Suderland 2014, S. 20).

Ein häufig angeführtes Argument für die Ausklammerung des NS aus der Soziologie ist laut Christ und Suderland sein spezifisches Wesen. Dadurch, dass es nur wenige Soziolog(inn)en gebe, die zum NS forschen und forschten, existiere keine Basis, auf die man sich als Forschende(r) berufen könne. Zum NS zu forschen, bedeute also das Risiko, sich gegen Urväter und -mütter der Soziologie zu stellen, die die Ausnahmeposition des ‚Dritten Reichs‘ und des Holocaust postuliert hätten (Christ/Suderland 2014, S. 21). Auch Deißler geht näher auf die Befürworter/-innen einer Ausklammerung des NS aus der Soziologie ein. Ihm zufolge argumentieren sie dahingehend, dass die Soziologie eine „auf die Gegenwart und Zukunft fokussierte Wissenschaft, die soziale Phänomene untersucht, um allgemeine Zusammenhänge zu identifizieren, die sich schließlich zu Theorien (des sozialen Handelns, des sozialen Wandels, etc.) verdichten lassen“ sei (Deißler 2013, S. 130). Das ‚Dritte Reich‘ hingegen sei ein historischer Sonderfall, sodass hieraus nur begrenzte Erkenntnisse gewonnen werden könnten. Aus diesem Grund solle man die Untersuchung des NS der Geschichtswissenschaft überlassen (Deißler 2013, S. 130). Deißler zufolge argumentieren die Befürworter/-innen einer Ausklammerung des NS aus der Soziologie meist wie folgt:

So legen die Befürworter des Status Quo [sic] erstens besonderen Wert auf die Feststellung, dass die ‚antimoderne‘ deutsche Gesellschaft der Nazizeit sich in zentralen Aspekten von der deutschen Nachkriegsgesellschaft sowie von anderen westlichen Gesellschaften unterschieden hat. Zweitens heben sie in ähnlich nachdrücklicher Manier die oben erwähnten epistemologischen Differenzen zwischen den Geschichtswissenschaften und der Soziologie hervor. Drittens – und dabei handelt es sich wohl um den wichtigsten Punkt dieser Aufzählung – akzentuieren sie die Diskrepanzen zwischen der deutschen Soziologie im Nationalsozialismus und der deutschen Soziologie vor 1933 bzw. nach 1945. (Deißler 2013, S. 132)

Die Befürworter/-innen einer strikteren Einbindung des NS in die Soziologie würden wiederum genau andersherum argumentieren. Sie betonen Deißler zufolge nicht „den interdisziplinären und gesellschaftlichen Wandel, der nach 1945 stattgefunden hat, sondern die personellen und institutionellen Verquickungen von NS-Soziologie und deutscher Nachkriegssoziologie, von Nazideutschland und Nachkriegsdeutschland“ (Deißler 2013, S. 132 f.). Sie sehen also insofern keinen signifikanten Unterschied zwischen (Vor-)Kriegs- und Nachkriegsgesellschaft, da die Menschen innerhalb der Gesellschaft und in ihren Schlüsselpositionen nicht ausgetauscht worden wären. Die Zentrale Forderung von Gegnern des Status quo ist also eine Intensivierung der soziologischen NS-Forschung, nicht obwohl, sondern weil die Jahre der Naziherrschaft prägend für die deutsche Gesellschaft gewesen seien (Deißler 2013, S. 133). Die gesamte Gesellschaft, all ihre Lebensbereiche wurden vom NS durchdrungen. Abgesehen von dem Punkt, dass es nach dem Zusammenbruch des

,Dritten Reichs‘ zunächst nach wie vor dieselben Menschen waren, die die deutsche Gesellschaft bildeten, wurde auch das gesellschaftliche Gefüge von den Folgen des NS geprägt. So hätte bspw. die 68er-Bewegung in Deutschland ohne die Auseinandersetzung und somit die vergangene Existenz des ,Dritten Reichs‘ so nicht stattgefunden (Deißler 2013, S. 133). Man muss sich also fragen, inwieweit man bei Beschreibungen (der Entwicklung) der deutschen Gesellschaft das ,Dritte Reich‘ überhaupt ausklammern kann. Somit sei eine Intensivierung der soziologischen Forschung zum NS nicht trotz, sondern gerade aufgrund des Gegenwartsbezuges der Soziologie unabdingbar (Deißler 2013, S. 133). Nicht zuletzt sei eine stärkere Hinwendung der Soziologie zur Erforschung des NS auch deshalb nötig, da es sich bei vielen Aspekten des ,Dritten Reichs‘ um soziale Phänomene gehandelt habe, die zwingend soziologisch hinterfragt werden müssten (Deißler 2013, S. 135). Der Massenmord im Namen des deutschen Volkes müsse als ein Ergebnis kollektiver Gewalt angesehen werden. Er könne sich nicht als Summe individueller Gewaltakte simplifizieren lassen. Somit könnten Forschungen über kollektive Gewalt die Auswüchse des ,Dritten Reichs‘ erhellen und Rückschlüsse auf andere Gewaltregimes zulassen (Deißler 2013, S. 135).

2.2.4 Die vorliegende Arbeit als soziologisch-historisches Projekt

In der vorliegenden Arbeit wird deutlich, dass der Holocaust, wie von Deißler, Christ und Suderland beworben, ein wichtiger Teil der soziologischen Forschung sein kann. Zwar wird hier keine soziologische NS- oder Holocaustforschung betrieben, jedoch ist das ,Dritte Reich‘ ein wichtiger Fixpunkt. Durch die erinnerungsgeschichtlichen Aspekte dieser Arbeit wird die Erinnerung an die NS-Zeit als Referenzrahmen für heutige Sichtweisen im Hinblick auf den Rechtsextremismus genutzt. Es ist der vorliegenden Dissertation ein Anliegen, Soziologie und Geschichtswissenschaft produktiv miteinander in Einklang zu bringen. So erstreckt sich die Untersuchung auf das Oktoberfestattentat (1980), die Gewalt von Rostock-Lichtenhagen (1992), die Morde des ,NSU‘ und deren mediale Aufarbeitung (2000–2006 bzw. 2007).

Es wird klar, dass es sich hier um einen Zeitabschnitt handelt, der in der Regel nicht von der Soziologie abgedeckt wird, da sich Teile der Untersuchung in vergangenen Gesellschaften abgespielt haben. Zur Erinnerung: Lepsius (1982, S. 122) sieht den Punkt, an dem die Gegenwart zur Vergangenheit übergeht dann gekommen, wenn zum Untersuchungszeitpunkt „Institutionen bestehen, die keine gegenwärtige Entsprechung mehr haben oder der für die verhaltensprägende Deutung der Situation in Anspruch genommene Wertbezug inhaltlich nicht aus gegenwärtigen Deutungsmustern ableitbar ist“. Markieren die Mordserie des ,NSU‘ und ihre mediale Aufarbeitung die Gegenwart,

so stehen das Oktoberfestattentat und die Anschläge von Rostock-Lichtenhagen für die Vergangenheit. Zum Zeitpunkt des Anschlags auf das Oktoberfest existierten noch BRD und DDR, hier ist also ein eindeutiger Unterschied zu den heute bestehenden staatlichen Institutionen zu beobachten. Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen fand kurz nach der Wiedervereinigung statt, insofern gab es auch hier noch andere Institutionen als heutzutage. Darüber hinaus war ein Großteil der Bevölkerung in Ostdeutschland noch stark durch die Sozialisierung in der DDR geprägt, sodass in diesem Fall von einem anderen verhaltensprägenden Wertbezug ausgegangen werden kann, als dies heute der Fall ist. Die hiermit vorgelegte Studie geht davon aus, dass Gesellschaften auf der zeitlichen Achse nicht starr voneinander getrennt werden können. Es entsteht also in der Regel nicht an einem genauen Datum eine neue Gesellschaft bzw. Gesellschaftsordnung mit gänzlich anderen Personen. Vielmehr ist, in Anlehnung an die Sozialgeschichte und Historische Soziologie, eine Gesellschaft etwas Gewachsenes und kann nicht abgekapselt vom Prozess ihres Werdens verstanden werden. Ein Ausschnitt des Werdens und Seins der Gesellschaft in Deutschland soll in dieser Arbeit durch den systematischen historisch-diskursanalytischen Vergleich der medialen Berichterstattung zu Verbrechen mit einem rechtsextremen Hintergrund im Wandel der Zeit analysiert und verstanden werden.

Nachdem die vorliegende Arbeit sich in diesem Kapitel als interdisziplinäres soziologisch-historisches Projekt definiert hat, wird im nächsten Kapitel eine Herangehensweise näher beschrieben, die als gutes Beispiel für die fruchtbare Kooperation verschiedener Disziplinen, so auch der Soziologie und der Geschichtswissenschaft, angesehen werden kann: das Konzept der Erinnerungskultur.

2.3 Das Konzept der Erinnerungskultur

Mithilfe des Konzeptes der Erinnerungskultur werden in dieser Arbeit Aspekte der Berichterstattung zu Verbrechen mit einem rechten Hintergrund zugänglich gemacht. Erinnern ist ein erheblicher Teil von Kommunikation und somit auch von Diskursen, die Identität auf der Grundlage von „Wahrnehmung und Interpretation der eigenen Vergangenheit und der der Wir-Gruppe, zu der man gehört“ bilden (Welzer 2001, S. 11). Hierbei spielen das kulturelle und das kommunikative Gedächtnis eine zentrale Rolle. Das kulturelle Gedächtnis versteht man Harald Welzer (2001, S. 12 f.) zufolge als Sammelbegriff für sämtliches Wissen, das innerhalb einer Gesellschaft die Art und Weise des Handelns und Erlebens steuert. Das kommunikative Gedächtnis hingegen sei interaktiv und beeinflusse die „Vergegenwärtigung von Vergangenem durch Individuen und Gruppen“ (Welzer 2001, S. 13). Da das kommunikative Gedächtnis durch generationenübergreifende Weitergabe lebe, sei es im Falle einer ausschließlich mündlichen Weitergabe als eine Art Kurzzeitgedächtnis anzusehen (Welzer 2001, S. 13). Der Vergänglichkeit des Gedächtnisses könne jedoch entgegengewirkt werden:

Eine dauerhafte Fixierung der Inhalte dieses Gedächtnisses ist nur durch „kulturelle Formung“ zu erreichen, das heißt durch organisierte und zeremonialisierte Kommunikation über die Vergangenheit. (Welzer 2001, S. 13)

Das kommunikative Gedächtnis bedarf also bspw. einer schriftlichen „Fixierung“ und des hiermit verbundenen Übergangs zum kulturellen Gedächtnis, das durch kulturelle Formierungen wie Texte, Riten und Denkmäler gekennzeichnet sei (Welzer 2001, S. 13). Das kulturelle Gedächtnis werde hierbei stets durch die Erkenntnisse neuer Wissensbestände geprägt und in der Folge von Generation zu Generation neu eingeübt (Welzer 2001, S. 13). Seien kulturelles und kommunikatives Gedächtnis vor allem auf die Vergangenheit konzentriert, umfasse das soziale Gedächtnis grob gesagt „die Gesamtheit der sozialen Erfahrungen der Mitglieder einer Wir-Gruppe“ (Welzer 2001, S. 15). Hierbei würden die in der Regel diskursiven Medien der Interaktion, Aufzeichnung, Bilder und Räume genutzt, um ein Erinnern zu konstituieren (Welzer 2001, S. 16). Durch diese Vermittlung werde, intentional und nichtintentional, die Vergangenheit und hierdurch auch das Erinnern an diese vermittelt (Welzer 2001, S. 16). Verstehe man unter Interaktion kommunikative Praktiken, in deren Zuge die Vergangenheit (re-)konstruiert werde, so bspw. bei Familientreffen, seien Räume bspw. im Stadtbild in Beton gegossene Zeugnisse der Vergangenheit, so u.a. Häuser oder Statuen (Welzer 2001, S. 16 ff.).

Bilder transportieren stets eine Abbildung der Gegenwart, in der sie verfasst wurden (Welzer 2001, S. 16). Für die vorliegende Arbeit von großer Wichtigkeit sind Aufzeichnungen. Diese können intentional und nichtintentional verfasst werden und transportieren in beiden Fällen zahlreiche Informationen über die Zeit, in der sie verfasst wurden (Welzer 2001, S. 17). In dieser Studie entsprechen diese diskursiv vermittelten Informationen dem Umgang von Zeitungen mit Verbrechen mit einem rechtsextremen Hintergrund. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Art und Weise, in der an das ‚Dritte Reich‘ erinnert wird, den (medialen) Diskurs über solche Taten prägt, wie an späterer Stelle noch einmal ausführlich erörtert werden soll.

In der Folge wird zunächst auf das Verhältnis von Erinnerung und Gegenwart eingegangen und das Konzept der Basiserzählung samt seinem diskursiven Bezug beschrieben. Daraufhin werden verschiedene Phasen des deutschen Erinnerns an das ‚Dritte Reich‘ und das Erinnern an die DDR aufgezeigt. Das Kapitel schließt mit erinnerungsgeschichtlichen Aspekten hinsichtlich des ‚NSU‘.

2.3.1 Erinnerung und Gegenwart

Nachdem bereits verschiedene Formen von Gedächtnis angesprochen wurden, soll an dieser Stelle verstärkt auf das Erinnern eingegangen werden. Die Kommunikationswissenschaftlerin Angela Keppler schreibt hierzu: „Alles Erinnern vollzieht sich als ein Rückgriff aus einer Gegenwart in eine vergangene Gegenwart“ (Keppler 2011, S. 137).

Von einem Erinnern kann man in diesem Kontext nur sprechen, wenn die Zeiten, die in Relation gesetzt werden, über den individuellen Erlebensraum hinausgehen. Erinnern ist also immer eine Kombination von eigenem, individuellem Erleben und Ereignissen, die dem eigenen aktiven Zutun entzogen sind. Folglich sei es ein Wechselspiel zwischen dem, was man selbst erlebe, und dem, was andere Menschen erleben würden und durch verschiedene Medien als Erinnerungsorte konstruiert hätten (Keppler 2011, S. 137). Die Erinnerung und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart sind also auch immer ein Teil sozialer Konstruktionsprozesse. Wichtig ist hier also, was Gesellschaften kollektiv erinnern. Die Kommunikation nimmt eine übergeordnete Rolle ein, da diese Erinnerung manifestiert (Keppler 2011, S. 137). Dies könne mithilfe oraler Überlieferungen geschehen, genauso aber auch durch die Geschichtsschreibung, durch Denkmäler oder durch die Verbildlichung von Ereignissen (Keppler 2011, S. 137). Daraus schlussfolgert Keppler:

In der Praxis der Erinnerung vollzieht sich so stets eine Produktion überindividueller, kultureller Gegenwart. Das Erinnern stattet die aktuelle Gegenwart mit einem Horizont erinnerter Zeit aus; es leistet dabei einen wichtigen Beitrag zum jeweils aktuellen Selbstverständnis der Kulturen. (Keppler 2011, S. 138)

Harald Welzer merkt aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive an,

[...] daß unsere eigene Erinnerung sich nicht abkoppeln läßt von den sozialen und historischen Rahmenvorgaben, die unseren Wahrnehmungen und Erinnerungen erst eine Form geben, daß viele Aspekte der Vergangenheit bis in unsere gegenwärtigen Gefühle und Entscheidungen hineinwirken, daß es transgenerationale Weitergaben von Erfahrungen gibt, die bis in die Biochemie der neuronalen Verarbeitungsprozesse der Kinder und Enkel reichen, und daß uneingelöste Zukunftshoffnungen aus vergangenen Zeiten plötzlich und unerwartet handlungsleitend und geschichtsmächtig werden können. (Welzer 2001, S. 11 f.)

Erinnerung ist also kein eindimensionales Konstrukt, das sich lediglich aus der unmittelbaren Gegenwart speist. Vielmehr ist sie ein intergenerationales Projekt. Die Art und Weise, mit der die ältere Generation ein bestimmtes Ereignis erinnere, beeinflusse die Art und Weise, wie sie durch die jüngere Generation verortet werde (Grüters 2009, S. 67). Dies kann im umgekehrten Fall genauso der Fall sein. Diese Tatsache ist nicht nur im individuellen Rahmen prägend. Vielmehr ist historische Erinnerung für Nationalstaaten identitätsstiftend. Der eigene Anspruch von Nationen werde somit nicht selten daran gemessen, wie sie mit ihrer Vergangenheit umgehen und wie sie diese auf ihre Gegenwart projizieren würden (Grüters 2009, S. 67). Hierbei ist es der Soziologin Waltraud Kannonier-Finster und dem Soziologen Meinrad Ziegler zufolge für moderne Gesellschaften nicht selbstverständlich, ein Bewusstsein zu haben, wie man aus der Vergangenheit lernen kann. Häufig werde Vergangenheit als das Alte verstanden und die Auseinandersetzung mit ihr als rückwärtsgewandt angesehen. Dies sei bis zu einem gewissen Punkt jedoch ein Irrglaube, da Geschichte eine „bestimmte Qualität von Hartnäckigkeit“ besitze (Kannonier-Finster/Ziegler 1993, S. 61). Es sei für Gesellschaften nicht möglich, sich von ihrer Vergangenheit im Gesamten abzulösen, da dies einen vollkommenen Verlust sozialer und historischer Identität bedeuten würde. Aus diesem Grunde werde die Vergangenheit häufig so gelesen, dass sie – im Falle negativer Behaftungen – akzeptabler erscheine. So werde die Zeit des ‚Dritten Reichs‘ nicht selten als ‚außergewöhnliche Störung in ein Jenseits der eigenen Denk- und Handlungsmöglichkeiten‘ gerückt, die mit den Werten der heutigen Zeit nicht mehr vereinbar und vorstellbar sei¹³ (Kannonier-Finster/Ziegler 1993, S. 61). Was dies für Soialisierungsprozesse innerhalb einer Gesellschaft bedeuten kann, beschreibt Britta Schellenberg am Beispiel des Rechtsextremismus in Deutschland wie folgt:

Der gegenwärtige Rechtsextremismus in Deutschland ist keine bloße Fortsetzung des Nationalsozialismus und auch nicht als Spielart dessen zu begreifen. Dennoch zu Gedenktagen wie dem 60. Jahrestag der „Niederlage oder Befreiung Deutschlands“ vom Nationalsozialismus wird besonders deutlich, dass es vielen Rechtsextremen darauf ankommt, die deutsche Geschichte zu „rehabilitieren“ und auch im öffentlichen Diskurs mit ihrer Position Deutungsmacht zu erlangen. Doch selbst wenn Geschichtsrevisionismus und mit ihm die Verherrlichung des National-

¹³ Hierbei sei beachtet, dass der Text von Kannonier-Finster und Ziegler aus dem Jahr 1993 stammt.

sozialismus innerhalb des Rechtsextremismus eine bedeutende Rolle spielt, handelt es sich bei aktuellen rechtsextremen Orientierungen kaum um rückwärtsgewandte, von der Gegenwart unabhängig bestehende Einstellungen und Verhaltensweisen. Rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene sind ein Teil unserer heutigen Gesellschaft: Sie leben nicht nur in ihr, sondern sind in ihr sozialisiert worden. (Schellenberg 2006, S. 97)

Anhand dieses Zitats wird deutlich: Vergangenheit und Gegenwart existieren in einem gegenseitigen Wechselspiel. Menschen mit rechtsextremen Einstellungen sind Teil der Gesellschaft, innerhalb derer sie sozialisiert wurden. Folgt man den Gedanken Kepplers, Welzers, Grüters, Kannonier-Finsters und Zieglers, so hat die Art und Weise, in der eine Gesellschaft das ‚Dritte Reich‘ erinnert, starke Auswirkungen darauf, wie politische Gegenwartseinstellungen von Individuen in einer Gesellschaft ausgeprägt sind. Schellenberg (2006, S. 109) merkt außerdem an, dass für den Diskurs über Rechtsextremismus entscheidend sei, wie in Printmedien, dem Fernsehen und dem Internet über denselben berichtet werde. Dies bedeutet im Umkehrschluss also, dass die Form, in der die deutsche Gesellschaft das ‚Dritte Reich‘ erinnert, nicht nur Auswirkungen auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in derselben hat, sondern dass die Erinnerungskultur auch entscheidend dafür ist, wie die Gesellschaft rechtsextremen Einstellungen und folglich auch Verbrechen mit einem rechtsextremen Hintergrund begegnet. Ein Teil dieser Gesellschaft sind auch die Massenmedien, die über eben solche Ereignisse berichten und somit als ein Part des gesellschaftlichen Diskurses fungieren.¹⁴ Dies hängt auch mit dem Konzept der „Basiserzählung“ (Herz 1997, S. 252) zusammen, das in der Folge näher beschrieben wird.

2.3.2 Basiserzählung und Basisdiskurs

Die spezifische Ausprägung von Vergangenheitserinnerungen oder die „Basiserzählung einer Gesellschaft“, wie der Soziologe Thomas Herz (1997, S. 252) diese benannt hat, ist kein starres Konstrukt. Michael Schwab-Trapp (1996, S. 37) ergänzt, dass sie vielmehr das „Produkt einer kontinuierlichen Auseinandersetzung“ mit der Vergangenheit sei. Die Basiserzählung ist also zentraler Teil einer politischen Kultur. Sie kann Veränderungen unterworfen sein, seien sie sozialer, kultureller oder politischer Natur. Soziale, kulturelle und politische Eigenheiten sind allesamt Teil einer historisch in sich gewachsenen und sich noch weiterentwickelnden politischen Kultur, die auch im medialen Diskurs verhandelt wird (Herz 1997, S. 252). Laut Schwab-Trapp (1997b, S. 222) erzeugt die Basiserzählung „eine Lesart der Vergangenheit, welche die Gegenwart legitimiert“. Politische Ereignisse sind Schwab-Trapp zufolge der sozialwissenschaftlichen Deutung in der Regel entzogen. Was die Sozialwissenschaft jedoch mitbringt und leisten kann, betrifft die Fähigkeit, die Deutungen

¹⁴

Auf die Form und Funktion von Massenmedien wird in Kapitel 2.4 näher eingegangen.

dieser Ereignisse zu analysieren. Hier kommt das Konzept der Basiserzählung zum Tragen (Schwab-Trapp 1997a, S. 196):

Diese Deutungen markieren ein Handlungsgeschehen als bemerkenswert und konstruieren einen Horizont, der das Ereignis in einem sozialen Raum und einer sozialen Zeit situiert und seine möglichen Ursachen und Folgen bestimmt. Sie etablieren ein Problem und entwerfen gleichsam ein narratives Programm, das es zu verwirklichen gilt. Dieser Sachverhalt lässt sich auch anders formulieren: Erzählungen berichten über spezifische Probleme und ihre Lösungen. Sie weisen den Ereignissen oder Episoden einer Erzählung spezifische Funktionen zu, die deren Beitrag zur Auflösung der Komplikation bestimmen. Der Terminus Basiserzählung betont diesen Umstand. Er verweist darauf, daß politische Kulturen per se spezifisch sind und hebt deren Historizität hervor. (Schwab-Trapp 1997a, S. 196 f.)

Insgesamt zeigt sich, dass sich in Deutschland „Auseinandersetzungen um die ‚richtige‘ Interpretation der Vergangenheit und ihrer Beziehung zur Gegenwart an der spezifisch deutschen Vergangenheit und ihrer Bedeutung für die Gegenwart“ ausrichten (Schwab-Trapp 1997a, S. 197). Sowohl Schwab-Trapp als auch Herz sehen die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands als die entscheidende Basiserzählung des Landes an. Diesem Konzept folgend, sehen sie bspw. in den quantitativ und qualitativ gesteigerten Angriffen auf Asylsuchende in den 1990er-Jahren das Resultat einer sich ändernden Basiserzählung in Deutschland, im Zuge derer ein vorläufiger Schlussstrich unter das ‚Dritte Reich‘ gezogen wurde (Herz 1997, S. 249 ff.).

Neben der eher offiziell geprägten Basiserzählung stehen die auf Alltagssituationen bezogenen „Alltagsgeschichten“ (Schwab-Trapp 1997b, S. 223):

Sie [die Alltagsgeschichten] verleihen der Erfahrung sozialer Akteure eine Ordnung und statten deren Handlungen mit Bedeutung aus. Soziale Handlungen erlangen ihre Bedeutung erst als Handlungsbezüge innerhalb eines umfassenden Handlungsgeschehens. Wir verstehen soziale Handlungen, indem wir sie als Episode einer Geschichte begreifen, die ihnen einen zeitlichen Horizont zuordnet, der ihre Vergangenheit, ihre Gegenwart und ihre Zukunft näher bestimmt. (Schwab-Trapp 1997b, S. 223)

Je nachdem, in welcher Epoche man sich befindet, gelten bestimmte Handlungen also als legitimer im Vergleich zu anderen. Der „Basisdiskurs“ schließlich kombiniere Basisgeschichte und Basiserzählung (Schwab-Trapp 1997b, S. 225):

Er [der Basisdiskurs] bildet jene Instanz, in der die soziokulturelle Organisation der Basiserzählung organisiert ist. Die Basiserzählung wandelt sich nur dort, wo alternative Lesarten dieser Erzählung öffentlich diskutiert und situationsspezifisch variiert werden. Ebenso benötigen Basisgeschichten eine breite Öffentlichkeit, um kulturell wirksam zu werden. Diese doppelte Transformation leistet der Basisdiskurs in öffentlichen Konflikten, die sich auf die NS-Zeit beziehen. In solchen Konflikten wird zugleich über die legitime Sichtweise der Vergangenheit und den Status der Gegenwart verhandelt. Sie entbrennen i.d.R. um die normative Angemessenheit spezifischer Handlungsweisen und sind auf die Basiserzählung der Bundesrepublik bezogen. Die Austragung solcher Konflikte gehorcht den Umständen der Situation, der sie ihr Entstehen

verdanken. Die Antworten sozialer Akteure sind diesen Umständen angepaßt. (Schwab-Trapp 1997b, S. 225)

Zusammenfassend treffen sich im Basisdiskurs also die Vergangenheit und die Gegenwart. Hier werde die Vergangenheit auf die Gegenwart projiziert (Schwab-Trapp 1997b, S. 225). Massenmediale Auseinandersetzungen mit spezifischen Ereignissen gehören in der Folge zum Basisdiskurs, während Basisgeschichten bspw. am Stammtisch, Basiserzählungen hingegen bei offiziell gerahmten Veranstaltungen, wie z. B. Staatsakten, verhandelt werden (Schwab-Trapp 1997, S. 227).

Da es das Ziel dieser Arbeit ist, Kontinuitäten und Wandel in der Berichterstattung zu Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund im Wandel der Zeit darzustellen, ist es von großer Wichtigkeit, wie die Erinnerung an den NS, die den Blick der jeweiligen gegenwärtigen Gesellschaften auf den Rechtsextremismus mit beeinflusst, im Laufe der Geschichte in Deutschland gehandhabt wurde. Zum Zusammenhang von ‚Drittem Reich‘ und Rechtsextremismus bemerkt Schwab-Trapp:

Der Rechtsradikalismus als politische Bewegung, die sich positiv auf das Gedankengut des Nationalsozialismus bezieht und sich anschickt, dieses Gedankengut in Handlungen umzusetzen, verweist unmittelbar auf Kontinuitäten zum Nationalsozialismus. Er ruft Bemühungen um Distanz hervor, die sich auf den Rechtsradikalismus der Gegenwart und dessen Vorgänger – den Nationalsozialismus – beziehen. (Schwab-Trapp 1996, S. 8)¹⁵

Wie der NS in Deutschland erinnert wird, soll im nächsten Abschnitt beschrieben werden.

2.3.3 Die verschiedenen Phasen der deutschen Erinnerungskultur nach 1945

Die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann teilt die deutsche Erinnerungsgeschichte in drei Phasen ein. In der „Phase der Vergangenheitspolitik“ von 1945 bis 1957 fand eine entschiedene Abwehr der Erinnerung statt. (Materielle) Wiedergutmachung für die Opfer und Amnesie der Täter/-innen dominierten in dieser Phase den Diskurs. Die darauffolgende von 1958 bis 1984 dauernde Phase wird von Assmann „Phase der Kritik der Vergangenheitsbewältigung“ genannt, während die „Phase der Erinnerung“ laut Assmann 1985 begann und bis heute andauert (Assmann 1999, S. 143 f.).

Es sei erwähnt, dass hinsichtlich der Periodisierung der Erinnerungsphasen diverse Vorschläge der Einordnung existieren. So schlägt der Historiker Norbert Frei (2009b, S. 89 f.) vor, den Zeitraum von 1945 bis 1949 die „Phase der politischen Säuberung“ zu nennen, der die bis zum Ende der 1950er-Jahre andauernde „Phase der Vergangenheitspolitik“ folgte. Diese wurde ihm zufolge von

¹⁵ Er betont aber auch, dass der Rechtsextremismus für ein besseres Verständnis desselben aus der Kontinuität des ‚Dritten Reichs‘ ausgeklammert werden sollte, um bessere Erklärungen für rechtsextreme Einstellungen in der heutigen Zeit zu finden (Schwab-Trapp 1996, S. 8).

der „Phase der Vergangenheitsbewältigung“ abgelöst, die Ende der 1970er-Jahre wiederum in die „Phase der Vergangenheitsbewahrung“ mündete (Frei 2009b, S. 89 f.).

Der Historiker Jörn Rüsen hingegen teilt die Erinnerung an das ‚Dritte Reich‘ und den Holocaust erneut in drei Phasen ein. Zunächst gibt es ihm zufolge die noch aktiv am Krieg beteiligte Generation. Deren Phase der Erinnerungskultur beginne unmittelbar mit dem Jahr 1945. 1968 sei die Zeit der Nachkriegsgeneration angebrochen, während 1989 die Generation der Nachkommen der Nachkriegsgeneration folge (Rüsen 2011, S. 244). Sowohl Assmann (1999) als auch Frei (2009b) und Rüsen (2011) haben gute Argumente, um ihre zeitlichen Einordnungen zu begründen. Jedoch ist die exakte Datierung des Beginns einer neuen Phase der Erinnerungskultur auf das Jahr genau für diese Arbeit nicht von erstrangiger Bedeutung, da Erinnerung nicht nur ein generationen-, sondern auch ein phasenübergreifender Prozess ist. Dies bedeutet, dass bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen auch noch ein Stück der Erinnerungskultur, die zur Zeit des Oktoberfestattentats vorgeherrscht hat, enthalten sein könnte, da die verantwortlichen Mitglieder der damals berichtenden Zeitungsredaktionen zu unterschiedlichen Zeiten sozialisiert worden sein könnten. In der Folge wird auf die zeitliche Einordnung Aleida Assmanns Bezug genommen, da diese ausführlich in anderen wissenschaftlichen Arbeiten vertreten ist und auch Norbert Frei (2009b, S. 89 f.) sich mit seinem Einordnungsvorschlag teilweise an ihr orientiert.

Für die „Phase der Vergangenheitspolitik“ (1945–1957) hat Assmann drei Selbstentlastungsmechanismen ausgemacht. Zunächst steht das Schweigen. Assmann weist darauf hin, dass es sich hierbei mitnichten um Verdrängung, sondern es sich beim Schweigen um „eine Kommunikationsbegrenzung, der kein Vergessen zugrunde liegt“ handle (Assmann 1999, S. 140 f.). Der Soziologe Bernhard Giesen bezeichnet dieses Verhalten als „Koalition des Schweigens“:

Niemand konnte und wollte erklären, wie es dazu kommen konnte. Alle diejenigen, die ihr Leben einer Bewegung gewidmet hatten, deren Mitglieder sich jetzt als Komplizen eines im Voraus geplanten Massenmordes betrachten mussten, waren kaum in der Lage, ihre beschädigte moralische Identität wiederherzustellen. Das Stigma der Täter war unabweisbar. Man konnte nur stumm bleiben, den Blick abwenden, sich anderen Dingen widmen und hoffen, dass niemand die falschen Fragen stellen würde. Eine stumm vereinbarte Koalition des Schweigens über die gemeinsame Schande bildete die erste nationale Identität nach dem Krieg. (Giesen 2004, S. 31)

Es ging hierbei also mitnichten um einen individuellen Akt des Beschweigens. Vielmehr habe sich der Großteil der unmittelbaren Nachkriegsgesellschaft in den Akt des Schweigens eingereiht. Der Historiker Edgar Wolfrum konkretisiert dies noch einmal wie folgt:

Vom Holocaust war bis zum Ende der 50er Jahre [sic] kaum die Rede, öffentlich schon gar nicht, aber auch die westdeutsche Geschichtswissenschaft forschte nicht bevorzugt über ihn. Auf der latenten mentalen Ebene lebten bei den Westdeutschen eine ganze Reihe vordemokratischer Einstellungen und der Antisemitismus fort. In der westdeutschen Öffentlichkeit herrschte ein Beschweigen des „Dritten Reiches“. Nur Minderheiten wagten zu stören, ansonsten obwaltete schuldverdrängende Verharmlosung, Vergangenheitsabwehr und Schuldbewältigung. Im Geschichtsbild der Zeit erschien der Nationalsozialismus als Ausgeburd des Dämons Masse und eines satanischen Führers, als fast unerklärbarer Einbruch des Irrationalen, als Heimsuchung und Verhängnis, und die Deutschen wöhnten sich dementsprechend als Opfer, nicht als Täter. (Wolfrum 2002, S. 156 f.)

Dieses Schweigen stabilisierte, so Assmann, die deutsche Nachkriegsgesellschaft, verlängerte jedoch auch „die Komplizenschaft der NS-, Volksgemeinschaft“ in die neue Demokratie hinein und war der Kitt, der die bundesrepublikanische Gesellschaft in ihrer Gründungsphase zusammenhielt“ (Assmann 1999, S. 141). Zum Beschweigen des NS in der Frühphase der Bundesrepublik merkt Hermann Lübbe zudem an,

[...] daß die gewisse Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten, die die Frühgeschichte der Bundesrepublik kennzeichnet, eine Funktion der Bemühung war, zwar nicht diese Vergangenheiten, aber doch ihre Subjekte in den neuen demokratischen Staat zu integrieren. (Lübbe 1989, S. 341)

Als zweiten Mechanismus benennt Assmann ein bereits im Zitat von Wolfrum angedeutetes Opfersyndrom. Hierbei wurde eine Trennung zwischen den Machthabenden und dem Volk vollzogen. Die ‚normalen Bürger‘ waren nach dieser Lesart Opfer eines totalitären Regimes. Die Schuld von Teilen der Kriegsgeneration wurde somit durch die öffentliche Lesart einer Kollektivunschuld überlagert. Dies bedeutete im Gegenzug auch, dass die Verfolgten im ‚Dritten Reich‘ längere Zeit nicht als Opfer anerkannt wurden, da man selbst ja auch ein Opfer war (Assmann 1999, S. 141).

Der dritte Entlastungsmechanismus äußerte sich durch einen Antikommunismus. Die Partnerschaft mit den ehemaligen Westalliierten sei für die Bundesrepublik bei ihrer Gründung grundlegend gewesen (Assmann 1999, S. 141). Der Antikommunismus wurde zur mehr oder weniger verpflichtenden Staatsideologie der Bundesrepublik. Hierdurch wurde die Gesellschaft zusammengehalten und die Erinnerung an die NS-Zeit außen vor gelassen. Sozialismus und Faschismus wurden als zwei totalitäre Systeme miteinander gleichgestellt. Hierdurch konnte das eigene historische Erbe externalisiert werden, indem man es mit dem Totalitarismus von UdSSR, DDR und Warschauer Pakt gleichsetzte (Assmann 1999, S. 142). Ähnlich beschreibt es auch Jörn Rüsen:

Während des Kalten Krieges waren die Anderen jenseits des Eisernen Vorhangs zu identifizieren, und die belastende Erfahrung des Nationalsozialismus konnte in die Züge des Feindes, des Kommunismus, hineingeschrieben werden. So war man eben nicht selbst schuld, sondern die Anderen. (Rüsen 2011, S. 250)

Assmann (1999, S. 142) zufolge haben alle drei genannten Entlastungsmechanismen in der heutigen Zeit ihren Rückhalt und damit auch ihre Deutungshoheit verloren. Zu beachten bleibe jedoch, dass sie lange Zeit im offiziellen Selbstbild der Deutschen verankert gewesen seien. So sieht es auch Rüsen, der betont, dass es bei den verschiedenen Phasen des Erinnerns keine strengen Grenzen gebe, sondern die Zeiträume einen fließenden Übergang ineinander hätten:

Das heißt also beispielsweise, daß die Beschweigungs-Strategie der ersten Epoche [...] auch späterhin, ja bis heute eine Rolle gespielt hat oder zumindest mental wirksam geblieben ist. Das gilt erst recht für die moralische negative Vergegenwärtigung des Holocaust in der zweiten Epoche; die hier entwickelten mentalen Konstellationen und Kräfte deutscher Identität bleiben auch in der dritten Generation wirksam. (Rüsen 2011, S. 244)

Die von Rüsen angesprochene „negative Vergegenwärtigung des Holocaust“ ist Teil der Phase von 1958 bis 1984, die von Assmann „Phase der Kritik der Vergangenheitsbewältigung“ genannt wird. In dieser Zeit wurden NS-Täter/-innen konsequenter verfolgt und große Gerichtsprozesse, wie bspw. der Eichmann-Prozess in Jerusalem, fanden statt. Diese Phase ist außerdem durch eine Zunahme der Selbstkritik an der Nichtauseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit gekennzeichnet, die vor allem durch die 68er-Bewegung geprägt wurde (Assmann 1999, S. 143). Bernhard Giesen zufolge hatte die Generation der Nachkriegsgeborenen einen entscheidenden Einfluss auf den Wandel der deutschen Gesellschaft und ihre Erinnerungskultur:

Diese Generation war nach dem Kriege geboren und verfügte nicht über persönliche Erinnerungen aus der NS-Zeit. Sie brach die Koalition des Schweigens und stellte ihren Eltern jene unangenehmen Fragen, die bisher den Außenseiter kennzeichneten. Sie wollten die verschwiegene Wahrheit über Schuld und Verstrickung der Älteren wissen und errichteten so die Grenze [...] in der Mitte ihrer eigenen Familien. Das Trauma konnte nun zum ersten Male von einer Außenperspektive erfasst werden, die *das Zeigen des Bösen als Stigma wahrnimmt* [Hervorhebung im Original]. Die neue Generation reagierte auf dieses kollektive Stigma der Täterschaft, indem sie die Seite wechselte und sich mit den Opfern identifizierte. (Giesen 2004, S. 38)

Teile der 68er-Generation markierten mehr, als nur eine Auflehnung gegen eine ältere Generation an sich. Vielmehr stellten sie eine ganze Gesellschaft unter den Verdacht, nicht nur die Geschichte, sondern auch die Täter/-innen des Faschismus unsichtbar zu machen. Zum ersten Mal wurde den deutschen Verbrechen in der Öffentlichkeit eine Form der Kollektivität zugesprochen (Giesen 2004, S. 38). Hierdurch grenzten sich große Teile einer ganzen Generation von ihrer Elternschaft als Täter/-innen-Generation ab und suchten eine eigene, „unbefleckte“ Identität. Dies hatte zwei Aspekte zur Folge. Einerseits wurden die Verbrechen des „Dritten Reichs“ von der neuen Generation auf ihre

Eltern projiziert. Nicht selten fand eine Distanzierung von denselben statt.¹⁶ Andererseits wurde die Verantwortung der entsprechenden älteren Generation nicht auf einige wenige Verführer/-innen und Mächtige verklärt, sondern eine ganze Gesellschaft als mit Schuld behaftet angesehen (Giesen 2004, S. 39). Jörn Rüsen bemerkt zu diesem Vorgang der moralischen Distanzierung Folgendes:

Ihre [die der Nachkriegsgeneration ab 1968] Vorstellung historischer Zugehörigkeit ist im Verhältnis zum Holocaust durch zwei widersprüchliche Absichten geprägt: Die eine bringt den Nationalsozialismus bewußt in das kollektive Gedächtnis der Deutschen ein und gibt ihm dort eine wichtige Funktion in der Identitätsbildung. Zum ersten Mal bekam er einen Stellenwert in der historischen Perspektive, die im mentalen Feld des deutschen Selbstverständnisses endete. Allerdings war es nicht speziell der Holocaust, sondern die Nazizeit insgesamt, die nun eine neue Rolle in der historischen Selbstverständigung der Deutschen spielte. Nazizeit und Holocaust werden zum (negativen) konstitutiven Ereignis, zum *Gegenereignis* in der Geschichte, die die deutsche Identität konstituiert [Hervorhebung im Original]. Sie wurden durch Absetzung und Abgrenzung von ihnen zum integralen Teil des deutschen Selbstverständnisses. (Rüsen 2011, S. 251)

Grundlage der neuen Form der Erinnerungskultur war eine strenge moralische Kritik seitens der Nachkriegsgeneration, die den Diskurs über das ‚Dritte Reich‘ stark prägte. Der NS wurde „durch bewußte negative Abgrenzung zum konstitutiven Element der eigenen Identität“ (Rüsen 2011, S. 252). So fand eine Identifikation vieler Bürger/-innen mit den Opfern statt, während die Täter/-innen und diejenigen, die die Täter/-innen nicht gehindert hatten, die Anderen waren. Die nach und nach immer stärkere Sichtbarmachung des ‚Dritten Reichs‘ veranlasste die neue Generation zu einer Differenzierung. Man stellte sich mental gegen den NS und wollte bewusst anders sein. Dies versuchte man auch durch die Beendigung der Strategie des Beschweigens zu erreichen (Rüsen 2011, S. 252 f.). Es muss jedoch auch erwähnt werden, dass in den 1960er-Jahren Hakenkreuzzeichnungen im öffentlichen Raum und die Verbrechen mit antisemitischem Hintergrund zunahmen (Wolfrum 2002, S. 157). Als Reaktion hierauf wurde Ende der 1960er-Jahre der Lehrplan an deutschen Schulen reformiert. Ab Mitte der 1960er-Jahre wurde der NS ausführlicher im Geschichtsunterricht behandelt. Des Weiteren wurde 1960 Volksverhetzung als Straftatbestand ins bestehende Recht aufgenommen. Auch wurden ehemalige Konzentrationslager und andere Orte des Schreckens zu Gedenkstätten umgewandelt (Wolfrum 2002, S. 157).

Die dritte Phase des Erinnerns beginnt Assmann zufolge 1985 und wird als die „Phase der Erinnerung“ bezeichnet. Ein offizielles Gedenken in Verbindung mit Symboliken, wie z.B. die der Medien mit ihrer „symbolisch-rituellen Zeichensetzung“, nimmt in dieser Phase signifikant an Bedeutung

¹⁶ Hierbei geht es nicht darum, dass die Nachkriegsgeneration durch ihre spätere Geburt in keinerlei Verbrechen verwickelt war, sondern darum, wie gesellschaftlich mit den Verbrechen des ‚Dritten Reichs‘ umgegangen wurde.

zu (Assmann 1999, S. 143 ff.). Die wohl wichtigste Eigenschaft dieser Phase ist die Verabschiebung vom Konzept der *Vergangenheitsbewältigung*. Dies bedeutet das Eingestehen der Tatsache, dass sich die aus dem Holocaust entsprungene Verantwortung nicht einfach so bewältigen lässt. Vielmehr wurde das Konzept der *Vergangenheitsbewältigung* vom Streben nach *Vergangenheitsbewahrung* abgelöst, die den Holocaust als Mahnzeichen versteht (Assmann 1999, S. 146).

Der sog. ‚Historikerstreit‘ war ein wichtiger Aspekt beim Übergang in diese neue Phase. Der Streit wurde mitnichten nur von Historikern und Historikerinnen geführt. Vielmehr hätten sich bspw. auch Publizist(inn)en, Philosoph(inn)en und Politolog(inn)en an der Auseinandersetzung beteiligt (Schmid 2010, S. 190). Hintergrund der vor allem 1986/1987 schwelenden Auseinandersetzung war die Diskussion der These des, von vielen der neuen Rechten zugeordneten, Historikers Ernst Nolte, ob die Verbrechen des NS mit den Morden in der stalinistischen Sowjetunion vergleichbar seien oder ob dies, wie die Gegner der These es betonten, eine Relativierung des nazistischen Genozids sei (Schmid 2010, S. 190). Hierauf entbrannte ein scharfer Streit über die Singularität des Holocaust. Prominente Opponenten der Thesen Noltes waren bspw. Hans Mommsen und Jürgen Habermas. Kritisiert wurde vor allem, dass durch den Vergleich des Holocaust mit anderen staatlich veranlassten Massenmorden ein Geschichtsrevisionismus betrieben würde (Kailitz 2008, S. 8). Der Streit hatte starke Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs, da „hinter all dem [...] die entscheidende geschichtspolitische Frage [stand], welches Gewicht und welche Bedeutung die öffentliche Erinnerung an die Verbrechen der NS-Gewaltherrschaft in der Bundesrepublik besitzen sollte“ (Schmid 2010, S. 191). Es soll hier im Folgenden nicht auf die Details des Streits eingegangen werden. An dieser Stelle geht es vor allem darum, wie sich das Bewusstsein der Erinnerung gewandelt hat und wie bis zu diesem Zeitpunkt Undenkbares denkbar geworden ist.

Einen ebenfalls nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die deutsche Wahrnehmung des ‚Dritten Reichs‘ hatte die Fernsehserie HOLOCAUST. Gerhard Paul sieht in dem 1979 erschienenen US-amerikanischen Fernsehvierteiler HOLOCAUST eine deutliche Zäsur im deutschen Umgang mit dem Holocaust. In der Serie wird die Geschichte von drei Familien nachgezeichnet. Hierbei wurde sowohl die Perspektive der Opfer als auch der Täter/-innen dargestellt (Paul 2010, S. 15). Erstmals kam der Massenmord des ‚Dritten Reichs‘ direkt in die deutschen Wohnzimmer. Zuvor war man stets davon ausgegangen, dass der Holocaust als solcher nicht im Fernsehen visualisierbar sei (Paul 2010, S. 16). Die Serie hat sich Paul zufolge ins deutsche Bewusstsein eingegraben. Erstmals sah man hier die Täter/-innen nicht nur bei ihren Taten dargestellt, sondern auch in ihren anderen Lebenswelten. Die Ausstrahlung habe einen starken Einfluss auf den deutschen Diskurs zum ‚Dritten

Reich‘ gehabt, da Täter/-innen und Opfer des Holocaust in Form der dargestellten Familien erstmals ein wirkliches Gesicht bekommen hätten. Hierdurch stieg die persönliche Betroffenheit über die eigene Geschichte, was eine nachhaltige Beeinflussung der deutschen Erinnerungskultur zur Folge hatte (Paul 2010, S. 17). Dies sei die Folge einer „wechselseitige[n] Stimulierung von Medienentwicklung und gesellschaftlich-kultureller Entwicklung“ (Paul 2010, S. 18). Hierzu zählte eine immer weiter zurückgehende Präsenz von Personen, die das ‚Dritte Reich‘ noch selbst erlebt hatten. Dies wiederum hatte zur Folge, dass die Erinnerung der Vergangenheit zusehends weniger aus individuellen, als aus wissenschaftlich-historischen Blickwinkeln gekennzeichnet war. Hinzu kam die neue Darstellungsweise der Fernsehserie. An Stelle nüchterner Beiträge über das ‚Dritte Reich‘ traten nun emotionale Darstellungen in den Vordergrund (Paul 2010, S. 18). Die Ausstrahlung der Serie hatte somit einen nachhaltigen Effekt:

Zunächst leitete *Holocaust* eine insgesamt intensivere mediale Repräsentation des Judenmords in Film und Fernsehen ein. Mit dem Vierteiler hatte eine Grenzüberschreitung stattgefunden, da die bisherige Vorstellung, „Auschwitz“ dürfe und könne nicht visualisiert werden, bewusst verletzt worden war. [...] Erstmals rückten nun sowohl jüdische Opfer und mit ihnen die bislang eher verschwommen und verschämt dargestellte Tat als auch die Täter und Profiteure im wörtlichen Sinne ins Bild. All dies brach Dämme. (Paul 2010, S. 20)

Die Folge der Ausstrahlung von HOLOCAUST war also auch eine starke Präsenz der Thematik der Verbrechen im NS in den Medien. Das ‚Dritte Reich‘ sei hierdurch stärker im deutschen medialen und somit auch im alltäglichen Diskurs verankert worden (Paul 2010, S. 20). Was für einen Einfluss eine solche Verankerung in der Erinnerung einer Gesellschaft haben kann, beschreibt Harald Schmid wie folgt:

Die Ausstrahlung von „Holocaust“ hatte Folgen. Sie trug etwa dazu bei, dass der Deutsche Bundestag zwei Monate später in seiner vierten und letzten Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen die Unverjährbarkeit von Mord beschloss. Auch öffentlich und familiär markiert die filmische Konfrontation mit dem Mord an den europäischen Juden einen Einschnitt, nicht zu vergessen die publizistischen und bildungspolitischen Wirkungswellen sowie die hierauf zurückgehende Etablierung des Begriffs „Holocaust“ in Deutschland. (Schmid 2010, S. 175)

Hermann Lübbe betont zudem, dass den Zuschauern und Zuschauerinnen durch HOLOCAUST anschaulich vor Augen geführt worden sei, was für eine Rolle Mitläufers/-innen-Karrieren spielen könnten, die auch in der Serie thematisiert wurden:

Mit naheliegendem Opportunismus macht man den Anfang, und alsbald ist man, zur Erhaltung der Selbstachtung, zu glauben gezwungen, wobei man zunächst lediglich mitlief. (Lübbe 1989, S. 349)

Für die heutige Zeit konstatiert Norbert Frei eine Veränderung im Umgang mit dem ‚Dritten Reich‘ in der Erinnerung der Deutschen im Vergleich mit den vergangenen Jahren. Dazu gehöre auch, dass

man die Deutschen gelegentlich als Opfer sehe, so z.B. im Kontext von Bombardierungen deutscher Städte durch alliierte Flugzeuge (Frei 2005, S. 358). Frei zufolge herrscht ein gewisser Wunsch nach der Aussöhnung mit den Vorfahren, sowohl im wissenschaftlichen als auch im literarischen Bereich:

Doch nicht allein in Büchern wird den Mitläufern und Tätern, die zu Opfern wurden, das späte Mitgefühl der Kinder zuteil; die Therapeutenszene kennt augenscheinlich viele Deutsche der „zweiten Generation“, die als Täter-Kinder nun versuchen, ihre Väter und Mütter zu verstehen. Die Psychodynamik der Generationenfolge will es, dass sich für die Kinder des Krieges mit dem Verschwinden der letzten aus den Jahrgängen ihrer Eltern die Perspektiven auf die Vergangenheit noch einmal deutlich verändern – bis hin zu der Chance, sich selbst und die eigene Kohorte als Opfer zu erkennen: des Bombenkriegs, der Vertreibung, der ererbten Schuldgefühle. Die Identifikation mit den Opfern des Holocaust, einstmals Ausdruck einer bewussten Distanzierung von der Elterngeneration, tritt dabei offenbar in den Hintergrund. (Frei 2005, S. 359)

Auch Rüsen sieht in den 1980er-Jahren eine neue Art des Erinnerns eingeläutet. Entscheidend hierfür sei „eine Öffnung der deutschen Geschichtskultur auf einen *genealogischen Zusammenhang mit den Tätern* [Hervorhebung im Original]“ (Rüsen 2011, S. 254). Nachdem die 68er-Generation mehr oder weniger mit ihren Vätern und Müttern gebrochen und sich von ihnen distanziert habe, beginnt ihm zufolge nun eine Wahrnehmung des intergenerationalen Zusammenhangs:

Der wachsende Abstand zum Holocaust im Generationswechsel eröffnet nun die Chance, den mentalen Bruch zu schließen, der die Deutschen von heute von ihren Vätern und Großvätern in der historischen Perspektive ihres Selbstverständnisses trennt. Die Täter des Holocaust waren *die Anderen*. Aber diese *Anderen* waren zugleich Deutsche wie diejenigen, die sich mit ihnen im Generationswechsel der deutschen Geschichte nicht (oder nur negativ) ins Benehmen setzen konnten [Hervorhebungen im Original]. Genau dieses Benehmen, diese intergenerationale Vermittlung scheint nun zu beginnen. (Rüsen 2011, S. 254)

Symptomatisch hierfür sei auch, dass in der heutigen Zeit der Diskurs immer stärker von Begrifflichkeiten wie „Wir“ und „Verbrechen“ gekennzeichnet sei (Rüsen 2011, S. 256 f.).

Eine wichtige Einflussgröße der heutigen Erinnerungskultur sieht Aleida Assmann außerdem im Wandel hin zu einer multikulturellen Gesellschaft. Sie geht davon aus, dass in einer multikulturellen Gesellschaft eine andere Form des Erinnerns stattfindet. Häufig werde eine nationale Erinnerungskultur als Integrationshindernis angesehen. Vielmehr müssten aber (nationalstaatliche) Grenzen des Erinnerns aufgeweicht und sollte eine gemeinsame Form der Erinnerungskultur gefunden werden (Assmann 2016, S. 123). Im Falle Deutschlands sieht Assmann um die Jahrtausendwende den entscheidenden Umbruch, der neue Herangehensweisen nötig mache:

Bis in die 1990er Jahre hinein war man davon ausgegangen, dass die sogenannten Gastarbeiter nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Das änderte sich, als 1998 die Regierungskoalition von SPD und Grünen Deutschlands Status als Einwanderungsland bestätigte und das Einbürgerungsrecht reformierte. Damit stellten sich neue

Fragen an das nationale Selbstbild und seine Geschichte: Sollte das Land mit dieser Umstellung sein nationales Narrativ zugunsten eines neuen pluralistischen Selbstbildes umstellen oder ging es darum, die neuen Immigranten auf das negative nationale Gedächtnis einzustellen? (Assmann 2015, S. 127)

Dies sind letztendlich Herausforderungen, die bis heute noch nicht vollständig geklärt sind.

Es bleibt festzuhalten: Die Art und Weise, in der die Gesellschaft das ‚Dritte Reich‘ und den Holocaust erinnert, hat Einfluss darauf, wie sich rechtsextreme Einstellungen in Deutschland äußern und folglich auch – was für diese Arbeit von großer Bedeutung ist – wie ihnen gesellschaftlich begegnet wird. Dies gilt auch für die mediale Berichterstattung über Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund.

Abschließend noch einmal kurz zusammengefasst, lassen sich die verschiedenen, nicht durch starre Grenzen voneinander getrennten Phasen der deutschen Erinnerungskultur nach 1945 wie folgt charakterisieren: Die „Phase der Vergangenheitspolitik“ (1945–1957) war vor allem von einem Beschweigen (nicht Verdrängen) der NS-Zeit geprägt. Zudem sahen sich viele Deutsche als Opfer einer kleinen Gruppe Mächtiger an, von deren Taten sie nichts gewusst hätten oder von denen sie verführt worden seien. In dieser Phase bildete sich ein dezidierter Antikommunismus als Externalisierungsstrategie heraus (Assmann 1999, S. 140 ff.).

Die „Phase der Kritik der Vergangenheitsbewältigung“ (1958–1984) war von einem starken Moralempfinden und der Kritik gegenüber der Generation der Täter/-innen geprägt (Assmann 1999, S. 140 ff.). Die Generation der Nachkriegsgeborenen unternahm in jener Zeit letztlich den Versuch, sich von der Schuld der Generation ihrer Eltern abzugrenzen. Der Holocaust wurde als kollektives Verbrechen der gesamten Gesellschaft zur Zeit des ‚Dritten Reichs‘ angesehen. Die neue Generation suchte somit ihre eigene Identität in der Abgrenzung von der NS-Zeit. Die Zeit des Beschweigens war vorbei (Assmann 1999, S. 140 ff.).

Die „Phase der Erinnerung“ (1985–heute) ist durch eine quantitative Zunahme des öffentlichen Gedenkens gekennzeichnet. Wichtig ist auch die Tendenz, sich vom Glauben zu verabschieden, die Vergangenheit bewältigen zu können. Vielmehr gehe es nun um eine Vergangenheitsbewahrung, innerhalb derer der Holocaust als Mahnmal verstanden werde (Assmann 1999, S. 140 ff.). Dennoch nähert man sich in der heutigen Zeit mit differenzierteren Herangehensweisen dem ‚Dritten Reich‘, nicht selten stehen die Täter/-innen und ihre Beweggründe mittlerweile im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses. Die historische Sonderstellung der BRD wird immer häufiger anerkannt.

Durch den Übergang zu einer multikulturellen Gesellschaft sind laut Assmann in der Zukunft neue Herangehensweisen an die Gedenkkultur vonnöten (Assmann 1999, S. 140 ff.).

2.3.4 Erinnern an die DDR

Mit dem Erinnern der sozialistischen Diktatur geht Deutschland einen Sonderweg. Die ehemaligen Ostblockstaaten sehen sich hier in der Regel als Opfer. Dass die Erinnerung in Deutschland anders erfolgt, hat mehrere Gründe. Zum einen handelte es sich bei der SED-Diktatur um die zweite Diktatur innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums (Assmann 2016, S. 110). Die Deutschen sind also – einfach ausgedrückt – „den beiden großen ideologischen Versuchungen des 20. Jahrhunderts, dem Faschismus und dem Kommunismus“ erlegen, was im Prinzip bedeute, dass Deutschland innerhalb eines Jahrhunderts zwei Mal „schuldig“ geworden sei (Assmann 2016, S. 110 f.). Sei in anderen ehemaligen Ostblockländern eine kollektive Identifikation mit den Opfern der Diktatur zu beobachten, so nehme man in Deutschland eher das Verständnis von der DDR als einem Unrechtsstaat wahr. In diesem Fall erlebe man demnach eine Identifikation mit den Tätern und Täterinnen, indem ihre historische Schuld ins eigene Erinnern übernommen werde. Bezuglich des (heutigen) deutschen Erinnerns werde also die Erinnerung, sowohl an den NS als auch an den Sozialismus, in die eigene Geschichte einbezogen (Assmann 2016, S. 111). Problematisch hierbei sei, dass die DDR- und die NS-Diktatur häufig miteinander verwoben würden:

Obwohl diese historischen Epochen in der Geschichte klar genug getrennt sind und ganz entscheidende Unterschiede aufweisen, rutschen sie im nationalen Gedächtnis immer wieder zusammen, wo das eine Ereignis als Schatten, Schema und vor allem: Konkurrent des anderen wahrgenommen wird. (Assmann 2016, S. 112)

Assmann sieht die entscheidenden Unterschiede darin, dass die DDR sich nicht durch nach außen und innen gerichtete Gewalt gegen „rassistische“ Minderheiten gerichtet habe. Des Weiteren hätten die Deutschen die NSDAP selbst gewählt und sich nicht selbst von ihr befreien können. Die DDR hingegen sei für die Mehrheit eine aufgezwungene Diktatur gewesen, von der sich das Volk selbst befreit habe (Assmann 2016, S. 112).

Welzer, Moller und Tschuggnall haben auch Vergleiche zwischen DDR- und NS-Staat in ihren Interviews mit Familien beobachtet:

Der westdeutschen Zeitzeugen- und Kindergeneration dient die Parallelisierung [...] dazu, Bedrohung und Zwang im Nationalsozialismus oder die Ungerechtigkeit der Geschichte für den „kleinen Mann“ hervorzuheben. [...] Für die ostdeutsche Kindergeneration ist die DDR-Vergangenheit nicht nur Geschichte, sondern Teil der eigenen Biographie. Werden hier Vergleiche von Sozialismus und Nationalsozialismus angestellt, so sind die Kinder (d.h. die heute ca. Vierzig- bis Sechzigjährigen) in sehr viel stärkerem Maße dazu gezwungen, sich zu positio-

nieren. Doch häufig heben die Kinder selber systematische Ähnlichkeiten von NS- und DDR-Gesellschaft hervor und verbünden sich mit ihren Eltern zu einer generationenübergreifenden Zeitzeugengemeinschaft. (Welzer/Moller/Tschuggnall 2002, S. 171)

Es wurde herausgearbeitet, dass die interviewten Zeitzeugen mit verschiedenen Blickwinkeln auf das ‚Dritte Reich‘ zurückschauen. Auffällig sei aber, dass fast allen die DDR „als expliziter Vergleichshorizont dient“ (Welzer/Moller/Tschuggnall 2002, S. 177).

Zum Niedergang der DDR und der Wiedervereinigung bemerkt Norbert Frei Folgendes:

Von der „doppelten Vergangenheit“ war fortan häufig – und ist weiterhin – die Rede, von zwei überwundenen Totalitarismen in Deutschland, die es zu vergleichen gelte. Oft übersehen wird dabei, daß mit dieser Geschichte nicht allein die Deutschen leben, daß die Erfahrung von Nationalsozialismus und Kommunismus sich vielmehr auf das gesamte östliche Europa erstreckt und in gewissem Sinne auf den gesamten Kontinent. Doch weil historische Vergleiche selten zweckfrei sind, flammt die Kontroverse immer wieder auf: zwischen Deutschen in Ost und West, zwischen Rechten und Linken, aber auch und nicht zuletzt – man denke nur an den schweren Streit um das Erinnern an Flucht und Vertreibung – zwischen der Bundesrepublik und Nachbarn wie Polen oder Tschechien. (Frei 2009a, S. 7)

Das Ende der DDR war insofern für die deutsche Geschichte eine einschneidende Zäsur, da nun nicht mehr 1945 das letzte ‚Schicksalsjahr‘ war, sondern nun durch 1989/90 als zeitlich gesehen letzte Epochenschwelle abgelöst wurde; oder wie Frei (2009a, S. 8) es ausdrückt: „Nicht mehr das Jahr 1945 trennt uns seitdem von einer ‚jüngsten Vergangenheit‘, sondern die Zäsur von 1989/90“.

Nach dem Zusammenbruch der DDR fand rasch eine kritische Auseinandersetzung mit dem totalitären Staat und der Stasi statt, die stellvertretend für den gesamten Staatsapparat stark im Bewusstsein der Menschen verwurzelt war (Frei 2009a, S. 9). Dies ist insofern bemerkenswert, weil es davor rund 20 Jahre lang gedauert hatte, bis eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem ‚Dritten Reich‘ begann. Wie entscheidend eine Erinnerungskultur für den Fortlauf der Geschichte sein kann, zeigt sich letztendlich im Umgang mit den ‚NSU‘-Morden, denn:

Am Beispiel der ‚NSU‘-Morde lässt sich konkret zeigen, wie Erinnerungskultur und historische Bildung ineinander greifen können. [...] Es ist ein weit verbreitetes und hartnäckiges Missverständnis, Erinnern sei eine rückwärtsgerichtete Haltung, die an der Vergangenheit klebt und die Zukunft verstellt. Denn zu den aktuellen Zukunftsfragen in unserer Gesellschaft gehören heute die Migrationsthematik sowie die schwelende Fremdenfeindlichkeit und ihre historische Erbschaft. Erinnerungskultur, politische Bildung und Zivilgesellschaft gehören deshalb eng zusammen. (Assmann 2016, S. 133)

Auf diesen Aspekt soll im folgenden Kapitel ausführlicher Bezug genommen werden.

2.3.5 Erinnerungskultur und ‚NSU‘

Zum Schock nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ äußert sich Assmann folgendermaßen:

Mit der Aufhellung der ‚NSU‘-Morde musste die Gesellschaft, die sich für aufgeklärt und zivil gehalten hatte, einsehen, dass in ihrer Mitte ungehindert ein Jahrzehnt lang systematisch und gezielt gemordet worden war, ohne dass die Alarmglocken zu läuten begannen. Die Verschleppung und Inkompétenz der Behörden stand dabei in einem eklatanten Gegensatz zum wöchentlichen Tatort-Krimi am Sonntagabend. (Assmann 2016, S. 131)

Gerade hier wird somit der Zusammenhang zwischen dem Selbstverständnis einer Gesellschaft, medialer Berichterstattung und Erinnerungskultur offensichtlich. Medial sei vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ ein Bild vermittelt worden, das besagte, dass die Opfer außerhalb der deutschen Gesellschaft stünden:

Das geht uns nichts an, das betrifft die Anderen, wir halten uns da raus. Um ein Geschehen in ein Ereignis zu verwandeln, muss es zuvor sprachlich geformt und mit einem Narrativ versehen werden, das zugleich eine Deutung und Bewertung mit einschließt. In diesem Fall trug das Wort „Dönermorde“ umgehend zur Distanzierung dieses Ereignisses von der deutschen Bevölkerung bei. Das Wort „verkleinerte“, wie sich die Tochter eines Opfers ausdrückte, den brutalen Mord aus heiterem Himmel an einem unschuldigen Opfer. Es besagte für die deutsche Mehrheitsgesellschaft: Das ist kein gesamtgesellschaftliches Problem, hier geht es nicht um mich, sondern um Andere, die nun mal anders sind und ihre eigenen Probleme haben. Nach Offenlegung der Hintergründe der Taten wurde schockartig deutlich, dass man sich damit die Sprache der Täter angeeignet hatte, die ihre Anschläge mit dem Codewort „Aktion Dönerspieß“ etikettiert hatten. Dennoch hielt sich das Kürzel „Dönermorde“ mit und ohne Anführungszeichen noch wochenlang in der Berichterstattung der Medien. (Assmann 2016, S. 132)

Laut Assmann wirkt in Deutschland eine Form des Rassismus, die eine Neuauflage älterer Varianten sei. Dies geschieht durch die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen aus der Mehrheitsgesellschaft und kann, wie das vorausgegangene Zitat zeigt, darin gipfeln, dass eine Mehrheitsgesellschaft (und die Medien als Teil derselben) bestimmt, wer ein zu betrauerndes Opfer ist und wer nicht (Assmann 2016, S. 134). Wie tief dies auf die Gesellschaft einwirken, und was für Auswirkungen dies für die Opfer haben kann, beschreibt Jasmin Siri:

Es ist also nicht unerheblich, ob und wie Menschen kollektiv betrauert werden, ob und wie sie sich als Opfer fühlen und auf die Solidarität „der Anderen“ zählen dürfen – Und dabei geht es nicht nur um Blumen, Kerzen oder Kuscheltiere, sondern auch um eine spezifische Form der Rücksichtnahme, die trauernden Menschen, wenn sie als solche erkannt werden, üblicherweise zugestanden wird. Der Fall der Opfer des ‚NSU‘ und ihrer Angehörigen macht deutlich, dass rassistische Stereotype nicht nur zu Ermittlungsfehlern, sondern auch dazu führen, die Betrauerbarkeit der Ermordeten und das Recht ihrer Angehörigen auf Trauer in Zweifel zu ziehen. (Siri 2014, S. 135)

Werden durch die Entmenschlichung der Opfer vonseiten der Mörder emotionale Schranken aufgelöst, so reagiert die Gesellschaft auf die eigens betriebene Ausgrenzung bestimmter Menschen aus der Gesellschaft mit der Abwertung derselben. Assmann sieht das Resultat hieraus ähnlich wie Siri und bezeichnet es als „eine selektive Empathie, die diejenigen von prosozialer Aufmerksamkeit, Achtung und Gefühlen ausnimmt, die nicht als gleichwertig eingestuft werden [Hervorhebung im Original]“ (Assmann 2016, S. 135). Sie sieht hierin einen Trend zur Entsolidarisierung untereinan-

der, der durch den Rechtspopulismus als einer neuen Variante zum Nationalismus des 19. und 20. Jahrhundert genährt werde. Eben hierdurch würden der demokratische Konsens und bisherige vermeintliche gesellschaftliche und historische Selbstverständnisse untergraben (Assmann 2016, S. 135 f.). Resümierend betont Assmann:

Erinnerungskultur und politische Bildung haben also mehr miteinander zu tun, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Vieles von dem, was wir heute erleben, weist aus der Gegenwart explizit auf die Vergangenheit zurück: die Selbstbeschreibung der Terroristen als „Nationalsozialistischer Untergrund“, aber auch die gesellschaftlichen Muster der Ausgrenzung, die auf immer wieder aktivierbaren Vorurteilsstrukturen und Verhaltensmustern der Indifferenz beruhen. Solche Déjà-vu-Effekte zwingen uns zu einer Zusammenschau von Vergangenheit und Gegenwart. (Assmann 2016, S. 140 f.)

Doch wieso wurden die Opfer des ‚NSU‘ mit türkischen und griechischen Wurzeln nicht kollektiv betrauert? Eine mögliche Erklärung kann das Konzept des „Postnationalsozialismus“ von Astrid Messerschmidt liefern, das diese aus einer pädagogischen Perspektive heraus entwickelt hat. Dieses besagt, dass man in Deutschland häufig davon ausgehe, nach dem Ende des ‚Dritten Reichs‘ ausgrenzende Weltbilder hinter sich gelassen zu haben. Der entscheidende Fehler hierbei sei, davon auszugehen, dass mit dem Ende des NS rassistisches Potenzial verschwunden sei (Messerschmidt 2008, S. 44). Noch bedeutender an diesem Konzept sei jedoch, dass die deutsche Gesellschaft ein nur sehr geringes Bewusstsein für ihre koloniale Vergangenheit habe. Der deutsche Kolonialismus werde fast vollständig von der Auseinandersetzung mit dem NS überlagert.¹⁷ Es werde davon ausgängen, dass der Kolonialismus das Problem von Ländern wie bspw. Frankreich und Großbritannien und die eigene Kolonialgeschichte unbedeutend sei (Messerschmidt 2008, S. 44). In der Folge sei die deutsche Diskussionskultur bezüglich der Ausgrenzung anderer Menschen somit auf den NS beschränkt geblieben (Messerschmidt 2008, S. 49). Dies begünstige eine Negierung von Bevölkerungsgruppen als Opfer von Rassismus, die aufgrund ihrer Religion oder Nationalität¹⁸ nicht als Opfer des NS erinnert würden. Der Rassismusbegriff werde bis heute in Deutschland häufig vermieden, solange sich in ihm keine direkt aus dem historischen NS abgeleiteten erkennbaren Phänomene erkennen lassen würden (Rommelspacher 2009, S. 33). Auf diese Weise können Menschen auf einmal als unschuldige Opfer negiert werden. Es wird ermöglicht auszublenden, dass Rechtsextremist(inn)en bspw. in türkischstämmigen Menschen ‚Feinde‘ sehen. Da somit eigentlich nahelie-

¹⁷ Hinzu komme, dass die Zeit des Kolonialismus im Westen häufig noch als Zeit erinnert werde, in der westliche Kolonialist(inn)en den rückständigen und unzivilisierten Kolonialisierten Fortschritt, Ordnung und Zivilisation geschenkt hätten (Supik 2005, S. 26).

¹⁸ Beziehungsweise auch angesichts ihres Migrationshintergrunds.

gende Erklärungen für Verbrechen unsichtbar werden, kann es nun zu falschen Vermutungen kommen, die sich im Falle der Opfer des ‚NSU‘ besonders prekär auswirkten.

Die Frage, wie die Medien bei solchen Vorgängen agieren, daran mitwirken oder auch nicht, wird im nächsten Kapitel geklärt, in dem des Weiteren näher auf die Rolle und Funktionsweise von Massenmedien eingegangen werden soll.

2.4 Massenmedien, Öffentlichkeit und Diskurse

In diesem Kapitel soll geklärt werden, wie das Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Diskursen aufgebaut ist, wie die (Print-)Medienlandschaft in Deutschland strukturiert ist, wie Medien per se wirken und wie und ob sie Objektivität gewährleisten können. Da sich rechte Gewalt häufig – wenn auch nicht immer, wie das Oktoberfestattentat zeigt – spezifisch gegen vermeintlich fremde Menschen richtet, wird außerdem kritisch der Frage nachgegangen, wie Medien über diese berichten und ob es bei der medialen Abdeckung von Rechtsextremismus besondere Spezifika gibt.

2.4.1 Die „Öffentlichkeitsaufgabe“ des Journalismus

Medien werden Görke (1993, S. 136 f.) zufolge von ihren Konsument(inn)en auch genutzt, um Unsicherheiten zu beseitigen und die Komplexität des täglichen Informationsflusses zu reduzieren. Im Regelfall gingen Mediennutzer/-innen davon aus, dass man den Medien und den von ihnen bereitgestellten Informationen vertrauen kann.¹⁹ Trotzdem stelle sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit von Informationsdarbietungen immer dann, wenn Informationen handlungsrelevant für ein Individuum werden, diesem aber die Informationen nicht aus erster Hand zugänglich sind (Görke 1993, S. 128). Die Medien gelten also als „unverzichtbarer Mittler zwischen gesellschaftlichen Informationsquellen, auf die Menschen sich stützen können, um [...] das eigene Verhalten zu orientieren“ (Görke 1993, S. 136).

Horst Pöttker sieht als eine Aufgabe des Journalismus an, die Öffentlichkeit zu unterstützen. Er nennt dies „Öffentlichkeitsaufgabe“ (Pöttker 2014, S. 15). Zur Frage der Öffentlichkeit schreibt er:

In den hoch komplexen, stark parzellierten Gesellschaften der Moderne reicht das unmittelbar erworbene Erfahrungswissen nicht mehr aus, damit Individuen ihr Leben auf der Höhe der Kulturentwicklung gestalten und sich kundig an sozialen Selbstregulierungsmechanismen wie Demokratie, Recht oder Markt beteiligen können. Hier bedarf es daher einer Sphäre der ungehinderten²⁰ gesellschaftlichen Kommunikation, die wir *Öffentlichkeit* nennen [Hervorhebung im Original]. (Pöttker 2014, S. 15)

In der Sphäre der Öffentlichkeit kann man Kenntnisse über Gegebenheiten und Ereignisse erlangen, die sich außerhalb des eigenen Erfahrungsraums vollziehen. Gerade in modernen Gesellschaften ist Pöttker zufolge die Sphäre der Öffentlichkeit unabdingbar, da die immer weiter fortschreitende Differenzierung von Lebensstilen und -einstellungen zu immer größeren Kommunikations- und Erfah-

¹⁹ Auch wenn sich in der Zeit ‚alternativer Fakten‘ die Frage stellt, ob diese Diagnose so noch zutreffend ist.

²⁰ Es ist zu beachten, dass Pöttkers Beschreibung von Medien und Öffentlichkeit an dieser und anderen Stellen idealtypisch ist. So muss man sich hier beispielsweise die Frage stellen, ob eine „ungehinderte“ gesellschaftliche Kommunikation überhaupt möglich ist.

rungsbarrieren führe (Pöttker 2014, S. 15). Journalist(inn)en kommt laut Pöttker hierbei eine wichtige Aufgabe zu:

Die Kulturleistung des Journalismus besteht darin, Arbeitstechniken zu entwickeln, die Recherche und Distribution optimieren, um die Aufgabe, Öffentlichkeit herzustellen, möglichst effektiv zu erfüllen. Öffentlichkeit herstellen heißt: Für optimale *Unbeschränktheit der gesellschaftlichen Kommunikation* und optimale *Transparenz der gesellschaftlichen Verhältnisse* zu sorgen, in praxi: einem möglichst großen und vielfältigen Publikum möglichst viele richtige und wichtige²¹ Informationen zu vermitteln [Hervorhebungen im Original]. (Pöttker 2015, S. 15 f.)

Hierbei stellt sich die Frage, ob Journalist(inn)en ihre Öffentlichkeitsaufgabe erfüllen wollen. Ist dies gegeben und wird es erfolgreich durchgeführt, spricht man von „journalistischer Professionalität“ (Pöttker 2014, S. 16). Ein elementarer Grundsatz für Medienvertreter/-innen soll laut Pöttker das Bestreben sein, den Medienrezipient(inn)en zu vermitteln, was ihnen befremdlich und unbekannt scheint (Pöttker 2010, S. 116). Journalist(inn)en müssen in der Regel nicht begründen, warum sie etwas veröffentlichen.²² Im Gegensatz dazu müssten sie in einigen Fällen jedoch erklären, warum sie etwas *nicht* veröffentlichen, da die Zugänglichkeit von Informationen für die Öffentlichkeit ein Grundziel journalistischer Professionalität sein sollte (Pöttker 2014, S. 16).

Auch beim Bemühen, journalistische Professionalität zu gewährleisten, kann es immer wieder Gründe geben, warum dies nicht funktioniert. Hierzu kann auch die Überforderung von Recherchekapazitäten zählen, bspw. durch die „Hyperkomplexität“ eines Themas (Pöttker 2014, S. 24):

Diese [Hyperkomplexität] überfordert mitunter Journalisten sowohl bei der Recherche als auch bei der verständlichen Darstellung. Gerade seriöse Journalisten, denen es auf Richtigkeit, Vollständigkeit und Solidität ihrer Produkte ankommt, wagen sich selten an komplizierte Zusammenhänge heran. Meist ist schon von vornherein erkennbar, dass sich mit den gegebenen Ressourcen an Zeit und Geld kaum etwas Substanzielles herausfinden lässt. (Pöttker 2014, S. 24)

Pöttker führt hierzu aus, dass in der Folge Themen häufig nicht aufgegriffen würden, wenn sie zu „kompliziert“ erscheinen würden. Hierbei stellt sich jedoch die Frage, was er unter „kompliziert“ versteht. Es können hier kognitiv komplexe oder auch rechercheaufwendige Themen gemeint sein, um nur zwei Möglichkeiten zu nennen. Festzuhalten bleibt, dass Pöttker davon ausgeht, dass der Journalismus durch immer knapper werdende finanzielle Mittel nach und nach oberflächlicher wird. Dies habe zur Folge, dass immer weniger auf die Hintergründe von Ereignissen, sondern mehr auf

²¹ Auch hier sollte man sich die Frage stellen, was „richtig und wichtig“ ist. Der Ansatz, den die vorliegende Arbeit verfolgt, ist, dass eine vollkommene objektive Wahrheit nicht existiert. Dies sollte bei der Lektüre dieses Zitats beachtet werden.

²² Es bleibt hierbei abzuwarten, ob sich dies bei der aktuellen Entwicklung von Politik und Medien ändert. Genannt seien hier Schlagworte wie oder ‚Fake News‘, ‚Alternative Facts‘.

die beteiligten Personen eingegangen werde (Pöttker 2014, S. 24). Dieser Aspekt wird an späterer Stelle noch einmal ausführlicher verhandelt.

Günther Rager und Lars Rinsdorf untersuchen, wie journalistische Produkte bei den Rezipient(inn)en ankommen, sprich, ob sie verstanden werden, ob sie informieren und unterhalten und ob sie Menschen zur weiteren Nutzung von journalistischen Erzeugnissen veranlassen. Sie stellen in Hinsicht auf die politische Berichterstattung fest, dass Journalist(inn)en sich zwischen „den publizistischen und ökonomischen Zielen der Medienbetriebe“, den „Anforderungen des Publikums“ und „den normativen Vorgaben des politischen Systems“ bewegen (Rager/Rinsdorf 2002, S. 44). Dieses Spannungsverhältnis bringt Herausforderungen mit sich, da das Geld- und Zeitbudget knapp bemessen und das Publikum heterogen ist. Hinzu kommt, dass die Rezipient(inn)en in der Regel über eine nur begrenzte Aufmerksamkeitsspanne verfügen, was ein spezielles Zuschneiden der Beiträge auf das potenzielle Zielpublikum zur Folge hat. Eine mediale Darstellung ist immer auch Inszenierung, da Themen und Ereignisse auf bestimmte Weise aufbereitet werden (Rager/Rinsdorf 2002, S. 45). Journalist(inn)en könnten sich dem Zwang zur Inszenierung hierbei in der Regel nicht entziehen:

Journalisten können nicht nicht inszenieren. Selbst wenn sie eine politische Inszenierung unverändert „abbilden“, machen sie sich die politische Inszenierung zu eigen. Genauso können sie aber auch die politische Inszenierung durch ihre eigene Inszenierung verstärken oder konterkarieren. (Rager/Rinsdorf 2002, S. 47)

Politische und mediale Inszenierungsstrategien sind hierbei als ungefähr gleichrangig anzusehen. Zwar müssten sich politische Akteure und Akteurinnen auf die Inszenierungslogiken der Medien verlassen, Medien hingegen könnten Inszenierungen von politischen Akteur(inn)en umdeuten. Trotzdem könnten politische Institutionen durch ihre PR-Abteilungen auch selbst Aufmerksamkeit erreichen; zudem sei nicht jedes politische Handeln von vornherein auf eine mediale Rezeption ausgerichtet (Rager/Rinsdorf 2002, S. 48). Diskurse beinhalten laut Rager und Rinsdorf den Austausch von Informationen und Meinungen zu einem Thema. Des Weiteren könnten Diskurse mindestens zwei sichtbare Standpunkte zu einem speziellen Thema innerhalb einer Debatte beinhalten (Rager/Rinsdorf 2002, S. 49). Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Medien nur beschränkt

[...] die Rolle vollständig ausfüllen, die ihnen in einer pluralistischen Gesellschaft zugesprochen wird. Denn an unserem Stichtag werden politische Entscheidungen und Entscheidungsprozesse nicht so für das Publikum aufbereitet, dass Leser und Zuschauer die politischen Entwicklungen ohne weitere Anstrengungen nachvollziehen und einordnen können. (Rager/Rinsdorf 2002, S. 49)

Zudem stellen sie fest, dass argumentative Diskurse kaum vorkommen. Gerade 5 % aller Printartikel in ihrer Stichprobe waren durch die Darstellung unterschiedlicher politischer Standorte mit ar-

gumentativer Unterstützung geprägt. Auch die Streitparteien, über die berichtet wird, untermauern ihre Thesen in gerade einmal 6 % der Artikel aktiv argumentativ (Rager/Rinsdorf 2002, S. 52).

Kretschmer und Jäger betrachten die von den Medien (re-)produzierten Diskurse als einen der wichtigsten, wenn nicht gar den „wichtigsten Kristallisierungspunkt gesellschaftlicher Herrschafts- und Machtverhältnisse“ (Kretschmer/Jäger 1996, S. 804). In den medial geprägten Diskursen sehen sie die Schnittstelle von wissenschaftlichen und politischen Diskursen, was in der Folge einen starken Einfluss auf den Alltagsdiskurs und schließlich auf die Gedanken und Taten der Medienkonsument(inn)en habe (Kretschmer/Jäger 1996, S. 804). Ihnen zufolge muss hierbei beachtet werden, dass die Medien keinesfalls ein Instrument der, wie sie es nennen, Herrschenden seien. Vielmehr würden die Medien und ihre Vertreter selbst auch einen großen Einfluss auf den vorherrschenden Diskurs ausüben und müssten deshalb unbedingt als eigenständige Macht angesehen werden. Auf diesen Überlegungen baut das Konzept der „Vierten Gewalt“ auf, das besagt, dass die Medien herrschende Diskurse (re-)produzieren würden, während die Mediengestalter/-innen gleichzeitig selbst in diese Diskurse verstrickt seien und somit selbst ein gewisses Interesse an jener Richtung hätten, welche die Diskurse einschließen (Kretschmer/Jäger 1996, S. 804).

Abschließend soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Medien sich der vermeintlichen Realität nur annähern können, da Informationen bis zu ihrer Publikation verschiedene journalistische Auswahlentscheidungen durchlaufen (Görke 1993, S. 137). Um zu verstehen, wie diese Auswahlentscheidungen entstehen und getroffen werden, wird im nachfolgenden Kapitel auf die Struktur der deutschen (Print-)Medienlandschaft ausführlicher eingegangen.

2.4.2 Die deutsche (Print-)Medienlandschaft

Es gibt drei gängige Arten von gedruckten Tageszeitungen: regionale Abonnementzeitungen, überregionale Abonnementzeitungen und lokale, regionale und überregionale Straßenverkaufs- oder Boulevardzeitungen (Maurer/Reinemann 2006, S. 72). Im Bereich der Printmedien kommen noch Wochenzeitungen hinzu (Maurer/Reinemann 2006, S. 77). Die Zeitungen haben verschiedene Aufmachungen und inhaltliche Ausrichtungen. So bemerkt Beck zur Boulevardbranche und zu Qualitätserzeugnissen:

Die Boulevardpresse (beispielsweise BILD) und die illustrierten Publikumszeitschriften sind bekannt für einen hohen Anteil meist farbiger und oft großformatiger Fotos, für farbige Hervorhebungen von Texten, graphisch gestaltete, große Lettern-Überschriften und nicht zuletzt für einen geringeren Textanteil sowie einen umgangssprachlichen Stil[,] als er bei Qualitätszeitungen (Hoch- und Schriftsprache) oder Fachzeitschriften (Fachsprachen, mitunter Fachjargon) gepflegt wird. (Beck 2012, S. 98)

Diese Spezifika sind für die jeweiligen Branchen charakteristisch. Dies ist ein Aspekt, der in der Analyse unbedingt beachtet werden muss. So darf es nicht verwundern, dass die *BILD* mehr Bilder in ihren Artikeln zeigen wird als bspw. die *FAZ*. Die Frage, welche Zeitung wie viele Bilder zeigt, soll im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit jedoch nicht im Vordergrund stehen. Vielmehr ist von Interesse, was auf diesen Bildern gezeigt wird.

Das deutsche (Print-)Mediensystem

Der Konkurrenzdruck ist in der Medienlandschaft heute um einiges größer als noch vor einigen Jahren. Mitverantwortlich dafür sei die Entwicklung, dass das Internet Redaktionen zu einer viel höheren Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung und -veröffentlichung zwinge (Weischenberg/Malik/Scholl 2006, S. 197). Weischenberg, Malik und Scholl sehen außerdem die „Entgrenzung“ des Medienbereichs als ein großes Problem an. Sie beklagen eine immer stärkere Ausrichtung ausschließlich zum ökonomischen Gewinn hin, außerdem eine unklare Abgrenzung von Inhalten und eine immer weiter abnehmende Professionalisierungsrate innerhalb der Medienlandschaft:

Zu den Entgrenzungen des Journalismus gehört auch, dass es in Redaktionen Trends zu Teams aus „Eier legenden Wollmilch-Redakteuren“ gibt, wie der *Kress-Report* geschrieben hat [Hervorhebung im Original]. Damit werden fachliche Grenzen, die auch Kompetenzgrenzen sind, aufgelöst. Solche Beispiele geben Hinweise darauf, dass sich die Rahmenbedingungen des (deutschen) Journalismus in den letzten zwölf Jahren erheblich verändert haben. (Weischenberg/Malik/Scholl 2006, S. 16)

Man kann also davon ausgehen, dass sich Journalist(inn)en heute immer weniger auf bestimmte Bereiche spezialisieren und sich somit zu Allroundern entwickeln. Dies kann im Resultat bedeuten, dass für die Berichterstattung zu bestimmten Themen die entsprechende Expertise fehlt.

Die Entstehung von Berichterstattung ist Maurer und Reinemann zufolge ein sehr komplexer Prozess innerhalb von Redaktionen mit arbeitsteiligen Prozessen. Hierbei seien die Journalist(inn)en mehr oder minder diversen Vorgaben von Verlegern und Verlegerinnen, leitenden Redakteur(inn)en oder Anzeigenkund(inn)en unterworfen (Maurer/Reinemann 2006, S. 99 f.).

In den meisten Zeitungsredaktionen herrschen grundsätzlich strenge Hierarchien. An der Spitze stehen die Chefredakteure und -redakteurinnen, die vor allem Führungs-, Kontroll- und Koordinationsaufgaben haben. Die Redaktion ist in verschiedene Ressorts gegliedert, die sich jeweils auf bestimmte Themenfelder konzentrieren. An der Spitze eines Ressorts steht der/die Ressortleiter(in) und hat die Führungs-, Kontroll- und Koordinationsverantwortung gegenüber den Redakteur(inn)en des Ressorts. Unter den Redakteur(inn)en herrschen meist zusätzlich noch informelle Hierarchien,

auf der untersten Sprosse der Leiter stehen in der Regel die Volontäre und Volontärinnen (Weischenberg/Malik/Scholl 2006, S. 75).

Bevor ein Artikel entstehe, müssten die Journalist(inn)en entscheiden, welche Ereignisse in dem Artikel beschrieben, welche Eigenheiten dieser Ereignisse hervorgehoben und wie die Beschreibungen der Ereignisse dargestellt werden sollen (Schanne 1995, S. 111). Doch wie wird entschieden, was überhaupt publiziert wird? Maurer und Reinemann zufolge kann das sog. „Zwei-Komponenten-Modell“ hierüber Aufschluss geben (Maurer/Reinemann 2006, S. 102):

Demnach muss man für eine Erklärung journalistischer Selektion einerseits die Merkmale der aktuellen Ereignisse und Themen berücksichtigen, die für eine Publikation in Frage kommen, andererseits die journalistischen Selektionskriterien, die diesen Merkmalen erst eine Bedeutung für die Publikationsentscheidung verleihen. (Maurer/Reinemann 2006, S. 102)

Die Ereignismerkmale werden auch Nachrichtenfaktoren genannt. Hierzu zählen „die Reichweite eines Themas oder Ereignisses (Wie viele Menschen betrifft es?), seine Konflikthaftigkeit bzw. sein Schadenspotential, seine Kontinuität (Wurde bereits früher darüber berichtet?), die Prominenz oder Bedeutung der beteiligten Personen sowie die wirtschaftliche, politische oder geographische Nähe des Ereignisortes“ (Maurer/Reinemann 2006, S. 102). Hinzu kommen die Selektionskriterien, „sie bestimmen, welchen Nachrichtenfaktoren Journalisten ein hohes und welchen ein niedriges Gewicht für ihre Publikationsentscheidung beimessen“ (Maurer/Reinemann 2006, S. 102). Ebenso werden die sog. Gatekeeper mit ins Spiel gebracht. Gatekeeper sind Entscheidungsinstanzen, die bestimmen, welche Informationen weitergegeben und welche unterdrückt werden (Nissen/Menningen 1979, S. 212). So können Informationen bevorzugt behandelt oder in den Hintergrund gedrängt werden. Gatekeeper können sowohl positiv als auch negativ auf ein Thema einwirken (Nissen/Menningen 1979, S. 215). Gerade bei den Nachrichtenfaktoren gewichten verschiedene Zeitungen unterschiedlich. In Boulevardzeitungen spielt z. B. die „Prominenz“ als Nachrichtenfaktor eine viel größere Rolle als in anderen Zeitungen. So sei in Boulevardzeitungen eine starke Tendenz zur Personalisierung in der Berichterstattung zu erkennen (Maurer/Reinemann 2006, S. 103).

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass Zeitungen stets eine gewisse politische Ausrichtung haben.²³ Diese politische Tendenz bezeichne man auch als redaktionelle Linie (Maurer/Reinemann 2006, S. 129). Manche Medien haben eine stärker ausgerichtete redaktionelle Linie als andere, grundsätzlich gilt aber Folgendes: „Bei Printmedien wird die redaktionelle Linie vom Verleger oder Heraus-

²³ Die politischen Ausrichtungen von *FAZ*, *ZEIT* und *BILD* werden ausführlicher im Methodenkapitel angesprochen.

geber weitgehend bestimmt und über die alltägliche Sozialisation in der Redaktion an die Redakteure weitervermittelt“ (Maurer/Reinemann 2006, S. 129).

Die redaktionellen Linien äußern sich vor allem in Kommentaren. Analysen belegen aber, dass die politische Ausrichtung durchaus auch in Berichten und Nachrichten Niederschlag findet (Maurer/Reinemann 2006, S. 129). In Kommentaren werden in Printmedien persönliche Meinungen der Kommentierenden wiedergegeben; meist stehe in Printerzeugnissen jedoch nur wenig Platz für Kommentare zur Verfügung (Eilders 2008, S. 29). Die Tatsache, dass aufgrund des Platzmangels nur wenige Ereignisse als kommentarwürdig eingestuft werden, bedeutet somit wiederum, dass Themen, die kommentiert werden, von der Redaktion als besonders relevant angesehen werden und innerhalb dieses Mediums repräsentativ für das eigene Profil sind (Eilders 2008, S. 30).

Aufgrund der in diesem Kapitel beschriebenen hierarchisch gegliederten Strukturen wird im Rahmen dieser Studie nicht untersucht, welche(r) Journalist(in) für welchen Artikel verantwortlich ist. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass ein Artikel, wenn er veröffentlicht wurde, durch einen gewissen Homogenisierungsprozess innerhalb der Redaktion gegangen ist, also als Aussage der Zeitung als solcher betrachtet werden kann. Es wird also weniger der/die einzelne Journalist(in) erwähnt, sondern die jeweilige Zeitung, in der ein Artikel veröffentlicht wurde. Dennoch ist es wichtig, die politische und soziokulturelle Prägung von Journalist(inn)en in Deutschland zu beschreiben. Dies wird im folgenden Kapitel geschehen. Hierdurch soll verdeutlicht werden, wie sich der/die durchschnittliche Journalist/-in innerhalb Deutschlands im Vergleich zur restlichen Bevölkerung positioniert.

Ein Querschnitt der Journalist(inn)en in Deutschland

Weischenberg, Malik und Scholl zufolge kann man den „typischen deutschen Journalisten“ auf der Grundlage von quantitativen Erhebungen wie folgt beschreiben: „[...] ein knapp 41 Jahre alter Mann, der aus der Mittelschicht stammt, einen Hochschulabschluss hat, bei der Presse arbeitet, in einer festen Beziehung lebt und ca. 2.300 Euro netto im Monat verdient“ (Weischenberg/Malik/Scholl 2006, S. 57). Im Vergleich zu 1993 hat sich hier wenig geändert, der einzige signifikante Unterschied ist, dass der Altersdurchschnitt damals noch bei 37 Jahren lag (Weischenberg/Malik/Scholl 2006, S. 57). Für die vorliegende Arbeit können auch die politischen Präferenzen von Journalist(inn)en aufschlussreich sein. Weischenberg, Malik und Scholl haben für die Jahre 1993 und 2005 folgende Parteipräferenzen erfragt:

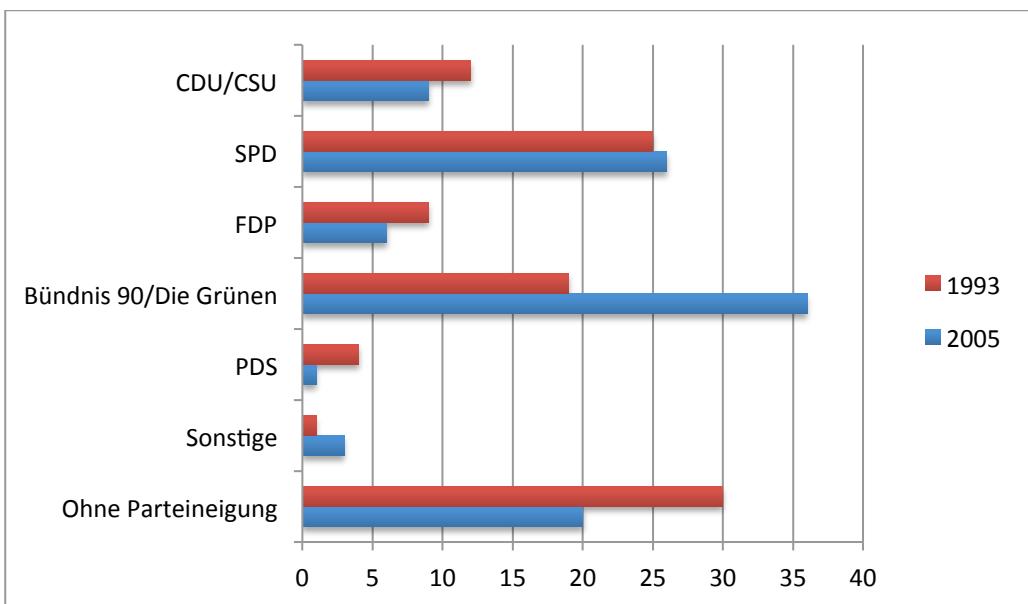


Abbildung 1: Tabelle „Parteipräferenzen Journalist(inn)en“; Angaben in %, Quelle: eigene Abbildung nach Weischenberg/Malik/Scholl 2006, S. 71.

Hierbei fällt auf, dass die politische Ausrichtung von Journalist(inn)en sich leicht verändert hat.²⁴ Die CDU/CSU haben im Vergleich zu 1993 (12 %) drei Prozentpunkte im Vergleich zu 2005 (9 % verloren). Ähnlich verhält es sich bei der FDP (1993: 9 %, 2005: 6 %). Gleichzeitig muss man aber auch beachten, dass die PDS ebenfalls drei Prozentpunkte verloren hat (1993: 4 %, 2005: 1 %).²⁵ Die SPD ist relativ stabil geblieben (1993: 25 %, 2005: 26 %). Die Partei mit dem größten Zuwachs an Prozentpunkten im Vergleich zu 1993 (19 %) ist Bündnis 90/Die Grünen. Sie konnte 2005 mit der Unterstützung von 36 % der Journalist(inn)en rechnen, was gleichzeitig den höchsten Wert ausmachte, den eine Partei aus dem Feld des Journalismus erwarten konnte. Auch scheinen sich die Medienvertreter(inn)en im Laufe von zwölf Jahren deutlich politisiert zu haben. Haben 1993 noch 30 % von ihnen angegeben, keine spezifische Parteineigung zu haben, so waren es 2005 nur noch 20 %. Es lässt sich also festhalten, dass sich die politischen Präferenzen von Journalist(inn)en sehr von den Ergebnissen der Bundestagswahlen unterscheiden. Im Vergleich zur Bundestagswahl von 1994 sind bis auf Bündnis 90/Die Grünen (Wahlergebnis: 7,3 %) alle Parteien deutlich unterrepräsentiert.

²⁴ Alle nachfolgenden Zahlen nach Weischenberg/Malik/Scholl 2006, S. 71.

²⁵ Hierbei sollte nicht vergessen werden, dass es die PDS heute in dieser Form nicht mehr gibt. 2007 ist sie gemeinsam mit der WASG in der Partei DIE LINKE aufgegangen. Jedoch hatten die PDS und die WASG bereits im Zuge der Bundestagswahl 2005 ein gemeinsames Kandidat(inn)enmodell (DIE LINKE/PDS), weshalb die hier genannten Zahlen für 2005 nur eine eingeschränkte Aussagekraft haben können.

sentiert.²⁶ Ähnlich verhält es sich auch im Jahr 2005 (Wahlergebnis Bündnis 90/Die Grünen: 8,1 %).²⁷ Es scheint, als ob sie sich insgesamt mittig links, mit einer starken Neigung zu Bündnis 90/Die Grünen verorten würden.²⁸

Dies zeigt sich hinsichtlich der späten 1970er-Jahre auch in einer Arbeit Hans Matthias Kepplingers. Er merkt außerdem an, dass die politische Ausrichtung von Journalist(inn)en nicht folgenlos sei:

Die Tatsache, daß unter Journalisten prozentual mehr Anhänger „linker“ Parteien sind als in der Gesamtbevölkerung, macht aus individuellen Parteipräferenzen institutionelle Parteibindungen, die im Gegensatz zu den Individualentscheidungen der Legitimation bedürfen. Die individuellen politischen Einstellungen der einzelnen Journalisten geraten dabei gerade deshalb in den Verdacht ungerechtfertigter Parteinaahme, weil sie von der Mehrheit der Kollegen gebilligt werden. [...] Der Nachweis, daß die politischen Einstellungen von Journalisten mit ihren sachbezogenen Urteilen zusammenhängen, untergräbt zudem das Selbstbild vom unabhängigen Kritiker und rückt die Parteipräferenz in die Nähe der subalternen Parteilichkeit. Die Parteipräferenz erscheint als Grundlage der Sachurteile und gerät damit von einem marginalen Bekenntnis ins Zentrum des Denkens und Handelns. (Kepplinger 1979, S. 8)

Kepplinger konstatiert, dass Journalist(inn)en in einer großen Mehrzahl ähnliche Werte und Ansichten vertreten, also einen ähnlichen Standpunkt hätten, den er wiederum etwas links von der Mitte verortet (Kepplinger 1979, S. 13). Im Jahr 1979 haben Journalist(inn)en ihm zufolge eine politische Verantwortung in ihrer Arbeit gesehen; sie hätten jedoch eine moralische Verantwortung für die Folgen ihrer Berichterstattung abgelehnt, da sie diese als nicht allzu einflussreich betrachten würden (Kepplinger 1979, S. 17).

Nachdem die politischen Hintergründe der Journalist(inn)en näher beleuchtet wurden, soll in Kapitel 2.4.3 eine Beschreibung der Entwicklung der Wirkungslogik von Massenmedien folgen.

2.4.3 Die Entwicklung der Wirkungslogik von Massenmedien

Nachdem strukturelle Fragen zur deutschen (Print-)Medienlandschaft im vorangegangenen Kapitel angesprochen wurden, stellt sich nun die Frage, wie sich die Massenmedien in Deutschland im Laufe der vergangenen Jahrzehnte verändert haben. Aufschlussreich hierfür ist eine Studie des Kom-

²⁶ Auch bei diesen Zahlen ist Vorsicht angemahnt: während bei den Ergebnissen von Bundestagswahlen Nichtwähler nicht im endgültigen Ergebnis beachtet werden, haben Weischenberg, Malik und Scholl „keine Angabe“ mit in ihre Befragung mit aufgenommen. Trotzdem lassen die Zahlen in ihrer Eindeutigkeit gewisse Schlüsse zu.

²⁷ Für die Auflistung der kompletten Bundestagswahlergebnisse siehe URL: http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/ergebnisse_seit1949/244692, zuletzt aufgerufen am 18.08.2016, 09:31.

²⁸ 1993 und 2005 galt Bündnis 90/Die Grünen als noch deutlich weiter links in der politischen Landschaft, als dies z. B. heute der Fall ist.

munikationswissenschaftlers Michael Meyen, in der er Zeitungsveröffentlichungen in einem historisch-vergleichenden Kontext untersucht (vgl. Meyen 2015). Ausgangspunkt dieser Studie ist die Frage, nach welchen Prinzipien deutsche Tageszeitungen in der heutigen Zeit Realität konstruieren. Meyen merkt hierzu an, dass es zweifelhaft sei, ob man von ‚dem‘ Mediensystem sprechen könne, da das mediale Feld sehr vielfältig sei (Meyen 2015, S. 22). Meyen nimmt jedoch auch an, „dass die Regeln und Normen, die die Institution Nachrichtenmedien als Ganzes leiten [...] wichtiger sind als das, was einzelne Verlage oder Zeitungstypen voneinander unterscheidet“ (Meyen 2015, S. 23). Zum Untersuchungsdesign seiner Studie merkt er an, dass die Auswahl des Materials sich schwierig gestaltet habe,

[...] da es sich ausnahmslos um Ereignisse handelt, die das Selektionsraster der Massenmedien zumindest in der Gegenwart problemlos passieren und die deshalb offensichtlich Eigenschaften aufweisen, die der Handlungslogik des Systems entgegenkommen. Die Untersuchung hat allerdings bestätigt, dass sich diese Handlungslogik mit den Akteurskonstellationen, den Akteursfiktionen und den Erwartungsstrukturen ändert. Die Premieren von James-Bond-Filmen oder der Eurovision Song Contest zum Beispiel wurden in den untersuchten Zeitungen in den 1960er Jahren entweder überhaupt nicht erwähnt oder mit Kurznachrichten abgehandelt. (Meyen 2015, S. 29)

Dies ist eine für die vorliegende Arbeit wichtige Erkenntnis. Sie zeigt auf, dass es im historischen Kontext verschiedene Aspekte in den Printmedien gegeben hat, die die Veröffentlichung von Artikeln beeinflussten. Nachrichten, die vor 30 Jahren so nicht in einer Zeitung aufgetaucht wären, werden heute viel umfangreicher abgedeckt. So konnte er aufzeigen, dass die deutsche Tagespresse sich mehr und mehr von kommerziellen Interessen leiten lässt. Dies zeige sich u.a. darin, dass Details häufig ausgelassen würden, die Exklusivität von Nachrichten eine immer größere Bedeutung erlange, Selektion, Interpretation und Präsentation immer kreativer erfolgen würden und in Artikeln vereinfacht, zugespitzt und übertrieben werde (Meyen 2015, S. 32). Wie bereits angesprochen, haben sich über die Jahre die Nachrichtenwerte verschoben. Die Berichterstattung über Parteitage wurde bspw. deutlich kürzer, während bestimmte Ereignisse, wie bspw. der European Song Contest oder die jährliche Verleihung der Oscars, immer prominenter platziert wurden. Meyen merkt hierzu an, dass „selbst“ die *BILD* 1979 den ESC lediglich im Fernsehprogramm ankündigte, während ihm 2002 sogar eine Doppelseite eingeräumt wurde (Meyen 2015, S. 32). Meyen bezeichnet dies selbst als „Trend zur Entpolitisierung“ (Meyen 2015, S. 33). Dies zeige sich auch darin, dass immer häufiger über „Atmosphärisches“, wie bspw. der Hinweis, dass ein Politiker während einer Rede eines Parteifreundes nur auf sein iPad geschaut habe, als über inhaltliches berichtet werde (Meyen 2015, S. 33).

Des Weiteren hat Meyen herausgearbeitet, dass Massenmedien heutzutage in ihrer Berichterstattung besonders spektakuläre Ereignisse – egal wie (un)wichtig sie sind – bevorzugen und sich immer stärker auf einzelne Personen hinter den Nachrichten konzentrieren.²⁹ Besonders beachtet würden hierbei Prominente oder Menschen, „denen entweder Außergewöhnliches passiert ist oder die über exklusives Wissen verfügen“ (Meyen 2015, S. 34). Meyen bezeichnet dies als „Trend zur Personalisierung“ (Meyen 2015, S. 34). Mit dieser These steht Meyen jedoch nicht alleine. Der Medienwissenschaftler Kurt Imhof bemerkte ebenfalls Folgendes:

[Es] ist im historischen Vergleich eine beispiellose Privatisierung des Öffentlichen und Personalisierung der politischen Kommunikation zu konstatieren [...]. Beobachtbar ist eine Zunahme von Human Interest Storys, Betroffenheits-, Thesen- und Moraljournalismus und die Etablierung neuer boulevardisierender Nachrichtenformate in Radio und Fernsehen. Die Personalisierung des Politischen findet im Fernsehen ihr wichtigstes Medium: Politikdarstellung gleicht sich strukturell und inhaltlich der Unterhaltung an, und politische Argumente werden durch Charakterdarstellungen im privaten Lebensraum und medienattraktive Konfliktinszenierungen ergänzt. (Imhof 2006, S. 203)

Auch Weischenberg, Malik und Scholl (2016, S. 17) stützen diese These und konstatieren, dass der Mensch in der Nachricht wichtiger werde als die Nachricht selbst.

Des Weiteren bemerkt Meyen, dass die Medien in ihrer Präsentationslogik versuchen würden, mehr und mehr Aufmerksamkeit zu generieren. Das Material werde immer visualisierter und origineller aufgearbeitet (Meyen 2015, S. 35). Außerdem gingen Massenmedien dazu über, Geschichten zu erzählen. Ereignisse würden hier in eine historische Traditionslinie gestellt, es werde ein Ausblick in die Zukunft gewagt. Hinzu komme die Emotionalisierung und Dramatisierung von Ereignissen (Meyen 2015, S. 35).

In einer thematisch verwandten Studie kommt Maria Karidi zu vergleichbaren Ergebnissen. Sie hat sich mit der Frage des Wandels von massenmedialer Logik auseinandergesetzt und ist zu mehreren Erkenntnissen gelangt. Ein Aspekt ist, dass sich die Medien 2014 stärker auf kommerzielle Selektionskriterien innerhalb ihrer Nachrichtenauswahl stützen als noch 1984. Es wird Aufmerksamkeit durch eine verstärkte Darstellung negativer Berichte und die Darstellung von Konflikten, Prominenten, Skandalen, Experten und die Personalisierung von Nachrichten generiert. Dies ziehe sich in der Regel durch alle Nachrichtenressorts (Karidi 2017, S. 180). Insgesamt werde mehr über Personen berichtet als über eigentliche Ereignisse. Dies sei zwar auch in der Vergangenheit schon in umfangreichem Maße der Fall gewesen, die Entwicklung habe sich jedoch weiter intensiviert (Karidi 2017, S. 181). Hinsichtlich der Präsentationskriterien („Umfang der Berichterstattung, Platzierung der

²⁹ Dieser Trend wurde bereits im letzten Kapitel kurz erwähnt.

Inhalte, Visualisierung, markt- und publikumsorientierte Formate“) konstatiert Karidi, dass sich die Medieninhalte verändert hätten (Karidi 2017, S. 185). Einen großen Einfluss hierauf habe das Internet, das dafür sorge, dass die (Print-)Medien nicht mehr der aktuellste Nachrichtenvermittler seien (Karidi 2017, S. 185). Aus diesem Grund konzentrieren sich die Printmedien Karidi zufolge immer stärker auf Hintergrundberichte und „unterhaltsame Nachrichtengeschichten“, „um ihre Daseinsberechtigung auf dem Medienmarkt zu sichern“ (Karidi 2017, S. 185). Als eine Konsequenz daraus würden in den Printmedien mittlerweile tendenziell weniger, aber dafür aber längere Artikel erscheinen (Karidi 2017, S. 185).

Mit Blick auf die Interpretationslogik von Massenmedien hat Karidi herausgearbeitet,

[...] dass emotionale Nachrichtengeschichten, eine lockere Sprache, Folgeberichte, Meinungen und Interpretationen sowie Simplifizierungen und Narrativität in den Massenmedien eine immer wichtigere Rolle spielen. [...] Emotionale Beiträge, Folgeberichte, Meinungen und Interpretationen befördern genauso wie der Einsatz einer lockeren Sprache die Narrativität einer Nachrichtengeschichte und verweisen nicht nur auf die zunehmende Kommerzialisierung der Medieninhalte, sondern verdeutlichen auch einen Wandel im journalistischen Selbstverständnis. (Karidi 2017, S. 188)

Folgeberichte werden laut Karidi deshalb gerne publiziert, weil sie Ressourcen sparen würden, da das Grundgerüst der Berichterstattung hier aus bereits früher publizierten Artikeln bestehe. Es werde also insgesamt mehr über einzelne spezifische Themen berichtet (Karidi 2017, S. 189).

Meyens und Karidis Ausführungen sind für diese Arbeit von großer Bedeutung, da sie im Interpretationsprozess vor dem Fehler bewahren können, journalistische Rahmenbedingungen während der Zeit des Oktoberfestattentats mit journalistische Rahmenbedingungen während Rostock-Lichtenhagen und während des ‚NSU‘-Komplexes gleichzusetzen. Statt ausschließlich davon auszugehen, dass zu einem Thema so und nicht anders berichtet wurde, da es dieses und nicht ein anderes Thema war, begünstigen die Thesen den Blick auf die Tatsache, dass zur selben Zeit möglicherweise auch über vollkommen andere Themen mit einer ähnlichen Logik berichtet wurde. Berichteten *FAZ*, *ZEIT* und *BILD* bspw. vergleichsweise wenig über das Oktoberfestattentat, so kann dies daran gelegen haben, dass sie es als wenig relevant erachteten. Es kann aber auch sein, dass in den 1980er-Jahren singulären Ereignissen weniger Platz in Zeitungen eingeräumt wurde, da ein paar Tage später etwas Neues, Berichtenswerteres geschah. Dies muss also nicht eine explizite Abwertung eines Themas per se bedeuten, sondern kann Teil der medialen Gegebenheiten zu einer bestimmten Zeit sein. Insofern unterstützen Meyens und Karidis Thesen die Herangehensweise der historischen Diskursanalyse, die spezifischen historischen Hintergründe einer spezifischen Zeit im

Interpretationsprozess nicht zu vernachlässigen, sondern auch auf die zu untersuchenden Quellen anzuwenden.

Zusätzlich zu den Ausführungen zu den sich wandelnden massenmedialen Gegebenheiten ist es unerlässlich, sich zudem Gedanken über die mediale Objektivität zu machen, weshalb diese Frage im Folgenden kurz thematisiert werden soll.

2.4.4 Die Frage der medialen Objektivität

Ein Problem innerhalb des Journalismus ist Pöttker zufolge der Wahrheitsbegriff. So könne man bspw. DDR-Journalist(inn)en in der Regel nicht vorwerfen, unwahre Berichte verfasst zu haben. Jedoch hätten sie stark selektierte Themen publiziert, sodass nicht die real existierenden Probleme angesprochen worden seien und somit ein Wahrheitsdefizit zugrunde gelegen habe (Pöttker 2010, S. 116).

Besonders aufschlussreich für die Frage journalistischer Objektivität ist der 1992 erschienene Aufsatz „Die opportunistischen Zeugen“ des Kommunikationswissenschaftlers Lutz Hagen. Hagen zufolge belegt die Forschung, dass Nachrichten in verschiedenen Medien unterschiedlich wiedergegeben würden. Es sei eine eindeutige politische Färbung einzelner Presseerzeugnisse zu erkennen. Hierdurch würden Nachrichten mit Meinungsäußerungen vermischt und Nachrichtenwerte verstärkt anhand der redaktionellen Linie bestimmt. Dies geschehe auch bei Presseerzeugnissen, deren Qualität allgemein als hoch erachtet werde (Hagen 1992, S. 444). Des Weiteren könnten Journalist(inn)en Ereignisse nicht komplett ausgewogen wiedergeben, „denn für Ausgewogenheit und Relevanz gibt es keine wertfreien Maßstäbe – das ist inzwischen wohl die vorherrschende Vorstellung in der Nachrichtenforschung“ (Hagen 1992, S. 445). Zudem sei zu beachten – hier kommt auch Hagens Meinung dem Ansatz der historischen Diskursanalyse entgegen –, dass die Medien immer nur soziale Realitäten interpretieren würden:

Sie konstruieren soziale Realität, indem sie wie Individuen externe Informationen nach eigenen Verarbeitungsregeln mit eigenen Erfahrungen verknüpfen. Ihre Nachrichten sind eigene soziale Realität, weil Menschen ihr Handeln daran ausrichten. (Hagen 1992, S. 445)

In der Praxis äußert sich dies laut Hagen darin, dass im Zuge von Untersuchungen verschiedener Zeitungen (*FAZ*, *WELT*, *SZ*, *TAZ*) beobachtet werden konnte, dass veröffentlichte Argumente stark von der redaktionellen Linie des jeweiligen Mediums abhängig gewesen seien. Grundlage hierfür sei die Praxis, dass „die Zeitungen mehr Argumente von solchen Gruppen und Personen veröffentlichten, die im Sinne ihrer redaktionellen Linie argumentierten: die opportunistischen Zeugen“ (Hagen 1992, S. 455 f.). Hier kann man deutlich erkennen, wie das bereits früher angesprochene Gatekee-

per-Modell in der Praxis wirkt und zum Tragen kommt. Diese opportunen Zeug(inn)en seien deshalb so entscheidend, da sie als Vorwand für die sog. „Unsichtbarmachung“ von Stimmen dienen könnten, die nicht zur redaktionellen Linie einer Zeitung passen würden (Hagen 1992, S. 455 f.). Möchte man unterstellen, dass ein(e) Journalist(in) eine bestimmte Ansicht in einem Artikel vertreten möchte, ohne selbst implizite Aussagen zu treffen, so könne leicht auf den Platzmangel in Zeitungen verwiesen werden (Hagen 1992, S. 457). So kann leicht argumentiert werden, warum man nur eine bestimmte Person in einem Artikel zu Wort kommen lässt. Würde man im Gegensatz auch die Stimmen abdrucken, die nicht konform mit der redaktionellen Linie sind und deren Aussagen verkürzen, um zum gewünschte Ergebnis zu kommen, so wäre dies der Öffentlichkeit nicht als objektiver Journalismus zu vermitteln (Hagen 1992, S. 457). Die Unterstützung durch opportune Zeug(inn)en hingegen sei im Grunde zwar auch eine Konstruktion subjektiver Nachrichteninterpretationen, jedoch gebe es hierfür nachvollziehbare Gründe, die man als Journalist/-in für diese Praxis angeben könne (Hagen 1992, S. 457).

Zusätzlich zum Konzept der opportunen Zeug(inn)en sollen nachfolgend auch noch die journalistischen Objektivitätskriterien nach Michael Schanne (alle Kriterien: Schanne 1995, S. 112 ff.) knapp beschrieben werden. Schanne zufolge müssen die Angaben über Ort, Zeit und die beteiligten Personen eines Geschehens korrekt sein. Auch müsse das Ereignis als solches korrekt dargestellt werden. Des Weiteren müssten Belege korrekt zitiert wiedergegeben werden und besonders noch nicht offiziell bestätigte Informationen als vorläufig und mutmaßlich markiert werden. Außerdem sollten institutionelle Beziehungen zwischen den Akteur(inn)en des Ereignisses dargestellt werden. Zusätzlich „sind im herkömmlichen und alltäglichen Sprachgebrauch übliche implizite Wertungen zu vermeiden“ (Schanne 1995, S. 114). Schanne zufolge ist eine „verlässliche journalistische Beschreibung von Wirklichkeit“ erst dann gewährleistet, wenn all diese Kriterien erfüllt seien (Schanne 1995, S. 115). Dass die Einhaltung der journalistischen Objektivitätskriterien dennoch kein Garant für eine genaue Darstellung der Realität ist, zeigt Hagens Konzept der opportunen Zeug(inn)en. Da die Objektivitätskriterien jedoch auch von großer Bedeutung sind, können beide Konzepte in einer Kombination Aussagekraft für eine mögliche Annäherung an journalistische Objektivität liefern. Journalistischer Objektivität kann sich somit immer nur angenähert werden, weil die Medien eine in sich geschlossene Logik haben. Diese Logik wird im ersten Abschnitt des nächsten Kapitels angesprochen, das sich mit dem Verhältnis von Medien und ‚Fremdheit‘ beschäftigt.

2.4.5 Medien und ‚Fremdheit‘

Da sich die vorliegende Arbeit mit Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund auseinandersetzt, ist die Beachtung der Opfer ein zentraler Aspekt. Im Falle von Rostock-Lichtenhagen und des ‚NSU‘ hat sich die Gewalt explizit gegen Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet, sodass an dieser Stelle näher auf den Umgang der Massenmedien mit ‚Fremdheit‘ eingegangen wird.

Die interne Logik von Massenmedien

Der niederländische Sprachwissenschaftler Teun van Dijk beschäftigt sich in seinen Arbeiten vor allem mit dem Zusammenhang zwischen Medien und Rassismus. Hierbei geht er davon aus, dass Medien Minderheiten diskriminieren würden, sei dies beabsichtigt oder nicht (vgl. van Dijk 1993). Bezuglich der diskriminierenden Mechanismen kommt der Autor zu den folgenden drei Schlussfolgerungen (alle Schlussfolgerungen: van Dijk 1993, S. 85):

1. Da Zeitungen im Prinzip Kapitalgesellschaften sind, diskriminieren sie wie andere Organisationen auch im Zuge ihrer Personalpolitik. Dies führt dazu, dass aufgrund von vermeintlichen Grundvoraussetzungen (Sprache, Kultur, Bildung) nur wenige Journalist(inn)en aus Minderheiten stammen, sondern viel mehr Teil von Eliten seien.
2. Medien reproduzieren Meldungen, über die sie von anderen Eliten informiert werden. Auch diese Eliten sind meistens weiß, somit wird eine weiße Perspektive wiedergegeben, schon bevor die Nachricht überhaupt in der Zeitung steht. Dadurch, dass Journalist(inn)en meist auch weiß sind, werden die Nachrichten doppelt beeinflusst. Des Weiteren sind Minderheitenorganisationen für die Presse häufig weniger glaubwürdig als weiße Organisationen.
3. Durch die fehlende Einbeziehung von Minderheiten werden Themen gewählt, die Minderheiten stereotypisch behandeln. Häufig werden Minderheiten kriminalisiert oder mit Problemen gleichgesetzt. Themen wie Rassismus o. Ä. werden meist ignoriert.

Der Journalist Miltiadis Oulios stützt in einer seiner wissenschaftlichen Untersuchungen van Dijks Thesen, indem er anmerkt, dass die Beteiligung von Migrant(inn)en am Journalismus im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung stark unterrepräsentiert sei (Oulios 2009, S. 127). Es gebe allerdings einen Trend, dass mehr und mehr Volontäre und Volontärinnen einen migrantischen Hintergrund hätten:

Wenn in Einzelfällen 7 bis 20 Prozent der Volontäre einen Migrationshintergrund haben, ist dies eine Verbesserung. Das Volontariat bei einem großen Verlag oder Sender ist eine begehrte Ausbildung, allerdings betrifft es absolut gesehen nur wenige Personen. Eine Erhöhung des An-

teils im Ausbildungsbereichs kann aber als Trend gewertet werden, dessen Wirksamkeit sich langfristig erweisen muss. (Oulios 2009, S. 127)

In der Folge geht van Dijk davon aus, dass die Medienlandschaft durch ihre nicht repräsentative Zusammensetzung ethnische Ungleichheit mit (re-)produziere. Da die Mitarbeiter(inn)en der Presse meist weiß seien, würden hier Entscheidungen und Berichte in der Regel zugunsten der Mehrheitsgesellschaft ausfallen und eine mögliche Diskriminierung von Minderheiten werde begünstigt (van Dijk 1993, S. 86). Ein entscheidender Punkt hierbei sei, dass die Medien selbst entscheiden würden, wer zu Wort komme. Sie würden gezielt auswählen, wer interviewt werde. Auch würden die Medien bestimmen, was berichtenswert sei, sodass ihre Nachrichten ein soziokulturelles Konstrukt seien (van Dijk 1993, S. 87). Somit müssten Medien stets auch Wortführer/-innen der Minderheit interviewen, wenn sie ihrem eigenen Standard ausgewogener Berichterstattung folgen wollten. Dies sei nach empirischen Untersuchungen aber nicht der Fall. Dies sei hauptsächlich von den Medien zu verantworten, da Themenwahl, Organisation, Stil und Wiedergabe in ihrem Ermessen liegen (van Dijk 1993, S. 87). So ist van Dijk in seiner Untersuchung niederländischer und britischer Medien zu folgender Schlussfolgerung gelangt: Die Presse neigt dazu, die Haltung der dominanten Eliten zu bestätigen und zu unterstützen. Dies bezieht sich auch auf die negative Haltung vieler Eliten gegen Einwanderer und Einwanderinnen, Geflüchtete und Asylsuchende, die nur in seltenen Fällen kritisiert wird. Somit haben Medien van Dijk zufolge einen Anteil an der Schaffung ethnischer Ungleichheit (van Dijk 1993, S. 126). Dies geschehe, da aufgrund der internen Struktur von Massenmedien systematisch weiße Quellen nichtweißen Quellen vorgezogen würden. Besonders die konservative Presse propagiere jene Eliten, die aus Eigennutz für die Favorisierung der weißen Gruppe einträten. Aus diesem Grund könne man davon ausgehen, dass ein wichtiger Beitrag der Presse zum rassistischen Diskurs die Leugnung des Rassismus sei. Hier dürfe man aber keinesfalls vergessen, dass man nicht alle Presseerzeugnisse gleichsetzen dürfe, da es auch einige positive Ausnahmen gebe (van Dijk 1993, S. 127). Insgesamt sind hier wieder Annäherungen an das Konzept der opportunisten Zeug(inn)en zu erkennen. Im Gesamtkontext ist es also durchaus möglich, dass Massenmedien Ungleichheiten (re-)produzieren. Dies wird im folgenden Kapitel näher beschrieben.

Mediale Wirkungsweisen bei der (Re-)Produktion von Ungleichheit

Wie bereits im vorausgegangenen Kapiteln herausgearbeitet wurde, können Medien einen Anteil an der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten haben. Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass die Berichterstattung von Medien die Einstellung der breiten Bevölkerung

[...] gegenüber ethnischen Minderheiten und ihrer Integration prägen und im negativen Extremfall den Nährboden für fremdenfeindliche Straftaten bereiten kann. Zum anderen kann die Darstellung von Ausländern aber auch Auswirkungen auf Ansichten und Handeln der ethnischen Minderheiten selbst haben. Eine stereotypische und verzerrte Präsentation einer Gruppe trägt vermutlich nicht dazu bei, dass sie sich in einer Gesellschaft heimisch fühlt und ihren Teil zur Integration beiträgt. (Maurer/Reinemann 2006, S. 152)

Siegfried Jäger und Jürgen Link merken an, dass nicht erst seit den qualitativ und quantitativ gesteigerten Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte des Jahres 1991 deutlich geworden sei, dass Massenmedien eine wichtige Rolle dabei spielen, rassistische Haltungen und Denkweisen zu erzeugen. Aus diesem Grund bezeichnen sie die Medien, die einen starken Einfluss auf vorherrschende Diskurse und somit das Denken und Handeln der Menschen hätten (Jäger/Link 1993, S. 12), wie bereits früher erwähnt, als „vierte Gewalt“. Hierauf aufbauend, sehen sie die Massenmedien auch als mitverantwortlich für die gesteigerte Gewalt, denen Geflüchtete, Asylsuchende und Menschen mit Migrationshintergrund nicht erst seit 1991 ausgesetzt waren und sind (Jäger/Link 1993, S. 12).

Wie die Massenmedien hierbei auch Debatten um die Ethnizität befeuern, zeigt sich bspw. in der Berichterstattung zu den Ereignissen in Köln in der Silvesternacht 2015/2016, im Zuge derer eine große Anzahl von Frauen sexueller Gewalt ausgesetzt war. Aus der Perspektive der Gender Studies beleuchtet Gabriele Dietze (2016, S. 94 ff.) in einem Aufsatz, wie hier sexuelle Gewalt als explizit arabisches bzw. muslimisches Verhalten ethnisiert wurde. Ihr zufolge änderte sich der Blick, vor allem auf männliche Muslime, mit dem Zuzug einer Vielzahl von Menschen aus muslimisch geprägten Ländern im Herbst 2015. Alte Muster der „Orientalisierung“ von muslimischen Familien seien nunmehr Ressentiments gegenüber alleinstehenden muslimischen Männern gewichen (Dietze 2016, S. 95). Dietze zufolge hat diese Einordnung schon vor dem besagten Silvesterfest begonnen, sodass die Ereignisse der Nacht eine besondere (mediale) Wirkungsmacht erhalten hätten, da sie „durch die schon vorhandene Wissensordnung einer sexualpolitischen Islamkritik gefiltert worden“ seien (Dietze 2016, S. 96). Infolgedessen wurden männliche muslimische Geflüchtete mehr oder weniger pauschal als nicht in der Lage, ihre Triebe zu unterdrücken, dargestellt, da sie von der „freiheitlichen deutschen Art zu leben“ überfordert seien (Dietz 2016, S. 99). Positive Beispiele, wie bspw. die Initiative „Syrer gegen Sexismus“ sowie die Erfahrung von Muslimas mit sexuellen Übergriffen und durch deutsche Männer verübte sexuelle Gewalt, seien nicht thematisiert bzw. unsichtbar gemacht worden (Dietze 2016, S. 100). In der Folge überwog ein Narrativ, demzufolge es den Medien und der Öffentlichkeit sehr wichtig erschien, die Ethnizität der sexuellen Gewalttäter der Silvesternacht hervorzuheben, wohingegen alltägliche sexuelle Übergriffe in Deutschland nicht verhandelt wurden. Somit sei es als Konsequenz aus diesem Phänomen zu einer Gleichstellung von

muslimisch geprägter Ethnizität und sexueller Gewalt gekommen (Dietz 2016, S. 98 ff.). Laut Günther Pallaver (2012, S. 62) können Massenmedien in ihrer Berichterstattung über Minderheiten zwei Funktionen einnehmen, nämlich jene der Befriedung oder der Eskalation von „ethnisch motivierten Gegensätzen“. Im Falle der Befriedung liege eine „Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten“ vor, die nicht nur Schutz, sondern auch eine interkulturelle anregende Debatte um den Status von Minderheiten umfassen sollte (Pallaver 2012, S. 62). Liege eine Eskalation vor, so beinhalte sie in der Regel Aspekte wie „Macht, Herrschaft, Anerkennung und Diskriminierung“, die meist im Zuge von „subjektiven Konfliktfaktoren“, wie bspw. „Identität, Kultur, Religion, Tradition, Geschichte, Nationalität usw.“, ausgetragen würden (Pallaver 2012, S. 63). Dies scheint im Falle von Köln ähnlich verlaufen zu sein, denn hier wurden, wie bereits erwähnt, vermeintlich kulturelle Faktoren, die muslimischen jungen Männern einen höheren Sexualtrieb attestierten, in die Diskussion eingebracht.

Es stellt sich die Frage, wie viel Einfluss die Massenmedien als mutmaßliche vierte Gewalt tatsächlich auf öffentliche Diskurse haben. Möller und Sander führen hierbei den aus der Medienforschung stammenden Agenda-Setting-Ansatz ins Feld. Er besagt, dass Massenmedien zwar keinen direkten Einfluss darauf hätten, wie spezielle Themen in der Öffentlichkeit debattiert würden, aber bestimmten könnten, welche Themen auf die Agenda gesetzt würden (Möller/Sander 1997, S. 176). Haben sich Ereignisse oder Phänomene wie z. B. „Fremde“ als öffentlichkeitswirksame Themen etabliert, nimmt die Entwicklung dieser Themen einen unberechenbaren Verlauf. Auf Medienseite könnten Sympathie oder Antipathie nur noch bedingt gesteuert werden (Möller/Sander 1997, S. 176). Des Weiteren haben die Medien aber auch auf einen anderen Aspekt einen großen Einfluss: Was erst einmal durch sie thematisiert wurde, kann nicht mehr neutral oder gleichgültig behandelt werden. Es werden Haltungen und Einstellungen forciert. Viele Menschen würden somit plötzlich zu einer Haltung gezwungen (Möller/Sander 1997, S. 176). Dann gelte es, Farbe zu bekennen oder sich einer Meinungsäußerung zu entziehen, was Meinungslosigkeit und infolgedessen ebenfalls eine Meinung bedeute. Dies sei vor allem auch bei der Thematik der vermeintlichen „Fremden“ der Fall. Man müsse entweder für oder gegen sie sein, einen Mittelweg gebe es kaum. Massenmedien hielten also – egal ob bewusst oder unbewusst – ein Freund-Feind-Schema aufrecht (Möller/Sander 1997, S. 176 f.). Die Meinungen gehen auch im Hinblick auf das Thema des Rechtsextremismus weit auseinander. Dies kann bewusste oder unbewusste Gründe haben, wie im nächsten Kapitel gezeigt werden soll.

2.4.6 Die Darstellung von Rechtsextremismus in den Medien

Kretschmer und Jäger zufolge neigen Medien in der Regel dazu, Rassismus meistens nur mit Rechtsextremismus in Verbindung zu bringen (Kretschmer/Jäger 1996, S. 805). Auch wenn diese Verbindung existiere, sei die ausschließliche Beschränkung auf sie eine Verkürzung, da hier nicht deutlich gemacht werde, dass der Rassismus ein Resultat von Einstellungsmustern in größeren Teilen der Gesamtbevölkerung sei (Kretschmer/Jäger 1996, S. 805). Gegen Rechtsextremismus bezogenen Medien in der Regel eindeutig Stellung, während sie bspw. institutionellem Rassismus gegenüber häufig blind oder uninteressiert seien (Kretschmer/Jäger 1996, S. 805). Des Weiteren sei die Thematik des Rechtsextremismus im medialen Kontext konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Meist tauche Rechtsextremismus nur dann auf, wenn auf seiner Grundlage gerade ein Ereignis mit hohem Nachrichtenwert sattgefunden habe (Butterwegge 2003, S. 401). Die Berichte über Rechtsextremismus seien meist also ereignisorientiert und beleuchteten selten strukturelle Zusammenhänge. Vielmehr zielten sie häufig auf Effekthascherei ab. Die einzelnen Täter stünden hierbei im Fokus, die strukturellen Hintergründe kaum. Des Weiteren entstehe immer wieder eine Täter-Opfer-Umkehr (Butterwegge 2003, S. 401). Kretschmer und Jäger haben hierbei einen Erklärungsansatz für diese Handhabung:

Zusammenfassend lässt sich sagen, daß der „Rechtsextremismus“-Diskurs in den hegemonialen Medien in erster Linie die Funktion erfüllt, [...] aus dem demokratischen Spektrum symbolisch auszugrenzen und damit den Rechtsextremismus gleichsam auszusperren, seine Ideologeme aber (in mehr oder minder abgeschwächter Form) innerhalb dieses Spektrums um so ungestörter beibehalten oder gar forcieren zu können. Allgemein markiert die Kodierung politischer Gruppen oder Einzelpersonen als rechtsextrem eine äußere Grenze des demokratischen Spektrums, das sich möglichst dicht um die „Mitte“ herum zu gruppieren versucht. (Kretschmer/Jäger 1996, S. 812)

Es bleibt also festzuhalten, dass es in der Berichterstattung zum Rechtsextremismus eine „Tendenz zur Simplifizierung“ gibt (Butterwegge 2003, S. 402). Dies ist aber nicht zwangsläufig als politisch motivierte Absicht zu verstehen, sondern vielmehr als Teil „eines letztlich unbegriffenen Problems“ (Butterwegge 2003, S. 402). Beachtet man hierbei die bereits angesprochene, als sich im Rückgang befindlich begriffene Professionalisierung und Spezialisierung von Journalist(inn)en, so kann dies möglicherweise eine Erklärung für die verkürzte Darstellung von Rechtsextremismus in Teilen der Massenmedien sein.

Mit diesem Kapitel wird der Theorieteil dieser Arbeit abgeschlossen, sodass als nächster Aspekt die Frage der methodischen Herangehensweise zu klären ist. Aus diesem Grund wird in der Folge näher auf die historische Diskursanalyse eingegangen.

3 Methodische Herangehensweise – die historische Diskursanalyse

Zur Beantwortung der Forschungsfrage nach Kontinuitäten und Brüchen in der medialen Berichterstattung zu Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund soll eine Methode, die der Analyse von diskursiven Mustern in den Artikeln dient, genutzt werden. In der Folge wurde ein diskursanalytisches Vorgehen ausgewählt, um die als öffentlich verstandenen medialen Diskurse zu untersuchen. „Öffentlichkeit“ wird hierbei, wie von Günther Pallaver (2012, S. 67) beschrieben, als „Sphäre zwischen Staat und Gesellschaft“ verstanden. Da ein weitgespannter historischer Zeitraum betrachtet wird, ist eine methodische Herangehensweise vonnöten, die historische Spezifitäten nicht nur beachtet, sondern auch nach diesen fragt.

3.1 Zur historischen Diskursanalyse

Analysiert werden die Dokumente in der Folge mithilfe der historischen Diskursanalyse nach dem Historiker Achim Landwehr (vgl. Landwehr 2001, 2008, 2010). Zu Beginn des Forschungsprozesses ist es unabdingbar, sich vor Augen zu führen, dass es zu bestimmten Worten verschiedene Definitionsmöglichkeiten gibt. Ein Diskurs könne ein Gespräch beschreiben, eine Abhandlung in Wort oder Schrift, eine Diskussion oder eine von zahlreichen anderen Situationen oder Deutungsmustern (Landwehr 2008, S. 15). Der Historiker Franz Eder (2006, S. 11) merkt an, dass es verschiedene Auffassungen des Diskursbegriffes gibt. So könne ein Diskurs entweder ein Korpus von Texten oder eine Art Regelsystem sein, das eine große Anzahl verschiedener Aussagen hervorbringe. Laut Eder kommt es beim Verständnis von Diskursen häufig darauf an, in welcher Disziplin man sich bewegt. Sein Diskursverständnis lautet wie folgt:

„Unter Diskursen werden [...] Praktiken verstanden, die Aussagen zu einem bestimmten Thema systematisch organisieren und regulieren und damit die Möglichkeitsbedingungen des (von einer sozialen Gruppe in einem Zeitraum) Denk- und Sagbaren bestimmen. Welche der dabei involvierten drei Ebenen – textuelle, diskursive und soziale Praktiken – in der historischen Diskursforschung fokussiert und wie sie aufeinander bezogen werden, ist von den jeweiligen Fragestellungen und theoretischen Positionen abhängig. (Eder 2006, S. 13)

Grundlegend für die historische Diskurstheorie ist die Ausgangsfrage, wie wir etwas wissen können und inwieweit sich Sicherheit über mutmaßliche Wahrheiten erlangen lässt, denn: „Das unbestreitbare Wissen von der objektiven Wirklichkeit gibt es schlicht nicht – und hat es nie gegeben“ (Landwehr 2008, S. 18). Wissen und Wirklichkeit seien somit das Ergebnis sozialer Konstruktionsprozesse, die es zu hinterfragen gelte (Landwehr 2008, S. 18). Des Weiteren geht die historische Diskursanalyse

[...] von der Beobachtung aus, daß zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt nur eine begrenzte Menge von Aussagen zu einem bestimmten Thema gemacht werden kann, obwohl rein sprachlich gesehen eine unendliche Menge von möglichen Aussagen existiert. Es ist der Diskurs, der die Möglichkeiten von Aussagen zu einem bestimmten Gegenstand regelt, der das Sagbare und Denkbare organisiert. Vor diesem Hintergrund will die historische Diskursanalyse Regeln und Regelmäßigkeiten des Diskurses, seine Möglichkeiten zur Wirklichkeitskonstruktion, seine gesellschaftliche Verankerung und seine historischen Veränderungen zum Inhalt der Untersuchung machen. (Landwehr 2001, S. 7)

Kurz gesagt, möchte die historische Diskursanalyse erfassen, wie im Laufe der Geschichte bzw. in dem zu untersuchenden Zeitraum Formen von Wissen, Wirklichkeit und Wahrheit konstruiert und somit als vermeintliche Realität postuliert werden (Landwehr 2010, S. 14).

3.2 Facetten von Realität in verschiedenen Kontexten

In der Folge erforscht die historische Diskursanalyse also nicht die Frage, was ‚wahr‘ ist, sondern was als ‚wahr‘ gilt. Es geht darum, die Sachverhalte herauszuarbeiten, „die zu einer bestimmten Zeit in ihrer sprachlichen und gesellschaftlichen Vermittlung [...] als gegeben anerkannt wurden“ (Landwehr 2001, S. 101 f.). Der Anspruch der historischen Diskursanalyse ist es, eine Brücke zu einer Geschichte der Wahrheit, der Wirklichkeit und des Wissens zu schlagen, also zu dem, was zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Territorium und einer bestimmten Gesellschaft als ‚wahr‘ angenommen wird.

Die historische Diskursanalyse achtet hierbei nicht nur auf Brüche mit der vorherrschenden Meinung, sondern auch auf das, was als allgemein akzeptierte Wirklichkeit erscheint und erschien (Landwehr 2008, S. 96). Die Diskrepanz zwischen dem, was wir gemeinhin als ‚wahr‘ annehmen und den verschiedenen Facetten, welche die Realität annehmen kann, zeige sich im Verhältnis von Quellen und Wissenschaft. Geschichte ist laut Landwehr doppelt vermittelt: Zum einen schlage sie sich in den zu untersuchenden Quellen nieder, zum anderen erscheine sie aber auch in der historisch-wissenschaftlichen Vermittlung von Geschichte. Dies bedeutet, dass die historisch-wissenschaftliche Untersuchung von Quellen meist in einem anderen zeitlichen und somit häufig auch kulturellen Kontext erfolgt, als jenem Kontext, in dem die Quelle entstand. Sprache erscheine in diesem Fall als Vermittlerin zwischen den unterschiedlich gearteten Facetten von Realität (Landwehr 2001, S. 10). Sprachliche Wirklichkeitskonstruktionen sind stets das Ergebnis sehr spezifischer Zusammenhänge, seien diese gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch oder kulturell beschaffen. Dies hat konkrete Auswirkungen auf den Forschungsprozess. Ist in einem *FAZ*-Artikel

von 1992 bspw. von „Zigeunern“ die Rede³⁰, so muss man sich als Forschende(r) die Frage stellen, an welchen Maßstäben man dieses Wort misst. Würde eine Zeitung heute das Wort ‚Zigeuner‘ verwenden, so wäre der Aufschrei ein ganz anderer als noch vor einigen Jahren. Kommt dieses Wort hingegen in einem Artikel von 1992 vor, so muss man sich fragen, ob es zu dieser Zeit nicht noch zum allgemeinen Sprachgebrauch gehörte. Dies bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass der Gebrauch des Wortes nicht genauestens untersucht und sein abwertender Charakter beachtet werden sollte. Trotzdem ist es für die diskurshistorische Analyse in diesem Moment wichtiger, den Autor oder die Autorin nicht – wie man es aus einem Reflex heraus eigentlich tun würde – von vornherein in eine bestimmte Ecke zu stellen, in der man plumpen Rassismus vermutet. Wichtiger erscheint die Erkenntnis, dass das Wort ‚Zigeuner‘ vor 25 Jahren im allgemeinen Sprachgebrauch noch einen anderen Stellenwert hatte als heute. Dies macht das Wort als solches nicht weniger stigmatisierend und es sollte auch definitiv im Kodierungs- und Interpretationsprozess genauestens beachtet werden. Das Selbstverständnis, mit dem es jedoch gebraucht wurde, muss auch in die Analyse einfließen.

Es sei eben jenes „reziproke Verhältnis von Text und Kontext, von Sprache und Gesellschaft“ (Landwehr 2001, S. 12), auf das es in der historischen Diskursanalyse ankomme. Wieso werden zu einem Zeitpunkt X nur eine spezifische Art und begrenzte Anzahl von Aussagen getroffen, obwohl grammatisch eine nahezu unendliche Menge möglich wäre? Laut dem Historiker Peter Hasslinger (2006, S. 31 f.) liegt genau hierin die Aufgabe der Diskursgeschichte. Man müsse die eingangs von Eder beschriebene eingeschränkte Betrachtungsweise, dass Diskurse mancherorts nur als Sammlung von Texten verstanden würden, verlassen und Diskurse als etwas Prozesshaftes verstehen. Es gehe darum, sich vor Augen zu führen, dass innerhalb von Diskursen thematische, institutionelle und personelle Verknüpfungspunkte verborgen seien. Erst dies verleihe dem Diskurs eine dynamische Struktur (Hasslinger 2006, S. 31 f.).

Es muss hier noch einen Schritt weitergedacht werden und Diskurse nicht nur im thematischen, institutionellen und personellen Kontext eine Prozesshaftigkeit zugeschrieben werden, sondern auch im zeitlichen Zusammenhang: Wenn im Jahr 1980 eine bestimmte Aussage getroffen wurde, wie verhält es sich dann im Jahr 1992, im Jahr 2006, im Jahr 2011? Eben hierin liegt eines der Erkenntnisinteressen dieser Arbeit: Wie formiert sich der Diskurs über Verbrechen mit rechtsextremem Hin-

³⁰

faz_92_08_06b.

tergrund über einen längeren Zeitraum, der in diesem Fall das Oktoberfestattentat, Rostock-Lichtenhagen sowie die „NSU“-Morde und ihre Aufarbeitung berührt?

Da die zentrale Fragestellung der historischen Diskursanalyse darauf abzielt, „die Wissens-, Wirklichkeits- und Rationalitätsstrukturen vergangener Gesellschaften aufzudecken“ (Landwehr 2001, S. 171), ist sie ein sehr gut geeignetes Instrument, um der eben gestellten Frage zu begegnen. Im Falle dieser Arbeit handelt es sich um eben solche „vergangenen Gesellschaften“, wie bspw. die BRD vor dem (Oktoberfestattentat), oder im Transformationsprozess der Wiedervereinigung (Rostock-Lichtenhagen). Hinzu kommt mit der Untersuchung der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden die gegenwärtige bzw. aktuelle Gesellschaft, auch wenn man beachten muss, dass deren Mordserie im Jahr 2000 begann, zeitlich also letztlich näher am Pogrom von Rostock-Lichtenhagen als am Entstehungszeitraum dieser Arbeit liegt.

Die historische Diskursanalyse konzentriert sich auf eben jene Aussagen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt als „Wahrheit“ angenommen wurden. Vermehrt Natürliches, das im Zuge seiner Entstehung als so selbstverständlich angenommen worden sei, dass es gerade deshalb nicht mehr wahrgenommen wurde, werde hierbei hinterfragt und als Wissensressource einer spezifischen Gesellschaft zu einem spezifischen Zeitpunkt verstanden (Landwehr 2001, S. 171). Somit kann die historische Diskursanalyse verdeutlichen, inwiefern das, was wir als Wirklichkeit empfinden, historisch konstruiert ist. Ihr kritisches Potenzial bestehe darin, diese historische Konstruktion von Realität vor dem Spiegel verschiedener soziokultureller Hintergründe aufzeigen zu können (Landwehr 2001, S. 172). Dies spezifiziert Hasslinger noch weiter wie folgt:

[Diskursgeschichte] verdeutlicht, wie Kommunikation zu einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort, in einem bestimmten sozialen System strukturiert war und welche Denk- und Handlungsoptionen für Einzelne und Gruppen damit verknüpft waren. Sie legt jene argumentativen Zwänge und Gestaltungsmöglichkeiten offen, die sich für Individuen aus der Teilhabe an Diskursen ergeben. Sie verdeutlicht auch, wie Aussagen und Deutungen im Lauf des Kommunikationsprozesses autorisiert, hierarchisiert oder marginalisiert werden und dadurch Machtverhältnisse generiert, stabilisiert oder bekämpft werden. (Hasslinger 2006, S. 27)

Es ist nicht das Ziel der historischen Diskursanalyse, herauszufinden, was die Akteure und Akteurinnen „eigentlich“ mit ihrer Aussage gemeint haben. Es gehe vielmehr „um die Rekonstruktion allgemein akzeptierter Deutungen der Wirklichkeit“ (Hasslinger 2006, S. 28). Es dreht sich um die Regelmäßigkeiten von Aussagen. Die Auffindung genau solcher Kontinuitäten und Diskontinuitäten ist die Intention der vorliegenden Dissertation.

Es muss weitergehend die Frage beantwortet werden, warum die historische Diskursanalyse anderen Formen der Diskursanalyse vorgezogen wurde. Eine naheliegende Methode wäre auch die kriti-

sche Diskursanalyse nach Margarete und Siegfried Jäger. Eng verwoben mit dem *DISS*, wird diese häufig für Medienanalysen, gerade im Kontext rassistisch begründeter Ereignisse und Diskurse genutzt. Diese Methode musste im Rahmen dieser Studie jedoch verworfen werden als die Fülle des zu analysierenden Materials deutlich wurde. Eine solche, sprachlich kleinteilige Analyse, bspw. von Kollektivsymboliken (vgl. Jäger/Jäger 2007, S. 43 f.), wäre im vorliegenden Fall aufgrund einer unüberschaubar großen Quellenlage nicht möglich gewesen. Es müssen mehrere Ereignisstränge untersucht und es muss herausgearbeitet werden, ob sie diskursiv miteinander verknüpft sind. Die Datenmenge, um die es sich hierbei handelt, ist so groß, dass sie nicht Wort für Wort einzeln analysiert werden kann. Dies erfolgt zwar in einigen Einzelbeispielen, doch würde sich dies trotzdem zu weit vom Sinn der kritischen Diskursanalyse weg bewegen.

3.3 Die Frage der Korpusbildung

Nach dieser theoretischen Einleitung zur Funktion der historischen Diskursanalyse soll es nun um ihre praktische Anwendung gehen. Am Beginn einer jeden Analyse steht die sog. Korpusbildung.

Laut Landwehr (2008, S. 102) ist die Korpusbildung eng mit der Fragestellung verknüpft. Ihm zu folge lassen sich Korpus und Fragestellung „enger oder weiter fassen und eröffnen damit einen erheblichen Spielraum, der sowohl als Chance der inhaltlichen Vielfalt, wie auch als Gefahr der diffizilen thematischen Abgrenzung begriffen werden kann“ (Landwehr 2008, S. 102). Auch für Hasslinger (2006, S. 29) ist die Frage der Korpusbildung zentral. Die Auswahl der Texte müsse somit zwar repräsentativ sein, gleichzeitig jedoch auch das Forschungsinteresse widerspiegeln. Eben jene Aussagekraft sei bis heute ein Grundproblem, da die Auswahl der Texte schnell in Willkürlichkeit enden könne (Hasslinger 2006, S. 30). Landwehr hat mit seinem Konzept der Korpusbildung ein System entwickelt, das diese drohende Willkürlichkeit eindämmen kann. Für ihn ist ein zentrales Kriterium für die Korpusbildung die Wiederholung von ähnlichen Aussagen. Der Korpus muss also einer gewissen Regelmäßigkeit unterliegen. Würden sich ähnelnde Aussagen wiederholt getroffen, so seien sie nicht mehr nur einzelne Quellen, sondern Teil eines Diskurses (Landwehr 2001, S. 106). Franz Eder (2006, S. 11) zufolge ist die endgültige Auswahl des zu untersuchenden Materials immer auch von der theoretischen Position der/des Forschenden abhängig. Aus diesem Grund handelt es sich für ihn bei der historischen Diskursanalyse „um keine bestimmte Methode, sondern um ein Forschungsprogramm bzw. eine Forschungsperspektive. Diskursanalyse zu betreiben bedeutet heute, durchaus differente, wissenschaftlich ausgearbeitete und explizite Methoden und Verfahren einsetzen zu können“ (Eder 2006, S. 13).

Landwehr schlägt eine Einteilung in verschiedene Korpusse vor. Der *imaginäre Korpus* beinhaltet sämtliche Äußerungen, die dem Diskurs zugerechnet werden, seien sie überliefert oder nicht (Landwehr 2001, S. 107). Der *imaginäre Korpus* beinhaltet in der vorliegenden Arbeit sämtliche in Zeitungen veröffentlichte Artikel, die sich mit den Thematiken des Oktoberfestattentats, Rostock-Lichtenhagen und ‚NSU‘ beschäftigen. Der *virtuelle Korpus* werde aus den recherchierbaren Teilen des *imaginären Korpus* gebildet, wobei es sich hierbei nur um einen Teil der tatsächlich verfassten Quellen handle (Landwehr 2001, S. 107).

Im Falle dieser Arbeit war es aufgrund der guten Archivierungssituation der – aus historischer Sicht – zeitgeschichtlichen Zeitungsartikel möglich, eine vergleichsweise lückenlose Bildung des *virtuellen Korpus* vorzunehmen. Da der *virtuelle Korpus* meist – und so auch in diesem Fall – quantitativ überfordernd ist, erscheint eine weitere Einschränkung als notwendig. Eine hypothesenleitete Reduzierung des Datenmaterials durch „gezielte Sammlung, Sichtung und Gewichtung“ führt schließlich zum *konkreten Korpus*, der „in ausreichender Anzahl vorhanden sein und sich seriell über einen gewissen Zeitraum erstrecken“ solle (Landwehr 2001, S. 107). Peter Hasslinger geht davon aus, dass der *virtuelle Korpus* in einem „vertretbaren Verhältnis“ zum *konkreten Korpus* stehen muss. Sei dies nicht der Fall, so „setzen sich die Diskursanalytiker der Gefahr aus, dass die Veto-macht der Quellen gegen einzelne – auch noch so gewissenhaft interpretierte – Dokumente ins Feld geführt werden kann“ (Hasslinger 2006, S. 30). Um die Repräsentativität des *konkreten Korpus* zu gewährleisten, müsse in der Folge „Hintergrundwissen zum sozialen und medialen Kontext, zu den handelnden Personen und zur institutionellen Verortung der untersuchten diskursiven Prozesse erworben werden“ (Hasslinger 2006, S. 30 f). Landwehr erwähnt hierzu, dass die historische Diskursanalyse eine durchaus hermeneutische Stoßrichtung habe, da die Auswahl der Quellen nur bedingt objektiv sei. Gleichzeitig betont er aber auch, dass die Eingrenzung des gewählten Themas und folglich auch die Eingrenzung der Quellen nicht ohne Hypothesen und Vorwissen möglich sei (Landwehr 2001, S. 107).

Der *konkrete Korpus* setzt sich im Falle der vorliegenden Arbeit aus Artikeln der Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und *BILD* sowie der wöchentlich erscheinenden *ZEIT* zusammen. Beim Auswahlprozess haben die Auflagenstärken der einzelnen Zeitungen und ihre politischen Leitlinien eine Rolle gespielt. Es wurden demnach Zeitungen herangezogen, die ein großes Publikum erreichen. Laut eigenen Aussagen hat die FAZ (Stand 2016) eine durchschnittliche Auf-

lage von 253.000³¹, die *BILD* (Stand 2011) eine durchschnittliche Auflage von 2.841.130³² und die *ZEIT* (Stand 2015) eine durchschnittliche Auflage von etwa 500.000 Exemplaren.³³ Dies bedeutet zusammengerechnet eine Gesamtauflage von 3,5 Mio. Exemplaren.

Es kann zwar im Verlauf der Jahre zu Schwankungen in der Auflage kommen, dennoch ist gewährleistet, dass der Gesamtdiskurs, der auf den Aussagen der Zeitungen aufbaut, eine breite Leserschaft erreicht und somit von einer gewissen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung ist. Hinsichtlich der redaktionellen Linie wird die *FAZ* in der Regel als konservativ, *DIE ZEIT* als links- und die *BILD* als rechtsliberal angesehen. Es kann zwar zu Schwankungen durch den Wechsel von leitenden Redakteur(inn)en oder Herausgeber/-innen kommen, im Großen und Ganzen seien die redaktionellen Linien in ihrer Ausrichtung aber relativ stabil (Maurer/Reinemann 2006, S. 130). Durch die verschiedenen politischen Leitlinien der untersuchten Zeitungen ist ein nicht unerheblicher Teil der politischen Präferenzen in Deutschland abgebildet, sodass hier von einer gewissen Korrelation von Auflage und politischer Meinung ausgegangen werden kann.

Über das Onlinearchiv von *FAZ* und *ZEIT* sowie die von der Bayerischen Staatbibliothek archivierten Printausgaben der *BILD* konnte so im Rahmen der vorliegenden Studie ein *konkreter Korpus* von 659 Artikeln gesichtet werden. Hierbei entfallen 115 Artikel auf das Oktoberfestattentat, 107 auf Rostock-Lichtenhagen, 21 auf die erste Phase der Berichte zu den ‚NSU‘-Morden und 416 auf die Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morde nach dem Bekanntwerden der Terrorgruppierung.³⁴ Der Korpus wurde eingeschränkt auf die Artikel, die bis zu einem Jahr nach dem jeweiligen eigentlichen Ereignis erschienen sind. Die in der Folge beschriebenen Analyseschritte wurden unter der Hinzunahme des Analyseprogramms MAXQDA vollzogen. Hierzu wurden zunächst die einzelnen Passagen hinsichtlich ihres Inhalts dokumentiert. Konnten in der Folge dieses Vorgehens Ebenen, bzw. Muster erkannt werden, so wurden diese einander zugeordnet. Hierdurch wurde das Entstehen der einzelnen Empirie-Kapitel geprägt, die als eine Neuanordnung der Aussagen in sich überschneidende Aussagegruppierungen zu verstehen sind. Auf dieser Grundlage wurden diese, wie später beschrieben, auf ihre Aussagen hin analysiert.

³¹ URL: <http://www.faz.media/medien/frankfurter-allgemeine-zeitung-fuer-deutschland/>; zuletzt eingesehen 24.05.2016, 12:13.

³² URL: http://www.axelspringer.de/artikel/cw_artikel_nv_de_3171989.html; zuletzt eingesehen 24.05.2016; 12:15.

³³ URL: <http://www.zeit-verlagsgruppe.de/marken-und-produkte/>; zuletzt eingesehen 24.05.2016; 12:16.

³⁴ Die *ZEIT* ist in 94, die *FAZ* in 342 und die *BILD* in 223 Artikeln vertreten.

3.4 Die Kontextanalyse

Einer der ersten Schritte nach der Korpusbildung ist die Kontextanalyse. Auch wenn diese hier noch vor der Analyse der Aussagen Erwähnung findet, so wird sie mitnichten nach einem starren Schema als Erstes betrieben. Vielmehr werden der Kontext von Quellen und ihre Aussagen parallel zueinander analysiert, da nur so gewährleistet werden könne, dass das Zusammenspiel beider vollkommen erfasst werde (Landwehr 2011, S. 111). Bei der historischen Diskursanalyse wird Text und Kontext eine gleichrangige Wichtigkeit eingeräumt. Die Konzentration auf nur einen der beiden Punkte könnte somit den Verlust wichtiger Informationen bedeuten; beachte man auch den Kontext, verringere dies die Wahrscheinlichkeit, „die Handlungs-, Rede- und Schreibsituation [...] zu einem Affix des Textes zu reduzieren“ (Landwehr 2001, S. 107).

Es gibt vier verschiedene Kontextebenen: den situativen, den medialen, den institutionellen und den historischen Kontext. Laut Landwehr handelt es sich bei den vier Kontextebenen um ein ungefähres Schema, bei dem je nach Forschungsvorhaben einzelne Punkte weggelassen werden könnten. Somit sei eine geringere Priorisierung einzelner Kontextebenen aus methodischer Sicht unproblematisch (Landwehr 2001, S. 111). Der *situative Kontext* stellt die Frage, wer zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort was tut (Landwehr 2001, S. 109). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit lassen sich die Situationen, in denen die Zeitungsartikel verfasst wurden, nicht nachverfolgen. Es wurden im Theorieteil jedoch Überlegungen angestellt, in was für Beschäftigungssituationen die Journalist(inn)en stehen und was für redaktioneller und zeitlicher Druck auf ihnen lastet. Ebenfalls große Bedeutung für diese Arbeit hat der *mediale Kontext*. Um was für eine Medienform handelt es sich bei den Quellen? Wurden sie gedruckt veröffentlicht und wie groß ist ihre Reichweite (Landwehr 2001, S. 110)? Hier ist keine große Diskrepanz zwischen der *FAZ*, *ZEIT* und *BILD* zu erwarten. Natürlich gibt es aber auch Unterschiede, bspw. erscheint die *ZEIT* einmal pro Woche, wohingegen die *FAZ* und *BILD* Tageszeitungen sind. Der *institutionelle Kontext* fragt nach dem Aufbau und der Funktionsweise der Institutionen, unter deren Schirmherrschaft die Quellen entstanden sind (Landwehr 2001, S. 110). Somit war es auch in diesem Kontext unerlässlich, in Kapitel 2.4 auf die interne und externe Logik und Wirkweise von Massenmedien einzugehen. Der *historische Kontext* schließlich widmet sich der politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Gesamtsituation. Es geht hierbei nicht darum, eine detaillierte historische Untersuchung auf kleinsteiligen Ebenen anzustellen, die historische Gesamtsituation sollte aber verdeutlicht werden, um nicht in „Fallen der Textimmanenz zu tappen“ (Landwehr 2001, S. 111). In dieser Arbeit wird der historische Kontext u.a. durch die Hinzunahme von Umfrageergebnissen geliefert. Hierzu werden bspw. Befragungen

zur Einstellung der Bevölkerung zu bestimmten Themen zum Zeitpunkt der Ereignisstränge Oktoberfestattentat, Rostock-Lichtenhagen und ‚NSU‘ herangezogen. Eine weitere Hilfe bei der Einordnung des historischen Kontextes sind wissenschaftlich-historische Publikationen. Hier muss allerdings beachtet werden, dass es zu verschiedenen Interpretationen des historischen Kontextes kommen kann. Da die Hinzunahme wissenschaftlicher Publikationen aber eine Grundlage des wissenschaftlichen Arbeitens ist, müssen diese eventuellen Interpretationsunterschiede akzeptiert, im gleichen Maße aber auch entsprechend reflektiert werden. Der Philosoph Jens Kistenfeger (2011, S. 210) merkt zum Verhältnis von Quellen und Geschichtswissenschaft an, dass die Perspektive, aus der Quellen interpretiert würden, davon abhängt, was man erfahren wolle. Hinzu komme eine nicht vermeidbare Selektivität der/des Forschenden und eine Abhängigkeit vom Erkenntnisinteresse (Kistenfeger 2011, S. 211). Auch wenn Widersprüche aufgrund der Quellenlage nicht immer vollständig aufgelöst werden könnten, kann diese Kistenfeger (2011, S. 211) zufolge jedoch im Großen und Ganzen zu einer großen Narration vereinheitlicht werden. Bei der Hinzunahme wissenschaftlicher Quellen ist also stets die Perspektive der Autor(inn)en zu beachten. Genauso wichtig erscheint es, den eigenen Interpretationsprozess von Quellen vor diesem Hintergrund kritisch zu hinterfragen. Dies gilt sowohl für die Kontextanalyse als auch für die Analyse von Feldern der Sprachlichkeit und von Bildern. Diese Bereiche werden im nächsten Unterkapitel ausführlicher beschrieben.

3.5 Die Analyse der Aussagen

Geht man davon aus, dass ein Diskurs die Menge von Aussagen und Praktiken repräsentiert, die Facetten der Realität abbilden, so stellt sich bei der Analyse der Aussagen und folglich des Diskurses die Frage nach Grenzziehungen und der Konstituierung einer allgemein anerkannten Weltsicht im Wandel der Zeit. Somit sei darauf zu achten, welche Aussagen mit fortschreitender Zeit bestehen bleiben, sich ändern oder wegfallen (Landwehr 2001, S. 131). Um den Diskurs näher zu bestimmen, kann man sich in der Folge also bspw. fragen, ob er ausgrenzt, diskriminiert, zu überzeugen versucht oder soziale Differenzen manifestiert (Landwehr 2001, S. 131).

Die Makroanalyse

Grundsätzlich untersucht man mit der historischen Diskursanalyse sowohl die Makro- als auch die Mikrostruktur von Texten. Landwehr gibt hier eine Aufzählung von möglichen Untersuchungsbausteinen an, wobei er betont, dass diese Liste ergänzt oder verkürzt werden könne. Zur Untersuchung der Makrostruktur gehören für ihn u.a. die Analyse des Textthemas, der Texttextur, der grafischen Form und der Darstellungsprinzipien. Hierunter werden von ihm die jeweiligen Vermittlungsstrate-

gien verstanden, „die die Fremdheit der Gegenstände gegenüber dem Rezipienten überwinden sollen“ (Landwehr 2001, S. 114 f.). Hinzu kommt die Frage, was nicht im Text steht, obwohl es rein sprachlich möglich gewesen wäre, es zu schreiben. Ziel der Makroanalyse ist es letztendlich, herauszufinden, welche sprachlichen Merkmale im Mittelpunkt stehen, welche Argumente und Abgrenzungen immer wieder auftauchen, was der Kernpunkt der Texte ist. Diese Makroanalyse ist nötig, da es nicht das Ziel der historischen Diskursanalyse ist, jeden einzelnen Text im Korpus einer kleinteiligen Mikroanalyse zu unterziehen. Die Makroanalyse ist im Prinzip eine Art Landkarte für die Mikroanalyse. Sie identifiziere erste Aspekte, auf die man sich in späteren Analyseschritten konzentriere (Landwehr 2001, S. 116).

Die Mikroanalyse

Auch wenn bei der historischen Diskursanalyse nicht jeder einzelne Text auf seine komplette Mikrostruktur untersucht werden soll, bedeutet dies nicht, dass eine Mikroanalyse nicht stattfindet. Hierbei gehe es „nicht darum, eine Sprache der Vergangenheit mit ihren grammatischen Regeln zu rekonstruieren, sondern [...] um das Auftauchen und die Inhalte von Aussagen“ (Landwehr 2001, S. 117). Landwehr gibt auch hier wieder einen Katalog vor, der je nach Bedarf des Forschungsinteresses erweitert oder eingeschränkt werden kann. Dieser Katalog soll hier nur kurz beschrieben werden. Auf der Textebene kann die Rhetorik analysiert werden, wobei Landwehr einige rhetorische Argumentationstopoi nennt. Zudem unterscheidet er zwischen rationaler Argumentation und affektischer Gefühlsimulation (Landwehr 2001, S. 119 f.). Darüber hinaus weist er auf die Satzebene hin, wobei auf die Länge von Sätzen und auf ihre Funktion (bspw. rhetorische Fragen) geachtet werden solle. Ein zusätzlicher Analyseschritt könne auf der Wortebene erfolgen, wobei einzelne Worte auf ihre Form und Funktion untersucht werden könnten. Weitere Analyseebenen können lexikalisch (z. B. Synonyme, Antonyme, Neologismen usw.) oder parasprachlich (z. B. Interpunktion, Typografie) sein (Landwehr 2001, S. 124 ff.).

Die Analyse von Bildern

Landwehr verweist auf die Notwendigkeit, Bilder als Teile von Diskursen ernst zu nehmen. Das Hauptargument hierfür sei die Wichtigkeit, die Bilder im Kontext im Prinzip einer jeden Gesellschaftsordnung spielen würden (Landwehr 2008, S. 56 f.). Vor dieser Grundannahme könnten Bilder

[...] gesellschaftliche Wahrnehmungen und Sinnbildungen konkretisieren, weil sie soziokulturelle Wirklichkeit und gesellschaftliches Wissen fixieren und erinnern – und zwar auf eine Art

und Weise, die dank der ikonischen Differenz oft einprägsamer und wirkungsvoller ist als die Schrift. (Landwehr 2008, S. 58)

Der Begriff der „ikonischen Differenz“ meint die visuellen und logischen Eigenheiten einer jeden bildlichen Darstellung, sodass nicht nur als ‚Kunst‘ wahrgenommene Bilder für eine historische Diskursanalyse geeignet seien, sondern bspw. auch ein Verkehrsschild (Landwehr 2008, S. 57 f.). Die Tatsache, dass Bilder häufig deutlich stärker wirklichkeitsproduzierend wirken können als Texte, zeige sich bspw. in der Erstellung von Bildmaterial bei Kriegshandlungen, das eine nicht zu unterschätzende „wirklichkeitsprägende“ Macht innehabe (Landwehr 2008, S. 59). Aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive argumentiert auch Cornelia Renggli für eine Einbindung von Bildmaterial in die Analyse von Diskursen (Renggli 2014, S. 45 ff.). Sie betont hierbei, dass Foucault Bilder eindeutig als Teile von Diskursen angesehen und in diesem Zusammenhang auch analysiert habe (Renggli 2014, S. 49). Bei einer Untersuchung von Bildern und, gerade wie im Falle dieser Arbeit, von Fotografien dürfe man nicht vergessen, dass sie kein Abbild einer mutmaßlichen Realität seien, sondern auch ihre Erstellung und Veröffentlichung mit subjektiven Empfindungen der entsprechenden Personen zusammenhängen würden und sie somit Konstruktionen der Wirklichkeit seien (Renggli 2014, S. 50 f.).³⁵ In der Folge könne man den Begriff „Aussage“ genauso auf Bildmaterial beziehen wie auch auf Texte (Renggli 2014, S. 51). In der vorliegenden Arbeit besteht der zu untersuchende Korpus sowohl aus Texten als auch aus Bildern. In eben solch einem Fall sei es besonders wichtig, die Beziehungen zwischen Bild und Text zu beachten (Renggli 2014, S. 51). In der Folge könne nicht nur analysiert werden,

[...] wer was wann und wo, wie und wozu sichtbar machte, sondern vor allem auch, wie dabei Selbstverständlichkeiten hergestellt wurden. Handelt es sich beim Untersuchungsmaterial beispielsweise um Fotografien, so stellen sich folgende Frage: Wie wird mit ihnen die Vorstellung verknüpft, sie würden zeigen, wie es eigentlich gewesen sei? Wie schaffen es also diese Bilder, den Eindruck eines Abbilds von Wirklichkeit zu erzeugen und gleichzeitig zu verbergen, dass sie selbst ihre Existenz einem voraussetzungsreichen Prozess verdanken? (Renggli 2014, S. 51 f.)

Philip Sarasin vertritt in diesem Kontext die Annahme, dass Bilder „der präzise Ausdruck einer bestimmten historischen Situation“ seien und folglich die „historischen Bedingungen, unter denen sie entstanden sind“, reflektieren (Sarasin 2008, S. 78). In der Konsequenz erzeugen Bilder ihm zufolge eine „historische Spezifizität“, die sie zum Gegenstand geschichtswissenschaftlichen Interesses machen sollte (Sarasin 2008, S. 78). Sarasin plädiert hierbei für eine Beachtung von Blick und Perspektive, um mögliche, den Blick versteifende Vorannahmen der Forschenden zu minimie-

³⁵ Auch Philipp Sarasin (2008, S. 78) geht davon aus, dass an Fotografien „alle“ Beteiligten mitwirken, „um die erwünschte Wirkung zu erzielen“.

ren. Er stellt hierbei auch einen Grundsatz historischen Arbeitens dar, der zu treffend formuliert ist, um ihn an dieser Stelle nicht zu zitieren:

Der „Blick“ und die „Perspektive“ sind nicht zufällig genau jene Metaphern, mit denen wir konventioneller Weise den Standpunkt von Historiker/innen ihren Gegenständen gegenüber beschreiben (falls wir immer noch meinen, wir würden in unserer Arbeit 1:1 historische Realität wiedergeben). Unser Blick und unsere Perspektive auf historisches Material begründet das, was Historiker tun, grundsätzlich. Wir sind dabei nicht den Wahrnehmungsweisen und den Perspektiven der Akteure unterworfen – *sofern* wir analytische Methoden zur Verfügung haben, um uns von den an sich so menschlichen Reflexen des Abscheus und der Empathie, des Verstehens und des Entsetzens zu schützen. Historische Arbeit braucht analytische Distanz – auch wenn sie weiß, aus welcher politischen und ethischen Perspektive sie auf die Geschichte blickt. Denn nur diese analytische Distanz ermöglicht, ihren zuweilen bösen Zauber zu brechen. (Sarasin 2008, S. 80)

Aus diesem Grund müssten nicht nur Texte, sondern auch Bilder „sehr sorgfältig auf die sie erst ermöglichen Bedingungen hin gelesen werden“, um ihre mögliche Bedeutung zum Zeitpunkt ihres Erscheinens besser begreifen zu können (Sarasin 2008, S. 80). Auf diesem Grundverständnis aufbauend, lehnt sich die vorliegende Arbeit Cornelia Rengglis Vorschlag zur Untersuchung von Bildern an. Dieser beinhaltet mehrere Fragen an diese. Im Kontext der Bildproduktion solle sich somit zunächst der Frage angenähert werden, wie die Fotografie entstanden sei, also, „wer welches Bild [...] wann und wo, wie [...] und wozu hergestellt und damit sichtbar gemacht hat“ (Renggli 2014, S. 53). Als nächster Aspekt müsse der Umgang mit den Bildern hinterfragt, also untersucht werden, was mit ihnen gemacht wurde: „Wer hat es wann und wo, wie und wozu gebraucht bzw. wahrgenommen?“ (Renggli 2014, S. 54). Der dritte, für diese Arbeit sehr entscheidende Schritt sei zu guter Letzt die Betrachtung des „Wirkungsfeldes“ der Bilder, also konkret zu hinterfragen, „wie sie Betrachtende adressieren und deren Aufmerksamkeit lenken sowie in welche Verhältnisse sie mit Texten und anderen Medien treten“ (Renggli 2014, S. 54). Arbeitet man mit solchen variierbaren Hilfsfragen, könnten diese dazu beitragen, „das Herstellen von Bedeutungen, Selbstverständlichkeiten und Wahrheiten von/mit Bildern zu untersuchen sowie deren Möglichkeitsbedingungen zu beschreiben“ (Renggli 2014, S. 54).

Das Vorgehen der historischen Diskursanalyse und das Vorgehen bei der Analyse von Bildern wird im nun folgenden empirischen Kapitel angewendet.

4 Empirische Befunde

Im empirischen Teil dieser Arbeit werden verschiedene in der *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* beobachtete Ebenen historisch-diskursanalytisch untersucht. Diese Ebenen werden auf Grundlage der Häufung der in ihnen enthaltenen Aussagen betrachtet und umfassen die Einordnung des Rechtsextremismus, Verweise auf DDR, Linksextremismus und Islamismus, Vergleiche mit dem ‚Dritten Reich‘ und der NPD, Bezugnahmen auf breite gesellschaftliche Einstellungsmuster, die Darstellung potenzieller Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft sowie die mediale Bewertung von Politik und Behörden. Zu Beginn soll jedoch zunächst auf die Darstellung der Opfer und der Täter/-innen in den untersuchten Zeitungen ausführlicher eingegangen werden.

4.1 Ethnizität, Inklusion und Exklusion – die Verhandlung der Opfer und der Täter/-innen

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, wie die Opfer und wie die Täter/-innen³⁶ der untersuchten Ereignisse von den vorliegenden Zeitungen beschrieben und verhandelt worden sind. Hierbei geht es sowohl um bildliche als auch um textliche Darstellung dieser. Bezuglich der Kapitelstruktur werden stets zunächst die Opfer und danach die Täter/-innen behandelt.

Im Hinblick auf das Oktoberfestattentat konzentriert sich die vorliegende Arbeit bei der Analyse der Täterdarstellungen auf Gundolf Köhler. Dies hat zwei Gründe: zum einen war und ist die Tatbeteiligung der ‚WSG Hoffmann‘ bis heute nicht endgültig geklärt, zum anderen wird die Darstellung der ‚WSG Hoffmann‘ u.a. in den Kapiteln 4.2 und 4.4 noch ausführlicher besprochen. Hinsichtlich der ‚NSU‘-Morde erfolgt in diesem Kapitel die Erörterung der Berichterstattung vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ und die Berichterstattung danach. Bei der Analyse der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden werden sowohl direkte als auch indirekte Darstellungen der Opfer Beachtung finden.

Oktoberfestattentat

Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat fällt auf, dass einzig die *BILD* sich näher mit den Opfern des Anschlags auseinandergesetzt hat. Am 29. September 1980 veröffentlichte sie folgendes Foto auf Seite 1:

³⁶ Dies umfasst auch mutmaßliche Täterschaften.



Abbildung 2: Foto ‚Claudia R.’, Quelle: *BILD* vom 29.09.1980, S. 1.

Versehen wurde das Bild mit folgendem Text:

Die 14jährige Claudia R. [...]: Die Bombe hatte ihr den Fuß aufgerissen. Ihr Freund schleppte die blutende ohnmächtige Claudia fünf Kilometer durch die Nacht bis zur Wohnung seiner Eltern. (bild_80_09_29_s1)

Hierbei wird eine emotionale Bindung der Leserschaft zum Opfer aufgebaut. Das Foto scheint im Krankenhaus aufgenommen worden zu sein und zeigt Claudia R. hierdurch in einer sehr persönlichen und verletzlichen Situation, die dadurch verstärkt wird, dass das Mädchen nachdenklich wirkt. Durch den Verweis darauf, dass ihr Freund sie blutend „fünf Kilometer durch die Nacht bis zur Wohnung seiner Eltern“ getragen habe, wird den Lesern und Leserinnen das Grauen, das die Opfer zu erleiden haben, stärker vor Augen geführt, da die Beschreibung eher plastisch als abstrakt wirkt.³⁷ Durch den Verweis auf das Elternhaus wird deutlich gemacht, dass es sich bei Claudia R. um eine unschuldige Minderjährige handelte.

Am selben Tag veröffentlichte die *BILD* sehr drastische Darstellungen von Zeug(inn)en. Im genannten Artikel tauchen sechs verschiedene Schilderungen auf, von denen zwei stellvertretend für die anderen näher beleuchtet werden sollen. So äußerte sich eine Zeugin wie folgt:

Ein Mann mit einem Strohhut auf dem Kopf wollte seine ohnmächtige Freundin durch Mund-zu-Mund-Beatmung wiederbeleben. Er merkte gar nicht, daß sie stark blutete. Ich riß ihn zurück – das Mädchen wäre sonst unter seinem Lebenskuss erstickt. (bild_80_09_29_s2b)

Durch dieses Zitat wird wieder eine persönliche Nähe zu den Opfern aufgebaut. Der Verweis auf die (vermutliche) Partnerschaft der beschriebenen Personen lässt die Leserschaft an die, falls vorhanden, eigene Beziehung denken und weckt hierdurch eine Verbindung zu den Opfern. Auch wird

³⁷

bild_80_09_29_s1.

die Leserschaft durch die Darstellung des Überlebenskampfes emotionalisierend an das Schicksal der Ohnmächtigen und die Verzweiflung ihres Freundes gebunden. Eine andere Zeugin berichtete Folgendes:

Ein Mann stürzte auf einen Polizisten zu. Er versuchte, ihm die Pistole zu entreißen und schrie: „Gebt mir die Waffe! Erschießt mich! Betet ein Vaterunser!“ Fünf Polizisten mußten sich auf den weinenden Mann werfen. Neben ihm lag seine kleine Tochter – tot. (bild_80_09_29_s2b)

Zusätzlich zu der eindringlich beschriebenen Trauer und dem Schmerz des Mannes, aufgrund dessen er nicht mehr weiterleben möchte, kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Er wird in seiner Rolle als Vater beschrieben. Hierdurch bekommt die Beschreibung etwas Persönliches. Der Mann wird nicht nur als Opfer eines Attentats, sondern auch als Vater verstanden, der eben seine Tochter durch einen Bombenanschlag verloren hat. Somit können sich andere Menschen, die den Artikel lesen, mit ihm identifizieren und eine persönliche, emotionale Nähe zu diesem Mann empfinden. Auch ohne fotografische Abbildung bekommt er so in gewisser Weise ein Gesicht. Am selben Tag erschien außerdem ein weiterer Artikel über eine Familie. Der *BILD* zufolge betet ein Vater für zwei seiner Kinder, die bei dem Anschlag getötet wurden, sowie für seine Frau und zwei weitere seiner Kinder, die bei dem Anschlag verletzt wurden und in Lebensgefahr schwebten.³⁸ Der Artikel transportiert eine ähnliche Botschaft wie das eben beschriebene Zitat, weshalb dieser zwar nicht mehr ausführlich analysiert, an dieser Stelle jedoch trotzdem erwähnt werden soll.

Auf derselben Seite beschreibt ein Artikel, wie die Opfer aufgefunden wurden. Unter der Überschrift „Die Explosion riß den Opfern die Schuhe von den Füßen“ wurde ein Foto von eingesammelten Schuhen mit der nachfolgenden Bildunterschrift veröffentlicht:

Diese Schuhe stehen aufgereiht im Münchner Landeskriminalamt. Die Druckwelle der Explosion riß sie Toten und Verletzten von den Füßen. Über 40 Opfer wurden fast nackt geborgen. Die Gewalt der Explosion hatte ihnen die Kleider vom Leib gefegt. Polizisten sammelten Schuhe und Kleider ein. (bild_80_09_29_s2)

Durch diese Beschreibung wird betont, wie stark die Explosion war, der die Menschen zum Opfer gefallen sind. Der Verweis darauf, dass sie beim Fund ihrer Leichen fast nackt gewesen seien, drückt ihre Wehrlosigkeit aus. Nacktheit ist in der Regel ein Zustand einer fast nicht zu überbietenden Intimität und Schutzlosigkeit und kann durch die Tatsache, dass Menschen nackt geboren werden, auch als Zeichen der Unschuld gedeutet werden. Des Weiteren werden auf derselben Seite exemplarisch drei Opfer mit Fotos und ihrem Schicksal sichtbar gemacht: alle drei Fotos von lä-

³⁸

bild_80_09_29_s4a.

chelnden und fröhlich aussehenden Menschen.³⁹ Hinsichtlich des ersten beschriebenen Opfers, das bei der Explosion ein Bein verlor, merkt die *BILD* an, dass die Hausfrau noch nicht wisse, dass ihr Mann unter den Toten sei. Im Hinblick auf das zweite beschriebene Opfer, einen 25-jährigen Offiziersanwärter, schreibt die *BILD*, dass seine Mutter, nachdem sie geglaubt habe, dass er nicht in Lebensgefahr schwebte, einen Anruf erhalten habe, dass er tot sei.⁴⁰ Beim dritten beschriebenen Opfer handelt es sich um eine Vertriebsangestellte. Laut der *BILD* rief ihr Mann im Krankenhaus an und musste erfahren, dass seine Frau verstorben sei.⁴¹ Auch bei diesem Artikel fällt wieder auf, dass die *BILD* eine emotionale Bindung und Nähe zwischen Leserschaft und Opfern aufbaut. Durch die Beschreibung ihrer Angehörigen und die sympathisch anmutenden Porträtfotos werden sie aus einer Sphäre des Abstrakten heraus in eine Sphäre des Persönlichen gehoben. Es handelt sich bei ihnen somit nicht um anonyme Opfer, sondern um Menschen mit Gesichtern und Familiengeschichten.

Am 30. September 1980 veröffentlichte die *FAZ* einen Artikel, der sich mit dem mutmaßlichen Attentäter Gundolf Köhler beschäftigte. Sie beschrieb ihn als Abiturienten und Geologiestudenten, der dem Verfassungsschutz schon früher einmal aufgefallen war. Dennoch habe er keinerlei „auffällige politische Aktivitäten“ entwickelt. Lediglich für eine „Hakenkreuzschmiererei“ in Tübingen komme er in Frage, was ihm aber nie nachgewiesen werden konnte.⁴² Insgesamt beschreibt die *FAZ* ihn als seltsame Person mit Geltungsbedürfnis. Er habe seiner Zimmerwirtin zufolge keine Freunde gehabt und habe in seinem Heimatort Donaueschingen einen Brunnen restauriert, wofür er von der „Badischen Zeitung“ gelobt werden wollte.⁴³ Dieses „Geltungsbedürfnis“ deute darauf hin, „daß die Tat von München das Werk eines Einzeltäters sein könnte, der allenfalls seinem „Gruppenchef“ [Karl-Heinz Hoffmann] demonstrieren wollte, was er für ein Kerl sei“.⁴⁴ Hierbei vermittelte die *FAZ* die These einer Einzeltäterschaft Köhlers und beschreibt diesen als verschroben. Hierdurch entsteht der Eindruck einer bedingten Zurechnungsfähigkeit gepaart mit einer Verschlossenheit gegenüber anderen Personen. Somit wird Köhler weniger als Mensch, sondern mehr als Sonderling ohne große Emotionalität verhandelt, was einem ansatzweisen Ausschluss Köhlers aus der „normalen“ Gesellschaft entspricht.

³⁹ bild_80_09_29_s2c.

⁴⁰ bild_80_09_29_s2c.

⁴¹ bild_80_09_29_s2c.

⁴² faz_80_09_30e.

⁴³ faz_80_09_30e.

⁴⁴ faz_80_09_30e.

Die *BILD* widmete Köhler am 29. September 1980, also einen Tag vor der *FAZ*, einen umfangreicherer Artikel. Unter der Überschrift „Der Attentäter: Köhler liebte Bäume, zündete Bomben“ legte sie sich auf Köhler als Täter fest und druckte zudem ein großes, unverpixeltes Foto Köhlers ab, wie er gerade einen Baum pflanzte.⁴⁵ Die *BILD* betonte, dass ihm niemand die Tat zugetraut hätte und auch sein „Hang zum Militarismus, zum Rechtsextremismus“ von niemandem ernst genommen wurde.⁴⁶ Des Weiteren sprach sie sein Geologiestudium und thematisierte, dass er Tiere, Pflanzen und Höhlen fotografiert hätte und ein Buch über Heldensagen schreiben wollte. Auch beschrieb die *BILD*, dass Köhler zu Gymnasialzeiten Sprengstoff im elterlichen Keller herstellen wollte und bei der daraus resultierenden Explosion schwer verletzt wurde.⁴⁷ Zudem seien er und seine Brüder vom Vater, der es gut gemeint habe, streng erzogen worden.⁴⁸ Zu seiner Persönlichkeit schrieb die *BILD* Folgendes:

Er war 1,78 groß, kräftig gebaut, breitschultrig, ein Sportlertyp. Aber er war kontaktarm, psychologisch unausgereift, verstockt. Wenn er unter Leuten war, zog er den Kopf ein. „Er war schwierig, hatte kaum Kameraden“, sagt der Medizinstudent Carlo R., der ihn schon vom Gymnasium kannte. (bild_80_09_29_s4b)

Darüber hinaus habe Köhler sich bis auf eine Ausnahme nicht an Schulstreichern beteiligt.⁴⁹ Ähnlich wie in der *FAZ* wurde also hier ebenfalls das Bild einer Person gezeichnet, mit der sich viele andere Menschen nur schwerlich identifizieren konnten und können. Auch die *BILD* grenzte Köhler hierdurch bis zu einem gewissen Grad aus der Gesellschaft aus und pathologisierte diesen durch den Verweis darauf, dass er „psychologisch unausgereift“ sei noch zusätzlich.⁵⁰ Die „WSG Hoffmann“ wurde von der *BILD* als „sein Leben“ beschrieben, da er hier etwas bedeutet hätte.⁵¹ Hierdurch wird Köhlers Selbstbestimmtheit als eingeschränkt suggeriert. Er habe „sogar“ versucht, Pistolen für die „WSG Hoffmann“ zu besorgen.⁵² Hiermit deutet die *BILD* an, dass Köhler dazu bereit gewesen wäre, alles für die „WSG Hoffmann“ zu geben und auch entsprechend zu handeln.

Hinsichtlich der Darstellung Gundolf Köhlers als Täter ist zu bemerken, dass die *ZEIT* am 17. Oktober 1980 einen Artikel veröffentlichte, in dem sie, auch für Köhler, das Recht von Beschuldigten

⁴⁵ bild_80_09_29_s4b.

⁴⁶ bild_80_09_29_s4b.

⁴⁷ bild_80_09_29s4b.

⁴⁸ bild_80_09_29_s4b.

⁴⁹ bild_80_09_29_s4b.

⁵⁰ bild_80_09_29_s4b.

⁵¹ bild_80_09_29_s4b.

⁵² bild_80_09_29_s4b.

auf eine juristische Unschuldsvermutung forderte.⁵³ Hierbei übte sie vor allem eine scharfe Medienkritik, indem sie der Illustrierten *Quick* vorhielt, vorschnell über Köhler berichtet zu haben, was durch einige andere Presseerzeugnisse „ungeprüft und unkritisch“ übernommen worden sei.⁵⁴ Im Fokus der Kritik seitens der *ZEIT* stand hierbei vor allem, dass viele Medien Köhler als ‚Täter‘, nicht jedoch als ‚mutmaßlichen Täter‘ präsentiert hätten. Zwar deuteten viele Indizien auf eine Täterschaft Köhlers hin, man könne auch durchaus davon ausgehen, dass sich diese Indizien bald durch Beweise bestätigten. Dennoch sei es falsch, einen Toten, der sich nicht mehr verteidigen könne, unbewiesen als zweifellosen Täter darzustellen.⁵⁵ Wie aus dem analysierten Material hervorgeht, hatte die *FAZ* Köhler als „mutmaßlichen Attentäter“ bezeichnet, während die *BILD* von ihm als „Der Attentäter“ schrieb.⁵⁶ Des Weiteren bemerkte die *ZEIT* Folgendes:

Je größer das Verbrechen und demgemäß der Jagdeifer der Medien, um so vorsichtiger muß der Verdächtige behandelt werden, auch wenn er tot ist. Die diskriminierende und widerliche Sippenhaftung der Familie Köhler liefert einen wichtigen Grund dafür, wie weise die vom Gesetz befohlene, aber von den Medien in den Wind geschlagene Vorsicht wäre. (zeit_80_10_17)

Es wird nicht nur auf Köhler, sondern auch auf seine Familie eingegangen. Durch Begrifflichkeiten wie „Jagdeifer“ oder „Sippenhaftung“ macht die *ZEIT* das Ausmaß, in dem die Medien Köhler und auch seine Familie vorverurteilten, deutlich.⁵⁷ Sie verlangt eine faire und rechtsstaatliche mediale Behandlung Köhlers und vor allem seiner Familie. Durch diese Beschreibung und den Verweis auf sein familiäres Umfeld gesteht die *ZEIT* Köhler seine Menschlichkeit zu und verzichtet somit auf eine Dämonisierung des mutmaßlichen Täters.⁵⁸ Die *ZEIT* geht außerdem noch weiter auf die Familie und die Unschuldsvermutung ein:

Die Köhlers, eine intakte Familie, in der es CDU- und SPD-Mitglieder gibt, haben sich gewehrt. Die Brüder des Verdächtigen haben Gegenindizien genannt und ihre Kenntnis von Person und Charakter des jüngeren Familienmitglieds preisgegeben. Auch urteilsfähige Bekannte von Gundolf Köhler zweifelten an dessen Täterschaft. (zeit_80_10_17)

Auch die *FAZ* und die *BILD* berichteten über die Gegenargumente der Familie Köhler. Während die *FAZ* schlicht berichtete, dass die Köhlers die Behauptung geäußert hätten, ihr Sohn sei unschuldig, ging die *BILD* etwas näher darauf ein und zitierte die Familie, die aussagte, dass Köhler keine tiefen Verbindungen zur ‚WSG Hoffmann‘ hätte und die Chemikalien, die im Haus der Familie ge-

⁵³ zeit_80_10_17.

⁵⁴ zeit_80_10_17.

⁵⁵ zeit_80_10_17.

⁵⁶ faz_80_09_30; bild_80_09_29_s4b.

⁵⁷ zeit_80_10_17.

⁵⁸ zeit_80_10_17.

fundene wurden, Gundolf Köhlers Bruder, einem Chemiker, gehören würden.⁵⁹ Als Zugeständnis an die Unschuldsvermutung kann man die Berichte der *FAZ* und *BILD* jedoch nicht bezeichnen, da sie sehr kurz sind und die Aussagen der Familie Köhler nicht weiter kommentierten. Die *ZEIT* hingegen wurde etwas deutlicher. Der Hinweis darauf, dass es in Köhlers Familie CDU- und SPD-Mitglieder gebe, verweist darauf, dass Köhler in einem ‚stabilen‘ politischen und persönlichen Umfeld aufgewachsen sei. Auch die Betonung, dass nicht nur die Familie, sondern auch Bekannte Köhlers ihm die Tat nicht zutrauten, sprechen für ihn.⁶⁰ Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich die *ZEIT* gegen die Vorverurteilung eines mutmaßlichen Täters und Spekulationen über diesen verwahrte. Dies ist ein im gesamten Datenkorpus im Hinblick auf alle drei untersuchten Ereignisse einzigartiger Vorgang.

Rostock-Lichtenhagen

Auch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen wurden die Opfer der Gewalt thematisiert. Einzelnen Personen wurde jedoch lediglich in der *BILD* ein Gesicht gegeben. So berichtete sie am 25. August 1992 auf Seite 1 über die gewalttätigen Übergriffe und ging näher auf die Opfer ein:

Zwei Nächte stürmten Rechtsradikale gegen dieses Asylantenheim. Feuer loderte auf, Träengas zischte. Und 2000 Menschen klatschen Beifall, als die Rechtsradikalen das Haus zu stürmen versuchten. Da draußen, hier drinnen – die Welt von 200 Asylbewerbern. Eine Welt der Angst. Vor vier Tagen kam die Schneiderin Joana aus Rumänien, wurde hier einquartiert. Die Wände sind verschmiert, es riecht streng nach Urin. Joana erzählt: „Abends prasselten die Steine gegen die Hauswand – wie ein dumpfes drohendes Klopfen. Zwei Steine schossen durch die Scheibe und krachten gegen die Küchentür. Draußen klatscht die Menge, als hätte jemand ein Tor geschossen.“ (bild_92_08_25_s1a)

Die Tatsache, dass es sich bei den Opfern nicht einfach nur um ‚die Asylanten‘ handelt, wahrt ihre Würde und ihre Menschlichkeit. Haben die Menschen Gesichter, so kann man sich mit ihnen identifizieren und denkt über die individuellen Geschichten hinter diesen nach. Auch die Beschreibung der „Welt der Angst“ in Verbindung mit den hygienischen Zuständen, in der die Asylsuchenden verharren mussten, macht ihr Schicksal emotional (be)greifbarer.⁶¹ Die Betonung, dass Joana Schneiderin ist, widerspricht außerdem dem verbreiteten Vorurteil, bei den Geflüchteten handle es sich ausschließlich um ‚Sozialschmarotzer‘.⁶² Die Darstellung der jubelnden Menge lässt die gesamte Situation des Weiteren surreal wirken. Menschen, die andere als Individuen zu betrachtende Menschen angreifen und sich auf dieser Grundlage belustigen, sind in ihren Beweggründen für viele

⁵⁹ faz_80_10_04c; bild_80_10_04_s8a.

⁶⁰ zeit_80_10_17.

⁶¹ bild_92_08_25_s1a.

⁶² bild_92_08_25_s1a.

Leser/-innen wohl nur schwer nachzuvollziehen. Im Artikel wird noch eine weitere Person mit ihren Kindern beschrieben:

Ein Zimmer weiter lebt Retan mit seinen beiden kleinen Söhnen. Ein Deutscher aus Rumänien, er wollte zurück in die Heimat. Das eine Kind spricht fließend deutsch: „Wir versteckten uns hinter einem Schrank, als die Steine flogen. Im Fenster sah ich den Feuerschein. Papa weinte, sagte immer wieder: Das ist nicht Deutschland.“ (bild_92_08_25_s1a)

Ähnlich wie bei den Opfern des Oktoberfests bereits analysiert wurde, ist auch hier Retans Rolle als Vater von großer Bedeutung. Er wird in der Position eines Familienvaters verstanden, der sich für sich und seine Kinder eine Zukunft in Deutschland wünscht. Dadurch erscheint seine Schilderung sehr persönlich und er wirkt noch verletzlicher als bspw. Joana. Noch entscheidender ist aber der Hinweis, dass er „ein Deutscher aus Rumänien“ sei, der „zurück in die Heimat“ wolle.⁶³ Hierdurch bekommt er von der *BILD*, die an anderen Stellen nicht nur empathisch über Asylsuchende berichtet, die Legitimation und Absolution, in Deutschland zu leben, da er Deutscher ist. Der Hinweis darauf, dass eines seiner Kinder fließend Deutsch spreche, verweist noch stärker auf diesen Aspekt, da dieser suggeriert, dass Retan sich seines Deutschseins bewusst ist und dafür gesorgt hat, dass sein Kind die deutsche Sprache gelernt hat. Man kann hier also eine Identifikation Retans mit Deutschland herauslesen, die nicht erst mit dem Entschluss begonnen hat, in die „Heimat“ zurückzukehren.⁶⁴ Hierdurch wird der Leserschaft die Willkürlichkeit der Gewalt vor Augen geführt. Durch den Verweis, dass Retan geweint habe und die Angriffe nicht als repräsentativ für Deutschland erachte, wird diesen außerdem jegliche Legitimation abgesprochen. Im selben Artikel veröffentlichte die *BILD* ein Foto einer Mutter mit ihrem Kind:

⁶³ bild_92_08_25_s1a.

⁶⁴ bild_92_02_25_s1a.



Abbildung 3: Foto „Verängstigte Mutter“, Quelle: *BILD* vom 25.08.1992, S. 1.

Auf dem Foto ist zu sehen, wie eine ängstlich wirkende Frau ein schlafendes Kleinkind in den Armen hält. Das Bild wirkt bedrückend und vermittelt die Erschöpfung von Mutter und Kind. Auch hier ist das Muster der Elternschaft wiederzuerkennen und lässt ein Gefühl der Intimität aufkommen. Ein weiterer Aspekt ist die Schutz- und Hilfslosigkeit der Mutter, die nicht viel mehr tun kann, als das Kind im Arm zu halten und auf den in der Bildunterschrift beschriebenen „Abtransport“ zu warten.⁶⁵ Verstärkt wird der Eindruck dadurch, dass die Bildunterschrift besagt, dass es immer die „Wehrlosen“ seien, die leiden würden.⁶⁶ Hierdurch werden die Mutter und ihr Kind, wie auch Joana und Retan mit seinen Kindern, stellvertretend für die anderen Opfer als Unschuldige markiert, die die Gewalt nicht verdient hätten. Dieser Eindruck wird durch die Titelseite des darauffolgenden Tages intensiviert:

⁶⁵ bild_92_08_25_s1a.

⁶⁶ bild_92_08_25_s1a.



Abbildung 4: Foto „Die Schande von Rostock“, Quelle: *BILD* vom 26.08.1992, S. 1.

Hätten die vorherigen Berichte über die Angriffe noch nicht ausgereicht, so würde der Leserschaft hier der endgültige Zivilisationsbruch durch die Berührung des gesellschaftlichen Tabus, Kindern etwas anzutun, vor Augen geführt. In dem das Bild begleitenden Artikel heißt es wie folgt:

Die dritte Nacht von Rostock war die grauenhafteste: Hunderttausende von neuen Nazis stürmten das Asylantenheim in Rostock, zündeten das Haus an, trieben die Flüchtlinge auf die Dächer und brüllten: „Wir hängen euch, wir hängen euch.“ Erst um Mitternacht wurden die Asylbewerber befreit, zitternd gingen sie ins Freie, so wie das kleine Mädchen (Foto), dem man eine Decke umgelegt hatte. (bild_92_08_26_s1)

Durch den Artikel wird klar, dass die Überschrift zum Artikel irreführend ist. Die Vorgänge sollen an dieser Stelle nicht relativiert oder verharmlost werden, dennoch muss erwähnt werden, dass die *BILD* mit der Überschrift suggerierte, dass genau jenes dargestellte Kind gezielt von den Angreifern und Angreiferinnen herausgesucht wurde, damit es gehängt werden könne. Es verhält sich aber eher so, dass die *BILD* das Kind stellvertretend für die Angegriffenen sieht. Trotzdem oder gerade deshalb verfehlte das Foto seine Wirkung nicht. Das in eine Decke eingewickelte Kind wirkt verängstigt, wehrlos und verloren und steht repräsentativ für alle angegriffenen Asylsuchenden. Es verdeutlicht das Ausmaß der „Schande von Rostock“ und lässt die Angegriffenen als das wirken, was sie sind, Menschen.⁶⁷ Dennoch wird gerade Retan am persönlichsten verhandelt. Er ist die einzige Person, über mit tiefergehenden Hintergrundinformationen berichtet wird. Auch hinsichtlich Joana erhält die Leserschaft nähere Informationen, die jedoch weniger persönlich als diejenigen über

⁶⁷ bild_92_08_26_s1.

Retan sind. Die Menschen auf den Bildern werden zwar gezeigt, sie sind jedoch prinzipiell austauschbar, da über ihre persönlichen Hintergründe keine Informationen vermittelt werden.

Die Angreifer/-innen werden in einem *BILD*- und einem *FAZ*-Artikel ausführlicher beschrieben. Werden die Täter/-innen mehrfach lediglich oberflächlich als Kollektiv verhandelt, so beschreibt die *BILD* in dem Artikel, in dem sie auch auf Joana und Retan eingeht, einige der Angreifer/-innen genauer:

Sonntagabend, die Nacht bricht herein, jetzt stehe ich draußen – draußen bei den anderen. Leuchtraketen mit pinkem Schweif zischen direkt auf die Polizisten zu – durch Schwaden von Tränengas. „Schmeißt die Bullen kaputt“, schreit ein 18jähriger ganz in Schwarz, Glatze, Springerstiefel. Im Steinhagel und Wasserwerferfontänen drängen 500 Beamte die Radikalen zurück [...]. (bild_92_08_25_s1a)

Der beschriebene 18-Jährige wirkt bedrohlich, auch weil Gewalt sein einziges Ziel zu sein scheint. Diese richtet sich längst nicht nur auf die Asylsuchenden, sondern in dieser Szene vor allem gegen die Polizist(inn)en. Äußerlich beschrieben wird er nach dem damals für männliche Neonazis geläufigen Muster: Glatze und Springerstiefel. Im weiteren Verlauf des Artikels heißt es wie folgt:

Der jüngste Werfer scheint gerade 14 Jahre alt zu sein. Anja (16), geschminkt, enge Jeans: „Toll, endlich geile Action hier!“ Unter einem roten Tuch verummt, ein 18jähriger: „200 Berliner sind gekommen, um uns zu helfen. Aber die Schweine schmeißen mit Gas. Wie sollen wir dagegen ankommen? Aber wir machen die ganze Woche weiter.“ (bild_92_08_25_s1a)

Es fällt auf, dass von den drei in dem Artikel beschriebenen Angreifern und Angreiferinnen keiner über 18 Jahre alt ist, die *BILD* betont gar, dass „der jüngste Werfer“ vermutlich erst 14 Jahre alt sei.⁶⁸ Anja wird tendenziell entpolitisert beschrieben, ihr scheint es mehr um die „geile Action“ zu gehen.⁶⁹ Hierzu passt auch die Beschreibung ihres Äußeren. Schminke und enge Jeans wirken im Vergleich zu Glatze und Springerstiefel wie ein alltägliches Outfit. Der mit dem „roten Tuch“ bekleidete Angreifer hingegen wirkt, ähnlich wie der Angreifer mit Springerstiefeln, gewalttätig und fanatisch. Er sagt zwar, dass er gegen das Gas der Polizei nicht ankommen könne, aber trotzdem „die ganze Woche“ weitermachen würde.⁷⁰ Wichtig ist auch der von ihm selbst gegebene Hinweis auf die 200 anwesenden Berliner/-innen. Hierdurch wird klar, dass es sich bei den Angriffen mit nichts „nur“ um die Proteste besorgter Rostocker Bürger/-innen, sondern vielmehr um gewalttätige Übergriffe auch durch angereiste Personen handelt. Gepaart mit den in dem Artikel beschriebenen Opfern wird den Angreifern und Angreiferinnen in diesem Artikel wenig Sympathie zugesprochen. Vielmehr werden sie als dumpfe Gewalttäter/-innen beschrieben, die ihre blinde Wut nicht nur auf

⁶⁸ bild_92_08_25_s1a.

⁶⁹ bild_92_08_25_s1a.

⁷⁰ bild_92_08_25_s1a.

die Asylsuchenden, sondern auch auf die Polizei richten würden. Hierdurch wird eine Identifizierung mit ihnen und den Angriffen weitestgehend verhindert.

Auch in der *FAZ* werden die Angreifer/-innen und ihre Sympathisant(inn)en auf eine negative Art und Weise beschrieben, so bspw. in einem Artikel vom 26. August 1992:

Der Bevölkerung ist durchaus klar, daß sich inzwischen Randalierer aus ganz Norddeutschland eingefunden haben. Aber in der Mischung aus Wut und Stumpfheit ist jedes Mittel recht. Die Zahl der entschlossenen Gewalttäter ist wohl nicht so groß. Doch in dem Klima von „Zeigt's denen!“ und „Recht so!“ greifen selbst schmächtige Schüler nach den Steinen. Männer von fünfzig Jahren, in Sandalen und Windjacke wie Sinnbilder der Biederkeit, applaudieren dem Zusammenbruch von Recht und Ordnung. Würden sie selbst auch mitmachen? „Na ja, jetzt ist man nicht mehr so flink.“ Und wenn er noch jünger wäre? „Jaa.“ „Und morgen“, sagt ein Polizist, „kommen die gleichen Leute und machen ihre Anzeigen.“ (faz_92_08_26)

Auch die *FAZ* macht klar, dass es sich bei den Gewalttätern und Gewalttäterinnen nicht nur um die Bewohner/-innen Lichtenhagens handelt. Sie beschreibt, wie das Kollektiv sich gegenseitig zur Gewalt aufwiegle, sodass es nicht nur die „entschlossenen Gewalttäter“, sondern auch „schmächtige Schüler“ seien, die sich an den Angriffen beteiligen würden.⁷¹ Im Vorfeld des Zitats wird außerdem beschrieben, dass es bei den Angriffen zu diesem Zeitpunkt „nur noch gegen die Polizei“ gehe, sodass der Gewalt auch hier wieder die vollständige Legitimität genommen wird, da es weniger um politische Ziele als vielmehr um die Lust an der Gewalttätigkeit gehe.⁷² Die Doppelmoral der Angriffe zeigt sich in den beschriebenen „Sinnbilder[n] der Biederkeit“, die sich nur aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters aufs Applaudieren beschränken würden.⁷³ In einem solchen Kontext sei ihnen der „Zusammenbruch von Recht und Ordnung“ genehm.⁷⁴ Nichtsdestotrotz seien sie auch diejenigen, die trotzdem zur Polizei gehen würden, um Dinge anzuzeigen, die ihrem Rechtsempfinden widersprüchen. Die Angreifer/-innen und deren Claqueure und Claqueurinnen werden somit in diesem Artikel als wenig unterstützenswert, sondern vielmehr als gewaltorientiert und scheinheilig dargestellt.

Die unmittelbare Berichterstattung zu den ‚NSU'-Morden

Hinsichtlich der Berichterstattung zu den zwischen 2000 und 2006 begangenen Morden vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ ist zunächst zu erwähnen, dass sich nur die *FAZ* und die *BILD*, nicht aber die *ZEIT* zu diesem Zeitpunkt mit der Mordserie beschäftigt haben. Insgesamt war das Interesse an den Morden aber auch in der *FAZ* (16 Artikel) und *BILD* (5 Artikel) lange nicht so stark aus-

⁷¹ faz_92_08_26.

⁷² faz_92_08_26.

⁷³ faz_92_08_26.

⁷⁴ faz_92_08_26.

geprägt wie nach der Erkenntnis, dass die Morde von Rechtsterrorist(inn)en begangen worden waren.

Die *FAZ* berichtete erstmals am 20. Juni 2005, also fünf Tage nach dem Tod des siebten Opfers, Theodoros Boulgarides, über die Morde. Die Ermordeten wurden hierbei als „ausländische Geschäftsleute“ und „ausländische Kleinunternehmer“ bezeichnet.⁷⁵ Auch sei untersucht worden, ob ein Zusammenhang bestehe, dass „bereits im Januar 1995 ein 47 Jahre alter deutscher Unternehmer im thüringischen Bad Salzungen mit derselben Pistole hingerichtet“ worden sei, mit der auch die Opfer der Mordserie getötet worden sind.⁷⁶ Die Polizei schließe dies eher aus. Es fällt auf, dass hier die Nationalitäten stark betont wurden. Die Opfer der Mordserie werden bspw. als Ausländer beschrieben, während das Opfer aus Bad Salzungen explizit als Deutscher bezeichnet wird. Der nächste Bericht in der *FAZ* erfolgte erst wieder im April 2006. In diesem Monat wurden Mehmet Kubasik und Halit Yozgat mit der in der Mordserie verwendeten Ceska-Pistole erschossen. Am 11. April berichtete die Zeitung, dass Halit Yozgat, „ein 21 Jahre alter Internetcafé-Betreiber aus Kassel“ insgesamt „das neunte Todesopfer seit 2000“ sei.⁷⁷ Die meisten Opfer seien „türkischer Herkunft“, ein Toter „Grieche“ gewesen.⁷⁸ Die *FAZ* erwähnt hier erneut, dass die Opfer ausländischer Herkunft gewesen seien, betont gleichzeitig aber auch, dass Halit Yozgat „Deutscher türkischer Herkunft“ gewesen sei.⁷⁹ Diese Differenzierung ist nicht selbstverständlich, so wurde Halit Yozgat ebenfalls in der *FAZ* am 20. Juni 2006 als „türkischer Betreiber eines Internet-Cafés“ bezeichnet, während er einen Monat später als „21 Jahre alte[r] Deutsche[r]“ verhandelt wurde.⁸⁰ Im August 2007 wurde hingegen über Morde an „türkisch aussehenden Kleinunternehmern“ berichtet und über Halit Yozgat Folgendes geschrieben: „Der Türke hatte im Internetcafé der Familie auf seinen Vater gewartet, als der Täter den Laden betrat“.⁸¹ Am 1. Februar 2008 hieß es wiederum: „Zwischen September 2000 und April 2006 waren acht Türken und ein Grieche erschossen worden“.⁸² Halit Yozgat hatte, wie auch Mehmet Kubasik, die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies wird in einigen Artikeln zur Sprache gebracht, in anderen wiederum nicht. Hierin zeigt sich eine Unsicherheit oder auch ein Nicht-Wissen im Umgang mit Halit Yozgat als Opfer. Er wird nur bedingt als Deutscher wahrgenommen.

⁷⁵ faz_05_06_20.

⁷⁶ faz_05_06_20.

⁷⁷ faz_06_04_11.

⁷⁸ faz_06_04_11.

⁷⁹ faz_06_04_11.

⁸⁰ faz_06_06_20; faz_06_07_15.

⁸¹ faz_07_08_01.

⁸² faz_08_02_01.

nommen. Diese Identität wird durch seinen türkischen familiären Hintergrund überlagert. Mehmet Kubasiks deutsche Staatsangehörigkeit wird an keiner Stelle explizit beachtet. Es scheint hier ein Zögern vorzuerrschen, das es ausschließt, Halit Yozgat und Mehmet Kubasik als deutsche Opfer zu betrachten. Halit Yozgat wird an nur einer Stelle, nämlich in einem Artikel vom 20. Juni 2006, ohne Einschränkung als Deutscher bezeichnet. Ansonsten spielt immer seine Abstammung eine Rolle oder er wird einfach direkt als Türke bezeichnet.

Am 15. Juli 2007 zählte die *FAZ* erstmals die Gemeinsamkeiten der Opfer auf:

Alle Opfer wurden mit der gleichen Waffe erschossen, einer Pistole der Marke „Ceská“, Kaliber 7,65, Typ 83 (in zwei Fällen wurde noch eine weitere Waffe verwendet). Alle Opfer haben Verbindungen zur Türkei: Sechs waren Türken, ein Opfer war Griechen, der nach Angabe der Nürnberger Polizei „aus dem türkisch dominierten Teil Griechenlands“ stammte. Die weiteren Opfer waren Deutsche türkischer Herkunft. (faz_06_07_15)

Auch hier scheint wieder der türkische Hintergrund der Opfer als entscheidend angesehen zu werden. So wird beim griechischen Opfer Theodoros Boulgarides darüber berichtet, dass er laut Polizeiquellen aus dem „türkisch dominierten Teil“ des Landes stamme.⁸³ Wie bereits bei Halit Yozgat und Mehmet Kubasik beobachtet, wird in der Berichterstattung also auch hier wieder das Staatsbürger- vom Abstammungsprinzip überlagert. Dies geht so weit, dass Theodoros Boulgarides’ Herkunft aus einem türkisch geprägten Teil Griechenlands als Verbindung zur Türkei bewertet wird.

Die Fokussierung auf den türkischen Hintergrund wird in einem *FAZ*-Artikel durchbrochen. So berichtete die Zeitung am 1. August 2007 Folgendes:

Es ist ein sonniger Samstag im September 2000, als Enver Simsek die Wohnung verlässt, um einen Freund an dessen Blumenstand am Stadtrand von Nürnberg zu vertreten. Der türkische Familienvater kehrt nie nach Hause zurück: Gegen 12.45 Uhr, rekonstruiert die Polizei später, hat Enver Simsek den Tisch mit Schnittblumen aufgestellt – wenige Sekunden später ist er tot, der Kopf durchsiebt von mehreren Kugeln. (faz_07_08_01)

Es wird zwar betont, dass es sich bei Enver Şimşek um einen „türkische[n] Familienvater“ gehandelt habe. Dies sollte für seine Rolle als Familienvater eigentlich nicht wichtig sein. Dennoch wird auch auf weitere Hintergründe ausführlicher eingegangen. Enver Şimşek wird nicht ‚nur‘ als Türke, sondern auch als Individuum verhandelt. Durch die Beschreibung, wie er an einem sonnigen Tag die Wohnung verlässt und am Blumenstand eines Freundes aushilft, wirkt er nicht mehr so anonym auf die Leserschaft wie in anderen Berichten, in denen er ausschließlich als Türke oder türkischer Kleinunternehmer bezeichnet wird.⁸⁴ Auch die Beschreibung, wie Enver Şimşek in den letzten Minuten seines Lebens die zu verkaufenden Blumen arrangiert habe, lässt die Leser/-innen näher an

⁸³ faz_06_07_15.

⁸⁴ vgl. faz_05_06_20; faz_06_04_12; faz_06_06_20; faz_08_02_01.

ihn heranrücken. Der Mord an ihm wird plötzlich greifbarer, Enver Şimşek ist mehr als nur ein „anonymer Türke“. Er ist ein Mensch, der Blumen zum Verkauf vorbereitete, bevor er ermordet wurde. Infolgedessen kehrte er „nie nach Hause zurück“⁸⁵. Diese Aussage setzt ihn, wie die Bedeutung, dass er Vater war, in einen Kontext als Teil einer Familie und somit in eine Rolle, die einem großen Teil der Leserschaft vertraut ist. Ähnlich verhält es sich etwas später im selben Artikel. Hier wird mit den Worten „als Halits Vater den Laden betritt, findet er seinen ermordeten Sohn“ beschrieben, wie der tote Halit Yozgat, der „im Internetcafé der Familie auf seinen Vater gewartet“ habe, von selbigem ermordet vorgefunden wurde.⁸⁶ Ähnlich wie Enver Şimşek wird auch Halit Yozgat hier in einer privaten und persönlichen Rolle, nämlich als Sohn eines Vaters, beschrieben. Verstärkt wird dieser Eindruck zusätzlich dadurch, dass Halit Yozgat in dem Moment, in dem sein Vater ihn findet, im Artikel nur bei seinem Vornamen genannt wird. Hierdurch entsteht ein weiterer Moment der Nähe zum Opfer, da die Nennung einer Person beim Vornamen etwas sehr Persönliches hat und hierdurch gleichzeitig Halit Yozgats junges Alter (21) unterstrichen wird. Hinzu kommt der bewusst oder unbewusst suggerierte Zufall, durch den Enver Şimşek und Halit Yozgat zu Opfern geworden seien. Enver Şimşek starb, als er einem Freund außerplanmäßig aushalf, Halit Yozgat, als er auf seinen Vater wartete.

Der Artikel schließt mit der folgenden Aussage:

„Wir fühlen uns nicht mehr sicher“, sagt ein türkischer Bäcker aus Nürnberg in die Kamera. Wann der Täter das nächste Mal zuschlagen wird, weiß niemand. Solange die Polizei seinen tödlichen Code nicht geknackt hat, bleibt die Angst ein ständiger Begleiter. (faz_07_08_01)

Es wird berichtet, dass sich viele Mitglieder der deutsch-türkischen Community in Deutschland infolge der Morde nicht mehr sicher gefühlt hätten. Hierdurch werden sie als Opfer sichtbar gemacht. Die Beschreibung der menschlichen Emotion Angst und nicht die Frage ob, sondern „wann der Täter das nächste Mal zuschlagen wird“ definiert Menschen mit türkischer Abstammung als eine vulnerable und in diesem Artikel sichtbare Opfergruppe innerhalb Deutschlands.⁸⁷

Die *BILD* berichtete erstmals am 18. Juni 2005, zwei Tage früher als die *FAZ*, über die Mordserie. Die *BILD*-Artikel in der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden wurden fast ausschließlich von Jörg Völkerling verfasst.⁸⁸ Unter der Überschrift „Das ist schon sein 7. Opfer“ in-

⁸⁵ faz_07_08_01.

⁸⁶ faz_07_08_01.

⁸⁷ faz_07_08_01.

⁸⁸ Völkerling ist bekannt dafür, teilweise zweifelhafte Methoden zu nutzen und sensationalisierend zu berichten. So wurde er vom Wettermoderator Jörg Kachelmann erfolgreich verklagt, da er von die-

formierte sie ihre Leserschaft über die Ermordung Theodoros Boulgarides'.⁸⁹ Auch für die *BILD* scheint der türkische Hintergrund der Ermordeten der wichtigste Faktor gewesen zu sein. So schrieb sie: „Die ersten sechs Opfer: türkische Geschäftsmänner. Diesmal richtete der Killer einen Griechen hin. Eine tödliche Verwechslung?“⁹⁰

Es lässt sich somit auch hier das bereits in der *FAZ* beobachtete Prinzip, dass die Morde hinsichtlich der Verbindungen der Opfer zur Türkei interpretiert wurden, feststellen. Da Theodoros Boulgarides Griech war, suggerierte die *BILD*, dass es sich bei seinem Tod um eine Verwechslung gehandelt haben könnte. Gepaart mit der Aussage im weiteren Verlauf des Artikels, die ersten sechs Opfer seien „in Geschäfte mit einem türkisch-kurdischen Drogenring verwickelt“ gewesen, zeichnet sich so das Bild eines unbescholtenden Griechen, der durch eine Verwechslung im Zuge von türkischen Drogenstreitigkeiten ermordet worden sei. Dies bedeutet im Umkehrschluss eine gleichzeitige Kriminalisierung der türkischstämmigen Opfer. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Darstellung der Opfer in besagtem Artikel. So heißt es über Theodoros Boulgarides wie folgt:

Theodorous [sic] B. (41) arbeitete abends in seinem Schlüsseldienst-Laden in München. Um 18.25 kam der Killer. Es war taghell, als er den Laden betrat, in der Hand die tschechische „Ceská“-Pistole, Kaliber 7,65. Er schoß sofort! Das Opfer sackte mit drei Kopfschüssen hinter dem Verkaufstresen zusammen – tot! Der Vater zweier Töchter (15, 18) hatte den Laden erst am 1. Juni eröffnet. (bild_05_06_18_s3)

Die *BILD* lässt ihre Leserschaft an der Person Theodoros Boulgarides teilhaben. Sie beschreibt seinen Tod recht detailliert, betont seine Rolle als Familienvater und merkt an, dass er seinen Laden erst kurz vor seiner Ermordung eröffnet hätte. In einem totalen Kontrast hierzu steht die direkt darauf folgende Schilderung der Ermordung İsmail Yaşars:

Nur sieben Tage zuvor töteten Kugeln aus derselben Waffe den Türken Ismail Y. (50) in seinem Döner-Laden in Nürnberg. Zeugen beobachteten einen weinroten BMW. Schon vorher wurden fünf türkische Geschäftsleute getötet. (bild_05_06_18_s3)

Die Beschreibung des Opfers İsmail Yaşar ist unvergleichlich distanzierter als die des Opfers Theodoros Boulgarides. Die einzigen persönlichen Informationen über İsmail Yaşar sind, dass er einen Dönerladen hatte und Türke war. Die Distanziertheit gegenüber den Ermordeten mit türkischem Hintergrund zeigt sich auch in der Bebilderung des Artikels. Es ist ein großer Fotoausschnitt von Theodoros Boulgarides abgedruckt, der ihn anscheinend mit einer Schwimmweste, also möglicherweise in einer Urlaubssituation zeigt. Er lächelt in die Kamera. Das Foto ist mit den Worten „Grie-

sem in der Untersuchungshaft, in der er wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung saß, unerlaubt ein Foto während des Hofgangs gemacht und veröffentlicht hat.

⁸⁹ bild_05_06_18_s3.

⁹⁰ bild_05_06_18_s3.

che Theodorous [sic] B. (†41) kam als Kind mit seinen Eltern nach München. Er hat zwei Töchter“⁹¹ beschrieben. Auch hier sind Informationen über Theodoros Boulgarides’ Leben veröffentlicht worden. Anders gestaltet sich dies jedoch bei den anderen Opfern. Sie sind ebenfalls alle mit Fotos dargestellt, die jedoch jeweils ungefähr einem Sechstel der Größe des Fotos von Theodoros Boulgarides entsprechen. Auch handelt es sich bei allen Aufnahmen um Passfotos oder ähnliche Fotografien. Die Bilder sind alle mit dem gleichen standardmäßigen Schema beschriftet: Todesdatum, Profession, Name, Alter, Ort der Ermordung.⁹² Es wird kein Gefühl der Nähe zu Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut und İsmail Yaşar erzeugt, da die Individualität dieser Opfer hinter den nüchternen Fakten verschwindet.

Man kann an dieser Stelle argumentieren, dass sich die *BILD* auf das Opfer Theodoros Boulgarides konzentriert hat, da er das zu jenem Zeitpunkt letzte Mordopfer des ‚NSU‘ war. Diese Lesart scheint aber nur bedingt stichhaltig, da İsmail Yaşar nur eine Woche vor Theodoros Boulgarides ermordet worden war, sein Tod also ähnlich aktuell war und nicht groß darüber berichtet wurde. Die distanzierte Darstellung der ersten sechs Ermordeten verhinderte, dass sie im Vergleich zu Theodoros Boulgarides als gleichermaßen zu betrauernde Opfer wahrgenommen wurden. Ihre Biografien verschwanden somit hinter der Vermutung, „ihre Läden sollen als Rauschgift-Depots gedient haben. Möglicherweise mußten sie sterben, weil sie Geschäfte auf eigene Faust gemacht haben“.⁹³ Auf die vermeintlichen Mordmotive und die Kriminalisierung der Opfer wird an späterer Stelle noch näher eingegangen.

Der nächste Artikel über die Mordserie erschien im April 2006 als Reaktion auf die Ermordung Halit Yozgats.⁹⁴ Hier erfolgte eine ähnliche Visualisierung der Opfer wie im zuvor beschriebenen Artikel, mit dem Unterschied, dass Theodoros Boulgarides keine Sonderstellung unter den Ermordeten mehr einnahm. Sein Foto hatte nun die identische Größe wie die Fotografien der anderen Ermordeten, auch die Informationen über ihn beschränkten sich nun auf ein bereits beschriebenes ähnliches Schema. In diesem Artikel ist Halit Yozgat ein großes Foto gewidmet. Abgesehen von der Information im Fließtext, er sei in Deutschland geboren, gehen aber weder aus dem Artikel noch aus der Bildbeschreibung nähere Informationen über seine Person hervor.⁹⁵

⁹¹ bild_05_06_18_s3.

⁹² bild_05_06_18_s3.

⁹³ bild_05_06_18_s3.

⁹⁴ bild_06_04_12_s3.

⁹⁵ bild_06_04_12_s3.

Bei einer Analyse der medialen Darstellung der Opfer der Mordserie vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ ist es notwendig, auf die Beschreibung der Anschläge als sog. ‚Dönermorde‘ zu rekurrieren. In den 16 *FAZ*-Artikeln zu der Mordserie kommt das Wort ‚Dönermord(e)‘ insgesamt siebenmal, jeweils in Anführungszeichen, vor.⁹⁶ In der *BILD* ist das Wort ‚Dönermorde‘ so nicht zu lesen, sehr wohl jedoch andere Begriffe in Verbindung mit dem Wort ‚Döner‘. So nutzte sie in fünf Artikeln über die Morde viermal das Wort „Döner-Killer“, ein einziges Mal das Wort „Dönerbande“ und ein anderes Mal auch das Wort „Döner-Mörder“⁹⁷. Ein Artikel schließt außerdem mit der Bemerkung, der Nürnberger Leiter der ‚Soko Bosporus‘ habe schon seit Langem keinen Döner mehr gegessen.⁹⁸ Es ist zu betonen, dass diese Begrifflichkeiten nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ nicht verschwanden, sondern in den ersten Tagen danach sogar vermehrt veröffentlicht wurden, bevor sie das letzte Mal am 17. November 2011 unreflektiert Anwendung fanden. Zwischen dem 12. und dem 17. November 2011 erschien der Begriff ‚Dönermorde‘ elfmal in der *BILD*⁹⁹, 13-mal in Anführungszeichen in der *FAZ*¹⁰⁰ und zweimal in Anführungszeichen in der *ZEIT*.¹⁰¹ Die Nutzung des Wortes ‚Döner‘ für die Beschreibung der Mordserie und damit ihrer Opfer weist auf eine starke Verkürzung und eine Bagatellisierung der Morde hin. Die Toten werden mit Dönnern assoziiert, obwohl nur ein Teil der Ermordeten in Dönerrestaurants gearbeitet hatten. Hierdurch ist eine klischeebehaftete Reduzierung einer gesamten Bevölkerungsgruppe auf einen Imbiss erfolgt. Den Opfern wird ihre Individualität abgesprochen, da sie alle unter der vermeintlichen Gemeinsamkeit ‚Döner‘ vereinheitlicht werden. Durch die Verweigerung der Anerkennung dieser Opfer als Individuen wurden diese entmenschlicht. Setzen die *FAZ* und *ZEIT* die Begrifflichkeit noch in Anführungszeichen und zeigen hierdurch zumindest eine scheinbare diesbezügliche Distanzierung, so hat die *BILD* die mit dem Wort des Döners verbundenen Beschreibungen fast ausschließlich ohne Anführungszeichen ausgeführt. Die Häufigkeit, mit der diese Begrifflichkeiten in der *FAZ* und *BILD* auch noch nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ genutzt wurde, lässt darauf schließen, dass sie mehr oder weniger in den alltäglichen medialen Sprachgebrauch eingegangen war.

Neben der direkten Beschreibung der Opfer wurde in der *FAZ* und *BILD* auch breit über das Motiv hinter den Morden spekuliert. Hierbei kam es zu expliziten und impliziten Bewertungen der Opfer

⁹⁶ faz_06_07_15; faz_07_08_01; faz_08_02_01; faz_09_12_14; faz_09_12_14b.

⁹⁷ bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6; bild_06_07_14_s6.

⁹⁸ bild_06_04_13_s6.

⁹⁹ bild_11_11_12_s7a; bild_11_11_12_s7b; bild_11_11_14_s8d; bild_11_11_15_s8a; bild_11_11_15_s8b; bild_11_11_15_s8c; bild_11_11_16_s8a.

¹⁰⁰ faz_11_11_12; faz_11_11_12b; faz_11_11_15d; faz_11_11_16b.

¹⁰¹ zeit_11_11_17c.

und der Täter/-innen, da die Gründe für die Morde vielfach bei den Ermordeten selbst gesucht wurden. Am 12. April 2006 berichtete die *FAZ*, dass der Dortmunder Staatsanwalt nach dem Mord an Mehmet Kubasik eine Gemeinsamkeit zwischen den Ermordeten betont habe:

Der Dortmunder Staatsanwalt Heiko Artkämper hatte nach der Bluttat in der westfälischen Großstadt Anfang April eine weitere Gemeinsamkeit aufgetan: Einige der Opfer hatten vor der Tat über gesundheitliche Beschwerden geklagt, oder über eine Geschäftsaufgabe nachgedacht. Was sich daraus folgern ließe, sagte Artkämper allerdings nicht. (faz_06_04_12)

Andere Gemeinsamkeiten seien gewesen, dass die Mordwaffe immer dieselbe gewesen sei, es keine Zeug(inn)en für die Morde gegeben habe, ein Motiv nicht erkennbar sei und es keine Verbindungen zwischen den Toten gebe. Hinzu kommt laut BKA, dass alle Ermordeten ein Kleingewerbe betrieben, bis auf Theodoros Boulgarides alle Opfer Verbindungen zur Türkei gehabt hätten und die Morde immer tagsüber am Arbeitsplatz erfolgt seien.¹⁰² Durch die Ausführungen des Dortmunder Staatsanwalts wird suggeriert, dass die Morde etwas mit geplanten Geschäftsauflösungen zu tun gehabt haben könnten, auch wenn die *FAZ* betont, dass aus dieser Aussage keine direkte Folgerung abgeleitet werden könne. Im weiteren Verlauf des Artikels wird der Kasseler Polizeisprecher Wolfgang Jungnitsch mit seiner Aussage zitiert, dass sich keine „Anhaltspunkte für Schutzgelderpressungen oder Drogengeschäfte“ ergeben hätten.¹⁰³ Auch sei „keines der Opfer wohlhabend gewesen“¹⁰⁴. Legt diese Interpretation nahe, dass die Opfer nicht in kriminelle Geschäfte verwickelt waren, so nennt die *FAZ* im Artikel zwei weitere Quellen, die dies bezweifeln. So gehe ein Kriminalpsychologe „von organisierter Kriminalität“¹⁰⁵ aus. Das BKA vermute, „daß es um Erpressung geht“, und betone, dass die Ermordeten selbst nicht zwangsläufig die Erpressten sein müssten.¹⁰⁶ Möglicherweise hätten die Täter/-innen Angst verbreiten wollen.¹⁰⁷

Eine ähnliche Interpretation kristallisierte sich am 27. April 2006 in einer kurzen Mitteilung der *FAZ*, dass die Belohnung für Hinweise auf die Täter/-innen auf 300.000 Euro erhöht worden sei, heraus. Ein Sprecher des bayerischen Innenministers habe hierzu Folgendes gesagt: „[...] die hohe Summe soll mögliche Erpressungsopfer dazu bringen, ihr Schweigen zu brechen“¹⁰⁸. Zusätzlich wurde noch einmal betont, die Behörden glaubten, „daß die Morde an acht Türken und einem Gri-

¹⁰² faz_06_04_12.

¹⁰³ faz_06_04_12.

¹⁰⁴ faz_06_04_12.

¹⁰⁵ faz_06_04_12.

¹⁰⁶ faz_06_04_12.

¹⁰⁷ faz_06_04_12.

¹⁰⁸ faz_06_04_27.

chen etwas mit organisierter Kriminalität zu tun haben könnten“¹⁰⁹. In einem Artikel vom 15. Juli 2006 wurde diese Lesart dadurch eingeschränkt, dass die *FAZ* berichtete, die „Sonderkommission Bosporus“ habe „einen Motivkatalog mit dreizehn möglichen Motiven erstellt, von Rauschgift- über Menschenhandel bis hin zu Rechtsradikalismus“¹¹⁰.

Zwar dominierte nach wie vor die Interpretation, die Ermordeten seien Opfer organisierter Kriminalität geworden, doch wurde an dieser Stelle vom Primat der Schutzgelderpressung abgesehen. Des Weiteren wurde hier zum ersten und einzigen Mal in den in dieser Arbeit untersuchten Artikeln von „Rechtsradikalismus“ als einem möglichen Motiv für diese Mordserie gesprochen.¹¹¹ Dieser stand also zumindest ein einziges Mal in der Sphäre des Sagbaren. Dass diesem Motiv jedoch nicht weiter nachgegangen wurde, verdeutlicht, dass Rechtsextremismus als Motiv bzw. die damit verbundene Entkriminalisierung der Ermordeten nicht wirklich denkbar erschien und somit auch nicht in Betracht gezogen wurde.

Am 1. August 2007 berichtete die *FAZ*, es gebe bei den Morden kein erkennbares Motiv und keine Parallelen zwischen den Opfern. Somit lässt sich erkennen, dass an dieser Stelle der Hintergrund organisierter Kriminalität als nicht zwangsläufig realistisch angesehen wurde. Vielmehr stünden die Ermittler vor einem Rätsel.¹¹² Dies änderte sich noch einmal am 14. Dezember 2009. Hier berichtete die Zeitung über eine vermeintlich neue Spur.¹¹³ So gehe das BKA von einem „Zusammenhang mit Wettbetrügereien und verschobenen Fußballspielen“ aus.¹¹⁴ In der Türkei sei ein Mord im Auftrag eines Wettpaten erfolgt, den die Ermittler/-innen im Zusammenhang mit der Mordserie sähen, sich aber aufgrund der laufenden Ermittlungen nicht ausführlich äußern könnten.¹¹⁵ Die *FAZ* erwähnte hierzu Folgendes:

Mit der Spur ins Wettermilieu könnte sich erstmals ein Motiv für die rätselhafte Mordserie ergeben. Die Ermittlungen der Bochumer Staatsanwaltschaft zum Wettskandal hätten ergeben, dass die Verdächtigen nicht nur Fußballspiele verschoben und bei illegalen Glücksspielen betrogen haben sollen. Säumigen Wettschuldnern sollen sie auch mit großer Brutalität entgegengetreten sein. (faz_09_12_14)

Den Opfern wurden an dieser Stelle aufgrund vager Polizeiaussagen Verbindungen zum (möglich-erweise illegalen) Glücksspiel unterstellt. Somit wurden sie zwar nicht als Kriminelle verhandelt,

¹⁰⁹ faz_06_04_27.

¹¹⁰ faz_06_07_15.

¹¹¹ faz_06_07_15.

¹¹² faz_07_08_01.

¹¹³ faz_09_12_14.

¹¹⁴ faz_09_12_14.

¹¹⁵ faz_09_12_14.

jedoch als Personen, die aufgrund nicht gezahlter Schulden einen Anlass für ihre Ermordung liefert hätten. Diese vermeintliche Verbindung wurde am 2. Januar 2010 schließlich in einem Artikel, der sich nicht mit den Morden, sondern mit dem Thema der Spielsucht auseinandersetzte, in einem Satz dementiert.¹¹⁶

Ähnlich wie die *FAZ* beschäftigte sich auch die *BILD* zunächst mit der Motivsuche im Bereich der Rauschgiftkriminalität. So schrieb sie am 18. Juni 2005, ein „Auftragsmörder“ schieße sich durch Deutschland, seine Auftraggeber seien „vermutlich Drogenbosse“.¹¹⁷ Im selben Artikel wurde ein Ermittler wie folgt zitiert: „Der Täter ist hochgefährlich, kaltschnäuzig und risikofreudig. Sein Anliegen ist die Tötung eines Menschen. Es geht um Drogen, Geldwäsche und Schutzgeld“.¹¹⁸ Wie bereits an früherer Stelle erwähnt, führte die *BILD* weiter Folgendes aus:

Nach *BILD*-Informationen waren die ersten sechs Opfer in Geschäfte mit einem türkisch-kurdischen Drogenring verwickelt. Ihre Läden sollen als Rauschgift-Depots gedient haben, Möglicherweise mußten sie sterben, weil sie Geschäfte auf eigene Faust machten. (bild_05_06_18_s3)

Die *BILD* ließ ihre Leserschaft nicht wissen, woher ihre Informationen stammen: Sie unterscheiden sich jedoch nicht allzu sehr von der Aussage des zuvor zitierten Ermittlers. Die Opfer werden an dieser Stelle kriminalisiert. Einerseits hätten sie gegen geltendes Recht verstoßen, indem sie ihre Läden als Drogenlager zur Verfügung gestellt haben. Andererseits seien sie jedoch noch ein Stück weitergegangen und hätten versucht, die Drogengeschäfte in die eigene Hand zu nehmen, sodass sie nicht mehr nur die Drogenlagerung, sondern auch ihre Distribution übernommen hätten. Hiermit hätten sie sich sowohl strafbar gemacht als auch ihre Ermordung provoziert, da sie versucht hätten, sich gegen die Drogenmafia aufzulehnen. Diese Darstellung stellte sich im Nachhinein als haltlose Vermutung heraus.

Am 12. April 2006 veröffentlichte die *BILD* vier Theorien für ein Motiv: eine Beteiligung der Drogenmafia, ein Mitwirken der organisierten Kriminalität, die Erpressung von Schutzgeld und eine Involvierung der Opfer in Geldwäsche.¹¹⁹ Zur Theorie der Drogenmafia wurde Wolfgang Geier, Leiter der ‚Soko Bosporus‘, mit folgender Aussage zitiert:

„Mehrere Opfer hatten zu denselben Menschen Kontakt. Nicht ausgeschlossen, daß sie in der Drogenszene aktiv waren. Die Opfer sind kleine Lichter am Ende einer Kette. Wo sie Fehler gemacht haben, wissen wir noch nicht. (bild_06_04_12_s3)

¹¹⁶ faz_10_01_02b.

¹¹⁷ bild_05_06_18_s3.

¹¹⁸ bild_05_06_18_s3.

¹¹⁹ bild_06_04_12_s3.

Es fällt auf, dass auch hier wieder Vermutungen als Tatsachen verhandelt werden. Aufgrund angeblicher Kontakte zu denselben Personen Menschen werden die Opfer als Mitarbeiter der Drogenmafia bezeichnet. Mehr Beweise werden an dieser Stelle nicht geliefert, sie reichen aber offensichtlich aus, um zu behaupten, dass die Opfer „kleine Lichter“ in der Rauschgiftkriminalität seien und in jedem Fall an irgendeiner Stelle „Fehler“ gemacht hätten.¹²⁰ Zur zweiten Theorie, einer Verbindung zur organisierten Kriminalität im Allgemeinen, schreibt die *BILD* Folgendes:

Ein Ermittler: „Viele Opfer hatten Kontakt zu einer Im- und Export-Firma in der Türkei.“ Sie sollen Geld in die Firma investiert haben. Der Ermittler: „Ihnen wurden Renditen bis zu 15 Prozent versprochen, wenn sie bei illegalen Geschäften wie Waffenschmuggel und Menschenhandel mithalfen.“ (bild_06_04_12_s3)

Auch hier fällt die Alternativlosigkeit mit der die These vorgetragen wird direkt ins Auge. Tatsachen, von denen heute bekannt ist, dass sie eben keine Tatsachen waren, werden mit detaillierten Angaben angeblicher Renditen präsentiert. Der Kontakt zu einer „Im- und Exportfirma in der Türkei“ scheint an dieser Stelle bereits auszureichen, um die Opfer zu kriminalisieren.¹²¹ Es wird seitens der *BILD* kein kritischer Einspruch erhoben, dass Besitzer von Kleinunternehmen mit türkischem Hintergrund möglicherweise aus rein geschäftlichen und legalen Gründen Kontakt zu Im- und Exportfirmen haben könnten. Auch auf die dritte Theorie, Schutzgelderpressung, wird näher eingegangen:

Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer (62): „Schutzgeld als Motiv liegt auf der Hand. Es kann sein, daß die Getöteten gar nicht zu den Erpreßten gehörten. Die Organisation hat sie vielleicht zur Abschreckung benutzt. Ihre Opfer wählt sie völlig willkürlich aus. Deshalb kann die Polizei auch keine Verbindung finden – es gibt keine.“ (bild_06_04_12_s3)

Wieso aus Sicht des zitierten Kriminalforschers¹²² eine Schutzgeldproblematik auf der Hand liegt, wird nicht weiter begründet.¹²³ Durch diese Aussage wird aber auch hier wieder eine Alternativlosigkeit ausgedrückt. Dies ist die einzige der vorgestellten Theorien, die die Opfer nicht kriminalisiert. Trotzdem rückt sie diese in eine Parallelwelt, innerhalb derer Schutzgelderpressung außerhalb der „deutschen“ Gesellschaft stattfindet. Zur vierten Theorie, der Geldwäsche, bemerkt die *BILD* Folgendes:

Kriminalrat Peter Grösch aus Nürnberg: „Wir hinterfragen den Finanzstatus der einzelnen Opfer, um eventuell auf ein Motiv zu stoßen. Schwierig, weil alle Opfer eine chaotische Buchführung hatten.“ (bild_06_04_12_s3)

¹²⁰ bild_06_04_12_s3.

¹²¹ bild_06_04_12_s3.

¹²² Zu beachten ist, dass Prof. Pfeiffer sich im Nachhinein, wie aus Kapitel 2.1.4 hervorgeht, durchaus kritisch mit seiner Rolle und der Rolle der Ermittlungsbehörden auseinandergesetzt hat.

¹²³ bild_06_04_12_s3.

Für das Motiv der Geldwäsche gab es zwar kein eindeutiges Indiz, dennoch wurden auch hier die Opfer wieder kriminalisiert. Die Tatsache, dass ihnen bislang keine Geldwäsche nachgewiesen werden konnte, wird mit ihrer chaotischen Buchführung begründet. Insgesamt fällt auf, dass sich die vier Theorien, obwohl jede als mehr oder weniger gesichert präsentiert wird, widersprechen. Ist bei der ersten Theorie die Rede von gemeinsamen Kontakten und bei der zweiten Theorie von Verbindungen zu einer Import- und Exportfirma, wird bei der dritten Theorie festgestellt, dass es keine Verbindungen zwischen den Opfern gab. Auch der Umstand, dass vier als sicher geltende Theorien existieren, mutet seltsam an. Entweder müssten sich die Theorien gegenseitig ausschließen oder man unterstellte, dass die Opfer sowohl Kontakte zur Drogenmafia als auch zur organisierten Kriminalität im Allgemeinen hatten, von ihnen Schutzgeld erpresst wurde und sie in der Geldwäsche tätig waren. Dennoch wurden die Theorien kritiklos aus polizeilichen Berichten übernommen und als vermeintliche Wahrheit präsentiert. Einen Tag später wurde in einem anderen Artikel noch einmal klargestellt, dass „Schutzgelderpressung und Drogenhandel [...] zu den möglichen Hintergründen der Tat“ gehören würden.¹²⁴ Des Weiteren wurde der Leiter der ‚Soko Bosporus‘ zitiert, der aussagte, dass er „aber auch noch vier weitere Theorien nennen“ könne.¹²⁵ Offensichtlich ist also Folgendes: die am Tag zuvor genannten vier Theorien waren nicht die einzigen. Es waren aber diejenigen, die von den Behörden weitergegeben bzw. von der *BILD* veröffentlicht wurden. Gemeinsam haben allen Theorien, dass sie die Opfer als Kriminelle bzw. als im Umfeld von Kriminellen stehende Personen verhandelten. Ob dies bei den weiteren Theorien, von denen der Soko-Leiter gesprochen hat, auch der Fall war, ist an dieser Stelle nicht zu klären.

Am 26. April 2006 veröffentlichte die *BILD* ein Interview mit dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein (CSU), in dem die Mordserie diskutiert wurde. Hierbei äußerte Beckstein, dass Spürhunde in den Wohnungen einiger Opfer Rauschgiftrückstände gefunden hätten, es aber auch „Hinweise auf illegales Glücksspiel“ gebe.¹²⁶ Da zwischen den Opfern jedoch keine Verbindungen festgestellt werden konnte, ermitte man nun intensiver in Richtung Schutzgelderpressung.¹²⁷ Auf die Frage, ob er von weiteren Opfern ausgehe, antwortete Beckstein wie folgt:

„Es muß in Deutschland Leute geben, die vor Angst zittern. Und wenn jemand bedroht wird und nicht von allen guten Geistern verlassen ist, muß er doch zur Polizei gehen, damit er nicht Opfer zehn und elf wird.“ (bild_06_04_26_s8)

¹²⁴ bild_06_04_13_s6.

¹²⁵ bild_06_04_13_s6.

¹²⁶ bild_06_04_26_s8.

¹²⁷ bild_06_04_28_s8.

Den Opfern wurde somit indirekt die Schuld für ihre Ermordung gegeben. Folgt man den Ausführungen Becksteins, der sich auf organisierte Kriminalität festlegte, hätten die Ermordeten ihre Tötung verhindern können, wenn sie zur Polizei gegangen wären. Beckstein war somit offensichtlich fest davon überzeugt, dass es in der türkischen Gemeinde in Deutschland ein mehr oder weniger offenes Geheimnis gewesen sei, wer der oder die Täter/-innen sind, wie seine Antwort auf die Frage, ob es Hinweise aus der türkischen Gemeinde gebe, zeigt: „Das wundert mich ja so sehr: Wo wir hinkommen heißt es ‚Mein Name ist Hase ...‘ Niemand hat sich bisher mit der Bitte um Schutz an die Polizei gewendet“.¹²⁸ Hier wurde das Bild einer türkischen Parallelgesellschaft in Deutschland gezeichnet, die die Kooperation mit den Behörden verweigerte. Die Idee, dass die deutschen Türk(inn)en keine Hinweise auf die Täter/-innen liefern können, weil sie diese schlicht gar nicht kennen, entwickelte weder die *BILD* noch Günther Beckstein. Beckstein betonte hinsichtlich der ausgelobten Belohnung für entscheidende Hinweise Folgendes: „„300 000 Euro sind eine Menge Geld für Leute aus dem Milieu. Es soll ein Anreiz sein, einen Berufskiller zur Strecke zu bringen“.“¹²⁹ Auch hier zeigt sich wieder, wie fokussiert die Ermittler/-innen, aber auch die Medien, hier an erster Stelle die *BILD*-Zeitung, auf die Theorie der organisierten Kriminalität waren. Ohne ein kritisches Hinterfragen ging man automatisch und fälschlicherweise direkt davon aus, dass es ein „Berufskiller“ sei, der zur Strecke gebracht werden müsse.¹³⁰ Was genau Beckstein mit „Milieu“ meinte, ist nicht eindeutig. Einerseits könnte er ein anderes Wort für die organisierte Kriminalität verwendet haben. Andererseits schließt die Aussage direkt an die Aussagen über das Verhalten der türkischen Gemeinde an, sodass Beckstein das ‚türkische Milieu‘ gemeint haben könnte, dass seiner Auffassung nach bisher beharrlich geschwiegen hatte. Zu klären ist diese Frage nicht, in jedem Fall ist seine Aussage aber missverständlich.

Eine Diskussion über die mutmaßlichen Täter, ohne dass hier über vermeintliche Verstrickungen der Opfer nachgedacht worden wäre, hat auch stattgefunden. So schrieb die *FAZ* am 20. Juni 2005 Folgendes:

Die Sonderkommission „Halbmond“ hat weitere Phantombilder von Männern erstellt, die möglicherweise mit der Ermordung ausländischer Geschäftsleute in Verbindung stehen. Zeugen hatten am 9. Juni, am Tag des Mordes an einem Dönerstandbetreiber¹³¹ in Nürnberg, zur Tatzeit zwei Fahrradfahrer vor dem Imbiß beobachtet. Wie die Polizei am Sonntag mitteilte, muß davon ausgegangen werden, daß die beiden mit der Tat in Verbindung stehen. Ein Sprecher der Münchner Polizei wies auf die auffällige Ähnlichkeit der Gesichter der beiden Männer zu einem

¹²⁸ bild_06_04_26_s8.

¹²⁹ bild_06_04_26_s8.

¹³⁰ bild_06_04_26_s8.

¹³¹ Hierbei ist İsmail Yaṣar gemeint.

am Freitag veröffentlichten Phantombild hin. Dieses zeigt einen Mann, der kurz vor dem Mord an einem 41 Jahre alten Schlüsseldienst-Mitarbeiter am Mittwoch in München vor dem Geschäft im Gespräch mit dem Opfer gesehen worden war. Wie bei dem Mann in München war Zeugen auch bei den Fahrradfahrern in Nürnberg jeweils ein dunkler Rucksack aufgefallen. Die beiden Männer sind etwa 20 bis 30 Jahre alt, 1,85 bis 1,90 Meter groß, auffallend schlank und haben kurze Haare. (faz_05_06_20)

Es wäre gut möglich, dass die Zeug(inn)en hier tatsächlich Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos beschrieben haben. Die Beschreibung ähnelt beiden. Auch das Vorgehen, die Tatorte mit Fahrrädern zu verlassen, wurde von ihnen praktiziert. Insgesamt scheint die Darstellung der mutmaßlichen Täter recht distanziert. Auch lassen sich keine Hinweise darauf entdecken, dass die Täter aus der organisierten Kriminalität stammen könnten. Es wurden keine Mutmaßungen angestellt, sondern Zeugenaussagen präsentiert. Des Weiteren wurde betont, dass die mutmaßlichen Täter von Nürnberg auffallende Ähnlichkeiten zum mutmaßlichen Täter von München hätten. Insgesamt überwiegt eine nüchterne Beschreibung, ohne dass die *FAZ* damit angefangen hätte, Mutmaßungen anzustellen. Ein knappes Jahr später, am 15. April, ging die *FAZ* noch einmal ausführlicher auf die Phantombilder ein und zitierte die Aussage der Polizei, dass nach dem Mord an Halit Yozgat aufgrund selbiger „die ‚abstrusesten Hinweise‘“ bei ihnen eingegangen seien.¹³² Was dies genau bedeutet, wurde nicht weiter ausgeführt, jedoch betonte die Polizei nochmals ihre Vermutung, dass sich aus den Zeugenaussagen keine heiße Spur ableiten ließe.¹³³ Am 15. Juli 2007 nahm die *FAZ* noch einmal Bezug auf die bereits am 20. Juni 2005 veröffentlichten Zeugenaussagen hinsichtlich der mutmaßlichen Täter:

Zeugen haben zwei Fahrradfahrer vor dem Dönerstand [von İsmail Yaşar] gesehen. Die beiden Männer, die dunkle Rucksäcke trugen, waren zuvor bemerkt worden, als sie einen Stadtplan studierten. Beide Männer sollen zwischen 25 und 35 Jahren alt sein, 185 bis 190 Zentimeter groß, mit dunklen kurzen Haaren und auffallend schlank. Sie sollen sich sehr ähnlich sehen. Nach der Tat wurden sie beobachtet, wie sie Fahrräder und Rucksäcke in einen schwarzen Transporter luden und davonfuhren. Den Wagen hatten sie zwei Tage zuvor auf einem abgelegenen Parkplatz abgestellt. Diese Spur verfolgt die Polizei nach wie vor, wobei weiterführende Hinweise aus der Bevölkerung bislang – trotz der Veröffentlichung von Phantombildern – nicht eingingen. Immerhin glaubt die Polizei, mit den beiden zumindest für den einen Nürnberger Mordfall die tatsächlichen Täter zu verfolgen. (faz_06_07_15)

Zu einem Zeitpunkt, an dem sowohl in der *FAZ* als auch in der *BILD* nur mangelhaft belegte Theorien über die Mordmotive und die Verstrickung der Opfer in kriminelle Machenschaften bereitgestellt werden konnten, ist auch hier die Beschreibung der mutmaßlichen Täter wiederum sehr nüchtern und sachlich. Es wird auch darauf Bezug genommen, dass die Polizei sich ihrer Sache alles andere als sicher sei, wie aus der Aussage, dass sie glaube „zumindest für den einen Nürnberger

¹³²

faz_06_04_15.

¹³³

faz_06_04_15.

Mordfall die tatsächlichen Täter zu verfolgen“, hervorgeht.¹³⁴ Die Unsicherheiten der Ermittler/-innen werden in diesem Kontext verstärkt betont. Die Hinweise, die aus dem Artikel aus dem Jahr 2005 hervorgingen, wurden in diesem Artikel noch durch Aussagen ergänzt, die Täter hätten ihre Fahrräder in einen zwei Tage zuvor geparkten schwarzen Transporter geladen.

Die *BILD* veröffentlichte am 18. Juni 2005, also zwei Tage vor dem *FAZ*-Artikel, in dem von zwei mutmaßlichen Tätern die Rede war, die nachfolgende Täterbeschreibung: „Der Täter soll Mitte 30 sein, 1,75 m groß und sportlich. Er hat schwarze Haare und eine auffällige Hakennase“.¹³⁵ Einen Ursprung der Täterbeschreibung nennt die *BILD* nicht, die Leserschaft weiß somit nicht, welche die Quelle des folgenden Phantombildes ist, das im Artikel abgedruckt wurde:



Abbildung 5: Foto, Phantombild I', Quelle: *BILD* vom 18.06.2005, S. 3.

Des Weiteren fällt auf, dass die *BILD* sich selbst widerspricht. Schreibt sie noch im Artikel, dass die abgebildete Person „der Täter“ sei, so informiert sie unter dem Foto, dass der Mann als „Zeuge“ gesucht werde und versieht diese Aussage mit der eigenen Frage: „[...] oder ist er sogar der Täter?“¹³⁶. Hierbei liefert sie keine weiteren Informationen, warum es sich bei der Person um den Täter handeln könnte, äußert also lediglich Mutmaßungen. Am 12. April 2006 veröffentlichte sie folgende Phantombilder:

¹³⁴ faz_06_07_15.

¹³⁵ bild_05_06_18_s3.

¹³⁶ bild_05_06_18_s3.



Abbildung 6: Foto „Phantombild II“, Quelle: *BILD* vom 12.04.2006, S. 3.

Dies war der nach dem vorherigen besprochenen Artikel der nächste von der *BILD* zur Thematik veröffentlichte Bericht. Kommentarlos wurden nun also zwei Personen mit Phantombild als die Täter bezeichnet. Weitere Beschreibungen zu den mutmaßlichen Tätern gab die *BILD* nicht an. Von den verwendeten Fahrrädern war ebenso wenig die Rede wie von den dunklen Rucksäcken, die von der *FAZ* erwähnt wurden. Lediglich die Festlegung der *BILD* auf die beiden abgebildeten Personen als Täter ist eindeutig. Einen Tag später veröffentlichte die *BILD* schließlich folgende Einschätzung:

Seit dem Mord an dem Nürnberger Döner-Mann Ismail Yazar (†50) im Juni 2005 wissen die Ermittler: Es sind zwei Täter! Geier¹³⁷: „Zwei Radfahrer wurden am Tatort gesehen, von ihnen existieren Phantombilder. Außerdem wurden in zwei Fällen zwei verschiedene Waffen verwendet – neben der Ceska ein unbekanntes Fabrikat.“ (bild_06_04_13_s6)

¹³⁷

Wolfgang Geier, Leiter der „Soko Bosporus“.

An dieser Stelle gibt die *BILD* somit Vermutungen als Wissen aus und schreibt ohne weitere Anhaltspunkte, dass es sich in jedem Fall um zwei Täter handle.¹³⁸ Die Darstellung der mutmaßlichen Täter steht allgemein in allen beschriebenen Artikeln in einem deutlichen Kontrast zu den Darstellungen in der *FAZ*. Zeichnet sich deren Berichterstattung durch Nüchternheit und Verweise auf ein mögliches Nicht-Wissen aus, so präsentiert die *BILD* vermeintliche Erkenntnisse der Ermittler/-innen ohne weitere Belege als Wissen.

Die Aufarbeitung der ‚NSU’-Morde

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU’-Morden wurde sowohl auf die Opfer als auch auf die Täter/-innen in größerem Umfang eingegangen. Beachtung fanden auch die Angehörigen der Ermordeten, so bspw. in einem *ZEIT*-Artikel vom 1. Dezember 2012. Hier wurden ausführlich das Leben der Witwe des getöteten Theodoros Boulgarides im Zuge der Ermittlungen, die sich auch gegen sie und ihren Mann gerichtet hatten, und die daraus resultierenden Folgen beschrieben. Hierbei wurde, stellvertretend durch Yvonne Boulgarides, das Leid der Angehörigen der Ermordeten sichtbar gemacht. Die *ZEIT* schrieb in diesem Artikel u.a. Folgendes:

Es fällt auf, dass die meisten Opferangehörigen sich heute weigern, mit Journalisten zu sprechen. Reporter leben vom Vertrauen ihrer Gesprächspartner. Sie genießen ein Zeugnisverweigerungsrecht, können also ihre Quellen geheim halten. Deshalb wird ihnen manchmal mehr erzählt als anderen. Wenn dieser Status von Behörden missbraucht wird, beschädigt das die Arbeit von Journalisten, deren Aufgabe es ja gerade ist, den Staat und seine Behörden zu kontrollieren. (zeit_12_11_22)

Der aus dem Artikel hervorgehende Hintergrund des Missbrauchs des Status von Journalist(inn)en durch Behörden ist, dass es mehrere verdeckte Ermittler/-innen gab, die sich bei Yvonne Boulgarides als Journalist(inn)en ausgegeben hatten.¹³⁹ Es kam des Weiteren aber auch ein Münchener Ermittler zu Wort, der angab, dass es zu keinem Einsatz verdeckter Ermittler/-innen als Journalist(inn)en gekommen sei.¹⁴⁰ Im gesamten Artikel, aber eben auch an dieser Stelle wird verdeutlicht, wie sehr die Angehörigen der Ermordeten unter Falschverdächtigungen und regelmäßigen Überwachungen zu leiden hatten. Das Beispiel der vermeintlich als Journalist(inn)en getarnten Ermittler/-innen soll stellvertretend für den Umgang mit den Hinterbliebenen stehen. Es bleibt zu beachten, dass die *ZEIT* hier nicht auf den Umgang einiger Medien mit den Opfern eingeht. Sie geht hier nur davon aus, dass die Angehörigen aufgrund der vermuteten verdeckten Ermittler/-innen das Vertrau-

¹³⁸ Auch hier ist wieder ein Widerspruch innerhalb des Artikels zu erkennen. An einer früheren Stelle fragt die *BILD*: „Wird er den eiskalten Auftragskiller jemals fassen?“ Sie suggeriert hier also eine Einzeltäterschaft (bild_06_04_13_s6).

¹³⁹ zeit_12_11_22.

¹⁴⁰ zeit_12_11_22.

en in die Medien verloren hatten. Eine weitere Möglichkeit könnte aber auch die gewählte Begrifflichkeit der ‚Dönermorde‘ und die in manchen Medien vorgenommene Vorverurteilung der Opfer als Kriminelle sein. Im selben Artikel resümiert die *ZEIT*, nachdem sie noch weiter auf das Misstrauen Yvonne Boulgarides’ den Medien gegenüber eingegangen ist Folgendes:

Es ist das Verhalten einer doppelt Traumatisierten, denn das sind die Hinterbliebenen der ‚NSU‘-Opfer: traumatisiert durch die Tat, dann durch die Verdächtigungen und Pannen danach. Der Mord und die Ermittlungen haben das Leben von Yvonne Boulgarides verwüstet. (zeit_12_11_22)

Hier wird noch einmal offen angesprochen, was nicht nur die Morde, sondern auch die daraus resultierenden Ermittlungen für die Hinterbliebenen bedeutet haben: eine Verwüstung des eigenen Lebens, da sie zu doppelten Opfern geworden seien. Einerseits wurden ihre Angehörigen ermordet, andererseits folgte eine Schädigung ihres Rufes durch die Unterstellung krimineller Machenschaften.¹⁴¹

Die *FAZ* bezog sich ebenfalls auf die Angehörigen der Ermordeten. So schrieb sie in einem Artikel, der von der Medienberichterstattung während der Fahndung zu den Morden handelte, wie folgt über die Eltern von Süleyman Taşköprü:

Die Eltern des dritten Opfers, Süleyman Tasköprü, trauten sich wegen der Mordserie monatelang nicht in Hamburg auf die Straße, weil ihr Sohn nach seinem gewaltsamen Tod plötzlich auch noch verdächtigt wurde, ein organisierter Krimineller zu sein. Damals hatte Völkerling¹⁴² geschrieben, dass „nach ‚Bild‘-Informationen die ersten sechs Opfer in Geschäfte mit einem türkisch-kurdischen Drogenring verwickelt“ waren. Wer auch immer sein Informant war, er hat sich verzählt: Nur in einem Gepäckstück eines Opfers waren Rückstände von Rauschgift gefunden worden. (faz_11_12_11b)

Auch die *FAZ* thematisiert das Leid, dass die Angehörigen der Ermordeten durch falsche Verdächtigungen zu ertragen hatten. Sie beschreibt, wie Süleyman Taşköprüs Eltern sich nach dem Mord an ihrem Sohn nicht mehr auf die Straße getraut hätten, da die Falschinformation kursierte, ihr Sohn sei in die Geschäfte einer Drogenmafia verwickelt. Die *FAZ* nimmt in diesem Zusammenhang kritisch zu der Rolle Stellung, die die Medien hier selbst eingenommen hatten, so bspw. auch im Hinblick auf den Begriff der ‚Dönermorde‘. Die *FAZ* bemerkt dazu Folgendes: „Auch diese Zeitung [die *FAZ*] hat den Begriff gebraucht“¹⁴³. Hiermit kritisiert sie nicht nur andere Medien, sondern nimmt auch ihre eigene Ausdrucks- und Arbeitsweise kritisch in den Blick. Des Weiteren beschreibt sie, wie andere Medien über die Morde berichtet und wie sie in diesem Zusammenhang die Angehörigen der Opfer als unglaubwürdig und nicht an einer Aufklärung der Morde interessiert

¹⁴¹ zeit_12_11_22.

¹⁴² Jörg Völkerling, freier Journalist, der unter anderem für die *BILD* schreibt.

¹⁴³ faz_11_12_11b.

beschrieben haben.¹⁴⁴ Dies sei einerseits aufgrund eines Veröffentlichungsdrucks, andererseits aber auch aufgrund eines fehlenden kulturellen Verständnisses geschehen.¹⁴⁵ Somit wird den Angehörigen der Opfer auch von der *FAZ* eine Sichtbarkeit eingeräumt, die dadurch noch einmal verstärkt wird, dass die Zeitung eigene Fehler im Umgang mit den Opfern eingeräumt und das Vorgehen anderer Medien in diesem Zusammenhang näher beleuchtet hat.

Auch die *BILD* wandte sich den Opferfamilien zu. In einem Kommentar vom 15. November 2011, also elf Tage nach dem Ableben Uwe Böhnhardts und Uwe Mundlos', hieß es:

Liebe Opfer-Familien der Killer-Nazis, es würgt mir in der Kehle, wenn ich Ihnen tiefes, aufrichtiges Beileid ausspreche. Am liebsten würde man als Deutscher im Boden versinken vor dem Leid, das Ihnen die Killer-Nazis zugefügt haben. Ihre lieben Angehörigen wurden mit Fangschüssen hingerichtet. Man hielt die Pistole an ihren Kopf. Die Rechts-Killer ermordeten meinen Blumenhändler, meinen Händler, der mir Feigen, Oliven, Zitronen verkaufte. Sie ermordeten meinen Änderungsschneider. Wenn ich an den Türen der Hinterbliebenen stehe, was soll ich ihnen sagen? Ehrlich: Ich traue mich nicht, an ihren Türen zu klingeln. Ich traue mich nicht, mit ihnen zu sprechen. Es ist so entsetzlich, dass Deutsche Jagd auf Ausländer machen, sie erschießen. Ich weiß nicht, was ich vor den Opfern sagen soll. Ich schäme mich. (bild_11_11_15_s2)

Der Kommentar richtet sich an die Hinterbliebenen der Ermordeten, thematisiert aber hauptsächlich die Toten. Der Verfasser äußert seine Scham über die Taten, seine Verachtung für die Täter/-innen und betont, dass er kaum wisse, was er den Angehörigen sagen solle. Zu beachten ist, dass er die Opfer nicht aus der Mehrheitsgesellschaft ausgrenzt, sondern sie vielmehr explizit als einen Teil dieser beschreibt. Bei den Opfern habe es sich um „meinen Blumenhändler“, „meinen [Gemüse]händler“ und „meinen „Änderungsschneider“ gehandelt, also um Menschen, die genauso wie er selbst zu Deutschland gehörten.¹⁴⁶ Hierdurch und durch die Berufsbeschreibungen in Kombination mit der Ansprache der Angehörigen werden die Opfer aus der Anonymität geführt, auch ohne dass ihre Namen hier noch einmal explizit genannt würden.

Am 24. Februar 2012 berichtete die *BILD* über die offizielle Trauerfeier für die Ermordeten. Hierbei wurde ein Artikel der Rede der Tochter des ermordeten Enver Şimşek, Semiya Şimşek, versehen mit einem großen Foto derselben, gewidmet. Schon in der Überschrift wurde sie als „trauernde [...] Tochter“ bezeichnet.¹⁴⁷ Der Artikel ist deskriptiv, es werden vor allem Semiya Şimseks Worte zitiert und der Saal der Feierlichkeiten näher beschrieben. Indirekt zitiert die *BILD* diese Rede wie folgt: „Semiya Şimşek, Tochter des ersten Opfers Enver Şimşek, erzählt von einer Sommernacht in

¹⁴⁴ faz_11_12_11b.

¹⁴⁵ faz_11_12_11b.

¹⁴⁶ bild_11_11_15_s2.

¹⁴⁷ bild_12_02_24_s2c.

der Türkei und den Träumen ihres Vaters. Zurück in Deutschland, ermordeten ihn wenig später die Neonazis“.¹⁴⁸ Die Beschreibungen stammen zwar von Semiya Şimşek, entscheidend ist für den Kontext dieser Studie, dass die *BILD* diese Worte aber auch übernommen und abgedruckt hat. Die Beschreibung der Sommernacht lässt ein friedliches Gefühl und eine gelöste Stimmung vermuten. Der Verweis auf die Träume Enver Şimseks veranschaulicht der Leserschaft, dass er ein Mensch wie alle anderen gewesen ist. Die Suggestion von Träumen und Zukunftsaussichten lässt ihn nahbar und persönlich erscheinen. Seine Tochter wird des Weiteren folgendermaßen von der *BILD* zitiert:

„Doch in Ruhe Abschied nehmen und trauern, das konnten wir nicht“, sagt sie weiter, ihre Stimme wird klarer, schärfer. „Elf Jahre durften wir nicht EINMAL reinen Gewissens Opfer sein.“ Und dann stellt sie ihre Frage an alle in Deutschland: „Heute stehe ich hier, trauere nicht nur um meinen Vater und quäle mich mit der Frage: Bin ich in Deutschland zu Hause?“ Wieder nur Stille im Saal. Aber die junge Frau, in perfektem Deutsch, ist nicht zu Ende, gibt sich selbst die Antwort: „Ja, klar bin ich das. Aber wie soll ich mir dessen noch gewiss sein, wenn es Menschen gibt, die mich hier nicht haben wollen. Soll ich gehen?“ Semiya Simsek, die 14 war, als am 9. September 2000 ihr Vater starb, antwortet: „Nein, das kann nicht die Lösung sein.“ (bild_12_02_24_s2c)

In diesem Zitat sind mehrere Aspekte zu beachten. So wird von Semiya Şimşek beschrieben, wie die Opfer und auch ihre Angehörigen kriminalisiert wurden. Ihnen als Opfer sei es untersagt gewesen, Opfer zu sein, da Zweifel über die Integrität der Ermordeten gestreut worden seien. Den Zuhörern und Zuhörerinnen im Saal und der Leserschaft wird deutlich vor Augen geführt, was die Konsequenz aus den Morden verbunden mit dem Umgang mit den Angehörigen ist: Semiya Şimşek fragt sich und die Anwesenden, ob Deutschland eigentlich (noch) ihre Heimat sei. Gepaart mit dem Verweis darauf, dass sie ihre Rede „in perfektem Deutsch“ gehalten habe, wird illustriert, dass Semiya Şimşek, stellvertretend für alle Opfer und ihre Angehörigen, zu und somit auch nach Deutschland gehört.¹⁴⁹ ¹⁵⁰ Untermauern kann sie dies durch ihre Aussage, dass es für sie, selbst nach all dem Erlebten, keine Option sei, Deutschland zu verlassen.

Auf derselben Seite veröffentlichte die *BILD* Fotos, Namen und kurze Beschreibungen der zehn ‚NSU‘-Opfer Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşik, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter.¹⁵¹ Hinsichtlich des Falles von Michèle Kiesewetter betont die *BILD*, dass es Berichte gegeben habe, die ausgesagt hätten, dass es eine Verbindung ihrer Familie zu Böhnhardt, Mundlos und

¹⁴⁸ bild_12_02_24_s2c.

¹⁴⁹ bild_12_02_24_s2c.

¹⁵⁰ Auch wenn man an dieser Stelle die Frage stellen kann, warum die in Deutschland geborene Semiya Şimşek kein perfektes Deutsch sprechen sollte.

¹⁵¹ bild_12_02_24_s2e.

Zschäpe gebe, was jedoch von ihrem Stiefvater zurückgewiesen worden sei. Bei der Beschreibung der anderen neun Opfer ging die *BILD* in sieben Fällen direkt auf die Erlebnisse der Angehörigen ein. Bei allen neun nannte sie außerdem ihre Profession. Durch den Verweis auf die Familienangehörigen und deren Berufe findet wiederum eine Personalisierung der Opfer statt. Somit wurde ihnen nicht nur durch die Fotos, sondern auch durch die (Lebens-)Geschichten, die hinter den ermordeten Menschen stehen, nachträglich ein echtes Gesicht verliehen. Dies beinhaltet eine Internalisierung in die Gesellschaft, da wiederum verdeutlicht wird, dass es sich bei den ‚NSU‘-Opfern um ganz ‚normale‘ Mitglieder dieser gehandelt habe.

Neben der Beschreibung der Opfer wurden sowohl von der *ZEIT*, *FAZ* als auch der *BILD* auch die Täter/-innen ausführlich diskutiert. Unter der Überschrift „Beate, die braune Witwe“ näherte sich die *ZEIT* am 30. November 2012 der Rolle Beate Zschäpes an.¹⁵² Die Begrifflichkeit der „braunen Witwe“ hat eine immense Aussagekraft. Die Farbe Braun bezieht sich erst einmal auf Zschäpes rechtsextreme Gesinnung. Schwarze Witwen, auf die die Beschreibung der braunen Witwe wohl anspielt, sind einerseits hochgiftige Spinnen, andererseits werden umgangssprachlich auch mordende Frauen gelegentlich als solche bezeichnet. Sich von der Beschreibung der Spinne distanzierend, kann man die Begrifflichkeit der Witwe aber auch so verstehen, wie sie im menschlichen Kontext häufig verstanden wird: als Hinterbliebene eines Verstorbenen. So beschreibt die *ZEIT* im entsprechenden Artikel ein eheähnliches Dreiecksverhältnis zwischen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, sodass man das Wort „Witwe“ auch als Ausdruck für die Bindung Zschäpes zu den Verstorbenen verstehen kann. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die einführenden Worte des Artikels, in denen es heißt: „Sie kochte für die Männer, wusch die Wäsche, verwaltete das Geld aus Überfällen – und war die gute Seele der Killer“¹⁵³. Hierdurch wird Zschäpe eher als Hilfsarbeiterin von Böhnhardt und Mundlos beschrieben, die für den Alltag zwar wichtig, aber eben ‚nur‘ „die gute Seele der Killer“, nicht jedoch selbst eine Mörderin war.¹⁵⁴ In einer Überschrift innerhalb des Artikels heißt es weiter: „Am Ende rettet die Frau, die mit zwei Mörtern zusammenlebte, ihre Katzen“.¹⁵⁵ Die Rolle Zschäpes ist juristisch zum Zeitpunkt des Erscheinens der vorliegenden Arbeit noch nicht vollkommen geklärt. Somit ist es richtig, dass die *ZEIT* sie nicht als Mörderin bezeichnet. Dennoch bleibt zu beachten, wie passiv Zschäpe von der Zeitung beschrieben wird. Sie wirkt durch die Be-

¹⁵² zeit_12_05_31.

¹⁵³ zeit_12_05_31.

¹⁵⁴ zeit_12_05_31.

¹⁵⁵ zeit_12_05_31.

schreibung nachgerade so, als ob sie zufällig mit Böhnhardt und Mundlos zusammengelebt hätte. Auch erscheint sie in der Darstellung vonseiten der *ZEIT* als abhängig von Böhnhardt und Mundlos:

Zschäpe ist 36 Jahre alt, sie hat soeben alles verloren: ihre Familie, ihre Freunde, ihre Männer – und ihren Lebenssinn. Fast 14 Jahre lang hatte sie mit Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt im „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) gelebt. Mindestens zehn Morde an türkisch- und griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizistin sowie zwei Nagelbombenanschläge und mindestens 15 Überfälle werden der Gruppe vorgeworfen. (zeit_12_05_31)

Böhnhardt und Mundlos werden somit als Zschäpes Ein und Alles, das Zusammenleben mit ihnen im Untergrund als ihr einziger „Lebenssinn“ beschrieben.¹⁵⁶ An dieser Stelle werden jedoch nicht nur Böhnhardt und Mundlos, sondern „der Gruppe“ die entsprechenden Verbrechen zugerechnet; Zschäpe wird hier also mit in die Verantwortung genommen. Auch wenn es an späterer Stelle noch einmal heißt, dass sie „den Männern ihres Lebens noch zwei Wünsche erfüllen“ musste, was wieder für eine passive Gefolgschaft Zschäpes spricht, wird sie kurz darauf als „eine der wenigen rechtsradikalen Terroristinnen überhaupt“ und mit Blick auf den ‚NSU‘ als „einzige noch lebende Aktivistin, bei der alle Stränge zusammenlaufen“ bezeichnet.¹⁵⁷ Dies spricht für eine Unsicherheit, wie Zschäpes Rolle einzuordnen ist, ob sie (Mit-)Täterin oder lediglich eine Mitläufnerin gewesen ist. Die *ZEIT* betont in dem Artikel, dass bis dato nur sehr wenig über Zschäpe bekannt sei, da bislang eher über Böhnhardt und Mundlos berichtet worden wäre und die entsprechenden Journalist(inn)en deshalb nun auch mit früheren Weggefährten und Nachbarn gesprochen hätten. Zur Rollenverteilung innerhalb des ‚NSU‘ schrieb die *ZEIT* Folgendes:

Die Rollen innerhalb des Trios waren von Anfang an klar verteilt: Mundlos, der belesene Ideologe, war der Kopf. Böhnhardt, der Waffennarr, war die Faust. Und Zschäpe war die Hausfrau und Mutter der „Familie“ – so nennt Zschäpe das Verbrechertrio später in Untersuchungshaft selbst. Die Männer brechen zu ihren Mordtouren auf, und Nachbarn sehen Zschäpe im Garten Wäsche aufhängen. Sie kocht fast jeden Tag. Hausbewohner sagen, es habe immer appetitlich aus der Wohnung gerochen. Für ihre beiden Männer backt Zschäpe auch schonmal [sic] Plätzchen oder ihre Lieblingskuchen aus Kindertagen. (zeit_12_05_31)

Der ‚NSU‘ wird hier demnach als Familie mit festen Rollenverteilungen beschrieben. Mundlos sei „der Kopf“, Böhnhardt „die Faust“, Zschäpe „die Hausfrau und Mutter“ gewesen.¹⁵⁸ Zschäpe war somit für Organisatorisches und die Versorgung verantwortlich. Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Wahrung der Fassade. Während an dieser Stelle noch beschrieben wird, dass Zschäpe einfach Wäsche aufgehängt habe, während Böhnhardt und Mundlos gemordet hätten, wird dies an späterer Stelle des Artikels noch einmal konkretisiert: „Während Mundlos und Böhnhardt Menschen ermor-

¹⁵⁶ zeit_12_05_31.

¹⁵⁷ zeit_12_05_31.

¹⁵⁸ zeit_12_05_31.

den, Nagelbomben legen und Banken überfallen, wahrt Zschäpe die biedere Fassade. Auch deshalb kann die Zelle so lange unerkannt töten“.¹⁵⁹ Hier wird der Anschein, dass Zschäpe nur ein passives Mitglied des ‚NSU‘ gewesen sei, aufgebrochen und aufgezeigt, dass ihre Rolle mehr als nur die der „guten Seele“ war.¹⁶⁰ Vielmehr sei diese Rolle maßgeblich dafür verantwortlich gewesen, dass der ‚NSU‘ nach außen hin gut getarnt gewesen sei. Hier wird Zschäpe also eine aktiv unterstützende Rolle bzgl. der Taten des ‚NSU‘ zugesprochen. Andererseits heißt es in dem Artikel aber auch:

Mundlos und Böhnhardt werden für Zschäpe zur Ersatzfamilie. Bei den Männern findet sie, was sie von zu Hause nicht kannte: Wärme, Geborgenheit und Treue – das alles sogar über eine Trennung hinaus.¹⁶¹ Auf der Suche nach Liebe entdeckt sie auch den Hass. (zeit_12_05_31)

Hier wird Zschäpe wieder als abhängig von der Liebe Böhnhardts und Mundlos‘ beschrieben. Dies spräche wiederum für ein eher passives Mitläufertum aufgrund emotionaler Abhängigkeit. Insgesamt wird deutlich, dass in dem Artikel bewusst oder unbewusst abgewogen wird, was für eine Rolle Zschäpe wohl gespielt hat. Hierbei gibt es die Möglichkeiten der passiven ‚Mutterfigur‘ und ‚guten Seele‘ sowie die Alternative der Mittäterin, die für die Aufrechterhaltung der Fassade zuständig war.¹⁶² Da die ZEIT beide Rollen beschreibt, jedoch nicht gegeneinander abwägt, kann man nur vermuten, dass eine Unsicherheit über Zschäpes Rolle bestand, die in diesem Artikel nicht aufgelöst werden konnte.

Ähnlich berichtete die FAZ unter der Überschrift „Ein scheinbar bürgerliches Leben“ am 22. Januar 2012:

Das Terror-Trio der [sic] NSU grillte Würstchen mit den Nachbarn, ging mit den Katzen zum Tierarzt und fuhr zum Campen nach Fehmarn. Niemand ahnte, dass im Blumenkasten eine Überwachungskamera steckte. Das „Gerry“¹⁶³ und „Max“¹⁶⁴ Mörder waren und „Liese“¹⁶⁵ ihnen half. (faz_12_01_22)

Auch hier scheint wieder Unschlüssigkeit über die Rolle Zschäpes zu herrschen. Während klar zu sein scheint, dass Böhnhardt und Mundlos Mörder sind, „half“ Zschäpe ihnen. Helfen ist in diesem Fall ein recht unscharfer Begriff, der sämtliche Facetten vom Putzen der gemeinsamen Wohnung bis hin zum Auskundschaften potenzieller Opfer umfassen kann. Böhnhardt und Mundlos werden im weiteren Verlauf des Artikels als „eiskalte Mörder“ beschrieben, während es für Zschäpe keine

¹⁵⁹ zeit_12_05_31.

¹⁶⁰ zeit_12_05_31.

¹⁶¹ Zschäpe war zeitweise mit Böhnhardt und zeitweise mit Mundlos liiert.

¹⁶² zeit_12_05_31.

¹⁶³ Deckname von Böhnhardt.

¹⁶⁴ Deckname von Mundlos.

¹⁶⁵ Deckname von Zschäpe.

explizite Benennung gibt.¹⁶⁶ Auch in der *FAZ* wird über das Alltagsleben des ‚NSU‘ geschrieben. So bemerkt diese, dass die Nachbarn und Nachbarinnen Böhnhardt und Zschäpe für ein Paar und Mundlos für Zschäpes Bruder gehalten hätten. Es wurde also der Schein einer Familie nach außen getragen. Gerade Zschäpe sei in sozialen Aspekten offen gewesen und habe gute Beziehungen zu den Nachbarn und Nachbarinnen gepflegt.¹⁶⁷ Wichtig scheint es der *FAZ* außerdem gewesen zu sein, hervorzuheben, dass Zschäpe tierlieb gewesen sei und sich um ihre Katzen und Mäuse fast wie um ihre Kinder gekümmert habe.¹⁶⁸ Auch während ihrer Urlaube auf Campingplätzen hätten sich Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe anderen Menschen gegenüber aufgeschlossen gezeigt und sogar Fotos mit Bekanntschaften gemacht, etwas, das man von einem Trio im Untergrund eher nicht erwarten könne.¹⁶⁹ Hier wird eine Irritation darüber vermittelt, dass das Leben des ‚NSU‘ in einem so eklatanten Widerspruch zu dem gestanden habe, wie ‚man‘ sich ein Leben im Untergrund vorstellen würde.

Des Weiteren geht die *FAZ* auch auf das Unterstützer(innen)umfeld des ‚NSU‘ ein, das für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe von großer Wichtigkeit für das Leben im Untergrund war. Die *FAZ* vermutet keinen großen Mitwisser(innen)-, bzw. Unterstützer(innen)kreis, sondern vielmehr eine kleine Anzahl an Freunden aus der rechtsextremen Szene, die Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe unterstützten.¹⁷⁰ Hinsichtlich der Mordmotive des ‚NSU‘ sieht die *FAZ* die Lösung in den von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe erstellten Dokumenten. Grundlage für die Morde sei „die Vorstellung von Fremden als einer Bedrohung, als einer Gefahr für die deutsche Nation und als Synonym für das Böse“ gewesen.¹⁷¹ Das Ziel des ‚NSU‘ seien nach rassistischen Maßstäben bestimmte Geschäftstreibende mit ausländischem Hintergrund gewesen, ebenso aber auch Terror gegen die Gesamtgesellschaft.¹⁷² Die Morde seien nicht zufällig oder aus einem Affekt heraus geschehen, sondern wurden „genau geplant“ und „minutiös vorbereitet“ gewesen.¹⁷³ Es seien nicht nur die tatsächlich Ermordeten ausgespäht worden, vielmehr seien auch andere Menschen als Opfer in Betracht gezogen, aber wieder verworfen worden, da sie entweder zu alt oder die Fluchtwege zu unsicher gewesen seien.¹⁷⁴ Insgesamt wird hier das Bild von berechnenden Mördern in Person von

¹⁶⁶ faz_12_01_22.

¹⁶⁷ faz_12_01_22.

¹⁶⁸ faz_12_01_22.

¹⁶⁹ faz_12_01_22.

¹⁷⁰ faz_12_01_22.

¹⁷¹ faz_12_01_22.

¹⁷² faz_12_01_22.

¹⁷³ faz_12_01_22.

¹⁷⁴ faz_12_01_22.

Böhnhardt und Mundlos gezeichnet. Die Taten werden nicht durch Pathologisierung relativiert, sondern als geplante Morde aus rassistischen Motiven heraus benannt. Lediglich bei der Rolle Beate Zschäpes herrscht in der *FAZ*, ähnlich wie bereits in der *ZEIT* beobachtet, eine gewisse Unsicherheit. Zschäpes Rolle konnte somit von beiden Zeitungen nicht eindeutig herauspräpariert werden.

Die *BILD* beschäftigte sich noch einmal intensiver mit den Personen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, als die *ZEIT* und die *FAZ* dies taten. So berichtete sie am 14. November 2011 über die „drei jungen Menschen, die sich von der Gesellschaft lossagen und abtauchen“ und in der Folge „mit perverser Lust Jagd auf Ausländer“ machten.¹⁷⁵ Die *BILD* benennt dies explizit als „Terror von rechts“. ¹⁷⁶ Im weiteren Verlauf des Artikels geht die *BILD* in dieser Reihenfolge jeweils auf Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe ein. Mundlos wird hierbei als der „skrupellose Vordenker“ der Gruppe, aber auch als „wohlerzogen“ und als „Professorensohn“ bezeichnet.¹⁷⁷ Betont wird auch, dass er sich um seinen im Rollstuhl sitzenden Bruder gekümmert, Udo Lindenberg gehört und gleichzeitig Prozesse gegen Holocaust-Leugner/-innen besucht habe.¹⁷⁸ Hier werden Widersprüche aufgezeigt, so wendet sich Lindenberg immer wieder öffentlich gegen den Rechtsextremismus und unterstützt mit seiner Stiftung auch Projekte gegen Rechts.¹⁷⁹ Dass Mundlos, wie die *BILD* berichtete, ein selbst gezeichnetes Porträt von Adolf Hitlers zeitweisem Stellvertreter Rudolf Hess besessen und sich gleichzeitig um seinen behinderten Bruder gekümmert habe¹⁸⁰, ist ein Widerspruch, wenn man bedenkt, dass Menschen mit Behinderungen im ‚Dritten Reich‘ systematisch ermordet wurden. Uwe Böhnhardt wird von der *BILD* als „der stumpfe Waffennarr“ bezeichnet.¹⁸¹ Er sei ein „Hilfsbauarbeiter“ gewesen, außerdem „unbeherrscht“ und „skrupellos“ und stets mit einem Dolch bewaffnet.¹⁸² In der linken Szene sei er gefürchtet gewesen, außerdem habe er „Bomberjacke und Springerstiefel“ getragen, also dem optischen Klischee eines Neonazis entsprochen.¹⁸³ Beate Zschäpe wird von der *BILD* als „die gefährliche Mitläuferin“ bezeichnet.¹⁸⁴ Hierdurch wird einerseits suggeriert, dass sie Böhnhardt und Mundlos gefolgt, gleichzeitig aber deutlich gemacht, dass sie hierdurch nicht minder gefährlich gewesen sei. Die *BILD* erwähnt des Weiteren, dass sich Zschäpe

¹⁷⁵ bild_11_11_14_s8f.

¹⁷⁶ bild_11_11_14_s8f.

¹⁷⁷ bild_11_11_14_s8f.

¹⁷⁸ bild_11_11_14_s8f.

¹⁷⁹ Siehe URL: <https://www.udo-lindenberg-stiftung.de/gegen-rechteGewalt.45825.htm>, zuletzt aufgerufen am 24.02.2017, 10:53.

¹⁸⁰ Mundlos‘ Bruder leidet an einer spastischen Lähmung (Röpke/Speit 2013, S. 63).

¹⁸¹ bild_11_11_14_s8f.

¹⁸² bild_11_11_14_s8f.

¹⁸³ bild_11_11_14_s8f.

¹⁸⁴ bild_11_11_14_s8f.

geweigert habe, „die typische Kluft der braunen Szene zu tragen“.¹⁸⁵ ¹⁸⁶ Außerdem hätten „mehrere Neonazis“ um sie gebuhlt, sie habe jedoch eine „Dreierbeziehung“ mit Böhnhardt und Mundlos geführt, innerhalb derer sie mal „mit dem einen [...], mal mit dem anderen“ liiert gewesen sei.¹⁸⁷ Hinsichtlich der individuellen Beschreibungen resümiert die *BILD* Folgendes: „Drei Wirrköpfe, wie es so viele in der Szene gibt. Doch zusammen planen sie den Kampf gegen den Staat [...]“.¹⁸⁸ Hierdurch suggeriert die *BILD*, dass der ‚NSU‘ nur durch den Zusammenschluss dieser drei Personen ‚funktionieren‘ konnte. Dadurch, dass sich die „Wirrköpfe“ zusammengetan hätten, seien aus Wörtern Taten geworden. Es existierte mit Mundlos ein Strateg, mit Böhnhardt eine Faust und mit Zschäpe eine unterstützende Mitläuferin. Die Rollen waren dieser Lesart zufolge also klar verteilt, was in etwa auch der Darstellung durch die *FAZ* und die *ZEIT* entspricht. Im weiteren Verlauf des Artikels beschreibt die *BILD* frühere Taten des ‚NSU‘, wie bspw. die Versendung von Briefbomben, bis schließlich die Mordserie begann.¹⁸⁹ Es ist zu betonen, dass die *BILD* Zschäpe hier explizit als aktiv beteiligt darstellt. So schreibt sie z. B., dass „die drei“ den „Marathon des Mordens“ begannen, außerdem, dass „die drei Nazi-Terroristen“ „mindestens zehn Mal“ „scheinbar willkürlich Menschen“ ermordet hätten.¹⁹⁰

Am 18. November 2011 veröffentlichte die *BILD* einen, mit vielen privaten Fotografien Böhnhardts, Mundlos‘ und Zschäpes versehenen Artikel mit der Überschrift „Das Foto-Album der Nazi-Braut“.¹⁹¹ In der Überschrift wird Beate Zschäpe durch die Beschreibung als „Nazi-Braut“, wie bereits von Anna Oelhaf (2012, S. 8 f.) herausgearbeitet, vor allem in ihrer Rolle als Frau beurteilt. Durch die Wahl des drei Mal im Artikel vorkommenden Begriffs „Nazi-Braut“ wird sie laut Oelhaf als (Sexual-)Partnerin von ‚echten‘ Neonazis beschrieben (Oelhaf 2012, S. 9). Man kann den Begriff ‚Braut‘ jedoch auch als umgangssprachliches Wort für eine Frau allgemein lesen. In diesem Fall wäre Zschäpe nicht auf ihre Rolle als Partnerin von Böhnhardt und Mundlos reduziert, sondern ein weiblicher Neonazi. Aus dem Artikel geht jedoch keine klare Meinung zur Rolle Zschäpes hervor. Einerseits ist darin zu lesen, dass es sich um „Aufnahmen von der Nazi-Braut Beate Zschäpe und

¹⁸⁵ bild_11_11_14_s8f.

¹⁸⁶ Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben, dass Zschäpe auf einem dem Artikel zugehörigen Foto scheinbar (das Logo ist verschwommen, das erkennbare Design der Jacke lässt jedoch darauf schließen) eine Jacke der Marke Lonsdale trägt, die durchaus zur „typischen Kluft“ innerhalb der Neonaziszene gehört(e). Seit wenigen Jahren engagiert sich Lonsdale jedoch in Projekten gegen Rassismus.

¹⁸⁷ bild_11_11_14_s8f.

¹⁸⁸ bild_11_11_14_s8f.

¹⁸⁹ bild_11_11_14_s8f.

¹⁹⁰ bild_11_11_14_s8f.

¹⁹¹ bild_11_11_18_s9a.

ihren Killer-Freunden“ handle.¹⁹² Hier werden Böhnhardt und Mundlos als Mörder, Zschäpe jedoch nur als eine Freundin selbiger dargestellt. Andererseits ist in dem Bericht auch von dem „Terror-Trio“ die Rede. Weiter heißt es:

Kaum etwas auf den Bildern lässt erahnen, dass die drei nur wenige Jahre später eine terroristische Vereinigung gründen, Sprengstoffanschläge verüben, Menschen hinrichten. (bild_11_11_18_s9a)

Im Zuge dieser Formulierung wird Zschäpe in die Verbrechen des „NSU“ einbezogen. Sie wird als ein aktives Mitglied, das an der Hinrichtung von Menschen und Sprengstoffanschlägen beteiligt ist, einer Terrorzelle beschrieben. Wie in der FAZ und der ZEIT kann auch hier eine Unsicherheit darüber, wie die Rolle Zschäpes einzuschätzen ist, festgestellt werden, die wiederum die Grundlage für die inkonsistenten Beschreibungen gewesen sein könnte.

Ein Kommentar vom 30. November 2011 widmete sich Anders Breivik, einem norwegischen Rechtsextremisten, der am 22. Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya 77 Menschen ermordet hat. Hierbei geht es um ein psychologisches Gutachten, in dem Breivik für nicht zurechnungsfähig erklärt wurde.¹⁹³ Der Verfasser des Kommentars schreibt hierzu bezeichnenderweise Folgendes:

Ab ins Kuckucksnest, Einweisung in ein Psycho-Krankenhaus. Morgens eine Pille, abends eine Pille. Wie wunderbar. Sie sind kein Massenmörder mehr. Sie sind ein Patient. [...] Massenmörder als Patienten, ich werde verrückt. Dschingis Khan, Stalin, Hitler, Mao, Pol Pot als Patienten. Am Ende ist auch das Killer-Nazi-Trio aus Zwickau nur seelisch krank. Für mich gehören diese Typen nicht in die Psychiatrie, für mich gehören sie ins Gefängnis. Sie müssen büßen. (bild_11_11_30_s2)

Abgesehen davon, dass der Strafvollzug in einer Psychiatrie wohl aus mehr als einfach einer Pille morgens und einer Pille abends besteht, ist in diesem Kommentar ein wichtiger Aspekt zu beobachten. Der Verfasser drückt sein Unverständnis darüber aus, dass ein durch sein rechtsextremes Weltbild motivierter Massenmörder als psychisch krank eingestuft werde. Seiner Meinung nach bedeutet eine solche Pathologisierung das Entlassen des Täters aus seiner Schuld. Komme er in die Psychiatrie, sei er mit einem Schlag kein Mörder mehr, sondern ein geisteskranker Patient, der nur bedingt für seine Taten verantwortlich zu machen sei. Er schlägt des Weiteren den Bogen zum „NSU“ und fürchtet, dass auch Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zu guter Letzt nicht zu Verbrecher(inne)n, sondern zu psychisch Kranken erklärt werden könnten. Eine Unterbringung in einer Psychiatrie sei jedoch keine gerechte Strafe, nur im Gefängnis könnten Mörder/-innen „büßen“.¹⁹⁴ Der Verfasser

¹⁹² bild_11_11_18_s9a.

¹⁹³ Ein späteres Gutachten widersprach dem ersten und stufte Breivik doch noch als schuldfähig ein. Schlussendlich wurde Breivik vor Gericht als nicht unzurechnungsfähig erklärt.

¹⁹⁴ bild_11_11_30_s2.

mahnt vehement davor, die Taten rechtsextremer Mörder/-innen durch die Diagnostizierung psychischer Krankheiten zu entschuldigen und vergleicht Breivik und den ‚NSU‘ mit diktatorischen Staatsoberhäuptern, die als Massenmörder in die Geschichte eingegangen sind.

Am 9. Mai 2012 veröffentlichte die *BILD* einen weiteren Artikel über das Privatleben Böhnhardts, Mundlos‘ und Zschäpes während ihrer Zeit im Untergrund. Hierbei kamen vor allem vom BKA veröffentlichte Urlaubsfotos zur Sprache. Auf diesen sind Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in einem Campingwagen, beim Entspannen in der Sonne und mit einem Surfbrett zu sehen.¹⁹⁵ Die *BILD* schreibt hierzu Folgendes:

Braun gebrannt lächeln die drei Freunde in die Kamera. Sie sitzen in ihrem Wohnmobil, haben den Tag am Strand verbracht. Die Fotos zeigen keine harmlosen Camper: Es sind die drei Killer-Nazis Uwe Böhnhardt (†34), Uwe Mundlos (†38) und Beate Zschäpe (37)! Gestern veröffentlichte das Bundeskriminalamt (BKA) die privaten Bilder, die zum Großteil im Sommer 2004 entstanden. Zu diesem Zeitpunkt hatten die drei Rechts-Terroristen bereits fünf von insgesamt zehn Morden begangen (*BILD* berichtete). Unfassbar: Um sich von seinen Taten zu „erholen“, urlaubte das Trio auf einem Campingplatz auf der Ostseeinsel Fehmarn. Dort nannten die drei sich Max, Gerry und Liese, spielten mit anderen Urlaubern Doppelkopf, gingen surfen. (bild_12_05_09_s3)

In diesem Artikel wird somit eine gewisse Fassungslosigkeit darüber geäußert, wie ‚normal‘ Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ihr Leben teilweise geführt hätten. Auch nach den Morden hätten sie ein Leben wie so viele andere Menschen geführt und seien u. a. in den Urlaub gefahren. Hierbei hätten sie sogar Kontakt mit anderen Urlaubern und Urlauberinnen gehabt und u.a. mit diesen Karten gespielt. Bei diesen Bildern dürfe man jedoch nicht den Fehler machen, davon auszugehen, dass es sich bei den dreien um „harmlose Camper“ handle.¹⁹⁶ Es wird betont, dass sie „die drei Killer-Nazis“ und „drei Rechts-Terroristen“ seien, die „zu diesem Zeitpunkt [...] bereits fünf von insgesamt zehn Morden begangen“ hatten.¹⁹⁷ Ähnlich kontextualisiert wird das Privatleben Böhnhardts, Mundlos‘ und Zschäpes in einem *BILD*-Artikel vom 5. November 2012 mit der Überschrift „So normal lebten die Killer-Nazis ... wenn sie gerade nicht mordeten“.¹⁹⁸ Auch dieser Artikel behandelt das Verhalten der drei ‚NSU‘-Mörder nach ihrem Untertauchen und bemerkt dazu Folgendes:

Im Untergrund, wie die Ermittler anfangs behaupteten, bewegten sie sich dabei nicht. Im Gegenteil: Die NSU-Mörder lebten völlig unbehelligt, fuhren in den Urlaub, pflegten Freundschaften, gingen auf Stadtfeste. (bild_12_11_05_s6a)

¹⁹⁵ bild_12_05_09_s3.

¹⁹⁶ bild_12_05_09_s3.

¹⁹⁷ bild_12_05_09_s3.

¹⁹⁸ bild_12_11_05_s6a.

Auch hier ist wieder ein Erstaunen über das vermeintlich ‚normale‘ Leben der Mitglieder des ‚NSU‘ erkennbar. Die *BILD* führt im weiteren Verlauf des Artikels aus, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zudem mit Nachbarn und Nachbarinnen Einzugsfeiern veranstaltet hätten und teilweise sogar Aushilfsjobs nachgegangen seien. Urlaubsbekanntschaften beschrieben sie als sympathisch und betonten, dass sich „Gerry, Max und Lieschen“ nie politisch geäußert hätten.¹⁹⁹ Wie im vorher beschriebenen Artikel, so bemüht sich die *BILD* auch in diesem Fall darum, den Schein der Normalität durch Verweise auf die Verbrechen des ‚NSU‘ zu konterkarieren. Es ist vor diesem Hintergrund häufiger von den „„NSU“-Mörtern“ die Rede und Zschäpe wird als „Rechtsterroristin“ bezeichnet.²⁰⁰ Es kann hier also abermals ein Einbezug Zschäpes in die Taten des ‚NSU‘ beobachtet werden.

Nachdem die Darstellung der Opfer sowie der Täter(inn)en analysiert worden ist und herausgearbeitet werden konnte, dass die Taten – abgesehen von der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden – recht eindeutig dem rechtsextremen Umfeld zugerechnet wurden, soll im nächsten Kapitel (Kapitel 4.2) der Frage nachgegangen werden, wie die im Rahmen dieser Dissertation analysierten Zeitungen den Rechtsextremismus als solchen eingeordnet haben.

¹⁹⁹ bild_12_11_05_s6a.

²⁰⁰ bild_12_11_05_s6a.

4.2 Gefährlichkeit, Vereinfachung und Verharmlosung – Einordnungen des Rechtsextremismus

Nachdem im vorherigen Kapitel auch der Frage nachgegangen wurde, inwiefern die untersuchten Verbrechen als Taten von Rechtsextremist(inn)en verhandelt wurden, erfolgt im weiteren Verlauf des Kapitels eine Analyse, wie die *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* den Rechtsextremismus einordneten, nachdem sie ihn in einen Kontext mit den Verbrechen gesetzt hatten. Hierbei konnten drei Ebenen festgestellt werden: die Darstellung des Rechtsextremismus als gefährlich, die vereinfachende sowie die verharmlosende Darstellung des Rechtsextremismus. Der Unterschied zwischen Vereinfachung und Verharmlosung soll später noch ausführlicher verhandelt werden.

Oktoberfestattentat

Am 3. Oktober 1980 stellte die *ZEIT* in einer großen Überschrift die Frage, wie sicher Deutschland sei.²⁰¹ Im selben Artikel bezog sie sich auf die Machtlosigkeit des Rechtsstaats gegenüber zu allem entschlossenen Tätern und Täterinnen:

Gegen willkürlich inszenierte Gewalt, gegen die ziellose Mordwut politisch motivierter Krimineller wäre freilich auch ein bis an die Zähne bewaffneter Rechtsstaat macht- und hilflos.
(zeit_80_10_03)

Einem am selben Tag erschienenen Artikel zufolge komme es hierbei aber auch darauf an, wie die Politik den Rechtsextremismus beurteile. Man dürfe ihn nicht, wie es vor allem in Bayern geschehe, verharmlosen, sondern müsse ihm entschieden entgegentreten, was viele SPD-Politiker/-innen auch täten.²⁰² Hierzu schreibt die *ZEIT* Folgendes:

Es gab aber auch christdemokratische Politiker, die nicht blind waren. Am 23. März 1979 sagte Heinz Eyrich, der Justizminister von Baden-Württemberg, in einer Sendung des Süddeutschen Rundfunks zum Rechtsradikalismus: „Ich bin erstaunt. Diese Art der Erscheinungsweise rechtsradikaler Gruppen kannten wir bisher nicht. Es ist eine neue Erscheinung ... Daß diese Aktivität nun kommt, ist für mich überraschend.“ Schon am 30. Mai 1978 hatten die Justizminister der Länder in einer Konferenz mit Sorge ein Ansteigen rechtsextremistischer Taten festgestellt.
(zeit_80_10_03e)

Dass es „auch“ christdemokratische Politiker/-innen gebe, die nicht „blind“ seien, suggeriert zunächst einmal, dass eine große Mehrzahl der Politiker/innen die Geschehnisse nicht richtig bewertet. Die Ernsthaftigkeit der Situation wird dadurch unterstrichen, dass der Justizminister Baden-Württembergs sich mit dem Thema beschäftigt und zitiert wird. Hierdurch beschreibt die *ZEIT* eine eindrückliche Sorge um die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus. Es muss jedoch betont werden,

²⁰¹ zeit_80_10_03.

²⁰² zeit_80_10_03e.

dass die beiden genannten Berichte die einzigen zum Oktoberfestattentat sind, in denen in der *ZEIT* eine eindeutige Sorge um die Gefahr des Rechtsextremismus ausgedrückt wurde.

Die *FAZ* hat sich mit der Frage der Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, insgesamt in vier Artikeln beschäftigt. Am 4. Oktober 1980 hat sie das Oktoberfestattentat als in einer Tradition rechter Verbrechen stehend beschrieben:

Dabei spielt es eine mindere Rolle, ob der mutmaßliche Attentäter von München, Gundolf Köhler, „nur“ im Mutterboden militanter neonazistischer Umtriebe wurzelte, oder ob etwa doch eine rechte Terrorgruppe hinter der Tat steht. Was in München geschah, ist der vorläufige Höhepunkt einer Kette von Ereignissen und Entwicklungen, die in der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt blieb, die den Sicherheitsbehörden jedoch nicht erst in diesem Jahr Sorgen und Arbeit bereitete. (faz_80_10_04)

Die *FAZ* spricht mit diesen zwei Sätzen mehrere Aspekte an. Zum einen widmet sie sich der Frage, ob Köhler nun als Einzeltäter gehandelt habe oder ob die ‚WSG Hoffmann‘ am Attentat beteiligt gewesen sei.²⁰³ Schon alleine durch die Nennung einer möglichen Täterschaft einer „rechte[n] Terrorgruppe“ wird auf die vom Rechtsextremismus ausgehende Gefahr verwiesen.²⁰⁴ Eine Einzeltäterschaft könnte mit geistiger Verwirrung begründet und als Singularität betrachtet werden. Schreibt die *FAZ* jedoch von einer möglichen rechten Terrorgruppe, so spricht sie der extremen Rechten ein kriminelles Organisationspotenzial zu. Dies würde die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus aufzeigen. Auch die Betonung, dass es sich beim Oktoberfestattentat nur um einen Teil einer Ereigniskette handle²⁰⁵, verdeutlicht, dass die *FAZ* den Rechtsextremismus als ernst zu nehmende vorhandene Gefahr wahrnimmt. Des Weiteren kann der Artikel bei der Leserschaft Unbehagen generieren, indem er dieser aufzeigt, dass eine rechtsextreme Gefährdung ohne ihr Wissen schon seit längerem den Sicherheitsapparat beschäftigt.²⁰⁶ Der Tenor ist deutlich: Es war der Öffentlichkeit bis dato vielleicht nicht klar, der Rechtsextremismus ist jedoch gefährlich. Diese Ansicht wird weiter dadurch genährt, dass die *FAZ* im selben Atemzug betont, dass die Sicherheitsbehörden davon ausgingen, dass „aus dieser Szene weiterhin mit Attentaten und schweren Gewalttaten gerechnet“ werden müsse.²⁰⁷ In diesem Artikel geht die *FAZ* des Weiteren auf strukturelle Bedingungen des Rechtsextremismus ein:

Für die Sicherheitsbehörden gelten die Neonazis, auch soweit sie sich bislang nicht durch Gewalt hervortaten, heute keineswegs nur mehr als „abseitige Spinner“. Das Potential dieser

²⁰³ Wie bereits früher erwähnt, verfestigte sich im weiteren Verlauf der Ermittlungen zum Oktoberfestattentat schließlich die Annahme, dass Köhler als Einzeltäter gehandelt habe.

²⁰⁴ faz_80_10_04.

²⁰⁵ Diese Ereigniskette wird auch zwei Tage später noch einmal von der *FAZ* betont (faz_80_10_06).

²⁰⁶ faz_80_10_04.

²⁰⁷ faz_80_10_04.

Gruppierungen besteht zum überwiegenden Teil aus Zwanzig- bis Dreißigjährigen; darunter sind Schüler, Studenten, Angestellte, Arbeiter, aber auch Ärzte und Ingenieure. Etwa ein Fünftel von ihnen gilt als akademisch gebildet. Der Anteil an Frauen wächst. (faz_80_10_04)

Hier macht die *FAZ* deutlich, dass es sich bei Rechtsextremist(inn)en nicht nur um „Spinner“ handle.²⁰⁸ Vielmehr sei die, wie sie etwas später genannt wird, „Bewegung“ – ein eher bedrohlich bzw. machtvoll besetztes Wort – aus verschiedensten Teilen der Bevölkerung gespeist, auch akademische Bildung sei im Kreise des Rechtsextremismus keine Seltenheit.²⁰⁹ Die „Bewegung“ sei zwar eine „gesellschaftliche Randerscheinung“, trotzdem wird nicht versäumt, ihre „Gefährlichkeit“ zu betonen.²¹⁰ Im identischen Artikel wird auch auf die explizite Vorgehensweise rechter Terrorist(inn)en eingegangen:

Groß ist der Fanatismus, mit dem die Neonazis gegen den demokratischen Staat vorgehen, und die Brutalität ihrer militärischen Untergrundgruppen. Schon in dem Bestreben, für ihren terroristischen Kampf Waffen und Geld zu beschaffen, ist ihnen jedes Mittel recht. In den Aktionsplänen der rechten Terroristen gab es von vornherein keinen Unterschied zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen.²¹¹ (faz_80_10_04)

Die *FAZ* führt ihrer Leserschaft vor Augen, dass die Aktionen der Rechtsextremist(inn)en sich keinesfalls gegen einige wenige Personen richten. Vielmehr gingen sie gegen den gesamten demokratischen Staat vor und machten keinen Unterschied zwischen Individuen und Objekten. Hierbei seien sie brutal, militant und fanatisch. Darüber hinaus werden ihre gewalttätigen Aktionen als „terroristisch“ gebrandmarkt, was eine Abhebung von „gewöhnlichen“ Verbrechern und Verbrecherinnen bedeutet.²¹² Des Weiteren hätten rechte Terrorist(inn)en „Aktionspläne“. Dies suggeriert, dass es sich bei ihren Taten nicht um spontane Gewaltakte, sondern vielmehr um sorgfältig geplante Terrorakte handelt. Im weiteren Verlauf des Artikels betont die *FAZ* noch einmal, dass der rechte Terror „die innere Sicherheit erheblich gefährden“ könne.²¹³

Am 21. Oktober 1980 zitierte die *FAZ* Innenminister Gerhart Baum, der damals aussagte, dass von Ereignissen wie dem Oktoberfestattentat eine Signalwirkung für andere Rechtsextremist(inn)en ausgehen könne. Des Weiteren nannte er in diesem Zusammenhang auch einen Anschlag auf eine Synagoge in Paris.²¹⁴ Auch hier wird wieder deutlich: Das Oktoberfestattentat wird nicht als losge-

²⁰⁸ faz_80_10_04.

²⁰⁹ faz_80_10_04.

²¹⁰ faz_80_10_04.

²¹¹ Hier wurde schon 1980 mehr oder weniger ein ähnliches Vorgehen wie das des „NSU“ beschrieben. Fanatismus und Brutalität von „militärischen Untergrundtruppen“ gepaart mit Geldbeschaffung auf illegalen Wege, außerdem Gewalt gegen Menschen und gegen Dinge.

²¹² faz_80_10_04.

²¹³ faz_80_10_04.

²¹⁴ faz_80_10_21b.

löstes Verbrechen betrachtet, sondern als Kontinuität innerhalb einer Serie von (terroristischen) Verbrechen mit rechtsextremen Hintergrund. Des Weiteren wird Baum wie folgt zitiert: „Bereitschaft und Fähigkeit der Rechtsextremen zur Gewalt sind erheblich gestiegen, auch wenn ihre Zahl abgenommen hat“.²¹⁵ Diese vielleicht etwas kleiner gewordenen Gruppen seien durch ihre geringe Mitgliederzahl mitnichten ungefährlich, auch weil sie weltweite Kontakte pflegen und grenzübergreifend zusammenarbeiten würden. Außerdem wird hier wieder die Bedrohlichkeit des Rechtsextremismus anhand seiner Struktur und Vernetzung vermittelt. Es handle sich eben gerade nicht um einzelne Verwirte, sondern um komplex vernetzte und miteinander operierende kleine Zellen.

Am 7. November 1980 betonte die *FAZ* noch einmal das Gewaltpotenzial innerhalb der rechten Szene. Es gehe mittlerweile nicht mehr nur noch darum, eine verfassungsfeindliche Gesinnung zu pflegen, vielmehr werde diese nun immer öfter auch durch Gewaltakte ausgedrückt.²¹⁶ Diese Gewalt äußere sich auch in der Bereitschaft zur Nutzung von Sprengstoff:

Das Basteln mit Sprengstoff nimmt bei den rund 30 derzeit existierenden rechtsextremistischen Gruppchen zu, und erfahrungsgemäß braucht jemand, der lange mit dergleichen herumgespielt hat, eines Tages den Reiz der intensiveren Bestätigung, der im Einsatz dieser Mittel liegt. (faz_80_11_07)

In diesem Zitat kommen zwar relativierende Worte wie „Basteln“, „Gruppchen“ oder „herumspielen“ vor.²¹⁷ Im Kern sagt diese Textpassage jedoch aus, dass aus vermeintlich ‚harmlosen‘ Spielereien sehr schnell bitterer Ernst werden könne, der schließlich in Sprengstoffattentaten gipfeln könnte. Gepaart damit, dass der organisierte Rechtsextremismus, wie später im Artikel erwähnt, über großzügige Geldgeber/-innen verfüge, verdeutlicht die *FAZ* auch hier wieder das Gefahrenpotenzial der extremen Rechten.²¹⁸ Außerdem wird noch einmal die Internationalität des Rechtsextremismus angesprochen und vom Eingeständnis deutscher Sicherheitsbehörden berichtet, dass sie die Beziehungen des „militanten Rechtsextremismus/Neonazismus zum Ausland“ unterschätzt hätten.²¹⁹ Des Weiteren gibt die *FAZ* die folgende Handlungsempfehlung:

Die Demokratie kann einiges tun, die rechtsextremistischen Gefahren nicht wachsen zu lassen; mit Beobachtung und Repression, was hier, anders als gegenüber der extremen Linken, noch sein darf. (faz_80_11_07)

²¹⁵ faz_80_10_21b.

²¹⁶ faz_80_11_07.

²¹⁷ faz_80_11_07.

²¹⁸ faz_80_11_07.

²¹⁹ faz_80_11_07.

Hier findet zwar durch den Vergleich mit dem Linksextremismus durchaus eine Relativierung der extremen Rechten statt.²²⁰ Es wird jedoch auch explizit die Gefahr angesprochen, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Durch die Positionierung der „Demokratie“ als Handlungsmacht wird der Rechtsextremismus bewusst konträr zu demokratischen Grundwerten gesetzt.²²¹ Einmal mehr wird ausgedrückt, dass der Rechtsextremismus sich nicht auf dem verfassungsrechtlich-demokratischen Boden der BRD bewege und somit eine Gefahr für dieselbe sei.

Auch in der *BILD* lässt sich zum Oktoberfestattentat ein Muster erkennen, das die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus herausarbeitet. Am 29. September 1980, drei Tage nach der Explosion, also zu einem Zeitpunkt, an dem die Diskussion einer Beteiligung der ‚WSG Hoffmann‘ noch als absolut plausibel galt, veröffentlichte sie bspw. ein Foto von Mitgliedern der WSG:



Abbildung 7: Foto ‚Wir werden Rache nehmen‘, Quelle: *BILD* vom 29.09.1980, S. 3.

Bildunterschrift: Wir werden Rache nehmen. Mit Tarnnetzen und Feldstechern beobachteten diese vier Mitglieder „der Wehrsportgruppe Hoffmann“ im Juli 1978 Demonstranten, die in Franken gegen Hoffmanns Privatarmee protestierten. Hoffmanns „Soldaten“ schworen: „Wir werden euch linke Demonstranten fotografieren und Rache nehmen.“

Es stellt sich die Frage, warum eben dieses und kein anderes Bild zur Illustrierung des Artikels gewählt wurde. Das Foto der vier Uniformierten wirkt auf den Betrachter bedrohlich. Mit militärischer Ausstattung und teilweiser Unkenntlichmachung der eigenen Gesichter wirken die Fotografierten wie gut ausgebildete und zur Gewalt bereite Kämpfer. Die Bildunterschrift leistet einen erheblichen Beitrag dazu, die ‚WSG Hoffmann‘ als real existierende Gefahr zu beschreiben.²²² Schon

²²⁰ Die Verhandlung des Rechtsextremismus vor der Referenzfolie des Linksextremismus wird in Kapitel 4.3 näher untersucht.

²²¹ faz_80_11_07.

²²² bild_80_09_29_s3c.

alleine die Beobachtung von Demonstrant(inn)en mit Feldstechern lässt einen hohen Organisationsgrad und Militarismus vermuten. Die diesbezüglich geschworene Rache an Menschen, die ihrem Grundrecht der Versammlungsfreiheit und dem der freien Meinungsäußerung nachgehen, betont die Verfassungsfremdheit der ‚WSG Hoffmann‘. Geht man dann noch davon aus, dass es sich hierbei um eine „Privatarmee“ bzw. „Soldaten“ handelt, so ergibt sich ein bedrohliches Bild des Rechtsextremismus.²²³ Bei der Betrachtung des Bildes samt Unterschrift fällt es schwer, den Rechtsextremismus nicht als Gefahr wahrzunehmen.

Ebenfalls am 29. September veröffentlichte die *BILD* ein Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, in dem sie ihn wie folgt zitiert:

Was den Rechtsextremismus angeht, so hat die Bundesregierung, und das gilt auch für Innenminister Baum, die Gefahr nie unterschätzt. Ich denke an die Verhaftung des Rechtsextremisten Röder vor wenigen Wochen. Dagegen hat es Landesinnenminister gegeben, die gesagt haben, man solle den Rechtsextremismus nicht als Schattengefahr aufbauen. Es ist aber kein Schatten, sondern eine ernst zu nehmende Gefahr, wie dieses verdammenswürdige Verbrechen auf der Münchner Oktoberwiese erneut bestätigt hat. (bild_80_09_29_s4e)

Dass der Bundeskanzler in einem Interview den Rechtsextremismus als Gefahr bezeichnet, hat großes Gewicht. Auch Schmidt setzt den Rechtsextremismus in eine größere Kontinuitätslinie. Indem er die Verhaftung Manfred Röders²²⁴ anspricht, stellt er den militanten Rechtsextremismus als übergreifend dar. Es handelt sich bei Rechtsextremist(inn)en ihm zufolge nicht um Einzeltäter, sondern um Anhänger/-innen einer gewaltbereiten Ideologie, die innerhalb mehrerer verschiedener Gruppierungen ähnliche Ziele verfolgen. Gleichesmaßen kritisiert er die Verharmlosung des Rechtsextremismus durch einige Politiker/-innen²²⁵, was im Umkehrschluss bedeutet, dass er ihn als gefährlich ansieht. Mit seiner Formulierung, der Rechtsextremismus sei als „ernst zu nehmende Gefahr“ zu verstehen, unterstreicht er seine Einschätzung.²²⁶

Ähnlich äußerte sich der ehemalige Bundeskanzler und Schmidts Vorgänger in diesem Amt, Willy Brandt, in einem *BILD*-Interview am 3. Oktober 1980:

Zunächst: Terrorismus ist für mich weder rechts noch links, sondern ein Verbrechen. Es ist aber richtig, ich habe immer darauf aufmerksam gemacht, daß die Gefahr auch von rechts kommt. Das Bombenattentat in Bologna, jetzt in München und die antisemitischen Ausschreitungen in Paris zeigen, daß wir nicht wachsam genug sein können. (bild_80_10_03_s1)

²²³ bild_80_09_29_s3c.

²²⁴ Rechtsextremist und Gründer der Terrororganisation ‚Deutsche Aktionsgruppen‘, die verschiedene Brand- und Sprengstoffanschläge verübt.

²²⁵ In diesem Fall liegt die Vermutung nahe, dass Schmidt auf Franz-Josef Strauß anspielt.

²²⁶ bild_80_09_29_s4c.

Es lässt sich erneut ein Maßnehmen zwischen Rechts- und Linksextremismus beobachten. Wichtig für das Muster, den Rechtsextremismus als Gefahr zu betrachten, ist wieder die ereignisgeschichtliche Kontextualisierung, die Brandt hier vornimmt. Auch er sieht das Oktoberfestattentat somit nicht als singuläres Ereignis, sondern setzt es in eine Linie mit dem Bombenattentat von Bologna²²⁷ und antisemitischen Ausschreitungen in Paris. Der Rechtsextremismus wird abermals nicht nur als nationale, sondern internationale Gefahr wahrgenommen, die für Ausschreitungen und den Verlust von Menschenleben verantwortlich sei.²²⁸

Bei der Berichterstattung hinsichtlich der Gefahr des Rechtsextremismus bleibt nicht aus, dass diese Strömung teilweise stark vereinfacht dargestellt wird. So ging die *FAZ* am 15. Oktober 1980 davon aus, dass der Rechtsextremismus kein größeres Problem darstelle, da er „ungeistig“ sei.²²⁹ Aus diesem Grund existiere so etwas wie ein nationalsozialistisches ‚Ideentum‘ in Deutschland überhaupt nicht: „Es gibt in der Bundesrepublik kein intellektuelles Klima, in dem sich nationalsozialistische oder – nach italienischem Vorbild – faschistische Ideen formulieren können“.²³⁰ Selbst falls dies zutreffend wäre – eine Frage, die an dieser Stelle nicht geklärt werden soll – widerspricht sich die *FAZ* in gewissem Sinne. So berichtete sie am 4. Oktober 1980 darüber, dass in rechtsextremen Kreisen akademische Bildung nicht selten sei. Denkt man dieses Argument weiter, so könnte man zu dem Schluss kommen, dass selbst *falls* es noch kein „intellektuelles Klima“ gebe, das Potenzial für ein solches vorhanden sei.²³¹ In einem ähnlichen Kontext kann man die Tatsache betrachten, dass die *FAZ*, ebenfalls im Artikel vom 15. Oktober 1980, geschrieben hat, die Aggression von Rechtsextremist(inn)en sei „dem Aufmucken von Verlierern ähnlicher als einem auch nur in der Rede souveränen Selbstbewusstsein“.²³² Auch hier werden die Hintergründe, die der Szene zugrunde liegen, verkürzt betrachtet. Man macht sich nicht die Mühe, sie gründlicher zu hinterfragen. Vielmehr scheint es in dem Artikel den Versuch zu geben, sich besonders negativ über den Rechtsextremismus zu äußern. Das Resultat ist jedoch eine Weichzeichnung desselben. Dies zeigt sich auch darin, dass die *FAZ* die intellektuelle Vorreiterrolle des Gedankenguts des ‚Dritten Reichs‘ als „Vorbereitung des rassistischen und nationalistischen Unfugs“ bezeichnet.²³³ Den NS als „Unfug“

²²⁷ Bei dem Bombenattentat auf den Hauptbahnhof von Bologna am 2. August 1980 starben 85 Menschen.

²²⁸ bild_80_10_03_s1.

²²⁹ faz_80_10_15.

²³⁰ faz_80_10_15.

²³¹ faz_80_10_15.

²³² faz_80_10_15.

²³³ faz_80_10_15.

zu bezeichnen, ist eine so grob vereinfachte Form der Darstellung, sodass sie schon eher an eine Verharmlosung von NS und Rechtsextremismus grenzt, ein Muster, das später noch angesprochen werden wird.²³⁴ Vergleichbar hiermit ist auch die Aussage, dass der Rechtsextremismus eher ein „Fetischismus mit alten Waffen, Uniformstücken, NS-Symbolen und Orden“ sei.²³⁵ Hier stellt sich die Frage, wieso die *FAZ* den Rechtsextremismus als Fetisch darstellte, kurz nachdem es einen rechtsextremen Bombenanschlag auf dem Oktoberfest gegeben hatte. Hiermit endet die vereinfachte Darstellung des Rechtsextremismus jedoch nicht, wie auch der folgende Artikelausschnitt belegt:

Wenn es eine Zone des Übergangs zum Rechtsextremismus gibt, dann besteht sie in der Entwicklung vom geschmacklosen Unernst bei der Auseinandersetzung oder bloßen Begegnung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus über das blasierte Herabspielen des Umfangs dieser Verbrechen bis schließlich zu ihrer gänzlichen Leugnung. (faz_80_10_15)

Die *FAZ* bezieht den Rechtsextremismus an dieser Stelle ausschließlich auf den Holocaust und dessen Leugnung und vergisst, dass diesem mehr zugrunde liegt als „nur“ Antisemitismus. Es geht im Rechtsextremismus neben der Rehabilitierung historischer Faschismen auch um ein geschlossen rassistisches Weltbild und das Bestreben, eine autoritäre Gesellschafts- und Staatsordnung zu errichten (Glanninger 2009, S. 17). Die *FAZ* erkennt am Schluss des Artikels zwar an, dass aus diesen ideologischen Grundlagen „Personal für kriminelle Handlungen rekrutiert werden kann“, es aber nicht nötig sei, dies als aktuelles oder zukünftiges politisches Problem anzusehen.²³⁶ Stattdessen spricht sie an dieser Stelle davon, dass es keine Gefahr eines „neuen Rechtsextremismus“ gebe. Diese Aussage wiederum verweist auf die Annahme, dass so etwas wie Rechtsextremismus in der Bundesrepublik tatsächlich gar nicht existiere.²³⁷

Die Grenzen der vereinfachten Darstellung von Rechtsextremismus hin zu seiner Verharmlosung sind mitunter fließend. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle davon ausgegangen, dass sich Vereinfachungen vor allem auf strukturelle Hintergründe beziehen, während sich Verharmlosungen aus einem mangelnden Bewusstsein hinsichtlich der Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, speisen. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass sich in der Analyse Vereinfachungen und Verharmlosungen auch überschneiden können. Die *ZEIT* zitierte am 31. Oktober 1980 Quellen des Staatschutzes, denen zufolge rechtsextreme Gruppierungen in der Regel in Kleinstgruppen auftreten. Häufig werde ihr „Aktionismus durch Rivalitäten gehemmt, erschöpft sich oft in bloßem Maulhe-

²³⁴ faz_80_10_15.

²³⁵ faz_80_10_15.

²³⁶ faz_80_10_15.

²³⁷ faz_80_10_15.

dentum, in Waffen- und Uniformfetischismus“.²³⁸ Des Weiteren wird berichtet, dass kein europäischer Staat außer Großbritannien einer wirklichen Bedrohung durch diese Gruppen ausgesetzt sei.²³⁹ Als besonderes Hindernis bei der Etablierung einer großen rechtsextremen Strömung werden nicht existente zentrale Strukturen und Dachorganisationen sowie eine fehlende gemeinsame Ideologie aufgeführt.²⁴⁰ Zwar werden im erwähnten Artikel, der sich stark auf die europäische Dimension des Rechtsextremismus bezieht, auch Gefährdungspotenziale genannt, die vom Rechtsterrorismus ausgehen. Trotzdem stellt sich die Frage, wieso einen Monat nach dem Oktoberfestattentat die Analysen des Staatsschutzes nicht kritisch hinterfragt werden.

Die *FAZ* bemerkte wenige Tage nach dem Anschlag hinsichtlich der ‚WSG Hoffmann‘, die zum damaligen Zeitpunkt als mehr oder weniger sicher an der Explosion beteiligt galt, Folgendes:

Von jener Wehrsportgruppe Hoffmann hatte man allerdings schon gehört; ihre paramilitärischen Verkleidungsspiele und Übungen waren bekannt und trugen ihren Mitgliedern den Ruf ein, Spinner zu sein. Doch wer mag behaupten, es sei von dort her ein Weg erkennbar gewesen, der geradewegs zu dem Münchener Bombenanschlag führte? Und wieviel klüger ist man nachher wirklich? (faz_80_09_30b)

Es bleibt zu beachten, dass der erste Teil dieser Textpassage nicht im Präsens, sondern in der Vergangenheitsform verfasst ist. Man kann somit davon ausgehen, dass die Meinung, die hier gegenüber der ‚WSG Hoffmann‘ beschrieben wird, so schon damals nicht mehr aktuell war. Relativiert wird dies aber durch die Abwehrhaltung, dass man dies alles nicht hätte ahnen können. Das nimmt der ‚WSG Hoffmann‘ ein Stück ihrer Bedrohlichkeit, vor allem vor dem Hintergrund, dass von Teilen der Politik schon länger vor der ‚WSG Hoffmann‘ gewarnt und diese sogar verboten worden war. Die *FAZ* sieht also kein Problem darin, dass die Wehrsportler in Teilen der breiten Wahrnehmung lediglich als Spinner angesehen worden sind.²⁴¹ Hiermit entlastet die Zeitung Personen, die diese Verharmlosung maßgeblich propagiert hatten. Man kann an dieser Stelle dagegenhalten, dass, auch wenn viele Indizien dafürsprechen, bis heute keine endgültigen Beweise dafür gefunden worden sind, dass die ‚WSG Hoffmann‘ tatsächlich als Organisation an dem Attentat beteiligt war. Festzuhalten bleibt dennoch, dass zu jenem Zeitpunkt von einer Beteiligung der ‚WSG Hoffmann‘ ausgegangen wurde und auch der hier genannte Artikel nichts Anderes suggeriert. Auch wenn dies nicht der Fall gewesen wäre: umstritten ist, dass Gundolf Köhler Kontakte zur ‚WSG Hoffmann‘ hatte. Selbst bei der Negierung einer juristischen Schuld wurde hier das Radikalisierungspotenzial,

²³⁸ zeit_80_10_31b.

²³⁹ zeit_80_10_31b.

²⁴⁰ zeit_80_10_31b.

²⁴¹ faz_80_09_30b.

das von Wehrsportgruppen ausgeht, stark verharmlost. Das zeigt sich auch in der im Artikel gestellten Frage, wie viel klüger man im Nachhinein wirklich sei.²⁴² Hier könnte man eigentlich die Erkenntnis erwarten, dass Wehrsportgruppen nicht verharmlost und als Ansammlung von Spinnern angesehen werden sollten. Dass dies in der Folge aber nicht der Fall war, zeigt sich in einem Artikel der *FAZ* vom 15. Oktober, in dem Organisationen wie die ‚WSG Hoffmann‘ als „verschrobene Gruppen“ bezeichnet wurden.²⁴³ Bezeichnend ist zudem, dass die *FAZ* am 7. November 1980, also einem Zeitpunkt, zu dem die Zweifel an einer Beteiligung der ‚WSG Hoffmann‘ am Attentat wuchsen, schrieb: „Durch das ihr zuteil gewordene Verbot ist die WSG – vielleicht unverdientermaßen – in den Geruch gekommen, es handle sich bei ihr um eine akut gefährliche rechtsextremistische Vereinigung“.²⁴⁴ In diesem Satz wird die Vermutung aufgestellt, dass die ‚WSG Hoffmann‘ möglicherweise nicht allzu gefährlich sei. Ungeachtet der Frage, ob sie nun am Oktoberfestattentat aktiv beteiligt war oder nicht, wird hierdurch ihr antidemokratisches, gewaltverherrlichendes und verfassungsfeindliches Potenzial negiert oder wenigstens in den Hintergrund gedrängt. Es scheint der allgemeine Tenor vorzuherrschen, dass die ‚WSG Hoffmann‘ harmlos sei, solange ihr keine Beteiligung am Anschlag nachgewiesen werden könne. Fest steht jedoch, dass aus dem Umfeld der ‚WSG Hoffmann‘ nach dem Oktoberfestattentat Morde begangen wurden, so bspw. an Shlomo Lewin und Frida Poeschke (Chaussy 2014, S. 243 ff.). Gerade vor dem Hintergrund, dass die ‚WSG Hoffmann‘ verboten worden war, fällt auf, wie verharmlosend die *FAZ* in der Regel über sie berichtete. Ein weiteres Zitat aus dem eben genannten Artikel zeigt die Fixierung der *FAZ* auf den Linksextremismus:

Andererseits tut die demokratische Politik dem Rechtsextremismus einen Gefallen, wenn sie ihn großredet, und wäre es aus einem auch außenpolitisch motivierten Harmoniebedürfnis, das gezielterisch die „Erkenntnis“ fordert, gleich viel Gefahr komme von rechts wie von links. (faz_80_11_07)

Vielleicht möchte die *FAZ* den Rechtsextremismus tatsächlich nicht größer reden, als sie ihn empfindet. Vor dem Hintergrund, dass das Oktoberfestattentat mehrere Todesopfer gefordert hat, besteht trotzdem die Frage, ob es sich bei einer Benennung der Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen, tatsächlich um ein Großreden, auch im Vergleich zum Linksextremismus, handeln würde. Da die Ebene des Verhältnisses von Rechts- und Linksextremismus noch in Kapitel 4.3 ausführlicher thematisiert wird, soll dies an dieser Stelle lediglich erwähnt, aber nicht vertieft betrachtet werden.

²⁴² faz_80_09_30b.

²⁴³ faz_80_10_15.

²⁴⁴ faz_80_11_07.

Rostock-Lichtenhagen

Auch im Fall des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen lassen sich in der Berichterstattung Muster feststellen, die den Rechtsextremismus als gefährlich kennzeichnen. Die *ZEIT* sieht gar die Demokratie als solche in Gefahr, wie ein Artikel vom 2. Oktober 1992 belegt:

Alles in allem wird die Demokratie in Deutschland brüchig werden. Schon jetzt zeigt sich in den öffentlichen Reaktionen auf die Gewaltanschläge, daß die Verständnisbekundungen für die Angreifer verbreiteter sind und mehr Wirkung auf die Politik zeigen als das Engagement für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Mehr und mehr geben sich völkisch-nationale Einstellungen zu erkennen, die den Rekurs auf christliche Werte und auf die Universalität der Menschenrechte als idealistisch und weltfremd abtun. (zeit_92_10_02)

Hierbei bezieht sich das Zitat weniger auf die physischen Gewalttäter/-innen von Lichtenhagen, sondern vielmehr auf die Anwohner/-innen, die diese bei ihrer Tat noch angefeuert hatten. Genau hierin sieht die *ZEIT* ein Problem, das darin gipfle, dass die Politik sich hiervon beeinflussen lasse. Mit dem – auch heute – negativ besetzten Begriff „völkisch“ weist die *ZEIT* auf die Gefahr der bieder daherkommenden Ablehnung universeller Wertvorstellungen hin, die an dieser Stelle ihren Höhepunkt in der ideellen Unterstützung einer Menschenjagd finde.²⁴⁵ Die *ZEIT* fürchtet, dass solche Einstellungen salonfähig werden und die deutsche Demokratie unterwandern könnten.

Die *FAZ* beschwört auf der Grundlage der Ereignisse von Lichtenhagen gar einen Bürgerkrieg herauf, wie in einem Artikel vom 26. August 1992 deutlich wird:

Was der Situation die Stimmung von Bürgerkrieg gibt, ist nicht allein der Abschied von jeglichem Mitleid und Schamgefühl. Es ist der völlige Zerfall der staatlichen Autorität innerhalb von zwei Nächten. Haß und Verachtung der Leute reichen vom Senat der Hansestadt Rostock über die Landesregierung bis zum Bund und zurück auf die Polizeibeamten. Noch die Feuerwehr wird als Garant der Ordnung gehaßt und ihr Wagen mit Steinen beworfen. In dieser Stimmung schwimmen die Randalierer wie Fische im Wasser. (faz_92_08_26)

Schon alleine der Verweis darauf, dass die Stimmung der in einem Bürgerkrieg ähnle, verweist auf die Gefahr, die von der Situation ausgeht. Innerhalb von nur zwei Nächten hätten es Rechtsextremist(inn)en samt Unterstützern und Unterstützerinnen aus der Bevölkerung geschafft, die staatliche Autorität auszuschalten. Der Gewaltexzess wird an dieser Stelle als Angriff auf den Staat verstanden. Dies zeigt, wie gefährlich Rechtsextremismus gepaart mit Unterstützung der „Leute“ sein kann, die ihrer Verachtung gegenüber der Politik in einer Ablehnung der staatlichen Autorität Ausdruck verleihen. Die Botschaft ist klar: Es geht hier längst nicht mehr ‚nur‘ um Angriffe auf Asylsuchende, vielmehr ist der Staat im Visier. An einer späteren Stelle im Artikel werden die Gewalttäter/-innen von der *FAZ* als „Terroristen“ bezeichnet, die „von den Lichtenhagern [...] geschützt

²⁴⁵

zeit_92_10_02.

werden“.²⁴⁶ Gepaart mit einer Menschenverachtung, von der am selben Tag in einem anderen Artikel berichtet wird, ergibt sich ein höchst gefährliches Potenzial. Es wird betont, dass sich in den Wohnungen, die in Brand gesetzt wurden, noch Menschen befunden hätten. Auch hätten die „Randalierer“ „Lynch sie!“ und „Hängt sie auf!“ skandiert.²⁴⁷

Die *BILD* äußerte sich am 24. November 1992 zu den Ereignissen von Rostock-Lichtenhagen und dem Mordanschlag von Mölln²⁴⁸ in einem Kommentar unter der Überschrift „Fast ist es schon zu spät“:

Es reicht nicht mehr, die Rechtsradikalen zu „beobachten“. Jetzt muß verboten und verhaftet werden. Es reicht nicht mehr, für Ausländer zu „demonstrieren“. Jetzt müssen sie verteidigt werden, wo immer sie sich aufhalten. Mit Polizei, Grenzschutz, notfalls mit der Bundeswehr. (bild_92_11_24_s2)

Innerhalb dieser Quelle gibt es sicherlich diskussionswürdige Stellen. So stellt sich die Frage, wer oder was eigentlich „verboten und verhaftet“ werden sollte.²⁴⁹ Ohne Spezifizierungen klingt diese Forderung eher aktionistisch. Auch scheint die *BILD* nicht die Zivilgesellschaft in der Verantwortung zu sehen, sondern richtet ihre Forderung ausschließlich an die Polizei, den Grenzschutz und (das Grundgesetz sehr dehnend) auch an die Bundeswehr. Zudem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass im weiteren Verlauf des Kommentars die Kollektivsymbolik²⁵⁰ der „Asylüberschwemmung“ genutzt und die Schuld an der Situation auch bei der Politik gesucht wird.²⁵¹ Im Sinne des Musters der Benennung des Rechtsextremismus als Gefahr gibt es im Kommentar aber auch diesbezügliche Anhaltspunkte. Es wird ein massives und entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremist(inn)en gefordert. Worte reichen dem Kommentar zufolge nicht mehr, nun müssten Taten folgen. Dass hier sogar das in Deutschland herrschende Verbot eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren²⁵² tangiert wird, zeigt auf, wie gefährlich die *BILD* die Situation einstuft. Werde

²⁴⁶ faz_92_08_26.

²⁴⁷ faz_92_08_26c.

²⁴⁸ Bei dem Brandanschlag am 23. November 1992 kamen drei türkischstämmige Menschen ums Leben.

²⁴⁹ bild_92_11_24_s2.

²⁵⁰ Jürgen Link zufolge speisen sich Kollektivsymboliken aus der Gesamtheit aller bildlichen Elemente von Diskursen, also auch aus Sprachbildern, wie z. B. Symbolen, Metaphern und Vergleichen. Für eine ausführlichere Betrachtung von Kollektivsymboliken siehe Link (2006).

²⁵¹ bild_92_11_24_s2.

²⁵² Ausgenommen vom Verbot sind die „Katastrophenhilfe“ und der „Innere Notstand“. Diese Möglichkeiten sind jedoch streng reglementiert und absolute Ausnahmen.

nicht entschieden vorgegangen und nach Lösungen gesucht, stehe „das Leben Unschuldiger“ auf dem Spiel, schließt der Kommentar.²⁵³

Wird hinsichtlich des Oktoberfestattentats das Muster der vereinfachten Darstellung des Rechtsextremismus von der *FAZ* geprägt, so kann man bei der Berichterstattung über Rostock-Lichtenhagen Artikel der *BILD* als Teile dieses Musters ausmachen. So schrieb die *BILD* am 26. August 1992 Folgendes: „Es gibt 40 000 Neonazis (Verfassungsschutzbericht), 4200 von ihnen sind Skinheads. Die meisten arbeitslos, ohne Schulabschluß, zwischen 18 und 25 Jahre alt“.²⁵⁴

Auf die Frage, wie man Neonazis erkennen könne, schreibt die *BILD* außerdem weiter wie folgt:

Skinheads haben Glatze oder sehr kurze Haare, tragen Kampfstiefel, T-Shirts mit dem Reichsadler, Hakenkreuzembleme. Andere Neonazis haben schwarze oder braune Uniformen an, nach dem Vorbild von SS oder SA. (bild_92_08_26_s2b)

Hier verkürzt die *BILD* die Hintergründe sehr stark und lässt einige Aspekte aus. So werden Neonazis mehr oder weniger pauschal als jung, ungebildet und arbeitslos dargestellt. Hier wird bspw. der Einfluss von Alt-Nationalsozialist(inn)en verkannt, außerdem wird der Rechtsextremismus aus der ‚normalen‘ Gesellschaft ausgeschlossen. Verstärkt wird diese Ausgrenzung noch einmal durch die Beschreibung der Kleidung von Rechtsextremist(inn)en. Die *BILD* vermittelt hier den Eindruck, als ob man Rechtsextremist(inn)en auf den ersten Blick erkennen könne und sie sich komplett von sämtlichen anderen Teilen der Gesellschaft unterscheiden würden. Das dies, auch im Falle von Rostock-Lichtenhagen, nicht so einfach ist, zeigt ein Artikel der *ZEIT*:

Skinheads sind kaum darunter, viele haben ein fast intellektuelles Outfit, der Rest ist vom Typ: netter, hilfsbereiter Junge von nebenan – bloß in letzter Zeit trinkt er vielleicht ein bißchen viel Bier. (zeit_92_08_28)

Am 31. August 1992 berichtete die *BILD*, dass ausländische Fernsehtteams Jugendliche dafür bezahlt hätten, vor einer laufenden Kamera den Hitlergruß zu zeigen:

Die Bilder gingen um die Welt: Junge Leute vor dem Asylantenheim in Rostock heben den Arm zum Hitlergruß. Das Ausland schimpfte: „Die Deutschen – doch Nazis?“ Jetzt kam raus: TV-Reporter aus den USA und Frankreich zahlten Kindern und Jugendlichen Geld, damit sie mit dem Hitlergruß für die Kamera posieren. Die Polizei ermittelt. (bild_92_08_31_s1)

An dieser Stelle geht es aber nicht darum, ob Reporter/-innen tatsächlich Jugendliche bezahlt haben. Vielmehr geht es um die Schlussfolgerungen, die die *BILD* aus den Ereignissen zieht. Der Artikel liest sich nach dem Prinzip, dass es eigentlich kein Problem gebe, wenn der gezeigte Hitlergruß keine politische Gesinnungsbekundung gewesen wäre. Würden Jugendliche für Hitlergrüße bezahlt,

²⁵³

bild_92_11_24_s2.

²⁵⁴

bild_92_08_26_s2b.

so seien sie wohl auch nicht rechtsextrem. Hierbei lässt die *BILD* außer Acht, dass das eine das andere jedoch nicht ausschließt. Noch entscheidender ist aber, dass die *BILD* die Existenz von neonazistischem Gedankengut am Hitlergruß festmacht. Hierbei werden die Gewalttaten des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen ausgeblendet. Auch der Rassismus, der diesen u. a. zugrunde lag, wird in den Hintergrund gedrängt. Rechtsextrem ist dieser Logik nach nur, wer sich – ohne dafür bezahlt zu werden – mit Symboliken des ‚Dritten Reichs‘ präsentiert.

Hinsichtlich des Musters der Verharmlosung des Rechtsextremismus in der Berichterstattung zum Pogrom von Rostock-Lichtenhagen fällt auf, dass diese von den Zeitungen teilweise als eine Art Erlebnistourismus beschrieben werden. Es wird zum Teil eine organisierte Struktur hinter den Angreifern und Angreiferinnen negiert und die Ereignisse werden entpolitisirt. So berichtete die *FAZ* am 27. August 1992 folgendermaßen:

So wird die Wiese vor dem ehemaligen Asylbewerberheim auch deswegen allabendlich zum Treffpunkt, „weil dort was los ist“. Die Anziehungskraft des Ortes geht weniger von den ausgebrannten Fassaden aus, sondern eher von dem Dutzend Fernsehteams, das das zerstörte Haus als Kulisse nutzt. Das wertet die jugendlichen Akteure auf, die bei der abendlichen Begrüßung dann Sätze tauschen wie: „Meine Mutter hat dich gesehen gestern Abend im Fernsehen.“ – „Mensch, wie war ich?“ (faz_92_08_27)

Zwar wird zu Beginn des Artikels eine Jugendliche aus Rostock-Lichtenhagen mit den Worten zitiert, dass sie, wie alle anderen Jugendlichen hier auch, rechts sei, dies wird im weiteren Verlauf des Artikels jedoch nicht mehr aufgegriffen. Stattdessen wird versucht, die Verantwortung der DDR für diese Generation herauszuarbeiten.²⁵⁵ Aufgrund fehlender Perspektiven seien die Jugendlichen frustriert. Der Hass darüber werde an Symbolen der ehemaligen DDR ausgelassen.²⁵⁶ Liest man die Beschreibung im hier dargestellten Zitat, so erhält man den Eindruck, dass die ‚jugendlichen Akteure‘ lediglich auf der Suche nach etwas Spaß seien.²⁵⁷ Es wird zwar eine kritische Haltung gegenüber einigen Medienvertretern und Medienvertreterinnen angedeutet, da sie den Gewalttätern und Gewalttäterinnen eine Bühne darbieten. Die Problematik, die hinter dem beschriebenen Gespräch steht, wird jedoch nicht kritisch hinterfragt. Die Reaktion des Jugendlichen auf die Aussage des anderen, dass er von seiner Mutter im Fernsehen gesehen worden sei, stößt nicht etwa auf Erschrecken oder gar Scham. Im Gegenteil, der Jugendliche ist stolz darauf, im Fernsehen erkannt worden zu sein. Dies zeigt, dass in einigen Kreisen in Rostock-Lichtenhagen ein breites legitimatorisches Klima hinsichtlich der Angriffe auf Asylbewerber/-innen vorherrscht. Mit der Sicherheit im Rü-

²⁵⁵ Das Muster der Abwälzung der Thematik auf die DDR wird in Kapitel 4.3 näher angesprochen.

²⁵⁶ faz_09_08_27.

²⁵⁷ faz_09_08_27.

cken, dass die Mutter des Gegenübers wohl nichts Verwerfliches an den Handlungen finden kann, konzentriert man sich darauf, wie man im Fernsehen ‚rübergekommen‘ sei. Durch die fehlende Kommentierung dieses Gesprächsverlaufs entsteht somit der Eindruck, dass die *FAZ* die Problematik tief sitzender sozialer und struktureller Probleme übergeht und lieber eine recht einfache Deutung von Gewalt als Gruppenerlebnis darstellen möchte. An dieser Stelle sei betont, dass solche Gruppendynamiken sicherlich auch ihren Teil zur Gewalt beigetragen haben. Die Ereignisse so zu entpolitisieren, verharmlost diese jedoch extrem. Dies zeigt sich auch darin, wie die *FAZ* den damaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl am 18. September 1992 zitierte:

Generalbundesanwalt von Stahl sieht trotz der Welle von Ausschreitungen rechtsradikaler Jugendlicher derzeit keine Gefahr für den Staat durch rechtsterroristische Vereinigungen. Bei den jüngsten Angriffen auf Asylbewerberheime sei eine organisatorische Struktur der überwiegend jugendlichen Täter nicht zu erkennen. Außerdem, sagte Stahl vor FDP-Politikern in Karlsruhe, würden die rechtsextremistischen Gewalttaten vielfach aus einer „lokalen, spontanen und nicht selten mit erheblichem Alkoholkonsum“ verbundenen Motivation heraus begangen. (faz_92_09_18)

In dem Artikel wird zwar auch moniert, dass die Gewalt gegen Asylberwerber/-innen in ganz Deutschland nicht abreibe. So wird die damalige Bundesjugendministerin Angela Merkel (CDU) damit zitiert, dass Deutschland diese Problematik nicht im Griff habe. Von Stahls Aussage wird jedoch unhinterfragt abgedruckt. Die Gewalttaten werden als unorganisiert und mehr oder weniger unabhängig voneinander dargestellt.²⁵⁸ Es entsteht der Eindruck, als ob sie rein zufällig stattfänden. Verschärft wird die verharmlosende Darstellung durch den Verweis auf einen entsprechenden Alkoholkonsum. Den Gewalttätern und Gewalttäterinnen wird zum Teil die politische Motivation abgesprochen und ihre Handlungen werden in eine Sphäre der Unzurechnungsfähigkeit verschoben. Durch die Aussage, die Gewalt fände stets in Verbindung mit einem übersteigerten Alkoholkonsum statt, wird suggeriert, dass diese ohne Alkohol nicht präsent wäre.

Auch in der *BILD* werden die Ereignisse an einigen Stellen entpolitisiert.²⁵⁹ An einer anderen Stelle wird in einem Kommentar jedoch auch auf die Hintergründe der Wut der Bevölkerung folgendermaßen eingegangen:

Nicht nur zornig, sondern wütend sind viele Menschen in Rostock. Die Chaoten nützen das aus. Die [„die“] Randale beklatschen, sind keine Neonazis – manche von ihnen nicht einmal Ausländerfeinde. Sie verstehen die Sprüche und Widersprüche unserer Politiker nicht. Wie soll auch ein Kranführer verstehen, daß bei 1,1 Mio. Arbeitslosen in den neuen Ländern in seiner Schicht von vier Kränen drei von Rumänen gesteuert werden – für Dumpinglöhne. Drei Deutsche gehen

²⁵⁸ faz_92_09_18.

²⁵⁹ Siehe beispielsweise bild_92_08_25_s1a und bild_92_08_26_s2a.

stempeln und drei Rumänen arbeiten bei uns für ein Butterbrot. So wird Ausländerfeindlichkeit nicht bekämpft, sondern gezüchtet. (bild_92_08_27_s2a)

Die Überschrift zu diesem Kommentar lautet: „Darum sind wir so wütend“.²⁶⁰ Durch den Begriff „wir“ solidarisiert sich die *BILD* mit den in dem Artikel beschriebenen Personen und verleiht sich selbst die Legitimation, für diese zu sprechen.²⁶¹ Es ist nicht verwerflich, dass die *BILD* die Wut beschreibt, die vor allem in Ostdeutschland vorherrsche. Auch der Verweis darauf, dass diese teilweise ausgenutzt werde ist vertretbar. Mit der Aussage, dass diejenigen, die die Wut ausnutzten, „Chaoten“ seien, werden die Ereignisse hingegen entpolitisirt.²⁶² Es entsteht durch diese Begrifflichkeit eine Lesart, die unterstellt, dass die politische Unzufriedenheit durch unpolitische Randalierer/-innen instrumentalisiert würde. Im selben Atemzug besagt der Artikel, dass diejenigen, die den Gewalttätern und Gewalttäterinnen applaudieren würden, keine Neonazis und häufig „nicht einmal Ausländerfeinde“ seien.²⁶³ Die Weigerung, diese Personen als Rassist(inn)en zu bezeichnen, erscheint durchaus noch nachvollziehbar. Jedoch gehört, bei allem Zorn über soziopolitische Probleme das Potenzial von „Ausländerfeindlichkeit“ dazu, wenn man beklatscht, dass Menschen mit Migrationshintergrund Gewalt angetan wird.²⁶⁴ Auch bleibt zu beachten, dass die Worte „Ausländerfeinde“ und „Ausländerfeindlichkeit“ stark verkürzend wirken.²⁶⁵ Durch die Verwendung einer entsprechenden Sprache werden die Opfer rassistischer Vorgänge zusätzlich ausgegrenzt und als Fremde gebrandmarkt (Messerschmidt 2008, S. 50). Dies geschieht zusätzlich auch durch die vollständige Ausblendung der Opferperspektive aus diesem Kommentar. Dass Ursachen analysiert werden, ist wichtig. Findet jedoch eine fast ausschließliche Täter-Opfer-Umkehr statt, wie es in diesem Kommentar der Fall ist, so ist dies als problematisch zu bewerten. Die Schuld an der Gewalt wird den Politikern und Politikerinnen und, als den vermeintlichen Nutznießern und Nutznießerinnen einer migrationsfreundlichen Politik, den in Deutschland arbeitenden Rumän(inn)en zugeschoben.²⁶⁶ Hier wird mehr oder weniger direkt das altbekannte Muster ‚Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg‘ bedient. Trotzdem werden diejenigen, die vermeintlich davon betroffen sind und klatzen, wenn eben diese Rumän(inn)en gejagt werden, entpolitisirt. Es wird ausgeblendet, dass eine gewisse Entmenschlichung der Opfer erst stattfinden muss, damit die Gewalt gegen sie gutgeheißen und unterstützt wird.

²⁶⁰ bild_92_08_27_s2a.

²⁶¹ bild_92_08_27_s2a.

²⁶² bild_92_08_27_s2a.

²⁶³ bild_92_08_27_s2a.

²⁶⁴ bild_92_08_27_s2a.

²⁶⁵ bild_92_08_27_s2a.

²⁶⁶ bild_92_08_27_s2a.

In einem weiteren Kommentar vom 29. September 1992 wird das Problem des Rassismus wiederholt von der *BILD* als kaum existent beschrieben. In diesem Fall ist der Verfasser ein französischer Journalist:

Wir in Frankreich kennen nur zu gut die Verwüstungen, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, um nicht zu verstehen, daß die Haltung einzelner Deutscher angesichts der osteuropäischen Flüchtlinge Ausdruck tiefer sozialer Not ist. Selbst wenn die Franzosen sich manchmal davor fürchten, daß jenseits des Rheins alte Dämonen wieder wach werden, so schätzen sie die Deutschen doch zu sehr, als daß sie sie für ausländerfeindlich halten. Nur finden die Franzosen die Deutschen manchmal ein bißchen egoistisch angesichts der Probleme der Ossis. Aber ist der Egoismus ein spezifisch deutscher Fehler? (bild_92_09_09_s2)

Der Kommentar liest sich, vereinfacht gesagt, so, als wäre alles nicht so schlimm, wie teilweise behauptet würde. Dass der Kommentar von einem französischen Gastkommentator verfasst wurde, verleiht diesem eine scheinbare zusätzliche Neutralität. Hätte ein Deutscher ihn geschrieben, so stünde der Verdacht im Raum, dass er seine Landsmänner und -frauen möglicherweise nur gut darstellen lassen wollte. Wenn aber ‚selbst‘ ein Franzose die Deutschen entschuldigt, so kann man beruhigt sein. In dem Kommentar stehen keine expliziten Unwahrheiten. Sicherlich haben die schwierige wirtschaftliche Lage und die sozialen Spannungen infolge der Asylsuche vieler Menschen aus Osteuropa²⁶⁷ in Deutschland eine Rolle bei den Angriffen gespielt. Es wirkt jedoch recht eindimensional, den Anwohnern und Anwohnerinnen von Rostock-Lichtenhagen zuzusprechen, unter „tiefer sozialer menschlicher Not“²⁶⁸ zu leiden, ohne die Not der Asylsuchenden zu berücksichtigen, die teilweise im Vorgarten der ZASt kampieren mussten. Auch die Annahme, nur „einzelne Deutsche“ würden unter dieser Not leiden, ist nicht falsch, verharmlost jedoch den Fakt, dass eine große Menge von applaudierenden Menschen sich hinter die Angreifer/-innen gestellt hat.²⁶⁹ Rassistische Motive hinter den Angriffen und die Unterstützung der Übergriffe werden in diesem Kommentar negiert. Es sei des Weiteren nicht zu erwarten, dass „jenseits des Rheins alte Dämonen wieder wach werden“.²⁷⁰ Diese Ausdrucksweise beinhaltet die Suggestion, dass Deutschland nach dem ‚Dritten Reich‘ seine ‚Lektion‘ gelernt hätte und sich Rassismus hier unmöglich ein weiteres Mal entfalten könnte. Der Artikel schließt mit der Aussage, dass die Franzosen und Französinnen die Deutschen gelegentlich lediglich für ein wenig egoistisch halten würden. Dieser Egoismus beziehe sich aber nicht auf den Umgang der Deutschen mit Asylsuchenden. Vielmehr seien sie gegenüber den „Os-

²⁶⁷ Zu beachten ist hierbei, dass vollständig ausgeblendet wird, dass auch Vietnames(inn)en Opfer der Gewalt wurden.

²⁶⁸ bild_92_09_09_s2.

²⁶⁹ bild_92_09_09_s2.

²⁷⁰ bild_92_09_09_s2.

sis“ egoistisch, da sie vor ihren Problemen die Augen verschlossen.²⁷¹ Die eigentlichen Opfer des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen werden hier somit vollständig unsichtbar gemacht. Die eigentlichen Gewaltakte werden durch eine vermeintliche Nichtexistenz der Opfer ausgeblendet. Der Artikel schließt, wie er begonnen hat: Die wirklichen Opfer sind die Ostdeutschen. Diese Verkürzung ist auffällig. Wird rassistisch motivierte Gewalt nicht als solche bezeichnet, sondern sogar durch ihre Negierung legitimiert, so besteht die Gefahr, dass sie normalisiert und somit als akzeptabel wahrgenommen wird.

Die Aufarbeitung der ‚NSU’-Morde

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU’-Morden lässt sich das Muster ausmachen, den Rechtsextremismus als gefährlich zu benennen. So schrieb die *ZEIT* Folgendes: „Rechtsextremismus, im Jahr nach der ‚NSU’-Zäsur, darf man nicht unterschätzen: Er ist brandgefährlich für unser Land“.²⁷²

Etwas verklausulierter, aber mit einer ähnlichen Aussage, veröffentlichte die *BILD* am 16. November 2011 einen Kommentar mit der Überschrift: „Wir müssen neue Morde verhindern!“.²⁷³ In diesem kleinen Satz steckt viel Inhalt. Zum einen wird durch das Wort „Wir“ die gesamte Zivilgesellschaft aufgerufen, sich dem Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzustellen. Der Rechtsextremismus betrifft also die ganze Gesellschaft, nicht nur seine offensichtlichen Opfer. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass es in Deutschland das Potenzial für weitere Morde gibt, sonst müssten diese nicht verhindert werden. Die ‚NSU’-Morde werden also nicht als historisch einzigartige Anschläge betrachtet, sondern vielmehr als Teil einer Ideologie, die zu jedem Zeitpunkt Leib und Leben anderer Menschen bedrohen kann.

Dass die Anhänger dieser Ideologie international vernetzt seien, weiß die *BILD* am 26. November 2011 zu berichten. In einem Artikel wird auf mögliche Verbindungen zwischen dem ‚NSU’ und der europaweit agierenden rechtsextremen terroristischen Organisation ‚Combat 18’ verwiesen.²⁷⁴ Bebildert ist der Artikel mit einem bedrohlich und martialisch wirkenden Foto eines ‚Combat 18’-Mitglieds:

²⁷¹ bild_92_09_09_s2.

²⁷² zeit_12_08_16.

²⁷³ bild_11_11_16.

²⁷⁴ bild_11_11_26_s8a.



Abbildung 8: Foto „Combat 18“, Quelle: *BILD* vom 26.11.2011, S. 8.

Hitlergruß, Axt-Bewaffnung, ein Pulli mit der Aufschrift „Terror Machine Combat 18“ und die Vermummung des Abgebildeten unterstreichen die Gefahr, die von Rechtsextremist(inn)en ausgeht. Die Frage, ob ein europaweites Neonazinetzwerk hinter den „NSU“-Morden stecke, verstärkt den Eindruck der Bedrohung der Gesellschaft durch den Rechtsextremismus noch einmal. Bei der Bombe, von der in der Unterüberschrift die Rede ist, bezieht sich die *BILD* auf den Anschlag in der Kölner Keupstraße, bei dem am 9. Juni 2004 mehrere Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Auch diese Tat wird dem „NSU“ zugerechnet. Ob die Verbindung zwischen dem „NSU“ und „Combat 18“ tatsächlich existierte, ist an dieser Stelle nicht ausschlaggebend. Entscheidend ist vielmehr,

dass die *BILD* hiermit eine Darstellung eines international – und auch in Deutschland – agierenden Terrornetzwerks gezeichnet und somit die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus für die Gesellschaft noch einmal betont hat.

Darüber hinaus ist in der zweiten Phase der Berichterstattung zum „NSU“-Komplex eine teilweise vereinfachende Darstellung des Rechtsextremismus in allen drei untersuchten Zeitungen nachweisbar. So geht die *ZEIT* in einem Artikel, welcher der Frage „wie Wendekinder zu Nazis wurden“ nachgeht, davon aus, dass physische Gewalt ein Voraussetzungsmerkmal von Rechtsextremismus ist:

Ich war fünf, als die Mauer fiel. Später, in meinem Gymnasium, waren alle Neonazis. Das heißt aber, sie sahen nur so aus. Sie mochten Mathe, sie waren nicht gewalttätig. Es gab die echten Neonazis, die sich in unserem Viertel zunächst gegenseitig die Köpfe einschlugen und dann einem Vietnamesen das Gehirn aus dem Schädel haußen, sodass sich sein Gehirn auf dem Bürgersteig verteilte, direkt neben den von ABM-Kräften angelegten Stiefmütterchenbeeten. (zeit_11_11_17)

Im zitierten Artikel geht es vor allem um die Erinnerungen der Autorin an ihr Aufwachsen in den 1990er-Jahren in Ostdeutschland. Hierbei stehen auch modische und strukturelle Aspekte im Fokus und es werden viele schlüssig erscheinende Aspekte angesprochen. Die Verkürzung des Rechtsextremismus auf Gewalt gehört aber nicht dazu. Bis zu dem Satz, in dem die Autorin beschreibt, dass diejenigen, die nur so ausgesehen hätten wie Neonazis, in Wahrheit Mathe gemocht hätten, könnte man noch von einer ironischen Darstellung eines Mitläufertums ausgehen. Diesen Aspekt sollte man jedoch auch nicht als unwichtig einstufen, da Mitläufer/-innen einer Bewegung oder Strömung Legitimation verleihen und diese unterstützen. Die Aussage, dass „die echten Neonazis“ untereinander und gegen „Fremde“ Gewalt ausgeübt hätten, vermittelt jedoch ein zu einfaches Bild des Rechtsextremismus.²⁷⁵ Der Autorin soll nicht ihre Erinnerung abgesprochen und ihre Glaubwürdigkeit nicht hinterfragt werden. Trotzdem wird durch die Erinnerung einer Einzelperson eine Betrachtungsweise konstruiert, die besagt, dass Rechtsextremist(inn)en grundsätzlich gewalttätig seien. Dies mag in Teilen zwar stimmen, markiert aber aufs Neue einen Ausschluss aus der Gesellschaft durch Verkürzung der realen Zustände. Den Mitläufern und Mitläuferinnen wird ihre politische Verantwortung abgesprochen. Da sie nicht durch Gewalt aufgefallen wären, könnten sie auch nicht als „echte Neonazis“ betrachtet werden.²⁷⁶

²⁷⁵ zeit_11_11_17.

²⁷⁶ zeit_11_11_17.

In einem anderen Artikel beschreibt die *ZEIT*, dass die Morde des ‚NSU‘ mit einer aus der rechten Szene bisher nicht bekannten kalten Wut und Grausamkeit durchgeführt worden seien.²⁷⁷ Weiter wird außerdem berichtet:

Dass der gezielte Terror bisher nicht häufiger von Rechtsextremisten eingesetzt wird, liegt an ihren strategischen Überlegungen. Denn bisher reichte der Alltagsterror, um Gegner in Schach und den Gewaltkick wachzuhalten, der so wie die kulturellen Symbole des Rechtsextremismus Jugendliche anzieht. Doch dieses Mal ist aus der Sicht der militanten Neonazis der Coup gelungen; die Neonaziszene feiert mit Schenkelklopfen das Totalversagen des Staates. (zeit_12_02_23b)

In diesem Zitat werden, wie im gesamten restlichen Artikel auch, viele richtige und wichtige Bemerkungen getätigt. Die Aussage, dass „der gezielte Terror“²⁷⁸ bisher nicht häufiger eingesetzt worden sei bzw., wie der darauffolgende Satz suggeriert, bisher eigentlich nicht stattgefunden habe, blendet jedoch die Tradition des Rechtsterrorismus in der Geschichte der BRD aus.²⁷⁹ Hierzu zählen, um nur einige Taten zu nennen, die Morde an Shlomo Lewin und Frida Poeschke 1980 durch Uwe Behrendt, das Oktoberfestattentat, die Bombenanschläge der Hepp-Kexel-Gruppe 1982, die Anschläge der von Manfred Röder gegründeten ‚Deutschen Aktionsgruppen‘ in den 1980er-Jahren und der geplante Bombenanschlag anlässlich der Feier der Grundsteinlegung der Münchner Synagoge im Jahre 2003 durch die ‚Kameradschaft Süd‘ um Martin Wiese.²⁸⁰ Es wird also fälschlicherweise der Eindruck vermittelt, dass es in Deutschland bislang keine organisierte rechte Gewalt gegeben und Ausbrüche derselben sich immer nur spontan geäußert hätten. Dies vereinfacht die Gefahr die vom Rechtsextremismus ausgeht stark.

Im Falle der *FAZ* fällt vor allem auf, dass sie den ‚THS‘, dessen Mitglieder bzw. sogar Führungsfiguren Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, aber auch die Mitangeklagten Ralf W. und Carsten S. zeitweise waren, in zwei Artikeln als „rechtsextremen Schlägertrupp“ bezeichnen.²⁸¹ Dies zeugt von einer fatalen Fehleinschätzung der Bedeutung des ‚THS‘ für die Thüringer Neonaziszene. Dieser fungiert nicht nur als „Schlägertrupp“, sondern als Dachverband für verschiedene örtliche Kameradschaften des Bundeslandes.²⁸² Ebenso gilt der ‚THS‘ als Bindeglied zwischen der NPD und der Kameradschaftsszene und tritt als Veranstalter verschiedener größerer rechtsextremer Veranstaltungen in Thüringen auf (Heerdegen 2015, S. 201 ff.). Möglicherweise ist der ‚THS‘ ne-

²⁷⁷ zeit_12_02_23b.

²⁷⁸ Es wird an dieser Stelle auch offengelassen, was mit „gezieltem“ Terror genau gemeint ist.

²⁷⁹ zeit_12_02_23b.

²⁸⁰ Für eine ausführlichere Beschreibung der genannten Ereignisse siehe Sundermeyer (2012).

²⁸¹ faz_12_02_02, faz_12_02_03.

²⁸² faz_12_02_02, faz_12_02_03.

ben diesen Aspekten auch ein „Schlägertrupp“.²⁸³ Sein hohes Maß an Organisation und seine Stellung innerhalb der Neonaziszene auszublenden, bedeutet aber ihn zu einer bloßen Ansammlung dumpfer Schläger/-innen zu verharmlosen.

In einem Kommentar veröffentlichte die *BILD* am 14. November 2011 die folgenden Sätze:

Dass Neo-Nazis widerlich sind, darüber waren wir uns alle einig. Oft, wenn die Neo-Nazis irgendwo aufmarschierten, dachte ich: Schenke ihnen keine Aufmerksamkeit, schreib keine Zeile über sie. Verbanne sie ins Nichts-Sein. Ohren zu, wenn sie mit ihren Springer-Stiefeln trampeln. Augen zu vor ihren Glatzen. Ich dachte, unsere Gesellschaft müsste diese Irren ertragen. Eine dunkle Minderheit. Vor einer Woche hatte ich noch keine Angst vor den Stiefeln, jetzt habe ich Angst. Die Stiefelknechte morden, sie schießen Dir ins Gesicht. Wir Bürger haben eine gemeinsame Pflicht. Wir müssen das Böse besiegen. Wir müssen die Nazis ausrotten aus unserem Leben. Sie gehören nicht zu uns. (bild_11_11_14_s2b)

Diese Worte richten sich in ihrer Intention zwar deutlich gegen Neonazis und Rechtsextremismus, bei einer näheren Betrachtung fällt jedoch auf, dass sie die Problematik grob vereinfachen. Neonazis werden hier im Grunde auf ihr Äußeres reduziert – und das mit einem Bild, dass tendenziell eher den 1990er-Jahren entspricht. Sieht man sich Neonazidemonstrationen der letzten Jahre an, so fällt auf, dass die Teilnehmer/-innen größtenteils längst „Springer-Stiefeln“ und „Glatzen“²⁸⁴ entwachsen sind.²⁸⁵ Der Politikwissenschaftler Jan Schedler bemerkt hierzu Folgendes:

Während Demonstrationen in den 1990er Jahren vom Skinhead-Stil dominiert wurden, haben Neonazis seit etwa 2003 zunehmend Kleidungsstile, Zeichen und ikonographische Codes aus der radikalen Linken und der alternativen Jugendkultur adaptiert. (Schedler 2016, S. 345)

Abermals wird ein veraltetes Bild der Optik von Neonazis reproduziert. Nach wie vor geht man somit davon aus, dass man Rechtsextremist(inn)en sofort auf den ersten Blick erkennen könne und sie sich durch ihr Aussehen selbst zu erkennen gäben. Dies bedeutet wiederum eine Verortung neonazistischer Personen außerhalb der Gesellschaft, da es als unmöglich angesehen wird, dass der nett aussehende Nachbar möglicherweise rechtsextrem sein könnte. Ähnlich verhält es sich mit der Tatsache, dass RechtsextremistInnen als „Irre“²⁸⁶ bezeichnet werden.²⁸⁷ Hierdurch werden rechtsextreme Einstellungen zu einer Krankheit deklariert, den Trägern und Trägerinnen dieser Einstellung und der Gesellschaft, die als Grundlage der in ihr vertretenen Einstellungen fungiert, die Verantwortung für das Denken und Tun abgesprochen. Dies wird noch einmal dadurch verstärkt, dass

²⁸³ faz_12_02_02, faz_12_02_03.

²⁸⁴ bild_11_11_14_s2b.

²⁸⁵ Es seien hier beispielsweise die Stichworte ‚Identitäre Bewegung‘ oder ‚Nipster‘ (= „Nazi-Hipster“) genannt.

²⁸⁶ bild_11_11_14_s2b.

²⁸⁷ Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe werden auch in anderen Artikeln pathologisiert. So werden sie als „drei Wirrköpfe“ (bild_11_11_14_s8f) und „durchgeknallte Killer“ (bild_11_12_02_s2) bezeichnet.

Neonazis als „das Böse“ bezeichnet werden, das es zu besiegen gelte.²⁸⁸ Dieser eher diffuse Begriff entmenschlicht Rechtsextremist(inn)en und erklärt sie somit als nicht zur Gesellschaft zugehörig. Dies wird durch die direkte Aussage, Neonazis würden weder zu „uns“ noch zu „unserem Leben“ gehören, bestätigt.²⁸⁹ Dabei wird ausgeblendet, dass rassistische, antisemitische, antimuslimische und homophobe Einstellungen durchaus bei ‚uns‘ verbreitet sind (Zick/Küpper/Hövermann 2011, S. 60 ff.). Die Aussage des Autors, dass er bis „vor einer Woche“ keine Angst vor dem Rechtsextremismus gehabt habe, dies nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ aber nicht mehr der Fall sei, erscheint nachvollziehbar.²⁹⁰ Durch das scheinbare Erstaunen darüber, dass „die Stiefelknechte morden“ würden, wird jedoch wieder die langjährige Tradition von Gewaltverbrechen (und Morden) mit rechtsextremem Hintergrund ausgeblendet.²⁹¹ Diese hätten nicht erst mit dem ‚NSU‘ begonnen, sondern sind nahezu tägliche Realität in Deutschland (Mayer 2013, S. 20). Auch wenn der ‚NSU‘ mit einer bis zu diesem Zeitpunkt nicht bekannten Strategie vorgegangen ist, so war er trotzdem ein Teil des militanten Neonazismus, wie auch der militante Neonazismus ein Teil des ‚NSU‘ war. Beginnt man damit, die Mordserie des ‚NSU‘ als singuläres Ereignis zu interpretieren, so blendet man das Gewaltpotenzial des Rechtsextremismus per se aus.

Hand in Hand mit der Darstellung der Einordnung des Rechtsextremismus geht auch die Frage, wie selbiger von den untersuchten Zeitungen im Vergleich mit anderen, der breiten gesellschaftlichen Wahrnehmung nach extremistischen Strömungen verhandelt wurde. Im nachfolgenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, inwiefern DDR, Linksextremismus und Islamismus hierbei als Vergleichsmaßstäbe gedient haben.

²⁸⁸ bild_11_11_14_s2b.

²⁸⁹ bild_11_11_14_s2b.

²⁹⁰ bild_11_11_14_s2b.

²⁹¹ bild_11_11_14_s2b.

4.3 Verweise auf alte und neue Feindbilder – DDR, Linksextremismus und Islamismus

Neben den im vorausgegangenen Kapitel besprochenen Einordnungen des Rechtsextremismus sind in der Berichterstattung auch immer wieder Verweise auf andere Aspekte zu finden. Im Falle des in dieser Arbeit untersuchten Materials sind hierbei drei Aspekte besonders hervorzuheben: Verweise auf die (ehemalige) DDR, Verweise auf den Linksextremismus und, im Falle der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden, Verweise auf den Islamismus. Nachfolgend wird somit untersucht, inwieweit durch die Vergleiche mit diesen drei Mustern die untersuchten Taten in der Berichterstattung verhandelt wurden.

Oktoberfestattentat

Die *FAZ* hat in einem Hintergrundartikel zur Thematik des Rechtsextremismus am 30. September 1980 die Vermutung angestellt, dass Gundolf Köhler möglicherweise von einem ausländischen Geheimdienst gesteuert worden sei:

Das ändert freilich nichts am Erscheinungsbild dieser Art des Terrorismus. Und eben diese Art des Terrorismus lässt es auch als möglich erscheinen, daß sich ganz andere, etwa ausländische Geheimdienste, die am Bild eines nazistischen Deutschland interessiert sind, sich des irregeleiteten Täters als Auslöser bedient haben. (faz_80_09_30b)

Im Zuge dieser Lesart, bei der Gundolf Köhlers mutmaßliche Verantwortung relativiert wird, wird die DDR nicht direkt erwähnt. Trotzdem besteht der Verdacht, dass sie hier gemeint sein könnte. Welche Geheimdienste sollten ein Interesse daran haben, Deutschland als nazistische Nation dastehen zu lassen? Nahe liegen hier Geheimdienste der Ostblockstaaten. Die Vermutung, dass hier implizit von der DDR die Rede sein könnte, wird auch dadurch gestützt, dass diese Verdächtigung in der Folge immer wieder, mehr oder weniger offen, ausgesprochen wurde. So berichtete die *FAZ* am 4. Oktober 1980 über den sog. „Tübinger Hochschulring“, einer rechtsextremen Vereinigung, der Köhler angehört haben soll:

Köhler soll mit dem Vorsitzenden jenes „Hochschulrings“, einem schon älteren Studenten, gut bekannt gewesen sein. Ein aktives Mitglied jener Organisation soll im Sommer unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen sein. Die Leiche wurde in der Nähe der Autobahn bei Bad Hersfeld gefunden. Jenes Mitglied soll damals mit einem anderen zusammen einen Anschlag auf die Mauer in Berlin geplant haben; der andere soll im Verlauf der Vernehmungen – er befindet sich in Untersuchungshaft – zugegeben haben, daß er im Dienste des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gestanden habe. Der ums Leben Gekommene kam aus der DDR, übrigens der Vorsitzende der Wehrsportgruppe Hoffmann ebenfalls, auch der Leiter jenes Tübinger „Hochschulrings“. (faz_80_10_04b)

Die *FAZ* informiert ihre Leserschaft an dieser Stelle darüber, dass der Rechtsextremismus in Westdeutschland durchaus von ehemaligen Bürgern und Bürgerinnen der DDR geprägt worden sei. Auch werden Verschwörungen suggeriert, die so weit gehen, dass ein verhafteter Rechtsterrorist zugegeben habe, für das MfS²⁹² zu arbeiten. Dennoch betont die *FAZ* in der Folge des Zitats, dass die ‚WSG Hoffmann‘, auch wenn ihr Anführer aus der DDR komme, nicht von der Stasi unterwandert sei. Vielmehr werden Sozialisationserfahrungen in der DDR dafür verantwortlich gemacht, dass Teile ihrer (ehemaligen) Bürger/-innen stärker in die politisch rechte Richtung tendiert hätten.²⁹³ Trotzdem scheint die *FAZ* die These, dass Köhler von der Stasi gelenkt worden sei, nicht völlig auszuschließen. Der Artikel endet mit den Worten, „[...] dass die derzeit noch unbewiesene Hypothese von der ‚Einzelat‘ Köhlers so in einem neuen Licht“ erscheinen könne.²⁹⁴ Ähnlich argumentierte die *FAZ* bereits am 30. September, als sie die Vermutung äußerte, „daß sich ganz andere, etwa ausländische Geheimdienste, die am Bild eines nazistischen Deutschland interessiert sind, sich des irregeleiteten Täters als Auslöser bedient haben“.²⁹⁵

Am 11. Oktober 1980 ging die *FAZ* auf die Aussagen des bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß und seines Innenministers Gerold Tandler ausführlicher ein. Sie behaupteten, dass die ‚WSG Hoffmann‘ von DDR-Agenten unterwandert sei. Diese Aussagen wurden an dieser Stelle nicht weiter kommentiert, sondern es wurde lediglich berichtet, dass sich beide hierzu vor einem Sicherheitsausschuss rechtfertigen sollten.²⁹⁶ Die Berichterstattung über die Befragung von Strauß und Tandler scheint für die *FAZ* eher zweitrangig gewesen zu sein. Wichtiger war weiterhin die DDR-Vergangenheit von Hoffmann, wie ein Artikel vom 11. November 1980 belegt:

Seltsam bleibt, daß mit der DDR-Vergangenheit Hoffmanns Geheimnistuerei betrieben wird. Sicherheitsbedienstete, die man fragt, ob es eine solche Vergangenheit gebe, drehen gequält die Augen, bevor sie „ja“ sagen. Dabei läßt sich das aus Hoffmann-Publikationen herauslesen. Hoffmann wurde in Nürnberg geboren, muß dann irgendwann in die DDR gegangen und von dort zurückgekehrt sein. Niemand hat je behauptet, daß DDR-Flüchtlinge prinzipiell anfällig für Rechtsextremismus seien. Aber das betuliche Verschweigen dieses Stücks der Vergangenheit Hoffmann provoziert geradezu solche, im ganzen abwegige, im Einzelfall nicht unmögliche Annahmen. (faz_80_11_07)

Dieses Zitat ist Teil eines Hintergrundartikels zum Rechtsextremismus, in dem u.a. die These vertreten wird, dass von der ‚WSG Hoffmann‘ nur eine geringe Gefahr ausgehe. Dem/der Verfasser/-in scheint wichtig zu sein, Bundeskanzler Schmidt für seinen Umgang mit dem Linksextremismus

²⁹² In der Folge auch ‚Stasi‘ genannt.

²⁹³ faz_80_10_04b.

²⁹⁴ faz_80_10_04b.

²⁹⁵ faz_80_09_30b.

²⁹⁶ faz_80_10_11.

anzugreifen, der ungleich weniger hart sei als sein Umgang mit dem Rechtsextremismus. Das Zitat als solches liest sich teilweise widersprüchlich. So passt das Wort „Geheimnistuerei“ nicht damit zusammen, dass auf Nachfrage Hoffmanns DDR-Vergangenheit von Behörden bestätigt wird.²⁹⁷ Ebenso verhält es sich mit dem Wort „Verschweigen“.²⁹⁸ Zudem passen die Ausdrücke nicht damit zusammen, dass Hoffmanns Biografie, wie im Zitat betont, von jedem Menschen frei nachgelesen werden könne. Die Erklärung für dieses mutmaßliche Verschweigen scheint die *FAZ* darin zu finden, dass keine Vorurteile gegen DDR-Geflüchtete geschürt werden sollen. Sie führt dies zwar nicht konkret aus, deutet aber mit der Aussage, dass ehemalige DDR-Bürger/-innen nicht per se anfälliger für Rechtsextremismus seien, während das „betuliche Verschweigen“ dies jedoch suggeriere, an.²⁹⁹ Die *FAZ* widerspricht sich hier selbst. Erst am 4. Oktober 1980 hatte sie, wie weiter oben beschrieben, groß über die Verflechtungen von ehemaligen DDR-Bürgern und -Bürgerinnen berichtet.³⁰⁰ Zwar schrieb sie auch in diesem Artikel, dass man keinen Generalverdacht aufstellen dürfe, die Wiederholung von Aussagen bestärkt solche Annahmen nichtsdestotrotz. Diese Wiederholung lässt sich auch am 27. November 1980, als die *FAZ* über den Gerichtsprozess zum Verbot der ‚WSG Hoffmann‘ berichtete, beobachten:

Gestritten wurde auch darüber, ob Hoffmann das NS-Regime verteidigt oder sich in wesentlichen und hinreichenden Punkten von ihm distanziert habe; eine gewisse Nähe in der Redeweise klang an, wiewohl der 43 Jahre alte Hoffmann gewiß kein „Alt-Nazi“ sein kann, vielmehr eine (auch vom Gericht des Nachfragens nicht für wert erachtete) Zeit in der DDR verbracht hat. (faz_80_11_27)

Hier moniert die *FAZ* aufs Neue eine zu geringe Fokussierung auf Hoffmanns DDR-Vergangenheit, diesmal seitens des Gerichts. Die Frage, ob dies für ein mögliches Verbot der WSG wichtig sei, wird sich hier nicht gestellt. Es geht vielmehr um die Wiederholung, dass Hoffmanns' Zeit in der DDR verschwiegen werden sollte. Ein weiteres Mal ging die *FAZ* am 29. Dezember 1980 auf die Verbindung von Rechtsextremismus und DDR ein. In einem Bericht über Frank Schubert, einen Neonazi, der am 24. Dezember 1980 zwei Schweizer Grenzbeamte ermordet hat, schrieb sie Folgendes:

Schubert, der in Berlin geboren wurde, ist 1977 aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen. Das enthält eine Parallele zu manchen Personen, die auf dem Felde des Rechtsextremismus letztthin hervorgetreten sind. Zum Beispiel war der Leiter der Anfang des Jahres vom Bundesinnenminister verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (das Verbot wurde vor kurzem vom Bundesverwaltungsbericht bestätigt) eine Zeitlang in der DDR; desgleichen ein Tübinger Rechtsextremist.³⁰¹

²⁹⁷ faz_80_11_07.

²⁹⁸ faz_80_11_07.

²⁹⁹ faz_80_11_07.

³⁰⁰ faz_80_10_04b.

remist, der wiederum mit dem mutmaßlichen Attentäter vom Münchener Oktoberfest in enger Verbindung stand. Über einen geplanten nachrichtendienstlichen Hintergrund (aus DDR-Sicht) der Übersiedlung Schubert in die Bundesrepublik ist bislang nichts Verlässliches erkundet worden. Eine alte Erfahrung ist freilich, daß die DDR unter die von der Bundesregierung – diese Praxis reicht bis in die frühen sechziger Jahre zurück – freigekauften Personen einige zu mischen pflegt, an denen die Bundesrepublik nur geringe Freude erlebt. (faz_80_12_29)

Hier zieht die *FAZ* eine Kontinuitätslinie von Schubert über Hoffmann und (mutmaßlich) den namenlich hier nicht genannten Vorsitzenden des ‚Tübinger Hochschulrings‘ bis hin zu Gundolf Köhler. Der gemeinsame Nenner dieser vier Personen sei eine direkte oder indirekte Verbindung zur DDR. Die *FAZ* unterstreicht wieder den Verdacht, dass die DDR gezielt Personen in die BRD schicke, die entweder Rechtsextremist(inn)en seien oder Verbrechen nach rechtsextremem Vorbild begehen würden.

Auch die *BILD* hat die Sichtweise der Unterwanderung der rechtsextremen Szene Westdeutschlands, im Speziellen jene der ‚WSG Hoffmann‘, durch die DDR vertreten. Dies wurde vor allem durch ein Interview mit Franz-Josef Strauß bekräftigt, das die *BILD* mit der Überschrift ‚Strauß: Viele Hoffmann-Leute kommen aus der ‚DDR‘‘³⁰¹ versah.³⁰² Man kann an dieser Stelle argumentieren, dass die Aussagen von Strauß und nicht von der *BILD* stammen. Die Tatsache jedoch, dass die Zeitung die Aussagen des Kanzlerkandidaten komplett unkommentiert abgedruckt hat, legt nahe, dass sie ihnen zumindest nicht widersprach. In diesem Fall ist also Beschweigen auch Kommunikation, in Form einer stillen Zustimmung. An dieser Stelle folgt ein Ausschnitt des Interviews:

BILD: „Wurde der Rechtsradikalismus nicht ernst genommen?“

Strauß: „In Bayern, wo ich für die Dienste zuständig bin, wurde alles getan. Im Bund gibt es leider eine Fülle von Versäumnissen. Ich habe zum Beispiel Informationen, wonach rund zwei Dutzend Mitglieder einer rechtsradikalen Splittergruppe aus der ‚DDR‘ kommen. Sie sollen zum Teil sogar von der Bundesregierung freigekauft worden sein und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Unter anderem auch wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die DDR.³⁰³ Das muß sorgfältig geprüft werden.“

BILD: „Was erhofft sich die ‚DDR‘ davon?“

Strauß: „Die Aufmerksamkeit soll vom Linksterror abgelenkt, die Bundesrepublik in der Welt diffamiert und die CDU/CSU mit dem Rechtsradikalismus in Verbindung gebracht werden.“

BILD: „Oktoberfest – war es eigentlich richtig, weiterzufeiern?“ (bild_80_09_29_s4c)

³⁰¹ Die *BILD* schrieb die DDR dabei stets in Anführungszeichen. Sie wollte hiermit ihre Nicht-anerkennung des Staates zum Ausdruck bringen.

³⁰² bild_80_09_29_s4c.

³⁰³ An dieser Stelle wurde auf die Anführungszeichen verzichtet. Über die Gründe kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Es wird hier davon ausgegangen, dass die Anführungszeichen hier lediglich vergessen wurden.

Es geht hier nicht darum, ob das, was Strauß gesagt hat, der Wahrheit entspricht oder nicht. Dies kann an dieser Stelle auch nicht nachgeprüft werden. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass die *BILD* eine unbewiesene Aussage einfach übernimmt. Auf Strauß' Ausführung, die DDR habe einen aktiven Anteil am Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, schließt sie die Frage an, was sich die DDR davon erhoffe. Durch die gewählte Sprachlichkeit wird Strauß' Aussage mehr oder weniger manifestiert. Sie wird nicht hinterfragt, auch wird die Frage nach den Vorteilen für die DDR in keinen Konjunktiv gesetzt. Strauß' Ausführung wird an dieser Stelle also als Wahrheit angenommen und auch als solche präsentiert, ohne dass es hierfür Beweise gegeben hat. Auch fragt die *BILD* nicht noch einmal kritisch nach, als Strauß die Vorteile für die DDR präsentiert. Als Nächstes stellt sie vielmehr die Frage, ob es richtig gewesen sei, das Oktoberfest weiterlaufen zu lassen. Durch diese fehlende Hinterfragung und die dezidierte Betonung einer der Schlüsselpassagen von Strauß' Aussagen gibt sie dem Kanzlerkandidaten eine entsprechende Bühne für seine Ausführungen, ohne sie gemäß einer journalistischen Sorgfaltspflicht einzuordnen und entsprechend zu kommentieren.

Am 4. Oktober bewertete die *BILD* Strauß' Aussagen zumindest als „umstritten“:

Einer der umstrittensten Punkte des Wahlkampfes ist die Andeutung von Strauß, die rechtsradikale „Wehrsportgruppe Hoffmann“ sei möglicherweise von der „DDR“ unterlaufen. Nach Ermittlungen der Sicherheitsbehörden kommen tatsächlich sieben ihrer Mitglieder oder Sympathisanten aus der „DDR“. Alle sieben haben folgende Gemeinsamkeiten: 1. Sie waren in der „DDR“ zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden. 2. Sie wurden nach kurzer Haftzeit entweder freigekauft oder abgeschoben. (bild_80_10_04_s8b)

Beim Lesen fällt auf, dass die Gemeinsamkeiten nummeriert wurden, obwohl es sich nur um zwei an der Zahl handelte. Dies ist ein eher selenes Vorgehen. Die Ursache kann nur im Bereich des Spekulativen liegen. Intention kann hier keine unterstellt werden, trotzdem sollte erwähnt werden, dass nummerierte Aufzählungen die Erwartung einer längeren Liste nach sich ziehen, die der Leserschaft hiermit möglicherweise vorgespielt werden sollte. Die Aussage, dass „tatsächlich“ sieben der Mitglieder oder Sympathisant(inn)en der „WSG Hoffmann“ aus der DDR kamen, ist wichtig.³⁰⁴ Ob bei einer „WSG Hoffmann“-Gefolgschaft von 400 Personen (Chaussé 2014, S. 48) aber wirklich von einer Unterwanderung gesprochen werden kann, erscheint allerdings als zweifelhaft. Auf diese unverhältnismäßig anmutenden Zahlen geht die *BILD* jedoch nicht näher ein. Der Artikel ist mit einem bedrohlich wirkenden Foto bebildert:

³⁰⁴ bild_80_10_04_s8b.



Die Wehrsportgruppe Hoffmann bei einem „Manöver“. Mit Kampfanzügen, Helmen und Gewehren.

Abbildung 9: Foto „Manöver“, Quelle: *BILD* vom 04.10.1980, S. 8.

Die Wehrsportler auf dem Foto rennen auf die Leserschaft zu, sodass dieses Foto etwas sehr Aggressives hat. Auch durch die Bildunterschrift, dass die Gruppe über Kampfanzüge, Helme und Gewehre verfüge, wird das Bild eines militärischen Angriffs durch die „WSG Hoffmann“ vermittelt. Setzt man das Foto nun in Relation zum Kontext des Artikels, so suggeriert es einen Angriff von DDR-Seite und unterstreicht somit den Eindruck, dass die DDR an der Unterwanderung der westdeutschen rechtsextremen Strukturen beteiligt war, um der BRD zu schaden.

Entgegen dem bisherigen Vorgehen dieser Arbeit wurde die Berichterstattung der *ZEIT* nicht als Erstes in diesem Kapitel beschrieben. Durch die Berichterstattungen von *FAZ* und *BILD* sollte die Theorie der Unterwanderung der rechten westdeutschen Szene dargestellt werden. Dieser „Agententheorie“ widersprach die *ZEIT* dezidiert:

Wie die „Agententheorie“, die Strauß plötzlich nach dem blutigen Bombenattentat auf dem Münchener Oktoberfest in die Debatte geworfen hatte. Hinter rechtsradikalen Gruppen, wie der Wehrsportgruppe Hoffmann, stünden aus der DDR eingeschleuste Agenten, hatte Strauß kühn

behauptet und als Quelle auf Geheimdienste verwiesen. Als Bayerns Opposition im Landtag mehr darüber wissen wollte, kniff Strauß. Er zog sich ins herbstliche Wildbad Kreuth zur Tagung seiner Bundestagsabgeordneten zurück. Die Scharte im Landtag mußten an seiner Stelle Beamte auswetzen. (zeit_80_11_14)

Dieser Artikel entstand zeitlich nach den Berichterstattungen der *FAZ* und der *BILD* zur Unterwanderungstheorie. Dies bedeutet, dass es hier, wie aus Strauß' (Nicht-)Reaktion vor dem bayerischen Landtag hervorgeht, mittlerweile neue Informationen gab, die dieser Theorie zuwiderliefen. Dies zeigt sich ein weiteres Mal in einem Bericht vom 2. Januar 1981:

Ähnliche Ost-West-Spekulationen hat Franz-Josef Strauß nach dem Attentat auf dem Münchener Oktoberfest angestellt. „Ich habe zum Beispiel Informationen“, erklärte damals Strauß in einem *BILD*-Interview, „wonach rund zwei Dutzend Mitglieder einer rechtsradikalen Splittergruppe aus der ‚DDR‘ kommen. Sie sollen zum Teil sogar von der Bundesregierung freigekauft worden sein und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.“ Eine Quelle für seine Informationen nannte Strauß nicht. Zudringliche Fragen bayerischer Abgeordneter wehrte er mit dem Argument ab, er habe diese Äußerung nicht als Ministerpräsident, sondern als Kanzlerkandidat getan. Eine Agententheorie, so versicherte er später, habe er nie aufgestellt. (zeit_81_01_02)

Die beiden Zitate zeigen, dass die Berichterstattung von *FAZ* und *BILD* nicht alternativlos gewesen ist. Die *ZEIT* hat sich zu Strauß' Unterwanderungstheorie nicht geäußert und kritisierte diese, nachdem sie unglaublich geworden war. Die *FAZ* und *BILD* schwiegen zu diesen Entwicklungen. Die Suche nach den Gründen für diese unterschiedlichen Ausrichtungen ist schwierig. Eine mögliche Variante könnte sein, dass die Zeitungen mit ihrer Berichterstattung zur ‚Agententheorie‘ im Wahlkampf politisch Farbe bekennen wollten, was im Zuge der redaktionellen Linie durchaus nichts Ungewöhnliches wäre (Mauer/Reinemann 2006, S. 129). Deutlich wird in jedem Fall eine klare Ablehnung Franz-Josef Strauß' vonseiten der *ZEIT*, auch nach Beendigung des Wahlkampfes. Gut ablesbar ist dies an stark wertenden Worten wie „kühn“ und „kniff“. ³⁰⁵

In einem Artikel vom 3. Oktober 1980 mit der Überschrift „Wie sicher ist Deutschland?“ setzt sich die *ZEIT* mit dem Rechts- und Linksterrorismus auseinander.³⁰⁶ Durch die Besprechung beider Terrorismusformen in einem Artikel wird eine trennscharfe Linie zwischen diesen aufgeweicht. Dies zeigt sich auch in der Artikelaussage, dass „zehn Jahre deutscher Terrorismus“ mittlerweile insgesamt 41 Todesopfer gefordert hätten.³⁰⁷ Hier werden Rechts- und Linksterrorismus also miteinander gleichgesetzt. Eines der Resultate von beiden Terrorismusformen ist identisch, nämlich der mögliche Tod unschuldiger Menschen. Dennoch ist es verkürzend, beide Ausprägungen zu vereinheitlichen. Dies wird ebenfalls in einer „Geschichte des politischen Terrorismus in Deutschland“ im sel-

³⁰⁵ zeit_80_11_14.

³⁰⁶ zeit_80_10_03.

³⁰⁷ zeit_80_10_03.

ben Artikel getan.³⁰⁸ Hier werden Entwicklungslinien von Links- und Rechtsexterror in eine gemeinsame Kontinuitätslinie gesetzt und argumentiert, dass bspw. Aussagen des RAF-Terroristen Holger Meins auch im „Völkischen Beobachter“³⁰⁹ hätten abgedruckt werden können.³¹⁰ Des Weiteren werden auch Analysen der Zukunft von Rechts- und Linksterrorismus miteinander vermischt. Nach der Beschreibung einer Reihe terroristischer Akte der RAF schließt der Artikel mit den Worten: „Das Attentat von München zeigt: Der deutsche Terrorismus wird ebensowenig [sic] wie seine internationale Variante von der Weltbühne verschwinden“.³¹¹

Es geht an dieser Stelle nicht darum, linksmotivierte Verbrechen zu verharmlosen. Vielmehr soll aufgezeigt werden, dass in diesem Artikel nur ein bedingter Unterschied zwischen Linken und Rechten gemacht worden ist. Durch den jeweils reziproken Vergleich von Rechtsextremismus und Linksextremismus treten genuin eigene Spezifika in den Hintergrund. Beide Formen des politisch Extremen werden durch den gegenseitigen Vergleich jeweils relativiert. In dem beschriebenen Artikel wird deutlich stärker auf den Terror von links eingegangen, was im Umkehrschluss eine tendenziell größere Relativierung des Rechtsterrorismus nach sich zieht.³¹² Ähnlich verhält es sich mit der ebenfalls am 3. Oktober veröffentlichten sog. „Chronik des Terrors“ in der *ZEIT*.³¹³ Hierbei werden insgesamt 20 terroristische Akte zwischen 1970 und 1980 in Deutschland beschrieben. Hiervon sind 18 dem linken Spektrum zuzuordnen, während nur die letzten beiden, ein Brandanschlag auf ein Wohnheim für Asylsuchende am 22. August 1980 sowie das Oktoberfestattentat, dem Rechtsterrorismus zuzuschreiben sind. Es kann an dieser Stelle nicht erschöpfend untersucht werden, wie das tatsächliche quantitative Verhältnis zwischen Links- und Rechtsterrorismus von 1970 bis 1980 ausgesehen hat. Angemerkt werden kann jedoch, dass einige Terrorakte mit rechtem Hintergrund nicht genannt werden, so, um nur zwei Beispiele zu nennen, der Mord an einem sowjetischen Soldaten in Westberlin durch den Rechtsextremisten Ekkehard Weil sowie die Sprengstoffanschläge der sog. „Otte-Gruppe“ in den 1970er-Jahren in Westdeutschland (vgl. Virchow 2013, S. 71 f.). Es soll jedoch auch betont werden, dass die *ZEIT* in einem Artikel am selben Tag eine, einige Tage vor dem Attentat getroffene Aussage des bayerischen Innenministers Tandler, dass die große Gefahr vom

³⁰⁸ zeit_80_10_03.

³⁰⁹ Parteizeitung der NSDAP.

³¹⁰ zeit_80_10_03.

³¹¹ zeit_80_10_03.

³¹² zeit_80_10_03.

³¹³ zeit_80_10_03g.

Linksextremismus ausgehe und man den Rechtsextremismus nicht starkreden solle, in Zweifel zieht.³¹⁴

In einem Artikel am 30. September 1980 widmete sich auch die *FAZ* dem Links- und dem Rechtsextremismus. Sie merkt an, dass man von den „Verkleidungsspielen“ der ‚WSG Hoffmann‘ nicht zwangsläufig auf ein Gewaltpotenzial ihrer Mitglieder hätte schließen können.³¹⁵ Dies begründet sie auch wie folgt:

Als Ende der sechziger Jahre Mitglieder des sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in den Odenwald fuhren, um dort für den bewaffneten Kampf zu trainieren – war von daher etwa die Mordserie linksextremer Terroristen in den siebziger Jahren vorhersehbar? Man kann sagen, wo kollektiver Wahnsinn sich ausbreitet – sei es auch nur in kleinen Gruppen –, da ist so etwas möglich, wie es nun in München geschah. (faz_80_09_30b)

Auch hier zeigt sich wieder die Bereitschaft, linkes und rechtes Gedankengut miteinander gleichzusetzen. Es ist auch zu bezweifeln, ob ein (wie der Artikel vermuten lässt) anscheinend einmaliges Trainingscamp mit regelmäßigen Wehrsportübungen vergleichbar ist. Wie bereits erwähnt, soll Gewalt von links hier keineswegs verharmlost werden. Man muss sich aber darüber Gedanken machen, ob linke und rechte Strukturen einfach vergleichbar sind. So wird im selben Artikel auch auf Unterschiede zwischen Rechts- und Linksterrorismus Bezug genommen:

Beide Formen des Terrors sind ohne jeden Unterschied kriminelle Verbrechen. Im Umfeld ihrer Begründungen reichen sie in die politischen Auseinandersetzungen hinein und müssen hier ernst genommen werden. Und da sind die gravierenden Unterschiede erkennbar. Bevor in der Bundesrepublik das erste Opfer linksextremistischen Terrors zu beklagen war, waren Hunderte linker Buchläden entstanden, die unzählige Publikationen anboten, in denen die sogenannte Gewaltfrage breit diskutiert wurde. Die Frage linker Gewalttätigkeit war aus der Tabuzone herausgetreten. In dem Maße, wie darüber geredet wurde, verschwand das Bewußtsein, linke Gewalt sei kriminell. (faz_80_09_30b)

Des Weiteren führt die *FAZ* aus, dass die linke Szene in Deutschland ein großes einigendes Band habe, den Kampf gegen die herrschende Klasse und die Ablehnung bürgerlicher Parteien, ob auf friedlichem oder gewaltvollem Wege. Somit würden auch Gewalttäter/-innen nicht vollkommen abgelehnt werden.³¹⁶ Der Rechtsextremismus hingegen habe kein einigendes Band, da Parteien wie die NPD darin versagten, Handlungsanweisungen für die rechte Szene zu geben. Im Vergleich mit dem Erfolg des linken Spektrums könnten die erfolglosen Rechtsextremist(inn)en nur verbittert sein. In der Folge würden sich enttäuschte Mitglieder von der NPD ab- und der Gewalt zuwenden.

³¹⁴ zeit_80_10_03e.

³¹⁵ faz_80_09_30b.

³¹⁶ faz_80_09_30b.

den.³¹⁷ Insgesamt werden dem Rechtsextremismus in diesem Artikel die Organisationsstrukturen, die dem Linksextremismus zugesprochen werden, abgesprochen. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich in einem anderen Artikel desselben Tages. Neben anderen im Artikel zitierten Politikern, die vergleichsweise ausdifferenzierte Meinungen vertreten, kommtt auch ein Rechtsexperte der Union zu Wort:

Der Rechtsexperte der CDU/CSU-Fraktion, Erhard, vertrat im Deutschlandfunk die Ansicht, der Rechtsextremismus sei, anders als der Linksextremismus, keine Gefahr für den Staat. Es handle sich um eine „sehr kleine Gruppe von Menschen“, die wegen ihrer Größe und ihrer Organisationsstruktur nicht in der Lage sei, den Staat zu gefährden, wenn sie auch Terroranschläge unternehmen könne. Die Rechtsextremisten wollten bei ihren Anschlägen möglichst viele Menschen verletzen, während die Linksextremisten den Staat in seiner gesamten Autorität und seinen Funktionsträgern treffen wollten. (faz_80_09_30c)

Der Artikel wirft Fragen auf: Warum geht Erhard davon aus, dass Rechtsterrorist(inn)en Menschen „nur“ „verletzen“, nicht jedoch töten wollen?³¹⁸ Warum wird nur wenige Tage nach einem der größten politischen Attentate in der Geschichte der Bundesrepublik ohne ein kritisches Hinterfragen die Meinung publiziert, dass der Rechtsextremismus im Gegensatz zum Linksextremismus keine Gefahr für den Staat sei? Im Artikel wird keines der Zitate kommentiert. Er ist mehr oder weniger nichts Anderes als eine Anreihung von Politikerzitaten. Erhards Aussage ist jedoch die einzige Aussage, die nicht richtig in die Reihe passt. Beschäftigen sich alle anderen Meinungen mit der Zuweisung politischer Schuld der Parteien untereinander, so ist dies bei Erhard nicht der Fall. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage, warum sie in diesem Kontext überhaupt abgedruckt wurde. Hagens Konzept der opportunen Zeug(inn)en (siehe Kapitel 2.4.4) scheint an dieser Stelle nicht unplausibel.

Ein FAZ-Artikel vom 7. November 1980 ging näher auf die Hintergründe des Rechtsextremismus ein. Bereits im ersten Satz wird ein Vergleich zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus gezogen:

Das Interesse am Rechtsextremismus in der Bundesrepublik hat sogar die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP beeinflusst; gesprochen wurde über Verschärfung von Strafverschriften, was schon deshalb auffällig war, weil es im Strafgesetzbuch – eine Folge des Rückblicks auf die Nazizeit – präzise Bestimmungen gegen den Rechtsextremismus gibt (zum Beispiel ein ausdrückliches Verbot nationalsozialistischer Propagandamittel), anders als gegen den Linksextremismus. (faz_80_11_07)

Der Artikel widmet sich den Hintergründen des Rechtsextremismus, kommt jedoch nicht ohne die Referenzfolie des Linksextremismus aus. Das Wort „sogar“ drückt zusätzlich ein Verwundern dar-

³¹⁷ faz_80_09_30b.

³¹⁸ faz_80_09_30c.

über aus, dass der Rechtsextremismus es auf die politische Tagesordnung geschafft habe und in Koalitionsverhandlungen thematisiert werde.³¹⁹ Die Verwunderung darüber, dass nach einem solchem Anschlag wie dem Oktoberfestattentat politische Prozesse beeinflusst werden, befremdet. Hier scheint der Rechtsextremismus verkleinert zu werden, was sich auch in dem Hinweis darauf zeigt, dass bspw. linke Propaganda im Gegensatz zu nationalsozialistischer Propaganda nicht verboten sei.³²⁰ Das Kleinreden des Rechtsterrorismus gegenüber dem Linksterrorismus zeigt sich an einem weiteren Beispiel im selben Artikel. Hierbei geht es um den Rechtsterroristen Manfred Roeder:

Dieser Gruppe [Roeders] werden unter anderem Brandanschläge auf ein Ausländerheim in Hamburg am 22. August vorgeworfen, wobei zwei Menschen ums Leben kamen. Vorangegangen waren Anschläge, bei denen es glücklicherweise keine Opfer gab. Roeder hatte seine rechtsextremistische Laufbahn auf ziemlich harmlose Weise begonnen. Er hatte pornographische Kinoaushänge beschmiert und damit Sachbeschädigung begangen. Am Ende war er möglicherweise so weit, es den Linksterroristen in Sachen konspirativen Verfahrens und Gewalt halbwegs gleich zu wollen. (faz_80_11_07)

Das Wort „möglicherweise“ kann problemlos mit einer korrekt angewandten juristischen Unschuldsvermutung begründet werden.³²¹ Doch wieso soll es Roeder mit einem Brandanschlag, der zwei Todesopfer forderte, Linksterroristen nur „halbwegs“ gleichgetan haben?³²² Es scheint, als ob die FAZ hier einen Unterschied zwischen Opfern von linker und rechter Gewalt macht. Der Linksextremismus wird so als deutlich bedrohlicheres und entschiedeneres Feindbild als der Rechtsextremismus dargestellt. Insgesamt sagt der Artikel aus, dass der Rechtsextremismus zwar existiere, man diesen aber nicht überbewerten solle. Dies lässt sich auch anhand der Unterüberschrift „Der Rechtsextremismus bedarf der Aufmerksamkeit, aber zuviel [sic] davon hilft ihm“³²³ veranschaulichen. Möglicherweise wurde der Artikel tatsächlich unter der Maßgabe verfasst, dem Rechtsextremismus keinen Auftrieb zu verleihen. Durch den immer wiederkehrenden Vergleich mit dem Linksextremismus wird er aber nicht eingedämmt, sondern verharmlost. Dies geschieht auch dadurch, dass in dem Artikel von der Tatsache, dass es weniger Rechtsextremist(inn)en als Linksextremist(inn)en gebe, darauf geschlossen wird, dass dies den Rechtsextremismus tendenziell ungefährlich mache.³²⁴ Auch wird ein Harmoniebedürfnis, „das gebieterisch die ‚Erkenntnis‘ fordert,

³¹⁹ faz_80_11_07.

³²⁰ faz_80_11_07.

³²¹ faz_80_11_07.

³²² faz_80_11_07.

³²³ faz_80_11_07.

³²⁴ faz_80_11_07.

gleich viel Gefahr komme von rechts wie von links“, kritisiert.³²⁵ Hier wird die Meinung vertreten, der Rechtsextremismus sei nicht so gefährlich wie der Linksextremismus. Des Weiteren werden Mahner/-innen durch die Nutzung von Anführungszeichen beim Wort „Erkenntnis“ belächelt und ihre Glaubwürdigkeit angezweifelt.³²⁶ Hier scheint die redaktionelle Linie eine Rolle zu spielen, wie ein bereits auf Seite 141 beschriebenes Zitat zeigt:

Die Demokratie kann einiges tun, die rechtsextremistischen Gefahren nicht wachsen zu lassen; mit Beobachtung und Repression, was hier, anders als gegenüber der extremen Linken, noch sein darf. (faz_80_11_07)

Die Konzentration liegt erneut nicht auf dem Rechtsextremismus. Vielmehr scheint die Handlungsempfehlung vor allem ein Vorwand dafür zu sein, Kritik an dem zu nachgiebigen Umgang staatlicher Organe mit der extremen Linken auszudrücken. Dieser Eindruck entsteht allgemein bei der Lektüre des Artikels. Ein Bericht, der über Hintergründe des Rechtsextremismus informieren soll, verliert sich immer wieder in Hinweisen auf die Gefährlichkeit des Linksextremismus. Kurz vor dem ersten Jahrestag des Oktoberfestattentats, am 23. September 1981, lässt sich in der *FAZ* noch eine andere Lesart erkennen. Hier wurde Axel Wernitz (SPD), der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, wie folgt zitiert:

Der SPD-Politiker schrieb in einem am Dienstag in Bonn veröffentlichten Beitrag, es soll „endlich Schluß gemacht werden mit der geradezu peinlichen da und dort geübten Praxis, den Eindruck zu erwecken, als ob der rechte Terror weniger gefährlich sei als der linke“. Wernitz verwies darauf, daß der Anschlag auf der Theresienwiese der in seinem Ausmaß schwerste Terrorakt seit 1945 gewesen sei. Auch sei 1980 die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewaltakte gegenüber dem Vorjahr angestiegen. (faz_81_09_23)

Solche Aussagen konnten in der *FAZ* bis zu jenem Zeitpunkt nicht vorgefunden werden. Umso auffälliger ist es, dass eine solch explizite Einschätzung der Lage überhaupt veröffentlicht wurde. Es handelt sich hierbei wieder um einen unkommentierten Artikel, in dem mehr oder weniger ausschließlich Wernitz' Aussage beschrieben wird.

In der *BILD* wurde am 29. September 1980 ein Artikel unter der Überschrift „Warum kommen Attentäter aus gutem Haus?“ veröffentlicht.³²⁷ Insgesamt scheint der Artikel in sich inkonsistent. Er kritisiert vor dem Hintergrund, dass über Köhlers ‚gutes‘ Elternhaus berichtet wurde, dass Arbeiterkinder nicht aus gutem Hause kommend angesehen würden, sondern dies nur bei Kindern aus reichen Familien der Fall sei. In der Folge wird die These aufgestellt, dass Wohlstand ein Auslöser für Gewalt sein könnte:

³²⁵ faz_80_11_07.

³²⁶ faz_80_11_07.

³²⁷ bild_80_09_29_s4d.

Schon bei den Linksterroristen fiel auf: Die meisten stammen aus Familien der „oberen Schichten“. Wohl deshalb: Wem der Weg ins Leben leichtgemacht wurde, wem alles durchsetzbar scheint – der will auch alles haben. Die Schwelle zur Gewalt ist dann schnell überschritten. Daß die Rechtsextremisten nun ihre Blutspuren ziehen, ist gewiß die Antwort auf den mörderischen Linksextremismus. (bild_80_09_29_s4d)

Wie auch schon teilweise bei *FAZ*-Artikeln entsteht auch hier wieder der Eindruck, dass die Berichterstattung über den Rechtsextremismus eher zur Kritik am Linksextremismus genutzt wird, als über diesen zu informieren. Hier werden Linksterrorist(inn)en indirekt als verwöhnte Kinder dargestellt, die es gewohnt seien, alles zu bekommen, was sie wollten. Sei dies nicht der Fall, würden sie zur Durchsetzung ihres Willens Gewalt nutzen. Der Rücksprung auf den Rechtsextremismus ist in diesem Artikel inhaltlich schwer nachzuvollziehen. Der Schlussatz hat wenig mit dem restlichen Artikel gemein und verharmlost den Rechtsextremismus vor der Referenzfolie des Linksextremismus. Ihm werden hier eine eigene Dynamik und ein eigenes Programm abgesprochen, da er nur als „Antwort“ angesehen wird.³²⁸ Ähnlich verhält es sich mit der Tatsache, dass *der* Linksextremismus als „mörderisch“ bezeichnet wird. Zwar würden „Rechtsextremisten nun ihre Blutspur ziehen“, das Wort „mörderisch“ ist jedoch noch einmal expliziter.³²⁹ Ähnlich verhält es sich mit der Tatsache, dass von *dem* Linksextremismus die Rede ist, auf der Gegenseite aber von „Rechtsextremisten“ berichtet wird. Hierdurch wird (bewusst oder unbewusst) der Linksextremismus als organisiert und in sich homogen geschlossen dargestellt, während Rechtsextremist(inn)en eher als Einzeltäter/-innen präsentiert werden.

Einen Tag darauf veröffentlichte die *BILD* einen Kommentar der Bundestagsvizepräsidentin Anneliese Renger (SPD), in dem die Frage besprochen wurde, ob das Oktoberfest geschlossen werden solle. Es wurde Folgendes diskutiert:

Der Staat, wir alle, dürfen uns nicht von Mördern erpressen lassen. Aber in München ging es nicht darum, Terroristen freizupressen oder Politiker einzuschüchtern. Selbst Kinder, die nicht wissen, was Links- oder Rechtsextremismus ist, wurden wahllos ermordet. (bild_80_09_30_s2a)

Dieses Zitat lässt Raum für Interpretationen. Einerseits könnte man davon ausgehen, dass die Brutalität und das Desinteresse des oder der Täter/-innen betont werden und klargemacht werden sollte, dass sich Gewalt von rechts gegen die gesamte Bevölkerung richte. Auf der anderen Seite fällt es dann aber nicht leicht, den Folgesatz zu kontextualisieren. Wieso sollte der Linksextremismus für die Opfer des Oktoberfestattentats von unmittelbarem Belang sein? Hier wird die Spezifität des Oktoberfestattentats als rechtsextrem motivierte Tat in den Hintergrund gestellt und durch die Er-

³²⁸ bild_80_09_29_s4d.

³²⁹ bild_80_09_29_s4d.

wähnung des Linksextremismus relativiert. Dass dies bei linksextrem motivierten Verbrechen so nicht der Fall sei, zeigt die Berichterstattung der *BILD* über die Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry (FDP). Hierzu merkte die Zeitung Folgendes an: „In den vergangenen zehn Jahren sind in Deutschland 27 Menschen bei Attentaten gestorben. Hier die vier Morde, die Deutschland am meisten erschütterten“.³³⁰ ³³¹ Der entscheidende Punkt hierbei ist, dass im Gegensatz zur Berichterstattung über das Oktoberfestattentat, nur auf die politische Ausrichtung der Terrorist(inn)en eingegangen wird, die die Tat begangen haben. Wurde beim Oktoberfestattentat auch viel über den Linksterrorismus geschrieben, wird der Rechtsterrorismus beim Karry-Mord kein einziges Mal erwähnt. Mehr noch: er wird nicht einmal mit in die Attentatsstatistik der *BILD* aufgenommen. Laut der Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB) wurden zwischen 1971 und 1981 insgesamt 24 Menschen von der RAF ermordet.³³² Die Differenz der Zahl zu den von der *BILD* beschriebenen 27 Opfer lässt sich möglicherweise, ohne dies endgültig verifizieren zu können, dadurch erklären, dass nicht alle Opfer linken Terrors von der RAF ermordet wurden, sondern es auch andere linksterroristische Gruppierungen gab. Nicht erklären lässt sich aber, dass die *BILD* nicht von 40 oder mehr Opfern schreibt – den 13 nicht erwähnten Todesopfern des Oktoberfestattentats und bspw. den von einem ‚WSG Hoffmann‘-Mitglied ermordeten Opfern, namentlich Shlomo Lewin und Frida Poeschke, entsprechend. Dies zeigt, dass die Opfer rechten Terrors im Bewusstsein der *BILD*-Redaktion nicht als Opfer von politischen Attentaten verankert sind. Hätte die *BILD* in diesem Artikel von Opfern *linker* Attentate geschrieben, so wäre hier lediglich der Eindruck entstanden, dass der Linksterrorismus zwar als Referenzfolie für den Rechtsextremismus dient, nicht jedoch andersherum. Da die *BILD* diese Differenzierung jedoch nicht vornimmt, entsteht der Eindruck, dass Rechtsterrorismus hier nicht als realer Terrorismus wahrgenommen und behandelt wird, sondern neben dem Linksterrorismus als unbedeutend vernachlässigt und somit dezidiert verharmlost wird.

Rostock-Lichtenhagen

Das Muster der Abwälzung auf die DDR ist auch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen vorzufinden. Die *ZEIT* schreibt vor allem über strukturelle Probleme des Staates, die

³³⁰ bild_81_05_12_s3.

³³¹ Die erschütterndsten Fälle waren laut *BILD* die Morde an Siegfried Buback, Günter von Drenkmann, Jürgen Ponto und Hanns-Martin Schleyer.

³³² URL: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49319/die-namen-der-toten> (zuletzt eingesehen am 07.12.2016, 10:31).

ihrer Meinung nach den Neonazismus begünstigt haben. Darüber hinaus übt sie Kritik an der angeblichen Vergesslichkeit der Ostdeutschen:

[...] Innenminister Lothar Kupfer legt noch nach: Wenn 200 Asylbewerber auf engstem Raum zusammenleben müssen, setzte das eben Aggressionen bei den deutschen Nachbarn frei. Die meisten haben anscheinend längst vergessen, wie sie im Hafen von Warnemünde sehnslüchtig der Fähre nachgeschaut haben: ferne Länder, weites Meer, dunkelhäutige Frauen. Wenn die dann eines Tages vor einem überfüllten Wohnheim kampieren, ihre Notdurft hinter Sandrosenbüschchen verrichten, ihren Müll auf den verrotteten Abenteuerspielplatz werfen und auch noch betteln, ist es mit dem Fernweh endgültig vorbei. (zeit_92_08_28)

Auf der anderen Seite veröffentlichte die *ZEIT* am 4. September 1992 unter der Überschrift „Menschen brauchen eine Perspektive“ einen Artikel, in dem sie die angebliche Arroganz der Westdeutschen gegenüber den Ostdeutschen anprangerte.³³³ Der Tenor des Artikels war, dass die Westdeutschen nicht über die Ostdeutschen richten sollten, bevor sie nicht über spezifische Sozialisationserfahrungen der ehemaligen DDR-Bürger/-innen nachgedacht hätten.³³⁴ Bspw. habe man in der DDR nur wenige Erfahrungen mit Menschen mit Migrationshintergrund gemacht:

Es gab für die Bürger der DDR keine normalen Kontakte zu Ausländern. Die Besatzungsmacht zog eine absolute Trennlinie zwischen sowjetischen Soldaten und Deutschen. „Gastarbeiter“ gab es in nennenswerter Zahl nur aus Vietnam, Angola und Mosambik; diese „Gäste aus befreundeten Ländern“ wurden in besonderen Wohnheimen isoliert. Kontakte mit den ohnehin spärlichen ausländischen Touristen waren nicht erwünscht. Die DDR-Bürger hatten auch nur wenig Gelegenheit, Ausländer jenseits der Grenzen kennenzulernen. (zeit_92_09_04e)

Im weiteren Verlauf des Artikels schreibt die *ZEIT* außerdem, dass es in der DDR „keine Erziehung zur Toleranz“ gegeben habe.³³⁵ Es habe keine Abstufungen gegeben, entweder man sei für den Klassenkampf gewesen oder gegen ihn. Somit hätten die ehemaligen Bürger/-innen der DDR keinerlei Erfahrungen in der Differenzierung von Menschen und Meinungen sammeln können. Vor diesem Hintergrund äußert die *ZEIT* Folgendes:

Abkapselung von Fremden und Kampf statt Toleranz – das ist genuin „rechts“, auch wenn es mit „linker“ Ideologie (die kaum jemand ernst nahm) garniert wurde. Erstaunlich ist nicht, daß jetzt dumpf Faschistoides sichtbar wurde; erstaunlich – und Anlaß zur Bewunderung – ist es, daß so viele Menschen (auch in Rostock eine Mehrheit) sich durch ein halbes Jahrhundert Unterdrückung nicht wirklich verbiegen ließen, sondern mit einigen „Schleifspuren der Diktatur“ an ihrer Seele davongekommen sind. (zeit_92_09_04e)

Interessant ist an dieser Stelle, dass die *ZEIT* die DDR im Prinzip als faschistisch-rechten Staat im linken Gewand bezeichnet. Ohne diese Aussage zu bewerten, soll darauf hingewiesen werden, dass die Zeitung im politisch-ideologischen System der DDR die Ursache für rechtes Gedankengut im

³³³ zeit_92_09_04e.

³³⁴ zeit_92_09_04e.

³³⁵ zeit_92_09_04e.

Kopf einiger ehemaliger Bürger/-innen sieht. Trotzdem ist ihr wichtig, zu betonen, dass es sich hierbei nur um eine Minderheit handle und man einen Großteil der Ostdeutschen – auch der Rostocker – dafür bewundern müsse, wie sie sich trotz Diktatur selbst treu geblieben seien. Ein weiteres Problem sieht die *ZEIT* in der Planwirtschaft der DDR, die an einigen Orten, wie bspw. Rostock, nach der Wende zur Folge gehabt habe, dass viele Arbeitsplätze verloren gegangen seien. Da Personen aus einem Betrieb häufig in dieselben Wohnblöcke zugeteilt worden wären, sei es nun beunruhigend, zu wissen, dass einige Häuser fast ausschließlich von Arbeitslosen bewohnt worden seien, nachdem ein Betrieb geschlossen wurde. Dies ergebe eine gefährliche Mischung.³³⁶ Vor einem Plädoyer, den Ostdeutschen bei der Gestaltung ihrer Zukunft zu helfen, schließt der Artikel mit der folgenden Aussage:

Wir müssen fragen, ob nicht manches, was schon die Bürger im Westen nicht mehr hinnehmen wollen, die Bürger „drüber“ überfordert. Und wo das so ist, müssen wir Konsequenzen ziehen, Dazu gehört auch, den neuen Ländern keine Quote von Asylbewerbern zuzumuten, die sie nicht bewältigen können. (*zeit_92_09_04e*)

Hier wird mehr Sensibilität gegenüber den ostdeutschen Befindlichkeiten gefordert. Die ehemalige DDR sei weder hinsichtlich ihrer Bewohner noch ihrer strukturellen Gegebenheiten für die Aufnahme von Asylsuchenden gewappnet. Noch einmal: Es geht bei dieser Analyse nicht darum, zu bewerten, was von dem Geschriebenen ‚wahr‘ und was ‚unwahr‘ ist. Es wäre auch schlicht unmöglich, alle Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Auffällig und wichtig scheint trotzdem, was in dem Artikel nicht geschrieben wird. Es wird weder auf die Perspektive der Asylsuchenden eingegangen – sie werden ausschließlich als Problem abgetan – noch wird dem Rechtsextremismus in Deutschland ein einziges Wort gewidmet. Bei der Lektüre des Artikels könnte man den Eindruck bekommen, dass dieser in Westdeutschland nicht existent und ein genuin ostdeutsches Problem sei. Es werden somit bspw. die sich 1992 in Westdeutschland ereigneten Brandanschläge von Lampertheim und Hörstel sowie die gewalttätigen Angriffe auf ein Wohnheim für Asylsuchende in Mannheim ausgeblendet.³³⁷

In einem Artikel, der eine Woche später erschienen ist, beschreibt die *ZEIT* die Gewalttaten gegen Asylsuchende als Reaktion auf die Erfahrungen der Wiedervereinigung. Die „Helden von Leipzig“ seien zum „Mob von Rostock“ geworden.³³⁸ Die Hoffnungen der Menschen in die Wiedervereinigung

³³⁶ *zeit_92_09_04e*.

³³⁷ In Lampertheim kamen drei Menschen ums Leben, in Hörstel wurde ein Mensch getötet, in Mannheim wurden rund 20 Personen verletzt.

³³⁸ *zeit_92_09_11*.

gung seien enttäuscht worden. Es wird hier eine Anfälligkeit ehemalig sozialistischer Länder für Rechtsextremismus betont:

Das Muster nationaler Identifikation und rassistischer Mobilisierung lässt sich in allen exkommunistischen Gesellschaften beobachten. Auch die Bereitschaft, Fremde zu vertreiben und sich die Dreckarbeit von kleinen, gewalttätigen Gruppen aus der Hand nehmen zu lassen, ist in ganz Osteuropa zu erkennen. (zeit_92_09_11)

Im Fall Deutschlands käme hierbei aber noch ein Sonderfall zum Tragen, die *ZEIT* bezeichnet diesen als „konformistische Revolution“.³³⁹ Sie geht davon aus, dass die Ostdeutschen, die bis dato nur Erfahrungen mit einem diktatorischen System gehabt hatten, mit einem geheimen Einverständnis der Politik gerechnet hätten, die sich seit der Wiedervereinigung in ihren Aussagen über die Asylproblematik sehr inkonsistent, insgesamt aber eher kritisch gezeigt hätte. Verstärkt worden seien die Gewalttaten außerdem aufgrund einer direkt aus der Wende gemachten Erfahrung:

In Rostock-Lichtenhagen war die Bevölkerung bereit, mit dem Feuer militanter Ausländerfeindschaft zu spielen, weil sie sich von den Politikern verraten fühlte. In diesem Gefühl steckte eine realsozialistische Erfahrung: Die Bedeutung eines Menschen hängt von der Beziehung seines Kollektivs zur Macht ab. Die Arbeiterfamilien aus Lichtenhagen erfuhren 1989 im Aufbegehren gegen die SED ihre Macht, als sie sich schwarz-rot-golden gebärdeten. In der folgenden Ent-Industrialisierung jedoch erfuhren sie, daß ihre Arbeitskraft entwertet und ihr politischer Wille bedeutungslos wurde. Sie rächten sich an der neuen Welt, die sie enttäuscht hatte, indem sie das taten, was die Regierenden einer Mediendemokratie am meisten fürchten: die Beschädigung des schönen Bildes. Die Rücksichtslosigkeit, mit der sie auf Wehrlose losschlagen, spiegelt, wie massiv sie die eigene Entwertung verspüren. (zeit_92_09_11)

Hier werden die Erfahrungen der Menschen aus dem Ende der DDR als sehr wichtig beschrieben. Ihre ehemaligen Bürger/-innen hätten in der Endphase ihres Bestehens gelernt, was für eine Kraft Protest auf der Straße entfalten könne. Sie hatten auf einmal die Möglichkeit, erstmals Einfluss auf die Politik zu nehmen. In der Demokratie angekommen, fühlten sie diesen Einfluss wieder schwächen, weshalb sie sich an jenen, die ihnen mehr Einfluss versprochen hatten, rächten. Auch an diesem Artikel ist auffällig, dass die Opfer ausgeblendet und die Vorgänge in Westdeutschland verschwiegen werden. Dies soll nicht heißen, dass es nicht wichtig sei, spezifische Analysen zu gewissen Vorgängen durchzuführen. Werden diese Vorgänge jedoch von ähnlichen Vorgängen in Westdeutschland entkoppelt, so tritt viel zusätzlich Sagbares in den Hintergrund beziehungsweise in die Unsichtbarkeit.

Die *FAZ* und *BILD* setzen sich mit ähnlichen Fragen wie die *ZEIT* auseinander, bringen aber die angebliche direkte Beteiligung ehemaliger staatlicher Apparate der DDR an den Gewalttaten mit ins

³³⁹

zeit_92_09_11.

Spiel. So schrieb die *FAZ* in einem Artikel, in dem sie sich auch mit den strukturellen Problemen der ehemaligen DDR beschäftigte, Folgendes:

Eine Frage wird offenbleiben. Steuerte in Lichtenhagen die Stasi mit? Um Gewalt zu schüren gegen den Altfeind BRD? Bonner Politiker vermuteten es. Und Rostocker Bürger bis in die Spitzen des Senats haben aufgrund verschiedener Indizien denselben Verdacht. MfS-gesteuerte antisemitische Aktionen sind aus der Spätgeschichte der DDR bekannt. Der Leiter des Verfassungsschutzes in Schwerin besitzt Hinweise auf die Unterwanderung der rechtsradikalen Szene aus dem linksextremen Untergrund. Unbestätigte Pressemeldungen über Untergrundorganisationen arbeitsloser Stasi-Angehöriger reißen nicht ab. (faz_93_01_07)

Es fällt zunächst auf, dass die *FAZ* eine aufgelöste Behörde als immer noch existent beschreibt. Die Stasi wird als ein weiterhin in sich funktionaler und real existierender Apparat wahrgenommen. Die Frage lautet nicht, ob „ehemalige Stasi-Mitarbeiter“ beteiligt waren, es wird explizit die Frage nach „der“ Stasi und später „ihrer“ „arbeitsloser“ Angehöriger, nicht „ehemaliger Angehöriger“ gestellt.³⁴⁰ Hier scheinen auch nach dem Ende des Kalten Krieges noch alte Muster nachzuwirken. Auch fällt auf, dass, ähnlich wie bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat, keine stichhaltigen Beweise für eine Beteiligung von (ehemaligen) DDR-Agent(inn)en genannt werden können, die These dennoch vertreten wird. Man stützt sich auf Vermutungen und Indizien. Ähnlich verhält es sich mit der Berichterstattung der *BILD*. Am 3. September 1992, also nur eine Woche nach dem Pogrom, berichtete sie unter der Überschrift „Stasi steuerte Rostock-Chaoten“ auf Seite 1:

Erst war es nur ein Gerücht, doch jetzt steht fest: die Neonazi-Krawalle in Rostock wurde auch von Stasi-Männern gesteuert. Die Polizei konnte 4 Randalierer als ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) enttarnen, sie wurden verhaftet. Auch Bundeskanzler Kohl ist über das Stasi-Neonazi-Komplott informiert. (bild_92_09_03_s1)

Auch wenn hier von „ehemaligen“ Mitarbeitern der Stasi die Rede ist, wird ebenso häufig die Stasi als noch existierend suggeriert, bspw. in der Überschrift.³⁴¹ Es mutet hierbei etwas vorschnell an, an der Verhaftung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter eine direkte Steuerung der Gewalt durch die Stasi abzuleiten. Die Frage, ob bei einer so riesigen Behörde wie der Stasi statistisch nicht zwangsläufig ehemalige Mitarbeiter/-innen unter den Gewalttätern und Gewalttäterinnen zu finden sein müssten, scheint hier nicht als relevant angesehen zu werden. Vier ehemalige Stasi-Mitarbeiter unter einer so großen Anzahl von Gewalttäter/-innen sind kein riesiger Anteil. Den Beweis für eine Steuerung durch die Stasi, die laut *BILD* nun feststeht, bleibt sie auch in dem auf Seite 2 fortgesetzten Artikel schuldig. Ehemalige Stasi-Mitarbeiter seien zwar im Zuge der Ausschreitungen verhaftet worden, eine institutionelle Verflechtung wird jedoch nicht nachgewiesen. Personen werden hier entindividualisiert. Die Möglichkeit, dass sie als Privatpersonen, nicht als Stasi-Mitarbeiter an der Gewalttat

³⁴⁰ faz_93_01_07.

³⁴¹ bild_92_09_03_s1.

teilgenommen haben könnten, wird vollkommen ausgeblendet und die Stasi als weiterhin real existierende Gefahr für Deutschland dargestellt. Ihr Ziel sei es, die Demokratie zu zersetzen und die Wiedervereinigung zu einem Misserfolg werden zu lassen.³⁴² Mit der Beschuldigung, dass die Stasi die Gewalt gegen Asylsuchende gesteuert habe, wird so der breiten Masse der Gewalttäter/-innen ein Stück weit die Schuld an ihrem Handeln abgesprochen. Es wird die Vorstellung erweckt, dass die Problematik nicht innerhalb gesellschaftlicher Strukturen liege, sondern nach wie vor in einem Systemkonflikt, im Zuge dessen eine immer noch existierende Stasi als ‚Agent Provocateur‘ wirke.

Auch sind bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen Verweise auf die linke Szene zu beobachten. So kritisierte die *FAZ* den damaligen niedersächsischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Jürgen Trittin (Bündnis90/Die Grünen) am 28. September 1992, dass er den mecklenburgischen Ministerpräsidenten Berndt Seite angriff, weil er Verständnis für den Ärger der Lichtenhagener gezeigt hätte.³⁴³ Die Zeitung warf ihm hierbei Scheinheiligkeit vor:

„Wer auch nur geringstes Verständnis für die Motive der menschenverachtenden Gewalt der Schläger und die Beifall klatschenden Schlachtenbummler zeigt“, so entrüstete sich Trittin, „trägt in hohem Maße Mitverantwortung an der zunehmenden Gewalt.“ Es ist allerdings erst einige Monate her, daß sich der ehemalige Göttinger Studentenführer schützend vor einer Ansammlung von Göttinger Autonomen gestellt hatte, die auf offener Straße brennende Barrikaden errichteteten, Steine und Metallgegenstände auf Polizisten schleuderten und Häuserwände beschmierten. Mehrere Beamte waren dabei verletzt worden. Als die Polizei nach mehrstündigem Warten gegen die größtenteils Vermummten mit Schlagstöcken und Wasserwerfern vorging, sprach Trittin von einem „unverhältnismäßigen Einsatz“, der „politisch nicht zu tolerieren“ sei. Steine von links, so darf man daraus schließen, sind für den auf die niedersächsische Verfassung vereidigten Minister „politisch zu dulden“. Gewalt von rechts darf dagegen nicht einmal nach ihren Ursachen hinterfragt werden. Dagegen gibt es für den bekennenden Pazifisten Trittin nur ein Rezept: Draufschlagen. (faz_92_08_28b)

Das eben vorgestellte Zitat macht in etwa Dreiviertel des gesamten Artikels aus, der also ausschließlich der Kritik an Jürgen Trittin dient. Dies ist legitim und es erscheint auch nachvollziehbar, dass sich die *FAZ* über das Verhalten des Politikers bei den Ausschreitungen in Göttingen wundert. Problematisch ist jedoch die Art und Weise, wie die *FAZ* zwei vollkommen unterschiedliche Ereignisse, deren einzige Gemeinsamkeit nicht zu tolerierende Gewalt ist, gleichsetzt. Während die Gewalt in Göttingen, ausgehend von der Beschreibung der *FAZ*, offensichtlich als ein mehrstündiger Angriff einer kleineren in sich geschlossenen Gruppierung auf den Staat und seine Repräsentant(inn)en zu verstehen ist, handelte es sich bei den Gewalttaten von Rostock-Lichtenhagen, neben der Dimension des Angriffes auf die staatliche Ordnung, um ein mehrnächtiges Pogrom durch eine große Menge unterschiedlicher Menschen, die mit Tötungsabsichten gegenüber Zivilist(inn)en oder

³⁴² bild_92_09_03_s2.

³⁴³ faz_92_08_28b.

wenigstens Toleranz der Gefährdung derer Leben gehandelt haben. Des Weiteren passt der Verweis, dass Ursachen rechter Gewalt Trittin zufolge nicht hinterfragt werden dürfen, nicht mit seiner zitierten Aussage zusammen. Trittin hat vor seiner Bekundung des Verständnisses für die Motive nicht von einer Analyse der Ursachen gesprochen.

In einem Artikel vom 24. Mai 1993 argumentiert die *FAZ* in einem Artikel über den Aufbau des Thüringer Verfassungsschutzes wieder in eine ähnliche Richtung:

Mit etwa 200 Personen in Thüringen und 5000 im Bund ist die Gruppe linksextremistischer „autonomer“ Gewalttäter der Gruppe der rechtsextremistischen Gewalttäter von der Zahl her vergleichbar. Die Zahl der gezählten Gewalttaten „Autonomer“ lag während des vergangenen Jahres mit 835 im Bund und 45 in Thüringen jedoch weit niedriger als die der rechtsextremen Gewalttäter (2500 im Bund, 80 in Thüringen). Doch die oberflächliche Betrachtung der Statistik führt zu falschen Schlüssen. Das Malen eines Hakenkreuzes ist eine Straftat, das Zeichnen eines linken Symbols ist es dagegen nicht. Gezählt werden außerdem „Ereignisse“. Nach Angaben des Thüringer Innenministeriums ist der Steinwurf betrunkenen Skinheads gegen die Garage eines Asylbewerberheimes statistisch besehen ebenso eine Tat wie der Überfall der Autonomen auf ein amerikanisches Schnellrestaurant in Erfurt im vergangenen November. Am späten Abend des 2. November 1992 drangen 20 bis 25 unbekannte Täter in den angeblichen Treff der Rechten mit Knüppeln und Baseballschlägern ein, verletzten die Gäste und demolierten die Gaststätte. Die Polizei nahm später 20 Jugendliche fest, die geglaubt hatten, alle mit derselben Straßenbahn entkommen zu können. Die Gewalt von rechts, das Brennen der Asylbewerberheime und die Angriffe auf Ausländer, gab den Autonomen neuen Auftrieb, wie dieses Beispiel zeigt. Die Autonomen „kämpfen“ unter dem moralischen Deckmantel des „Antifaschismus“, erheben sich zum Ankläger und Vollstrecker gegenüber den anderen. Es kommt zum gegenseitigen Aufschaukeln der Gewalt von rechts und links. Im Bund werden nach Angaben des Thüringer Innenministeriums im vergangenen Jahr 88 Fälle der Gewalt von rechts gegen links und 282 Fälle der Gewalt von links gegen rechts gezählt. In Thüringen lag die Zahl der Fälle mit 15 Gewaltakten von rechts und 14 von links gegen die jeweils andere Gruppe schon gleichauf. Doch die Dunkelziffer wird als hoch eingeschätzt. (faz_93_05_24)

Hier werden rechtsextreme Straftaten an vielen Stellen verharmlost. Durch den Verweis auf die Legalität linker Symbole werden Hakenkreuzschmierereien relativiert und somit ein Stück weit entkriminalisiert. Des Weiteren scheint ein Steinwurf für die *FAZ* kein Grund zur Beunruhigung zu sein, solange die Täter/-innen betrunken sind und der Stein einen Gegenstand oder ein Gebäude, nicht aber einen Menschen trifft. Ebenfalls verwunderlich ist, dass die *FAZ* einen Angriff Linksautonomer auf ein Schnellrestaurant zum Anlass nimmt, um zu betonen, dass linke Gewalt schlimmer sei als rechte. Der Hinweis darauf, dass nicht jede Tat in ihrer Intensität und ihren Auswirkungen gleich sei, ist richtig. Es erstaunt jedoch, dass die *FAZ* zu einem Zeitpunkt, zu dem bspw. die Gewalt von Hoyerswerda und Lichtenhagen sowie der *tödliche* Brandanschlag von Mölln als medienwirksame Ereignisse schon stattgefunden hatten³⁴⁴, einen nicht tödlichen Angriff aus der linken

³⁴⁴ Des Weiteren geht aus einer Antwort auf eine PDS-Anfrage an die Bundesregierung hervor, dass seit der Wiedervereinigung Deutschlands bis zum Mai 1993 offiziell 23 Menschen durch neonazistisch

Szene als Beleg dafür nutzt, dass der Linksextremismus gefährlicher sei als der Rechtsextremismus. Scheinbar nimmt die *FAZ* den Linksextremismus als die alles überlagernde politische Gefahr wahr. Dies wird noch einmal dadurch deutlicher, dass sie im benannten Zitat nicht auf die Opfer rechter Gewalt eingeht, sondern diese nur als Beschleuniger linker Gewalt betrachtet. Somit wird als einzige problematische Konsequenz rechter Straftaten die angebliche Provokation der linken Szene, nun auch gewalttätig zu werden, angesehen.

In der *BILD* ist hinsichtlich der Gewalttaten von Rostock-Lichtenhagen eher der Ansatz zu beobachten, den Rechtsextremismus gegenüber dem Linksextremismus als gefährlicher darzustellen. In einer Reihe von (teilweise als sehr kritisch zu betrachtenden) Leserkommentaren beschäftigt sich einer auch mit der Frage von Rechts- und Linksextremismus. Ein Leser schreibt bezeichnenderweise Folgendes zu dieser Thematik:

Wären die Randalierer in Rostock linksradikal gewesen, hätte die Regierung bestimmt besser durchgegriffen. Aber die Gefahr von rechts nimmt bei uns keiner richtig wahr. (bild_92_08_29_s2)

Hier kann der Verfasser des Leserkommentars als opportuner Zeuge im Hagen'schen Sinne verstanden werden, da die *BILD* – neben vielen anderen Kommentaren – seinen und nicht einen anderen abdruckt. In diesem Zitat wird eine scheinbare Unverhältnismäßigkeit im staatlichen Umgang mit links und rechts angeprangert und die These aufgestellt, dass die Polizei härter hätte durchgreifen können, wenn sie nur gewollt hätte. Dass dies nicht geschehen sei, habe damit zu tun, dass die Täter/-innen aus dem rechten, nicht dem linken Spektrum gekommen seien. Ähnlich wird in einem von der *BILD* veröffentlichten Kommentar vom 1. Oktober 1992 argumentiert. Das „anständige Deutschland“ wird aufgerufen, sich gegen Neonazismus zur Wehr zu setzen.³⁴⁵ Dies könne jedoch nur geschehen, wenn auch der Staat entschieden gegen den Rechtsextremismus vorgehe:

Extremisten von rechts dürfen nicht sanfter angefaßt werden als Extremisten von links. Wir haben es uns nicht gefallen lassen, daß die RAF versuchte, ihre Morde als „politischen Widerstand“ zu tarnen. Auch für die rechte Ecke gilt: Wer mit Molotowcocktails schmeißt, ist kriminell. (bild_92_10_01_s2)

Dieser Kommentar kontextualisiert zwar Linksextremismus und Rechtsextremismus miteinander, nutzt linke Gewalt jedoch nicht dafür, rechte Gewalt zu relativieren, sondern um die Gefahr, die von rechts ausgeht, zu unterstreichen. So werden die Morde der RAF nicht als Abgrenzung herangezogen. Vielmehr wird durch den Verweis auf die Terrorgruppierung betont, dass auch Gewalt von

³⁴⁵ motivierte Gewalt zu Tode gekommen sind (URL: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/050/1405032.pdf>, zuletzt eingesehen am 13.12.2016, 11:07). bild_92_10_01_s2.

rechts mitnichten politischer Widerstand, sondern kriminell und gefährlich sei. Deshalb sei es wichtig, rechte Extremist(inn)en genauso entschieden zu bekämpfen wie linke Extremist(inn)en.

Die Aufarbeitung der ‚NSU'-Morde

Hinsichtlich der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU'-Morden ist ein Wandel im Muster der Verweise auf die DDR zu beobachten. Da sie zum Zeitpunkt der Morde und ihrer Aufarbeitung schon seit mehreren Jahren nicht mehr existierte, ist keine direkte Bezugnahme auf die DDR als staatlichen Akteur zu erkennen. Man bezieht sich eher auf die Sozialisierungserfahrungen der Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik. So betitelte die *ZEIT* einen Artikel mit den Worten „Sind sie die finsternen Kinder der Einheit? Die Zwickauer Terroristen wurden groß in einem Ostdeutschland zwischen Aufbruch und Perspektivlosigkeit. Wie Wendekinder zu Nazis wurden“.³⁴⁶ Auch in diesem Artikel, ein Erfahrungsbericht der Autorin, werden Parallelen zur DDR und der Wiedervereinigung gezogen. Es wird der zeitliche Aspekt der Sozialisation beschrieben:

Wir nannten ihn Hitler. Er war viel älter als wir. Der Krasseste von allen. Er aß gern Ananas aus der Dose. Und verhautete seinen Bruder. Das war 1996, ich wurde gerade zwölf. Die Großen, darunter Hitler, waren um die 20. All jene, die sich Anfang der Neunziger im Teenageralter auf ein Neonazidasein spezialisiert hatten und meist dabei blieben [sic]. Es waren schwere Jungs, und meine Klassenkameraden haben sie bewundert: die großen Neonazis. Die älteren Geschwister. Solche sind auch die drei Täter Uwe und Uwe und Beate (alle Mitte 30). Sie haben mit den Nachgeborenen, zu denen ich gehöre, nichts gemeinsam. Im Osten kann ein Altersunterschied von fünf Jahren eine komplett andere Sozialisation bedeuten. (zeit_11_11_17)

Im Artikel wird nicht näher darauf eingegangen, wieso ein Unterschied von fünf Jahren eine „komplett andere Sozialisation“ ausmachen sollte.³⁴⁷ Es wird jedoch die Ansicht vertreten, dass eben die Generation, der Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe entstammen, sich besonders dem Rechtsextremismus zugewandt habe. Fehlendes Vorgehen der DDR-Behörden, eine Abgrenzung von den als schwach empfundenen Eltern und mangelnde gesellschaftliche Ächtung rechter Strömungen seien hierfür mitverantwortlich gewesen.³⁴⁸ Es wird aber auch betont, dass die Neonazis in Ostdeutschland erst gegen Ende der 1990er-Jahre durch die Unterstützung von Neonazis aus Westdeutschland „professionell“ geworden seien.³⁴⁹ Hier lässt sich also beobachten, dass Strukturen in der DDR und Ostdeutschland durchaus als ausschlaggebend angesehen werden. Es werden allerdings auch Strukturen in Westdeutschland angesprochen. Der Rechtsextremismus wird also nicht als exklusiv ostdeutsches Phänomen betrachtet. Der Übergang von der DDR zur Bundesrepublik wird auch in an-

³⁴⁶ zeit_11_11_17.

³⁴⁷ zeit_11_11_17.

³⁴⁸ zeit_11_11_17.

³⁴⁹ zeit_11_11_17.

deren *ZEIT*-Artikeln thematisiert und als mitentscheidend ausgemacht. In einem Hintergrundartikel zu Beate Zschäpe etwa heißt es:

Nicht nur für Zschäpe sind diese Monate eine Phase der Suche und des Wandels. 1989, das letzte Jahr der DDR, eines Niemandslandes zwischen den Systemen. Die alte Ordnung ist untergegangen, eine neue gibt es noch nicht, Deutschland wartet auf die Wiedervereinigung. Es ist eine Zeit, in der die Dinge verrutschen. (zeit_12_05_31)

Eine unsichere Zukunft und das Bewusstsein, dass die bisher bekannte Ordnung nicht mehr existiert, hat der *ZEIT* zufolge Beate Zschäpes Verankerung in der rechten Szene gefördert.

In einem Bericht über Jena, die Stadt in der Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe aufgewachsen sind, beschreibt die *ZEIT* in Verbindung mit einem Gespräch mit Albrecht Schröter, dem Oberbürgermeister der Stadt, und dem Jugendpfarrer und überregional bekannten Aktivisten, Lothar König, den Rechtsextremismus als ein Phänomen, das durch die Verhältnisse der (Post-)DDR gestärkt worden sei:

Ja, in Jena habe es ein starkes, gewalttägiges Neonazi-Milieu gegeben – nach der Wende, im großen Umbruch der Verhältnisse und Biografien, aber auch schon zuvor, in der DDR-kritischen Szene der siebziger, achtziger Jahre. Rechte Einstellungen verfestigten sich vom jugendlichen Trotz gegen das SED-Regime zur Nazi-Popkultur, dann zur politischen Ideologie. (zeit_11_11_24d)

Auch in diesem Zitat wird der Wende eine Mitverantwortung gegeben. Es wird suggeriert, dass die Umbrüche viele Menschen überfordert und teilweise auch ihren sozialen Abstieg begünstigt hätten. Hinzu komme, dass der Rechtsextremismus auch als Abgrenzungsmechanismus gegenüber dem Staat fungiert habe. Insgesamt habe die Opposition zum Staat eine große Rolle gespielt. Vielfach werde in der Erinnerung an den DDR-Widerstand übersehen, dass hier auch rechtes Gedankengut verbreitet war, denn „auch alte und neue Nazis trotzten dem SED-Staat“.³⁵⁰ Auch am Beispiel Uwe Mundlos' sehe man, dass es vornehmlich um die Abgrenzung vom System gegangen sei:

Uwe Mundlos, der Professorensohn? Ein Köpfchen-Typ, sagt König, der passte zu Jena. Was, wenn er beizeiten zu uns in die JG³⁵¹ gekommen wäre? Hätten wir ihn erreicht? Vater Mundlos sei ein weicher, liebenswürdiger Mensch, doch Uwe habe Reibung, Widerstand gesucht und Grenzen getestet, schon als Schüler, als er die ratlosen Lehrer mit NS-Thesen provozierte. Nach der Wende verloren dann die DDR-Instanzen jede Autorität. Authentisch blieb die rechte Szene, die dem SED-Staat widerstanden hatte. (zeit_11_11_24d)

Der Rechtsextremismus wird als Gegenentwurf zum SED-Regime beschrieben. Dem System der DDR wird somit eine Mitschuld an der Ausprägung rechtsextremer Strukturen im Osten gegeben. Wichtig ist aber auch, dass die Zuwendung zur rechtsextremen Szene im Osten im Artikel nicht als

³⁵⁰

zeit_11_11_24d.

³⁵¹

Die Jugendgemeinde Lothar Königs.

alternativlos angesehen wird. Es werden Einrichtungen, wie bspw. die JG Lothar Königs, beschrieben und die Sichtweise des Jenaer Oberbürgermeisters angeführt, dass Jena zwar Probleme gehabt habe, diese aber durch eine starke Zivilgesellschaft gelöst werden könnten.³⁵² Diese Zivilgesellschaft sei aber nicht überall im Osten existent, wie der Gewerkschaftssekretär Christoph Ellinghaus im selben Artikel zitiert wird:

Was dem Osten fehle, sei ein 1968. So urteilt der Gewerkschaftssekretär Christoph Ellinghaus. Der 68er-Aufbruch habe den Westen verändert, in hart ausgetragenen Konflikten. Im Osten gebe es ein ungebrochenes Autoritätsverständnis, wobei das in Jena anders geworden sei. Früher überließ man hier den Kampf gegen rechts ein paar Zuständigen, sagt Ellinghaus. Jetzt, mit dem gesetzten Selbstbewusstsein einer prosperierenden Stadt, will sich die Bürgerschaft auch politisch betätigen. Bei der Thüringer Landtagswahl 2009 erzielte die NPD in Jena ihr schlechtestes Ergebnis, unter zwei Prozent. (zeit_11_11_24d)

Dieses Zitat beinhaltet zwei Hauptaussagen. Zum einen haben in der DDR keine Erfahrungen mit politischer Beteiligung existiert. Es habe keinen Wechsel im Bewusstsein der Menschen gegeben, wie es im Westen durch die 68er-Bewegung geschehen sei. Zum anderen müsse dies aber kein Kontinuum sein. In Jena beteilige sich die Zivilgesellschaft mittlerweile erfolgreich am Kampf gegen rechts, was sich eindeutig in der politischen Willensbildung in der Stadt niederschlage. Voraussetzung hierfür sei u.a. aber auch ein wachsender materieller Wohlstand.

Ähnlich wie die *ZEIT* beschreibt auch die *FAZ* ein „Vakuum“ bei der Eingliederung der neuen Bundesländer in die Bundesrepublik:

Seit Anfang der neunziger Jahre schon hat ein wachsender Rechtsradikalismus vor allem in den östlichen Bundesländern die Demokratie herausgefordert. Die im Aufbau befindlichen Polizeien und Verfassungsschutzbehörden in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern hatten es einerseits mit einer postdiktatorischen Jugendkultur zu tun, die sich orientierungslos im gesellschaftlichen Vakuum der Nachwendezeit bewegte. Andererseits zeigten sich im Osten, aber vielfach auch im Westen des Landes straff organisierte, neonazistische Organisationen, denen es zumindest zeitweise gelang, ganze Regionen zu schikanieren. (faz_11_11_18b)

Es wird im Zitat ungeschönt auf den Einfluss, den rechte Strukturen in Teilen Deutschlands spielen und gespielt haben, Bezug genommen. Gleichermaßen wird das Muster der Sozialisation im Hinblick auf den Rechtsextremismus angesprochen. Das Zitat gibt vor, dass „mit einer postdiktatorischen Jugendkultur“ die Gefahr gewachsen sei, dass sich die nun haltlosen Jugendlichen in einer Zeit des „gesellschaftlichen Vakuum[s]“ dem Rechtsextremismus zuwenden würden.³⁵³ Ein weiterer Aspekt ist die Beschreibung der Problematik, einen funktionierenden Behördenapparat aufzubauen. Dies wird auch in einem *ZEIT*- und in einem weiteren *FAZ*-Artikel beschrieben. Auch hier

³⁵² zeit_11_11_24d.

³⁵³ faz_11_11_18b.

wird das Wort „Vakuum“ benutzt.³⁵⁴ Durch die Umstrukturierung von Behörden habe kein verlässlicher Sicherheitsapparat bestanden, wodurch rechte Strukturen im Osten besonders gut wachsen konnten. Auch beim *FAZ*-Artikel erscheint es entscheidend, hervorzuheben, dass dieser zwar eine starke Fokussierung auf die ehemalige DDR und Ostdeutschland erkennen lässt, jedoch nicht verschweigt, dass es auch im Westen Deutschlands ernst zu nehmende neonazistische Strukturen gab und gibt.

Eine Woche später, in einem Artikel vom 26. November 2011, ging die *FAZ* erneut auf Sozialisierungserfahrungen in der DDR ein:

Wer im Westen als zorniger Junger oppositionell wurde, musste links werden. In der DDR waren aber Kommunisten an der Staatsmacht, und die Mitläufer des Systems gebärdeten sich „fortschrittlich“. Der DDR-Schriftsteller Klaus Schlesinger warnte uns westdeutsche Linke einmal davor, in jedem DDR-Schüler, der irgendwo ein Hakenkreuz ins Holz geritzt hatte, gleich einen „Fascho“ zu sehen. Das sei eben die größtmögliche Provokation in einem Staat mit verordnetem Antifaschismus. „Was verboten ist, das macht uns grade scharf“, sang Wolf Biermann Mitte der Sechziger in Ost-Berlin. (faz_11_11_26)

Die *FAZ* argumentiert, dass die einzige wirkliche Möglichkeit zur Auflehnung gegen die DDR eine möglichst extreme Konterkarierung ihres Staatsideals des Antifaschismus gewesen sei. Es wird des Weiteren der Eindruck erweckt, dass bspw. ein Hakenkreuz nicht automatisch ein Bekenntnis zu rechtsextremer Ideologie, sondern vielmehr auch eine Abgrenzung zum Staatssozialismus bedeuten könne. Diese Lesart hat ihre Berechtigung, doch scheint sie ein wenig verkürzt. Dies zeigt sich gerade durch die Bezugnahme auf Wolf Biermann am Ende des Zitats. Biermann hat sich gegen die DDR aufgelehnt, was schließlich zu seiner Ausbürgerung führte. Doch ist nicht bekannt, dass sich der Liedermacher, seine offene und entschiedene Ablehnung des Sozialismus sei betont, in irgend-einer Weise rechtem Gedankengut zuordnen ließe. Somit werden hier, ob bewusst oder unbewusst, doch Alternativen zu einem Widerstand gegen die DDR im rechtsextremen Kontext aufgezeigt. Insgesamt wird im Artikel der Standpunkt vertreten, dass die Sozialisierungserfahrungen in der DDR entschieden zum Erstarken der rechten Szene in Ostdeutschland beigetragen hätten. Dies wird in einem weiteren Zitat noch einmal deutlicher:

Es fiel „den Altlinken schwer einzugehen, dass die neuen, national-revolutionären Neonazis kein Import aus dem ‚faschistoiden‘ Westen waren, sondern direktes Produkt eines totalitären Systems, dem man gerade noch viel Sympathie entgegengebracht hatte“, kritisierte Anetta Kahane in der „tageszeitung“ vor wenigen Tagen „westdeutsche Antifaschisten“, die „uns im Osten rasch (erklärten), was es mit den Neonazis auf sich hätte. (faz_11_11_26)³⁵⁵

³⁵⁴ zeit_12_11_08; faz_11_11_26; faz_12_08_24.

³⁵⁵ Wie aus dem Original-Artikel der *taz* hervorgeht und im *FAZ*-Artikel nur schwer zu verstehen ist, ist hiermit gemeint, dass westdeutsche Antifaschist(inn)en das vermeintliche Ideal der DDR als Boll-

Anetta Kahane ist Gründerin und Vorstandsvorsitzende der sog. „Amadeu Antonio Stiftung“, die das Ziel hat, „eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet“.³⁵⁶ Ihrer im Artikel zitierten Beschreibung kann entnommen werden, dass der ostdeutsche Rechtsextremismus ein direktes Produkt des Systems der DDR sei. Des Weiteren wird hier eine politisch motivierte Dogmatik einiger Menschen kritisiert, die ehemalige DDR als Idealbild des Kampfes gegen den Faschismus anzusehen. Hier wird also ausdrücklich betont, dass die Politik der DDR eine Mitverantwortung für den ostdeutschen Rechtsextremismus getragen hat.

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden bemüht sich die *ZEIT*, den Linksextremismus und den Rechtsextremismus als zwei voneinander zu trennende Phänomene zu beschreiben. Hierauf wird später noch ausführlicher eingegangen. Dennoch ist auch ein Kommentar vom 30. November 2011 im Korpus zu finden, in dem Rechts- und Linksterrorismus miteinander verglichen werden:

Wegen der Nazimorde, las ich, habe der Bundestag sich bei den Hinterbliebenen entschuldigt. Ich fand das seltsam. Für die Morde der RAF hat es nie eine solche Entschuldigung des Bundestags gegeben, obwohl es auch da Fahndungsfehler der Polizei gab. [...] Indem die Volksvertretung sich entschuldigt, dachte ich, identifiziert sie sich irgendwie mit den Mörtern, sie schafft ein falsches „wir“. Wir Deutschen, ihr Migranten. Als ob das sauber zu trennen wäre. Genau das wollen die Nazis doch. Der Staat soll die Nazis jagen und einsperren und nicht an ihrer Stelle Entschuldigungen abgeben. (zeit_11_12_01b)

Der Kommentar ist möglicherweise mit dem Ziel verfasst worden, gegen Segregationstendenzen in der deutschen Gesellschaft anzuschreiben. Jedoch wurde hier ein wichtiger Aspekt missverstanden. Es handelte sich im Fall der Ermittlungen zu den „NSU“-Morden nicht nur um einfache Fahndungsfehler. Vielmehr kam hier institutioneller Rassismus zum Tragen, der die Opfer in ein kriminelles Milieu rückte und auch die Hinterbliebenen kriminalisierte. Hinzu kam der Umgang der deutschen Öffentlichkeit mit den Taten, als Stichwort sei hier nochmals der verunglimpfende Terminus „Dönermorde“ genannt. Insofern ist die Entschuldigung des Bundestags nicht nur als Entschuldigung für die Morde, sondern auch als Entschuldigung für eine behördliche und gesellschaftliche Ausgrenzung der Opfer und ihrer Familien zu verstehen. Somit ist der Fall der „NSU“-Morde nur schwer mit den Morden der RAF zu vergleichen. An dieser Stelle wird deutlich, wie auch ein Text,

werk gegen den Faschismus bewahren wollten, indem sie erklärten, dass aus der ehemaligen DDR keine faschistoiden Gedanken entsprungen seien und diese ausschließlich durch westdeutsche Neonazis nach Ostdeutschland gebracht worden seien (URL: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5107108&s=anetta+kahane/>; zuletzt aufgerufen am 01.12.2016, 09:52).

³⁵⁶

URL: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wir-ueber-uns/>; zuletzt eingesehen am 01.12.2016, 09:59.

der sich eigentlich explizit gegen den Neonazismus wendet, trotzdem im Muster der gegenseitigen Relativierung der Extremismen gefangen sein kann.

In dem bereits früher angesprochenen Gastbeitrag von Anette Kahane, der Vorsitzenden der Amadeu Antonio Stiftung, wird die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus kritisiert:

Doch fällt die dringend benötigte Unterstützung derjenigen, die sich täglich trotz der rechtsextremen Bedrohung in den Städten und Gemeinden engagieren, der ideologisch motivierten Rechts-links-Gleichsetzung zum Opfer. Diese Anti-Neonazi-Projekte werden von vornherein des Linksradikalismus verdächtigt – und vielleicht werden sie deshalb als einzige Zuwendungsempfänger in Deutschland genötigt, sich selbst und ihre Partner auf ihre Treue zum Grundgesetz zu überprüfen und die Verfassungsschutzberichte zu studieren, was angesichts des grandiosen Versagens des Amtes gegenüber Rechtsextremen als besonderer Hohn empfunden wird. (zeit_12_02_23b)

An dieser Stelle wird der Vergleich zwischen dem rechten und dem linken Extremismus als ideologisch motiviert klassifiziert und real existierende Konsequenzen hieraus beschrieben. Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen den Neonazismus werde so entschieden geschwächt, da Personen, die sich gegen Rechts wendeten, in den Verdacht gerieten, linksextrem zu sein. Dies habe zur Folge, dass sich weniger Menschen engagieren würden, aber auch weniger Zuwendungen an die Einrichtungen flössen. Dies bestärke wiederum den Rechtsextremismus, der hier aus politischem Kalkül gegen linke Strömungen stark gemacht werde.³⁵⁷

In einem Bericht über die politische Situation in Sachsen, vor allem mit Konzentration auf die CDU, erwähnt die *ZEIT* auch Patrick Schreiber, den christdemokratischen Leiter des dortigen „NSU“-Untersuchungsausschusses:

Wenn man länger mit CDU-Mann Schreiber redet, offenbart sich das ganze Problem. Aus ihm spricht eine zerrissene Partei. Aufrichtig sagt er einerseits: Der NSU-Terror sei wirklich schlimm. Was er aber gelernt habe in den vergangenen Monaten? „Dass Rechtsextremisten genauso schlimm sind wie die Linksextremisten. Dass die sich, in der Gewaltbereitschaft, wirklich nicht viel nehmen.“ Das sagt Patrick Schreiber wirklich. Auch dass er selbst schon Opfer linker Gewalt geworden sei. 2009 habe jemand an eine Mauer geschmiert: „Patrick Schreiber ist ein Schwein.“ Schreiber sagt: „Ich hatte auch schon Hundekot im Briefkasten. Das ist psychische Gewalt.“ Damit hat Schreiber recht. Rechtfertigt aber Hundekot im Briefkasten das Gleichsetzen linker Gewalt mit der Mordserie der Terrorzelle? Sollte der Chef eines NSU-Untersuchungsausschusses, im Jahr 2012, so etwas sagen? Ob bei den Aktionen des linken schwarzen Blocks denn immer sichergestellt sei, dass keiner sterbe, fragt Schreiber. Diese Frage – ist sie vordringlich, nach den Taten der Böhnhardt-Mundlos-Bande? (zeit_12_07_05b)

Die *ZEIT* kritisiert hier explizite Vorgänge in Sachsen und stellt die Kompetenz eines „NSU“-Untersuchungsausschussvorsitzenden dahingehend infrage, dass er nicht in der Lage sei, zwischen Linksextremismus und Rechtsextremismus zu differenzieren. Weiter noch: Er setze linke Gewalt

³⁵⁷

zeit_12_02_23b.

ohne Todesfolge mit einer rechtsextremen Mordserie gleich. Der *ZEIT* zufolge ist dies jedoch nicht nur eine individuelle Ansicht Patrick Schreibers. Vielmehr sei diese Meinung (nicht nur) in Sachsen (nicht nur) in der CDU weitverbreitet. Dies zeigt sich auch darin, dass im weiteren Verlauf des Artikels der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) ebenfalls dahingehend zitiert wird, dass der Linksextremismus und der Rechtsextremismus sich nicht groß unterschieden.³⁵⁸ Die *ZEIT* bemerkt hierzu Folgendes: „Das ist ein Law-and-Order-Satz, der passt zu Sachsens CDU“³⁵⁹ Insgesamt scheint die *ZEIT* für sich generell in der CDU die entschiedenste Gleichmacherin von links und rechts ausgemacht zu haben, wie sich in einem weiteren Artikel vom 2. Oktober 2012 über die Partei zeigt:

Es gibt eine einfache Testfrage, die man CDU-Politikern stellen kann, um ihre Sensibilität in Sachen linke und rechte Gewalt zu messen. Wie viele Todesopfer hat der Rechtsextremismus im vereinten Deutschland gefordert, wie viele linke Gewalt? Geht man nach der „Jansen-Liste“, benannt nach dem Tagesspiegel-Redakteur Frank Jansen, der mit der *ZEIT* kooperiert, hat rechtsextreme Gewalt seit 1990 148 Todesopfer gefordert. Die Liste zählt „rechtspolitisch motivierte Gewalttaten“, also zum Beispiel auch Morde an Obdachlosen oder Homosexuellen, wenn eine entsprechende Gesinnung des Täters bekannt ist. Die meisten Unionspolitiker hingegen machen sich die Zahl des Bundesinnenministeriums zu eigen: die Behörde zählt nur die Verurteilungen, in denen der Rechtsextremismus der Täter explizit in die Urteilsbegründung eingeschlagen ist, das wären 63. Zahl der Todesopfer des Linksextremismus übrigens: null. (zeit_12_09_27)

Auch hier wird wieder speziell der CDU mangelnde Sensibilität im Umgang mit Rechtsextremismus vorgehalten, der sich vor allem in der Gleichsetzung von links und rechts zeige. Im gleichen Atemzug verweist die *ZEIT* durch die Nennung der Zahlen der Todesopfer noch einmal darauf, dass die beiden Extremismen, zumindest seit der Wiedervereinigung, nicht miteinander vergleichbar seien. Dieses Bewusstsein fehle jedoch vielen CDU-Politikern und -Politikerinnen, was historischen Entwicklungslinien aus Weimarer Republik und Kaltem Krieg zugrunde läge.³⁶⁰

Die *FAZ* beschränkte sich vor allem auf Vergleiche von ‚NSU‘ und RAF und äußert hierbei bspw. die Sorge, dass man anhand des Beispiels der RAF erwarten könnte, dass es zu mehreren ‚NSU‘-Nachahmungstaten komme.³⁶¹ Auch wird der ehemalige RAF-Terrorist Christian Klar als Beispiel herangezogen, um die Vermutung zu untermauern, dass Beate Zschäpe nicht zu den Morden aussagen werde.³⁶²

³⁵⁸ zeit_12_07_05b.

³⁵⁹ zeit_12_07_05b.

³⁶⁰ zeit_12_09_27.

³⁶¹ faz_12_02_27c.

³⁶² faz_12_06_02.

Auch die *BILD* bemühte hauptsächlich RAF-Vergleiche. Wie schon bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen entsteht jedoch auch hier wieder der Eindruck, dass der Linksterrorismus nicht als Verharmlosung oder Erklärungsausrede für den Rechtsextremismus genutzt wird, sondern dieser eher dazu dienen soll, die Brutalität und Gefährlichkeit des „NSU“ darzustellen. So wird der „NSU“ direkt in eine Linie mit der RAF gestellt, indem er an mehreren Stellen als „Braune Armee Fraktion“ bzw. „BAF“ bezeichnet wird.³⁶³ In einem Kommentar vom 14. November 2011 wird der „NSU“ durch den Vergleich mit der RAF als Bedrohung für den Staat beschrieben:

Ein rechtsextremistisches Killer-Trio zieht durchs Land, eineinhalb Jahrzehnte lang. Ist da etwa aus dem Sumpf der „Kameradschaften“ eine „Braune-Armee-Fraktion“ entstanden, die den Staat bedroht, so wie einst die „Rote-Armee-Fraktion“ von links? (bild_11_11_14_s2a)

Hier ist keine Relativierung durch den Vergleich mit dem Linksextremismus zu erkennen. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass Vergleiche von Linksextremismus und Rechtsextremismus mit der Berichterstattung zur „NSU“-Mordserie stark abgenommen haben.

Mit der Berichterstattung zur Mordserie des „NSU“ ist ein bis dahin nicht beachtetes Phänomen als Vergleichsmuster hinzugekommen: islamistisch motivierter Terrorismus, der in der Berichterstattung an einigen Stellen in einem Atemzug mit Linksextremismus und Rechtsextremismus genannt wird. In einem Artikel, der sich mit dem Für und Wider der Abschaffung bzw. Reformierung deutscher Geheimdienste beschäftigt, berichtete die *ZEIT* wie folgt:

Ja, es erscheint im ersten Moment paradox, wenn nun diejenigen, die versagt haben, gestärkt werden sollen. Aber es wird am Ende des erforderlichen Umbaus in den Sicherheitsbehörden, vor allem beim Verfassungsschutz, kaum etwas anderes übrig bleiben, als mehr Beamte einzusetzen. Denn es gilt, sich allen bekannten Gefahren gleichermaßen angemessen zu stellen: den Islamisten, den Linksextremisten und den Rechten. (zeit_11_11_24e)

Hierbei sieht die *ZEIT* in Islamismus, Linksextremismus und „den Rechten“ gleichwertige Gefährdungen für die BRD. Aus diesem Grunde müssten die Sicherheitsbehörden gestärkt werden. Auffällig ist, dass bei „den Rechten“ im Gegensatz zum „Islamisten“ und „Linksextremisten“ die Endung „-isten“³⁶⁴ fehlt.³⁶⁵ Dies kann eine nicht eindeutige Zuordnung zum politischen Extremismus bedeuten, der häufig durch die Endung „-ismus/-isten“ signalisiert wird. Auf der anderen Seite kann es auch schlicht ein Stilmittel sein, um Wiederholungen zu vermeiden, sodass hier keine intentionale Motivation unterstellt werden kann. Die an dieser Stelle nicht beantwortbare Frage, warum gerade im Kontext rechter Gewalttäter auf den „-ismus“ verzichtet wurde, bleibt trotzdem bestehen. Festzu-

³⁶³ bild_11_11_12_s1; bild_11_11_12_s7a; bild_11_11_14_s2a; bild_11_11_14_s9c.

³⁶⁴ Alternativen wären „Rechtsextremisten“ oder „Rechtsterroristen“.

³⁶⁵ zeit_11_11_24e.

halten bleibt, dass Islamismus, Linksextremismus und „die Rechten“ als Herausforderung für den Geheimdienstapparat und folglich als Gefährdung für den Staat wahrgenommen werden.

In einem Artikel über den Umgang der politischen Parteien mit der ‚NSU‘-Mordserie berichtet die *ZEIT* Folgendes:

Aber auch „linke“ Erklärungsmuster werden herausgefordert. Edathys³⁶⁶ Auffassung zum Beispiel, wonach die Konzentration aller Mittel auf den Islamismus nach 2001 schuld sei am Behördenversagen im Fall der [sic] NSU, teilen weder Christdemokraten noch Grüne. Der geplante Neonazi-Anschlag von München sei verhindert worden; das Verbot des rechtsextremen Netzwerks Blood & Honour wäre ohne die Zuarbeit des Verfassungsschutzes nicht möglich gewesen. Umgekehrt seien sechs schwere Anschläge von Islamisten verhindert worden, der Aufwand sei also mehr als gerechtfertigt. (zeit_12_02_16)

Hier werden nicht näher genannte Unions- und Grünen-Politiker/-innen indirekt damit zitiert, dass die Sicherheitsbehörden nicht zu exklusiv auf islamistischen Terrorismus fokussiert gewesen seien. Vielmehr habe es auch große Erfolge im Kampf gegen die rechte Gewalt gegeben. Es wird die Auffassung geteilt, dass der Rechtsextremismus gefährlich sei und der vollen Aufmerksamkeit bedürfe. Trotz des angesprochenen Behördenversagens im Fall des ‚NSU‘ werde aber viel gegen den Rechtsextremismus unternommen. Es sei gleichzeitig aber auch notwendig, sich auf den Islamismus zu konzentrieren, nur hierdurch hätten sechs schwere Anschläge verhindert werden können.

Auch die *FAZ* widmet sich der Frage, ob die Konzentration auf islamistisch motivierten Terrorismus richtig gewesen sei. Am 16. November 2011 berichtete sie mit dem vorausgegangenen Hinweis, die Vermutung stehe im Raum, dass die Sicherheitsbehörden durch die Fokussierung auf den militanten Islamismus andere Gefährdungslagen übersehen haben könnten, Folgendes:

Schon jetzt scheint klar: Der Preis für die Konzentration der Kräfte auf die Abwehr islamistischen Terrors war hoch. Massive Umstrukturierungen und Umleitung von Haushaltssmitteln in die Islamismus-Abteilungen der Dienste führten beispielsweise dazu, dass Ende 2010 beim Bundesamt für Verfassungsschutz nach eigenen Angaben die Hälfte der personellen und materiellen Ressourcen im Aufgabenbereich „Islamistischer Terrorismus“ konzentriert wurden. Das bedeutet nicht nur, dass etwa 2600 der 5200 Mitarbeiter in diesem Bereich arbeiteten. Es heißt auch, dass dort die besten Beamten überdurchschnittlich vertreten sind. Vergleichbare Verhältnisse herrschen beim Bundesnachrichtendienst und – mit regionalen Unterschieden – auch bei den Landesämtern. (faz_11_11_16)

In der Folge wird argumentiert, dass durch die Konzentration auf den Islamismus Kräfte und Aufmerksamkeit für die Beobachtung der rechten Szene gefehlt hätten und in der Folge die Entwicklungen in derselben unterschätzt worden seien. Hierdurch sei der Fokussierung auf den islamisti-

³⁶⁶ Sebastian Edathy (SPD), von 2012 bis 2014 Leiter des Bundestags-Untersuchungsausschusses zum ‚NSU‘.

schen Terror eine Teilschuld daran zu geben, dass der ‚NSU‘ unentdeckt morden konnte.³⁶⁷ In einem Artikel vom 18. November 2011 wird zusätzlich festgestellt, dass nach den Anschlägen vom 11. September 2001 nicht nur die Geheimdienste, sondern auch die Öffentlichkeit ihren Blick vom Rechtsextremismus ab- und verstärkt dem Islamismus zugewandt habe.³⁶⁸

In einem Bericht über den neuen Leiter des sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz, Gordian Meyer-Plath, zitierte die *FAZ* selbigen wie folgt:

Die Behörde werde sich unter seiner Leitung auf die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus konzentrieren, sagt Meyer-Plath. In Sachsen haben die Verfassungsschützer etwa 2600 Rechtsextremisten ausgemacht und 750 Linksextremisten. Islamisten spielen kaum eine Rolle. Diese Zahlen schlössen aber nicht aus, dass auch von Sachsen aus linksextremistische oder islamistische Taten geplant werden könnten, sagte Meyer-Plath und nennt als Beispiel den NSU, dessen Mitglieder von Orten in der ganzen Bundesrepublik operierten. (faz_12_08_23)

Hier werden Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus gegeneinander abgewogen und zumindest für das Land Sachsen die Erkenntnis geäußert, dass hier die größte Bedrohung von rechts ausgehe. Dies bedeute jedoch nicht, dass es nicht auch linksextremes oder islamistisches Potenzial in Sachsen gebe, der Verfassungsschutz werde sich aber auf die rechte Szene konzentrieren. Begründet wird diese Neuausrichtung u.a. durch die Nennung von Zahlen, es gebe hier deutlich mehr Rechtsextremist(inn)en als Linksextremist(inn)en, während die Anzahl von Islamist(inn)en verschwindend gering sei. Der Rechtsextremismus wird hier also als deutlich größeres Problem im Vergleich zum Linksextremismus oder Islamismus beschrieben.

Nachdem in diesem Kapitel dem Rechtsextremismus entgegenlaufende Strömungen betrachtet worden sind, wird im nächsten Kapitel darauf eingegangen, wie die untersuchten Zeitungen im Kontext der untersuchten Verbrechen auf das ‚Dritte Reich‘ und die NPD Bezug genommen haben.

³⁶⁷ faz_11_11_16.

³⁶⁸ faz_11_11_18b.

4.4 Geistige Verwandtschaft und personelle Verstrickungen – „Drittes Reich“ und NPD

Nachdem im vorausgegangenen Kapitel Vergleichsmuster hinsichtlich DDR, Linksextremismus und Islamismus untersucht wurden, erfolgt in diesem Kapitel eine Analyse, wie die untersuchten Zeitungen in ihren Berichten dem Rechtsextremismus verwandte Thematiken, wie z. B. „Drittes Reich“ und NPD, behandelt haben. Hierbei werden neben allgemeinen vor allem solche Darstellungen untersucht, welche die Taten direkt mit den Ebenen „Drittes Reich“ und NPD verknüpfen.

Oktoberfestattentat

Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat sind in der *BILD* einige direkte und indirekte Verweise und Vergleiche mit dem „Dritten Reich“ auffindbar. So bezeichnete die Zeitung Gundolf Köhler auf Seite 1 als „den“ Attentäter von München. Als Unterüberschrift, die auf ein Bild Karl-Heinz Hoffmanns verweist, bei der er seinen Hund den Hitlergruß machen lässt, wählte die *BILD* außerdem die Worte „Sein Führer“.³⁶⁹ Dies kann als direkter Verweis auf Adolf Hitler gelesen werden, da das Wort „Führer“ in einem solchen Kontext als Bezeichnung für Hitler genutzt wird. In derselben Ausgabe wird Hoffmann an anderer Stelle ein weiteres Mal als „Führer“ bezeichnet.³⁷⁰ Ebenso verhält es sich bei einem Artikel vom 30. September 1980, bei dem unter einem Foto Hoffmanns in Kampfmontur vermerkt wird: „Totenkopf am Käppi, MPi im Anschlag: „Führer“ Hoffmann“.³⁷¹ Hier ist das Wort „Führer“ in Anführungszeichen gesetzt. Dies verstärkt den Eindruck, dass die Begrifflichkeit nicht zufällig gewählt worden ist, sondern ein direkter Verweis auf das „Dritte Reich“ und Adolf Hitler darstellen soll. Wenn das Wort nur hätte ausdrücken sollen, dass Hoffmann der Anführer der „WSG Hoffmann“ sei, so wären die Anführungszeichen nicht vonnöten gewesen. Ein weiterer Hoffmann-Hitler-Vergleich kann auch am 29. September 1980 nachgewiesen werden. Hier fragte sich die *BILD* bezüglich Hoffmanns: „Was ist das für ein Mann, der wie Hitler redet und von der „Machtübernahme“ träumt?“³⁷² Auch die Begrifflichkeit der „Machtübernahme“, wieder auch mit Fokus auf die Anführungszeichen, ist eine direkte Referenz zum „Dritten Reich“, in diesem Fall ein Bezug auf die Machterlangung Hitlers und der NSDAP am 30. Januar 1933. Gemeinhin wird dieses Ereignis im allgemeinen Sprachgebrauch als „Machtergreifung“ oder auch

³⁶⁹ bild_80_09_29_s1.

³⁷⁰ bild_80_09_29_s3c.

³⁷¹ bild_80_09_30_s1a.

³⁷² bild_80_09_29_s3d.

„Machtübernahme“ bezeichnet.³⁷³ Die Begrifflichkeit der „Machtübernahme“ wird in einem weiteren Artikel vom selben Tag noch einmal thematisiert, diesmal in einem Ausspruch eines „WSG Hoffmann“-Mitglieds, das die Frage stellt, wie lange es noch bis zur „Machtübernahme“ dauere.³⁷⁴ Es ist an dieser Stelle nicht zu klären, ob die *BILD* bei Begriffen wie „Führer“ oder „Machtübernahme“ die Nomenklatur der „WSG Hoffmann“ übernommen oder die Worte von sich selbst aus verwendet hat. Dies ist jedoch auch nur von sekundärem Interesse. Wichtiger an dieser Stelle ist, dass sie die „WSG Hoffmann“ und ihren „Führer“ in eine Reihe mit Hitler und der NSDAP stellen. Die *BILD* heißt Hoffmann und seine WSG nicht gut. Durch die Verweise auf die prägende Diktatur des „Dritten Reichs“ misst sie Hoffmann und seiner Gruppierung aber eine große Bedeutung zu. In diesem Kontext berichtete die *BILD* außerdem am 29. September 1980 in einer Überschrift folgendermaßen: „Wehrsportgruppe Hoffmann: 80 Mann für den Marsch auf Bonn“.³⁷⁵ Diese Überschrift markiert einen Vergleich mit Hitlers geplantem Marsch auf Berlin³⁷⁶, der am 9. November 1923 von der Münchner Polizei blutig beendet wurde und in der Folge einen wichtigen Platz im nationalsozialistischen Selbstverständnis einnahm.

Auch Vergleiche der „WSG Hoffmann“ und der Deutschen Wehrmacht können ausgemacht werden. So veröffentlichte die *BILD* am 29. September 1980 das folgende Foto:

³⁷³ Hierbei sei betont, dass die Begrifflichkeit der „Machtergreifung“ in der Geschichtswissenschaft stark hinterfragt wird, da diese impliziert, dass die NSDAP gegen den Willen der Wählerschaft die Macht erhalten habe.

³⁷⁴ bild_80_09_29_s3c.

³⁷⁵ bild_80_09_29_s3c.

³⁷⁶ Auch „Hitler-Putsch“ genannt.



Abbildung 10: Foto „Winterübung“, Quelle: *BILD* vom 29.09.1980, S. 4.

Die Abbildung des „WSG Hoffmann“-Mitglieds kommt der Gruppierung zugute, da ihr hier wieder Legitimation durch den Vergleich mit der Wehrmacht zugesprochen wird. Dies verstärkt sich durch die Bildunterschrift, in der darauf hingewiesen wird, dass es sich um eine alte Wehrmachtsuniform handle. Es war wahrscheinlich nicht das Ziel der *BILD*, der „WSG Hoffmann“ eine überhöhte Bedeutung durch die optische Gleichsetzung mit der Wehrmacht zu verleihen. Jedoch hat sie im Sinne der Selbstinszenierung der „WSG Hoffmann“ gehandelt, indem sie das gestellte wirkende Foto veröffentlicht hat. Der Verweis auf die Wehrmacht erfolgt auch in einem weiteren Artikel vom selben Tag:

Die Kameraden der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG) standen stramm. Sie trugen Uniformen der alten Wehrmacht und hatten Wehrmachtshelme auf dem Kopf. „Was sind wir?“ fragte der Anführer zackig. Sprechchor: „Schwarze Legionäre!“ „Wofür kämpfen wir?“ Sprechchor: „Für den Sieg der Bewegung!“ „Wer ist unser Feind?“ Sprechchor: „Bolschewismus und Kapital!“ (bild_80_09_29_s3c)

Hier wird nicht nur ein Vergleich mit der Wehrmacht gezogen. Auch wird unhinterfragt und unkommentiert die Selbsteinschätzung der „WSG Hoffmann“ als eine „Bewegung“ abgedruckt, eben-

falls eine Begrifflichkeit, die die NSDAP intensiv für sich genutzt hatte.³⁷⁷ Durch die Zuerkennung, eine Bewegung zu sein, wird auch hier der ‚WSG Hoffmann‘ eher ein Gefallen getan, als dass ihr geschadet wird. Des Weiteren bezeichnen sich die Wehrsportgruppierungen als „Schwarze Legionäre“, ein möglicher Verweis auf die schwarzen Uniformen der SS.³⁷⁸ Diese Sichtweise wird noch gestützt, weil im selben Artikel darüber berichtet wurde, dass die oberen Dienstgrade der ‚WSG Hoffmann‘ wie auch die Waffen-SS Totenköpfe am Kragenspiegel trügen.³⁷⁹

Im Zuge der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat sind zwei Verweise auf die NPD nachweisbar. Am 30. September 1980 berichtete die *FAZ*, dass die rechte Szene enttäuscht von der NPD als ihrer politischen Vertreterin sei. Im Gegensatz zu linken Gruppierungen und Parteien schaffe es die NPD nicht, eine rechte Ideologie für größere Teile der Gesellschaft salonfähig zu machen³⁸⁰:

Von solchen Erfolgserlebnissen fühlen sich junge Kämpfer von rechts ausgeschlossen. Sie waren eben dieses ihrer NPD vor. Sie argumentierten, daß die NPD ja ohnehin als Partei der Neonazis unter Druck stehe, aus der braunen Ecke nicht herauskomme; da könne sie auch gleich etwas aktiver sein. Aktiver wurden dann kleine Gruppen, die sich von der NPD abwandten. Wenn man also der NPD einerseits zugute halten möchte, daß sie das Abdriften ihrer Mitglieder in eine kriminelle Praxis zu verhindern bemüht ist, so kann man dennoch andererseits nicht umhin, zu sehen, daß die Existenz dieser Partei die erste Plattform ist, auf der junge Menschen ihre dumpfen rechtsextremistischen Neigungen zuerst ordnen und fixieren können. Die NPD wirkt also – vergleichbar etlichen Gruppen auf der Linken – als Durchlauferhitzer für kriminellen Extremismus von rechts. (faz_80_09_30b)

Die *FAZ* schreibt der NPD keine direkte Beteiligung an dem Attentat zu. Sie betont aber, dass der Weg in den Rechtsextremismus in der Regel über die NPD führe. Hier würden erste Erfahrungen mit der Ideologie gemacht, bevor sich die Mitglieder nicht selten aus Enttäuschung über die Wirkungslosigkeit der Partei von dieser abwendeten und radikalierten. Somit wird der NPD eine indirekte Verantwortung für den Zulauf in die rechte Szene gegeben. Dieser Zulauf kann letztendlich in Gewalt gipfeln.

Am 4. Oktober 1980 vertrat die *FAZ* diese Ansicht erneut. In besagtem Artikel beschrieb sie, dass die rechte Szene gespalten sei, da die alten Rechtsextremist(inn)en den jungen Neonazis zu zahm seien. Auch verliere die NPD immer weiter an Bedeutung.³⁸¹ Des Weiteren bemerkt die *FAZ*:

Indessen ist der zunehmende neonazistische Terrorismus nicht etwa die Folge oder gar ein Produkt eines sich ständig vergrößernden politisch rechtsextremistischen Umfelds. Die Sicherheitsbehörden führen die Zunahme von Gewalt nicht zuletzt gerade darauf zurück, daß der noch le-

³⁷⁷ bild_80_09_29_s3c.

³⁷⁸ bild_80_09_29_s3c.

³⁷⁹ bild_80_09_29_s3c.

³⁸⁰ faz_80_09_30b.

³⁸¹ faz_80_10_04.

gale Rechtsextremismus, wie die NPD, sich in den Augen der Militanten immer mehr als politisch bedeutungslos und „unwirksam“ erweist. Die Enttäuschung darüber treibt gerade junge Anhänger der rechten Bewegung leicht ins äußerste Extrem. (faz_80_10_04)

Die NPD wird wiederholt indirekt als Einstiegs- bzw. Durchgangsstation für die Radikalisierung von Rechtsextremist(inn)en benannt. Außerdem wird angedeutet, dass es weniger rechte Gewalt gebe, wenn die NPD mehr politische Bedeutung hätte.

Rostock-Lichtenhagen

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen sind deutlich weniger Verweise auf das ‚Dritte Reich‘ zu finden. In einem Kommentar vom 25. August 1992 finden sich folgende Worte:

Demokraten aller Parteien, seid ihr von Sinnen? Die umgestürzten Polizeiautos in Rostock, der Haß auf die Ausländer, die Sympathie der Bevölkerung mit den Brandflaschen-Werfern, das alles ist mehr als ein Alarmsignal. Wenn wir das Asyl- und Einwanderungsproblem nicht schnell lösen, dann ist bei uns wieder einmal die Demokratie in Gefahr. Weimar und 1933 lassen grüßen. Habt ihr denn nichts aus der Vergangenheit gelernt? Gebt euch endlich die Hand und handelt! (bild_92_08_25_s2a)

Es wird nicht deutlich, wem, abgesehen von den „Demokraten aller Parteien“, die *BILD* hier die Schuld an der Problematik gibt, der Bevölkerung oder den Zuwanderern und Zuwanderinnen.³⁸² Es werden zwar die von Bürgern und Bürgerinnen begangenen Gewalttaten angesprochen, verantwortlich sei aber das „Asyl- und Einwanderungsproblem“.³⁸³ Es scheint eine Täter-Opfer-Umkehr stattzufinden. Außerdem sieht die *BILD* die Demokratie in Gefahr. Sie zieht einen Vergleich mit der Weimarer Republik und der Machtverlangung der Nationalsozialist(inn)en im Jahr 1933. Die Vertreter/-innen der politischen Parteien werden beschworen, sich über Parteigrenzen hinwegzusetzen und miteinander zu arbeiten, um das „Asyl- und Einwanderungsproblem“ zu lösen.³⁸⁴ Durch den Vergleich mit dem für die deutsche Geschichte so entscheidenden Jahr 1933 wird den zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels real existierenden Problemen eine übersteigerte Bedeutung beigemessen. Die Problematik, die rund um die Übergriffe auf Asylsuchende geherrscht hat, soll hier nicht verharmlost werden. Die Situation mit den politischen Gegebenheiten der späten Weimarer Republik zu vergleichen, wirkt jedoch dramatisierend und wie ein Versuch, die Politik zum Handeln zu zwingen.

Des Weiteren hat die *BILD* am 29. August 1992 folgenden Leserkommentar abgedruckt: „Bei Hitler brannten Synagogen, bei uns Ausländerheime“.³⁸⁵ Auch dies ist wieder ein eindeutiger Verweis auf

³⁸² bild_92_08_25_s2a.

³⁸³ bild_92_08_25_s2a.

³⁸⁴ bild_92_08_25_s2a.

³⁸⁵ bild_92_08_29_s2.

das ‚Dritte Reich‘. Im Gegensatz zum vorherigen Beispiel geht es hier aber weniger um den Aufbau von Druck, sondern offensichtlich mehr um die Ratlosigkeit eines Bürgers bezüglich der aktuellen Situation. Der Vergleich dient an dieser Stelle eher der Darstellung der Brutalität und der Ideologie, die hinter den Angriffen steht. Hier wird nicht die Angst beschworen, dass die Demokratie gefährdet sein könnte, sondern es wird den Angreifern und Angreiferinnen Asylsuchender durch den Vergleich mit Hitler-Deutschland ihre vermeintliche Legitimation genommen, aus bloßem Ärger über die Politik oder Angst um die eigene Zukunft so zu handeln. Durch das Wort „uns“ wird die Gewalt als ein Problem der Gesamtgesellschaft gekennzeichnet.³⁸⁶

Die Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morde

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist an nur einer Stelle ein direkter Verweis auf das ‚Dritte Reich‘ festzustellen. Der laut *BILD* „berühmteste Journalist der Türkei“ schreibt in seinem von der Zeitung veröffentlichten Kommentar Folgendes:

Ihr Land und mein Land haben in der Vergangenheit die Sünde begangen, Menschen nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu anderen Ethnien zu ermorden. Zweifellos sind wir, die nachkommenden Generationen, nicht die Täter. Wir sind nicht persönlich verantwortlich für diese Morde. Aber wir tragen Verantwortung dafür, neue Sünden zu verhindern. Deswegen müssen wir unbedingt klären, welche politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Phänomene diese Menschen dazu gebracht haben, andere Menschen zu töten, nur weil sie Türken waren. [...] Wenn ein paar junge Deutsche, die den Nazis nacheifern, acht Türken umbringen – wie viele Türken sind dann in Gefahr, wenn es eines Tages nicht nur ein paar Neonazis in Deutschland gibt, sondernd zehntausend oder zwanzigtausend. (bild_11_11_16_s9a)

Hier wird das ‚Dritte Reich‘ als Vergleichsfolie genutzt, um darauf hinzuweisen, dass die Bevölkerung die Verpflichtung habe, bei rechter Gewalt nicht wegzusehen, sondern ihre Hintergründe zu erfragen. Die Täter mögen bei dieser Lesart einige wenige sein – die Verantwortung liegt trotzdem bei der gesamten Gesellschaft. Der Verfasser äußert seine Sorge, dass bei einem Erstarken des rechten Spektrums in Zukunft viele türkische Leben in Deutschland in Gefahr sein könnten. Es sei wichtig, nachzudenken und das Erstarken rechter Strukturen zu verhindern. Unausgesprochen steht in diesem Artikel der Holocaust als Beispiel dafür, wie Völkermorde auf der Grundlage rassistischen Denkens möglich sind.

Sind bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen keine Verweise auf die NPD aufzufinden und konnte dieses Muster beim Oktoberfestattentat nur in zwei Artikeln erkannt werden, ist diesbezüglich in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ein sprunghafter Anstieg zu beobachten. Dies hat auch damit zu tun, dass mit Ralf W. und Carsten S. zwei ehemalige NPD-

³⁸⁶

bild_92_08_29_s2.

Mitglieder verdächtigt werden, den ‚NSU‘ unterstützt zu haben. Da die NPD-Verbindung der Angeklagten so stark im Fokus der Berichterstattung liegt, wird die entsprechende Darstellung dieses Aspekts vonseiten der *FAZ*, *ZEIT* und *BILD* nachfolgend in einem Block dargestellt.

In einem Artikel über ein mögliches Verbot der NPD sieht die *ZEIT* durch die mutmaßliche Unterstützungstätigkeit Ralf W.’s einen Durchbruch gekommen:

Seit Dienstag früh aber hat sich die Lage verändert. Mit dem 36 Jahre alten Ralf W. hat der Generalbundesanwalt in Jena nicht nur einen weiteren dringend verdächtigen Unterstützer der rechtsterroristischen Mörderbande verhaftet. Sondern auch einen langjährigen hochrangigen Funktionär der NPD. Damit ist auch die Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass ein neues Verfahren gegen die rechtsextreme Partei Erfolg hätte. (zeit_11_12_01)

Im weiteren Verlauf des Artikels betont die *ZEIT*, dass die mutmaßliche Verstrickung des Ralf W. in die Mordserie für die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts eine stärkere Wirkung haben könnte „als manche Hetzrede eines Funktionärs“.³⁸⁷ In der Person des Ralf W. sieht die *ZEIT* ein deutliches Indiz für Verstrickungen der NPD mit dem ‚NSU‘ und äußert die Vermutung, dass ggf. noch weitere personelle Verstrickungen aufgedeckt werden könnten.³⁸⁸

Auch die *FAZ* berichtet über die Verflechtung des NPD-Manns W. mit dem ‚NSU‘ und bemerkt, dass dessen Verhaftung „die Verdachtsmomente gegen die NPD möglicherweise erweitert“.³⁸⁹ Der damalige bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU), der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Reiner Haseloff (CDU), der SPD-Politiker Thomas Oppermann und der damalige rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) werden außerdem dahingehend zitiert, dass die Verbindungen W.’s zum ‚NSU‘ ein wichtiger Impuls für ein NPD-Verbotsverfahren seien.³⁹⁰ Am 3. Februar 2012 bezeichnete die *FAZ* W. als „Schlüsselfigur der NPD in Thüringen“, zudem sei er „ein wichtiger Helfer der Gruppe [‚NSU‘]“.³⁹¹ Einen Tag später berichtete die *FAZ* des Weiteren, dass SPD und Grüne nach der Verhaftung von Carsten S., der in der Vergangenheit in „der Führung der regionalen NPD-Jugendorganisation tätig gewesen“ sei und über enge Verbindungen zu W. verfügt habe, eine erneute Prüfung eines NPD-Verbotsverfahrens forderten.³⁹² Am 21. März 2012 konstatierte die *FAZ*, dass seit dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ ein großer Druck auf die Innenmi-

³⁸⁷ zeit_11_12_01.

³⁸⁸ zeit_11_12_01.

³⁸⁹ faz_11_12_02.

³⁹⁰ faz_11_12_01.

³⁹¹ faz_12_02_03.

³⁹² faz_12_02_04.

nister von Bund und Ländern einwirke, ein NPD-Verbot zu beantragen.³⁹³ Die *FAZ* sieht die Debatte an einem entscheidenden Wendepunkt:

Befeuert wurde die Debatte durch den Umstand, dass am 29. November 2011 der frühere höhere NPD-führer Ralf [W.] verhaftet wurde, der die Zwickauer unterstützt haben soll und inzwischen sogar mit dem Vorwurf der Beihilfe zum mehrfachen Mord konfrontiert ist. Damit schien es eine personelle und logistische Verbindung zwischen der NPD und dem Terrorismus zu geben. Weitere Festnahmen (André E., Carsten S.) bestätigten individuelle Verbindungen zwischen den Beschuldigten von ‚NSU‘ und NPD. (faz_12_03_21)

Im weiteren Verlauf des Artikels warnt die *FAZ* jedoch davor, dass die Verbindungen einzelner NPD-Mitglieder nicht ausreichend für ein NPD-Verbot sein könnten. Nur wenn nachgewiesen werden könne, dass die NPD als Organisation den ‚NSU‘ unterstützt hätte, könnte ein Verbotsverfahren Erfolg haben. Möglicherweise könne es nicht gelingen, dies nachzuweisen.³⁹⁴

Die *BILD* berichtete am 30. November 2011 über die Verhaftung von W. und unterstrich seine ehemalige Position als Landesvorstand und Pressesprecher der thüringischen NPD. Ein Verbotsverfahren der NPD in diesem Zusammenhang wird jedoch nicht thematisiert.³⁹⁵ Am 2. Dezember 2011 zitiert auch die *BILD* Reiner Haseloffs Standpunkt, dass durch die Verbindungen von W. zum ‚NSU‘ die Verfassungsfeindlichkeit der NPD erwiesen sei. In einem Kommentar vom 12. Dezember 2011 wird des Weiteren der Verfassungsschutz scharf dafür kritisiert, dass er trotz „mehr als 130 V-Leute[n]“ nicht in der Lage gewesen sei, „auf die offenbar engen Beziehungen zur Killer-Zelle von Zwickau“ sowie „die große Zahl von Sympathisanten der Verbrecher in der NPD“ zu stoßen.³⁹⁶ Abhilfe hierbei könnten nur eine Abschaltung der V-Männer und „ganz schnell ein NPD-Verbot“ schaffen.³⁹⁷ Geschehe dies nicht, werde „der Verfassungsschutz endgültig zur Lachnummer“.³⁹⁸

Ähnlich wie im bereits angesprochenen *FAZ*-Artikel vom 21. März 2012 gab es weitere warnende Berichte zur Thematik eines NPD-Verbots. So zitierte die *ZEIT* den NPD-Experten Lars Flemming, dass die Forderung eines NPD-Verbots unmittelbar nach Bekanntwerden der ‚NSU‘-Morde nichts weiter als ein überhasteter Reflex gewesen sei, der auch nach anderen Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund zu beobachten wäre.³⁹⁹ Eine Verbindung einzelner NPD-Mitglieder zum ‚NSU‘

³⁹³ faz_12_03_21.

³⁹⁴ faz_12_03_21.

³⁹⁵ bild_11_11_30_s6.

³⁹⁶ bild_11_12_12_s2.

³⁹⁷ bild_11_12_12_s2.

³⁹⁸ bild_11_12_12_s2.

³⁹⁹ zeit_12_28e.

sei nicht ausreichend, um die gesamte Partei zu verbieten. Hinzu komme die Problematik, dass die NPD jahrelang von V-Leuten durchsetzt gewesen sei.⁴⁰⁰

In einem Artikel mit der Überschrift „Wer jetzt ein NPD-Verbot fordert, will nur vom wahren Problem ablenken“ argumentiert die *ZEIT*, dass durch ein Verbot der Partei die Chance vergeben werde, rechtsextreme Kräfte zu überwachen.⁴⁰¹ Durch ein Verbot der NPD würde das von ihr gestützte Gedankengut nicht verschwinden. Manche Menschen könnten sich hierdurch sogar dem Rechtsextremismus gegenüber öffnen:

Die NPD ist fast unerträglich, dennoch muss man sie ertragen. Mit einem Verbot sorgt man erst recht dafür, dass viele Menschen sich fragen: Können die Argumente der Nazis denn wirklich so schlecht sein? Wenn der demokratische Staat nur dagegen ankommt, indem er sie untersagt? Wer Rechtsextremisten verbietet, der stellt sich nicht dem Streit. Der versucht es nicht mit Argumenten. Wer für schnelle Lösungen plädiert, nur weil er den Aufwand scheut – der macht es sich zu leicht. (zeit_12_08_16)

Die *ZEIT* plädiert dafür, sich offen mit dem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und ihn politisch zu bekämpfen. Dieser Kampf solle aber nicht mit Verboten, sondern mit Argumenten stattfinden, da sonst viele Anhänger der rechten Ideologie nicht mehr erreichbar wären.

Die *FAZ* stützt sich in ihrer Argumentation tendenziell verstärkt auf juristische Aspekte. So schreibt sie am 24. November 2011, dass sowohl die V-Leute in der NPD als auch die Nachweisführung, dass die Partei die parlamentarische Demokratie aktiv bekämpfe, zur Hürde für ein potenzielles Verbotsverfahren werden könne. Es bleibe abzuwarten, ob die Verbindung zwischen NPD und „NSU“ auf rein personeller oder auch auf struktureller Ebene existiert habe.⁴⁰² Am 5. Dezember 2011 zitiert die Zeitung den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, mit der Aussage, dass er besorgt sei, dass die Politik in Aktionismus verfalle, ohne die Erfolgsaussichten eines NPD-Verbotsantrags genau zu prüfen. Die Politik sei dabei, „wieder in eine unsägliche Falle zu laufen“.⁴⁰³ Im Artikel wird betont, dass auch der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) vor ähnlichen Problemen gewarnt habe, durch die Verhaftung des Ralf W. aber die Chance für ein NPD-Verbot gestiegen sei.⁴⁰⁴ Am 18. Dezember 2011 betont die *FAZ* noch einmal, dass die Verbindungen einzelner NPD-Mitglieder zum „NSU“ „nach heutigem Stand wohl nicht dafür ausreichen [werden], die Partei insgesamt in die Nähe des Terrorismus zu setzen“.⁴⁰⁵ Zu

⁴⁰⁰ zeit_12_07_05e.

⁴⁰¹ zeit_12_08_16.

⁴⁰² faz_11_11_24c.

⁴⁰³ faz_11_12_05.

⁴⁰⁴ faz_11_12_05.

⁴⁰⁵ faz_11_12_18.

späteren Zeitpunkten stützt die *FAZ* diese Ansicht noch einmal durch Aussagen von Generalbundesanwalt Harald Range, dass es nur einzelne Verbindungen zwischen der NPD und dem ‚NSU‘ gebe und die Terrororganisation nicht als militärischer Arm der Partei betrachtet werden könne.⁴⁰⁶

Ein mögliches Verbotsverfahren wird in fast allen Zeitungsberichten, die mit der NPD in Verbindung stehen, thematisiert. Trotzdem wird die NPD an einigen Stellen auch in einem anderen Kontext erwähnt. Wie auch bei der Berichterstattung zum Oktoberfest geschehen, berichtet die *FAZ* bspw. in einem Artikel, der sich mit dem Wandel der rechten Szene auseinandersetzt, von der Sichtweise einiger extremer Rechter auf die Partei:

Neonazistische Aktivisten stellen inzwischen einen großen Anteil der NPD-Funktionäre auf Bundesebene oder werden als Fraktionsmitarbeiter eingesetzt.“ Andererseits erfährt die NPD bei manchen Neonazis Geringschätzung, sie gilt ihnen als zu „weich“. Die NPD hat den „Schulterschluss“, wie der neue NPD-Vorsitzende Holger Apfel 2006 schrieb, mit dem „parteiunabhängigen Spektrum“ aktiv betrieben und damals beispielsweise für Mecklenburg-Vorpommern festgestellt, es funktioniere „im Küstenland die Zusammenarbeit zwischen NPD und vielen zukunftsorientiert arbeitenden Kameradschaften auf vorbildliche Weise“. Zu bemerken ist, dass die Terrorzelle NSU aus einem solchen, von der NPD umworbenen „Kameradschafts“-Verbund, dem „Thüringer Heimatschutz“ hervorgegangen ist. (faz_11_11_18b)

Die NPD wird als aktiv in extrem rechte Strukturen eingebunden dargestellt. Auch wenn sie laut der *FAZ* einigen Neonazis nicht ‚hart‘ genug ist, stelle sie ein Bindeglied zu neuen rechten Strukturen, wie bspw. Kameradschaften, dar. Durch den Verweis, dass auch der ‚NSU‘ aus Kameradschaftsmitgliedern hervorgegangen sei, zeigt die *FAZ* auf, dass es sich hierbei nicht um harmlose Vereine, sondern um Organisationen mit einem hohen Gewaltpotenzial und antidemokratischen Tendenzen handelt. Aus Mitgliedern eben solcher Organisationen, die von der NPD umworben werden, speise sich ein gewisser Anteil des Parteipersonals.

In einem Artikel vom 12. Dezember 2011 berichtete die *FAZ* über weiterführende personelle Verstrickungen von NPD-Funktionären und dem ‚NSU‘. So beschreibt die Zeitung die mutmaßliche Verbindung Patrick Wieschkes, Landesgeschäftsführer der NPD in Thüringen und Eisenacher Stadtrat, zu Beate Zschäpe. Ihm werde vorgeworfen, ihr während ihrer Flucht Unterschlupf gewährt zu haben.⁴⁰⁷ Die *FAZ* geht davon aus, dass dies ein NPD-Verbotsverfahren begünstigen könnte, da Wieschke ein noch aktiver Spitzens Funktionär der NPD sei. Des Weiteren habe der ‚2003 verstorbene Rechtsberater der NPD und frühere Parteifunktionär in Mecklenburg-Vorpommern, Hans Günter Eisenecker Anfang März 1999 Beate Zschäpe anwaltlich vertreten‘.⁴⁰⁸ Neben dem bekannten Sze-

⁴⁰⁶ faz_12_02_24; faz_12_03_26.

⁴⁰⁷ faz_11_12_12.

⁴⁰⁸ faz_11_12_12.

neanwalt habe auch Ralf W. „bis in jüngste Zeit engen Kontakt“ zum ‚NSU‘ gehabt.⁴⁰⁹ Zwei Tage später berichtete die *FAZ*, dass Uwe Mundlos, Beate Zschäpe wie auch Holger Apfel, NPD-Bundesvorsitzender von 2011 bis 2013, 1996 an einem unangemeldeten Rudolf-Heß-Gedenkmarsch teilgenommen hätten.⁴¹⁰ Es seien „Rechtsextremisten aus ganz Deutschland“ zusammengekommen, 170 Personen wurden in Gewahrsam genommen.⁴¹¹ Die *FAZ* betont, dass Apfel sich öffentlich und entschieden vom ‚NSU‘ distanziert habe. Es scheint, als ob die *FAZ* hier eine direkte Verbindung von Apfel und dem ‚NSU‘ suggerieren möchte, um weitere Verbindungen zwischen der NPD und dem ‚NSU‘ aufzuzeigen. Als Einleitung zur Beschreibung des Wormser Gedenkmarsches schreibt sie: „Die Hinweise auf Verbindungen zwischen der rechtsextremen Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ (,NSU‘) und der NPD verdichten sich“.⁴¹² Da die Demonstration jedoch offensichtlich von vielen Rechtsextremist(inn)en besucht wurde, konnte keine direkte Verbindung zwischen Apfel und dem ‚NSU‘ unterstellt werden, sodass hier ‚lediglich‘ geteiltes Gedankengut aufgezeigt werden kann.

Die *BILD* berichte am 16. November 2011 von einem Neonazi-Aussteiger, der eine Verbindung zwischen ‚NSU‘ und NPD herstellte. Er habe Zschäpe bspw. 2004 bei einer Weihnachtsfeier der NPD getroffen.⁴¹³ Des Weiteren wird er wie folgt zitiert:

„Ich erinnere mich, dass Zschäpe mit einem Kameraden in einem VW zu einem NPD-Treffen anreiste. Viele in der Szene kannten sie. Bei den Nazis galt sie als heißer Feger. Sie trat nie aggressiv auf, aber ihre Ansichten waren aggressiv. Sie war bekannt als Gründungsmitglied der [sic] NSU.“ (bild_11_11_16_s8a)

Hier wird ein enger Kontakt zwischen dem ‚NSU‘ und der NPD und eine Mitwisserschaft nicht geringer Teile der Partei angedeutet. Ob die Aussagen wahr oder unwahr sind, ist nicht zu klären. Zu einem späteren Zeitpunkt sind sie nicht noch einmal aufgetaucht. Stutzig macht jedoch, dass ein Szene-Aussteiger von „der“⁴¹⁴ ‚NSU‘ spricht.⁴¹⁵ Möglicherweise ist dies nur ein Zufall oder ein Druckfehler. Man kann wohl davon ausgehen, dass ein Szene-Aussteiger und -Kenner die richtige Nomenklatur benutzt hätte. Die Frage, warum hier „der“ ‚NSU‘ steht, ist nicht zu beantworten.⁴¹⁶

⁴⁰⁹ faz_11_12_12.

⁴¹⁰ faz_11_12_14.

⁴¹¹ faz_11_12_14.

⁴¹² faz_11_12_14.

⁴¹³ bild_11_11_16_s8a.

⁴¹⁴ Im Sinne von ‚die‘ ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘.

⁴¹⁵ bild_11_11_16_s8a.

⁴¹⁶ bild_11_11_16_s8a.

Im weiteren Verlauf des Artikels berichtet der Informant von vermeintlichen direkten Absprachen zwischen der NPD und dem ‚NSU‘:

„Ich war selber dabei, als Zschäpe sich mit führenden Mitgliedern der Partei getroffen hat. Sie haben sich zu langen Gesprächen zurückgezogen. Anschließend sagte mir ein Verbandsvorsitzender der NPD: ‚In Köln steigt bald eine große Sache.‘ Wenig später explodierte die Bombe in Köln.“ Bei dem Anschlag im Juni 2004 wurden 22 Menschen verletzt, die meisten von ihnen türkischer Herkunft. (bild_11_11_16_s8a)

Wie bereits ausgeführt, kann nicht geklärt werden, ob dieser Bericht authentisch ist. In jedem Fall bleibt festzuhalten, dass die *BILD* durch diesen Artikel eine direkte Verstrickung von mehr als nur einzelnen NPD-Mitgliedern mit dem ‚NSU‘ aufzeigen möchte. Die Darstellung einer institutionellen Verflechtung ist das Ziel. Hierbei ist es zweifelhaft, ob die Veröffentlichung unbestätigter Aussagen eines nicht mit Klarnamen genannten Szene-Aussteigers der journalistischen Sorgfaltspflicht entspricht oder nicht eher übereilt ist. Ein Indiz dafür, dass die Aussagen letztendlich nicht stichhaltig waren, ist die Tatsache, dass sie in den darauffolgenden Wochen und Monaten nicht mehr aufgegriffen wurden.

Die NPD vertritt mit ihrem politischen Programm einen nur kleinen Teil der in Deutschland lebenden Menschen. Im nächsten Kapitel soll deshalb der Frage nachgegangen werden, wie die untersuchten Zeitungen breitere vorherrschende gesellschaftliche Einstellungsmuster vor dem Hintergrund der begangenen Verbrechen diskutiert haben.

4.5 Soziale Nöte und Rassismus – gesellschaftliche Einstellungsmuster

Im nachfolgenden Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* die gesellschaftlichen Einstellungsmuster, die zu den Taten führten oder diese begünstigt haben, definiert und kritisch hinterfragt haben. Diese wurden sowohl beim Oktoberfestattentat, bei Rostock-Lichtenhagen und bei der Aufarbeitung der Mordserie nach dem Bekanntwerden des „NSU“, nicht jedoch davor diskutiert. Zwar wurden in der ersten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden an wenigen Stellen gesellschaftliche Strukturen hinterfragt. Hierbei lag das Augenmerk aber auf der Darstellung einer türkischen Parallelgesellschaft in Deutschland, sodass dieser Aspekt bereits bei der Analyse der Darstellung der Opfer betrachtet wurde.

Oktoberfestattentat

Bei der Aufarbeitung des Oktoberfestattentats beschäftigten sich die in dieser Arbeit untersuchten Zeitungen nur bedingt mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, die dem Rechtsextremismus zu grunde liegen. In der *ZEIT* und der *FAZ* ist diese Ebene jeweils ein einziges Mal zu finden. Unter der Überschrift „Wie sicher ist Deutschland?“ veröffentlichte die *ZEIT* am 3. Oktober 1980 einen Artikel, der sich mit der inneren Sicherheit der Bundesrepublik vor dem Hintergrund des Links- und Rechtsterrorismus auseinandersetzte.⁴¹⁷ Der Wochenzeitung zufolge haben die Sicherheitsbehörden einen solchen Anschlag erwarten können, insbesondere wenn man Entwicklungen innerhalb der Gesellschaft in Betracht ziehe:

Die deutschen Sicherheitsbehörden traf der Münchner Anschlag nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Zumal der rechte Terrorismus hatte aus einer virulenten Ausländerfeindlichkeit des letzten Sommers („Türken raus!“) neue Impulse gewonnen. Bei einem Brandanschlag auf ein Hamburger Sozialwohnheim wurden am 22. August [1980] zwei vietnamesische Flüchtlinge tödlich verletzt. (zeit_80_10_03)

Die *ZEIT* gibt der gesellschaftlichen Situation eine Mitschuld am Rechtsterrorismus. Sie betont, dass Rechtsextremist(inn)en aufgrund anwachsender rassistischer Einstellungen innerhalb der Bevölkerung Impulse und hierdurch wohl auch eine gewisse Legitimation für ihre Taten erhielten. Man dürfe sich also nicht wundern, wenn Rechtsextremist(inn)en in solch einem Klima ihre Worte in Taten umsetzen würden. Hierbei wurde auch eine demoskopische Erhebung des Bundeskanzleramts erwähnt:

In einer (noch unveröffentlichten) umfangreichen, demoskopischen Erhebung zum Rechtsextremismus hatte das Bundeskanzleramt schon im Frühjahr ein erstaunliches nationalistisches Gefühlsreservoir entdeckt. So meinen 14 Prozent der Bevölkerung, Deutschland sei durch „die vie-

⁴¹⁷

zeit_80_10_03.

len Ausländer im bedrohlichen Maße überfremdet“; 40 Prozent teilen diese Befürchtung zumindest teilweise. Fremdenfeindlichkeit, antiwestliche Ressentiments, Sehnsucht nach wohliger Geborgenheit in einer „rassisich reinen Volksgemeinschaft“ und manifestierter Antisemitismus – derlei Wahn existiert weiterhin, zumal im aktivistischen Untergrund. (zeit_80_10_03)

Die *ZEIT* eröffnet ihrer Leserschaft, dass mehr als die Hälfte der Bundesbürger/-innen das Land wenigstens teilweise für bedrohlich überfremdet halten würden und markiert dies als „nationalistisches Gefühlsreservoir“.⁴¹⁸ Auch schreibt sie explizit von „Fremdenfeindlichkeit“ und betont mit den Worten der „rassisich reinen Volksgemeinschaft“, die als Verweis auf die ‚Volksgemeinschaft‘ des ‚Dritten Reichs‘ verstanden werden können, den – mindestens latenten – Rassismus, der einem solchen Denken zu Grunde liegt.⁴¹⁹ Es bleibt aber auch zu betonen, dass diese Einstellungen durch das Wort „Wahn“ relativiert werden.⁴²⁰ Im Kontext des Artikels ist zu vermuten, dass die *ZEIT* durch diese Wortwahl ihre Ablehnung eines solchen Denkens ausdrücken wollte. Jedoch entlässt sie die Träger/-innen dieses Gedankenguts ein Stück weit aus der Verantwortung, da ein „Wahn“ nichts Rationales ist und im Grunde suggeriert, dass jemand nicht vollkommen zurechnungsfähig ist.⁴²¹

Ähnlich äußert sich auch die *FAZ* einen Tag darauf in einem Artikel über die Neuausrichtung der extremen Rechten:

Gerade die Ansätze der in der Bundesrepublik erkennbaren Ausländerfeindlichkeit, die im rechten Spektrum besonders wuchert, können nach Auffassung der Sicherheitsbehörden im neonazistischen Untergrund den „Einstieg“ für weitere Aktionen bieten und das Umfeld, auf das terroristische Gruppen angewiesen sind, anreichern und erweitern. (faz_80_10_04)

Hierbei ist zu beachten, dass die *FAZ* das Potenzial der „Ausländerfeindlichkeit“ durch den Hinweis, dass sie „im rechten Spektrum besonders wuchert“, relativiert.⁴²² Zudem wird die „Ausländerfeindlichkeit“ durch die Darstellung als „Geschwür“ als etwas Krankhaftes angesehen, also ähnlich wie auch in der *ZEIT* pathologisiert wurde. Durch diese Pathologisierung werden solche Einstellungsmuster als etwas Unnatürliches, außerhalb der ‚gesunden‘ Gesellschaft Stehendes angesehen und somit aus dem Alltag ausgegrenzt. Sieht man sich die einen Tag zuvor von der *ZEIT* veröffentlichten Zahlen an, so muss man zumindest im Hinblick auf die Frage der ‚Überfremdung‘ von mehr als nur dem rechten Spektrum sprechen, auch wenn hier von der *FAZ* nicht eindeutig definiert ist, wen sie diesem „Spektrum“ zuordnet.⁴²³ Jedoch betont auch die *FAZ*, dass eine gesellschaftliche Untermauerung rassistischer Einstellungsmuster Rechtsterrorist(inn)en zu weiteren Taten motivie-

⁴¹⁸ zeit_80_10_03.

⁴¹⁹ zeit_80_10_03.

⁴²⁰ zeit_80_10_03.

⁴²¹ zeit_80_10_03.

⁴²² faz_80_10_04.

⁴²³ faz_80_10_04.

ren könne. Auch spricht sie die mögliche Bereitschaft von Trägern und Trägerinnen solcher Einstellungsmuster an, Rechtsterrorist(inn)en ggf. ein unterstützendes Umfeld zu bieten.

Rostock-Lichtenhagen

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen ist ein starker Anstieg der Erörterung gesellschaftlicher Hintergründe in den untersuchten Printmedien zu beobachten.

Am 4. September 1990 veröffentlichte die *ZEIT* einen Bericht einer italienischen Reporterin, die nach Lichtenhagen gefahren ist, um mehr über die (In-)Toleranz der dortigen Bevölkerung zu erfahren:

Die Deutschen von Rostock-Lichtenhagen behaupten, sich jahrelang mit den dort wohnenden Vietnamesen gut verstanden zu haben. Aber niemand von ihnen hat mit einem der „ruhigen“, „bescheidenen“, „anständigen“ Vietnamesen je ausführlicher gesprochen. Einige Lichtenhagener wollten auch mit mir nicht sprechen. Ich als Italienerin hätte nicht ihre Mentalität und könnte sie deshalb nicht verstehen. Andere wiederum haben mich begeistert begrüßt: Es sei gut gewesen, daß Italien die albanischen Flüchtlinge vor einem Jahr wieder nach Hause geschickt habe. Ein Vorbild für sie, für mich eine Schande. (zeit_92_09_04)

Der gesamte Artikel, der eher wie ein Kommentar wirkt, ist recht einseitig verfasst und nimmt ausschließlich die negativen Seiten Lichtenhagens in Augenschein. Deshalb soll an dieser Stelle auch nur ein Zitat besprochen werden, das in seiner Aussage stellvertretend für den restlichen Artikel stehen kann. Die Grundaussage beinhaltet, dass die Bewohner/-innen Lichtenhagens dem Artikel zufolge den Vietnames(inn)en und Geflüchteten gegenüber keine Empathie empfänden, da sie an keinem Austausch mit diesen interessiert seien. Lieber bleibe man unter sich.⁴²⁴ Dies zeige sich u. a. auch darin, dass auch die Autorin selbst als Fremde klassifiziert wurde, die sich von den Deutschen unterscheide. Aufgrund ihrer anderen „Mentalität“ könne sie die Bewohner Lichtenhagens nicht verstehen, weshalb ein Gespräch keinen Sinn mache.⁴²⁵ Sympathie sei ihr nur im Hinblick auf restriktive italienische Entscheidungen im Rahmen der Geflüchtetenpolitik begegnet. Insgesamt werden die Bewohner/-innen Rostock-Lichtenhagens im Artikel als verschlossen und Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber desinteressiert bis ablehnend beschrieben. Dies sei Ausdruck einer weitverbreiteten gesellschaftlichen Einstellung, bei der die Menschen das, was sie nicht kennen, „verteufeln“ würden.⁴²⁶

Am 11. September 1992 beleuchtete ein Artikel die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland näher:

⁴²⁴ zeit_92_09_04.

⁴²⁵ zeit_92_09_04.

⁴²⁶ zeit_92_09_04.

Treibende Kraft des Vereinigungsprozesses waren in Ostdeutschland vor allem jene Arbeiter, die nun Opfer einer kapitalistischen Ent-Industrialisierung werden. Ihre Nationalität sehen sie als einzigen verbliebenen Anspruch auf die Erfüllung ihrer enttäuschten Wohlstandhoffnungen. In den Krawallen gegen Ausländer leben sie ihre Frustration über die Schmerzen der „Wende“ aus. In den Wehrlosen vor ihrer Haustür bekämpfen sie die Angst vor ihrer eigenen Zukunft. (zeit_92_09_11)

Hier werden die Gewalttäter/-innen von Lichtenhagen als von der Wende enttäuschte Menschen beschrieben. Der/die Verfasser(in) des Artikels sieht sie als Opfer sich ändernder wirtschaftlicher Strukturen, die ihnen ihre frühere Hoffnung auf Wohlstand erschweren oder gar verwehren. Zukunftsangst treibe sie in die Gewalt. Der Artikel scheint die Gewalt mit diesen Erklärungen jedoch nicht rechtfertigen zu wollen. Vielmehr betont er, dass die Gewalttäter/-innen sich ihre Opfer in „Wehrlosen“ suchen würden.⁴²⁷ Dies zeigt sich auch im weiteren Verlauf des Artikels:

Die Rücksichtslosigkeit, mit der sie auf Wehrlose losschlagen, spiegelt, wie massiv sie die eigene Entwertung verspüren. Das Muster nationaler Identifikation und rassistischer Mobilisierung lässt sich in allen exkommunistischen Gesellschaften beobachten. Auch die Bereitschaft, Fremde zu vertreiben und sich die Dreckarbeit von kleinen, gewalttätigen Gruppen aus der Hand nehmen zu lassen, ist in ganz Osteuropa zu erkennen. (zeit_92_09_11)

Es werden Vergleiche zu anderen „exkommunistischen Gesellschaften“ gezogen.⁴²⁸ Durch die deutliche Benennung des Themas des Rassismus, aber auch mithilfe von Worten wie „Drecksarbeit“ distanziert sich der Artikel deutlich von den Vorgängen.⁴²⁹ Er wird des Weiteren ausgeführt, dass es zwar nur kleinere Gruppen von Gewalttäter/-innen seien, die tatsächlich aktiv würden, diese sich aber dennoch in ehemaligen kommunistischen Ländern auf die Unterstützung oder wenigstens Akzeptanz größerer Teile der Gesellschaft verlassen könnten. Der Artikel sieht die ehemalige DDR jedoch in einer Sonderstellung gegenüber den osteuropäischen Ländern, wie etwas später deutlich wird. Durch die „Zweideutigkeit, mit der seit Jahren die Asylanten von den Regierenden in Deutschland behandelt werden“, seien „die Asylbewerber als Objekte des Volkszorns vorbestimmt“ gewesen.⁴³⁰ Aus diesem Grund hätten die Gewalttäter/-innen von Lichtenhagen „mit dem geheimen Einverständnis der Autorität“ gerechnet.⁴³¹ Der Artikel besagt also, dass das politische und gesellschaftliche Klima im Vorfeld der Ausschreitungen den Tätern und Täterinnen ein Gefühl der Legitimität gegeben habe. In einem Artikel vom 25. September 1992 ging die ZEIT auf die Ausbildung

⁴²⁷ zeit_92_09_11.

⁴²⁸ zeit_92_09_11.

⁴²⁹ zeit_92_09_11.

⁴³⁰ zeit_92_09_11.

⁴³¹ zeit_92_09_11.

und Ausrüstung der ostdeutschen Polizei ein.⁴³² Hierbei wurden Potsdams Polizeichef Detlev Graf von Schwerin und Sachsens Innenminister Eggert (CDU) folgendermaßen zitiert:

Natürlich äußere im Osten auch einmal ein Polizist seinen Unmut über die Asylpolitik, die vielen Ausländer, sagt Potsdams Polizeichef Detlev Graf von Schwerin. „Die Polizei hat halt die gleichen Ängste und Vorurteile wie die Bevölkerung – aber das ist in ganz Deutschland so. Sie ist wie ein Fisch im Wasser, aber deswegen nicht gleich rechtslastig und fremdenfeindlich.“ Auch Sachsens Innenminister Heinz Eggert wehrt sich gegen den Vorwurf, seine Ordnungskräfte nähmen es mit dem Schutz für Ausländer nicht so genau. „In Hamburg, München oder Düsseldorf würden doch genauso viele Leute am liebsten zuschlagen. Nur ist dort die Hemmschwelle größer. Im Osten fehlt uns noch diese politische Kultur. Dagegen ist die Polizei machtlos.“ (zeit_92_09_25)

Auch die *ZEIT* sieht im Hinblick auf Sympathien zur rechtsextremen Ideologie keinen großen Unterschied zwischen ostdeutscher und westdeutscher Polizei. Es gebe keinen Beweis, dass ostdeutsche Polizisten besonders anfällig für rechtes Gedankengut seien.⁴³³ Für die vorliegende Arbeit ist aber auch wichtig, wie sich Detlev Graf von Schwerin und Heinz Eggert äußern. Graf von Schwerin attestiert einem großen Teil der deutschen Gesellschaft, zornig wegen der Asylpolitik und der „vielen Ausländer[n]“ zu sein.⁴³⁴ Die Polizei sei hierbei ein Spiegelbild der Gesellschaft, deshalb aber weder „rechtslastig“ noch „fremdenfeindlich“.⁴³⁵ Laut Graf von Schwerin steht jedoch fest, dass ein guter Teil der Deutschen „zu viele“ Menschen mit Migrationshintergrund im eigenen Land ablehne. Dies lässt auf ein gesellschaftliches Klima schließen, das Gewalttaten wie die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen zumindest begünstigt. Hervorzuheben ist, dass die *ZEIT* weder diese Sätze noch die Aussagen von Heinz Eggert, dass auch in Westdeutschland „viele Leute am liebsten zuschlagen“ würden, es im Gegensatz zum Osten aber eine größere „Hemmschwelle“ gebe, kommentierend begleitet.⁴³⁶ Es wird zwar auf die Überforderung der Polizei, nicht aber auf die Gesellschaftsdiagnosen Graf von Schwerins und Eggerts eingegangen. Diese sprechen der deutschen Gesellschaft, in einer tendenziell unkritischen Art und Weise, eine potenzielle Bereitschaft zur Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund zu, scheinen dies aber als mehr oder weniger normal zu empfinden.

⁴³² Die Bezugnahme auf die Behörden wird in Kapitel 4.8 noch näher angesprochen werden.

⁴³³ zeit_92_09_25.

⁴³⁴ zeit_92_09_25.

⁴³⁵ zeit_92_09_25.

⁴³⁶ zeit_92_09_25.

Eine Woche später veröffentlichte die *ZEIT* einen Artikel, in dem sie Sorgen über die Stabilität der deutschen Demokratie äußerte und Deutschland einen „neuen völkischen Nationalismus“ zuordnete.⁴³⁷ Hierbei wurde die Gewalt gegen Asylsuchende vor allem mit sozialen Nöten begründet:

Wie viele Flüchtlinge integriert werden können, ist dabei eine Frage der Einschätzung, nicht, daß sie aufgenommen werden sollen [Hervorhebungen im Original]. Für diese Position ist die Regelung der Asylfrage wichtig, aber nicht das eigentliche, schon gar nicht das einzige Problem der gegenwärtigen Gewaltausbrüche in Deutschland. Den erfolgsversprechenden Weg, die Angriffe gegen Fremde abzuwehren, sieht sie darin, die sozialen Nöte in den alten und vor allem in den neuen Bundesländern endlich anzugehen, die die Aggressivität der Angreifer – die häufig die Aggressivität und Enttäuschung ihrer Eltern weitergeben – hervorrufen und begünstigen: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Verlust des Selbstwertgefühls und der Lebensperspektive. Im einzelnen geht es um eine durchdachte Strategie, die privatwirtschaftliche Investitionen, staatlich finanzierte materielle und soziale Infrastrukturmaßnahmen, Arbeitsmarktpolitik und psychisch-soziale Ermutigungen miteinander verbindet. (zeit_92_10_02)

Das große Problem hierbei sei, dass die Deutschen für eine solche Politik Opfer bringen müssten, wozu sie vermutlich aber nicht bereit wären.⁴³⁸ Es ist ein dunkles Bild, das an dieser Stelle gezeichnet wird. Die Geflüchteten seien nicht das Problem, sondern als Ventil für „Aggressivität und Enttäuschung“ über „die sozialen Nöte“ zu verstehen.⁴³⁹ Es sei also nicht die Asylpolitik, die die Gewalt nach sich ziehe, sondern eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich, besonders in Ostdeutschland, benachteiligt und abgehängt fühlten. Nur dann, wenn deren Probleme angegangen würden und die enttäuschten Menschen eine neue Perspektive erhielten, könne man ein Ende der Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund erwarten. Im weiteren Verlauf des Artikels wird betont, dass eine Verschärfung des Asylrechts nichts brächte und möglicherweise sogar kontraproduktiv wäre, da die Menschen in der Folge illegal ins Land kämen, der Grenzschutz teurer würde und dadurch weniger Geld für die Beseitigung sozialer Missstände vorhanden wäre.⁴⁴⁰

Auch die *FAZ* sah in sozialen Missständen eine große Mitschuld an den Gewalttaten:

Nach Angaben von Polizei und Ordnungsamt ist Lichtenhagen bislang nicht als Zentrum rechtsradikaler Aktivitäten bekannt geworden. Es gebe dort die „typischen sozialen Konflikte“, die sich auch in anderen Neubau-Großsiedlungen zeigen. Dazu gehören eine hohe Arbeitslosigkeit der Einwohner, psychologische Spannungen in den Familien und eine verbreitete Orientierungslosigkeit unter Jugendlichen. Unter ihnen wächst die Tendenz zur Bandenbildung, seitdem die ihnen staatlich verordnete Betreuung durch die sozialistische „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) weggefallen, damit aber auch preiswerte Sport- und Freizeitangebote verschwunden sind. Das Aufkommen rechtsradikaler Jugendbanden ist so begünstigt worden, doch existierten entsprechende Gruppen schon seit Jahren in der DDR. (faz_92_08_25)

⁴³⁷ zeit_92_10_02.

⁴³⁸ zeit_92_10_02.

⁴³⁹ zeit_92_10_02.

⁴⁴⁰ zeit_92_10_02.

Die *FAZ* geht verstärkt auf Jugendliche ein, die ihr zufolge im Osten nicht nur perspektivlos, sondern vor allem auch gelangweilt und unterbeschäftigt seien. Trotz des Hinweises darauf, dass es bereits in der DDR „rechtsradikale Jugendbanden“ gegeben habe, ist so etwas wie ein Lob für die sozialistischen Sport- und Freizeitangebote zu erkennen, auch wenn es sich hierbei um eine „staatlich verordnete Betreuung durch die sozialistische ‚Freie Deutsche Jugend‘ (FDJ)“ gehandelt habe.⁴⁴¹ Die Unterbeschäftigung der Jugendlichen ist laut der *FAZ* also ein wichtiger Bestandteil der Gewalt gewesen. Hinzu kommt in einem anderen Artikel desselben Tages die Diagnose, dass „Arbeits- und Hoffnungslosigkeit“ mit dafür verantwortlich seien, „wenn Leute widerwillig eine „clammheimliche“ [sic] Sympathie für Gewalttäter empfänden.“⁴⁴² Die *FAZ* sieht also auch wirtschaftliche Sorgen der Anwohner/-innen als mitverantwortlich für die Gewalt. Auffällig ist jedoch, dass sie die Bereitschaft der Menschen zur Sympathie als „widerwillig“ beschreibt.⁴⁴³ Viele der Applaudierer/-innen während der Ausschreitungen von Lichtenhagen haben die Angreifer/-innen nicht „widerwillig“, sondern aus Überzeugung unterstützt. Durch die Wahl des Wortes „widerwillig“ entlässt die *FAZ* die Klatscher/-innen aus ihrer Überzeugung und setzt sie in eine Art Opferstatus. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten ihnen gar keine andere Wahl gelassen, als die Gewalttäter/-innen zu unterstützen. Die Gewalt und negativen Gefühle gegenüber Asylsuchenden zu einem Teil mit gesellschaftlichen Problemen zu begründen, ist wichtig. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse als Legitimierung der Unterstützung zu beschreiben, trifft jedoch nicht den Kern des Problems. Wirtschaftliche Not alleine reicht für die Rechtfertigung solcher Übergriffe nicht aus. Vielmehr gehören noch andere Faktoren, wie bspw. Rassismus, dazu. Die Reaktionen seitens der Politik, die die *FAZ* am selben Tag beschrieb, gehen in eine ähnliche Richtung. So wurde der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Berndt Seite (CDU), dahingehend zitiert, dass die Menschen nicht „ausländerfeindlich“ seien, die Proteste sich jedoch gegen „den Missbrauch des Asylrechts“ richteten.⁴⁴⁴ Der damalige SPD-Vorsitzende Björn Engholm äußerte Verständnis für den Ärger der Bevölkerung, die jedoch nicht „Gewalt und Randale“ rechtfertigen würden. Wolfgang Thierse (SPD) bemerkte Folgendes:

[...] in Rostock seien Ängste der Menschen im Osten in Aggressivität gegen Asylbewerber umgeschlagen. Dies müsse die Politik ernst nehmen. Mit einer moralischen Verurteilung der Täter sei es nicht getan, vielmehr müsse die Politik praktische Lösungen für die Spannungen suchen. (faz_92_08_25c)

⁴⁴¹ faz_92_08_25.

⁴⁴² faz_92_08_25b.

⁴⁴³ faz_92_08_25b.

⁴⁴⁴ faz_92_08_25c.

Allen drei Aussagen ist gemein, dass sie die Hauptursachen für die Gewalt in sozialen Missständen sehen. Die Politik sei nun gefragt, diese zu beseitigen. Es fällt auf, dass auch hier Rassismus in den Analysen aufs Neue keine Erwähnung findet. Die Opfer erscheinen beliebig austauschbar.

Am 24.11.1992 vertrat die *FAZ* in einem Artikel mit der Überschrift „Rechtsextrem oder einfach „geil auf Gewalt“?“ jedoch auch einen Gegenstandpunkt.⁴⁴⁵ Hierbei zitierte sie eine Studie der Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig, die in Sachsen Personen zwischen 14 und 25 Jahren zu ihrer politischen Einstellung befragt hat:

Noch erstaunlicher ist jedoch, daß das Selbstgefühl der vorwiegend rechts orientierten Jugendlichen keineswegs so krisenhaft zu sein scheint, wie gemeinhin angenommen wird. Von Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst ist in ihren Antworten jedenfalls wenig die Rede. Vielmehr besäßen die jungen Rechten, deren Anteil bei Hauptschülern unter zwanzig besonders hoch ist, ein „aktives und „offenes“ Verhältnis zur Welt, geben sich insgesamt selbstbewußter, risikofreudiger, optimistischer, draufgängerischer als die links Orientierten. Sie sind zufrieden mit ihrem Leben, beziehungsweise mit verschiedenen Lebensfaktoren (einschließlich ihrer Eltern), leiden seltener unter Ängsten und Bedrohungen, auch weniger unter neurotischen Symptomen als diejenigen, die sich links einordnen.“ Fremdenfeindlichkeit und Gewalttätigkeit beruhen also – zumindest bei den Jüngeren – anscheinend nicht auf einer „frustrierten Existenz“, die meist bei Vertretern rechtsextremer Positionen zu finden sind. (faz_92_11_24)

Die Gründe für die Explosion der Gewalt werden in der Folge des Artikels eher auf allgemeine Gewaltorientierungen und einen angeblich zu schwach durchgreifenden Staat bezogen.⁴⁴⁶ Festzuhalten bleibt, dass den (jugendlichen) Gewalttätern und Gewalttäterinnen hier ein Stück ihrer Legitimation genommen wird, indem die *FAZ* eine Studie zitiert, in der offengelegt wird, dass es den Jugendlichen im Osten nicht so schlecht gehe wie angenommen. Bemerkenswert ist, dass hier nur auf die entgegengesetzten Pole des linken und rechten Spektrums eingegangen wird, die Ansichten derjenigen, die sich in der Mitte einordnen, also außen vor gelassen werden. Wie auch schon in Kapitel 4.3 herausgearbeitet, werden auch hier wieder politisch linke Gedanken als Vergleichsfolie für rechte Gedanken herangezogen. Personen mit linken Einstellungen werden hierbei mitunter als mit „neurotischen Symptomen“ belastet und unzufriedener als Personen mit rechten Einstellungen beschrieben.⁴⁴⁷

Am deutlichsten wird die *BILD* bei der Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Ebene ist zwar nur in einem Artikel auf 18 Zeilen zu finden, auch wird es nicht kommentierend eingeordnet, jedoch veröffentlicht die *BILD* konkrete Zahlen:

⁴⁴⁵ faz_92_11_24.

⁴⁴⁶ faz_92_11_24.

⁴⁴⁷ faz_92_11_24.

14 Prozent von 1000 befragten Bundesbürgern äußerten gestern in einer Forsa-Umfrage Verständnis für die Chaoten von Rostock. Andere Umfragen: 15 Prozent der Deutschen haben ein „rechtsextremes Weltbild“. (bild_92_08_26_s2b)

Man kann zwar kritisieren, dass die *BILD* in keiner Art und Weise auf diese Zahlen eingeht. Trotzdem hat sie hier Zahlen aus Umfragen veröffentlicht. Hätten 15 % der Deutschen ein „rechtsextremes Weltbild“, so könnte man die Gewalt gegen Asylsuchende nicht nur auf soziale Missstände projizieren.⁴⁴⁸ Vielmehr seien offenbar nationalistische, rassistische und faschistische Denkweisen in den Köpfen von rund zwölf Mio. Deutschen vorhanden. Die Ursache für gewalttätige Ausschreitungen gegen Menschen mit Migrationshintergrund in der Folge auf ausschließlich soziale Probleme zu beziehen, fällt angesichts solcher Zahlen schwer.

Die Aufarbeitung der „NSU“-Morde

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden gingen die untersuchten Zeitungen in kleinerem Umfang auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik ein als bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen, jedoch in größerem Umfang als beim Oktoberfestattentat. So berichtete die *ZEIT* am 23. Februar 2012 unter der Überschrift „Obwohl sie zu uns gehören“ über die aus ihrer Sicht halbherzigen und kalten Versuche, den Opfern des „NSU“ zu gedenken.⁴⁴⁹ Die Antwort auf die Frage, wie man Menschen mit Migrationshintergrund als Teil der deutschen Gesellschaft positionieren könne, sei folgende:

Die Opfer des Terrors waren Einwanderer, also sollte man sich ihnen zuwenden; sie sind Teil der deutschen Gesellschaft und sollten als solche behandelt werden. Das bedeutet auch, anzuerkennen, dass es Barrieren dagegen gibt, sie als Gleiche zu sehen. Seit der Debatte um Thilo Sarrazins Thesen, in denen er Teilen der Bevölkerung genetische Ungleichheit zuschreibt, ist es schwer geworden, über ganz banalen Rassismus in Deutschland zu sprechen. Dabei ist er Alltag. Diskriminierungen sind nicht nur ein strukturelles Problem, sondern auch ein mentales, eines, das den Alltag derjenigen begleitet, die nicht „deutsch“ aussehen. (zeit_12_02_23b)

Die *ZEIT* kritisiert die Ausgrenzung der Opfer aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Dieser Ausschluss fand vor ihrer Ermordung statt und herrscht laut *ZEIT* auch danach weiterhin vor. Es sei wichtig, sich vor Augen zu führen, dass in Deutschland ein alltäglicher Rassismus existiere, der die Opfer desselben marginalisiere und Teil ihres Alltags sei. Dieser Rassismus sei, u.a. auch durch den Erfolg von Thilo Sarrazins Ausführungen zur angeblichen genetischen Ungleichheit,⁴⁵⁰ in Deutschland salonfähig geworden. Im weiteren Verlauf des Artikels bekräftigt die *ZEIT*, dass es ein „gesellschaftspolitischer GAU“ sei, dass die Morde „ausgerechnet in Deutschland, dem Land des Holo-

⁴⁴⁸ bild_92_08_26_s2b.

⁴⁴⁹ zeit_12_02_23b.

⁴⁵⁰ Beispielsweise in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“.

caust“ stattgefunden haben und jahrelang von Gesellschaft und Behörden falsch interpretiert worden sind.⁴⁵¹ Die Gesellschaft müsse nun aufwachen. Nur wenn man sich dazu bekenne, dass in Deutschland Rassismus existiere und sich diesem entgegenstelle, könne man Gruppierungen wie den ‚NSU‘ isolieren und ihr Umfeld verkleinern. Dies sei die dringliche Aufgabe für Politik und Gesellschaft.⁴⁵²

In einem retrospektiven Artikel über die Gewalt von Rostock-Lichtenhagen sah die FAZ am 25. August 2012 eine direkte Linie zwischen den Angriffen auf die Asylsuchenden und dem ‚NSU‘:

Es lässt sich sehr leicht eine direkte Linie vom Mob in Rostock-Lichtenhagen zum rechtsextremistischen Terror des NSU ziehen: Eine gewaltbereite rechtsextremistische Szene, die damals in den Anfängen vorhanden war, radikalierte sich und war sechs Jahre später in der Lage, ein perverses Brettspiel namens „Pogromly“ zu verkaufen, Bomben zu basteln, Einwanderer zu ermorden und den Staatsschutz zu narren. (faz_12_08_25)

Insgesamt widmet sich der Artikel kritisch der Lesart, dass in Lichtenhagen Politik und Behörden versagt hätten und dass die damalige Debatte um das Asylrecht die Gewalt mit angeheizt habe. Im vorliegenden Artikel werden diese Thesen abgelehnt. Vielmehr seien die „Utopie namens Multikulturalismus“ und die hohe Anzahl an Asylsuchenden in Deutschland der Katalysator für die Gewalt gewesen.⁴⁵³ Auch hier ist eine Umkehrung von Täter- und Opferverhältnissen zu beobachten. In diesem Artikel blendet die FAZ außerdem gesellschaftliche Aspekte hinsichtlich der ‚NSU‘-Morde vollständig aus. Die „gewaltbereite rechtsextremistische Szene“ wird als von der Gesellschaft abgeschnitten beschrieben. Fragen zum Unterstützer(inn)enumfeld, zum gesellschaftlichen Klima, in dem sich Menschen radikalisieren, und zur fehlerhaften Ermittlungen zu den Morden werden nicht gestellt, obwohl man hier Vergleiche ziehen könnte.⁴⁵⁴ Stattdessen wird der ‚NSU‘ aus der Gesellschaft ausgegrenzt.

In einem anderen FAZ-Artikel offen auf rassistische Strömungen in Deutschland eingegangen. So wird Uwe-Karsten Heye, Journalist und Experte für Rechtsextremismus, wie folgt zitiert:

„Bei den Sicherheitsbehörden“, sagte Heye, „arbeiten Menschen mit einer Haltung, die mir absolut rätselhaft ist“. Heye forderte dazu auf, zu erkennen, dass Rassismus ein gesellschaftliches Problem sei, das viel weiter verbreitet sei als die Mordtaten des NSU. Bereits vorher seien seit 1990 weit über einhundert Menschen von Neonazis erschlagen, ertränkt, getötet worden, und wenige habe das gekümmert. (faz_12_11_03b)

⁴⁵¹ zeit_12_02_23b.

⁴⁵² zeit_12_02_23b.

⁴⁵³ faz_12_08_25.

⁴⁵⁴ faz_12_08_25.

In diesem Zitat vereinen sich zwei Aussagen. Zum einen ist hier eine Kritik an den Ermittlungsbehörden zu erkennen.⁴⁵⁵ Zum anderen wird Rassismus aber auch als gesellschaftliches Problem benannt, das die Grundlage für Morde und Gewalt bilde. Es erfolgt der klare Hinweis darauf, dass Morde mit rechtsextremem Hintergrund nicht erst mit dem ‚NSU‘ begonnen hätten. Mehr als einhundert Menschen hätten seit 1990 aufgrund von rassistischen Gewalttaten den Tod gefunden. Ursache sei der in der Gesellschaft verbreitete Rassismus. Auch wird betont, dass sich für die Opfer dieser weniger ‚spektakulären‘ Morde nur wenige Menschen interessiert hätten.

Ähnlich argumentierte die *BILD* in einem Kommentar vom 24. Februar 2012:

Deutschland verneigt sich vor den Opfern der Nazimörder. Doch die Schande muss weiter in unseren Herzen brennen! Wir predigen der ganzen Welt: Achtet die Menschenwürde! Wir fordern von den Muslimen: schützt die Christen! Unsere Botschaft lautet: Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz – und den Ermittlungsbehörden. Aber wir haben schmählich versagt! Auch in den Demokratien nistet noch Rassenwahn und Fremdenhass in vielen Köpfen. Am Anfang steht ein mieses Vorurteil, am Ende zehnfacher Mord. Gestern war der Tag der Trauer. Heute lautet die Botschaft: Was wir von anderen fordern, müssen wir selber leben. Das ist ein täglicher Kampf gegen Vorurteile aus Dummheit, Unachtsamkeit und Gemeinheit. (bild_12_02_24_s2a)

Die *BILD* zieht hier eine direkte Linie von Vorurteilen zu rassistischen Morden. Solche Gewalttaten könnten nur verhindert werden, wenn die Deutschen sich zu den Werten bekennten, die sie anderen predigten. Hierzu gehörten die Achtung der Menschenwürde, die Gleichheit der Menschen und das Einstehen gegen Vorurteile. Es sei nun an der Gesellschaft, diesen „Kampf“ gegen „Dummheit, Unachtsamkeit und Gemeinheit“ aufzunehmen.⁴⁵⁶ Die *BILD* sieht also eine Mitverantwortung des gesellschaftlichen Klimas für die Morde des ‚NSU‘. Dass es nun an der Zeit sei, den Kampf aufzunehmen, bedeutet im Umkehrschluss, dass dies bisher noch nicht oder zu halbherzig geschehen ist. Das politische System der Demokratie ist der *BILD* zufolge keine automatische Garantie dafür, dass kein ‚Rassenwahn und Fremdenhass in vielen Köpfen‘ niste.⁴⁵⁷ Indirekt bringt die *BILD* somit zum Ausdruck, dass es die Aufgabe der Zivilgesellschaft sei, dieses Denken aus den Köpfen vieler Menschen zu vertreiben.

Am selben Tag zitiert die *BILD* Teile der Trauerrede von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU):

Aber nicht nur den Staat sieht Merkel „mit seiner ganzen Kraft gefordert“. Auf jeden Einzelnen käme es an: Gleichgültigkeit und Unachtsamkeit stünden oft am Anfang – Rassismus und Gewalt am Ende. Merkel: „Der Kampf gegen Vorurteile, Verachtung und Ausgrenzung muss täglich geführt werden.“ Darum ihr Appell, ihre Antwort: „Deutschland, das sind wir alle, die in

⁴⁵⁵ Dieses Muster soll in Kapitel 4.8 noch näher beleuchtet werden.

⁴⁵⁶ bild_12_02_24_s2a.

⁴⁵⁷ bild_12_02_24_s2a.

diesem Land leben – wo immer wir herkommen. Wer immer wir sind.“ Am Ende ihrer Ansprache geht Angela Merkel leise zu ihrem Platz, setzt sich wieder zwischen Angehörige der Opfer, denen Deutschland – im übertragenen Sinne – spät, sehr spät einen Platz in der ersten Reihe eingeräumt hat. (bild_12_02_24_s2b)

Die *BILD* kommentiert die Ausschnitte der Rede nicht direkt, es gibt jedoch Anhaltspunkte, die für eine Zustimmung bezüglich der Worte Merkels sprechen. Zum einen wurde im bereits besprochenen Kommentar desselben Tages das Wort „Unachtsamkeit“ aus Merkels Rede übernommen.⁴⁵⁸ Es kann sich hierbei um einen Zufall handeln, dies scheint aber wenig wahrscheinlich, da das Wort „Unachtsamkeit“ in diesem Kontext sonst nicht auftaucht.⁴⁵⁹ Auch das Erscheinen des Kommentars einen Tag nach Merkels Rede spricht für eine (un-)bewusste Übernahme des Wortes und somit auch des Gedankengangs. Zum anderen spricht auch die Aussage der *BILD*, dass den Angehörigen „sehr spät [ein] Platz in der ersten Reihe eingeräumt“ wurde, dafür, dass sie Rassismus und Ausgrenzung als real existierende Probleme betrachtet, die bekämpft werden müssten.⁴⁶⁰ Somit scheint Angela Merkel an dieser Stelle als opportune Zeugin zitiert worden zu sein.

Nach der Untersuchung der medialen Darstellung breiter gesellschaftlicher Einstellungsmuster wird im nächsten Kapitel untersucht, welche Auswirkungen die *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* durch die Taten auf Staat und Gesellschaft befürchtet und vorhergesagt haben.

⁴⁵⁸ bild_12_02_24_s2a.

⁴⁵⁹ bild_12_02_24_s2a.

⁴⁶⁰ bild_12_02_24_s2b.

4.6 Gefährdete Demokratie und der Ruf Deutschlands im Ausland – potenzielle Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft

In diesem Kapitel wird beschrieben, wie die untersuchten Zeitungen in ihrer Berichterstattung die potenziellen Auswirkungen der Taten auf gesellschaftlicher und politischer Ebene analysieren. Hierbei geht es vor allem um Aspekte der Außenwirkung des Landes, aber auch um die Frage, wie es um die innerdeutsche Demokratie bestellt sei. Diese Ebene ist bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat, zu Rostock-Lichtenhagen und zu der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden nach Bekanntwerden des sog. ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ zu beobachten, jedoch nicht bei der unmittelbaren Berichterstattung zu den Morden vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘.

Oktoberfestattentat

Im Zuge des Oktoberfestattentats ist in der Berichterstattung eine Bezugnahme auf Auswirkungen auf die Gesellschaft in Deutschland in zwei Artikeln zu finden. Die *FAZ* schrieb am 7. November 1980 im Zuge eines Hintergrundberichts zum Rechtsextremismus, dieser sei gefährlich, da er „das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland“ gefährde.⁴⁶¹ Es ist zu erkennen, dass an dieser Stelle weniger die konkreten Konsequenzen rechtsextremer Taten für die Opfer und die Gesellschaft, als vielmehr der Ansehensverlust im Ausland als Anlass zur Sorge gesehen wird. Im weiteren Verlauf des Artikels wird vermutet, dass das Verbot der ‚WSG Hoffmann‘ möglicherweise vor allem deshalb erfolgt sei, da man gefürchtet habe, dass „das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland leide“.⁴⁶²

Am 29. September 1980 veröffentlichte die *BILD* einen Bericht über die ‚WSG Hoffmann‘. In diesem ging sie auf den Antiparlamentarismus der WSG ein:

Aber die Kampfparole, die der Führer Karl-Heinz Hoffmann ausgibt, richtet sich zuerst gegen Bonn: „Dieser ganze uferlose Parlamentarismus muß weg!“ bleut [sic] Hoffmann seit über sechs Jahren seinen Männern ein. „Die heutige Demokratie in Deutschland interessiert mich nicht. Daher beteilige ich mich nie an Wahlen. Eine Demokratie ist impotent. Eine Diktatur, die den richtigen Mann an der Spitze hat, kann für ein Volk alles tun. In Hoffmann sehen die Gruppenmitglieder „den richtigen Mann an der Spitze“. Ungeduldig fragte vor Monaten einer: „Chef, wie lange dauert es bis zur Machtübernahme noch?“ „Jungs“, antwortete Hoffmann. „Wir sind schwach. Unsere Position ist zur Zeit erbärmlich hoffnungslos. Aber darf uns das hindern, diesen Kampf zu führen – diesen Kampf, von dessen Ehrenhaftigkeit wir durchgedrungen [sic] sind?“ (bild_80_09_29_s3c)

⁴⁶¹ faz_80_11_07.

⁴⁶² faz_80_11_07.

Die *BILD* kommentiert diese Aussagen Hoffmanns nicht weiter. Durch die Tatsache, dass sie diese abgedruckt hat, stellt sie jedoch die Gefahr, die von der ‚WSG Hoffmann‘ ausgeht, in den Mittelpunkt. Ließe man die WSG gewähren, so wären die Demokratie und der Parlamentarismus der BRD in ernsthafter Gefahr. Hoffmann selbst gibt im Zitat zu, dass sein Ziel die Abschaffung der Demokratie und gleichzeitige Installierung einer Diktatur sei.⁴⁶³ Ohne es explizit auszusprechen, führt die *BILD* ihrer Leserschaft so die Konsequenzen vor Augen, die die ungestörte Existenz von verfassungsfeindlich agierenden Gruppierungen wie der ‚WSG Hoffmann‘ nach sich ziehen würde: die Gefährdung des demokratischen Systems in Deutschland.⁴⁶⁴

Rostock-Lichtenhagen

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen sind deutlich mehr Verweise auf die Konsequenzen der Ereignisse für das Land zu finden als bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat. So schrieb die *ZEIT* am 28. August 1992 Folgendes:

Es geht nicht in erster Linie um das Asylrecht, sondern um den Terrorismus von rechts. Wenn der Rechtsstaat erst einmal außerstande ist, das wilde Wuchern der Gewalt zu unterbinden, kommt es auf die Vorwände der Verbrecher gar nicht mehr an. Heute die Asylbewerber, morgen die anderen: Falls man die Neonazis erst einmal gewähren lässt, werden sie um beliebige weitere Anlässe nicht verlegen sein. Deshalb ist der Angriff auf die Menschen und Häuser in Rostock zugleich ein Anschlag auf die Republik. (zeit_92_08_28b)

Die *ZEIT* macht hier deutlich, dass die Gewalt gegen die Asylsuchenden ihrer Meinung nach in gewisser Weise beliebig war. Hätte es nicht diese Menschen getroffen, so hätte der „Terrorismus von rechts“ andere Opfer auserkoren.⁴⁶⁵ Es gehe hierbei weniger um Fragen des Asylrechts, als vielmehr um die Ablehnung der politischen Grundordnung der Bundesrepublik. Die Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund sei in der Folge auch als Angriff auf den Staat zu verstehen, da diese nur als Vorwand zur Bekämpfung des Rechtsstaats gedient habe. Ließe man die „Neonazis“ gewähren, so wäre der Staat dem „Terrorismus von rechts“ ausgeliefert.⁴⁶⁶ In einem Artikel vom 6. November 1992 führt die *ZEIT* diese Befürchtung noch weiter aus und sieht die Terrorisierung des Staates Wirklichkeit geworden:

In der Tat – und keiner kann es bestreiten: Wir leben in einem Staatsnotstand. Wenn bei uns seit zehn Wochen Nacht für Nacht Gewalt gegen Menschen geübt wird, wenn Brandflaschen in Wohnheime geschleudert werden und wenn sich der Staat gegenüber diesem Terrorismus immer noch als hilflos erweist, dann ist wahrlich Not am Mann. Angesichts dieser seuchenartigen Ausbreitung militanter Aggressivität von Ausländerfeindlichkeit zu sprechen heißt, unbewußt

⁴⁶³ bild_80_09_29_s3c.

⁴⁶⁴ bild_80_09_29_s3c.

⁴⁶⁵ zeit_92_08_28b.

⁴⁶⁶ zeit_92_08_28b.

die Erklärung mit einer Verharmlosung zu verbinden. Hier geht es um nackte Menschenfeindlichkeit, und dieser Straßenkrieg richtet sich nicht allein gegen Ausländer, sondern auch gegen unser Verständnis von Recht und Zivilisation. (zeit_92_11_06)

Die *ZEIT* sieht die Konsequenzen, vor denen sie im Artikel vom 28. August 1992 gewarnt hatte, eingetreten. Ihr zufolge befindet sich Deutschland in einem Staatsnotstand, da Politik und Behörden nicht in der Lage seien, die Gewalt gegen Menschen zu verhindern. Vielmehr noch, der Staat sei „hilflos“ „gegenüber diesem Terrorismus“.⁴⁶⁷ Er habe nichts gegen die „seuchenartige Ausbreitung militanter Aggressivität“ in der Hand.⁴⁶⁸ Der Begriff „seuchenartig“ lässt einerseits die Gewalt als etwas Krankhaftes erscheinen und lässt so die individuelle Entscheidung der Gewalttäter/-innen, diese auszuüben, außer Acht. Andererseits drückt er aber auch die Geschwindigkeit aus, mit der sich das Phänomen ausbreitet und besetzt es ausdrücklich negativ. Es bleibt zu beachten, dass Seuchen in der Regel heil-, oder durch Schutzvorkehrungen wenigstens eindämmbar sind. Somit erscheint das Vorgehen gegen die Ausbreitung der Gewalt nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die *ZEIT* warnt davor, die Ursache der Gewalt fehlzudeuten. Es sei eine Verkürzung, von „Ausländerfeindlichkeit“ zu sprechen, vielmehr liege den Angriffen „nackte Menschenfeindlichkeit“ zugrunde.⁴⁶⁹ Diese „Menschenfeindlichkeit“ richte sich nicht nur gegen Menschen mit Migrationshintergrund. Vielmehr müsse man verstehen, dass sie „unser Verständnis von Recht und Zivilisation“ infrage stelle.⁴⁷⁰ Auch hier ist wiederum die Warnung herauszulesen, dass grundlegende Artikel des deutschen Grundgesetzes ungehindert und vorsätzlich verletzt würden, wenn man der „seuchenartigen Ausbreitung“ von Menschenfeindlichkeit nicht Einhalt gebiete.⁴⁷¹

In einem anderen Artikel mit der Überschrift „Fremde zu Bürgern machen“ trat die *ZEIT* entschieden für einen Abbau der Hürden für Einbürgerungen von Menschen mit Migrationshintergrund ein.⁴⁷² Auch sollten sich die Deutschen bewusst machen, wie wertvoll Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen für sie seien. Dies sei nicht nur im Sinne des Bruttosozialprodukts der Fall, sondern auch dahingehend, dass diese Menschen „zur Vielfalt, zur bereichernden Buntheit, zur inneren Kraft unseres Landes“ beitragen.⁴⁷³ Zwar würden Einbürgerungen nicht verhindern, dass diese Menschen weiterhin Gewalt von rechts ausgesetzt wären, es käme jedoch darauf an,

⁴⁶⁷ zeit_92_11_06.

⁴⁶⁸ zeit_92_11_06.

⁴⁶⁹ zeit_92_11_06.

⁴⁷⁰ zeit_92_11_06.

⁴⁷¹ zeit_92_11_06.

⁴⁷² zeit_93_06_04b.

⁴⁷³ zeit_93_06_04b.

[...] den Willen der anständigen Mehrheit endlich über alle Zweifel hinaus zu verdeutlichen: daß die sechs Millionen Ausländer keiner offenen oder heimlichen ethnischen Säuberung ausgesetzt werden sollen; daß wir ein Zehntel der Bevölkerung nicht auf die Dauer einem politischen System unterwerfen wollen, in dem es keinerlei Mitsprache hat; und daß deutschblütiger Stammesstolz nicht den Frieden des Gemeinwesens behindern darf, indem er dessen Schutz jenen Mitbürgern verweigert, die keine andere Heimat wollen als Deutschland – oder keine andere Heimat haben, wie die zwölf Prozent Ausländer unter den hierzulande Geborenen. (zeit_93_06_04b)

Die *ZEIT* fordert die Respektierung und Anerkennung der Leistungen, die Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik erbracht haben. Die Konsequenz könne nur ihre Einbürgerung sein; zudem müsse mehr für den Schutz dieser Personengruppe getan werden. Es fällt auf, dass die *ZEIT* mit „ethnischen Säuberungen“ einen sehr drastischen Begriff wählt, um die Angriffe auf Asylsuchende und Menschen mit Migrationshintergrund zu beschreiben.⁴⁷⁴ ⁴⁷⁵ Da „ethnische Säuberungen“ in Deutschland nicht in einem rechtsfreien Vakuum stattfinden können, wird das Bild eines Unrechtsstaats vermittelt, der sich diesen Säuberungen entweder nicht entgegenstellt oder diese gar unterstützt. Dies wird noch einmal verdeutlicht, wenn die *ZEIT* anmerkt, der Staat verweigere jenen den Schutz, die Deutschland als ihre Heimat ansähen. Der „Frieden des Gemeinwesens“ sei in Gefahr, wenn Politik und Behörden diese „Mitbürger“ nicht schützen würden.⁴⁷⁶ Am Ende des Artikels wird dieser Aspekt noch einmal aufgenommen:

Die Abwehrhaltung der Eingesessenen gegen die Wanderer – die Geschichte kennt dieses Phänomen seit Jahrtausenden. Doch heute geht es nicht darum, die Deutschen vor den Ausländern zu schützen. Umgekehrt müssen wir die Ausländer vor der schlimmsten Sorte der Deutschen beschützen. Dies sind wir uns übrigens selbst schuldig: unserem Verständnis von Deutschland, von Demokratie, von Menschlichkeit. Unsere Politiker sollten nicht den bösen Eindruck erwecken, wir müßten uns in erster Linie deswegen aufregen und regen, weil unser Ansehen im Ausland Schaden nehme. Nein: Aufregen und regen müssen wir uns, damit wir als Deutsche uns selber noch in die Augen blicken können. Nicht unser Image steht auf dem Spiel, sondern unsere Selbstachtung. (zeit_93_06_04b)

Die *ZEIT* sieht die Ablehnung von Menschen mit Migrationshintergrund allgemein als historische Kontinuität. Habe es früher aber möglicherweise Gründe gegeben, warum Ansässige vor Wanderungsbewegungen hätten geschützt werden müssen, sei es heute umgekehrt. Menschen mit Migrationshintergrund müssten vor rassistisch motivierten gewaltbereiten Deutschen beschützt werden.⁴⁷⁷ Dies solle nicht aus dem Gefühl heraus entstehen, dass das Ausland schlecht von den Deutschen denke, da dies nicht die moralisch richtige Motivation sei. Vielmehr gehe es beim Schutz der Men-

⁴⁷⁴ zeit_93_06_04b.

⁴⁷⁵ Der Verdacht liegt nahe, dass hierbei Bezug auf die ethnischen Säuberungen während des von 1992 bis 1995 dauernden Bosnienkrieges genommen wird.

⁴⁷⁶ zeit_93_06_04b.

⁴⁷⁷ zeit_93_06_04b.

schen mit Migrationshintergrund darum, die eigene moralische Integrität zu wahren. Es gehe nicht um den Ruf, sondern um die Selbstachtung. Hiermit verdeutlicht die *ZEIT*, wo sie Deutschland und seine Einwohner/-innen sieht, nämlich kurz vor dem moralischen Verfall. Nur dann, wenn man sich Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchenden positiv zuwende und diese nicht als Feinde, sondern als Teil der Gesellschaft ansehe und dies mit Einbürgerungen und dem Entgegentreten gegen Gewalt unterstreiche, könne Deutschland seine Würde wahren. Hierauf, nicht auf den Ruf im Ausland komme es letztendlich an.

Auch die *FAZ* erörterte in einem Artikel, dass sich die Gewalt auch gegen den Staat und seine Prinzipien richten würde:

Im Anfang waren die Asylbewerber als Zielgruppe zu erkennen. Als die Gewalt eskalierte, ging es gegen den Staat. Die Gefahr geht nicht nur von den meist jugendlichen Gewalttätern aus. Sie steckt auch in der beifallspendenden Menge. Applaudiert wurde der Gewalt und letztlich gegen den Staat. Das macht die Lage so gefährlich. (faz_93_01_07)

Wie die *ZEIT* so sieht auch die *FAZ* in den Vorgängen von Rostock-Lichtenhagen eine Auflehnung gegen die bisher bekannte Ordnung. Hierbei geht sie nicht nur auf die Gewalt, sondern auch auf die Befürworter/-innen und Unterstützer/-innen selbiger ein. Anfangs seien Gewalt und Applaus gegen die Asylsuchenden gerichtet gewesen, mit zunehmender Eskalation hätten sich die Angreifer/-innen und Schaulustigen jedoch mehr und mehr gegen den Staat gerichtet.⁴⁷⁸ In diesem Zitat werden die Opfer der Angriffe zwar thematisiert, doch treten sie etwas in den Hintergrund. Bemerkenswert ist, dass die *FAZ* nicht nur in den Gewalttätern und Gewalttäterinnen, sondern auch in den applaudierenden Menschen eine Gefahr für den Staat sieht.⁴⁷⁹ Diese hätten die Massen der Menschen vor der ZASt ausgemacht und werden von der *FAZ*, wie aus dem weiteren Artikel hervorgeht, als unzufriedene Wendeverlierer/-innen interpretiert, die durch ihre schiere Masse einen großen Einfluss auf politische und gesellschaftliche Prozesse haben könnten.⁴⁸⁰ Konsequenzen müsse Deutschland nach dieser Lesart also nicht nur aus den gewalttätigen Übergriffen, sondern auch mit Blick auf die Duldung bzw. Unterstützung vonseiten größerer Teile der Bevölkerung fürchten.

Die *BILD* beschäftigte sich vornehmlich mit der von der *ZEIT* kritisierten Sorge um den deutschen Ruf im Ausland. Am 28. August 1992 veröffentlichte sie auf Seite 1 einen Artikel mit der Überschrift „Ausland schimpft: Ihr Deutschen seid Nazis“, in dem es weiter wie folgt hieß: „Jetzt prügeln sie auf uns rum: ‚Nazis‘, ‚Kristallnacht‘, ‚Ausländerfeinde‘. Unsere europäischen Nachbarn

⁴⁷⁸ faz_93_01_07.

⁴⁷⁹ faz_93_01_07.

⁴⁸⁰ faz_93_01_07.

beschimpfen uns alle nach den Rostocker Krawallen als die „Häßlichen Deutschen“.⁴⁸¹ Hier ist ein gewisses Maß an Selbstmitleid zu erkennen. Durch den Verweis, das Ausland prügle auf ihnen herum, setzt die *BILD* die Deutschen in eine Opferrolle. Durch die prominente Platzierung auf der ersten Seite rückt sie die Tatsache, dass die Nachbarn Deutschland „beschimpfen“, ins Zentrum des Interesses.⁴⁸² Angemerkt sei in diesem Zusammenhang, dass an dem Tag keine weitere Meldung zu Rostock-Lichtenhagen auf der Seite 1 zu finden ist. Die Nachricht, dass das Ausland die Deutschen als Nazis bezeichne, scheint also wichtiger als die eigentlichen Ereignisse angesehen zu werden. Der besprochene Artikel wird auf Seite 2 fortgesetzt. Unter der Überschrift „Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein“ veröffentlicht die *BILD* Zitate aus sieben internationalen Zeitungsberichten.^{483 484} All diese Zitate setzen sich mit den Vorkommnissen von Rostock-Lichtenhagen auseinander und betrachten sie kritisch. Die *BILD* geht in eine Abwehrhaltung und beschreibt unter jedem Zitat ihre Sicht der Lage zu dem Land, aus dem der Zeitungskommentar jeweils stammt. Wird bspw. der *Daily Star* mit den Worten „Zeit, daß jemand den Deutschen beibringt, daß wir sie satt haben“ zitiert, bemerkt die *BILD* hierzu:

Großbritannien: 45 000 Asylbewerber, nur jeder zehnte wurde anerkannt. Abgeschoben wird rücksichtslos. Die Queen erließ 1992 ein neues Asyl-Gesetz: Noch mehr Soldaten in die Häfen und Flughäfen, um Asylbewerber sofort zurückzuschicken zu können. Ausländerhaß: Die Skinheads der „National Front“ machen Jagd auf Farbige, Pakistani und Inder: drei Tote/1991. (bild_92_08_28_s2a)

Exemplarisch ist auch die Erwiderung der *BILD* auf das Zitat der italienischen Tageszeitung *Corriere della Sera*, der zufolge es schwierig ist, „die Welle von Ekel zu unterdrücken, die beim Lesen von den rassistischen Tumulten in Rostock in einem hochsteigt“:

Italien: Innenminister Scotti stolz über die Flüchtlingssschiffe von Bari: „In 5 Tagen haben wir 17 466 Albaner zurückgeschickt.“ Dabei leben nur 963 000 Ausländer (Deutschland: 5 Mio.) in Italien. Einwanderungsgesetz. Seit 1990 Grenzen zu für Nicht-EG-Bürger ohne Visum. 1991 zehn Bomben gegen Asylheime. (bild_92_08_28_s2a)

Diese Zitate sollen und können stellvertretend für die fünf weiteren Beispiele stehen. An ihnen ist die Empörung der *BILD* über eine angebliche Doppelmoral des Auslands erkennbar. Schon die Tatsache, dass die Überschrift besagt, dass das Ausland „wieder“ auf die Deutschen einprügle, lässt auf eine gewisse Viktimisierung seitens der Zeitung schließen.⁴⁸⁵ Es wird nicht deutlich, inwiefern zu-

⁴⁸¹ bild_92_08_28_s1a.

⁴⁸² bild_92_08_28_s1a.

⁴⁸³ bild_92_08_28_s2a.

⁴⁸⁴ *Daily Star* (Großbritannien), *Kurier* (Österreich), *Corriere della Sera* (Italien), *L'Yonne Republicain* (Frankreich), *Telegraaf* (Niederlande), *Basler Zeitung* (Schweiz), *Det fri Aktuelt* (Dänemark).

⁴⁸⁵ bild_92_08_28_s2a.

vor auf die Deutschen eingeprügelt wurde, denkbar ist aber, dass die *BILD* hierbei auf das ‚Dritte Reich‘ und das darauf folgende Misstrauen gegenüber Deutschland anspielt. Somit wird hier ein Mythos verbreitet, der besagt, dass die Deutschen aufgrund ihrer Geschichte stets kritischer als alle anderen beäugt würden und mit Blick auf solche Ereignisse nicht mit einer ‚fairen‘ Bewertung durch das Ausland rechnen könnten.

In diesem Zusammenhang stellt die *BILD* ihrer Leserschaft dar, dass die Empörung des Auslands ihrer Meinung nach moralisch nicht haltbar ist. Schließlich habe Großbritannien scharfe Einwanderungsgesetze, auch hier würden Menschen mit dunkler Hautfarbe ermordet. Italien rühme sich, kompromisslos abzuschieben, hier gebe es Bombenanschläge auf die Unterkünfte von Asylsuchenden. Diese Ausführungen mögen wahr sein, doch lenkt die *BILD* dadurch von den innerdeutschen Problemen, die zu solchen Gewaltexzessen wie Rostock-Lichtenhagen führen, ab und macht die Deutschen zu Opfern ausländischer Schmähungen. Dabei gehe es Asylsuchenden im Ausland teilweise viel schlechter als in Deutschland. Dass diese Sichtweise Anklang bei Teilen der Leserschaft gefunden hat, zeigt sich in zwei von der *BILD* abgedruckten telefonisch abgegebenen Leserkommentaren am darauffolgenden Tag. Ein Leser aus Stuttgart fragt: „Wenn die Deutschen alle Nazis sind, warum kommen dann die Ausländer alle her?“, während ein anderer Leser aus Recklinghausen ausführt: „Das Ausland soll uns bloß in Ruhe lassen, die hacken immer auf den Deutschen herum. Doch unser Geld nehmen sie alle gerne“.⁴⁸⁶ Auch aus diesen Statements geht hervor, dass man sich weniger Sorgen um die inländischen Konsequenzen, die die Gewalt nach sich zieht, macht. Vielmehr wird die Konsequenz, dass das Ausland die Deutschen kritisere, in den Fokus gerückt und als unfair und realitätsfremd angesehen. Hiermit wird die Ebene der Sorge um den Ruf im Ausland verlassen. Die Sorge weicht Zorn über eine angeblich ungerechtfertigte Behandlung, der schließlich in Trotz gipfelt und als diskursiver Strang einzig in der *BILD* zu beobachten ist.

Die Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morde

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden wurden die Konsequenzen aus den Taten ebenfalls diskutiert. So schrieb die *ZEIT*, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe „drei gegen Deutschland“ gewesen seien, die „auf perverse Art die Ordnung des Landes angegriffen“ hätten.⁴⁸⁷ Sie hätten das System Deutschlands als Einwanderungsland zerstören wollen. Nicht erst seit den Morden müsse es für die deutsche Mehrheitsgesellschaft selbstverständlich sein, Mig-

⁴⁸⁶ bild_92_08_29_s2.

⁴⁸⁷ zeit_11_11_17d.

rant(inn)en zu schützen.⁴⁸⁸ Mit dem Bekanntwerden der ‚NSU‘-Morde gebe es aber auch neue Fragen:

Was ist zu tun, wenn Einwanderer in Gefahr sind? Darf man von Ausländern Integration erwarten, wenn gleichzeitig die schweren Verbrechen von Neonazis über Jahre hinweg als „Schutzzgeld-Geschichten“ heruntergespielt werden? Darf man die Morde als „Dönermorde“ verharmlosen, weil zwei der Opfer Betreiber von Dönerbuden waren? Ist mittlerweile die Erkenntnis hinreichend verbreitet, dass es unsere Türken, unsere Ausländer sind, die Opfer rechter Gewalt wurden und in Zukunft wieder werden könnten? Wurde in alle Richtungen gedacht? (zeit_11_11_17d)

Wie bereits im Fall von Rostock-Lichtenhagen werden auch die ‚NSU‘-Morde retrospektiv nicht nur als Angriff auf Migrant(inn)en, sondern gleichwohl als Angriff auf die freiheitlich-demokratische gesellschaftliche Grundordnung angesehen. Darüber hinaus konstatiert die *ZEIT*, dass es notwendig sei, gesellschaftliche Einstellungen und Positionen zu überdenken und anzupassen. Die Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund aus der Mitte der Gesellschaft müsse beendet und der Blick auf den Rechtsextremismus modifiziert werden. Die *ZEIT* führt an, dass die Deutschen auf „der Suche nach der Wahrheit manchmal unter- und manchmal übertreiben“ würden.⁴⁸⁹ Mal versteiften sie sich zu schnell auf die These, dass ein Verbrechen einen rechtsextremen Hintergrund haben müsse, in anderen Fällen, wie bspw. den ‚NSU‘-Morden, kämen sie hingegen nicht auf die Idee, in eine solche Richtung zu denken. Es sei in der Konsequenz Zeit für neue Maßstäbe und eine „unbequemere“, aber „aufmerksamere“ Grundhaltung.⁴⁹⁰ Dies beinhalte, sich in Zukunft vor Augen zu führen, dass „das Böse“ prinzipiell „aus jeder Richtung kommen“ könne.⁴⁹¹ Diese Erkenntnis müsse in Zukunft in die Bewertung von Verbrechen mit einfließen.⁴⁹²

Die *ZEIT* geht im Zuge von Zitaten, die sie selbst nicht kommentiert, auch auf die Frage des deutschen Ansehens im Ausland ein. So merkt sie in einem Artikel über den Umgang Sachsens und Thüringens mit dem ‚NSU‘ an, dass der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich und die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht beteuert hätten, „ihre Heimatländer seien weltoffen und gastfreundlich“.⁴⁹³ Wer etwas Anderes behauptet, sage Tillich, „schadet dem Image Deutschlands im Ausland“.⁴⁹⁴ In einem anderen Artikel, der sich ebenfalls mit den Rollen Thüringens und Sachsens beschäftigt, heißt es folgendermaßen:

⁴⁸⁸ zeit_11_11_17d.

⁴⁸⁹ zeit_11_11_17d.

⁴⁹⁰ zeit_11_11_17d.

⁴⁹¹ zeit_11_11_17d.

⁴⁹² zeit_11_11_17d.

⁴⁹³ zeit_12_09_27.

⁴⁹⁴ zeit_12_09_27.

In Thüringen spricht man in Zusammenhang mit den NSU-Tätern von einer „Zwickauer Zelle“, in Sachsen heißt sie „Jenaer Zelle“. Das Reden über Rechtsextremismus als Alltagskultur wird als Beschädigung des Standorts wahrgenommen. Ökonomische Aspekte spielen auch für Friedrich⁴⁹⁵ eine Rolle. „Allen muss klar sein, dass wir uns als exportorientiertes Land Ausländerfeindlichkeit überhaupt nicht leisten können“, sagt er. „Wenn wir unsere Waren überall in der Welt verkaufen wollen, müssen wir uns auch gegenüber an unserem Land interessierten Menschen offen zeigen. (zeit_12_10_11b)

Die Sorge um den Ruf im Ausland ist also auch in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden erkennbar. Es geht in diesem Fall jedoch weniger darum, wie das Ausland auf die Deutschen „einprügelt“, sondern vielmehr um die Frage, wie man auf die „NSU“-Morde reagieren soll. Eine Viktimisierung Deutschlands ist also nicht zu erkennen. Die *ZEIT* gibt lediglich Politiker(innen)zitate weiter, ohne sie zu kommentieren. Diese Zitate sind nur kleine Bestandteile von ausführlichen Artikeln, sodass die *ZEIT* die Sorge um den deutschen Ruf im Ausland zwar als erwähnenswert, aber wohl nicht vorrangig ansieht.

Ein von der *BILD* veröffentlichter Kommentar widmet sich der Frage, welche Auswirkungen gewaltbereite Rechtsextremist(inn)en auf Deutschland und sein politisches System haben könnten:

Liebe Bundestagsabgeordnete Montag und Uhl, Ihre Namen stehen auf einer Liste, die Ermittler in der ausgebrannten Wohnung der Killer-Nazis sichergestellt haben. „Ich war erschreckt, ein Scheißgefühl“ (Jerzy Montag, GRÜNE). Und Hans-Peter Uhl, CSU, sagte: „So etwas muss man ernst nehmen.“ Was für ein Deutschland ist das, in dem sich Bundestagsabgeordnete von Rechtsextremisten bedroht fühlen – oder ich. In den Foren der Neo-Nazis wird ein Kopfgeld auf mich ausgesetzt, man soll mich in einem Sack verschleppen, zu Tode würgen. Wie wird man mit so einer Bedrohung fertig? Angst? Erschießt mich jemand, wenn ich aus meiner Tür gehe, in meiner Kneipe sitze? Was für eine Angst verbreiten diese Scheiß Neo-Nazis in unserem schönen Deutschland? Was für eine furchtbare Situation, wenn ich aus meiner Haustür trete und gucke, ob irgendwo Glatzen sind. Es war einmal ein Deutschland, von dem ich träumte. Die Neonazis machen es jetzt kaputt. (bild_11_11_18_s2)

Der Autor äußert sich hier dahingehend, dass der „NSU“ geschafft habe, ein Klima der Angst zu verbreiten. Es seien die Namen von Bundestagsabgeordneten auf Todeslisten aufgetaucht und auch der Autor selbst werde im Internet mit dem Tode bedroht. Solche Vorgänge hätten zur Folge, dass Deutschland nicht mehr das Land sei, von dem der Kommentator einst geträumt habe. „Scheiß Neo-Nazis“ würden es schaffen, Andersdenkende einzuschüchtern, und Deutschland „kaputt“ machen.⁴⁹⁶ Die unausgesprochene Konsequenz hieraus ist, dass sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern alle Menschen, die die Meinung von Neonazis nicht teilen, fürchten müssten. In der Folge werden Rechtsextremist(inn)en in diesem Kommentar als Gefahr für die Gesellschaft und in

⁴⁹⁵ Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU).

⁴⁹⁶ bild_11_11_18_s2.

letzter Konsequenz, zuletzt nicht nur durch die potenzielle Bereitschaft, Parlamentarier/-innen zu ermorden, sogar für das demokratische System der BRD eingestuft.

Eben jene Parlamentarier/-innen sind ein integraler Teil von Staat und Gesellschaft, sodass im nächsten Kapitel eine Analyse erfolgen soll, wie die *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* die Rolle der Politik vor dem Hintergrund der untersuchten Verbrechen bewertet haben.

4.7 Wahlkampf, Schuldzuweisungen und Entfremdung – die Bewertung der Politik

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich die mediale Fokussierung auf gesellschaftliche Aspekte im Zusammenhang mit den Taten untersucht wurde, wird in diesem Kapitelabschnitt analysiert, wie die *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* die Rolle der politischen Vertreter/-innen im Kontext der Taten diskutiert haben. Hierbei sind Spezifika zu beachten, so bspw., dass das Oktoberfestattentat während der finalen Wahlkampfphase zur Bundestagswahl 1980 stattfand.

Oktoberfestattentat

Nach dem Oktoberfestattentat gab es Auseinandersetzungen zwischen dem Kanzlerkandidaten und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) und dem bayerischen Innenminister Gerold Tandler (CSU) auf der einen sowie auf der anderen Seite Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP). Hintergrund hierbei war der Wahlkampf zur Bundestagswahl, die am 5. Oktober 1980, also nur neun Tage nach dem Oktoberfestattentat stattfand. Wie bereits in Kapitel 2.1.2 erörtert, ging es bei der Auseinandersetzung vor allem um die Frage, welche Seite die ‚WSG Hoffmann‘ unterschätzt habe und nicht entschieden genug gegen politische Extremist(inn)en vorgehe.

Am 3. Oktober 1980 kritisierte die *ZEIT* die Instrumentalisierung der Oktoberfestopfer für den Wahlkampf:

Die Bedenkenlosigkeit, mit der die Opfer des Münchener Anschlags von der CSU in den Wahlkampf gezerrt wurden, hatte ihre unwirklichen Momente. Nicht einmal das Grauen sorgte für eine kurze Anstandsfrist. (zeit_80_10_03e)

Durch die Wahl von Worten wie „Bedenkenlosigkeit“, „gezerrt“ und „Anstandsfrist“ ist die Position der *ZEIT* recht deutlich zu erkennen.⁴⁹⁷ Sie beschreibt die Wahlkampfinstrumentalisierung der Anschlagsopfer durch die CSU als unbedacht und unanständig. Jedoch bezog sich die *ZEIT* im weiteren Verlauf des Artikels nicht ausschließlich auf die CSU:

Die zweihundertdreizehn zum Teil lebensgefährlich Verletzten waren noch auf dem Weg in die Krankenhäuser, die zwölf von der Bombe zerfetzten Leichen, darunter drei Kinder zwischen sechs und zehn Jahren, lagen mit Tüchern notdürftig bedeckt, noch auf der Straße – da fielen schon die Politiker, von zu Haus und aus den Bierzelten herbeigerufen, wie die Geier übereinander her und versuchten, sich gegenseitig die Schuld für die Katastrophe in die Schuhe zu schieben. (zeit_80_10_03e)

Durch die Beschreibung der noch nicht einmal im Krankenhaus angekommenen Verletzten wird dargestellt, wie überhastet die politischen Reaktionen ausgefallen sind, ebenso durch die Aussage,

⁴⁹⁷

zeit_80_10_03e.

dass die Politiker/-innen „von zu Haus und aus den Bierzelten herbeigerufen“ wurden.⁴⁹⁸ Fundierte Stellungnahmen oder parteiinterne Absprachen sind bei solch einer Eile kaum möglich, erst recht nicht, wenn man nach dem Bierzeltbesuch möglicherweise unter Alkoholeinfluss steht. Die Redensart „wie die Geier“ verweist auf aus dem Tod geschlagenen Profit.⁴⁹⁹ Als Aasfresser ernähren sich Geier auch von Tieren, die sie nicht selbst erlegt haben. Sie sind also Nutznießer des Todes anderer Tiere. Dementsprechend wird den streitenden Politikern und Politikerinnen Profilierungs-gier auf Grundlage der Oktoberfesttoten vorgeworfen und ihr Verhalten als wenig menschlich dargestellt.

Kritisiert wird auch der Inhalt eines Interviews, das Franz Josef Strauß der *BILD* gegeben hat.⁵⁰⁰ Hier behauptete er, dass Innenminister Baum die Schuld am Attentat habe, da er die Sicherheits-dienste demoralisiert und sich nicht entschieden extremistischen Strömungen entgegengestellt ha-be.⁵⁰¹ Dem widersprach die *ZEIT*:

Nichts davon entsprach den Tatsachen. Erstens war es Bundesinnenminister Baum gewesen, der die Wehrsportgruppe Hoffmann schon im Januar hatte verbieten lassen. Zweitens war – beson-ders auch vom bayerischen Verfassungsschutz – nichts so gut aufgeklärt, wie die Aktionen die-ser Gruppe. Dafür spricht, daß die Bayern am Samstagmorgen sofort wußten, wo sie zuzugrei-fen hatten. (zeit_80_10_03e)

Die Zeitung bezichtigt Strauß somit mehr oder weniger eindeutig der Lüge, da seine Aussagen nicht „den Tatsachen“ entsprächen.⁵⁰² Vielmehr sei die ‚WSG Hoffmann‘ von Baum verboten worden. Außerdem äußert die *ZEIT* den Verdacht, dass die WSG zwar von den bayerischen Behörden beo-bachtet worden sei, dieser aber nichts gegen sie unternommen hätten. Die Verantwortung sei also in Bayern zu suchen. Dies wird auch an einer anderen Stelle des Artikels noch einmal deutlicher aus-geführt:

Tandlers Empörung und Straußens [sic] wilde Attacken auf Baum nehmen sich aus der Warte des Bonner Justizministeriums wie ein typischer bayerischer Schleiertanz aus. In Wahrheit, so heißt es dort, habe Tandler alles darauf angelegt, die Ermittlungen nach dem Bombenattentat so schnell wie möglich nach Karlsruhe abzugeben. Generalbundesanwalt Rebmann habe die gute Zusammenarbeit mit den bayerischen Behörden hervorgehoben. In Wahrheit solle das Geschrei von Franz Josef Strauß und seinen Gehilfen bloß davon ablenken, daß die Wehrsportgruppe Hoffmann „in Bayern tätig war und ihre Tat in München ausführte“. (zeit_80_10_03e)

Strauß und Tandler werden vom Bundesjustizministerium als Verschleierer der eigenen Fehler be-zeichnet, eine Sichtweise der die *ZEIT* nicht widerspricht. Tandler wird unterstellt, nicht die Wahr-

⁴⁹⁸ zeit_80_10_03e.

⁴⁹⁹ zeit_80_10_03e.

⁵⁰⁰ Auf das Interview wird an späterer Stelle noch einmal ausführlicher eingegangen werden.

⁵⁰¹ zeit_80_10_03e.

⁵⁰² zeit_80_10_03e.

heit zu sagen. An einer vorherigen Stelle des Artikels wird beschrieben, dass er sich darüber beklage, dass bayerische Ermittler/-innen die Arbeit täten, diese dann aber von Generalbundesanwalt Rebmann „vermuckselt“ würde, da Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) ihn dazu dränge. Dieses „wilde“ Gebärden seitens Strauß' und Tandlers sei jedoch lediglich eine Ablenkung von der Tatsache, dass die ‚WSG Hoffmann‘ ungehindert in Bayern operieren und aktiv werden konnte.⁵⁰³ Solche Verschleierungen seien „typisch“ für die bayerische Regierung.⁵⁰⁴

Auch die *FAZ* thematisierte Strauß' Attacken. So berichtete sie, dass Hans-Jochen Vogel „bestürzt“ sei, dass Strauß „das Attentat in den Wahlkampf ziehe“.⁵⁰⁵ Des Weiteren weise er Strauß' Vorwürfe gegenüber Baum zurück:

Vogel sagte, Bonn habe im Gegensatz zum bayerischen Innenministerium Anfang September auf die zunehmende Gefährdung durch Rechtsradikale in der Bundesrepublik hingewiesen. Tandler habe demgegenüber damals erklärt, die große Gefahr komme vom Linksextremismus. (faz_80_09_29c)

Der Artikel, aus dem das Zitat stammt, gibt einen Überblick über verschiedene Politiker(innen)stimmen, ohne diese zu bewerten. Dennoch wirkt die Position Strauß' und Tandlers durch die Reaktionen auf ihre Angriffe eher unglaublich. Dies zeigt sich auch an anderer Stelle. Es werden Strauß' Angriffe auf Gerhart Baum beschrieben, bei denen er ihm eine indirekte Mitschuld an dem Anschlag gegeben hat. In der Folge wird die offizielle Reaktion der Bundesregierung durch ihren Regierungssprecher Klaus Bölling erwähnt, die Strauß rügt und seine Ausführungen als Verleumdung „propagandistischer“ Natur einordnet.⁵⁰⁶

Ein Artikel vom 30. September 1980 widmete sich kritisch den Rollen Helmut Schmidts und Gerhart Baums in diesem Streit. So dürfe sich Schmidt nicht wundern, dass Baum wegen seines Umgangs mit Terrorist(inn)en angegriffen werde:

Der Kanzler hat den Kandidaten mit harten Worten dafür getadelt, daß er Bundesinnenminister Baum eine Art Mitschuld an dem Mordanschlag von München zugeschoben habe. In der Tat, der Vorwurf von Strauß, Baum habe die Sicherheitsorgane verunsichert, ist in seiner Direktheit in diesem Zusammenhang angreifbar. Allerdings: Wenn der Innenminister eines Staates mit einem frisch entlassenen ehemaligen Terroristen von gleich zu gleich verkehrt, mag das auf weniger kritikfähige Bürger Wirkungen haben; Schmidt selbst hat sich von diesem Unterfangen seines Innenministers vorsichtig distanziert. (faz_80_09_30)

Aus einem Artikel desselben Tages geht hervor, dass mit dem „frisch entlassenen ehemaligen Terroristen“ wohl Horst Mahler gemeint ist, mit dem sich Baum während einer Podiumsdiskussion

⁵⁰³ zeit_80_10_03e.

⁵⁰⁴ zeit_80_10_03e.

⁵⁰⁵ faz_80_09_29c.

⁵⁰⁶ faz_80_09_29c.

auseinandergesetzt hat.⁵⁰⁷ Gebe Baum Terroristen wie Mahler ein Podium, so sei es kein Wunder, dass Angriffe auf eine solche Vorgehensweise nicht ausblieben. Auch Schmidts Ausführungen, dass es der Bundesinnenminister und nicht der bayerische Innenminister gewesen sei, der die ‚WSG Hoffmann‘ verboten habe, werden kritisiert:

Aber Schmidt hat dem bayerischen Innenminister Tandler vorgeworfen, er habe die Wehrsportgruppe Hoffmann, der jenes Attentat nach dem Stand vom Wochenende zugeschrieben wurde, nicht verboten; Baum habe das getan. „Sehr wahr“, kann man da nur sagen: Tandler konnte das nicht und er durfte das nicht. Denn das Verbot einer Vereinigung, die über das Gebiet eines Bundeslandes hinausreicht, steht nach Bundesrecht allein dem Bundesinnenminister zu. Hat Schmidt seinem polemischen Gaul Zucker gegeben oder wußte er nicht Bescheid? Da Schmidt alles weiß, wird er die erste Deutung vorziehen. (faz_80_09_30)

Wurde in den Artikeln der *ZEIT* noch Strauß als Lügner präsentiert, ist es bei der *FAZ* nun entgegengesetzt. Schmidts Aussagen werden durch den Verweis, dass Tandler die ‚WSG Hoffmann‘ gar nicht hätte verbieten dürfen, die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Der Artikel endet mit einem deutlichen Angriff auf den Bundeskanzler. Er wird ironisch als Person dargestellt, die „alles weiß“, also als Besserwisser.⁵⁰⁸ Dies wird auch durch die Überschrift des Artikels „Er weiß alles“ signalisiert.⁵⁰⁹ Eben aus dem Grund seines Allwissens hätte er also wissen müssen, dass nur Baum die ‚WSG Hoffmann‘ hätte verbieten dürfen, weshalb seine Ausführungen hierzu ausschließlich polemischer Natur seien.

Die *BILD* hat sich im Hinblick auf die politische Dimension des Oktoberfestattentats auf Interviews beschränkt. Sie veröffentlichte am 29. September 1980 jeweils ein Interview mit Franz Josef Strauß und Helmut Schmidt. Ein guter Teil der Aussagen von Kanzler und Kanzlerkandidaten wurde bereits in der Beschreibung durch andere Zeitungen besprochen. Insgesamt kann man festhalten, dass die *BILD* beiden Politikern kritische Fragen stellte. Strauß musste bspw. Fragen wie „Herr Dr. Strauß, was sagen Sie zu dem Vorwurf von Regierungssprecher Bölling, Sie scheuten nicht davor zurück, das Attentat von München im Wahlkampf gegen Innenminister Baum auszunutzen?“, „Wurde der Rechtsradikalismus nicht ernst genommen?“ und „Glauben Sie, daß der Anschlag mit dem Wahlkampf zusammenhing?“ beantworten.⁵¹⁰ Schmidt musste sich Fragen wie „Der Terroranschlag von München ist voll zum Thema des Wahlkampfes geworden. CDU/CSU-Kanzlerkandidat Strauß wirft Innenminister Baum vor, er habe die Sicherheitsbehörden demoralisiert und sei deshalb mitverantwortlich. Was sagen Sie dazu?“, „Sie sehen also keine Versäumnisse des Innenministers?“

⁵⁰⁷ faz_80_09_30c.

⁵⁰⁸ faz_80_09_30.

⁵⁰⁹ faz_80_09_30.

⁵¹⁰ bild_80_09_29_s4c.

und „Sehen Sie jetzt politische Konsequenzen?“ stellen.⁵¹¹ Beide Wahlkämpfer hielten sich mit Kritik und Angriffen auf den jeweils anderen Kandidaten und seine Partei nicht zurück.⁵¹² Des Weiteren wurde am 30. September der bayerische Innenminister Tandler interviewt. Im Zuge dieses Interviews forderte er Helmut Schmidt auf, sich bei ihm wegen angeblicher Verleumdung zu entschuldigen. Tandler wies darauf hin, er habe sich, entgegen Schmidts Aussagen, nie gegen ein Verbot der ‚WSG Hoffmann‘ ausgesprochen.⁵¹³

Hinsichtlich der beiden Interviews mit Strauß und Schmidt gibt es jedoch einen Unterschied. Während Schmidts Interview ohne Bildmaterial veröffentlicht wurde, war Strauß‘ Interview illustriert:



Abbildung 11: Foto ‚Ministerpräsident Strauß‘, Quelle: *BILD* vom 29.09.1980, S. 4.

⁵¹¹ bild_80_09_29_s4e.

⁵¹² bild_80_09_29_s4c; bild_80_09_29_s4e.

⁵¹³ bild_80_09_30_s1b.

Dies ist ein für Strauß vorteilhaftes Bild. Durch den Abdruck seines Besuchs im Krankenhaus wird Volksnähe und direkte Betroffenheit dargestellt. Es wird eine Lesart vermittelt, die besagt, dass Strauß sich um die Opfer kümmere und sich die Zeit nehme, ins Krankenhaus zu fahren, um den Verletzten und ihren Angehörigen Mut zuzusprechen. Das Foto als solches ist nicht besonders außergewöhnlich, erhält jedoch durch die Tatsache, dass von Schmidt kein ähnliches Bild veröffentlicht wurde, ein immenses Gewicht, da der Kanzler hierdurch distanzierter wirkt.⁵¹⁴

Ein Punkt aus dem Strauß-Interview verdient noch besondere Aufmerksamkeit. Auf die Frage, ob das Attentat wohl mit dem Wahlkampf zusammenhänge, antwortete der bayerische Ministerpräsident Folgendes:

Ich glaube nicht, daß die Saat der Gewalt dieses bisher härtesten Wahlkampfes in der Geschichte der Bundesrepublik jetzt schon aufgegangen ist. Die Verhetzungskampagne à la Julius Schleicher [sic] (größter antijüdischer Hetzer der Nazis, d. Red.) und die daraus entstandenen Folgen machen mir aber große Sorgen. (bild_80_09_29_s4c)

Einerseits ist die Frage, die die letzte des Interviews ist, im Vergleich zu Schmidts letzter Frage („Sehen Sie jetzt politische Konsequenzen?“) etwas angenehmer zu beantworten, da Strauß im Gegensatz zu Schmidt durch die Formulierung der Frage nicht aus der Defensive heraus antworten muss und das Interview, aus seiner Position gesehen, positiv beenden kann.⁵¹⁵ Andererseits scheint entweder die *BILD* und/oder Strauß hinsichtlich der Geschichte des ‚Dritten Reichs‘ über lückenhafes Wissen zu verfügen. Strauß spricht von „Julius Schleicher“, an dieser Stelle kann durch die Personenbeschreibung als „größter antijüdischer Hetzer“ jedoch nur Julius *Streicher*⁵¹⁶ gemeint sein.⁵¹⁷ Es ist nicht zu klären, ob Strauß hier einen falschen Namen genannt und die *BILD* diesen übernommen hat, oder ob der Fehler erst beim Druck des Interviews passiert ist. Fest steht jedoch, dass Strauß sich in die Rolle des Opfers einer Verleumdungskampagne setzt. Dies tut er, indem er seine Lage indirekt mit der der Juden und Jüdinnen im ‚Dritten Reich‘ vergleicht. Es ist wohl nicht übertrieben, davon auszugehen, dass solche Worte heutzutage einen größeren Skandal auslösen würden.⁵¹⁸ Die *BILD* – und auch andere Zeitungen – gehen auf diesen Satz jedoch nicht weiter ein.

⁵¹⁴ Es soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die *BILD* am 1. Oktober 1980 ein Foto von der Trauerfeier für die Opfer veröffentlichte, auf dem Schmidt und Strauß gemeinsam mit Trauernden abgebildet sind (bild_80_10_01_s1b).

⁵¹⁵ bild_80_09_29_s4e.

⁵¹⁶ Gründer und Herausgeber des Hetz-Blattes ‚Der Stürmer‘, im Zuge der Nürnberger Prozesse als Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet.

⁵¹⁷ bild_80_09_29_s4c.

⁵¹⁸ Als Vergleich zu nennen ist hierbei beispielsweise die Instrumentalisierung der Erinnerung an die Widerstandsgruppe ‚Die Weiße Rose‘ durch Teile der *Alternative für Deutschland (AfD)*, die von mehreren Zeitungen und Internetnutzer/-innen thematisiert und kritisiert wurde (URL:

Es gibt mehrere Erklärungsmöglichkeiten, die aber weder verifiziert noch falsifiziert werden können. Einerseits könnte die *BILD* in ihrer Berichterstattung Strauß bevorzugt haben. Dies würde aber nicht erklären, warum die *FAZ* und *ZEIT* nicht auf diese Aussage eingegangen sind. Andererseits könnte der Satz im Schlagabtausch um das Oktoberfestattentat untergangen sein. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, da er durchaus provokant ist. Die dritte Möglichkeit ist die von Meyen (2015) und Karidi (2017) bereits in Kapitel 2.4.3 angesprochene nachgewiesene Verschiebung von Nachrichtenwerten. Unter Umständen hat in den Zeitungen der Platz gefehlt, um auf diese Aussagen ausführlicher einzugehen, vielleicht wurden sie aber auch zu diesem Zeitpunkt nicht als skandalös empfunden. Die Frage, warum diesen Aussagen nicht weiter nachgegangen wurde, ist nicht eindeutig zu klären, der Erklärungsansatz der Verschiebung von Nachrichtenwerten scheint jedoch nicht unrealistisch.

Rostock-Lichtenhagen

War die Berichterstattung über politische Hintergründe im Zuge des Oktoberfestattentats eher von der Darstellung der gegenseitigen Vorwürfe von Politikern geprägt, so hat sich dies bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen geändert. Hier wurden die Vertreter/-innen der Politik ihrerseits, vor allem von der *ZEIT* und *BILD*, scharf kritisiert. So berichtete die *ZEIT* am 28. August 1992, dass die verantwortlichen Politiker/-innen schon lange von den „unhaltbaren Zuständen“ gewusst hätten.⁵¹⁹ Weiter wird konstatiert, dass der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock „ungehört warnte“ und die Gewalt in der Lokalpresse angekündigt wurde, doch „selbst die Ostseezeitung schienen die Volksvertreter nicht zu lesen“.⁵²⁰ Ebenso wird erwähnt, dass die Gewalttäter/-innen schon im Vorfeld prognostiziert hätten, dass „die Leute, die hier wohnen [...] aus den Fenster schauen und Beifall klatschen“ würden.⁵²¹ Die Versäumnisse der Politik werden in einem weiteren Artikel desselben Tages näher angesprochen:

Da streitet sich die Republik seit Wochen über die Frage, ob die Deutschen nicht demnächst militärisch dazu beitragen müßten, allüberall in der Welt Frieden zu schaffen. Doch gleichzeitig zeigt es sich: Unsere Politiker und unsere Polizeibeamten sind offenbar noch nicht einmal imstande, im eigenen Lande den Frieden zu wahren. (zeit_92_08_28b)

⁵¹⁹ <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/835992/vergleich-mit-sophie-scholl-eklat-nach-afd-post>, zuletzt eingesehen am 31.01.2017, 11:51).

⁵²⁰ zeit_92_08_28.

⁵²¹ zeit_92_08_28.

In der Folge betont die *ZEIT* eine „Kapitulation des Staates vor den Rechtsterroristen“.⁵²² Die Nutzung des Wortes „Kapitulation“ gepaart mit dem Hinweis darauf, dass Politik und Behörden nicht in der Lage seien, den Frieden im eigenen Lande zu wahren, ist eine starke Kritik an den verantwortlichen Stellen.⁵²³ Hierbei geht die *ZEIT* jedoch nicht nur auf die unmittelbaren Probleme der Rostocker Stellen ein, sondern auch auf die gesamtpolitische Kultur der vorausgegangenen Wochen und Monate. Hierbei werden auch Worte wie „Politikversagen“ angeführt und es wird kritisiert, dass „man den von Nöten und Ängsten geschüttelten neuen Bundesländern nicht dieselbe Quote von Asylbewerbern hätte zuweisen dürfen wie dem Westen der Republik“.⁵²⁴ Der *ZEIT* zufolge gehört zur Vorbeugung von Gewalt auch, ihre „Vorwände“ einzugrenzen.⁵²⁵ Dies sei im Fall von Rostock-Lichtenhagen nicht geschehen. Die *ZEIT* kritisiert weiter den Umgang mit der Asyldebatte. Der hierbei vorherrschende Opportunismus aus allen politischen Lagern helfe lediglich den Rechtsextremist(inn)en.⁵²⁶ Statt sich konsequent mit den Folgen auseinanderzusetzen, die die gestiegene Zahl von Asylanträgen nach sich ziehe, streite sich die Politik lieber „rein symbolisch, rein taktisch und mit verheerenden Folgen für das politische Klima im Lande“.⁵²⁷ An dieser Stelle spricht die *ZEIT* auch der Politik eine Mitverantwortung an der Gewalt zu, da sie die Frage nach dem Umgang mit Asylsuchenden künstlich zu Zwecken der eigenen Profilierung überstrapazierte, statt sich wirklichen Lösungen zuzuwenden.⁵²⁸ Der Artikel schließt mit einer Frage und einer kritischen Analyse des politischen Klimas:

Auf welche Weise eigentlich wollen unsere Politiker der Gewalt von rechts so massiv entgegentreten, wie sie es nach links doch stets gefordert hatten, solange sie den Kampf gegeneinander immer noch wichtiger nehmen als die praktische Auseinandersetzung mit den realen Problemen? Unterdessen wächst die Politikverachtung und verdichtet sich das Netz der rechtsterroristischen Reisekader von Mal zu Mal. Bis es dann ganz unabhängig wird von irgendwelchen Vorwänden. (zeit_92_08_28b)

Es wird kritisiert, dass die Politik Gewalt von rechts nicht so sanktionierungswürdig ansehe wie Gewalt von links. Des Weiteren beschreibt die *ZEIT* einen Kreislauf, der dazu führe, dass die Menschen sich immer weiter von der Politik entfernen würden und sich Extremist(inn)en anschließen. In der Folge bestehe die Gefahr, dass die Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung so fortschreite.

⁵²² zeit_92_08_28b.

⁵²³ zeit_92_08_28b.

⁵²⁴ zeit_92_08_28b.

⁵²⁵ zeit_92_08_28b.

⁵²⁶ zeit_92_08_28b.

⁵²⁷ zeit_92_08_28b.

⁵²⁸ zeit_92_08_28b.

te, dass diese irgendwann nicht mehr auf Vorwände warten, sondern ihre gewalttätigen Aktionen regelmäßig ausführen würden.⁵²⁹

Auch in einem Artikel vom 4. September ging die *ZEIT* kritisch auf die Rolle der Politik ein. Hierbei kritisierte sie u.a. die „symbolischen Reaktionen“ auf die Gewalt mit der Bemerkung, dass es „schon aus unwichtigeren Anlässen Sondersitzungen des Bundestages gegeben“ hätte.⁵³⁰ Vermutlich sarkastisch wird bemerkt, dass die Gewalt von Rostock „offenbar den Aufwand nicht“ lohne, was als Unterstellung eines Desinteresses an den Vorgängen beziehungsweise eines Taktierens der Politik zu deuten ist.⁵³¹ Dies zeigt sich in den weiteren Ausführungen:

Gewiß sind auch Symbole in der Politik oft genug Gesten der Verlogenheit oder der Verlegenheit. Aber warum hat nicht die geballte politische Prominenz dieses Landes den Beifallklatschenden klargemacht, daß keine noch so schmerzliche Notlage es erlaubt, die Jagd auf Minderheiten zu eröffnen? Geschah die Unterlassung aus Angst um die eigene, ohnehin sinkende Beliebtheit? Dann hat sich nur erneut gezeigt: Zivilcourage zählt nicht zu den deutschen Tugenden. (zeit_92_09_04d)

Erneut wird Politikern und Politikerinnen Opportunismus vorgeworfen. Die *ZEIT* positioniert sich entschieden gegen die Gewalt und ihre Befürworter/-innen, indem sie aufzeigt, wie die Politik ihrer Meinung nach hätte reagieren müssen, es aber aus Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen unterlassen habe. Der Verweis auf die fehlende Zivilcourage verstärkt das Zitat, da es sich durch das Wort „erneut“ wie ein Vergleich mit dem Aufstieg und der Herrschaft der NSDAP liest.⁵³² Hierdurch wird Folgendes betont: Zeigen Politik und Gesellschaft keine Zivilcourage, so kann sich der Rechtsextremismus mit ungeahnten Folgen mühelos ausbreiten. Obendrein zeigten viele Politiker/-innen der *ZEIT* zufolge Verständnis „für jene [...], die ihren Zorn auf die Ausländer-Sündenböcke abluden“.⁵³³ Bei allem Bewusstsein, dass es sich bei vielen der Gewalttäter/-innen um „Deklassierte“ handle, müsse „die Politik auch ihnen gegenüber darauf bestehen, daß die Regeln der Zivilisation, des Rechtsstaates streng eingehalten werden.“⁵³⁴ Auch in diesem Artikel wird abermals auf das „Versagen der Politik“ bei der Vorgeschichte der Gewalttaten eingegangen.⁵³⁵ Der politische Umgang mit Fragen des Asylrechts wird scharf kritisiert und betont, dass der parteienübergreifende Streit „die Ressentiments und Ängste“ bestärke. Um dem entgegenzuwirken, müsse die Politik

⁵²⁹ zeit_92_08_28b.

⁵³⁰ zeit_92_09_04d.

⁵³¹ zeit_92_09_04d.

⁵³² zeit_92_09_04d.

⁵³³ zeit_92_09_04d.

⁵³⁴ zeit_92_09_04d.

⁵³⁵ zeit_92_09_04d.

„sich ehrlicher machen“, um real existierenden Problemen entgegenzutreten und sie wirklich zu lösen.⁵³⁶

Die *FAZ* beschränkte sich bei der Darstellung politischer Aspekte, wie bereits teilweise beim Oktoberfestattentat beobachtet, vor allem auf die Veröffentlichung von Positionen verschiedener politischer Vertreter/-innen. So habe die FDP bspw. „widerstrebend den Koalitionsfrieden mit der CDU“ gewahrt und nicht für eine Abberufung des Mecklenburger Innenministers Kupfer gestimmt.⁵³⁷ Trotzdem hätten einige FDP-Abgeordnete „schwere Kritik an der Regierung“ geübt und „nach der Mitschuld aller Parteien“ gefragt.⁵³⁸ Hierzu gehörten auch die Fragen,

[...] warum die zentrale Aufnahmestelle des Landes für Asylbewerber ausgerechnet in einem Wohngebiet eingerichtet worden sei, warum die Polizei ungenügend ausgerüstet sei, warum die Asylbewerber nicht früher umquartiert und warum die Feuerwehr bei ihren Löschversuchen am brennenden Heim Montag nachts nicht genügend geschützt worden sei. (faz_92_08_29b)

Die *FAZ* begleitet die Vorwürfe und Fragen nicht kommentierend, lässt aber Ministerpräsident Seite zu Wort kommen. Dieser betonte, dass die Landesregierung sich bemüht habe, „die Spannungen im Wohngebiet Lichtenhagen durch eine Verlegung der Asyl-Aufnahmestellen zu entschärfen“.⁵³⁹ Des Weiteren verkündete er, dass die Landesregierung „Abscheu und Entsetzen“ empfinde.⁵⁴⁰ Die SPD, so berichtet die *FAZ*, mache wiederum dem Ministerpräsidenten schwere Vorwürfe, da das fehlende Eingreifen der Polizei einer „unterlassenen Hilfeleistung“ gleiche.⁵⁴¹ Aufgrund der Verkettung von Fehlern sei es eine „Selbstverständlichkeit“, dass Innenminister Kupfer die „juristische, moralische und politische Verantwortung“ übernehme und zurücktrete.⁵⁴² Eine eigene Meinung zu den politischen Vorgängen publiziert die *FAZ* nicht, die Darstellung bleibt, wie bereits erwähnt, auf die Aussagen von Politikern und Politikerinnen beschränkt.

Die *BILD* wiederum hat sich sehr emotional mit der Dimension des Politischen auseinandergesetzt. So berichtete sie am 25. August, dass Politiker/-innen nach Rostock, „den Ort ihrer eigenen Schande“, reisten.⁵⁴³ In einem weiteren Artikel auf derselben Seite wird erörtert, was die *BILD* unter dem politischen Versagen versteht:

⁵³⁶ zeit_92_09_04d.

⁵³⁷ faz_92_08_29b.

⁵³⁸ faz_92_08_29b.

⁵³⁹ faz_92_08_29b.

⁵⁴⁰ faz_92_08_29b.

⁵⁴¹ faz_92_08_29b.

⁵⁴² faz_92_08_29b.

⁵⁴³ bild_92_08_25_s1.

Und die Politiker? Jahrelang haben sie sich allesamt vor einer klaren Regelung gedrückt. Gestern verurteilten sie die Ausschreitungen, so wie sie zuvor andere Ausschreitungen verurteilt haben. Reden, reden, reden ... (bild_92_08_25_s1a)

Auch die *BILD* wirft der Politik Tatenlosigkeit und ein taktisches Vorgehen vor. Dies lässt sich auch anhand der Titelseite vom 27. August 1992 belegen. Rund um die Überschrift „Ihr müßt euch schämen“ angeordnet, druckte sie Fotos von Politikern und Politikerinnen und ihren Positionen ab: „Björn Engholm (SPD), blockierte bis diese Woche“, „Rudolf Seiters (CDU), viele, viele Konferenzen“, „Otto Salms (FDP), Erst Nein, jetzt Ja“, „Heiner Geißler (CDU), will noch mehr Ausländer“, „Peter Gauweiler (CSU), Starke Sprüche, starke Sprüche“, „Gerhard Schröder (SPD), ist gegen Asylrecht-Änderung“ und „Heidi Wieczorek-Zeul (SPD), Asyl muß bleiben wie es ist“.⁵⁴⁴ Versehen mit dem Satz „Während die Politiker reden und reden, werden die Menschen in Deutschland immer wütender“ ist dies eine deutliche Kritik an den politischen Vertretern und Vertreterinnen.⁵⁴⁵

Die *BILD* inszeniert sich hier als Sprachrohr der Bürger/-innen, indem sie die Politiker/-innen auffordert, sich zu schämen. Gepaart mit mutmaßlich verkürzten und teilweise sehr sarkastisch dargestellten Positionen der genannten Politiker/-innen wird die Politik als Ganzes angegriffen. Kritisiert werden vor allem solche Politiker/-innen, die „noch mehr Ausländer“ wollen, sich gegen eine Änderung des Asylrechts aussprechen oder keine eindeutige Meinung vertreten.⁵⁴⁶ Dies zeigt sich auch in einem weiteren Artikel desselben Tages, der mit der Überschrift „Die Politiker reden jeden Tag was anderes“ betont, dass viele Aussagen der politischen Vertreter/-innen nur „Worthülsen ohne Substanz“ seien.⁵⁴⁷ Durch die ständige Hervorhebung, dass es „die“ Politiker seien, die sich fehlerhaft verhalten würden, konstruiert die *BILD* eine Distanz zwischen den Bürgern/Bürgerinnen und der Politik.⁵⁴⁸ Wir sind hier, während „die“ da oben sitzen und sich nicht für unsere Nöte interessieren, so könnte der Grundton dieser Kritik wohl umschrieben werden. Dazu passt die Darstellung des Besuchs Lothar Kupfers in Rostock-Lichtenhagen, der zufolge er „in seiner gepanzerten Limousine an der Schlacht vorbei [...] direkt ins Fernsehzentrum“ gefahren sei.⁵⁴⁹ Durch die Betonung der „gepanzerten Limousine“ wird eine Trennung zwischen Kupfer, der sich in einem gesicherten Luxusgefährt befindet, und den Nöten der Menschen auf der Straße unterstrichen.⁵⁵⁰ Auch der Ver-

⁵⁴⁴ bild_92_08_27_s1a.

⁵⁴⁵ bild_92_08_27_s1a.

⁵⁴⁶ bild_92_08_27_s1a.

⁵⁴⁷ bild_92_09_27_s2b.

⁵⁴⁸ bild_92_09_27_s2b.

⁵⁴⁹ bild_92_08_27_s2c.

⁵⁵⁰ bild_92_08_27_s2c.

weis, dass er direkt ins Fernsehstudio fahre, beinhaltet eine tiefere Aussage. Statt sich mit den Menschen vor Ort zu beschäftigen, fährt Kupfer lieber zu den Medien, um die, wie in einem anderen Artikel bereits beschrieben, „Worthülsen ohne Substanz“ verlauten zu lassen.⁵⁵¹

Die *BILD* stellt klar, dass sie sich im Gegensatz zu den Politikern und Politikerinnen für die Probleme der Bevölkerung interessiere. So veröffentlichte sie unter dem Hinweis, dass in der Redaktion „die Telefone nicht mehr still[ständen]“, die Meinung einiger Anrufer/-innen.⁵⁵² Ein Leser meinte, „diese Politiker haben bestimmt Wohnsitze weit entfernt von Asylanten-Unterkünften“, während ein Anderer konstatierte, dass die Volksvertreter/-innen „gar nicht mehr wissen, wen sie zu vertreten haben“.⁵⁵³ Die *BILD* lässt hier ihre Leser/-innen als opportune Zeug(inn)en auftreten. Die Meinungen, die hier geäußert werden, schwanken zwischen Halbwissen („Die Politiker haben bestimmt“) und dem Zorn darüber, dass die Politiker/-innen das Volk angeblich nicht mehr vertreten würden.⁵⁵⁴

Die Veröffentlichung solcher Auffassungen blieb kein einmaliges Vorgehen, denn nur zwei Tage darauf, am 29. August 1992, druckte die *BILD* viele weitere Äußerungen ihrer Leser/-innen zu den mutmaßlichen Versäumnissen der Politik ab.⁵⁵⁵ Hierzu gehörten Aussagen wie „Die Politiker haben die Verbindung zur Basis verloren, schwingen Reden, die das Volk erbittern und sorgen im übrigen nur für sich selbst“, „Die Politiker wohnen in schönen Villen. Ich habe auch nie gehört, daß sie Asylanten aufnehmen“, „Ich warte nur noch darauf, daß noch Eskimos kommen, mit dem Asyl-Anspruch, sie würden von Eisbären verfolgt“, „Der Zorn der Bevölkerung über diesen Saustall, den man aus dem Lande macht, wächst“ und „Unsere Politiker müssen sich wirklich schämen, und wenn sie so weiter machen [sic], werden sie 1994 ein blaues Wunder erleben“.^{556 557}

Auch hier ist wiederum eine starke Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung sichtbar. Neben den Vorwürfen, dass die Politiker/-innen nichts täten als zu reden und sich weit entfernt von den Nöten der Bevölkerung befänden, wurden auch Asylpolitik und Asylsuchende direkt kritisiert beziehungsweise belächelt. Es wurden eindeutige Drohungen veröffentlicht, die Politik müsse etwas

⁵⁵¹ bild_92_09_27_s2b.

⁵⁵² bild_92_08_27_s2c.

⁵⁵³ bild_92_08_27_s2c.

⁵⁵⁴ bild_92_08_27_s2c.

⁵⁵⁵ bild_92_08_29_s2.

⁵⁵⁶ bild_92_08_29_s2.

⁵⁵⁷ bild_92_08_29_s2.

An dieser Stelle sei bemerkt, dass alle sieben Verfasser dieser kritischen Kommentare aus Westdeutschland stammen (2x Bayern, 2x Rheinland-Pfalz, je 1x Hessen, Hamburg und Bremen), während kein Kommentar aus Ostdeutschland oder gar Rostock zu den politischen Verhältnissen veröffentlicht wurde.

ändern, wolle sie im kommenden Jahr nicht „ihr blaues Wunder“ erleben.⁵⁵⁸ Es ist fraglich, ob Zeitungen in der heutigen Zeit solch extreme Positionen abdrucken würden. Klar ist, dass die *BILD* durch die Veröffentlichung solcher, teils gehässiger Aussagen die Stimmung eines Teils der Bevölkerung darstellt, jedoch nicht zur Deeskalation der Lage beigetragen hat. Während all die genannten Kommentare sich tendenziell gegen eine angeblich zu nachgiebige Asylpolitik gerichtet haben, sei jedoch bemerkt, dass es auch eine Stimme in der *BILD* gab, die sich kritisch mit der Rolle der Politik hinsichtlich der Einschätzung der Gefahr des Rechtsextremismus beschäftigte. Hierbei wurde vermutet, dass sicherlich härter durchgegriffen worden wäre, wenn „die Randalierer in Rostock linksradikal“ gewesen wären, jedoch „die Gefahr von rechts [...] bei uns keiner richtig wahr[nehme]“.⁵⁵⁹

Im Laufe einiger Tage begann die *BILD*, weitere Kritik zu formulieren. So berichtete sie am 2. September 1992 unter der Überschrift „Asyl-Krawalle: Bonn wußte lange Bescheid“, dass das Innenministerium schon seit Mai von „den unhaltbaren Zuständen der Unterbringung von Asylbewerbern in Rostock“ wusste.⁵⁶⁰ Es sei vor einem „Asylchaos“ gewarnt worden.⁵⁶¹ Zu Beginn des Artikels stellt die *BILD* die Frage, ob mit diesem Wissen „die Neonazi-Randale in Rostock doch verhindert werden“ hätten können und überträgt die Schuld so auf die von ihr beschriebene Tatenlosigkeit der Politiker/-innen.⁵⁶² Eine ähnliche Argumentationslinie ist in einem Kommentar vom 14. September 1992 zu erkennen, in dem die „Behäbigkeit“ der Politik als „unverantwortlich“ bezeichnet wird.⁵⁶³ Es sei nun an der Zeit, die Asylproblematik zu lösen. Die „Wartezeit“ müsse durch eine „Tatzeit“ ersetzt werden, da „die Straße“ sonst „zum Tatort“ werde.⁵⁶⁴ Abgesehen davon, dass die Straße schon längst zum Tatort geworden war, ist auch hier wieder eine starke Kritik an der angeblichen Diskussionsfreudigkeit bei gleichzeitiger Tatenlosigkeit seitens der Politik zu erkennen. Ähnlich verhält es sich mit einem weiteren Kommentar vom 1. Oktober 1992, der anlässlich des Tages der Deutschen Einheit unter der Überschrift „Das anständige Deutschland“ veröffentlicht wurde, in Teilen jedoch etwas differenzierter als der zuvor angesprochene Kommentar argumentiert.⁵⁶⁵ So heißt es folgendermaßen:

⁵⁵⁸ bild_92_08_29_s2.

⁵⁵⁹ bild_92_08_29_s2.

⁵⁶⁰ bild_92_09_02_s2.

⁵⁶¹ bild_92_09_02_s2.

⁵⁶² bild_92_09_02_s2.

⁵⁶³ bild_92_09_14_s2.

⁵⁶⁴ bild_92_09_14_s2.

⁵⁶⁵ bild_92_10_01_s2.

Polizeiliche Maßnahmen sind notwendig, aber sie reichen nicht aus. Der Agitation von rechts muß der Nährboden entzogen werden. CDU/CSU und SPD müssen den Streit um das Asylrecht beenden und eine Regelung durchsetzen, die die Zuwanderung nach Deutschland steuerungsfähig macht. (bild_92_10_01_s2)

Hier werden Ereignisketten angesprochen. Es wird nicht mehr die Politik alleine verantwortlich gemacht. Vielmehr wird ihr eine Mitverantwortung dafür zugesprochen, dass die „Agitation von rechts“ erfolgreich sei.⁵⁶⁶ Dies könne man nur verhindern, wenn man den Parteienstreit beende und die Zuwanderung auf welche Art auch immer „steuerungsfähig“ mache.⁵⁶⁷ Auch in einem Kommentar vom 24. November 1992 wird ein schneller Parteienkonsens gefordert und betont, dass es nicht mehr an der Zeit sei, „parteipolitische Süppchen zu kochen“.⁵⁶⁸ In dem Artikel wird nicht der politische Streit als Problem angesehen, sondern die „Asylüberschwemmung“.⁵⁶⁹ Dies bedeutet eine Positionierung dahingehend, dass es zu viele Asylsuchende in Deutschland gibt, was einer zumindest ansatzweisen Legitimierung der Gewalt entspricht.

Die Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morde

Bei der Berichterstattung nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ ist ein neues Muster bei der Darstellung der politischen Dimension zu erkennen. An vielen Stellen wird der Politik vorgeworfen, auf dem rechten Auge blind gewesen zu sein. So berichtete die *ZEIT* am 25. November 2011 über den Umgang des sächsischen Ministerpräsidenten Stanislas Tillich (CDU) mit linken Projekten gegen rechts und zitiert hierbei Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) wie folgt:

Tillichs Truppen beschlagnahmten den Lautsprecherwagen, mit dem die Antirassisten um den linksanarchischen Jugendpfarrer Lothar König Dresdens christdemokratische Ruhe gestört hatten. Diese Arroganz der herrschenden Partei,⁵⁷⁰ sagt der SPD-Mann Schröter. Diese Das-Land-gehört-uns-Haltung, auch in Fragen des Extremismus. Man ist blind auf dem rechten Auge. Die Politik könnte so viele Zeichen der Ermutigung in der Zivilgesellschaft setzen – auch Herr Tillich in Sachsen. Aber die CDU fürchtet, dass die Unterstützung linker Träger linke Wähler erzeugt. Oberbürgermeister Schröter lud Ministerpräsident Tillich nach Jena ein, zum Gespräch über Strategien gegen rechts. Den Brief erwiderte ein Staatsanwalt. Anmaßend und belehrend, sagt Schröter und erwähnt gewisse Unterschiede in den DDR-Biografien. Schröter war Nicht-FDJler und Pfarrer, Tillich Abteilungsleiter im Rat des Kreises Kamenz. (zeit_11_11_24d)

Der sächsischen CDU wird vorgeworfen, aus politischem Kalkül linke Projekte nicht nur nicht zu unterstützen, sondern sie auch zu stören, da sie fürchte, sonst Wählerstimmen zu verlieren. Dies bedeute im Umkehrschluss eine indirekte Stärkung der rechten Szene, da diese nur durch eine starke Zivilgesellschaft richtig bekämpft werden könne. Auch wird betont, dass Tillich wohl wenig aus

⁵⁶⁶ bild_92_10_01_s2.

⁵⁶⁷ bild_92_10_01_s2.

⁵⁶⁸ bild_92_11_24_s2.

⁵⁶⁹ bild_92_11_24_s2.

⁵⁷⁰ Im Original-Artikel werden keine Anführungszeichen zur Markierung von Zitaten genutzt.

dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ gelernt habe, da er nicht bereit sei, sich mit dem Jenaer Oberbürgermeister über Strategien gegen den Rechtsextremismus zu unterhalten. Untermauert wird das Bild eines opportunistischen Politikers durch den Verweis, dass er bereits in der DDR eine politische Karriere gemacht habe. Hierdurch wird ein nicht störungsfreies Verhältnis des sächsischen Ministerpräsidenten zur Demokratie suggeriert. Eine ähnliche Argumentation folgt in einem *ZEIT*-Artikel vom 23. Februar 2012. Auch hier wird kritisiert, die Parteien fürchteten sich davor, „die Sarrazin-Fans in den eigenen Reihen, die den Islam und am liebsten gleich alle Einwanderer verbannen möchten, zu verschrecken“.⁵⁷¹ In der Folge werde zivilgesellschaftlichen linken Projekten gegen rechts nicht genügend Unterstützung gegeben und gleichzeitig der Rechtsextremismus als Problem kleingeredet.⁵⁷² Die *ZEIT* hingegen besteht darauf, dass man Rechtsextremist(inn)en nur „zu einer isolierten Gruppe machen“ könne, wenn die Politik sich zu einem konsequenten Handeln gegen rechts entscheide.⁵⁷³

Am 5. Juli 2012 veröffentlichte die *ZEIT* einen weiteren Artikel, der sich mit Sachsens Regierung beschäftigte. Hier wurde kritisiert, dass diese versuche, die gesamte Schuld für die ‚NSU‘-Morde auf Thüringen zu übertragen, da Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ursprünglich aus Jena stammten.⁵⁷⁴ Stark in der Kritik steht hierbei neben dem sächsischen Innenminister Markus Ulbig (CDU) erneut Stanislaw Tillich:

Man muss sich jetzt manches eingestehen. Auch dass man selbst versagt hat. Dass aber ausgegerechnet Ulbig, der große Kämpfer gegen Neonazis, zu solchem Eingeständnis nicht bereit ist: Das zeigt, wie wenig Sachsens Regierung bisher durchschaut, dass die Welt nun eine andere ist. Was sagte Stanislaw Tillich (CDU) im November 2011 öffentlich zum NSU? Zwei Wochen lang: kein Wort. Nach Zwickau fuhr er nicht, dort stellte sich Ulbig auf die Bühne, als sein Chef vorm NSU-Gedenken kniff. Ulbig zeigte kurz Mut, doch der verließ ihn bald. Die Aufarbeitung des Behördenversagens verschleppt er bis heute. (zeit_12_07_05b)

Kritik erfährt also nicht nur das Verhalten der sächsischen Politik vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘. Gleichesmaßen wird an dieser Stelle der Umgang der Landesregierung mit der Aufklärung der Mordserie infrage gestellt. Tillich wird hier als Politiker verhandelt, der die Zeichen der Zeit und die Zäsur, die die ‚NSU‘-Morde mit sich gebracht hätten, nicht verstanden habe. Ulbig, der zu Beginn des Artikels noch für sein entschiedenes Einstehen gegen den Rechtsextremismus in seiner Zeit als Pirnaer Oberbürgermeister gelobt wird, hat der *ZEIT* zufolge Mut und Format verloren und könne hierdurch stellvertretend für die Weltfremdheit der Landesregierung stehen. Hinzu komme

⁵⁷¹ zeit_12_02_23b.

⁵⁷² zeit_12_02_23b.

⁵⁷³ zeit_12_02_23b.

⁵⁷⁴ zeit_12_07_05b.

der Unwille, die Morde systematisch und gründlich aufzuarbeiten. Dies wird gleichermaßen durch Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) kritisiert.⁵⁷⁵ Die *ZEIT* vergleicht Thüringen und Sachsen und stellt fest, dass Sachsens Abschlussbericht zum „NSU“ lediglich 23 Seiten umfasse, während Thüringen die Morde in weitaus selbtkritischerer Form auf 266 Seiten aufgearbeitet habe.⁵⁷⁶ In einem anderen Artikel der *ZEIT* sieht die CDU sich der Kritik ausgesetzt, Rechtsradikale zu lange als „Konkurrenten“ und nicht als „Kriminelle“ betrachtet zu haben.⁵⁷⁷ Unterstrichen wird, „dass der Rechtsextremismus vor allem in Bundesländern Teil der Alltagskultur geworden ist, in denen christdemokratische Innenminister amtieren: in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen“.⁵⁷⁸ Der Rechtsextremismus wird nicht wie so oft als Problem Ostdeutschlands verhandelt, sondern als Problem von Bundesländern mit Innenministern und Innenministerinnen der CDU. Als ein ostdeutsches Spezifikum wird lediglich genannt, dass der Kampf gegen rechts in den Köpfen der CDU „im Osten immer eine Sache der Linken“ gewesen sei „und mit deren Tradition wollte man sich nicht gemeinmachen“.⁵⁷⁹ Erneut wird also ein Unwille von Teilen der Union kritisiert, sich entschieden im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu positionieren.

Es fällt auf, dass die *ZEIT* sich im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morde am stärksten mit der politischen Dimension beschäftigt. Die *FAZ* befasst sich nicht damit, während die *BILD* sich der Problematik immerhin in zwei Kommentaren zum Versagen der Geheimdienste annimmt⁵⁸⁰, so bspw. am 16. November 2011:

Jetzt weiß die Politik plötzlich wieder alles besser! Jetzt tönen die Politiker: Der Verfassungsschutz war auf dem rechtlichen Auge blind. Sie fordern: mehr staatliche Kontrolle. Sie grummeln: Sechzehn Landesämter für Verfassungsschutz – das ist zu viel! Wer kontrolliert denn den Verfassungsschutz? Wer hat die Klein-Klein-Struktur geschaffen, in der Agenten ihre Erkenntnisse im Tresor verschließen? Das war die Politik! (bild_11_11_16_s2a)

Abgesehen davon, dass wohl keiner der zu dieser Zeit amtierenden Politiker/-innen bei der Gründung und dem Beschluss über den föderalen Aufbau der BRD beteiligt war, sind hier weitere polemische Muster zu erkennen. Wie bereits bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen analysiert, ist auch hier wieder eine konstruierte Trennung zwischen den Bürgern/Bürgerinnen und „den“ Politikern und Politikerinnen zu erkennen. Dies geschieht z. B. durch Aussagen, dass „die“ Politik

⁵⁷⁵ zeit_12_07_05b.

⁵⁷⁶ zeit_12_07_05b.

⁵⁷⁷ zeit_12_09_27.

⁵⁷⁸ zeit_12_09_27.

⁵⁷⁹ zeit_12_09_27.

⁵⁸⁰ zeit_12_09_27.

Die Ebene der Behördenkritik wird in Kapitel 4.8 besprochen. Aus diesem Grund sollen an dieser Stelle nur die auf die Politik bezogenen Aspekte der Aussagen beachtet werden.

„plötzlich“ wieder alles besser wisse und dass „die“ Politiker nun „tönen“ würden.⁵⁸¹ Es wird jedoch auch kritisiert, dass politische Vertreter/-innen ihren Kontrollpflichten hinsichtlich des Verfassungsschutzes nicht nachgekommen seien. An späterer Stelle wird konstatiert, dass die Politik „die Kontrolle schlampen lassen“ habe.⁵⁸² Es sei nun an der Politik, bessere Steuerungsmechanismen für die Geheimdienste zu beschließen, da nur solch ein Vorgehen vor Verbrechen schütze.⁵⁸³ Ähnlich liest sich ein weiterer Kommentar desselben Verfassers vom 6. Juli 2012:

Der Verfassungsschutz soll die Bürger vor Nazi-Terroristen schützen, doch er strotzt vor Schlampelei und Intrigantentum. Präsident Heinz Fromm wurde zum Opfer der Messerwetzer und Vertuscher aus den eigenen Reihen. Doch wer schützt uns vor Verfassungsschützern, die Akten schreddern, statt Morde aufzuklären? Es ist die Politik, die sich jetzt vor Eifer überschlägt. Dabei hat sie versagt. Sie hat den Verfassungsschutz gewähren lassen, als wäre er ein Staat im Staate. Sie hat nicht kontrolliert. Sie hat Chefs bestellt, die ihren Jobs nicht gewachsen waren. Sie hat geduldet, dassbrisantes Material im Aktenschrank moderte, statt Ermittlungen voranzutreiben. Ein Untersuchungsausschuss, in dem Politiker sich selbstzufrieden ihre Hände in Unschuld waschen, wäre ein Skandal hoch zwei. Der von seinen Mitarbeitern betrogene Präsident darf nicht das Bauernopfer sein. Auch die Politik muss ihre Schuld bekennen. Sonst hat sie das Vertrauen der Bürger verspielt. (bild_12_07_06_s2a)

Wie bereits erwähnt, soll die Kritik am Verfassungsschutz hier zurückgestellt werden, da dieser Aspekt im nächsten Kapitel ausführlicher besprochen wird. Es fällt auf, dass beide in der *BILD* veröffentlichten Kommentare von einem sehr abstrakten Begriff der Politik ausgehen. Wird in den Artikeln der *ZEIT* bspw. vor allem von einem Versagen vieler CDU-Politiker/-innen ausgegangen, so verhandelt man hier „die Politik“ als ein in sich geschlossenes und homogenes Konstrukt.⁵⁸⁴ Ein ganzer Berufsstand wird des Versagens bezichtigt, statt sich genauer anzusehen, welche Politiker/-innen tatsächlich Fehler gemacht haben. Stattdessen wird verlangt, dass sich Politiker nicht „selbstzufrieden ihre Hände in Unschuld waschen“ dürfen und „die Politik [...] ihre Schuld bekennen“ müsse.⁵⁸⁵ Auch wenn das politische System, das solch ein fehlerhaftes Vorgehen zulässt, durchaus zu kritisieren ist, fällt auf, dass in der *BILD*, wie auch schon im Fall Rostock-Lichtenhagens, keine Differenzierung stattfindet. Es geht stattdessen um die Diskreditierung von denjenigen, die in den Augen der Verfasser/-innen kollektiv versagt haben. Hierdurch wird ein Misstrauen gegenüber dem gesamten politischen System propagiert, während politische Vertreter/-innen, die sich solcher Probleme annehmen, nicht nur nicht genannt, sondern mit anderen unter einen Generalverdacht des Versagens und des Müßiggangs gestellt werden. Die Formulierung von Kritik und die Überwachung

⁵⁸¹ bild_11_11_16_s2a.

⁵⁸² bild_11_11_16_s2a.

⁵⁸³ bild_11_11_16_s2a.

⁵⁸⁴ bild_12_07_06_s2a.

⁵⁸⁵ bild_12_07_06_s2a.

der Politik ist im Allgemeinen eine der wichtigsten Funktionen der Medien. An dieser Stelle scheint sie jedoch polemisch, da nicht spezifischer auf die Zusammenhänge eingegangen wird. Es werden zwar einzelne Aspekte, wie bspw. die mangelnde Kontrolle durch die Politik, genannt, insgesamt bleibt die Kritik aber in einem oberflächlichen Stadium. Da die Kommentare auch nicht durch Hintergrundberichte begleitet werden, die näher auf die Vorwürfe eingehen, bleibt der Informationsgehalt darauf beschränkt, dass das ‚politische Kollektiv‘ versagt habe.

Zum Staatswesen gehören jedoch nicht nur Politiker/-innen und ihre Ämter. Auch Behörden sind ein integraler Bestandteil der staatlichen Funktionsweise, sodass im nächsten Kapitel die Bewertung der Behörden durch die untersuchten Zeitungen analysiert und entsprechend geklärt werden soll.

4.8 Vom strukturellen zum individuellen und institutionellen Versagen – die Bewertung der Behörden

In diesem Kapitel wird beschrieben, wie die untersuchten Zeitungen die Rolle des deutschen Behördenapparats, so z.B. der Polizei und Geheimdienste, bewertet haben. Hierbei werden auf der einen Seite Kritik an den entsprechenden Behörden, auf der anderen Seite aber auch ihre Verteidigung und die Suche nach Ursachen für ein bestimmtes Fehlverhalten betrachtet. Da die Rolle der Behörden im Fall des Oktoberfestattentats von den in dieser Arbeit analysierten Zeitungen nicht thematisiert wurde, beginnt die Beschreibung direkt mit den Gewaltakten von Rostock-Lichtenhagen.

Rostock-Lichtenhagen

Am 28. August 1992 berichtete die *ZEIT* wie folgt über den Polizeieinsatz vor der ZASt:

Jetzt gibt es kein Halten mehr, Pflastersteine fliegen von allen Seiten, und die ersten Mollis schlagen unter Jubelrufen zwischen den Polizisten ein. Die erhalten zwar endlich Verstärkung, doch während ihre dilettantischen und halbherzigen Stoßtruppversuche ins Leere laufen und zwei Wasserwerfer aus München und Schwerin Sprühregen in die Luft blasen, prasseln scharfkantige Steine, Flaschen und Molotowcocktails von überall her nieder. (zeit_92_08_28)

Bei diesem Zitat fällt auf, dass die Kritik vor allem in der Wortwahl steckt. Der Verweis darauf, dass die Polizei „endlich“ Verstärkung erhalten hätten, weist darauf hin, dass dies der *ZEIT* zufolge zu spät geschehen ist.⁵⁸⁶ Die Darstellung der „dilettantischen und halbherzigen Stoßtruppversuche“ ist eine direkte und deutliche Kritik am Vorgehen der Einsatzkräfte, denen sowohl Unfähigkeit als auch mangelnde Einsatzbereitschaft unterstellt wird.⁵⁸⁷ Ähnlich verhält es sich mit der Erwähnung, dass die Wasserwerfer „Sprühregen in die Luft blasen“ würden.⁵⁸⁸ Es wird suggeriert, dass die Polizei nicht alles unternommen hätte, um die Gewalttäter/-innen zu stoppen, da Wasserwerfer, werden sie konsequent eingesetzt, eine große Wirkung entfalten können. Als Gegenentwurf wird beschrieben, wie „scharfkantige Steine, Flaschen und Molotowcocktails“ geworfen worden seien.⁵⁸⁹ Durch diese Schilderung scheint es der Leserschaft so, als ob die Gewalttäter/-innen dazu bereit wären, bis zum Äußersten zu gehen, während sich die Polizei mit einer defensiven Taktik zufrieden gebe. In einem Artikel desselben Tages wird auf die Hintergründe des zurückhaltenden Vorgehens der Polizei ausführlicher eingegangen:

⁵⁸⁶ zeit_92_08_28.

⁵⁸⁷ zeit_92_08_28.

⁵⁸⁸ zeit_92_08_28.

⁵⁸⁹ zeit_92_08_28.

Und deshalb wiegen das Versagen des Schweriner Innenministers, des Rostocker Polizeichefs und das tumb-dreiste Gerede des Ministerpräsidenten Seite so schwer. Obwohl sie seit Tagen vorgewarnt waren, obwohl die Krawalle schon Nächte lang währten, haben sie nicht mehr zu stande gebracht als unverständliche Stümperei und stümperhaftes Verständnis für die Militanz. Gewiß, die aus der Diktatur in die Demokratie entlassene Polizei im Osten hat es schwer. Aber fällt es denn ihren dienstlichen und politischen Vorgesetzten so schwer zu begreifen, daß der Terror unter gar keinen Umständen siegen darf? (zeit_92_08_28b)

Innenminister Kupfer und Ministerpräsident Seite als auch der Rostocker Polizeichef werden hier scharf kritisiert. Ihnen wird die Verantwortung für das Versagen der Polizei zugeschrieben. Außerdem betrachtet die *ZEIT* ihr Verständnis für die „Militanz“ und ihre „unverständliche Stümperei“ sehr kritisch und begleitet dies mit deutlichen und harschen Worten.⁵⁹⁰ Es wird zwar auch ein gewisses Grundverständnis für die Polizei geäußert, da der Übergang von der „Diktatur in die Demokratie“ nicht einfach sei.⁵⁹¹ Gemeint ist jedoch möglicherweise, dass die Polizist/-innen bislang nur geringe Erfahrung mit Protestaktionen und Ausschreitungen sammeln konnten und die Einschätzung der Situation in Verbindung mit maßvollem Handeln vor diesem Hintergrund in der Folge nicht einfach ist. Dennoch wird in dem Zitat auch die Frage gestellt, ob es wirklich so schwer zu begreifen sei, dass man solchen Gewalttäter/-innen Einhalt gebieten müsse.

Neben dem Hinweis in einem Artikel vom 4. September 1992, es sei unverständlich, dass die Behörden immer noch erlauben würden, dass „zwei Kioske bis Mitternacht Bier verkaufen“, also selbst einfachste Maßnahmen der Deeskalation und Eindämmung der Enthemmung und Gewaltbereitschaft nicht getroffen würden, ging die *ZEIT* am 25. September noch einmal auf die Rolle der Polizei ein.⁵⁹² In diesem Zusammenhang kam ein ostdeutscher Polizist zu Wort, der betonte, dass er und seine Kolleg(inn)en, entgegen häufiger Vorwürfe, auf keinem Fall mit den Gewalttätern und Gewalttäterinnen sympathisieren würden.⁵⁹³ Die *ZEIT* erwähnt zwar, dass die Polizei in Rostock „ein jämmerlich untägliches Bild abgab“, betont aber auch, dass es keine Beweise gebe, dass ostdeutsche Ordnungshüter/-innen hierbei besonders anfällig für rechtes Gedankengut seien.⁵⁹⁴ Bisher sei es der rechtsextremen Partei ‚Die Republikaner‘ lediglich gelungen, „unter westdeutschen Polizisten eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern [zu] rekrutieren“.⁵⁹⁵ Nicht etwa Sympathien von Polizist(inn)en gegenüber dem Rechtsextremismus, sondern „eine unzulängliche Ausbildung, die ungenügende Ausrüstung sowie die insgesamt miserablen Arbeitsbedingungen im Polizeidienst“ seien

⁵⁹⁰ zeit_92_08_28b.

⁵⁹¹ zeit_92_08_28b.

⁵⁹² zeit_92_09_04; zeit_92_09_25.

⁵⁹³ zeit_92_09_25.

⁵⁹⁴ zeit_92_09_25.

⁵⁹⁵ zeit_92_09_25.

für das Versagen der Polizei verantwortlich.⁵⁹⁶ Zu beachten sei auch, dass es insgesamt zu wenige Polizist(inn)en gebe und „zehn bis fünfzehn Prozent“ der aktiven Beamt(inn)en „politisch belastet“⁵⁹⁷ seien.⁵⁹⁸ Ein weiteres Problem sei, dass innerhalb der ostdeutschen Polizei „bei manchen das alte Obrigkeitssdenken noch fest in den Köpfen“ sitze.⁵⁹⁹ So warte die untere Dienststelle „in aller Regel auf ein Zeichen von oben – und in der vorgesetzten Behörde harren alle Kollegen dem Kommando ihrer Vorgesetzten“.⁶⁰⁰ Die westdeutsche Polizei habe Jahre gebraucht, um Deeskalationsstrategien und eine Modernisierung des Kommunikationsapparates zu verinnerlichen; aus diesem Grund könne man nicht verlangen, dass ihr ostdeutsches Pendant von einer Sekunde auf die nächste auf ihrem Stand sei.⁶⁰¹ Insgesamt geht die *ZEIT* also auf strukturelle Defizite der ostdeutschen Polizeibehörden ein und kritisiert die schlechte Finanzierung, Ausrüstung und Ausbildung derselben. Die Polizist(inn)en als Individuen werden im Gegenzug in diesem Artikel somit verteidigt.

Die *FAZ* berichtete am 25. August 1992 von dem Angriff auf die ZASt. Die Polizei sei „dagegen pflichtgemäß vorgegangen“.⁶⁰² Die *FAZ* übt somit keine Kritik am Vorgehen der Polizei, im Gegen teil, sie schreibt, dass die Beamt(inn)en „pflichtgemäß vorgegangen“ seien, was einem Lob für den Einsatz entspricht.⁶⁰³ Man kann argumentieren, dass der Tag, an dem die Gewalt in Rostock-Lichtenhagen begann, nämlich der 22. August 1992, ein Samstag war, am darauffolgenden Tag also auch nur schwer Informationen zu beschaffen waren. Da der Artikel aber an einem Dienstag erschien, ist es unwahrscheinlich, dass der Informationsfluss über das Vorgehen der Polizei bis zum Redaktionsschluss nicht auch die *FAZ*-Redaktion erreichte. Vor diesem Hintergrund ist es auffällig, dass die *FAZ* den Polizeieinsatz positiv bewertete. In einem Artikel vom 26. August 1992, der unkommentiert Aussagen von politischen und behördlichen Vertretern und Vertreterinnen darstellte, wurde erwähnt, dass die Rostocker Staatsanwaltschaft „die fehlende Präsenz der Polizei bei den Ausschreitungen in der Nacht zum Dienstag“ prüfen wolle und die SPD von einem „skandalösen Fehlverhalten der Polizei“ spreche.⁶⁰⁴ Es fällt auf, dass die Rostocker Staatsanwaltschaft sich nur auf Fehler „in der Nacht zum Dienstag“ stützt, wohingegen die Polizei die Situation schon in den vorausgegangenen Tagen nicht unter Kontrolle gehabt habe (Geelhaar/Marz/Prenzel 2013,

⁵⁹⁶ zeit_92_09_25.

⁵⁹⁷ Hierbei ist davon auszugehen, dass politische Belastung aus DDR-Zeiten gemeint ist.

⁵⁹⁸ zeit_92_09_25.

⁵⁹⁹ zeit_92_09_25.

⁶⁰⁰ zeit_92_09_25.

⁶⁰¹ zeit_92_09_25.

⁶⁰² faz_92_08_25b.

⁶⁰³ faz_92_08_25b.

⁶⁰⁴ faz_92_08_26c.

S. 145 ff.). Möglicherweise wurden die Tage zuvor aber nicht mit einem Versagen der Polizei in Verbindung gebracht, was die Beschreibung des pflichtgemäßen Vorgehens im Artikel des Vortages erklären würde.

Ähnlich wie in der *ZEIT* wird auch im *FAZ*-Artikel vom 26. August die Kritik an der schlechten Ausrüstung der ostdeutschen Polizist(inn)en und Abspracheprobleme zwischen der Einsatzzentrale und der Einsatzleitung erwähnt. Deshalb sind sie dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei zufolge „nicht in der Lage gewesen, derartigen Ausschreitungen zu begrenzen“.⁶⁰⁵ Im Gegenzug wird der CDU-Landesinnenminister Kupfer zitiert, die Polizei habe bewiesen, „daß sie in der Lage gewesen sei, den Auftrag umzusetzen, den sie von ihm und von der Einsatzleitung bekommen habe“.⁶⁰⁶ Am 28. August wurde ein weiteres Mal auf die mangelhafte Ausrüstung der Polizei eingegangen und angeführt, dass die Polizist(inn)en über keine Knieschützer verfügen würden, sodass „kurzfristig sogar bei Sportvereinen deswegen Erkundigungen angestellt“ worden seien.⁶⁰⁷ Auch habe es „mehrere Fehler in der Organisation der Einsätze gegeben, weil die unterschiedlichen staatlichen Stellen nicht ausreichend zusammengearbeitet hätten“.⁶⁰⁸

Einen Tag später berichtete die *FAZ*, dass geplant sei, einen Untersuchungsausschuss zu Rostock-Lichtenhagen einzusetzen. Hierbei wurden auch Stimmen aus der SPD berücksichtigt, die besagten, dass der „planlose Einsatz der Polizeikräfte [...] den Randalierern erst den rechtsfreien Raum geöffnet“ habe.⁶⁰⁹ Im Gegenzug wurde, ähnlich wie in der *ZEIT*, aber auch Verständnis für die Schwierigkeiten der ostdeutschen Polizei im Zuge der Wiedervereinigung geäußert. Trotzdem komme die Untätigkeit der Polizei „unterlassener Hilfeleistung“ gleich.⁶¹⁰ Die Aufhebung von Recht und Gesetz in Rostock-Lichtenhagen sei auch möglich gewesen, da „weder der Polizeichef noch der Innenminister [...] zu dieser Zeit am Ort gewesen“ seien.⁶¹¹ Auch in der *FAZ* werden also weniger die Beamte(n) selbst, als vielmehr ihre Vorgesetzten und die mangelhaften (Infra-)Strukturen innerhalb der ostdeutschen Polizei als die Schuldigen für das Polizeiversagen angesehen.

⁶⁰⁵ faz_92_08_26c.

⁶⁰⁶ faz_92_08_26c.

⁶⁰⁷ faz_92_08_28.

⁶⁰⁸ faz_92_08_28.

⁶⁰⁹ faz_92_08_29b.

⁶¹⁰ faz_92_08_29b.

⁶¹¹ faz_92_08_29b.

Die unmittelbare Berichterstattung zu den ‚NSU'-Morden

In der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU'-Morden fällt hinsichtlich der Thematisierung der Behörden auf, dass eher wohlwollend über die Ermittlungsstellen berichtet wurde. Obwohl die Beamte(n) mehrere Jahre lang keine Täter/-innen ausfindig machen konnten, scheint dies kein Anlass für Kritik gewesen zu sein. Auch die klischeebehafteten Namen der Sonderkommissionen, so z.B. „Halbmond“ oder „Bosporus“ werden nicht hinterfragt.⁶¹² In der *FAZ* werden die Bemühungen der Fahnder/-innen nüchtern beschrieben und an einigen Stellen betont, dass sich die Ermittlungen sehr schwer gestalteten, da es keine erfolgsversprechende Zeug(inn)enaussagen gebe.⁶¹³ Es wurde auch über Maßnahmen der Polizei berichtet, so z.B. den Aufbau eines Datenpools, in dem sämtliche Ermittlungsbehörden ihr Wissen teilen sollten.⁶¹⁴ Im Jahr 2008 berichtete die *FAZ* schließlich, dass die Ermittlungsgruppe verkleinert werde.⁶¹⁵ Insgesamt wurde den Ermittlern und Ermittlerinnen kein Vorwurf gemacht, die Täter/-innen bislang nicht gefunden zu haben. Es wurde eher die Lesart vertreten, dass der Fall schwierig sei. Dies suggeriert, dass es nicht in der Verantwortung der Behörden liege, dass die Morde noch nicht aufgeklärt worden sind.

Die *BILD* widmete einen Artikel dem Leiter der ‚Soko Bosporus‘, Wolfgang Geier.⁶¹⁶ Geier wurde im Artikel zitiert, er „werde geholt, wenn sonst nichts mehr geht“.⁶¹⁷ Auch hier stehen wieder die Schwierigkeit des Falles und die komplizierten Ermittlungen im Mittelpunkt der Betrachtung. Verteidigt wurden die Ermittler/-innen durch die Aussage, Geier arbeite „zwölf Stunden täglich“ an dem Fall, weshalb seine Frau „ihn nur selten“ sehe.⁶¹⁸ Die Untersuchungen liefen weiter auf Hochdruck und die Ermittler/-innen wüssten mehr, als sie der Öffentlichkeit aktuell preisgeben könnten.⁶¹⁹ Auch die *BILD* schien also bemüht, nicht nur keine Kritik an den Ermittlern und Ermittlerinnen zu üben, sondern zusätzlich noch Verständnis für diese auszudrücken.

Ein gewisses Misstrauen ist lediglich bei der Berichterstattung hinsichtlich der mutmaßlichen Anwesenheit des Verfassungsschützers Andreas T. beim Mord an Halit Yozgat erkennbar. So berichtete die *FAZ* am 15. Juli 2006, dieser stehe unter Mordverdacht und sei den Ermittlern und Ermittle-

⁶¹² faz_05_06_20; faz_06_07_15; bild_05_06_18_s3; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6; bild_06_07_14_s6.

⁶¹³ faz_06_04_19; faz_08_02_01.

⁶¹⁴ faz_06_04_15.

⁶¹⁵ faz_08_02_01.

⁶¹⁶ bild_06_04_13_s6.

⁶¹⁷ bild_06_04_13_s6.

⁶¹⁸ bild_06_04_13_s6.

⁶¹⁹ bild_06_04_13_s6.

rinnen „verdächtig“.⁶²⁰ Diese Entwicklungen lassen sich „wie das Szenario eines Thrillers“.⁶²¹ Der Beschuldigte habe zugegeben, am Tatort gewesen zu sein, diesen aber „kurz vor der Tat verlassen zu haben“.⁶²² In der Folge hätten Ermittler(inn)en in seiner Wohnung ein Buch über Serienmorde gefunden und ein Zeuge habe T. mit einer Tüte gesehen, die im Zusammenhang mit einem anderen Mord der Serie ebenfalls beschrieben wurde.⁶²³ Da die Indizien nicht ausreichten und die Ermittler(inn)en „vergeblich“ nach weiteren Anhaltspunkten gesucht hätten, sei T. jedoch nicht in Gewahrsam genommen worden.⁶²⁴ Dem Oberstaatsanwalt zufolge müsse man „die Angelegenheit kühl betrachten“, auch wenn die Ermittlungen gegen den Verfassungsschützer fortgesetzt werden würden.⁶²⁵ Die *FAZ* betonte zwar, dass T. sich nach den öffentlichen Fahndungsaufrufen und der Berichterstattung über den Mord nicht bei der Polizei gemeldet habe, führte aber nicht weiter aus, ob dies den Verdacht gegen T. erhärte.⁶²⁶ Auch die *BILD* berichtete über den Verdacht gegen T., erwähnte seine Verhaftung und den Fund des Buchs über Serienmorde.⁶²⁷ Weiter schrieb sie, T. habe (so seine eigene Aussage) das Internetcafé „eine Minute vor dem Mord verlassen“ und betonte, ein Zeuge habe gesehen, „wie der Verfassungsschützer mit einer Tüte in den Laden ging“.⁶²⁸ ⁶²⁹ Trotz intensiver Suche sei bei T. aber keine dementsprechende Tüte gefunden worden. Der Verfassungsschützer gelte jedoch weiterhin als verdächtig, sodass nun sein Bewegungsprofil ausgewertet werde.⁶³⁰ Wie die *FAZ* am Folgetag berichtete, habe diese Auswertung keine weiteren Anhaltspunkte ergeben.⁶³¹ In der Folge wurde Andreas T. bis zum Bekanntwerden des ‚NSU‘ nicht mehr thematisiert und nicht als „heiße Spur“ verstanden.⁶³²

Die Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morde

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden gab es unvergleichlich mehr Artikel, die die Rolle der Behörden beleuchtet haben, als in der ersten Phase. So veröffentlichte die

⁶²⁰ faz_06_07_15; faz_06_07_15b.

⁶²¹ faz_06_07_15b.

⁶²² faz_06_07_15.

⁶²³ faz_06_07_15; faz_06_07_15b.

⁶²⁴ faz_06_07_15b.

⁶²⁵ faz_06_07_15; faz_06_07_15b.

⁶²⁶ faz_06_07_15b.

⁶²⁷ bild_06_07_14_s6.

⁶²⁸ bild_06_07_14_s6.

⁶²⁹ Auch hier ist wieder von der Ähnlichkeit der Tüte zu einer beschriebenen Tüte in einem der anderen Mordfälle die Rede.

⁶³⁰ bild_06_07_14_s6.

⁶³¹ faz_06_07_15.

⁶³² faz_06_07_15.

ZEIT am 16. November 2011 unter der Überschrift „Nur ein Türke?“ einen Artikel, der sich mit der falschen Ausrichtung der Ermittlungen bei den ‚NSU‘-Morden an türkisch- und griechischstämmigen Menschen beschäftigte.⁶³³ Hierbei wird als „das Erstaunliche“ bezeichnet, dass keine Behörde auf den naheliegenden Verdacht gekommen sei, dass das Motiv der Taten Rassismus sein könnte.⁶³⁴ Man könne nur hoffen, dass dies nicht daran gelegen habe, dass der thüringische Verfassungsschutz den ‚NSU‘ gedeckt habe, sondern an der „Fantasielosigkeit von Ermittlern“ und der „Unfähigkeit, das Undenkbare zu denken“.⁶³⁵ Es sei legitim, dass die Ermittler/-innen bei den Morden innerhalb der „türkischen Community“ in „Richtung Milieu- und Schutzzgeldverbrechen“ gedacht hätten, aber: „Illegitim ist es, ausschließlich in diese Richtung zu denken“.⁶³⁶ Es sei für die deutsche Gesellschaft wichtig, neue Maßstäbe bei der Diskussion von Rechtsextremismus und Rassismus zu finden, da nur so „die Suche nach der Wahrheit“ in der Zukunft erfolgreich sein könne.⁶³⁷

Eine Woche später veröffentlichte die ZEIT einen Artikel, der sich konkreter mit der Rolle der Geheimdienste auseinandersetzte. Es wurde betont, dass erst nach und nach klar werde, „wie groß das Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden gewesen ist“.⁶³⁸ Des Weiteren werden Parallelen zu den Anschlägen vom 11. September 2001 gezogen und beschrieben, dass die deutschen Geheimdienste, ähnlich wie damals die CIA und das FBI, zwar einige Hinweise gehabt, diese aber nicht erkannt hätten⁶³⁹. In der Folge erwachse „eine elementare Krise des Vertrauens in den Staat“.⁶⁴⁰ Viele Geheimdienstler/-innen und Ermittler/-innen hätten „fahrlässig, unentschlossen oder pflichtvergessen“ gehandelt.⁶⁴¹ Das Problem seien jedoch nicht ausschließlich einzelne Individuen gewesen:

Aber Fehler machten nicht nur einzelne Beamte, es ist schlimmer: Das Versagen war offensichtlich systembedingt. Statt Koordination und Kooperation kennzeichnete geistige Trägheit den Verfassungsschutz im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Wichtige Informationen über die Szene behielten einzelne Landesämter aus kaum nachvollziehbaren Gründen der Geheimhaltung für sich. Wer für wen als V-Mann arbeitete und ob die Berichte etwas nutzten, war selbst unter den Geheimen oft unklar. Und das Bundesamt für Verfassungsschutz kann heute nicht einmal

⁶³³ zeit_11_11_17d.

⁶³⁴ zeit_11_11_17d.

⁶³⁵ zeit_11_11_17d.

⁶³⁶ zeit_11_11_17d.

⁶³⁷ zeit_11_11_17d.

⁶³⁸ zeit_11_11_24e.

⁶³⁹ zeit_11_11_24e.

⁶⁴⁰ zeit_11_11_24e.

⁶⁴¹ zeit_11_11_24e.

genau sagen, wie viele Rechtsextreme so wie die Zwickauer⁶⁴² derzeit noch untergetaucht sind. (zeit_11_11_24e)

Die *ZEIT* unterstellt den Landesämtern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowohl auf individueller und personeller, aber auch auf institutioneller und struktureller Ebene Unfähigkeit, „Versagen“ und „geistige Trägheit“.⁶⁴³ Diese Kritik könnte kaum deutlicher ausfallen. Die mangelnde Kooperation der einzelnen Ämter untereinander wird angesprochen, ein Muster, das im weiteren Verlauf der Berichterstattung noch häufiger auszumachen ist. Die *ZEIT* betont, dass es aus diesen Gründen naheliege, eine Abschaffung des Verfassungsschutzes zu fordern. Dies sei jedoch trotz des „Desasters der Sicherheitsbehörden“ falsch.⁶⁴⁴ Das Problem sei nicht die Existenz der Geheimdienstbehörden, sondern die Tatsache, dass „sie ihre Pflicht nicht im Ansatz erfüllt haben“.⁶⁴⁵ Dass es nicht unmöglich sei, die Geheimdienste zu reformieren, zeige aber die Zeit nach dem 11. September 2011. Auch hier hätten deutsche Behörden hinsichtlich des zeitweise in Hamburg lebenden Mitattentäters Mohammed Atta versagt, durch den daraus resultierenden gezielten Ausbau aber Kompetenzen im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus gewonnen.⁶⁴⁶ Es sei zwar „paradox“, diejenigen zu stärken, die „versagt haben“, es bleibe aber nichts anderes übrig, wenn man sich den Gefahren stellen wolle.⁶⁴⁷ Da gegen „rechte Terroristen [...] kein runder Tisch“ helfe, habe man keine andere Wahl, als „mehr Mittel“ für ihre Bekämpfung einzusetzen.⁶⁴⁸ Somit kritisiert die *ZEIT* vor allem den Verfassungsschutz aufs Schärfste, wendet sich aber auch gegen die Stimmen, die seine Abschaffung fordern. Im Gegenteil sei es nötig, die Geheimdienste neu zu organisieren und besser zu finanzieren. Hiermit nennt die *ZEIT* Erklärungsansätze für das institutionelle Versagen des Verfassungsschutzes, jedoch nicht solche für das individuelle Versagen innerhalb der Behörden. In einem Artikel desselben Tages wird u.a. auch die Rolle des von 1994 bis 2000 amtierenden Präsidenten des thüringischen Verfassungsschutzes, Helmut Roewer, kritisch hinterfragt. Die *ZEIT* konstatiert, die Vermutung liege nahe, „dass Roewers Behörde kolossal versagt, vielleicht sogar mit den Neonazis kollaboriert habe“.⁶⁴⁹ Schließlich sei „der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem gedacht, er soll die Dunkelfelder ausleuchten, in denen die Polizei (noch) nicht ermitteln kann“.⁶⁵⁰ Roewer hingegen behauptete, dass nicht seine Behörde versagt habe, sondern Polizist(innen) „die

⁶⁴² Hiermit ist der ‚NSU‘ gemeint.

⁶⁴³ zeit_11_11_24e.

⁶⁴⁴ zeit_11_11_24e.

⁶⁴⁵ zeit_11_11_24e.

⁶⁴⁶ zeit_11_11_24e.

⁶⁴⁷ zeit_11_11_24e.

⁶⁴⁸ zeit_11_11_24e.

⁶⁴⁹ zeit_11_11_24f.

⁶⁵⁰ zeit_11_11_24f.

Neonazi-Szene mit Informationen versorgt hätten“.⁶⁵¹ Die *ZEIT* betont zwar, dass Roewers Aussagen der Selbstverteidigung dienten, erwähnt aber auch, dass diese das „Ur-Rätsel des Falles, nämlich wie das spätere Mordtrio trotz umfassender Überwachung so schnell in den Untergrund abtauchen konnte, nachdem die Polizei im Januar in der Jenaer Garage von Beate Z. Bomben und Sprengstoff fand“, lösen könnten.⁶⁵² Die *ZEIT* stellt die Frage, was mit den Aussagen Roewers anfangen sei:

Was ist das nun alles? Ein PR-Manöver eines Ex-Geheimdienstchefs, um von seinem eigenen Versagen abzulenken? Oder die eigentliche Fährte in einem Sumpf, den die Kontrolleure von Parlament, Staatsanwaltschaft und Ministerien schon vor Jahren hätten trockenlegen müssen? (zeit_11_11_24f)

In der Folge zitiert die *ZEIT* den Widerspruch vonseiten der Politik und der Polizeigewerkschaft.⁶⁵³ Deutlich wird die Unsicherheit in dem Artikel, welche (wenn nicht gar alle) Behörden versagt hätten und ob es nur einzelne Personen innerhalb des Behördenapparats gewesen seien, die mit der Neonazi-szene sympathisierten. Dies deutet auf ein breites Misstrauen gegenüber dem deutschen Behördenapparat hin.

In einem Artikel vom 16. Februar 2012 wies die *ZEIT* auf ein Grundproblem der Aufarbeitung des Behördenversagens hin, nämlich die „förderale Behördenkonkurrenz“.⁶⁵⁴ Diese Konkurrenz ziehe nach sich, dass einige Bundesländer sich weigern könnten, den Untersuchungsausschuss mit Akten zu unterstützen. Hintergrund sei, dass die einzelnen Länder nicht wollten, „dass am Ende die Verantwortung ausschließlich bei ihnen, ihrer Polizei und ihren Verfassungsschutzämtern landet“.⁶⁵⁵ Es werden im selben Artikel auch Argumente zur Verteidigung der Geheimdienste genannt. So wird die Position der Union und der Grünen wiedergegeben, dass sich die Sicherheitsbehörden nicht zu exklusiv auf den islamistischen Terrorismus fokussiert hätten. So sei der geplante Anschlag auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Zentrums in München verhindert und das neonazistische Netzwerk „Blood & Honour“ verboten worden. Da gleichzeitig auch sechs islamistisch motivierte Anschläge hätten verhindert werden können, sei „der Aufwand [...] also mehr als gerechtfertigt“ gewesen.⁶⁵⁶

⁶⁵¹ zeit_11_11_24f.

⁶⁵² zeit_11_11_24f.

⁶⁵³ zeit_11_11_24f.

⁶⁵⁴ zeit_12_02_16.

⁶⁵⁵ zeit_12_02_16.

⁶⁵⁶ zeit_12_02_16.

Am 3. Mai 2012 berichtete die *ZEIT* über die Erforschung der „Irrwege der Nazi-Mord-Ermittler“ durch den „NSU“-Untersuchungsausschuss.⁶⁵⁷ Hierbei wurde neben der Vermutung, dass die Behörden auf dem rechten Auge blind gewesen sein könnten, auch betont, dass man nicht alleine den deutschen Ämtern die Schuld geben könne. Es seien türkische Behörden gewesen, die den deutschen Beamten „eine Verbindung der Opfer zum Organisierten Verbrechen nahegelegt hatten“.⁶⁵⁸ Hinzu komme, dass „drei der Opfer offenbar tatsächlich Verbindungen zur Organisierten Kriminalität hatten“, was die „Sache“ „noch komplizierter“ mache.⁶⁵⁹ Wolfgang Geier, der damalige Leiter der „Sonderkommission Bosporus“, die auf Bundesebene die Morde ermittelte, war der *ZEIT* zufolge einer der wenigen Ermittler, der intern stets „an der These festgehalten hat, die Mordserie sei von einem rechtsextremistischen Einzeltäter begangen worden“.⁶⁶⁰ Laut der *ZEIT* sagte er, dass man die „Erkenntnisse derzeit nicht an die große Glocke hängen“ wolle, denn: „Wir wollen die Opfer ja nicht ein zweites Mal viktimisieren“.⁶⁶¹ Die Zeitung betont, dass die Angehörigen jahrelang „unter den – meist falschen – Anschuldigungen der Behörden zu leiden gehabt“ hätten.⁶⁶² Allerdings sei die These der organisierten Kriminalität nicht „völlig aus der Luft gegriffen“ gewesen.⁶⁶³ An dieser Stelle begibt sich die *ZEIT* in ein nicht unkompliziertes Abwägen zwischen der Darstellung der Fehler der Ermittlungsbehörden und der Verteidigung derselben. Es entsteht der Eindruck, dass die Verteidigung der Dienste tendenziell im Vordergrund steht. Das Leid der Hinterbliebenen wird nur knapp thematisiert und rasch durch den Hinweis entkräftet, dass die Verfolgung der These, dass die Opfer der organisierten Kriminalität angehört hätten, nicht abwegig gewesen sei. Im weiteren Verlauf des Artikels wird jedoch noch einmal stärker auf die Ermittlungsfehler eingegangen. Zu den Ursachen der Fehler wird Sebastian Edathy (SPD), der damalige Vorsitzende des „NSU“-Ausschusses, wie folgt zitiert:

„Weil wir alle es uns einfach nicht vorstellen können. Wir kannten bisher keinen organisierten rechten Terror mit Mordopfern. Es einfach etwas völlig Neues, Unbegreifliches, was wir da sehen.“ (zeit_12_05_03)

Sicher, die Erkenntnis, dass mit dem „NSU“ jahrelang eine Terrorzelle mordend durch Deutschland gezogen ist, war ein Schock und ein bis dahin nicht bekanntes Vorgehen. Dass es bis dato jedoch keinen „organisierten rechten Terror mit Mordopfern“ gegeben habe, ist so aber natürlich nicht rich-

⁶⁵⁷ zeit_12_05_03.

⁶⁵⁸ zeit_12_05_03.

⁶⁵⁹ zeit_12_05_03.

⁶⁶⁰ zeit_12_05_03.

⁶⁶¹ zeit_12_05_03.

⁶⁶² zeit_12_05_03.

⁶⁶³ zeit_12_05_03.

tig.⁶⁶⁴ Als Gegenbeispiele seien das in dieser Arbeit untersuchte Oktoberfestattentat und die weiteren Morde im Umfeld der ‚WSG Hoffmann‘ oder die schon erwähnten terroristischen Anschläge der ‚Hepp-Kexel-Gruppe‘ und der ‚Otte-Gruppe‘ genannt. Die *ZEIT* lässt die Aussage Edathys hingegen unkommentiert stehen, was einer stillen Verteidigung der ermittelnden Behörden entspricht. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass dies aus Unwissen über die Tradition organisierter rechtsextremer Verbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik geschehen ist, weshalb an dieser Stelle keine bewusste Verteidigung der ermittelnden Behörden unterstellt werden kann. Zu beachten ist dennoch, dass die Ermittler/-innen aufgrund der unkommentierten bzw. nicht dementierten Darstellung, die Morde seien „einfach etwas völlig Neues“ gewesen, ein Stück weit aus ihrer Verantwortung entlassen werden.⁶⁶⁵ In einem Artikel vom 5. Juli 2012 wird deutlich, wieso die Ermittler/-innen nicht in Richtung Rechtsterrorismus gedacht haben. Zitiert wird Fabian Virchow, dessen wissenschaftliche Untersuchungen auch Einzug in die vorliegende Arbeit gehalten haben, bei seinem Erscheinen vor dem sächsischen ‚NSU‘-Untersuchungsausschuss:

In den Berichten des Sächsischen Verfassungsschutzes, sagt er, sei seit dem Jahr 2000 nichts mehr von Rechtsterrorismus zu lesen. In ebendiesem Jahr war das Neonazi-Netzwerk „Blood and Honour“ verboten worden. „Offensichtlich dachte man, dass die terroristischen Strukturen verschwinden, nur weil man eine Organisation verbietet“, so Virchow. Das Neonazi-Trio fand also in Sachsen Unterstützer, für die sich das Land kaum interessierte und die der Verfassungsschutz offenbar vor der Jahrtausendwende an aus den Augen verlor. (zeit_12_07_05e)

Der sächsische Verfassungsschutz, der Virchow zufolge davon ausgegangen ist, dass Radikalität verschwinde, sobald man die dazugehörigen Organisationen zerschlage, wird als naiv dargestellt. Die desinteressierte Fehleinschätzung sei in der Folge dafür mitverantwortlich gewesen, dass der ‚NSU‘ gerade in Sachsen ein breites Unterstützer(innen)netzwerk aufbauen konnte, das diesem bei seinen Taten half. Hätte man in Sachsen die Rechtsextremist(inn)en besser überwacht, so hätte man auch die Chance gehabt, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe habhaft zu werden.

In einem Artikel vom 20. September 2012 benannte die *ZEIT* eine weitere Ursache für die Ermittlungsfehler:

Im Zentrum des Versagens steht eine Kultur des Misstrauens: Landesämter gegen Bund, Polizei gegen Verfassungsschutz, bei Letzterem die Kölner Abteilung für Rechtsextremismus und -terrorismus gegen die Zentrale in Berlin. (zeit_12_09_20)

Somit wird die mangelnde Kooperation einzelner Behörden, die durch Dezentralisierung und Föderalismus voneinander getrennt sind, kritisiert. Wie im weiteren Verlauf des Artikels betont wird,

⁶⁶⁴ zeit_12_05_03.

⁶⁶⁵ zeit_12_05_03.

stellten einzelne Länder ihr Wohl über das des Bundes. Kombiniert mit einer ungenügenden Zusammenarbeit der einzelnen Behörden untereinander, könne so keine effektive und über Einzelinteressen hinausgehende Ermittlungsarbeit vonstattengehen.⁶⁶⁶ Die Dezentralität der Behörden sei ein großes Problem:

Der Verfassungsschutz entstand nach dem Krieg auf Anregung der Alliierten, die der deutschen Demokratiefestigkeit noch nicht recht über den Weg trauten. Auch die Fragmentierung des Dienstes ist historisch begründet: Aus Angst vor einer Geheimen Staatspolizei, die sowohl überwachen als auch strafen darf, operieren die Behörden dezentral, teilweise in Parallelwelten, die eifersüchtig zuallererst an ihrer Selbstlegitimation arbeiten. So ergänzt sich eine untaugliche Organisationsform mit einer Kultur der Nicht-Zusammenarbeit und einem politischen Fehlurteil zu einer fatalen Mischung. Zehn Einwanderer sind deshalb gestorben. (zeit_12_09_20)

Der Artikel suggeriert, dass die Morde ohne die Dezentralisierung der Behörden nicht stattgefunden hätten. Durch die Darstellung der historischen Ursprünge der „Fragmentierung des Dienstes“ wird indirekt in Frage gestellt, ob dies noch zeitgemäß sei.⁶⁶⁷ Indirekt wird also das dezentralisierte und föderalistische Prinzip der Geheimdienste in Zweifel gezogen. Eben dieser Dezentralisierung, den Egoismen innerhalb der Dienste und politischen Fehlurteilen gibt die *ZEIT* die Schuld daran, dass die Mordserie so lange ungeklärt blieb. Es ist hier also nicht von einer Mitverantwortung, sondern explizit von einer Schuld die Rede. Geheimdienstreformen seien deshalb unausweichlich.⁶⁶⁸

Auch die *FAZ* beschäftigte sich ausführlich mit der Frage des Behördenvorgehens im Zuge der Mordermittlungen. So berichtete sie am 16. November 2011 Folgendes:

Im Bereich des Rechtsextremismus [...] hat die Terrorabwehr nicht mit der Entwicklung Schritt gehalten. Der Verfassungsschutzbericht des Bundesamtes behauptete im Sommer 2011: „Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar.“ Richtig war aber ganz offenbar: Es gab (und gibt?) sie – sie wurden nur nicht erkannt. Auch das Vorhandensein von Waffen – zuweilen werden ganze Arsenale entdeckt – galt bisher nicht als Hinweis auf terroristische Strukturen, sondern lediglich als eine Art potentiell riskanter Marotte. So heißt es im Verfassungsschutzbericht: „Die Affinität von Rechtsextremisten zu Waffen und Sprengstoff bildet weiterhin ein latentes Gefährdungspotential“. So dokumentiert zumindest das Bundesamt ein Understatement, das ihm wohl bald als Blindheit ausgelegt werden wird. (faz_11_11_16)

Die *FAZ* kritisiert die „Blindheit“ des Verfassungsschutzes und begründet dies mit der Tatsache, dieser habe noch 2011, kurz vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘, behauptet, dass es in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen gebe.⁶⁶⁹ Der Verfassungsschutz sei nicht auf dem aktuellen Stand der Zeit. Die *FAZ* kritisiert darüber hinaus, dass das Vorhandensein von Waffen nicht als Hinweis auf terroristische Strukturen, sondern als eine „Art potentiell riskanter Marotte“ gedeutet

⁶⁶⁶ zeit_12_09_20.

⁶⁶⁷ zeit_12_09_20.

⁶⁶⁸ zeit_12_09_20.

⁶⁶⁹ faz_11_11_16.

werde.⁶⁷⁰ An dieser Stelle soll auf Kapitel 4.2 verwiesen werden. Wie dort dargestellt, berichtete die *FAZ* im Zuge des Oktoberfestattentats, dass der Rechtsextremismus ein „Fetischismus mit alten Waffen, Uniformstücken, NS-Symbolen und Orden“ sei.⁶⁷¹ Zudem zitierte die *ZEIT* in diesem Zusammenhang Quellen des Staatsschutzes, denen zufolge sich das Organisationspotenzial rechter Gruppierungen in der Regel „oft in bloßem Maulheldentum, in Waffen- und Uniformfetischismus“ erschöpft.⁶⁷² Deutlich wird also demnach Folgendes: Während sich bei der *FAZ* ein Stück weit die Wahrnehmung des Rechtsterrorismus veränderte, hat es bei den Sicherheitsbehörden seit dem Oktoberfestattentat wohl nur wenige Modifikationen gegeben.

Am 12. Mai 2012 veröffentlichte die *FAZ* einen Artikel, der die Unterstellung politischer Einstellungen der Ermittler/-innen als Ursache des Versagens zurückwies:

Dem Vorzubeugen ist aller Anstrengungen wert. Dazu gehören nicht nur entschlossene Sicherheitsbehörden, sondern auch der gesellschaftliche Rückhalt für diese. Zwar ist es den vereinten Behörden nicht gelungen, die Mordserie des NSU rechtzeitig aufzuklären oder gar nach den ersten Morden zu unterbinden. Aber es wäre nun grundfalsch, aufwendige, wenn auch erfolglose Ermittlungen in die eine Richtung als Beweis einer gewollten Blindheit, in andere Richtungen zu verhöhnen. Stattdessen braucht die Polizei die politische Ermunterung, ihren Einfallsreichtum in alle Richtungen auszuweiten, weil den Menschen und der Demokratie aus verschiedensten Ecken Angriffe drohen. (faz_12_05_12)

Hierbei stellt sich die *FAZ* hinter die Ermittler/-innen. Es sei genauso die Aufgabe der Gesellschaft und der Politik, diesen den Rückhalt und das Klima zu bieten, in sämtliche Richtungen zu ermitteln. Man könne den Behörden nicht unterstellen, dass sie „auf dem rechten Auge blind“ seien, nur weil sie in eine andere Richtung ermittelt hätten. Einige Tage später berichtete die *FAZ* ausführlich über die Veröffentlichung des sog. „Schäfer-Berichts“, der sich mit den Fehlern der thüringischen Behörden auseinandersetzt. Hierbei stellte sie das Behördenversagen breit dar. So betonte sie die Pannen der Polizeiarbeit, die es Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe 1998 ermöglicht hätten, in den Untergrund abzutauchen.⁶⁷³ Auch habe der Verfassungsschutz Informationen, die er über das Trio besaß, nicht ausgewertet und weitergegeben, obwohl ihm Hinweise über mögliche terroristische Verstrickungen der drei vorlagen.⁶⁷⁴ Selbst als Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe schon im Untergrund gewesen seien, habe der Verfassungsschutz noch von Quellen Informationen über diese erhalten. Wären diese konsequent untersucht und kombiniert worden, so hätte man die drei möglicherweise festnehmen können. Der Verfasser des Berichts, der ehemalige Bundesrichter Gerhard Schäfer,

⁶⁷⁰ faz_11_11_16.

⁶⁷¹ faz_80_10_15.

⁶⁷² zeit_80_10_31b.

⁶⁷³ faz_12_05_16.

⁶⁷⁴ faz_12_05_16.

wird dahingehend zitiert, dass, hätte der thüringische Verfassungsschutz seine Informationen an sein sächsisches Pendant weiterergeben, „selbst dem dümmsten sächsischen Polizisten“ die Spur zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe klar geworden wäre.⁶⁷⁵ Es habe jedoch keine effektive Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungsschutz und den Landeskriminalämtern gegeben.⁶⁷⁶ Durch die sehr ausführliche Zitation des Schäfer-Reports verdeutlicht die *FAZ* das Ausmaß des Behördenversagens wie keine andere der untersuchten Zeitungen.

Auch die Vernichtung von Akten zum ‚NSU‘ begleitete die *FAZ* sehr kritisch. So berichtete sie am 29. Juni 2012, dass die Verfassungsschutzämter „wirklich alles“ täten, „um Vertrauen zu verspielen“.⁶⁷⁷ Zu den Folgen der Aktenvernichtung betonte sie:

Das wird nicht nur neue Verschwörungstheorien produzieren, sondern auch Kopfschütteln über Stümpereien der „Schlapphüte“. Es hat viele Fälle gegeben, in denen damit Politik gemacht wurde, ohne lange auf Fakten zu achten. Doch die Befragungen im NSU-Untersuchungsausschuss haben außer Schlampelei der Behörden auch noch Arroganz zutage gefördert. BKA-Chef Ziercke hat das ganze Elend nun beim Namen genannt: „Wir haben versagt“. Das einzustehen reicht aber nicht. Zu viele Köche röhren im deutschen Sicherheitsbrei. (faz_12_06_29b)

Worte wie „Stümpereien“, „Schlampelei“, „Arroganz“ und „Elend“ und die Artikelüberschrift, die schlicht „Versagen“⁶⁷⁸ lautet, markieren eine deutliche und scharfe Kritik an den Sicherheitsbehörden.⁶⁷⁹ Die Aussage, dass „zu viele Köche [...] im deutschen Sicherheitsbrei“ röhren würden, kann so interpretiert werden, dass die *FAZ*, ähnlich wie die *ZEIT*, den Dezentralismus der Sicherheitsbehörden als Problem ansieht.⁶⁸⁰ Es wird im Artikel nicht näher darauf eingegangen, wer die vielen Köche sind, doch liegt der Verdacht nahe, dass damit die einzelnen Landesverfassungsschutzämter und ihre LKA-Pendants gemeint sein könnten. Hierauf geht die *FAZ* auch in einem Artikel vom 12. Juli 2005 ein, in dem sie weitere Ergebnisse des Schäfer-Reports bespricht:

Schonungslos beschreibt die Schäfer-Kommission die Konkurrenz zwischen den Behörden, der Polizei und dem Verfassungsschutz. Jeder kämpft für sich, will dem anderen den Erfolg nicht gönnen. Die Polizei legte falsche Fährten zum Verfassungsschutz, und der Verfassungsschutz warnte rechtsextremistische Quellen vor Zugriffen der Polizei. In der Binnenfixierung auf die eigene Behörde oder gar Abteilung geht der Blick für das Ganze und die eigentliche Aufgabe der Institutionen verloren. (faz_12_07_05b)

⁶⁷⁵ faz_12_05_16.

⁶⁷⁶ faz_12_05_16.

⁶⁷⁷ faz_12_06_29b.

⁶⁷⁸ faz_12_06_29b.

⁶⁷⁹ In einem anderen Artikel ist von „Mangelnde[r] Koordination, Konkurrenzdenken, Überforderung und Eitelkeiten die Rede (faz_12_07_07b).

⁶⁸⁰ faz_12_06_29b.

Diese Behördenkonkurrenz sei kein explizit ostdeutsches Phänomen, sondern in Gesamtdeutschland präsent.⁶⁸¹ Die *FAZ* sieht als eine Ursache für das Versagen das „Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz“, das „als Lehre aus dem Nationalsozialismus gezogen wurde“.⁶⁸² Gerade deshalb mutet es „zynisch“ an, dass ausgerechnet diese historische Lehre die Morde des ‚NSU‘ begünstigt hätte.⁶⁸³ Eine weitere Ursache könne der Föderalismus sein, den die *FAZ* in der Folge aber explizit in Schutz nimmt, da er insgesamt als Erfolgsmodell angesehen werden könne.⁶⁸⁴ Wichtig sei vor allem eine Reformierung des Verfassungsschutzes, auf keinen Fall aber seine Abschaffung. Behörden wie der Verfassungsschutz seien nötig, denn: „Wer Bedrohungen abwehren will, muss wissen, was die Übeltäter im Schilde führen“.⁶⁸⁵ In einem anderen Artikel resümiert die *FAZ*, dass eine „reibungslose Koordination und Information zwischen den Ämtern“ auch möglich sein müsse, „ohne gleich die Systemfrage zu stellen“.⁶⁸⁶ Es gebe entsprechende Gesetze, die die Behörden zur Koordination verpflichten würden. Dass im Zuge der ‚NSU‘-Fahndung aber nicht einmal benachbarte Landesämter zusammengearbeitet hätten, zeige, „wie sehr der Alltag aber dem Geist der Gesetze, Vorschriften und Leitfäden noch zuwiderläuft“.⁶⁸⁷ Die Argumentation der *FAZ* ähnelt in diesem Kontext stark jener der *ZEIT*: Der Behördenkonkurrenz und -fragmentierung solle entgegengetreten werden. Das föderalistische Prinzip sei wohl mitverantwortlich für die mangelnde Zusammenführung von Informationen, auch wenn es per se eine gute Sache sei. Der Verfassungsschutz gehöre reformiert, nicht aber abgeschafft.

In einem Artikel zur Arbeit des ‚NSU‘-Untersuchungsausschusses vom 3. November 2012 stellte die *FAZ* die Frage, weshalb die Ermittler/-innen nie wirklich Täter/-innen aus dem rechtsextremen Milieu ernsthaft in Erwägung gezogen hätten:

Steckte dahinter eine subtile Form von Rassismus? Waren Polizei und der Verfassungsschutz dümmer, als die Polizei erlaubt? Waren auch Staatsanwälte „auf dem rechten Auge blind“? Die Täter, heißt es entschuldigend immer wieder vor dem Ausschuss, schrieben keine Selbstbezeichnungen. Erst nach dem Tod der beiden Uwes verschickte Beate Zschäpe Anfang November 2011 ein Video, das alles offenbarte. Rechtsextremismusexperten sagen: Neonazis bekennen sich fast nie zu ihren Verbrechen. Die vernichtende Tat ist ihre Botschaft. Von welcher Tat aber weiß man gleich, dass sie eine Botschaft ist? (faz_12_11_03)

⁶⁸¹ faz_12_07_05b.

⁶⁸² faz_12_07_05b.

⁶⁸³ faz_12_07_05b.

⁶⁸⁴ faz_12_07_05b.

⁶⁸⁵ faz_12_07_05b.

⁶⁸⁶ faz_12_07_07b.

⁶⁸⁷ faz_12_07_07b.

In diesem Artikel wird die Frage nach Rassismus gestellt. Dies war bei der bisherigen Berichterstattung nicht der Fall und taucht hinsichtlich des Behördenversagens, abgesehen von einem Kommentar in der *BILD* vom 19. November 2011, der an späterer Stelle noch besprochen werden soll, auch sonst nicht mehr auf. Das Muster der Blindheit auf dem rechten Auge wird häufig betont, die Erweiterung dieser Diagnose hin zum Rassismus bleibt in der Regel jedoch aus. Dies bedeutet, dass, abgesehen von diesen Ausnahmen, kein individueller Rassismus von den untersuchten Zeitungen vermutet wurde. Auch institutioneller Rassismus wurde von den Medien, im Gegensatz zur Wissenschaft, nicht ins Auge gefasst (vgl. Kleffner 2013, S. 31). Dennoch wird die Frage nach dem Rassismus von der *FAZ* im Laufe des Zitats relativiert. Die gestellten Fragen werden zwar nicht direkt beantwortet, doch verweist die *FAZ* darauf, dass man nicht immer erkennen könne, welche Botschaft tatsächlich eine Botschaft sei und nimmt den Ermittlern und Ermittlerinnen dadurch einen Teil ihrer Verantwortung ab.

Auch die *BILD* ging in ihrer Berichterstattung ausführlich auf die Rolle der Behörden ein. In einem Kommentar vom 14. November 2011 hieß es bspw. folgendermaßen:

Bei den zehn Morden des braunen Trios blieben die Motive [...] bis jetzt im Dunkeln. Doch die feigen Täter und ihre neonazistische Einstellung war den Behörden in anderem Zusammenhang bekannt. Trotz aller V-Männer blieben sie unbehelligt. Waren Verfassungsschützer und Kriminalisten etwa auf dem rechten Auge blind? Diese Frage muss ganz schnell beantwortet werden. Es geht um nichts weniger als die Glaubwürdigkeit von Polizei und Verfassungsschutz. (bild_11_11_14_s2a)

Hier wird von der *BILD* erstmals die Frage nach möglichen Fehlern der Ermittlungsbehörden gestellt. Es fällt auf, dass sie sich hier auf V-Männer bezieht, wodurch sie den Ermittlungsbehörden vorwirft, ihre Kontaktpersonen entweder nicht unter Kontrolle oder deren Informationen nicht richtig ausgewertet zu haben. Auch wird die Frage nach der Blindheit des rechten Auges gestellt und konstatiert, dass die „Glaubwürdigkeit von Polizei und Verfassungsschutz“ auf dem Spiel stehe.⁶⁸⁸

In einem anderen Kommentar vom 16. November, der bereits in Kapitel 4.7 angesprochen wurde, heißt es:

Wer kontrolliert denn den Verfassungsschutz? Wer hat die Klein-Klein-Struktur geschaffen, in der Agenten ihre Erkenntnisse im Tresor verschließen? [...] Rechter Terror macht nicht an Ländergrenzen halt. Er lacht sich scheckig über Behörden-Eifersucht. Die Neonazi-Mordbanditen mussten nur von einem Bundesland ins andere ziehen und schon verlor sich ihre Spur. Das Neben- und das Gegeneinander der Verfassungsschützer gefährdet unsere Sicherheit. Es ist mörderisch. Die Terroristen haben zehn Menschen hingerichtet. Die Politik hat die Kontrolle schlampen lassen. Jetzt muss sie schnell entscheiden! Schluss mit sechzehn Schlapphut-Provinzen. Der

⁶⁸⁸

bild_11_11_14_s2a.

Anti-Terror-Kampf braucht zentrale Steuerung, klare Führung, Datenaustausch ohne Ländergrenzen! Die Politik muss handeln. Nur das schützt vor Verbrechen. (bild_11_11_16_s2a)

Ähnlich wie die *FAZ* und *ZEIT* übt auch die *BILD* scharfe Kritik am dezentralen Prinzip der Geheimdienste. Außerdem kritisiert sie das föderalistische System Deutschlands deutlicher als die beiden anderen Zeitungen. Dieses müsse in einiger Hinsicht aufgeweicht werden. So dürfe es keine „sechzehn Schlapphut-Provinzen“ mehr geben, womit die 16 Landesämter für Verfassungsschutz gemeint sind. Vielmehr müsse die Steuerung zentralisiert werden und der Datenaustausch zwischen einzelnen Ämtern auch länderübergreifend garantiert werden. Ansonsten sei „unsere Sicherheit“ weiter gefährdet.⁶⁸⁹ In einem weiteren Kommentar, diesmal vom 19. November 2011, wird der Verfassungsschutz noch schärfer kritisiert:

Solange Behörden aus verschiedenen Bundesländern ihre Erkenntnisse hüten wie Kleinkinder ihr Spielzeug, solange bekennende Rechtsradikale als Verfassungsschutzbeamte durch die Gegend laufen – so lange kann der braune Morast in Thüringen, Sachsen und anderswo immer wieder stinkende Giftblasen ausschwitzen. Soll heißen: So lange kann es immer wieder Fälle wie die „Zwickauer Zelle“ geben. Und was die neue Rechtsradikalen-Datei betrifft: WARUM ERST JETZT? Wer so zögerliche gegen die Rechten kämpft, hat schon verloren. (bild_11_11_19_s2)

An diesem Kommentar lässt sich große Empörung ablesen. Den Geheimdiensten wird kindisches Verhalten vorgehalten und sogar vermutet, dass es Verfassungsschützern und Verfassungsschützrinnen mit bekennend rechtsradikaler Gesinnung gebe. Damit unterstellt die *BILD* einen individuellen Rassismus innerhalb der Ermittlungsbehörden. Dies ist, auch wenn die *FAZ* wie bereits erwähnt am 3. November 2011 zumindest die Frage nach dem Rassismus zulässt, ein in diesem Zusammenhang einzigartiger Vorgang. Allerdings werden keine Belege dafür geliefert, dass „bekennende Rechtsradikale als Verfassungsschutzbeamte durch die Gegend laufen“.⁶⁹⁰ Die *BILD* betont, dass immer wieder das Potenzial für rechtsextremistisch motivierte Morde bestehe, wenn Politik und Behörden nicht entschiedener gegen rechts vorgehen würden, und gibt diesen damit eine eindeutige Mitschuld an den „NSU“-Morden.

Am 15. Juni 2012 berichtete die *BILD*, dass die Hamburger Ermittlungsbehörden im Laufe der Fahndung nach den Mördern der „NSU“-Opfer „sogar einen Geisterbeschwörer“⁶⁹¹ eingesetzt hätten.⁶⁹² Dieser hätte Kontakt mit dem in Hamburg ermordeten Süleyman Taşköprü aufgenommen und hierbei herausgefunden, dass es sich bei dem Täter um einen Türken handle. Sarkastisch kom-

⁶⁸⁹ bild_11_11_16_s2a.

⁶⁹⁰ bild_11_11_19_s2.

⁶⁹¹ bild_12_06_15_s3.

⁶⁹² Auch die *FAZ* berichtete am 16. Juni über dieses Thema (faz_12_06_16).

mentiert die *BILD*: „Die mordenden Killer-Nazis hatte der Geisterbeschörer [sic] nicht gesehen“.⁶⁹³ Hiermit macht sich die *BILD* mehr oder weniger über die Ermittler/-innen lustig und suggeriert ihrer Leserschaft eine Inkompétence und Hilflosigkeit der Ermittler/-innen.

Am 3. Juli 2012 berichtete die *BILD* über den Rücktritt des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Heinz Fromm im Zuge des Skandals um die Vernichtung von Akten zum „NSU“:

Fromm, der vergangene Woche von einem Vorgang sprach, „wie es ihn in meiner Amtszeit bisher nicht gegeben hat“, übernahm damit die politische Verantwortung für unglaubliche Schlamperien in seiner Behörde: Ein hoher Verfassungsschützer hat 2011 wichtige Ermittlungsakten über das Mord-Trio „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) um Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe einfach in den Reißwolf geworfen (BILD berichtete)! WAS SOLLTE IM NEONAZI-FALL VERTUSCHT WERDEN? Offenbar eine Menge! (bild_12_07_03_s2)

Hiermit drückt die *BILD* ein tief empfundenes Misstrauen gegenüber den Geheimdiensten aus und vermittelt ihren Lesern den Eindruck, dass die Verfassungsschützer/-innen etwas zu verbergen hätten. Zufall oder Unachtsamkeit kommen für die *BILD* hierbei nicht infrage, vielmehr suggeriert sie, dass der Verfassungsschutz wohl „eine Menge!“ zu verschweigen hätte.⁶⁹⁴ Mit der Frage, „WELCHE ENTHÜLLUNGEN BRINGT DIE AFFÄRE NOCH HERVOR?“ schließt der Artikel.⁶⁹⁵ Hiermit transportiert die *BILD* die Aussage, dass es noch viel mehr Geheimnisse rund um den Verfassungsschutz gebe, und spricht dem Geheimdienst damit ein kaum zu steigerndes Misstrauen aus. Das Vertrauen in den Verfassungsschutz scheint also in keiner Form mehr existent zu sein. Dies zeigt sich auch in einem Artikel vom 6. Juli 2012, in dem die *BILD* weiter über Fromms Rücktritt und den „Skandal-Sumpf“ rund um den Verfassungsschutz berichtete und Fragen stellte wie „Was soll da noch alles vertuscht werden?“ und „WAS KOMMT IN DIESER AFFÄRE NOCH ALLES ANS TAGESLICHT?“.⁶⁹⁶ Des Weiteren berichtete sie in diesem Zusammenhang über die mutmaßliche Anwesenheit des hessischen Verfassungsschützers Andreas T. zum Tatzeitpunkt im Internet-café, in dem Halit Yozgat ermordet wurde.⁶⁹⁷ All dies zeigt noch einmal das Misstrauen der *BILD* hinsichtlich der Kompetenz, aber auch der Integrität des Verfassungsschutzes.

Dieses Kapitel markiert die letzte in dieser Studie untersuchte Ebene. Im nachfolgenden Kapitel 4.9 sollen die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zwecks einer besseren Übersichtlichkeit noch einmal zusammengefasst dargestellt werden.

⁶⁹³ bild_12_06_15_s3.

⁶⁹⁴ bild_12_07_03_s2.

⁶⁹⁵ bild_12_07_03_s2.

⁶⁹⁶ bild_12_07_06_s2b.

⁶⁹⁷ bild_12_07_06_s2b.

4.9 Zusammenfassung der Muster

Nachdem die aus der Berichterstattung hervorgegangenen Muster in den vorhergehenden Kapiteln diskutiert wurden, werden sie in diesem Kapitel noch einmal zusammengefasst. Dies dient einerseits einer besseren Übersichtlichkeit, andererseits aber auch einer Verdichtung der Ergebnisse, um sie in der Folge besser bezüglich ihres (historischen) Kontextes einordnen zu können.

Die Verhandlung der Opfer und der Täter/-innen

Hinsichtlich der Darstellung der Opfer des Oktoberfestattentats fällt auf, dass diese ausschließlich in der *BILD* ausführlicher besprochen wurden. Hierbei baute die Zeitung eine starke emotionale Bindung zwischen den Opfern und der Leserschaft auf.⁶⁹⁸ Die Betroffenen und ihr Leid wurden detailliert und explizit beschrieben.⁶⁹⁹ Des Weiteren erfolgte eine Beschreibung ihrer Lebensumstände vor der Bombenexplosion. So wurden ihre Professionen, aber auch ihre Familienkonstellationen in den Blick genommen.⁷⁰⁰ Über den Verweis auf Kinder, Partner/-innen und Eltern wurde eine Nähe zwischen dem/der Leser(in) und den Opfern aufgebaut.⁷⁰¹ Den Opfern des Attentats wurden deskriptiv und teilweise auch illustriert Gesichter gegeben.

Auch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen bezog sich ausschließlich die *BILD* vertiefend auf die Opfer. Hier widmete sich die Zeitung ebenfalls den Menschen und beschränkte sich nicht nur auf den Hinweis, dass es Opfer gegeben habe.⁷⁰² Vielmehr ging die *BILD* auf die Angst ein, die die Angegriffenen erdulden mussten, und beschrieb, wie bereits beim Oktoberfestattentat, die familiäre Konstellation einiger Opfer.⁷⁰³ Auch wurde die Willkürlichkeit, mit der die Angegriffenen von den Gewalttätern und Gewalttäterinnen als Opfer auserkoren wurden, beschrieben.⁷⁰⁴ Durch die wiederholte Betonung, dass es sich bei einigen der Opfer auch um Kinder und ihre Eltern gehandelt habe, baute die *BILD* erneut eine empathische Bindung der Leser/-innen zu den Menschen auf, ganz besonders aber zu einem Rumänen mit deutschen Wurzeln, der detaillierter und persönlicher als alle anderen Betroffenen beschrieben wurde.⁷⁰⁵

⁶⁹⁸ bild_80_09_29_s1; bild_80_09_29_s2b; bild_80_09_29_s2c; bild_80_09_29_s4a.

⁶⁹⁹ bild_80_09_29_s1; bild_80_09_29_s2b; bild_80_09_29_s2c; bild_80_09_29_s4a.

⁷⁰⁰ bild_80_09_29_s1; bild_80_09_29_s2b; bild_80_09_29_s2c; bild_80_09_29_s4a.

⁷⁰¹ bild_80_09_29_s1; bild_80_09_29_s2b; bild_80_09_29_s2c; bild_80_09_29_s4a.

⁷⁰² bild_92_08_25_s1a.

⁷⁰³ bild_92_08_25_s1a.

⁷⁰⁴ bild_92_02_25_s1a.

⁷⁰⁵ bild_92_08_25_s1a; bild_92_08_26_s1.

Mit der unmittelbaren Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden haben sich die *FAZ* und *BILD* beschäftigt. Die *ZEIT* hat vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ nicht über die Mordserie berichtet. So wohl die *FAZ* als auch die *BILD* begannen ihre Berichterstattung nach dem Mord am siebten Opfer, namentlich Theodoros Boulgarides, im Juni 2005. Es folgte eine Phase, in der es keine Berichte mehr gab, bevor sich die Berichterstattung im April 2006 nach den Morden an Mehmet Kubaşik und Halit Yozgat wieder intensivierte. Der letzte *BILD*-Artikel vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ erfolgte im Juli 2006, die *FAZ* berichtete in unregelmäßigen Abständen bis Januar 2010.

Hinsichtlich der Darstellung der Opfer ist festzuhalten, dass sowohl für die *FAZ* als auch die *BILD* ihre meist türkische Herkunft von großem Interesse gewesen zu sein scheint. An mehreren Stellen wurden Mehmet Kubaşik und Halit Yozgat als Türken bezeichnet, obwohl sie deutsche Staatsbürger waren.⁷⁰⁶ Gerade im Fall von Halit Yozgat ist aber zu beachten, dass er an anderen Stellen auch explizit als Deutscher verstanden wurde.⁷⁰⁷ Der *FAZ* ist es wichtig gewesen zu betonen, dass alle Opfer Verbindungen zur Türkei hatten. Im Fall von Theodoros Boulgarides führte sie an, er habe aus dem „türkisch dominierten Teil Griechenlands“ gestammt.⁷⁰⁸ Insgesamt scheint die Abstammung bzw. die Verbindung zur Türkei als entscheidender als die Staatsbürgerschaft der Toten angesehen worden zu sein.

In einem *FAZ*-Artikel wurden einige der Opfer nicht auf ihre bloße Herkunft reduziert. Es wurde durch detailliertere Beschreibungen der persönlichen Hintergründe eine emotionale Nähe zu Enver Şimşek und Halit Yozgat aufgebaut.⁷⁰⁹ Des Weiteren wurden türkischstämmige Menschen als potenzielle Opfergruppe, die angesichts der Morde in Angst lebe, beschrieben.⁷¹⁰ Auch die *BILD* konzentrierte sich auf die Nationalität der Opfer und vermutete beim Mord an Theodoros Boulgarides eine Verwechslung, da er kein Türke war.⁷¹¹ Insgesamt wurde Theodoros Boulgarides in besagtem Artikel detaillierter und persönlicher beschrieben als die sechs früheren Opfer mit türkischem Hintergrund, deren Darstellung knapp und distanziert wirkt.⁷¹² Die Begrifflichkeit der ‚Dönermorde‘ und/oder verwandte Bezeichnungen kamen sowohl in der *FAZ* als auch in der *BILD* häufig vor.⁷¹³ Bemerkenswert ist, dass nach den Bekanntwerden des ‚NSU‘ die Nutzung des Wortes sich noch

⁷⁰⁶ faz_06_06_20; faz_07_08_01; faz_08_02_01.

⁷⁰⁷ faz_06_04_11; faz_06_07_15.

⁷⁰⁸ faz_06_07_15.

⁷⁰⁹ faz_07_08_01.

⁷¹⁰ faz_07_08_01.

⁷¹¹ bild_05_06_18_s3.

⁷¹² bild_05_06_18_s3.

⁷¹³ faz_06_07_15; faz_07_08_01; faz_08_02_01; faz_09_12_14; faz_09_12_14b; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6; bild_06_07_14_s6.

einmal für kurze Zeit intensivierte.⁷¹⁴ Dies deutet an, wie alltäglich und selbstverständlich die Begrifflichkeit in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen war. Des Weiteren wurden die Opfer in der ersten Phase der Berichterstattung indirekt durch die Mutmaßungen über ein Motiv für die Morde verhandelt. Hierbei ist zu beobachten, dass der Grund für die Ermordung an einigen Stellen bei den Opfern selbst gesucht wurde.⁷¹⁵ In den meisten Artikeln wurden die Opfer kriminalisiert und in stetigem Wechsel Vermutungen von Verbindungen dieser zu entweder der Drogenmafia, dem organisierten Verbrechen, Geldwäsche oder Wettbetrug suggeriert.⁷¹⁶ Zu erwähnen ist, dass beide Zeitungen hierbei häufig Meinungen der Ermittler/-innen weitergaben. Jedoch widersprachen und hinterfragten sie diese an keiner Stelle. Auffällig ist, dass diese Thesen vor allem in der *BILD* stets als alternativlose Tatsachen verhandelt wurden.⁷¹⁷ Rechtsextremismus als ein mögliches Motiv wurde in nur einem Artikel lediglich in einem Nebensatz erwähnt.⁷¹⁸ An keiner anderen Stelle wurde jedoch weiter dieser These nachgegangen, auch wurde sie in besagtem Artikel nicht weiterverfolgt, sodass ein rechtsextremes Motiv nicht im Bereich des Denkbaren gewesen zu sein scheint.

Im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden gingen alle drei untersuchten Zeitungen ausführlich auf die Opfer ein. Hier wurden in der *ZEIT* nicht nur die Getöteten und ihre Hinterbliebenen sichtbar gemacht und als Menschen mit Träumen und Hoffnungen beschrieben, sondern auch das Leid der Angehörigen durch falsche Verdächtigungen seitens der Ermittlungsbehörden war hier ein wichtiges Thema.⁷¹⁹ Auch die *FAZ* beschrieb diese Aspekte ausführlich und nahm kritisch zur Rolle der Medien im Zuge der Kriminalisierung der Opfer und ihrer Angehörigen Stellung.⁷²⁰ Am ausführlichsten beschäftigte sich die *BILD* mit den Ermordeten und ihren Familien. Die Opfer wurden in einem Kommentar explizit innerhalb der deutschen Gesellschaft verortet und als Teil derselben verstanden.⁷²¹ Auch kamen die Kinder von zwei Ermordeten zu Wort und berichteten über ihre Väter und im Fall Semiya Şimşek ihre Verunsicherung, ob sie zu Deutschland gehören dürften, so wie sie es wollten.⁷²² Weiter veröffentlichte die *BILD* einen Arti-

⁷¹⁴ zeit_11_11_17c; faz_11_11_12; faz_11_11_12b; faz_11_11_15d; faz_11_11_16b; bild_11_11_12_s7a; bild_11_11_12_s7b; bild_11_11_14_s8d; bild_11_11_15_s8a; bild_11_11_15_s8b; bild_11_11_15_s8c; bild_11_11_16_s8a.

⁷¹⁵ faz_06_04_12; faz_06_04_27; bild_05_06_18_s3; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_26_s8.

⁷¹⁶ faz_06_04_12; faz_06_04_27; faz_06_07_15; faz_09_12_14; bild_05_06_18_s3; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6; bild_06_04_26_s8.

⁷¹⁷ bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6; bild_06_04_26_s8.

⁷¹⁸ faz_06_07_15.

⁷¹⁹ zeit_12_11_22.

⁷²⁰ faz_11_12_11b.

⁷²¹ bild_11_11_15_s2.

⁷²² bild_12_02_24_s2c.

kel mit den Fotos aller Ermordeten und jeweils einigen Zeilen zu ihrer Lebensgeschichte.⁷²³ Die Ermordeten wurden in diesem Zusammenhang also nicht nur als Opfer, sondern auch als Individuen verstanden.

Mit Blick auf die möglichen Täter/-innen ist im Kontext des Oktoberfestattentats zu betonen, dass Gundolf Köhler im Zentrum der Analyse steht. Die *FAZ* beschrieb ihn als verschrobenen Einzeltäter mit Geltungstrang.⁷²⁴ Er wurde weniger als Individuum, sondern vielmehr als unemotionaler und seltsamer Mensch beschrieben.⁷²⁵ Hierdurch wurde er ein Stück weit aus der Gesellschaft ausgesperrt. Die *BILD* beschrieb Köhler ebenfalls als Sonderling mit Schwierigkeiten, menschliche Bindungen aufzubauen.⁷²⁶ Sie pathologisierte ihn als psychisch unreif und beschrieb ihn als emotional von der ‚WSG Hoffmann‘ abhängig.⁷²⁷ Lediglich die *ZEIT* eröffnete ihrer Leserschaft einen anderen Blickwinkel. Sie kritisierte die Vorverurteilung Köhlers und argumentierte, dass andere Medien sich auf ihn als Täter versteift hätten.⁷²⁸ Sie forderte ein faires und rechtsstaatliches Vorgehen und betonte, dass die Familie Köhler eine Täterschaft Gundolf Köhlers stark bezweifle.⁷²⁹ Auch stellte sie Köhler nicht ausschließlich als Sonderling, sondern auch in seinem Kontext als Sohn und Bruder dar.⁷³⁰

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen gingen nur die *BILD* und *FAZ* näher auf die Täter/-innen ein. Die *BILD* stellte fest, dass es sich bei den Angreifer/-innen nicht einfach nur um ‚besorgte Bürger/-innen‘ aus Rostock, sondern vielmehr auch um weit angereiste Gewalttäter/-innen handelte.⁷³¹ Sie stellte diese vor allem als Jugendliche dar, die teilweise politisch, teilweise unpolitisch motiviert seien.⁷³² Insgesamt wurden sie aber vor allem als dumpfe Gewalttäter/-innen beschrieben, mit denen man sich als Leserschaft nur schwer identifizieren kann.⁷³³ Ähnlich verhielt es sich mit der Berichterstattung der *FAZ*, die den Unterstützern und Unterstützerinnen der Angreifer/-innen zusätzlich Doppelmoral unterstellte.⁷³⁴

⁷²³ bild_12_02_24_s2e.
⁷²⁴ faz_80_09_30e.
⁷²⁵ faz_80_09_30e.
⁷²⁶ bild_80_09_29_s4b.
⁷²⁷ bild_80_09_29_s4b.
⁷²⁸ zeit_80_10_17.
⁷²⁹ zeit_80_10_17.
⁷³⁰ zeit_80_10_17.
⁷³¹ bild_92_08_25_s1a.
⁷³² bild_92_08_25_s1a.
⁷³³ bild_92_08_25_s1a.
⁷³⁴ faz_92_08_26.

Im Zuge der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist bei der Verhandlung der Täter und der Täterin ein großer Unterschied zwischen der *FAZ* und *BILD* auszumachen. Die *FAZ* berichtete nüchtern und sachlich über Zeugenaussagen und lieferte auf dieser Grundlage ihrer Leserschaft Täterbeschreibungen, die Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos durchaus ähneln, ohne sich in Spekulationen zu verlieren.⁷³⁵ Die *BILD* hingegen stellte an mehreren Stellen Mutmaßungen über die Täter/-innen an. Hierbei verstrickte sie sich selbst in Widersprüche. Darüber hinaus markierte die *BILD* als Wissen.⁷³⁶

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden gingen alle drei untersuchten Zeitungen auf die Täter und die Täterin ein. Auffällig ist, dass sich sowohl die *ZEIT* als auch die *FAZ* und die *BILD* unsicher zu sein schienen, wie die Rolle Beate Zschäpes zu beurteilen sei. So schwankte ihre Darstellung zwischen abhängiger Mitläuferin und Helferin auf der einen und entschlossener Rechtsterroristin, die als Mörderin zu bewerten ist, auf der anderen Seite.⁷³⁷ Insgesamt ist eine starke Fokussierung auf Zschäpe zu beobachten. Böhnhardt und Mundlos wurden zwar nicht ausgeblendet, im Fokus der Berichterstattung stand jedoch Beate Zschäpe als vermeintlich letztes lebendes Mitglied des ‚NSU‘. Erstaunt zeigten sich vor allem die *FAZ* und die *BILD* über das scheinbar bürgerliche und ‚normale‘ Leben, das Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in ihrer Zeit im Untergrund geführt haben.⁷³⁸ In einem *BILD*-Kommentar wurde außerdem die Sorge geäußert, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe könnten als psychisch krank eingestuft werden.⁷³⁹ Dies würde die ‚NSU‘-Morde relativieren und eine ‚gerechte‘ Bestrafung Zschäpes verhindern. Tatsache sei, dass es sich nicht um Patient(inn)en, sondern um Mörder handle.⁷⁴⁰

Einordnungen des Rechtsextremismus

Zunächst ist festzuhalten, dass es bei der Ebene der verharmlosenden Darstellung des Rechtsextremismus einen Kontinuitätsbruch gibt. Konnten bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat und zu Rostock-Lichtenhagen noch diskursive Inhalte gefunden werden, die dieser Ebene entsprechen, so war dies in der zweiten Phase der Berichterstattung zu der ‚NSU‘-Mordserie nicht der Fall.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass bei den untersuchten Ereignissen sowohl in *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* auf die Gefahr hingewiesen wurde, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Im Fall des Okto-

⁷³⁵ faz_05_06_20; faz_06_07_15.

⁷³⁶ bild_05_06_18_s3; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6.

⁷³⁷ zeit_12_05_31; faz_12_01_22; bild_11_11_14_s8f; bild_11_11_18_s9a.

⁷³⁸ faz_12_01_22; bild_12_05_09_s3; bild_12_11_05_s6a.

⁷³⁹ bild_11_11_30_s2.

⁷⁴⁰ bild_11_11_30_s2.

berfestattentats geschah das u.a. durch die Frage, ob der Rechtsextremismus bisher als zu harmlos angesehen worden sei.⁷⁴¹ Auch wurde der Rechtsextremismus hier als Traditionslinie beschrieben, die in Zusammenhang mit anderen Verbrechen steht.⁷⁴² Taten von Rechtsextremist(inn)en wurden also nicht als singuläre Ereignisse verstanden, sondern als Resultat teils international ineinander übergreifender Logiken, häufig durch rechtsextreme Organisationen institutionalisiert.⁷⁴³ Auch wurde betont, dass sich der Rechtsextremismus nicht nur gegen wenige Einzelne, sondern gegen die gesamte Gesellschaft richte.⁷⁴⁴ Die Entschlossenheit des Rechtsextremismus, gegen sämtliche Feinde vorzugehen, sei an eine massive Gewaltbereitschaft gekoppelt.⁷⁴⁵

Im Fall von Rostock-Lichtenhagen erhöhte sich die Sorge um die Gesellschaft und ihr demokratisches System.⁷⁴⁶ Die Tatsache, dass ‚normale Bürger/-innen‘ die Ziele der Rechtsextremist(inn)en gutheißen und partiell unterstützen, veranlasste zur Achtsamkeit, da der Rechtsextremismus hierdurch als akzeptabel angesehen werden könne, was wiederum eine Katastrophe für die Demokratie bedeute.⁷⁴⁷ In der FAZ war gar von bürgerkriegsartigen Zuständen die Rede, da der Fokus der Gewalttäter/-innen und Applaudierer/-innen nicht nur auf die Asylsuchenden, sondern vielmehr auch auf die Politik und den Staat gerichtet sei.⁷⁴⁸ Auch hier wurde sich wieder beunruhigt über das Gewaltpotenzial geäußert.⁷⁴⁹ Die Situation erschien so gefährlich, dass die BILD einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren forderte.⁷⁵⁰

Hinsichtlich der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden wurde der Gefährdung durch den Rechtsextremismus ebenfalls Platz eingeräumt.⁷⁵¹ Die Befürchtung, es gebe in Deutschland durchaus Potenzial für weitere rassistische Morde, lässt erahnen, dass der Rechtsextremismus als real existierende Gefahr empfunden wurde.⁷⁵² Dies zeigt wiederum, dass, ähnlich wie im Fall des Oktoberfestattentats, Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund nicht als Ausnahmen, sondern als Kontinuitäten wahrgenommen wurden.⁷⁵³ Auch an dieser Stelle wurde wieder die Interna-

⁷⁴¹ zeit_80_10_3c; bild_80_09_29_s4e.

⁷⁴² faz_80_10_04; faz_80_10_21b.

⁷⁴³ faz_80_10_04; faz_80_10_21b; faz_80_11_07; bild_80_09_29_s3c; bild_80_10_03_s1.

⁷⁴⁴ faz_80_11_07.

⁷⁴⁵ faz_80_10_21b.

⁷⁴⁶ zeit_92_10_02.

⁷⁴⁷ zeit_92_10_02; faz_92_08_26c.

⁷⁴⁸ faz_92_08_26.

⁷⁴⁹ faz_92_08_26.

⁷⁵⁰ bild_92_11_24_s2.

⁷⁵¹ zeit_12_08_16.

⁷⁵² zeit_12_08_16; bild_11_11_16.

⁷⁵³ bild_11_11_16.

tionalität des Rechtsextremismus angesprochen, was diesen in ein größeres Logiksystem setzt – eine Tatsache, die seine Gefährlichkeit noch einmal steigert.⁷⁵⁴

Das Muster der Vereinfachung des Rechtsextremismus ist bei allen drei untersuchten Ereignissen festzustellen. Kann man hinsichtlich des Oktoberfestattentats vornehmlich bei der *FAZ* und hinsichtlich der Anschläge von Rostock-Lichtenhagen bei der *BILD* dieses Muster ausmachen, so ist es bei der aufarbeitenden Berichterstattung zum ‚NSU‘ in sämtlichen untersuchten Zeitungen zu entdecken.

Beim Oktoberfestattentat wurde dem Rechtsextremismus und seinen Anhänger/-innen vor allem der Intellekt abgesprochen und die Ideologie als Sammelbecken von Verlierern und Verliererinnen geschildert.⁷⁵⁵ Der Rechtsextremismus als solcher wurde stark verkürzt dargestellt und vor allem in einen Kontext mit dem Faschismus des ‚Dritten Reichs‘ gesetzt.⁷⁵⁶ Sich verändernde Formen des Rechtsextremismus wurden in den Hintergrund gedrängt. Der Rechtsextremismus wurde also eher historisiert und als Fetischismus angesehen.⁷⁵⁷ Als politisches Problem wurde er hingegen nicht betrachtet.⁷⁵⁸

Auch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen wurden Neonazis hauptsächlich als dumm klassifiziert.⁷⁵⁹ Rechtsextremist(inn)en wurden des Weiteren aus der Gesellschaft ausgegrenzt und auf ihr Äußeres reduziert.⁷⁶⁰ Auch hier ist wieder zu beobachten, dass der Rechtsextremismus als Erbe des ‚Dritten Reichs‘ sehr vereinfacht dargestellt wurde.⁷⁶¹ Werden seine Symboliken nicht genutzt, so die Interpretation, wird er als nicht existent betrachtet.⁷⁶²

Bei der Untersuchung der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden fällt auf, dass der Rechtsextremismus auf Gewalttätigkeit verkürzt wurde. So wurden Mitläufer/-innen und nichtgewalttätige Personen, die rechtsextremes Gedankengut teilen, so präsentiert, als ob sie keine ‚echten‘ Rechtsextremist(inn)en seien.⁷⁶³ Sehr auffällig ist außerdem, dass die Kontinuität rechtsextremer Gewalt in der

⁷⁵⁴ bild_11_11_26_s8a.

⁷⁵⁵ zeit_80_10_31b; faz_80_10_15.

⁷⁵⁶ faz_80_10_15.

⁷⁵⁷ zeit_80_10_31b; faz_80_10_15.

⁷⁵⁸ zeit_80_10_31b; faz_80_10_15.

⁷⁵⁹ bild_92_08_26_s2b.

⁷⁶⁰ bild_92_08_26_s2b.

⁷⁶¹ Der Rechtsextremismus ist ohne das ‚Dritte Reich‘ nur schwer vorstellbar. Dennoch ist er viel zu facettenreich, als dass man ihn in seiner Darstellung ausschließlich auf das ‚Dritte Reich‘ reduzieren könnte.

⁷⁶² bild_92_08_31_s1.

⁷⁶³ zeit_11_11_17.

Geschichte der BRD an vielen Stellen ausgeblendet und Rechtsterrorismus als etwas Neues angesehen wurde.⁷⁶⁴ Auch wurden Organisationsstrukturen im Rechtsextremismus stark vereinfacht bzw. ungenügend dargestellt.⁷⁶⁵ Die Reduzierung von Neonazis auf ihr Äußeres geschah, ähnlich wie bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen, auch in diesem Fall.⁷⁶⁶ Die Wandlungsfähigkeit des Rechtsextremismus wurde hierbei verkannt und neuen Erscheinungsformen innerhalb der Szene keine Beachtung geschenkt.⁷⁶⁷ Ein weiterer Aspekt neben der Bezugnahme auf optische Merkmale ist die Ausgrenzung von Rechtsextremist(inn)en aus der Gesellschaft durch Pathologisierung.⁷⁶⁸

Der Rechtsextremismus wurde bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat teilweise verharmlost. Rechtsextreme Gruppierungen, in diesem Fall vor allem die ‚WSG Hoffmann‘, wurden tendenziell belächelt und nicht ernst genommen.⁷⁶⁹ Dies ging so weit, dass ihnen ihr Gewaltpotenzial geradezu abgesprochen und ihre strafrechtliche Verfolgung teilweise sogar in Frage gestellt wurde.⁷⁷⁰ Die rechte Ideologie, die hinter solchen Gruppierungen steht, wurde mehr oder weniger als Hobby abgetan.⁷⁷¹

Auch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen ist eine Entpolitisierung der Täter/-innen zu beobachten. Die Ausschreitungen seien als ein Ausdruck der Suche nach Erlebnissen zu lesen.⁷⁷² Die rassistische Motivation, die die Angriffe mitgetragen hat, wurde an einigen Stellen komplett verneint und durch eine Täter-Opfer-Umkehr ersetzt.⁷⁷³ Die Täter/-innen wurden teilweise im Hinblick auf ihr Handeln entlastet.⁷⁷⁴ Schuld sei schlicht die große Menge an Asylsuchenden, die von der Politik nicht abgewiesen werde.⁷⁷⁵ An einigen Stellen ist sogar mehr Empathie mit den Angreifern und Angreiferinnen als mit ihren Opfern zu spüren.⁷⁷⁶ Rechtsextremes Gedankengut wurde hierdurch an einigen Stellen normalisiert und verharmlost.

⁷⁶⁴ zeit_12_02_23b; bild_11_11_14_s2b.

⁷⁶⁵ faz_12_02_02; faz_12_02_03.

⁷⁶⁶ bild_11_11_14_s2b.

⁷⁶⁷ bild_11_11_14_s2b.

⁷⁶⁸ bild_11_11_14_s2b; bild_11_11_14_s8f; bild_11_12_02_s2.

⁷⁶⁹ faz_80_09_30b; faz_80_10_15; faz_80_11_07.

⁷⁷⁰ faz_80_11_07.

⁷⁷¹ faz_80_09_30b.

⁷⁷² faz_92_08_27; faz_92_09_18.

⁷⁷³ bild_92_08_27_s2a; bild_92_09_09_s2.

⁷⁷⁴ faz_92_09_18.

⁷⁷⁵ bild_92_08_27_s2a.

⁷⁷⁶ bild_92_09_09_s2.

DDR, Linksextremismus und Islamismus

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich das Muster der Verweise auf die DDR im Laufe der Zeit gewandelt hat. Mit dem Ende der DDR verschwand sie als direkter und aktiver Gegenspieler des Westens, wie sie bspw. noch in Teilen der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat erkennbar gewesen ist. So haben gerade die *FAZ* und *BILD* mehrmals unkritisch die These Franz-Josef Strauß' übernommen, dass Gundolf Köhler und die ‚WSG Hoffmann‘ von der Stasi angeleitet oder wenigstens von ehemaligen DDR-Bürgern und -Bürgerinnen unterwandert worden seien.⁷⁷⁷ Auch wurden Sozialisationserfahrungen in der DDR dafür verantwortlich gemacht, dass aus der DDR geflohene oder freigekaufte Menschen vermeintlich eher zu rechtsextremem Gedankengut tendierten als Westdeutsche.⁷⁷⁸ Hierbei wurde von der *FAZ* eine Art Verschwörung westdeutscher Behörden angedeutet, bspw. die DDR-Vergangenheit Karl-Heinz Hoffmanns und die angebliche Anfälligkeit ehemaliger DDR-Bürger/-innen für rechtes Gedankengut zu verschweigen.⁷⁷⁹ Es wurde vermutet, dass die DDR gezielt Rechtsextremist(inn)en nach Deutschland schicke, um dort Verbrechen zu begehen.⁷⁸⁰ Sowohl die *FAZ* als auch die *BILD* stellten hierdurch die DDR als Bedrohung der westdeutschen Demokratie dar, da diese kontinuierlich versuche, durch Agent(inn)en-Tätigkeiten im rechtsextremen Kontext die Grundordnung der BRD anzugreifen und dieselbe nach außen hin als wieder im Geiste des Faschismus stehend darzustellen. Es ist signifikant, dass die *ZEIT* sich dieser Lesart nicht angeschlossen, sondern dieser vielmehr mehrfach widersprochen hat.⁷⁸¹

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen sah die *ZEIT* die staatlichen Strukturen der DDR mit in der Verantwortung für die Ereignisse.⁷⁸² Durch den verordneten Staatssozialismus sei den Bürgern und Bürgerinnen kein alternatives Denken und nur wenig Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund vermittelt worden.⁷⁸³ Trotzdem wurde betont, dass man nicht allen Ostdeutschen generell einen Hang zu rechtem Gedankengut unterstellen dürfe.⁷⁸⁴ Darüber hinaus sei zu beachten, dass die Menschen in Ostdeutschland durch das Ende der DDR Erfahrungen der Entwertung der eigenen Person gemacht hätten und sich vielfach als Wendeverlierer/-innen ansähen.⁷⁸⁵ Auffällig ist, dass der Rechtsextremismus vor allem als ostdeutsches Problem beschrieben wurde.

⁷⁷⁷ faz_80_09_30b; faz_80_10_04b; faz_80_10_11; bild_80_09_29_s4c.

⁷⁷⁸ faz_80_10_04b.

⁷⁷⁹ faz_80_11_07; faz_80_11_27.

⁷⁸⁰ faz_80_12_29; bild_80_10_04_s8b.

⁷⁸¹ zeit_80_11_14; zeit_81_01_02.

⁷⁸² zeit_92_08_28; zeit_92_09_11.

⁷⁸³ zeit_92_09_04e.

⁷⁸⁴ zeit_92_09_04e.

⁷⁸⁵ zeit_92_09_11.

Auf (durchaus reale) Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund in Westdeutschland wurde kaum bis gar kein Bezug genommen. Setzte sich die *ZEIT* vor allem mit strukturellen Fragen auseinander, so äußerten *FAZ* und *BILD* die Meinung, dass die Gewalttäter/-innen von Lichtenhagen direkt von der Stasi (es wurde in der Regel darauf verzichtet, darauf einzugehen, dass die Stasi als Behörde nicht mehr existierte) gesteuert worden seien.⁷⁸⁶ Auch hier ist wieder eine Art ‚Agent(inn)en-These‘ zu erkennen, ohne, ähnlich wie beim Oktoberfestattentat, belastbare Beweise hierfür zu liefern.

Ist bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen schon ein etwas stärkeres Eingehen auf strukturelle Probleme der (ehemaligen) DDR zu beobachten, sind Verweise auf die DDR in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden fast ausschließlich davon dominiert. Die *ZEIT* sah in der Wiedervereinigung Deutschlands eine Mitursache für das Erstarken rechter Strukturen in Ostdeutschland.⁷⁸⁷ Verantwortlich seien nicherfüllte Hoffnungen der Ostdeutschen auf Wohlstand und Anerkennung, eine Überforderung durch die Umbrüche, aber auch (wie ebenfalls von der *FAZ* argumentiert) ein Machtvakuum durch den Umbau von Behörden nach der Eingliederung der neuen Bundesländer.⁷⁸⁸ Des Weiteren wurden Sozialisationserfahrungen in der DDR und ihr politisches System angesprochen.⁷⁸⁹ Sowohl die *ZEIT* als auch die *FAZ* sahen in der Existenz rechtsextremer Strukturen zu Zeiten der DDR weniger ein bewusstes Bekennen zu rechtem Gedankengut als vielmehr eine Auflehnung gegen den staatlich verordneten Antifaschismus und somit das System.⁷⁹⁰ Hinzu kam laut der *ZEIT*, dass es in der DDR keine zivilgesellschaftliche politische Beteiligung gegeben habe. Hierzu zähle auch das Fehlen eines gesellschaftlichen Umbruchs, wie er im Westen durch die 68er-Generation vorangetrieben wurde. Dieses Defizit habe die Ausbreitung rechter Ideologien im Osten begünstigt, da sie nach dem Ende der DDR auf keinen Widerspruch gestoßen seien.⁷⁹¹ Es wurde aber auch betont, dass dies nicht alternativlos gewesen sei und sich heute, bspw. in Jena, geändert habe.⁷⁹² Auch die *FAZ* betonte die Mitverantwortlichkeit der von der SED vorgeschriebenen politischen Kultur und hebt die Bedeutung von Sozialisierungserfahrungen in der DDR für das Erstarken rechten Gedankenguts im Osten hervor.⁷⁹³ Zu beachten bleibt im Gegensatz zur Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen die Anerkennung von *FAZ* und *ZEIT*, dass es auch in

⁷⁸⁶ faz_93_11_07; bild_92_09_03_s1; bild_92_09_03_s2.

⁷⁸⁷ zeit_11_11_17.

⁷⁸⁸ zeit_12_05_31; zeit_12_11_08; faz_11_11_18b; faz_11_11_26; faz_12_08_24.

⁷⁸⁹ zeit_12_05_31; zeit_12_05_31d; faz_11_11_18b; faz_11_11_26.

⁷⁹⁰ zeit_12_05_31d; faz_11_11_26.

⁷⁹¹ zeit_12_05_31d.

⁷⁹² zeit_12_05_31d.

⁷⁹³ faz_11_11_26.

Westdeutschland starke rechtsextreme Strukturen gebe.⁷⁹⁴ In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden lässt sich das Muster der Verweise auf die DDR in der *BILD* nicht erkennen.

Hinsichtlich der Vergleiche mit dem Linksextremismus ist im Laufe der Zeit ein Wandel zu beobachten. Konnte bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat noch eine starke Fokussierung auf denselben beobachtet werden, so nahm dies in Qualität und Quantität bei Rostock-Lichtenhagen leicht ab, bevor sich bei der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden sehr kritisch mit Vergleichen von linkem und rechtem Extremismus auseinandergesetzt wurde.

Im Kontext des Oktoberfestattentats fällt auf, dass der Linksextremismus an vielen Stellen als Relativierungsgegensatz dargestellt wurde. Artikel, die ihrer Überschrift nach über den Rechtsextremismus informieren sollen, schweiften in der Regel zu Beschreibungen des Linksextremismus als Referenzfolie ab. Kaum ein Artikel über den Rechtsextremismus kam hier ohne einen Verweis auf linke Gewalt aus.⁷⁹⁵ Linke Verbrechen wurden politisiert, während rechte Verbrechen tendenziell nicht als politischer Terror wahrgenommen und in Aufzählungen von Terrorakten in der *ZEIT* in der Folge nicht weiter beachtet wurden.⁷⁹⁶ Wurde die ‚WSG Hoffmann‘ thematisiert, so geschah dies oftmals in verharmloser Form und bspw. mit dem Hinweis versehen, dass auch linke Gruppierungen sich im Umgang mit Waffen schulten.⁷⁹⁷ Als ein vermeintlicher Unterschied zwischen Links- und Rechtsextremismus wurde der starke Ideologisierungsgrad der linken Szene benannt, der laut *FAZ* in der rechten Szene nicht vorhanden sei.⁷⁹⁸ Organisationsstrukturen wurden rechten im Gegensatz zu linken Gruppierungen abgesprochen und ihr Gefährdungspotenzial als gering beschrieben.⁷⁹⁹ Somit wurde der Rechtsextremismus mitunter als nicht gefährlich für den deutschen Staat verhandelt. Insgesamt entsteht der Eindruck, als ob der Rechtsextremismus allgemein als ein nicht allzu besorgniserregendes Phänomen angesehen wurde, häufig mit dem impliziten oder expliziten Verweis, dass der Linksextremismus gefährlicher sei.⁸⁰⁰ Dass dies nur in eine Richtung ging, zeigt sich an der Berichterstattung über den Mord an Heinz-Herbert Karry durch die ‚Revolutionären Zellen‘. Hier wurde der Rechtsextremismus nicht als Vergleichsfolie für den Linksextremismus genutzt, mehr noch, in einer Aufzählung der Opfer von Terrorakten in Deutschland wurden die Op-

⁷⁹⁴ zeit_12_05_31; faz_11_11_18b.

⁷⁹⁵ zeit_80_10_03; faz_80_11_07; bild_80_09_29_s4d; bild_80_09_30_s2a.

⁷⁹⁶ zeit_80_10_03g.

⁷⁹⁷ faz_80_09_30b.

⁷⁹⁸ faz_80_09_30b; bild_80_09_29_s4d.

⁷⁹⁹ faz_80_11_07; bild_80_09_29_s4d.

⁸⁰⁰ faz_80_09_30c; faz_80_11_07; bild_80_09_29_s4d.

fer rechter Gewalt nicht berücksichtigt.⁸⁰¹ Im entsprechenden *BILD*-Artikel zeigt sich, dass der Linksterrorismus ohne Verweis auf den Rechtsterrorismus beschrieben werden konnte. Im umgekehrten Maße war dies jedoch nicht der Fall.

Auch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen sind Verweise auf den Linksextremismus auszumachen. So wurde in einem *FAZ*-Artikel die Person Jürgen Trittins und sein Verhalten bei linksextrem motivierten Ausschreitungen genutzt, um die Gewalt von Rostock-Lichtenhagen zumindest teilweise zu relativieren.⁸⁰² In einem weiteren Artikel sind ähnliche Argumentationsstrukturen zu erkennen. Hier wurde die Straftatenstatistik von links und rechts verglichen und kritisiert, dass ‚Bagatelldelikte‘, wie die Darstellung von Hakenkreuzen, die Statistik verfremden würden.⁸⁰³ Die Ausmaße rechter Gewalttaten wurden außerdem infrage gestellt und suggeriert, dass linke Gewalt gefährlicher sei.⁸⁰⁴ In der *BILD* ist hingegen die Tendenz zu beobachten, dass der Rechtsextremismus mindestens genauso gefährlich, wenn nicht gar gefährlicher als der Linksextremismus, dargestellt wurde.⁸⁰⁵ Dies ist insofern ein Novum, da bei den Berichten zum Oktoberfestattentat an keiner Stelle ausgemacht werden konnte, dass der Linksextremismus genutzt wurde, um die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus zu unterstreichen. Auf dieser Grundlage forderte die *BILD* ein entschiedenes und hartes Vorgehen gegen rechte Gewalt.⁸⁰⁶ In der *ZEIT* konnten zu Rostock-Lichtenhagen keine Kontextualisierungen von links und rechts ausgemacht werden.

Bei der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden wurde in der *ZEIT*, bis auf eine Ausnahme,⁸⁰⁷ Kritik am häufig verwendeten Muster des Vergleiches von rechts und links geübt.⁸⁰⁸ Hier ist erstmals zu beobachten, dass Linksextremismus und Rechtsextremismus nicht miteinander gleichgesetzt werden. Es wurde zusätzlich auch aktiv gegen solche Gedankengänge argumentiert. Ein Politiker, der LinksextremistInnen mit Rechtsextremist(inn)en verglich, wurde kritisch hinterfragt.⁸⁰⁹ Insgesamt traf die Kritik der *ZEIT* in dieser Hinsicht vor allem die CDU.⁸¹⁰ In der *FAZ* sind einzelne Vergleiche von ‚NSU‘ und RAF festzustellen, intentionale oder nichtintentionale Argumentations-

⁸⁰¹ bild_81_05_12_s3.

⁸⁰² faz_92_08_28b.

⁸⁰³ faz_93_05_24.

⁸⁰⁴ faz_93_05_24.

⁸⁰⁵ bild_92_08_29_s2; bild_92_10_01_s2.

⁸⁰⁶ bild_92_10_01_s2.

⁸⁰⁷ zeit_11_12_01b.

⁸⁰⁸ zeit_12_02_23b; zeit_12_07_05b; zeit_12_09_27.

⁸⁰⁹ zeit_12_07_05b.

⁸¹⁰ zeit_12_07_05b; zeit_12_09_27.

muster sind aber nicht erkennbar.⁸¹¹ Auch in der *BILD* sind vor allem ‚NSU‘-RAF-Vergleiche dargestellt worden.⁸¹² Ähnlich wie bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen entsteht aber auch hier wiederum der Eindruck, dass die RAF nicht genannt wurde, um die Taten des ‚NSU‘ zu relativieren, sondern um den Rechtsextremismus als Bedrohung zu kennzeichnen.⁸¹³

Die Vergleichsfolie des islamistischen Terrorismus ist ausschließlich bei der Berichterstattung zur ‚NSU‘-Mordserie zu beobachten. Insgesamt sind hier keine Verharmlosungstendenzen zu erkennen, eher wurden Rechtsextremismus, Islamismus und an einigen Stellen zusätzlich Linksextremismus vor allem in der *ZEIT* als in etwa gleichwertig angesehen.⁸¹⁴ Die *FAZ* hingegen ging vor allem dann auf das Verhältnis von Rechtsextremismus und Islamismus ein, wenn es um die Rolle der Geheimdienste ging. Hierbei kritisierte die *FAZ* mitunter, dass sich in der Vergangenheit zu sehr auf den Islamismus konzentriert wurde und der ‚NSU‘ in der Folge u.a. deshalb unentdeckt bleiben konnte.⁸¹⁵ Tendenziell wurde dem Rechtsextremismus jedoch eine größere Bedeutung hinsichtlich der Gefährdung Deutschlands zugesprochen.⁸¹⁶

„Drittes Reich“ und NPD

Hinsichtlich der Verweise auf das ‚Dritte Reich‘ lässt sich feststellen, dass diese ausschließlich in der *BILD* auffindbar sind. Im Laufe der Zeit hat sich die Argumentationslinie geändert. Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat wurden sehr direkte Vergleiche gezogen. Karl-Heinz Hoffmann wurde an einigen Stellen als „Führer“ bezeichnet, was auf einen direkten Vergleich mit Adolf Hitler hindeutet.⁸¹⁷ Auch die Begrifflichkeit der „Machtübernahme“ taucht an mehreren Stellen in Verbindung mit der ‚WSG Hoffmann‘ auf.⁸¹⁸ Dies markiert einen Verweis auf die Machterlangung der NSDAP im Jahr 1933. An einer Stelle ist außerdem vom „Marsch auf Bonn“ die Rede.⁸¹⁹ Diese Formulierung steht in einer Linie mit dem Hitler-Putsch bzw. dem geplanten ‚Marsch auf Berlin‘ der NSDAP 1923. Dessen Vorbild war der ‚Marsch auf Rom‘ der faschistischen Partei unter Benito Mussolini in Italien im Jahr 1922. Des Weiteren sind Verweise auf die Wehrmacht und die SS zu

⁸¹¹ faz_12_02_27c; faz_12_06_02.

⁸¹² bild_11_11_12_s1; bild_11_11_12_s7a; bild_11_11_14_s2a; bild_11_11_14_s9c.

⁸¹³ bild_11_11_14_s2a.

⁸¹⁴ zeit_11_11_24e; zeit_12_02_16.

⁸¹⁵ faz_11_11_16; faz_11_11_18b.

⁸¹⁶ faz_12_08_23.

⁸¹⁷ bild_80_09_29_s1; bild_80_09_29_s3c; bild_80_09_09_30_s1a.

⁸¹⁸ bild_80_09_29_s3c; bild_80_09_29_s3d.

⁸¹⁹ bild_80_09_29_s3c.

finden.⁸²⁰ Die Intention dieser Verweise und Vergleiche sind nicht eindeutig zu klären, es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die *BILD* der ‚WSG Hoffmann‘ damit eine politisch motivierte Legitimationsbasis bieten wollte. Genau dies hat sie jedoch getan, da der ‚WSG Hoffmann‘ durch die Vergleiche mit Personen, Strukturen und Organisationen des ‚Dritten Reichs‘ eine gewisse Größe und Bedeutung verliehen wurde.

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen änderte sich die Betrachtungsweise. Hier sind deutlich weniger Verweise auf das ‚Dritte Reich‘ auffindbar. An einer Stelle wurden die Verhältnisse in Deutschland mit den Verhältnissen der späten Weimarer Republik vor der Machtübernahme der NSDAP verglichen, was die – dennoch sicher nicht unproblematische Situation – übersteigerte.⁸²¹ An einer anderen Stelle wurde ein Leserkommentar abgedruckt, der die brennenden Geflüchtetenunterkünfte mit den brennenden Synagogen der NS-Zeit verglich.⁸²² Auch wenn hier die Frage gestellt werden muss, ob dies nicht eine Verharmlosung des Holocaust bedeutet, nimmt dieser Vergleich den Angreifern und Angreiferinnen die Legitimation, für eine Mehrheit zu sprechen und zu handeln.

Im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist der Verweis auf das ‚Dritte Reich‘ in nur einem Kommentar aufgetaucht. Hierbei stand die NS-Zeit als Mahnung, dass es an der Gesellschaft liege, ein Erstarken rechter Strukturen zu verhindern. Die Sorge, dass sonst weitere Morde folgen könnten, stand dabei im Raum.⁸²³

Die Bezugnahme auf die NPD hat sich in der medialen Berichterstattung stark gewandelt. Anlässlich des Oktoberfestattentats wurde die NPD als schwache, die rechte Szene enttäuschende Partei dargestellt.⁸²⁴ Ihre Verantwortung für den Anschlag sei maximal im moralischen Bereich zu finden.⁸²⁵ Insgesamt sei die Partei allenfalls eine Durchgangsstation für gewaltbereite Neonazis auf dem Weg ihrer Radikalisierung.⁸²⁶ In Verbindung mit dem Oktoberfestattentat berichtete ausschließlich die *FAZ* über die NPD, und dies auch nur in zwei Artikeln. Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen ist in keinem einzigen Fall ein Verweis auf die NPD vorzufinden.

⁸²⁰ bild_80_09_29_s3c; bild_80_09_29_s4b.

⁸²¹ bild_92_08_25_s2a.

⁸²² bild_92_08_29_s2.

⁸²³ bild_11_11_16_s9a.

⁸²⁴ faz_80_09_30b; faz_80_10_04.

⁸²⁵ faz_80_09_30b.

⁸²⁶ faz_80_09_30b; faz_80_10_04.

Dies änderte sich bei der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden entscheidend. Hintergrund ist ein in vielen Artikeln diskutiertes mögliches Verbotsverfahren der NPD.⁸²⁷ Hierbei wurde auch Ralf W. ins Spiel gebracht, der als Beweis für eine strukturelle Verbindung zwischen NPD und ‚NSU‘ ins Feld geführt wurde.⁸²⁸ Es wurden von der *FAZ* und *BILD* an mehreren Stellen Politiker/-innen zitiert, die eine rasche Aufnahme des NPD-Verbotsverfahrens forderten.⁸²⁹ Es kamen jedoch auch warnende Stimmen zu Wort. So wurde die Befürchtung geäußert, dass ein erneutes NPD-Verbotsverfahren abermals wegen der Verstrickung von V-Leuten in der Partei scheitern könne.⁸³⁰ Auch wurde angemahnt, dass man aufgrund der Verbindung einzelner NPD-Funktionäre zum ‚NSU‘ nicht auf eine strukturelle Zusammenarbeit schließen könne, was diesem Argument für ein NPD-Verbot die Grundlage nehme.⁸³¹ Die *ZEIT* konstatierte außerdem, dass ein NPD-Verbot nichts im Kampf gegen rechts ausrichten könne, da neonazistisches Gedankengut trotzdem weiter existiere und man die Chance auf einen Dialog somit verspiele.⁸³²

In einem weiteren Artikel berichtete die *FAZ* über die Verflechtungen zwischen NPD und Kameradschaften.⁸³³ Hierbei betonte sie, dass auch der ‚NSU‘ aus einer Kameradschaft hervorgegangen sei. Außerdem wurde von, über W. hinausgehende personelle Verbindungen zwischen der Partei und dem ‚NSU‘ berichtet und versucht, ein direktes Band zwischen Mundlos, Zschäpe und dem damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel herzustellen.⁸³⁴

Die *BILD* führte in einem Artikel einen vermeintlichen ‚Kronzeugen‘ ins Feld, der von institutionellen Verbindungen zwischen NPD und ‚NSU‘ berichtet.⁸³⁵ Die Glaubwürdigkeit des Zeugen kann nicht abschließend bewertet werden, seine Aussagen tauchten im weiteren Verlauf der Berichterstattung jedoch kein weiteres Mal auf. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass, auch vor dem Hintergrund eines potenziellen NPD-Verbots, die NPD als gefährliche und verfassungsfeindliche Partei diskutiert wurde, die mehr als nur eine moralische Mitschuld an den ‚NSU‘-Morden trage.

⁸²⁷ zeit_11_12_01; faz_11_12_01; faz_11_12_02; faz_12_02_03; faz_12_02_04; faz_12_03_21; bild_11_11_30_s6; bild_11_12_12_s2; bild_11_12_12_s2.

⁸²⁸ zeit_11_12_01; faz_11_12_01; faz_11_12_02; faz_12_02_03; faz_12_02_04; faz_12_03_21; bild_11_11_30_s6.

⁸²⁹ faz_11_12_01; faz_11_12_02; faz_12_02_03; bild_11_12_02_s8b.

⁸³⁰ zeit_12_07_05e; faz_11_12_05; bild_11_12_12_s2.

⁸³¹ zeit_12_07_05e; faz_11_11_24c; faz_11_12_18; faz_12_02_24; faz_12_03_21; faz_12_03_26.

⁸³² zeit_12_08_16.

⁸³³ faz_11_12_12.

⁸³⁴ faz_11_12_14.

⁸³⁵ bild_11_11_16_s8a.

Bezugnahme auf breite gesellschaftliche Einstellungsmuster

Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat wurden die gesellschaftlichen Einstellungsmuster in einem eher kleinen Rahmen diskutiert. Die Ebene taucht nur in jeweils einem Artikel von *ZEIT* und *FAZ* auf. Die *ZEIT* gab dem gesellschaftlichen Klima der Bundesrepublik eine Mitverantwortung an rechten Gewalttaten.⁸³⁶ Durch rassistische Einstellungsmuster innerhalb der Gesellschaft würden Rechtsterrorist(inn)en darin bestärkt, ihre Ideologie in Gewalttaten umzusetzen. Die Zeitung konstatierte, dass in Deutschland rassistische Einstellungen in den Köpfen der Bevölkerung existent seien und dies ein weitverbreitetes Phänomen sei.⁸³⁷ Auch die *FAZ* ging in ähnlicher Art und Weise auf die gesellschaftliche Mitverantwortung ein.⁸³⁸ Sie stellte diese klar heraus, auch wenn sie sich nicht so ausdrücklich auf die gesamte Gesellschaft bezog wie die *ZEIT*.

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen ist ein deutlicher Anstieg der Bezugnahme auf die gesellschaftlichen Verhältnisse nachweisbar. So hat die *ZEIT* in einem sehr subjektiv gefärbten Artikel der Bevölkerung Lichtenhagens fehlende Empathie gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund und in der Folge eine rassistisch motivierte Ablehnung derselben attestiert.⁸³⁹ In einem weiteren Artikel ging sie auf die enttäuschten Hoffnungen der Ostdeutschen im Hinblick auf einen wirtschaftlichen Aufschwung ein und kritisierte, dass die Gewalt gegen Wehrlose eine nicht zu akzeptierende Folge der Enttäuschung sei.⁸⁴⁰ Der politische und gesellschaftliche Umgang mit der ‚Asylproblematik‘ habe den Gewalttätern und Gewalttäterinnen sowie ihren Unterstützern und Unterstützern ein Gefühl der Legitimation der Gewalt vermittelt.⁸⁴¹ Ein anderer Artikel zitierte Potsdams Polizeichef Detlev Graf von Schwerin dahingehend, dass die Deutschen zornig wegen der Asylpolitik seien.⁸⁴² Deshalb handle es sich bei diesen Menschen aber um keine Rassist(inn)en, auch wenn ein Großteil der Deutschen zu viele Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ablehne. Sachsens Innenminister Heinz Eggert bemerkte außerdem, dass die Einstellungen in Ost- und Westdeutschland ähnlich seien, die Hemmschwelle zur Gewalt in den alten Bundesländern aber höher wäre.⁸⁴³

⁸³⁶ zeit_80_10_03.

⁸³⁷ zeit_80_10_03.

⁸³⁸ faz_80_10_04.

⁸³⁹ zeit_92_09_04.

⁸⁴⁰ zeit_92_09_11.

⁸⁴¹ zeit_92_09_11.

⁸⁴² zeit_92_09_25.

⁸⁴³ zeit_92_09_25.

Später veröffentlichte die *ZEIT* einen Artikel, der sich wiederum mit den sozialen Missständen in Ostdeutschland auseinandersetzte. Nicht die Asylpolitik, sondern die Desillusion der Ostdeutschen sei der Hauptgrund für die Gewalt von Lichtenhagen.⁸⁴⁴ Auch die *FAZ* bezog sich stark auf die sozialen Nöte in den neuen Bundesländern. Die (jugendlichen) Gewalttäter/-innen würden sich langweilen, da sie bislang immer die Erfahrung gemacht hätten, von der FDJ in viele Aktivitäten eingebunden zu werden.⁸⁴⁵ Nach der Wiedervereinigung sei dies komplett weggefallen. Weiter seien Arbeitslosigkeit und mangelnde Perspektiven, dieser zu entfliehen, ein wichtiger Aspekt dafür, dass die Gewalttäter/-innen so viel Zuspruch von den teilweise applaudierenden Einwohnern und Einwohnerinnen Lichtenhagens erfahren hätten.⁸⁴⁶ Der einer derartigen Unterstützung zugrunde liegende Rassismus wurde jedoch nicht hinterfragt. In einem Artikel vom selben Tag wurden außerdem verschiedene Politiker/-innen zitiert, die in ihren Analysen wiederum auf soziale Missstände, nicht jedoch auf Rassismus eingingen.⁸⁴⁷ Eine andere Ausrichtung weist ein weiterer Artikel der *FAZ* auf, in dem auf Grundlage einer wissenschaftlichen Studie hervorgehoben wurde, dass die ostdeutschen Jugendlichen insgesamt nicht so unzufrieden seien, wie es häufig dargestellt werde.⁸⁴⁸ Vielmehr seien eine allgemeine Gewaltorientierung und ein nur schwach durchgreifender Staat der Katalysator für die Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund. Hier wurde von Personen mit teilweise rechten Einstellungsmustern geschrieben.⁸⁴⁹ Am deutlichsten wurde in diesem Kontext die *BILD* in einem unkommentierten Artikel, der besagte, dass einer Forsa-Umfrage zufolge 15 % der Deutschen ein rechtsextremes Weltbild hätten.⁸⁵⁰

Fand bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat und zu Rostock-Lichtenhagen eine zeitlich recht unmittelbare Auseinandersetzung mit der Frage gesellschaftlicher Ursachen der Gewalt statt, so fällt in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden auf, dass dies nicht direkt von dem Moment an der Fall gewesen ist, in dem bekannt wurde, dass es sich bei den Tätern und der Täterin um Rechtsextremisten gehandelt hatte. Diese Diskussion entwickelte sich erst seit der offiziellen Trauerfeier für die Opfer des ‚NSU‘ am 22. Februar 2012. Am 23. Februar 2012 bemerkte die *ZEIT*, dass das Gedenken an die Toten kühl wirke.⁸⁵¹ Sie attestiert der deutschen Gesellschaft

⁸⁴⁴ zeit_92_10_02.

⁸⁴⁵ faz_92_08_25.

⁸⁴⁶ faz_92_08_25b.

⁸⁴⁷ faz_92_08_25c.

⁸⁴⁸ faz_92_11_24.

⁸⁴⁹ faz_92_11_24.

⁸⁵⁰ bild_92_08_26_s2b.

⁸⁵¹ zeit_12_02_23b.

einen weitverbreiteten Alltagsrassismus, der Menschen wie die ‚NSU‘-Opfer aus der Gesellschaft ausschließe.⁸⁵² Es sei nun an der Zivilgesellschaft und der Politik, sich Rassismus und Vorurteilen entgegenzustellen, um rechtsextremistischen Organisationen und Einstellungen die Grundlage zu entziehen.⁸⁵³

Die *FAZ* blendete in einem Artikel Rassismus als gesellschaftliches Phänomen aus und grenzt die rechtsextreme Szene aus der Gesellschaft aus.⁸⁵⁴ In einem anderen Artikel wurde jedoch ein Rechtsextremismusexperte zitiert, der Deutschland einen weitverbreiteten Rassismus attestierte.⁸⁵⁵ Auch betonte der Experte, dass nicht erst seit dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ Morde mit rechtsextremer Motivation stattgefunden hätten, die Mehrheitsgesellschaft sich davor aber nur bedingt für die Taten und die Opfer interessiert habe. Rassismus als gesellschaftliches Problem bilde die Grundlage für solche Morde.⁸⁵⁶ In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden fand auch die *BILD* wieder deutliche Worte. In einem Kommentar wurden direkte Bezüge zwischen gesellschaftlichen Vorurteilen und rassistischen Morden gezogen.⁸⁵⁷ Die Gesellschaft müsse sich einem entschiedenen Kampf gegen rechts zuwenden, um Rassismus und Vorurteile aus den Köpfen eines Teils der Gesellschaft zu vertreiben. Dies sei moralisch nur konsequent, da Deutschland häufig von anderen Ländern fordere, die Menschenwürde und die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz zu gewährleisten. Die Tatsache, eine Demokratie zu sein, gewährleiste dies nicht automatisch.⁸⁵⁸ In einem Artikel vom selben Tag zitierte die *BILD* außerdem Auszüge aus Angela Merkels Trauerrede für die Opfer des ‚NSU‘ und ließ sie an dieser Stelle als opportune Zeugin für die Wichtigkeit des Kampfes gegen Vorurteile, Rassismus und Ausgrenzung sprechen.⁸⁵⁹

Potenzielle Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft

Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat ist in einem *FAZ*-Artikel die Sorge um einen Ansehensverlust Deutschlands im Ausland zu erkennen.⁸⁶⁰ Vor allem dieser Aspekt mache den Rechtsextremismus gefährlich.⁸⁶¹ In einem *BILD*-Artikel kam außerdem der Antiparlamentarismus

852 zeit_12_02_23b.

853 zeit_12_02_23b.

854 faz_12_08_25.

855 faz_12_11_03b.

856 faz_12_11_03b.

857 bild_12_02_24_s2a.

858 bild_12_02_24_s2a.

859 bild_12_02_24_s2b.

860 faz_80_11_07.

861 faz_80_11_07.

der ‚WSG Hoffmann‘ zur Sprache.⁸⁶² Die *BILD* kommentierte die Pläne der WSG zwar nicht weiter, doch schon durch die Darstellung der antidemokratischen Einstellung der Mitglieder der Gruppierung wurde die Gefahr, die sie für das politische System der Bundesrepublik bedeuten könne, spezifiziert.⁸⁶³

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen sind deutlich mehr Verweise auf die Konsequenzen der Gewalt zu erkennen als dies beim Oktoberfestattentat der Fall ist. So äußerte sich nun auch die *ZEIT* und bemerkte, dass das Pogrom nicht nur ein Angriff auf Asylsuchende, sondern auf das gesamte politische System und den Staat gewesen sei.⁸⁶⁴ Sie sah Deutschland in einem anderen Bericht gar im Staatsnotstand, da der Staat der Ausbreitung von Gewalt und Militanz gegenüber hilflos sei.⁸⁶⁵ Der Gewalt liege keine Ausländer-, sondern Menschenfeindlichkeit zugrunde.⁸⁶⁶ Weiter richte sie sich nicht nur gegen einzelne Individuen, sondern gegen das allgemeingültige Verständnis von Zivilisation und Recht.⁸⁶⁷ Trete man diesen Entwicklungen nicht entgegen, sei das demokratische System Deutschlands in Gefahr.⁸⁶⁸ In einem anderen Artikel merkte sie an, dass man sich nicht von der Frage leiten lassen solle, wie das deutsche Ansehen im Ausland unter den Vorfällen leide.⁸⁶⁹ Im Gegenzug solle man sich fragen, was man zum Schutz von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen könne. Es gehe nicht um Imagefragen, sondern um die Tatsache, dass die Deutschen, träten sie nicht entschieden gegen rechte Gewalt ein, ihre Würde und moralische Integrität verlören.⁸⁷⁰

Ähnlich wie die *ZEIT* sah auch die *FAZ* in den Angriffen auf die ZASt einen Angriff auf den Staat. Sie nahm nicht nur die Gewalttäter/-innen, sondern auch die applaudierenden Menschen in die Verantwortung und sah in diesen eine Gefahr für den Staat.⁸⁷¹ Die Masse der Unzufriedenen, die nur zum Teil überzeugte Demokraten seien, könnten die demokratische Ordnung in Bedrängnis bringen.⁸⁷²

⁸⁶² bild_80_09_29_s3c.
⁸⁶³ bild_80_09_29_s3c.
⁸⁶⁴ zeit_92_08_28b.
⁸⁶⁵ zeit_92_11_06.
⁸⁶⁶ zeit_92_11_06.
⁸⁶⁷ zeit_92_11_06.
⁸⁶⁸ zeit_92_11_06.
⁸⁶⁹ zeit_93_06_04b.
⁸⁷⁰ zeit_93_06_04b.
⁸⁷¹ faz_93_01_07.
⁸⁷² faz_93_01_07.

Die *BILD* beschäftigte sich im Kontext von Rostock-Lichtenhagen vor allem mit der Reaktion des Auslands und stellte die Deutschen als Opfer ihrer Geschichte dar.⁸⁷³ Sie deutete an, dass das Ausland die Deutschen aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit des Landes beschimpfe und ihnen keine Chance gebe, sich von dieser zu lösen.⁸⁷⁴ In der Reaktion des Auslandes sei eine Doppelwelt erkennbar, die die *BILD* durch die Darstellung der Verhältnisse anderer europäischer Länder darzustellen versuchte.⁸⁷⁵

Mit Blick auf die ‚NSU'-Morde forderte die *ZEIT* als Konsequenz ein gesellschaftliches Umdenken. Man müsse Migrant(inn)en als Teil der Gesamtgesellschaft verstehen und alte Reflexe bei der Bewertung von Verbrechen überwinden.⁸⁷⁶ Dies gelte sowohl für die vorschnelle Beurteilung von Verbrechen als rechtsextrem motiviert als auch für mehr Sensibilität dahingehend, dass viele Verbrechen tatsächlich einen rechtsextremen Hintergrund hätten.⁸⁷⁷ Eine unbequemere und aufmerksame Grundhaltung sei konsequenterweise erforderlich.⁸⁷⁸ Auch das Muster des Imageverlustes im Ausland kam in der *ZEIT* zur Sprache, jedoch nur in Form von Zitaten.⁸⁷⁹ Die Zeitung selbst äußerte sich dahingehend nicht und schien den Verlust des Ansehens im Ausland nicht als vorrangig wichtige Konsequenz der Morde anzusehen.

Die *BILD* ging in einem Kommentar darauf ein, dass Neonazis den Parlamentarismus, die demokratische Grundordnung und auch das Gefühl der Sicherheit in Deutschland gefährden würden.⁸⁸⁰ Neo-Rechtsextremist(inn)en machten Deutschland kaputt und seien in der Folge eine Gefahr für alle, die eine andere Meinung als sie selbst hätten.⁸⁸¹

Die Bewertung der Politik

Hinsichtlich der politischen Hintergründe stand bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat der Wahlkampf zur Bundestagswahl stark im Fokus. Es ging vor allem um die Frage, welche Partei den Rechtsextremismus im Vorfeld des Attentats unterschätzt habe. In der *ZEIT* wurde die Instrumentalisierung der Opfer zu Wahlkampfzwecken kritisiert.⁸⁸² Auch ist eine Positionierung gegen

⁸⁷³ bild_92_08_28_s1a; bild_92_08_29_s2; bild_92_08_28_s2a.

⁸⁷⁴ bild_92_08_28_s1a.

⁸⁷⁵ bild_92_08_28_s2a.

⁸⁷⁶ zeit_11_11_17d.

⁸⁷⁷ zeit_11_11_17d.

⁸⁷⁸ zeit_11_11_17d.

⁸⁷⁹ zeit_12_09_27; zeit_12_10_11b.

⁸⁸⁰ bild_11_11_18_s2.

⁸⁸¹ bild_11_11_18_s2.

⁸⁸² zeit_80_10_03e.

den Kanzlerkandidaten von CDU/CSU, Franz Josef Strauß, auszumachen.⁸⁸³ Er wurde bezichtigt, hinsichtlich seiner Vorwürfe, Innenminister Baum habe die Sicherheitsdienste demoralisiert und sei deshalb mitverantwortlich für den Anschlag, gelogen zu haben.⁸⁸⁴ Auch wurde der Vorwurf geäußert, dass Strauß und sein Innenminister Tandler Vertreter/-innen von SPD und FDP nur deshalb so scharf angegriffen hätten, um ihre eigenen Fehler zu verschleiern.⁸⁸⁵

Die *FAZ* widmete sich zunächst der Darstellung verschiedener politischer Standpunkte und veröffentlichte am darauffolgenden Tag einen Artikel, der sich sehr kritisch mit Bundeskanzler Schmidt und seinem Handeln auseinandersetzte.⁸⁸⁶ Sowohl Schmidt als auch Innenminister Baum dürften sich nicht wundern, vonseiten der Union kritisiert zu werden, da sie dem verurteilten Terroristen Horst Mahler in einer Podiumsdiskussion ein Forum geboten hätten.⁸⁸⁷ Auffällig ist, dass die *ZEIT* Strauß der Lüge bezichtigte, während die *FAZ* wiederum Schmidt als Lügner präsentierte.⁸⁸⁸ Schmidt wurde vorgeworfen, dass der bayerische Innenminister Tandler, entgegen seiner Aussagen, die ‚WSG Hoffmann‘ überhaupt nicht hätte verbieten dürfen.⁸⁸⁹

Die *BILD* beschränkte sich auf Interviews mit Franz Josef Strauß, Helmut Schmidt und Gerold Tandler, in denen sie keinen der Politiker deutlich zu bevorzugen schien.⁸⁹⁰ Jedoch wurde ein Foto abgedruckt, auf dem Franz Josef Strauß die Attentatsopfer im Krankenhaus besuchte, während es von Schmidt kein vergleichbares Foto in derselben Ausgabe gab, obwohl seine Person ebenfalls thematisiert wurde.⁸⁹¹ Auch ließ die *BILD* es zu, dass Strauß sich als Opfer einer Verleumdungskampagne darstellen konnte, indem er sich selbst indirekt mit Verfolgten zur Zeit des ‚Dritten Reichs‘ verglich.⁸⁹² Insgesamt kann man beobachten, dass die untersuchten Zeitungen ihren politischen Leitlinien folgten. So stellte sich die *ZEIT* eher auf die Seite von SPD und FDP, während sich die *FAZ* hinter den Unionskandidaten Strauß stellte. Die *BILD* bewegte sich eher mittig, mit einer bewussten oder unbewussten Tendenz in Richtung CDU/CSU.

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen wurden weniger die gegenseitigen Vorwürfe von Politikern und Politikerinnen besprochen. Die betrachteten Zeitungen, in diesem Fall vor allem

⁸⁸³ zeit_80_10_03e.

⁸⁸⁴ zeit_80_10_03e.

⁸⁸⁵ zeit_80_10_03e.

⁸⁸⁶ faz_80_09_29c; faz_80_09_30.

⁸⁸⁷ faz_80_09_30; faz_80_09_30c.

⁸⁸⁸ zeit_80_10_03e; faz_80_09_30; faz_80_09_30c.

⁸⁸⁹ faz_80_09_30c.

⁸⁹⁰ bild_80_09_29_s4c; bild_80_09_29_s4e; bild_80_09_30_s1b.

⁸⁹¹ bild_80_09_29_s4e.

⁸⁹² bild_80_09_29_s4c.

ZEIT und *BILD*, formulierten starke Kritik. In der *ZEIT* wurde bspw. kritisiert, dass die politischen Vertreter/-innen der Stadt Rostock und des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Gewalt hätten kommen sehen müssen, da es genug Warnzeichen gegeben habe.⁸⁹³ Bedacht wurde aber auch der politische Diskurs der vergangenen Wochen und Monate, der der *ZEIT* zufolge in der Vehemenz seiner Auslegung die rechten Gewalttäter/-innen zu ihren Angriffen ermutigt habe.⁸⁹⁴ Problematisch sei auch, dass die politischen Vertreter/-innen sich in ergebnislosen Diskussionen verlören, statt Lösungen im Zuge der Asylproblematik zu präsentieren und durchzusetzen.⁸⁹⁵ Des Weiteren wurde kritisiert, dass Teile der Politik zu Zwecken der Selbstprofilierung und aus Opportunismus die Diskussionen in die Länge zögen und Gewalt von rechts häufig als weniger sanktionswürdig ansähen als Gewalt von links.⁸⁹⁶

Die *FAZ* beschränkte sich bei der Frage nach politischer Verantwortung vor allem auf die Darstellung der Positionen verschiedener Politiker/-innen.⁸⁹⁷ Kritisiert wurde hierbei vor allem Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Seite.⁸⁹⁸ Einen eigenen Standpunkt publizierte die *FAZ* jedoch nicht.

Die Darstellung der politischen Dimension erfolgte in der *BILD* emotionalisierend und polemisch. So wurde ‚den‘ Politkern und Politikerinnen ein schändliches Verhalten attestiert.⁸⁹⁹ Des Weiteren wurden sie aufgefordert, sich zu schämen.⁹⁰⁰ Hierbei übte die *BILD* vor allem starke Kritik daran, dass das Asylrecht noch nicht verschärft wurde. Sie inszenierte sich als Vertreterin des Volkes und konstruierte eine Trennlinie zwischen ‚den‘ Politikern und ‚den‘ Bürgern.⁹⁰¹ Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, dass die *BILD* begann, in einem großen Maßstab Leser-kommentare zu veröffentlichen, von denen einige extreme Haltungen widerspiegeln.⁹⁰² Vor allem wurde auf ‚die‘ Politiker und Politikerinnen geschimpft, die nichts täten als zu reden, aber niemals handeln würden.⁹⁰³ Auch hätten sie keine Vorstellung von den Problemen der Bevölkerung und die Verbindung zur

893 zeit_92_08_28b.

894 zeit_92_08_28b.

895 zeit_92_08_28b; zeit_92_09_04d.

896 zeit_92_09_04d.

897 faz_92_08_29b.

898 faz_92_08_29b.

899 bild_92_08_25_s1.

900 bild_92_08_27_s1a.

901 bild_92_08_27_s1a; bild_92_09_27_s2b; bild_92_08_27_s2c.

902 bild_92_08_27_s2c; bild_92_08_29_s2.

903 bild_92_08_27_s2c.

Basis verloren.⁹⁰⁴ Hinzu kamen Kommentare, in denen Asylsuchende verspottet wurden und in denen unverhohlen mit Konsequenzen gedroht wurde, wenn die Politik nicht rasch etwas ändere.⁹⁰⁵ Hierdurch wurde eine weitgehende Entfremdung zwischen Politik und Bürger(inne)n konstruiert und Stimmen, die eine weitere Eskalation heraufbeschworen, Raum gegeben. Im weiteren Verlauf wurde die Politik in Artikeln und Kommentaren dazu aufgefordert, nicht mehr nur zu reden, sondern zu handeln. Dies geschah teilweise in polemischer, teilweise in differenzierter Form.⁹⁰⁶

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU'-Morden wurde in der *ZEIT* vor allem die CDU kritisiert. So hieß es bspw., dass vor allem die Union auf dem rechten Auge blind gewesen sei und sich dies nicht geändert habe.⁹⁰⁷ Dies zeige sich u.a. im Umgang mit zivilgesellschaftlichen Projekten gegen rechts, die von der sächsischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Tillich nicht nur nicht gefördert, sondern teilweise auch bekämpft würden.⁹⁰⁸ Dies geschehe aus Angst, konservativ-rechte CDU-Wähler und -Wählerinnen zu verschrecken, und habe eine indirekte Stärkung der rechtsextremen Szene zur Folge.⁹⁰⁹ Auch wurde die Aufarbeitung der ‚NSU'-Morde in Sachsen kritisiert und als Vergleichsbeispiel Thüringen herangezogen, das im Artikel als aufklärungswilliger präsentiert wurde.⁹¹⁰ Es wurde beschrieben, dass Stansilaw Tillich immer noch nicht die Tragweite der ‚NSU'-Morde erkannt habe.⁹¹¹ Auch wurde beanstandet, dass die Union die rechte Szene lange Zeit nicht als Bedrohung für die Gesellschaft, sondern als Konkurrenz für Wählerstimmen wahrgenommen habe.⁹¹² In der Folge sei in mehreren Unions-regierten Bundesländern ein Klima der Akzeptanz rechter Positionen entstanden, weil einige CDU-Innenminister und -Innenministerinnen nicht entschieden gegen rechts vorgegangen seien.⁹¹³ Wie bereits beim Oktoberfestattentat bezog sich die Kritik der *ZEIT* also vor allem auf die CDU/CSU.

Während sich die *ZEIT* intensiv mit der politischen Dimension auseinandergesetzt hat, ist dies in der *FAZ* nicht zu beobachten. Die *BILD* hat sich an dieser Stelle auf zwei Kommentare beschränkt, die sich mit dem angeblichen Unvermögen der Politik beschäftigten, die Geheimdienste zu kontrol-

⁹⁰⁴ bild_92_08_29_s2.

⁹⁰⁵ bild_92_08_29_s2.

⁹⁰⁶ bild_92_09_02_s2; bild_92_09_14_s2; bild_92_10_01_s2.

⁹⁰⁷ zeit_11_11_24d.

⁹⁰⁸ zeit_11_11_24d; zeit_12_02_23b.

⁹⁰⁹ zeit_12_02_23b.

⁹¹⁰ zeit_12_07_05b.

⁹¹¹ zeit_12_07_05b.

⁹¹² zeit_12_09_27.

⁹¹³ zeit_12_09_27.

lieren.⁹¹⁴ Hat die *BILD* während des Oktoberfestattentats noch Interviews mit den Kanzlerkandidaten vorweisen können, so beschränkte sie sich bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen und schließlich auch zum ‚NSU‘ vor allem auf Polemik und die Konstruktion einer Entfremdung von Politik und Bevölkerung. In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden sind also ähnliche Muster wie bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen zu erkennen. Die politischen Vertreter/-innen wurden hier von der *BILD* zu einem politischen Kollektiv konstruiert, das ohne Ausnahme versagt habe.⁹¹⁵ Differenzierung fand nicht statt, auch an Hintergrundberichten, in denen das mutmaßliche Versagen ausführlich und verständlich aufgearbeitet wird, mangelt es. Die Vertreter/-innen von Politik wurden polemisch und undifferenziert als mehr oder weniger faul und selbstgerecht dargestellt. Differenzierte Analysen zu den Hintergründen der Versäumnisse einiger Politiker/-innen sind nicht zu finden.⁹¹⁶

Die Bewertung der Behörden

Zunächst fällt auf, dass weder *ZEIT*, *FAZ* noch *BILD* sich im Zuge der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat mit der Rolle der Behörden auseinandergesetzt haben, obwohl die Geheimdienste durchaus für die Überwachung der ‚WSG Hoffmann‘ und möglicherweise auch Gundolf Köhler verantwortlich gewesen wären. Auch das Sicherheitskonzept des Oktoberfestes, das den Anschlag nicht verhindern konnte, wurde nicht thematisiert.

Hinsichtlich des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen ist scharfe Kritik in allen drei untersuchten Zeitungen auszumachen. So wurde in der *ZEIT* bspw. die Unentschlossenheit des Polizeieinsatzes kritisiert und Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Kupfer und Ministerpräsident Seite werden des Versagens beschuldigt.⁹¹⁷ Betont wurde, dass die ostdeutschen Behörden wohl überfordert seien.⁹¹⁸ Es wurde jedoch auch festgestellt, dass die Polizist(inn)en persönlich nicht mit den Gewalttätern und Gewalttäterinnen sympathisierten und man ihnen keine rechte Gesinnung unterstellen könne.⁹¹⁹ Vielmehr seien die schlechte Ausbildung, Ausrüstung und Arbeitsbedingungen der Polizei Schuld an den Fehlern bei der Bekämpfung der Gewalttaten.⁹²⁰ Auch seien die Methoden der ostdeutschen Polizei veraltet.⁹²¹ Dies könne man der Polizei jedoch nur schwerlich vorwerfen,

⁹¹⁴ bild_11_11_16_s2a; bild_12_07_06_s2a.

⁹¹⁵ bild_11_11_16_s2a; bild_12_07_06_s2a.

⁹¹⁶ bild_11_11_16_s2a; bild_12_07_06_s2a.

⁹¹⁷ zeit_92_08_28; zeit_92_08_28b.

⁹¹⁸ zeit_92_08_28b; zeit_92_09_04; zeit_92_09_25.

⁹¹⁹ zeit_92_09_25.

⁹²⁰ zeit_92_09_25.

⁹²¹ zeit_92_09_25.

da ihre westdeutschen Kolleg(inn)en Jahre gebraucht hätten, um auf den Stand zu kommen, auf dem sie heute seien.⁹²²

In der *FAZ* gab es verschiedene Auffassungen zu dem Polizeieinsatz. Hieß es in einem Artikel, dass die Polizei pflichtgemäß vorgegangen sei, wurden in einem anderen Artikel mehrere Politiker/-innen zitiert, die das Vorgehen kritisierten.⁹²³ Auch die *FAZ* erwähnte Ausbildungs- und Ausrüstungsmängel bei der ostdeutschen Polizei.⁹²⁴ Es bleibt also festzuhalten, dass sowohl in der *ZEIT* als auch in der *FAZ* weniger individuelle Beamte als vielmehr Strukturen und Entscheidungsträger/-innen im Fokus der Kritik am Polizeiversagen standen.

In der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden überwog eine eher wohlwollende Bewertung der Behördenarbeit. So wurden die klischeehaften Namensgebungen der Sonderkommissionen nicht hinterfragt.⁹²⁵ Sowohl in der *FAZ* als auch der *BILD* wurden den Behörden keine Vorwürfe dafür gemacht, dass sie die Mordserie bislang nicht aufklären konnten. Vielmehr wurden sie durch Hinweise auf die komplizierte Ermittlungssituation und auf ihre aktiven Bemühungen eher in Schutz genommen.⁹²⁶ Die Anwesenheit von Andreas T. in Halit Yozgats Internetcafé wurde von der *FAZ* und *BILD* zwar thematisiert, jedoch nach nur einem Tag wieder ignoriert.⁹²⁷ Ein Misstrauen dem Verfassungsschutz gegenüber ist hier nicht zu erkennen.

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist ein deutlicher Anstieg der Berichte zu verzeichnen, die sich kritisch mit der Rolle der Behörden auseinandersetzen. Im Fokus standen hier neben Polizeibehörden vor allem die Ämter für Verfassungsschutz. Die *ZEIT* berichtete bspw., dass die Ermittler/-innen fantasielos und unfähig gewesen seien, ein rechtsextremes Motiv hinter den Taten zu entdecken.⁹²⁸ Dies sei auch gesellschaftlich bedingt.⁹²⁹ In einem anderen Artikel verglich sie das Versagen der Geheimdienste mit den Behördenfehlern rund um die Anschläge vom 11. September 2001.⁹³⁰ Sie übte deutliche Kritik an den Ermittlern und Ermittlerinnen und unterstellt diesen auf individueller und institutioneller Ebene Unfähigkeit.⁹³¹ Auch wurden die Dezentra-

922 zeit_92_09_25.

923 faz_92_08_25b; faz_92_08_26c; faz_92_08_29b.

924 faz_92_08_26c; faz_92_08_29b.

925 faz_05_06_20; faz_06_07_15; bild_05_06_18_s3; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6; bild_06_07_14_s6.

926 faz_06_04_19; faz_06_04_15; faz_08_02_01; bild_06_04_13_s6.

927 faz_06_07_15; faz_06_07_15b; bild_06_07_14_s6.

928 zeit_11_11_17d.

929 zeit_11_11_17d.

930 zeit_11_11_24e.

931 zeit_11_11_24e; zeit_11_11_24f; zeit_12_07_05e; zeit_12_09_20.

lität der Geheimdienste und das föderale System der Bundesrepublik an mehreren Stellen angesprochen.⁹³² Es sei aber keine Lösung, den Verfassungsschutz abzuschaffen, da Deutschland ihn aus Sicherheitsgründen brauche.⁹³³ Vielmehr müsse dieser reformiert werden. Die *ZEIT* suggerierte, dass die Behörden auf dem „rechten Auge blind“ gewesen seien, erwähnte aber auch, dass die Ermittlungen in Richtung organisierter Kriminalität nicht so abwegig gewesen seien, wie es häufig dargestellt werde.⁹³⁴ Auf der anderen Seite unterstellte sie den Geheimdiensten jedoch auch Naivität im Umgang mit dem Rechtsextremismus und ein partielles Desinteresse diesem gegenüber.⁹³⁵

Auch die *FAZ* übte Kritik an der Rolle der Polizei und der Geheimdienste, denen sie eine teilweise Verharmlosung des Rechtsextremismus vorwarf. In manchen Artikeln wies die *FAZ* zurück, dass die Ermittler/-innen auf dem „rechten Auge blind“ gewesen seien, in anderen diagnostizierte sie hingegen eben dies.⁹³⁶ An einer Stelle ließ die *FAZ* individuellen Rassismus einzelner Beamter als Mitursache für das Behördenversagen denkbar werden, relativierte dies jedoch gleich wieder.⁹³⁷ Fest stand für die *FAZ*, dass der Verfassungsschutz mangelhaft und dilettantisch gearbeitet habe, und sie belegte dies mit detaillierten Auszügen aus dem ‚Schäfer-Report‘.⁹³⁸ Des Weiteren kritisierte sie die Vernichtung von Akten zum ‚NSU‘, sah in der Dezentralität der Geheimdienste ein großes Problem und forderte Reformen, um die Behördenkonkurrenz in eine Verpflichtung zur Kooperation umzuwandeln.⁹³⁹ Eine Abschaffung des Verfassungsschutzes war für die *FAZ* jedoch undenkbar, vielmehr müsse dieser reformiert werden.⁹⁴⁰

Die *BILD* kritisierte die entsprechenden Behörden ebenfalls. Sie warf den Ermittlern und Ermittlerinnen vor, auf dem „rechten Auge blind“ gewesen zu sein, und gab ebenfalls der dezentralen Struktur der Geheimdienste in Verbindung mit dem Föderalismus eine Mitschuld am Versagen derselben.⁹⁴¹ Folge keine Reform der Geheimdienste, die mit einem höheren Maß an Zentralität verbunden sei, so drohe Deutschland Gefahr.⁹⁴² Des Weiteren ist die *BILD* die einzige der untersuchten

⁹³² zeit_11_11_24e; zeit_12_02_16; zeit_12_09_20.

⁹³³ zeit_11_11_24e.

⁹³⁴ zeit_12_05_03.

⁹³⁵ zeit_12_07_05e.

⁹³⁶ faz_11_11_16; faz_12_05_12.

⁹³⁷ faz_12_11_03.

⁹³⁸ faz_12_05_16; faz_12_07_05b.

⁹³⁹ faz_12_06_29b; faz_12_07_05b.

⁹⁴⁰ faz_12_07_07b.

⁹⁴¹ bild_11_11_14_s2a; bild_11_11_16_s2a.

⁹⁴² bild_11_11_16_s2a.

Zeitungen, die einzelnen Beamt(inn)en explizit ein rassistisches Weltbild unterstellte.⁹⁴³ Dies geschah zwar nur in einem einzelnen Kommentar, markiert jedoch trotzdem einen großen Unterschied zu den Zeitungen *ZEIT* und *FAZ*. Zudem war die Berichterstattung der *BILD* von einem starken Misstrauen gegenüber den Geheimdiensten geprägt.⁹⁴⁴ Vor allem im Kontext der Vernichtung von Akten zum ‚NSU‘ und der Rolle des Verfassungsschützers Andreas T. wurde wiederholt die Frage aufgeworfen, was die Geheimdienste alles verheimlicht hätten.⁹⁴⁵

Im nächsten Kapitel werden die hier zusammengefassten Ergebnisse gemäß ihrer (historischen) Spezifika kontextualisiert und diskutiert, um Brüche und Kontinuitäten besser darstellen, aber auch einordnen zu können.

⁹⁴³ bild_11_11_19_s2.

⁹⁴⁴ bild_12_06_15_s3; bild_12_07_03_s2; bild_12_07_06_s2b.

⁹⁴⁵ bild_12_07_03_s2; bild_12_07_06_s2b.

5 Diskussion der Ergebnisse

Wie bereits im dritten Kapitel angesprochen, soll es Achim Landwehr zufolge das Bestreben einer historischen Diskursanalyse sein,

[...] die Erkenntnisgrundlagen einer Zeit, eines Territoriums oder einer Gesellschaft zu beleuchten. Es lassen sich dann die unhinterfragten, weil selbstverständlichen Wissensbestände über die – jeweils historische – Wirklichkeit benennen. Es sind die Kategorien über Raum und Zeit, soziale Hierarchien, vorherrschende Denkmuster, fremd und eigen, innen und außen, die das vornehmliche Ziel der historischen Diskursanalyse darstellen. (Landwehr 2001, S. 132)

Vor dem Hintergrund dieser Grundvoraussetzung ist es notwendig, die untersuchten Muster innerhalb der jeweiligen historischen Gegebenheiten zu kontextualisieren. Da es sich bei den untersuchten Aussagen um „logisch nicht-stabilisierte Diskurse“ handelt, also um solche, die bspw. nicht durch wissenschaftliche Gesetze als alternativlos gelten, ist die Darstellung der Hintergründe der Aussagen umso wichtiger (Landwehr 2001, S. 132 f.).

Hierzu werden einerseits Umfragen des IfD Allensbach herangezogen, um die in den Zeitungen vorgefundenen Aussagen in einen Kontext mit Umfrageergebnissen zu stellen, die in der Bevölkerung vertretene Meinungen zum Zeitpunkt der Veröffentlichungen aufzeigen. Andererseits werden die Ergebnisse bezüglich ihrer Nähe zu historischen Großereignissen untersucht. Darüber hinaus erfolgt die Frage nach einem Zusammenhang der analysierten Daten und den in der Arbeit vorgestellten theoretischen Grundvoraussetzungen aus Erinnerungskultur und Medienforschung. Hierbei soll zunächst die Darstellung der Opfer und Täter/-innen beschrieben werden, gefolgt von den Einordnungen des Rechtsextremismus und Verweisen auf DDR, Linksextremismus und Islamismus. Daraufhin wird auf die Bezüge zum ‚Dritten Reich‘ und der NPD rekurriert und nach der medialen Bezugnahme auf gesellschaftliche Einstellungsmuster gefragt. Als nächster Schritt erfolgt die Einordnung der Ebenen der potenziellen Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft, der Bewertung der Politik und der Bewertung der Behörden.

Die Verhandlung der Opfer und der Täter/-innen

Betrachtet man die Ebene der Darstellung der Opfer, so fällt auf, dass im Kontext des Oktoberfestattentats ausschließlich die *BILD* näher auf diese eingegangen ist. In diesem Zusammenhang wurde durch die explizite Darstellung der Konsequenzen der ausgeübten Gewalt, der Beschreibung der Lebensumstände der Getöteten und Verletzten sowie ihre Einordnung in ihre jeweiligen familiären Kontexte eine emotionale Nähe zu diesen aufgebaut.⁹⁴⁶ Somit ist, wie in Kapitel 2.4.3 angespro-

⁹⁴⁶ bild_80_09_29_s1; bild_80_09_29_s2b; bild_80_09_29_s2c; bild_80_09_29_s4a.

chen, eine für Boulevardzeitungen nicht unübliche Personalisierungstendenz zu erkennen (Beck 2012, S. 98). Karidi (2017, S. 180 f.), Meyen (2015, S. 34) und Weischenberg, Malik und Scholl (2016, S. 17) haben dargestellt, dass es in der medialen Darstellung von Ereignissen zu einer immer stärker werdenden Personalisierung von Ereignissen kommt und die Berichterstattung mehr und mehr emotionalisiert wird.

Diese Darstellungslogik kann ebenfalls bei der Bezugnahme auf die Opfer des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen beobachtet werden. Auch hier ging ausschließlich die *BILD* detailliert auf das Leid, das die Angegriffenen zu ertragen hatten, ein und beschrieb, dass es sich bei vielen von diesen um Eltern mit Kindern handelte.⁹⁴⁷ Auffällig ist jedoch, dass sich im Zuge dieses Ereignisses weitaus weniger Artikel ausführlich der Opferbeschreibung widmeten, als dies noch beim Oktoberfestattentat der Fall war. Zu beachten ist außerdem ein deutschstämmiger Rumäne namens Retan, der von der *BILD* besonders ausführlich diskutiert und explizit als Deutscher verhandelt wurde. In der Folge habe er mit seiner Familie das Recht, sich im Land aufzuhalten.⁹⁴⁸ Diese Lesart deckt sich mit den Ergebnissen einer Umfrage des IfD Allensbach vom Oktober 1989, bei der 31 % der Befragten Spätaussiedler/-innen als „richtige Deutsche“ betrachteten, 40 % unentschieden waren und 29 % diese als „keine richtigen Deutschen“ ansahen (Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 520 f.). Dies Erhebung scheint erst einmal wenig Zustimmung für Aussiedler/-innen zu zeigen. Sieht man sich jedoch eine weitere Erhebung vom November 1988 an, so gaben 69 % der Deutschen an, es gebe „einen Unterschied“ „zwischen Aussiedlern und Asylbewerbern“. Der Unterschied liegt laut 73 % der Befragten darin, dass Aussiedler/-innen „Deutsche, deutschstämmig“ seien, dies bei Asylsuchenden hingegen nicht der Fall sei (Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 528). Somit scheint die deutsche Abstammung sowohl in Presse, als auch Öffentlichkeit als wichtiger Aspekt angesehen zu werden, wenn es um die Einordnung von Menschen geht.

In der ersten Phase der Berichterstattung zu den jeweiligen ‚NSU‘-Morden ist eine Zäsur in der Verhandlung der Opfer auszumachen. Zunächst einmal wurden sie von der *ZEIT* nicht beachtet. Vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ ist in ihr kein einziger Artikel zur Mordserie vorzufinden. Ein möglicher Grund hierfür ist, dass die Zeitung sich nicht in Spekulationen verlieren wollte, eine andere Möglichkeit wäre aber auch, dass die Mordserie als nicht relevant genug eingestuft wurde, was einer Abwertung der Opfer entspräche. Eine Abwertung vollzog sich jedoch auch im Zuge der Berichte der *FAZ* und *BILD*. So wurden die Ermordeten an mehreren Stellen durch die Mutmaßung,

⁹⁴⁷ bild_92_08_25_s1a; bild_92_08_26_s1.

⁹⁴⁸ bild_92_08_25_s1a.

sie seien in Drogengeschäfte, Wettbetrug oder Ähnliches involviert, sowohl von der *FAZ* als auch der *BILD* kriminalisiert.⁹⁴⁹ An einigen Stellen wurde außerdem suggeriert, sie seien mehr oder weniger selbst schuld an ihrer Ermordung, da sie sich nicht mit der Bitte um Schutz vor ihren vermeintlichen Mörder/-innen, namentlich türkischen Kriminellen, an die Polizei gewandt hätten.⁹⁵⁰ Auch die explizit angesprochenen Verbindungen der Opfer zur Türkei, so auch im Fall des einzigen griechischstämmigen Ermordeten, Theodoros Boulgarides, sind hervorzuheben.⁹⁵¹ Es entsteht der Eindruck, als ob die Ermordeten zu einem Zeitpunkt, zu dem in allen untersuchten Artikeln nur ein einziges Mal Rechtsextremismus als Motiv angedacht wurde, nicht als Opfer erkannt wurden.⁹⁵² Sie wurden erst in dem Moment als Opfer verstanden, in dem sich offenbarte, dass sie von Neonazis ermordet worden sind.

In der Kriminalisierung der Ermordeten spiegelt sich eine zu diesem Zeitpunkt vorurteilhaft beeinflusste Betrachtung von Menschen mit Migrationshintergrund durch die deutsche Bevölkerung wider. So vertraten in einer Allensbach-Erhebung vom Dezember 2001 52 % der Befragten die Meinung, „der Drogenhandel bei uns ist in der Hand von Ausländern“, und 49 %, dass Ausländer „überdurchschnittlich oft an Verbrechen beteiligt“ seien (Noelle-Neumann/Köcher 2002, S. 571). Hinzu kommt die Zustimmung von 51 % der Befragten zu der These „Ausländer bringen die Konflikte aus ihrer Heimat zu uns mit und tragen sie hier aus“ und die Aussage von 54 % der Interviewten, dass „die meisten Ausländer [...] unter sich bleiben und mit Deutschen so wenig wie möglich zu tun haben“ wollen (Noelle-Neumann/Köcher 2002, S. 571).⁹⁵³

Die Stigmatisierung der Ermordeten als kriminell und in einer Parallelgesellschaft lebend ist also nicht zwangsläufig eine ereignisspezifische Ausnahme, die sich in der ersten Phase der Berichterstattung zu den jeweiligen „NSU“-Morden nach und nach zugesetzt hat, sondern Ausdruck eines tiefen Misstrauens rund der Hälfte der deutschen Bevölkerung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Hinzu kommt die von van Dijk (1993, S. 85) und Oulios (2009, S. 127) in Kapitel 2.4.5 beschriebene Problematik, dass Medien tendenziell diskriminierend über Menschen mit Migrationshintergrund berichten würden, da diese in der Medienlandschaft deutlich unterrepräsentiert

⁹⁴⁹ faz_06_04_12; faz_06_04_27; faz_06_07_15; faz_09_12_14; bild_05_06_18_s3; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6; bild_06_04_26_s8.

⁹⁵⁰ faz_06_04_12; faz_06_04_27; bild_05_06_18_s3; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_26_s8.

⁹⁵¹ faz_06_07_15; bild_05_06_18_s3.

⁹⁵² faz_06_07_15.

⁹⁵³ Dem Verfasser der vorliegenden Arbeit ist bewusst, dass das Wort „Ausländer“ nicht einfach so mit Menschen mit Migrationshintergrund, bzw. den türkischstämmigen und dem griechischen Opfer gleichzusetzen ist. Dennoch kann die Einstellung der Befragten zu „Ausländern“ ein Indiz für die Einstellung gegenüber den Ermordeten sein.

seien. Dies zeigt sich auch in der inflationär genutzten diskriminierenden und abwertenden Bezeichnung ‚Dönermorde‘.⁹⁵⁴ Auch die Tatsache, dass an mehreren Stellen Halit Yozgat und Mehmet Kubaşik als „Türken“ bezeichnet wurden, obwohl sie deutsche Staatsbürger waren, offenbart die von van Dijk und Oulios angesprochene Tendenz der deutschen Medienlandschaft, Menschen mit Migrationshintergrund in der Berichterstattung zu diskriminieren. Es soll an dieser Stelle jedoch auch betont werden, dass Halit Yozgat in zwei *FAZ*-Artikeln explizit als Deutscher verhandelt, und in einem weiteren Artikel eine emotionale Bindung zu ihm und Enver Şimşek aufgebaut wurde.⁹⁵⁵ Gemessen an der Zahl von Artikeln, in denen die Opfer diskriminierend beschrieben wurden, ist diese in die Mehrheitsgesellschaft inkludierende Darstellung allerdings eher Ausnahme als Regel.

Mit dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ änderte sich die mediale Darstellung der Opfer grundlegend. So wurde bei der Aufarbeitung der Morde das Leid beschrieben, das die Opfer und ihre Familien erfahren hatten.⁹⁵⁶ Auch wurde der familiäre Kontext der Opfer thematisiert, eine breitere emotionale Verbindung zu ihnen aufgebaut und eine Inklusion der Ermordeten in die deutsche Gesellschaft vorgenommen.⁹⁵⁷ Dies kann Ausdruck der von Karidi (2017, S. 181), Meyen (2015, S. 34) und Weischenberg, Malik und Scholl (2016, S. 17) beschriebenen Tendenz zur Personalisierung und Emotionalisierung von Ereignissen sein.⁹⁵⁸ Auch hier zeigt sich wieder, dass die Opfer in dem Moment für die Mehrheitsgesellschaft betrauernswert geworden sind, in dem offensichtlich wurde, dass sie aufgrund eines rassistischen Motivs sterben mussten. Zuvor wurden sie nicht als Opfer wahrgenommen, sondern teilweise sogar als Kriminelle verhandelt.

Im Zuge des Oktoberfestattentats ist zwar bis heute die Tatbeteiligung Gundolf Köhlers nicht abschließend geklärt, jedoch legten sich die *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* rasch das erste Mal auf eine rechts-extrem motivierte Täterschaft fest.⁹⁵⁹ ⁹⁶⁰ In der Folge wurde vor allem die Person des mutmaßlichen Attentäters Gundolf Köhler in den Mittelpunkt gestellt. Köhler wurde von der *FAZ* und der *BILD*

⁹⁵⁴ faz_06_07_15; faz_07_08_01; faz_08_02_01; faz_09_12_14; faz_09_12_14b; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6; bild_06_07_14_s6; zeit_11_11_17c; faz_11_11_12; faz_11_11_12b; faz_11_11_15d; faz_11_11_16b; bild_11_11_12_s7a; bild_11_11_12_s7b; bild_11_11_14_s8d; bild_11_11_15_s8a; bild_11_11_15_s8b; bild_11_11_15_s8c; bild_11_11_16_s8a.

⁹⁵⁵ faz_06_04_11; faz_06_07_15; faz_07_08_01.

⁹⁵⁶ zeit_12_11_22; faz_11_12_11b.

⁹⁵⁷ bild_11_11_15_s2; bild_12_02_24_s2c; bild_12_02_24_s2e.

⁹⁵⁸ Siehe Kapitel 2.4.3.

⁹⁵⁹ zeit_80_10_03; faz_80_09_29; bild_80_09_29_s1.

⁹⁶⁰ Hierbei ist zu beachten, dass der 26. September 1980, der Tag des Anschlags, ein Freitag war und die Explosion um 22:19 Uhr erfolgte. Somit waren die untersuchten Zeitungen nicht an den unmittelbar nach der Explosion getätigten Spekulationen beteiligt, da die ersten Ausgaben mit detaillierten Berichten erst am Montag, den 29. September, erschienen.

als Außenseiter und Sonderling verhandelt und aus der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt.⁹⁶¹ Dieses Vorgehen bestätigt die in Kapitel 2.4.6 beschriebene Einschätzung von Kretschmer und Jäger (1996, S. 812), der mediale Diskurs über den Rechtsextremismus externalisiere denselben häufig aus der Gesellschaft. Zu beachten bleibt, dass die *ZEIT* die Vorverurteilung Gundolf Köhlers kritisiert und ihn nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen hat, indem sie ausführlicher auf seine persönlichen und familiären Hintergründe eingegangen ist, als *FAZ* und *BILD*.⁹⁶²

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen ist die von Kretschmer und Jäger (1996, S. 812) angesprochene Externalisierung des Rechtsextremismus aus der Gesellschaft ebenfalls zu erkennen, indem die Täter/-innen als unsympathisch und von begrenzter Intelligenz dargestellt wurden.⁹⁶³ Auch wenn die Täter/-innen nicht ausschließlich als „Skinheads“, sondern teilweise auch als „netter, hilfsbereiter Junge von nebenan“ beschrieben worden sind, gab es auch hier in der medialen Berichterstattung von Anfang an keinen Zweifel über ein rechtsextremes Motiv der Angreifer/-innen.⁹⁶⁴ Diese Konzentration auf hauptsächlich Rechtsextremist(inn)en als Täter/-innen und die Ausgrenzung derselben aus der Gesellschaft überschnitten sich mit der Einstellung vieler Deutscher gegenüber Gewalttätigkeiten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, wie eine Befragung des IfD Allensbach vom Oktober 1991 belegt. Hier bejahten im Kontext von Übergriffen auf Asylsuchende 75 % der Befragten die Aussage „Sicher muss jetzt endlich etwas getan werden, aber Gewalttätigkeiten sind in jedem Fall zu verurteilen und sollten hart bestraft werden“, während 18 % der Aussage „Ich bin nicht für Gewalt, aber offensichtlich muß man erst auf diese Weise Rabatz machen, damit sich überhaupt etwas tut“ zustimmten (Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 531). Dreiviertel der Befragten sahen sich durch die Gewalt also nicht repräsentiert. Hiermit teilten sie die Meinung der *ZEIT*, der *FAZ* und der *BILD*.

In der ersten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden wurde deutlich, dass nur wenig über die Täter bekannt war. So überwog in der *FAZ* eine nüchterne Darstellung von durch die Polizei freigegebenen Zeugenaussagen, in denen vor allem das Aussehen von Verdächtigen beschrieben wurde. Diese Beschreibungen ähnelten, wie sich später herausstellen sollte, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos.⁹⁶⁵ Entsprach die Berichterstattung der *FAZ* in diesem Kontext größtenteils den von

⁹⁶¹ faz_80_09_30e; bild_80_09_29_s4b.

⁹⁶² zeit_80_10_17.

⁹⁶³ bild_92_08_25_s1a; faz_92_08_26.

⁹⁶⁴ zeit_92_08_28; faz_92_08_25; bild_92_08_24_s2a.

⁹⁶⁵ faz_05_06_20; faz_06_07_15.

Schanne (1995, S. 112 ff.) genannten journalistischen Objektivitätskriterien,⁹⁶⁶ kann man dies für die Berichterstattung seitens der *BILD* nicht sagen, im Gegenteil: an mehreren Stellen präsentierte die *BILD* Nicht-Wissen als Wissen und veröffentlichte so teilweise falsche Täterbeschreibungen und markierte Vermutungen von Ermittlern und Ermittlerinnen ohne Belege als Tatsachen.⁹⁶⁷ Grundlage hierfür ist möglicherweise die von Karidi (2017, S. 180 f.), Meyen (2015, S. 34) sowie Weischenberg, Malik und Scholl (2016, S. 17) beschriebene, immer weiter fortschreitende Sensationalisierung von Nachrichten, die Hand in Hand mit dem Druck geht, immer schneller Nachrichten zu produzieren.⁹⁶⁸

Bei der Darstellung von Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ ist eine Zäsur festzustellen. Die Täterschaft wurde hier in einer bisher in dieser Arbeit nicht beobachteten Häufigkeit thematisiert. Es überwog hierbei vor allem eine Unsicherheit über die Einordnung Beate Zschäpes.⁹⁶⁹ Dies hat einerseits sicherlich auch damit zu tun, dass der Gerichtsprozess gegen Zschäpe zum Publikationszeitpunkt noch nicht begonnen hatte, also weniger Informationen über sie als heute bekannt waren. Andererseits wurde sie an einigen Stellen zwar als kriminelle Rechtsextremistin, an vielen anderen aber auch als gute Seele und Hausfrau des ‚NSU‘ verhandelt.⁹⁷⁰ Diese Präsentation entspricht auch der Einschätzung Michaela Köttigs (2014, S. 117 ff.), die besagt, dass Rechtsextremistinnen in der Gesellschaft häufig als tendenziell ungefährlich, unpolitisch und weniger aktiv als männliche Rechtsextremisten eingeordnet würden. Des Weiteren wurde an mehreren Stellen Erstaunen darüber ausgedrückt, wie ‚normal‘ Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zwischen den Morden gelebt hätten. Dies zeigt einerseits ein mediales Unverständnis dafür, wie unbehelligt die mutmaßlichen Mörder durch Deutschland reisen konnten, drückt aber gleichzeitig auch ein Verwundern darüber aus, wie ‚normal‘ Rechtsextremist(inn)en leben. Davon auszugehen, dass Rechtsextremist(inn)en keinen ‚normalen‘ Lebensstil pflegen könnten, entspricht im weiteren Sinne wieder der von Kretschmer und Jäger (1996, S. 805) beschriebenen Tendenz, Rechtsextremist(inn)en aus der Gesellschaft zu externalisieren. Die *BILD* durchbrach diese Ausgrenzung an einer Stelle. In einem Kommentar wurde darauf bestanden, dass die Mitglieder des ‚NSU‘ nicht psychisch krank, sondern schlicht und einfach Verbrecher/-innen seien.⁹⁷¹ Hier

⁹⁶⁶ Siehe Kapitel 2.4.4.

⁹⁶⁷ bild_05_06_18_s3; bild_06_04_12_s3; bild_06_04_13_s6.

⁹⁶⁸ Siehe Kapitel 2.4.3.

⁹⁶⁹ zeit_12_05_31; faz_12_01_22; bild_11_11_14_s8f; bild_11_11_18_s9a.

⁹⁷⁰ zeit_12_05_31; faz_12_01_22; bild_11_11_14_s8f; bild_11_11_18_s9a.

⁹⁷¹ bild_11_11_30_s2.

wurde eine Ausgrenzung aus der Gesellschaft durch Pathologisierung der Täter/-innen also nicht gestattet.

Einordnungen des Rechtsextremismus

Hinsichtlich des Musters, den Rechtsextremismus als gefährlich einzuordnen, ist beim Oktoberfestattentat zu beobachten, dass dies sehr ausführlich geschah. So wurde er von der *ZEIT*, *FAZ* und *BILD* als bislang unterschätzt, in einer gefährlichen Traditionslinie stehend und über nationale Grenzen hinaus gegen die gesamte demokratische Gesellschaft wirkend wahrgenommen.⁹⁷² Diese Blickweise entspricht den Ergebnissen einer Allensbach-Erhebung vom November 1980. Hier antworteten auf die Frage, ob der Rechtsradikalismus eine ernst zu nehmende Gefahr für die Zukunft sei, 55 %, dass er gefährlich sei, während 30 % der Befragten dies verneinten (Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 193). Mehr als die Hälfte der Befragten nahmen den Rechtsextremismus zu dieser Zeit also als Gefahr wahr, demgegenüber steht aber fast ein Drittel der Interviewten, die ihn als nicht ernst zu nehmende Gefahr sehen. Dennoch ist gerade beim Erinnern an das ‚Dritte Reich‘ zu diesem Zeitpunkt eine Trendwende zu erkennen. Die Allensbach-Interviewer/-innen stellten folgende Frage: „Wenn jemand sagt, der nationalsozialistische Staat war ein Unrechtsstaat, ein Verbrecherregime: Nach dem, was Sie heute über die Hitler-Zeit wissen oder persönlich erlebt haben – würden Sie sagen, das stimmt, das war ein Unrechtsstaat, ein Verbrecherregime, oder kann man das nicht sagen?“ (Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 191). Die Antworten hierauf entwickelten sich im Laufe der Zeit wie folgt:

⁹⁷² zeit_80_10_3c; faz_80_10_04; faz_80_10_21b; faz_80_11_07; bild_80_09_29_s3c; bild_80_09_29_s4e; bild_80_10_03_s1.

	Mai 1964 in %	Sep. 1977 in %	Nov. 1978 in %	Feb. 1979 in %
Das stimmt	54	60	71	71
Kann man nicht sagen	28	31	21	20
Es war nicht alles schlecht, nicht alle waren Verbrecher	10	3	3	5
Anderes, weiß nicht	8	6	5	4

Abbildung 12: Tabelle „Ergebnisse Umfrage Unrechtsstaat“; Angaben in %. Quelle: eigene Darstellung nach: Noelle-Neumann/Piel (1983), S. 191.

Es ist also eine fortschreitende Auseinandersetzung der Deutschen mit den Verbrechen im „Dritten Reich“ zu erkennen, was sich im Zuge einer, wie Herz (1997, S. 252) und Schwab-Trapp (1996, S. 37) sie nennen, sich ändernden „Basiserzählung“ (siehe Kapitel 2.3.2) wiederum auf die Wahrnehmung des Rechtsextremismus und seiner Einordnung zu diesem Zeitpunkt ausgewirkt haben könnte. Es wird deutlich, dass sich die Gesellschaft in Deutschland zu dieser Zeit in der erinnerungsgeschichtlich eingeordneten „Phase der Kritik der Vergangenheitsbewältigung“ stärker mit den Verbrechen im „Dritten Reich“ auseinandergesetzt hatte als zuvor, wie auch Assmann (1999, S. 143) und Rüsen (2011, S. 251 f.) konstatieren. Die verschiedenen Phasen der Erinnerung wurden in Kapitel 2.3.3 dargestellt, so dass sie an dieser Stelle nicht noch einmal ausführlich beschrieben werden sollen.

Ein Einfluss der 1979 erschienenen Fernsehserie HOLOCAUST auf die Wahrnehmung des Rechtsextremismus kann an dieser Stelle nicht nachgewiesen werden, da sie außerhalb des Erhebungszeitraums ausgestrahlt wurde (Paul 2010, S. 15). Folgt man den Einschätzungen von Paul (2010, S. 20), Schmid (2010, S. 175) und Lübbe (1989, S. 349), die der TV-Produktion eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die Wahrnehmung des „Dritten Reichs“ und dadurch auch des Rechtsextremismus per se zusprechen, so kann vermutet werden, dass das NS-Regime und aktuelle Phänomene des Rechtsextremismus zum Zeitpunkt der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat kritischer als noch Anfang 1979 betrachtet wurden.

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen bezog sich die Wahrnehmung des Rechtsextremismus als gefährlich auf sein Potenzial, der gesamten Gesellschaft zu schaden.⁹⁷³ Dies kann Ausdruck einer sich ändernden Erinnerungsgeschichte sein. Mitte der 1980er-Jahre trat die „Phase der Erinnerung“ in den Vordergrund, im Zuge derer Holocaust und „Drittes Reich“ als historische Mahnmale verstanden wurden (Assmann 1999, S. 143 ff.). Die Machterlangung der NSDAP und die darauf folgenden Verbrechen wurden auch im Rahmen des Mitte der 1980er-Jahre stattfindenden Historikerstreits zu einem immer zentraleren Aspekt der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland. Uffa Jensen, der sich mit der Geschichte der Gefühle auseinandersetzt, erläutert hierzu, dass der Historikerstreit als „prägendes Ereignis der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur zu verstehen“ ist, mit dem

[...] sich in der Öffentlichkeit ein bestimmter Umgang mit der NS-Vergangenheit durchsetzte, der bis in die Gegenwart wirksam ist. Dieser basiert vor allem auf den Annahmen, dass der Holocaust das zentrale Ereignis der NS-Periode darstellt, dass die Ermordung der europäischen Juden ein einzigartiges Verbrechen verkörpert und dass es die Pflicht des deutschen Staates ist, daran angemessen zu erinnern. (Jensen 2008, S. 73)

Die Konzentration darauf, den Rechtsextremismus als Gefahr für die gesamte Gesellschaft zu sehen und zu diskutieren, kann hierdurch verstärkt worden sein, da sich große Teile seiner Ideologie aus dem „Dritten Reich“ speisen. Hinsichtlich der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden ist zu beobachten, dass die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus vor allem in seiner historischen Traditionslinie und seinem, teils internationalen hohen Institutionalisierungsgrad verhandelt wurde.⁹⁷⁴ Auch hier ist also wieder ein Bewusstsein zu erkennen, das nicht von historischen Singularitäten ausgeht, sondern den Rechtsextremismus als ein historisch gewachsenes und grenzübergreifend wirkendes Phänomen versteht.

Neben der Einordnung des Rechtsextremismus als Gefahr, sind auch simplifizierende Erzählmuster nachweisbar. So wurden Rechtsextremist(inn)en im Zuge des Oktoberfestattentats von der *ZEIT* und *FAZ* als eingeschränkt intelligente Verlierer/-innen dargestellt, die vor allem einer Art des dem „Dritten Reich“ zugewandten Fetischismus frönten und politisch eine nur geringe Gefahr bedeuten.⁹⁷⁵ Dies kann daran liegen, dass die Thematik des Rechtsextremismus kompliziert ist und die entsprechenden Journalist(inn)en in Anlehnung an Pöttker (2014, S. 24) von der „Hyperkomplexität“⁹⁷⁶ der Hintergründe in ihren Recherchekapazitäten überfordert gewesen sein könnten. Hinzu

⁹⁷³ zeit_92_10_02; faz_92_08_26c; faz_92_08_26; bild_92_11_24_s2.

⁹⁷⁴ zeit_12_08_16; bild_11_11_16; bild_11_11_26_s8a.

⁹⁷⁵ zeit_80_10_31b; faz_80_10_15.

⁹⁷⁶ Siehe Kapitel 2.4.1.

kommt die von Butterwegge (2003, S. 402) angesprochene „Tendenz zur Simplifizierung“⁹⁷⁷ die ihm zufolge häufig bei Berichten zur Thematik des Rechtsextremismus auszumachen ist, da Journalist(inn)en häufig die größeren Zusammenhänge rechten Gedankenguts, trotz guten Willens, nicht zusammenführen könnten.

Ähnliche Tendenzen sind bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen zu beobachten. Hier wurden Rechtsextremist(inn)en von der *BILD* als unintelligente Verlierer/-innen dargestellt, die sich vor allem auf Symboliken des ‚Dritten Reichs‘ bezogen und durch ihre angeblich einheitliche Optik aus der Gesellschaft ausgegrenzt wurden.⁹⁷⁸ Auch hier können „Hyperkomplexität“ und die „Tendenz zur Simplifizierung“ Erklärungsansätze sein. Hinzu kommt die bereits mehrfach angesprochene Beobachtung, dass der Diskurs über den Rechtsextremismus häufig seine gesellschaftliche Externalisierung nach sich ziehe (Pöttker 2014, S. 24; Butterwegge 2003, S. 402; Kretschmer/Jäger 1996, S. 812).

Ist das Muster der vereinfachenden Darstellung des Rechtsextremismus im Zuge der Berichterstattungen zum Oktoberfestattentat und zu Rostock-Lichtenhagen nur vereinzelt zu finden, so häufte es sich in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden. Hier wurde an einigen Stellen eine historische Traditionslinie rechtsextrem motivierter Gewalt verneint, der Organisationsgrad rechter Strukturen stark vereinfacht dargestellt und das Phänomen des Rechtsextremismus auf Gewalttätigkeit verkürzt.⁹⁷⁹ Des Weiteren wurden Rechtsextremist(inn)en auch hier durch ihre angeblich einheitliche Optik und zusätzlich durch eine sich wiederholende Pathologisierung aus der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen.⁹⁸⁰ Diese Häufung der vereinfachenden Darstellung des Rechtsextremismus ist an dieser Stelle nicht durch dem Autor der vorliegenden Arbeit bekannte historische Entwicklungen erklärbar. Denkbar ist jedoch, dass die gestiegerte Quantität an Artikeln durch das Aufsehen, das das Bekanntwerden des ‚NSU‘ nach sich gezogen hat, das Prinzip der „Hyperkomplexität“ noch einmal verstärkt hat, da für eine größere Anzahl von Artikeln nicht zwangsläufig mehr Recherchekapazitäten bestanden haben müssen (Pöttker 2014, S. 24). Hinzu kommt, dass durch die Vielzahl der Berichte auch die Quantität der Muster innerhalb einzelner Ebenen gestiegen sein kann.

⁹⁷⁷ Siehe Kapitel 2.4.6.

⁹⁷⁸ bild_92_08_26_s2b; bild_92_08_31_s1.

⁹⁷⁹ zeit_11_11_17a; zeit_12_02_23b; faz_12_02_02; faz_12_02_03; bild_11_11_14_s2b.

⁹⁸⁰ bild_11_11_14_s2b; bild_11_11_14_s8f; bild_11_12_02_s2.

Mit Blick auf die Verharmlosung des Rechtsextremismus kann für die Berichterstattung zum Oktoberfestattentat festgestellt werden, dass er an mehreren Stellen in der *FAZ* nicht ernst genommen wurde.⁹⁸¹ Bei der medialen Aufarbeitung von Rostock-Lichtenhagen ist eine Entpolitisierung rechten Gedankenguts zu beobachten, das an einigen Stellen Hand in Hand mit einer Täter-Opfer-Umkehr ging.⁹⁸² Auffällig hinsichtlich dieser Kriminalisierung der angegriffenen Asylsuchenden bei gleichzeitiger Entkriminalisierung der Angreifer/-innen ist, dass einer Allensbach-Befragung vom Dezember 1989 zufolge 76 % der Interviewten erwarteten, dass es in der Folge des Asylzuzugs nach Deutschland wieder mehr Arbeitslose geben würde. 64 % der Befragten prophezeiten kommende „Spannungen zwischen Einheimischen und Zuwanderern“ und 55 % glaubten an eine gestiegerte Kriminalitätsrate, während nur 28 % der Interviewten den Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund als kulturelle Bereicherung empfanden (Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 519). Hieran kann man eine gewisse gesellschaftliche Angst vor den Folgen des Asylzuzugs erkennen, die auch mit Vorurteilen über einen angeblichen Hang von Menschen mit Migrationshintergrund zur Kriminalität behaftet ist und in der Folge einen Einfluss auf die Täter-Opfer-Umkehr in der Berichterstattung gehabt haben könnte.

DDR, Linksextremismus und Islamismus

Bei der medialen Aufarbeitung der untersuchten Geschehnisse sind zwei regelmäßige Vergleichsmuster zu erkennen. Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat, zu Rostock-Lichtenhagen und in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden sind Verweise auf die (ehemalige) DDR und das (gewaltbereite) linke Spektrum zu finden. Mit der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden kommt als drittes Vergleichsmuster der später noch besprochene Verweis auf islamistischen Terrorismus hinzu.

Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat fällt in der *FAZ* und *BILD* auf, dass beide Zeitungen sich auf eine angeblich direkte Beteiligung von DDR-Agent(inn)en bzw. der Stasi an rechtsterroristischen Gruppierungen in der Bundesrepublik bezogen.⁹⁸³ Es gab hierfür keinerlei Beweise, vielmehr propagierte bspw. Franz Josef Strauß diese Ansicht, ohne Quellen hierfür zu nennen.⁹⁸⁴ Dass solche Aussagen unkritisch und unüberprüft übernommen und weitergegeben wurden, zeugt von einem zu diesem Zeitpunkt stark krisenhaften und von Misstrauen geprägten Verhältnis zwi-

⁹⁸¹ faz_80_09_30b; faz_80_10_15; faz_80_11_07.

⁹⁸² faz_92_08_27; faz_92_09_18; bild_92_08_27_s2a; bild_92_09_09_s2.

⁹⁸³ faz_80_09_30b; faz_80_10_04b; faz_80_10_11; faz_80_12_29; bild_80_10_04_s8b; bild_80_09_29_s4c.

⁹⁸⁴ faz_80_10_11; bild_80_09_29_s4c.

schen der BRD und der DDR. Dieses muss sicherlich in einen Kontext mit der ersten erinnerungsgeschichtlichen Phase in Deutschland, der „Phase der Vergangenheitspolitik“, gesetzt werden, die auch von einem starken Antikommunismus geprägt war (Assmann 1999, S. 141). Die Sozialisation in einer weitestgehend antikommunistisch eingestellten Gesellschaft kann insoweit prägend sein, dass sie auch die Berichterstattung und Wahrnehmung in den 1980er-Jahren noch maßgeblich beeinflusst hat.

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit hat sich darüber hinaus in seiner Magisterarbeit mit der medialen Berichterstattung zum sowjetischen Afghanistankrieg (1979–1989) auseinandergesetzt. Gerade vor dem Hintergrund des Boykotts mehrerer westlicher Länder der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau konnte hier in der *FAZ* eine Gleichsetzung von DDR und Sowjetunion beobachtet werden (Marcinowski 2013, S. 53). Festzustellen ist außerdem ein stark ideologisch geprägtes Misstrauen gegenüber der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten (Marcinowski 2013, S. 92 ff.). Insofern scheint der Vorwurf gegenüber der DDR, der Bundesrepublik durch Agent(inn)en-Tätigkeiten zu schaden, in die durch die *FAZ* vermittelte mediale Realität zu diesem Zeitpunkt zu passen. Die *ZEIT* hingegen widersprach an mehreren Stellen der von Strauß verbreiteten Agent(inn)-These und bemerkte, dass diese im Bereich des Spekulativen liege.⁹⁸⁵ Diese eher vorsichtige Berichterstattung entspricht durchaus dem medialen Umgang der Zeitung mit sozialistischen Ländern zur damaligen Zeit. So ist im Fall der *ZEIT* eine sich im Laufe der 1980er-Jahre immer stärker wandelnde Berichterstattung hinsichtlich solcher Staaten nachzuweisen, die von anfänglichem Misstrauen gegenüber den Ländern des Warschauer Pakts zu einer Entideologisierung der Berichterstattung führte (Marcinowski 2013, S. 93 ff.).

Auch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen hatten die *FAZ* und *BILD* „die Stasi“ oder ehemalige Stasi-Mitarbeiter/-innen im Verdacht, die Gewalt gegen Asylsuchende gezielt und bewusst gesteuert zu haben, um dem Ansehen der wiedervereinigten Bundesrepublik zu schaden.⁹⁸⁶ Der Bezug auf die Stasi entspricht an dieser Stelle Assmanns (2016, S. 110 ff.) und Freis (2009a, S. 8 f.) in Kapitel 2.3.4 beschriebenen Ausführungen, dass, im Gegensatz zum „Dritten Reich“, unmittelbar nach dem Fall der Diktatur mit der Aufarbeitung des in der DDR geschehenen Unrechts begonnen wurde. Das vermittelte Bild einer, auch nach ihrer Auflösung schlagkräftigen und allgegenwärtigen Geheimpolizei, die durch ihren Vernetzungsgrad nach wie vor Einfluss auf gesellschaftliche Belange nimmt und so die ideologische Linie der DDR weiterleben lässt, kann als Ausdruck des Aufar-

⁹⁸⁵ zeit_80_11_14; zeit_81_01_02.

⁹⁸⁶ faz_93_11_07; bild_92_09_03_s1; bild_92_09_03_s2.

beitungsprozesses verstanden werden. Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen wurden außerdem, diesmal ausschließlich von der *ZEIT*, die Lebensumstände der Menschen in der DDR thematisiert. Hierbei wurden Strukturen und die politisch geprägte Sozialisation, die bspw. nur wenig Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund gewährte, für den Vormarsch rechtsextrem motivierter Gewalt in Ostdeutschland verantwortlich gemacht.⁹⁸⁷ Tatsächlich gaben in einer Allensbach-Umfrage vom Mai 1990 68 % der Ostdeutschen an, „keinen Ausländer“ zu kennen, während im September 1989 nur 36 % der befragten Westdeutschen diese Aussage trafen (Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 534). Sicherlich sind solche Erfahrungen prägend und können die politische Sozialisation eines Menschen beeinflussen. Sich ausschließlich auf die ehemalige DDR als Garantin für ein rechtsextremes Weltbild zu beziehen, verkürzt jedoch die Tatsache, dass der Rechtsextremismus ebenfalls in Westdeutschland fest verwurzelt war und ist (Lessenich 2013, S. 138). Dennoch hat diese Blickweise Stephan Lessenich (2013, S. 138 f.) zufolge bis heute kaum an Fürsprechern verloren. Dies zeigt sich auch in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden, in der die *ZEIT* und *FAZ* sich dezidiert mit den Strukturen der ehemaligen DDR als Erklärungsmuster für die Existenz des „NSU“ auseinandersetzten.⁹⁸⁸ Es soll noch einmal die Da-seinsberechtigung solcher Ansichten betont werden, da diese nicht einfach so zurückzuweisen sind. Problematisch werden sie jedoch an der Stelle, an der sie einen exklusiv, oder im Vergleich zu Westdeutschland übersteigerten ostdeutschen Neonazismus suggerieren. Dem widersprachen die *ZEIT* und *FAZ* an zwei Stellen und betonten, dass der Rechtsextremismus ein gesamtdeutsches Problem sei.⁹⁸⁹ Ein weiterer Aspekt, der die Verbreitung rechten Gedankenguts in Ostdeutschland der *ZEIT* und *FAZ* zufolge begünstigte, war das Machtvakuum in der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung.⁹⁹⁰ Auch dies ist ein relevantes Argument. Sobald es aber eine Verkürzung auf ausschließlich Ostdeutschland nach sich zieht, sollte es kritisch hinterfragt werden.

Darüber hinaus sind bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat, zu Rostock-Lichtenhagen und in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden Verweise auf den Linksextremismus zu beobachten. Die *FAZ* und *BILD* schrieben im Zuge der medialen Aufarbeitung des Oktoberfestattentats bspw., dass der Linksextremismus ideologisch gefestigter sowie organisierter und folglich gefährlicher als der Rechtsextremismus sei.⁹⁹¹ Weiter wurde der Linksextremismus von

⁹⁸⁷ zeit_92_08_28; zeit_92_09_04e; zeit_92_09_11.

⁹⁸⁸ zeit_11_11_17a; zeit_11_11_24d; faz_11_11_18b; faz_11_11_26.

⁹⁸⁹ zeit_12_05_31; faz_11_11_18b.

⁹⁹⁰ zeit_12_05_31; zeit_12_11_08; faz_11_11_18b; faz_11_11_26; faz_12_08_24.

⁹⁹¹ faz_80_09_30b; faz_80_11_07; bild_80_09_29_s4d.

ZEIT und *BILD* in einen politischen Kontext gesetzt, während der Rechtsextremismus gleichzeitig entpolitisirt wurde.⁹⁹² Diesen Einschätzungen aller drei untersuchten Zeitungen können historische Spezifika zugrunde liegen. So stand die Bundesrepublik in den 1970er- und 1980er-Jahren unter dem Eindruck der von der RAF verübten Entführungen und Morde, die das gesellschaftliche Klima und die Wahrnehmung politischer Extreme mitgeprägt hatten (Kraushaar 2006, S. 26 ff.). Damit soll an dieser Stelle mitnichten ausgedrückt werden, dass es im selben Zeitraum nicht auch Verbrechen mit rechtem politischen Hintergrund gegeben hätte. Mit politischen Morden, wie bspw. 1977 am Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, generierte die RAF jedoch ein großes mediales Interesse. Auch Olaf Sundermeyer (2012, S. 21 f.) geht davon aus, dass die Konzentration der Öffentlichkeit auf die RAF rechtsextremen Verbrechern und Verbrecherinnen die Möglichkeit gab, vergleichsweise unbeachtet von der Gesellschaft ihre Taten zu planen und auszuführen.

Im Jahr 1998 aufgelöst, verübte die RAF auch in den 1990er-Jahren politische Morde (Kraushaar 2006, S. 26 ff.). Dies kann eine Erklärung dafür sein, warum auch im Zuge der Berichterstattungen zu Rostock-Lichtenhagen die *FAZ* mit der Aussage, die Gefahr von links sei größer als die von rechts, an die Öffentlichkeit trat.⁹⁹³ Dennoch scheint sich im Zeitraum um die Vorfälle von Rostock-Lichtenhagen etwas in der medialen Wahrnehmung geändert zu haben. Vertrat die *BILD* bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat noch die eben angesprochene Haltung, so schätzte sie den Rechtsextremismus im Zuge ihrer Berichte zu Rostock-Lichtenhagen als deutlich gefährlicher als den Linksextremismus ein.⁹⁹⁴ Möglicherweise ist dies einerseits von den sich häufenden Verbrechen mit rechtem Hintergrund in den 1990er-Jahren beeinflusst, andererseits kann es aber auch Ausdruck des sich ändernden Umgangs mit der Erinnerung an das ‚Dritte Reich‘ zusammenhängen. So wurden in der laut Assmann 1985 beginnenden „Phase der Erinnerung“ der Holocaust und das ‚Dritte Reich‘ von vielen Menschen nicht mehr nur als historisches Ereignis, sondern als nicht zu bewältigendes, im Geiste zu bewahrendes Mahnmal verstanden (Assmann 1999, S. 146). Hieraus kann als mögliche Erklärung abgeleitet werden, dass sich eine größeres Sensibilität für den politischen Faktor und die von rechter Gewalt ausgehenden Gefahren entwickelt hat.

Dies scheint sich in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden zu bestätigen. Wie bereits erwähnt, war die Berichterstattung vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ von teils rassistischen Kriminalisierungstendenzen gegenüber den Opfern geprägt. In dem Moment, in dem sich

⁹⁹² zeit_80_10_03g; bild_81_05_12_s3.

⁹⁹³ faz_93_05_24.

⁹⁹⁴ bild_92_08_29_s2; bild_92_10_01_s2.

herauskristallisierte, dass die Morde von Rechtsextremist(inn)en begangen wurden, wurden alle drei untersuchten Zeitungen nicht müde, das politisch rechte Spektrum als Gefahr zu beschreiben. Dies zeigt sich auch in den Verweisen auf den Linksextremismus. So kritisierte die *ZEIT* den bis dato häufig getätigten Vergleich von links und rechts an mehreren Stellen, während die *BILD* wiederum deutlich machte, dass sie den Rechtsextremismus als deutliche größere Gefahr für das Land sehe als Gewalt von links.⁹⁹⁵ Hinzu kommen Vergleiche von *FAZ* und *BILD* zwischen ‚NSU‘ und RAF, was sich aber weniger wie eine Relativierung des ‚NSU‘ liest, sondern eher wie eine Betonung der politischen Brisanz und der Gefährlichkeit der rechtsextremen Terrorgruppierung.⁹⁹⁶ An keiner Stelle ist eine Relativierung rechter durch den Vergleich mit linker Gewalt zu erkennen, sodass man feststellen kann, dass hier, zumindest im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden, eine Veränderung in der Bewertung stattgefunden hat.⁹⁹⁷ Zum einen ist dies wohl durch das Gesamtereignis ‚NSU‘ beeinflusst, da die Mordserie die Grenzen der Phantasie vieler Menschen überschritten hatte. Auf der anderen Seite kann der Wandel der Berichterstattung an dieser Stelle auch wieder als Symptom der „Phase der Erinnerung“ verstanden werden, gepaart mit dem von Assmann (2016, S. 123 ff.) beschriebenen Wandel hin zu einer multikulturellen Gesellschaft, der eine Ergänzung rein deutscher Perspektiven im Hinblick auf die Erinnerungsgeschichte durch migrantische Perspektiven vorsieht.

Im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist, wie bereits erwähnt, zusätzlich der islamistische Terrorismus als dritte Vergleichsfolie hinzugekommen. Jedoch ist auch hier keine Relativierung des Rechtsextremismus vor diesem Hintergrund zu beobachten. So vertrat die *ZEIT* die Meinung, Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus seien ähnlich gefährlich, während die *FAZ* den Rechtsextremismus als deutlich größere Bedrohung als den Islamismus bezeichnete und eine zu starke Fokussierung der Behörden auf Letztgenanntes kritisierte.⁹⁹⁸ Zu bemerken ist allerdings auch, dass diese Einschätzung in Zeiten getätigt wurde, in denen sich in Europa wenige Verbrechen mit islamistischem Hintergrund zugetragen haben, sodass sich die Frage stellt, ob diese Analyse vor dem Hintergrund der medialen Präsenz des ‚Islamischen Staats‘ (,IS‘) zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Arbeit überhaupt noch Bestand hat. Hierzu sind Hanischs

⁹⁹⁵ zeit_12_02_23b; zeit_12_07_05b; zeit_12_09_27; bild_11_11_14_s2a.

⁹⁹⁶ faz_12_02_27c; faz_12_06_02; bild_11_11_12_s1; bild_11_11_12_s7a; bild_11_11_14_s2a; bild_11_11_14_s9c.

⁹⁹⁷ Inwieweit sich diese Betrachtung durch die gewalttätigen Ausschreitungen im Zuge des G20-Gipfels im Juli 2017 in Hamburg wieder geändert haben könnte, kann an dieser Stelle noch nicht abgesehen werden.

⁹⁹⁸ zeit_11_11_24e; zeit_12_02_16; faz_11_11_16; faz_11_11_18b; faz_12_08_23.

(2011, S. 33) Ausführungen⁹⁹⁹ zu beachten, die beinhalten, dass bereits bei den rechtsterroristischen Morden Anders Breiviks in Norwegen im Jahr 2011 in den ersten Stunden der mediale Fokus, ohne dass es hierfür belastbare Hinweise gab, stark auf eine vermutete Täterschaft im islamistischen Spektrum ausgerichtet wurde.

,Drittes Reich‘ und NPD

Das Muster der Verweise auf das ‚Dritte Reich‘ kann bei allen untersuchten Ereignissen beobachtet werden. Beim Oktoberfestattentat wurde exklusiv von der *BILD* noch stark auf Personen und Institutionen der NS-Zeit verwiesen und Karl-Heinz Hoffmann bspw. als „Führer“ bezeichnet, während seine WSG in eine Linie mit der SA und der SS gestellt wurde.¹⁰⁰⁰ Auch wurden die Vorgänge in einen Kontext mit der „Machtergreifung“ der NSDAP im Jahr 1933 gesetzt, die die ‚WSG Hoffmann‘ der *BILD* zufolge mit einem „Marsch auf Berlin“ zu erlangen hoffte.¹⁰⁰¹ Hier sind Aspekte der von Assmann definierten „Phase der Kritik der Vergangenheitsbewältigung“ zu beobachten, die durch eine starke Auseinandersetzung mit dem ‚Dritten Reich‘ und eine bewusste Abgrenzung von diesem gekennzeichnet ist (Assmann 1999, S. 143; Rüsen 2011, S. 252). Des Weiteren fanden das Ereignis und die Berichterstattung hierzu zu einem ähnlichen Zeitpunkt wie die Ausstrahlung der Fernsehserie *HOLOCAUST* statt, die vielen Menschen die Grauen des ‚Dritten Reichs‘ anschaulich vor Augen geführt hat (Paul 2010, S. 15 ff.). Hierdurch könnte die Nutzung einer den Personen und Institutionen des ‚Dritten Reichs‘ entsprechenden Nomenklatur erklärt werden. Darüber hinaus ist zu beachten, dass bei einer Allensbach-Umfrage im Jahr 1977 nur 57 % der Befragten kategorisch ausschlossen, dass „ein Mann wie Hitler bei uns wieder an die Macht kommen könnte“, was Begrifflichkeiten wie die der „Machtergreifung“ erklären kann (Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 193).

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen sind deutlich weniger Verweise auf das ‚Dritte Reich‘ zu erkennen als noch beim Oktoberfestattentat. In einem Artikel verglich die Zeitung die (politischen) Verhältnisse in Deutschland mit denen der Weimarer Republik und druckte darüber hinaus einen Leserbrief ab, in dem die brennenden Unterkünfte für Asylsuchende mit in der NS-Zeit zerstörten Synagogen gleichgesetzt wurden.¹⁰⁰² Es soll an dieser Stelle weniger der Frage nachgegangen werden, ob es sich bei dieser Aussage nicht möglicherweise um eine Verharmlosung des Holocaust handelt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass auch hier der Verweis auf Weimar und

⁹⁹⁹ Siehe Kapitel 2.1.1.

¹⁰⁰⁰ bild_80_09_29_s1; bild_80_09_29_s3c; bild_80_09_29_s4b; bild_80_09_09_30_s1a.

¹⁰⁰¹ bild_80_09_29_s3c; bild_80_09_29_s3d.

¹⁰⁰² bild_92_08_25_s2a; bild_92_08_29_s2.

die Gleichsetzung brennender Unterkünfte mit Pogromen im ‚Dritten Reich‘ eher dazu dienen sollten, Besorgnis angesichts der aktuellen Verhältnisse auszudrücken. So können auch hier ‚Drittes Reich‘ und Holocaust im Zuge der von Assmann (1999, S. 146 ff.) beschriebenen „Phase der Erinnerung“ als etablierte Mahnmale verstanden werden, die als Warnung vorgetragen werden, durch Ereignisse wie die Übergriffe auf Geflüchtetenunterkünfte nicht wieder politisch motivierte Gewalt und Willkür unwidersprochen gewähren zu lassen. Deutlicher wird dies noch einmal beim einzigen Verweis auf das ‚Dritte Reich‘ im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden, bei dem die *BILD* ihrer Leserschaft die NS-Zeit explizit als Mahnung dafür, sich gegen den Rechtsextremismus einzusetzen, vor Augen führt.¹⁰⁰³

Verweise auf die NPD sind bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat und in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden festzustellen. Bei der Aufarbeitung der Oktoberfestbombe bezeichnete die *FAZ* die NPD als schwache Partei, der, wenn überhaupt, höchstens eine moralische Verantwortung für den Anschlag gegeben werden könne.¹⁰⁰⁴ Dies kann Ausdruck der Tatsache sein, dass die NPD zu diesem Zeitpunkt, zumindest im Hinblick auf das Wahlverhalten der Deutschen, tatsächlich keine allzu große Bedeutung hatte. So kam sie bei der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 auf gerade einmal 0,18 % der Gesamtstimmen.¹⁰⁰⁵ Dass sie im Gegensatz zu Rostock Lichtenhagen¹⁰⁰⁶ im Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat trotzdem thematisiert wurde, kann auch an der Erinnerung an die Bundestagswahl nur elf Jahre zuvor gelegen haben, bei der die NPD am 28.09.1969 mit einem Stimmenanteil von 4,31 % nur knapp den Einzug in den Bundestag verpasste.¹⁰⁰⁷ In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist es zu einem sprunghaften Anstieg der Verweise auf die NPD gekommen. So wurde an mehreren Stellen betont, dass das Bekanntwerden der Mordserie einem möglichen Verbotsverfahren der NPD entgegenkommen könnte.¹⁰⁰⁸ Es wurden jedoch auch mahnende Stimmen veröffentlicht, die vor einem

¹⁰⁰³ bild_11_11_16_s9a.

¹⁰⁰⁴ faz_80_09_30b; faz_80_10_04.

¹⁰⁰⁵ URL: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/1980-10-05-BT-DE/>, zuletzt eingesehen am 24.04.2017, 11:14.

¹⁰⁰⁶ Bei der Bundestagswahl am 02.12.1990 kam sie auf 0,31 % der Stimmen, während die Republikaner 2,13 % erreichten (URL: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/1990-12-02-BT-DE/index.shtml>, zuletzt eingesehen am 24.04.2017, 11:16).

¹⁰⁰⁷ URL: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/1969-09-28-BT-DE/index.shtml>, zuletzt eingesehen am 24.04.2017, 11:19.

¹⁰⁰⁸ zeit_11_12_01; faz_11_12_01; faz_11_12_02; faz_12_02_03; faz_12_02_04; faz_12_03_21; bild_11_11_30_s6; bild_11_12_12_s2; bild_11_12_12_s2.

Scheitern desselben warnten.¹⁰⁰⁹ Insgesamt wurde versucht, an mehreren Stellen tatsächliche, teilweise aber auch eher unwahrscheinliche beziehungsweise marginale personelle Verbindungen zwischen NPD und ‚NSU‘ nachzuweisen.¹⁰¹⁰ Hintergrund dieser starken Beachtung der NPD ist vermutlich ihre zu diesem Zeitpunkt bereits prominente mediale Präsenz, da die Diskussion um ein Verbotsverfahren der Partei im Jahr 2011 intensiv in Politik, Gesellschaft und Medien geführt wurde, auch wenn die ‚Nationaldemokraten‘ zu jenem Zeitpunkt hinsichtlich ihres Stimmenpotenzials wenig Bedeutung hatten (Meier 2015a, S. 34; Meier 2015b, S. 109 ff.).

Bezugnahme auf breite gesellschaftliche Einstellungsmuster

Zur Ebene der Diskussion breiter gesellschaftlicher Einstellungsmuster sei bemerkt, dass beim Oktoberfest, Rostock-Lichtenhagen und der Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morde die gesellschaftliche Grundstimmung für die jeweiligen Taten mitverantwortlich gemacht worden ist.¹⁰¹¹ Hinsichtlich des Oktoberfestattentats ist zu betonen, dass im August 1981, also ein knappes Jahr nach dem Anschlag, 79 % der Befragten einer Allensbach-Erhebung angaben, es würden „zu viele“ Ausländer/-innen in Deutschland leben (Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 177). Gepaart mit der Ausstrahlung der Fernsehserie HOLOCAUST kann der Verweis auf das gesellschaftliche Klima also als journalistische Warnung vor einem Mitläufertum verstanden werden, das politische Extreme begünstigen kann.

Ähnlich kontextualisieren kann man dies auch bei der Untersuchung der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen. Hinzu kommt, dass in einer Allensbach-Befragung vom Dezember 1991 65 % der Befragten mit der Aussage „Ich habe grundsätzlich nichts gegen Ausländer, aber bei uns gibt es einfach zu viele“ einverstanden waren, während in einer Umfrage vom September 1989 45 % der Befragten dagegen waren, „daß mehrere Millionen Ausländer bei uns wohnen“, während 31 % unentschlossen reagierten (Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 530). Die von der *ZEIT* und *FAZ* angesprochene Grundhaltung war also durchaus existent.

Auch im Jahr 2008, also drei Jahre vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘, gaben noch 53 % der Befragten an, dass in Deutschland zu viele Menschen mit Migrationshintergrund leben würden, wäh-

¹⁰⁰⁹ zeit_12_07_05e; faz_11_11_24c; faz_11_12_18; faz_12_02_24; faz_11_12_05; faz_12_03_21; faz_12_03_26; bild_11_12_12_s2.

¹⁰¹⁰ zeit_11_12_01; faz_11_12_01; faz_11_12_02; faz_11_12_12; faz_12_02_03; faz_12_02_04; faz_11_12_14; faz_12_03_21; bild_11_11_16_s8a; bild_11_11_30_s6.

¹⁰¹¹ zeit_80_10_03; faz_80_10_04; zeit_92_09_04; zeit_92_09_11; zeit_92_09_25; zeit_92_10_02; faz_92_08_25b; faz_92_08_25c; faz_92_11_24; bild_92_08_26_s2b; zeit_12_02_23b; faz_12_11_03b; bild_12_02_24_s2a.

rend 23 % unentschlossen waren (Köcher 2009, S. 94). Im Vergleich zu der Befragung aus dem Jahr 1981 hat sich die Stimmung also durchaus in Richtung einer Toleranz gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland verschoben, was aber nicht bedeutet, dass diese Akzeptanz hierdurch in den Köpfen eines Großteils der Bevölkerung angekommen ist. Nur 24 % der Befragten waren explizit der Meinung, dass in Deutschland nicht zu viele Menschen mit Migrationshintergrund leben würden (Köcher 2009, S. 94).

Potenzielle Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft

Auch hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen der jeweiligen Taten auf Deutschland und seine Gesellschaft äußerten sich die untersuchten Zeitungen. So beschrieb die *FAZ* im Zuge des Oktoberfestattentats ihre Sorge um einen möglichen Ansehensverlust Deutschlands im Ausland.¹⁰¹² Ähnliche Befürchtungen seitens der Bevölkerung zeigen sich in einer Umfrage des IfD Allensbach vom Januar 1980. Auf die Frage, woran es liege, dass die Deutschen in der Welt unbeliebt seien, entgogenen nur 9 % der Befragten, dass Deutschland nicht unbeliebt sei, während 36 % das ‚Dritte Reich‘ als Ausgangspunkt der eigenen Unbeliebtheit ausmachten (Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 188). Somit scheint hier ein Gefühl existiert zu haben, das den Hauptgrund einer angeblichen deutschen Unbeliebtheit im Ausland in seiner Vergangenheit verortet. Die Sorge um einen weiteren Ansehensverlust vor dem Hintergrund eines rechtsterroristischen Anschlags auf ein internationales Symbol wie das Oktoberfest ist Konsequenz einer solchen Einschätzung. Darüber hinaus fürchtete die *BILD* im Kontext des Anschlags eine Gefährdung des demokratischen Staates per se.¹⁰¹³ Hierin ging sie somit konform mit den bereits angesprochenen Sorgen vieler Deutscher, dass sich so etwas wie das ‚Dritte Reich‘ prinzipiell wiederholen könne (Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 193).

Die Sorge um die Gefährdung des demokratischen Staates wurde im Zuge der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen verstärkt medial aufgegriffen.¹⁰¹⁴ Es scheint zu diesem Zeitpunkt eine allgemeine große Verunsicherung in der Bevölkerung geherrscht zu haben. So haben dem IfD Allensbach zufolge im Jahr 1991 52 % der Befragten angegeben, die „Verhältnisse in der Bundesrepublik“ böten „Anlaß zur Beunruhigung“, was den höchsten Wert seit 1983 (54 %) markiert (Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 543). Dieser Trend verstärkte sich noch weiter. Bis zum Monat August antworteten im Jahr 1992 im Durchschnitt 67 % der Befragten, dass ein „Anlaß zur Beunruhigung“ bestehen (Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 543). Darüber hinaus gab es im Kontext von Rostock-

¹⁰¹² faz_80_11_07.

¹⁰¹³ bild_80_09_29_s3c.

¹⁰¹⁴ zeit_92_08_28b; zeit_92_11_06; faz_93_01_07.

Lichtenhagen deutlich mehr Berichte, die sich mit der Sorge um einen Ansehensverlust Deutschlands im Ausland beschäftigten.¹⁰¹⁵ Diese gesteigerte Beschäftigung mit der Meinung anderer Länder über Deutschland kann auch mit den Erfahrungen aus dem Wiedervereinigungsprozess zusammenhängen. In diesem Kontext stand Winkler (2000, S. 575 ff.) zufolge vor allem Großbritannien in Opposition zur Idee eines wiedervereinigten Deutschlands, da es die Etablierung eines ‚Vierten Reichs‘ fürchtete, sodass die Bilder der brennenden ZASt solche Sorgen durchaus zu nähren in der Lage gewesen seien könnten.

Im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist in den untersuchten Zeitungen keine große Sorge um einen deutschen Ansehensverlust zu beobachten, lediglich in zwei Zitaten von Politikern wurde vor einer Schädigung des Images des Wirtschaftsstandorts Deutschland gewarnt.¹⁰¹⁶ Auch der Staat wurde an nur einer Stelle als durch den Rechtsextremismus ernsthaft gefährdet dargestellt.¹⁰¹⁷

Die Bewertung der Politik

Auch die politische Dimension wurde bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat, zu Rostock-Lichtenhagen und in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden beachtet. So wurden im Laufe der medialen Abdeckung des Oktoberfestattentats schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzler Schmidt in der *FAZ* laut, teilweise selbst formuliert, teilweise von anderen Politikern und Politikerinnen vorgetragen.¹⁰¹⁸ Hier wird die redaktionelle Linie der Zeitung, die als CDU-/CSU-nah einzuschätzen ist, sichtbar und teilweise auch durch opportune Zeug(inn)en¹⁰¹⁹ gestärkt (Maurer/Reinemann 2006, S. 129; Hagen 1992, S. 445). Von der *BILD* wurden darüber hinaus Interviews mit Bundeskanzler Schmidt, seinem Herausforderer Strauß und dem bayerischen Innenminister Tandler geführt, deren Realisierung wohl auch durch den Bundestagswahlkampf begünstigt war. Die Explosion auf dem Oktoberfest führte dazu, dass die Kandidaten stärker polarisierten und stellte vor allem Fragen der Sicherheitspolitik in den Vordergrund (Neef 2015, S. 19). Die *BILD* scheint in ihrer redaktionellen Linie Franz Josef Strauß leicht bevorzugt zu haben, hat sich aber nicht explizit positioniert, während die *ZEIT*, wohl ebenfalls von ihrer politischen Grundausrichtung motiviert, Strauß und Tandler gegenüber schwere Vorwürfe erhaben.¹⁰²⁰ Es bleibt also

¹⁰¹⁵ bild_92_08_28_s1a; bild_92_08_29_s2; bild_92_08_28_s2a.

¹⁰¹⁶ zeit_12_09_27; zeit_12_10_11b.

¹⁰¹⁷ bild_11_11_18_s2.

¹⁰¹⁸ faz_80_09_29c; faz_80_09_30; faz_80_09_30c.

¹⁰¹⁹ Siehe Kapitel 2.4.4.

¹⁰²⁰ zeit_80_10_03e; bild_80_09_29_s4c; bild_80_09_29_s4e.

festzuhalten, dass bei der Abdeckung der politischen Dimension bei der Berichterstattung zum Oktoberfest, die auch vom Bundestagswahlkampf geprägt war, die drei untersuchten Zeitungen ihren von Maurer/Reinemann (2006, S. 129) beschriebenen redaktionellen Leitlinien¹⁰²¹ gemäß berichtet, bzw. kommentiert haben.

Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen ist ein starker Wandel zu beobachten. Hier wurden vermehrt explizite Vorwürfe in Richtung der Politik formuliert. So machten die *ZEIT* und *FAZ* Vertreter/-innen der Politik mitverantwortlich für die Eskalation der Gewalt.¹⁰²² Präsentierte die *FAZ* vorwiegend Zitate von Politkern und Politikerinnen, so kritisierte die *ZEIT* die Untätigkeit der Politik im Vorfeld der ihr zufolge absehbaren Gewalt. Die *BILD* hingegen berichtete noch offensiver als die *ZEIT* und *FAZ*. In ihr wurden, teils durch eigene Publikationen, teils durch Leserbriefe, scharfe verbale Angriffe auf Politiker/-innen veröffentlicht, die für ein liberales Asylgesetz eintraten. Hierbei wurde eine Kluft zwischen Politik und Volk suggeriert und Handlungsaufforderungen formuliert.¹⁰²³ Diese Vorwürfe gegenüber der Politik sind nicht exklusiv von Zeitungen vertreten worden. So hatten in einer Allensbach-Umfrage vom Oktober 1990 59 % der Befragten nicht den Eindruck, „die Politiker“ seien „ernsthaft um eine Lösung des Asylantenproblems“ bemüht, während 11 % unentschlossen waren (Neumann/Köcher 1993, S. 537). Nicht einmal ein Drittel der Befragten glaubte also, dass in der Politik eine wirkliche Handlungsbereitschaft existiere. Diese Einstellung kann also durchaus von gewissen Journalist(inn)en geteilt, aber auch sensationalisierend ausgenutzt worden sein.

Die Konstruktion einer alternativlosen Entfremdung von Politik und Bürgern ist auch in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden in der *BILD* zu beobachten. Hier unterstellte sie der Politik, die als homogenes Gebilde verhandelt wurde, kollektive Faulheit und Inkompetenz.¹⁰²⁴ Es ist in der *BILD* eine Tendenz zu der von Meyen (2015, S. 33 f.), Imhof (2006, S. 203), Weischenberg, Malik und Scholl (2016, S. 17) und Karidi (2017, S. 188) angesprochenen Emotionalisierung und Dramatisierung von Nachrichten zu erkennen, die bereits bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen begonnen hat und im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den „NSU“-Morden fortgesetzt wurde. Auch in der *ZEIT* sind kritische Haltungen gegenüber politischen Vertretern und Vertreterinnen vorzufinden. Jedoch beschränkte sie diese hauptsächlich auf den

¹⁰²¹ Siehe Kapitel 2.4.4.

¹⁰²² zeit_92_08_28b; zeit_92_09_04d; faz_92_08_29b.

¹⁰²³ bild_92_08_25_s1; bild_92_08_27_s1a; bild_92_08_27_s2c; bild_92_09_02_s2; bild_92_09_14_s2; bild_92_09_27_s2b; bild_92_10_01_s2.

¹⁰²⁴ bild_11_11_16_s2a; bild_12_07_06_s2a.

christdemokratischen sächsischen Ministerpräsidenten Tillich und seinen Parteifreund, den sächsischen Innenminister Ulbig.¹⁰²⁵ Versäumnisse, politische Werdegänge und Charakterzüge beider werden detailliert analysiert, sodass auch hier wieder die von Maurer/Reinemann (2006, S. 129) angesprochene redaktionelle Linie der *ZEIT* die Berichte beeinflusst haben könnte. Hinzu kommt die in Meyens (2015, S. 35) Studie beobachtete Tendenz zur Personalisierung der Berichterstattung, im Zuge derer der Mensch hinter den Nachrichten dieselben häufig in den Hintergrund drängt.

Die Bewertung der Behörden

Die Rolle der Behörden wurde bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat an keiner Stelle thematisiert. Woran dies liegt, ist an dieser Stelle nicht aufklärbar. Bei der medialen Kontextualisierung von Rostock-Lichtenhagen beschäftigten sich die *ZEIT* und *FAZ* mit dem behördlichen Vorgehen. Hierbei fand eine fast ausschließliche Konzentration auf das institutionelle Behördengefüge statt. Mögliche Problematiken im individuell-personellen Bereich wurden nicht thematisiert. Die Bewertungen gingen in zwei etwa gleichmäßig vertretene Richtungen. Die eine Richtung besagte, dass die Behörden einfach nur überfordert seien, während die andere Richtung ein komplettes Versagen derselben suggerierte, hierbei jedoch keine Absicht unterstellte.¹⁰²⁶ Als Begründung für das behördliche Versagen wurde stets der behördliche Transformationsprozess im Zuge der Wiedervereinigung genannt.

Bei den unmittelbaren Berichten zu den ‚NSU‘-Morden zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Täterschaft nicht geklärt war und die Ermittlungen tendenziell in Richtung einer Kriminalisierung der Opfer führten, wurden die ermittelnden Behörden von der *FAZ* und *BILD* explizit in Schutz genommen, während ihnen attestiert wurde, dass sie alles dafür täten, die Morde aufzuklären.¹⁰²⁷ Es wurde nicht als Versagen der Behörden verstanden, dass die Ermittlungen zu keinem Ergebnis kamen, vielmehr wurde diese Tatsache der Komplexität der Fälle ange rechnet. Für die Ausrichtung der Ermittlungen in Richtung der Opfer wurden die Ermittler/-innen nicht kritisiert, was ein Anzeichen für Kretschmer und Jägers (1996, S. 805) These sein kann, dass die Medien institutionellem Rassismus in ihren Berichten oft blind gegenüberstanden. Andreas T., der Verfassungsschützer, der sich zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat in dessen Internetcafé aufhielt, wurde in der *FAZ* und *BILD* kurz thematisiert, aber in dem Moment, in dem der Verfas-

¹⁰²⁵ zeit_11_11_24d; zeit_12_02_23b; zeit_12_09_27.

¹⁰²⁶ zeit_92_08_28; zeit_92_08_28b; zeit_92_09_04; zeit_92_09_25; faz_92_08_25b; faz_92_08_26c; faz_92_08_29b.

¹⁰²⁷ faz_06_04_19; faz_06_04_15; faz_08_02_01; bild_06_04_13_s6.

sungsschutz erklärte, es gebe keine belastbaren Anhaltspunkte für eine Tatbeteiligung des Tatverdächtigen T., nicht mehr weiterverfolgt.¹⁰²⁸ Die Bewertung der Behörden im Zusammenhang mit den Morden änderte sich in dem Moment, in dem die Existenz des ‚NSU‘ bekannt wurde. So wärfen alle drei untersuchten Zeitungen den Behörden ein sowohl institutionelles als auch individuell-personelles Versagen vor und unterstellten den Ermittlern und Ermittlerinnen teilweise Rassismus.¹⁰²⁹ Darüber hinaus wurden bestehende Strukturen kritisch hinterfragt. So wurde eine konsequente Reform, nicht aber eine Abschaffung der Geheimdienste gefordert.¹⁰³⁰ Selbst Grundlagen des deutschen politischen Systems wurden hinterfragt, indem das föderale System als problematisch verstanden und die aus diesem entstandene mangelnde Kooperationsbereitschaft einzelner Länderbehörden mitverantwortlich für die lange Untergrundtätigkeit des ‚NSU‘ gemacht wurde.¹⁰³¹ Hinzu kam ein, vor allem von der *BILD* vorgetragenes, starkes Misstrauen gegenüber dem Verfassungsschutz, das auf der Vernichtung von Akten und der bis heute ungeklärten Rolle des Andreas T. fußt.¹⁰³²

Es kann keine eindeutige Erklärung für diesen Umschwung in der Berichterstattung gefunden werden. Auffällig ist aber, dass die Behörden erst in dem Moment, in dem das rechtsextreme Motiv hinter den Morden bekannt wurde, von den Medien angegriffen wurden. Möglicherweise hat dies mit einer Aufwertung der Opfer zu tun, da sie in diesem Moment entkriminalisiert und nicht mehr nur als Türken, sondern plötzlich als ‚unsere Türken‘ bezeichnet wurden.¹⁰³³ Auch ist die bis zu jenem Zeitpunkt offensichtliche Unvorstellbarkeit einer solchen Mordserie nicht ohne Einfluss. Geschieht das vermeintlich Unvorstellbare, so sind in der Folge Verantwortliche zu suchen. Diese wurden in den Ermittlern und Ermittlerinnen gefunden, während die Rolle der Medien bei der Verbreitung der Opfer-Täter-Umkehr im Nachhinein von denselben kaum thematisiert wurde. Alles in allem spielen aber sicherlich auch die Ereignisse als solche eine Rolle, da falsche Ermittlungsansätze, die Anwesenheit des Andreas T. an einem Tatort und die Vernichtung von Akten keine Fiktion, sondern Realität waren und sind.

¹⁰²⁸ faz_06_07_15; faz_06_07_15b; bild_06_07_14_s6.

¹⁰²⁹ zeit_11_11_17d; zeit_11_11_24e; zeit_11_11_24f; zeit_12_07_05e; zeit_12_09_20; faz_12_05_16; faz_12_07_05b; faz_12_11_03; bild_11_11_14_s2a; bild_11_11_16_s2a.

¹⁰³⁰ zeit_11_11_17e; faz_12_07_07b; bild_11_11_16_s2a.

¹⁰³¹ zeit_11_11_24e; zeit_12_02_16; zeit_12_09_20; faz_12_06_29b; faz_12_07_05b; bild_11_11_14_s2a; bild_11_11_16_s2a.

¹⁰³² bild_12_06_15_s3; bild_12_07_03_s2; bild_12_07_06_s2b.

¹⁰³³ bild_11_11_15_s2.

6 Resümee und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit wurde mit der historischen Diskursanalyse nachvollzogen, inwiefern Kontinuitäten und Brüche in der medialen Berichterstattung zu Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund im Wandel der Zeit zu beobachten sind. Dies diente auch der Annäherung an die Frage, ob die unmittelbare Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden als einzigartig oder als Konsequenz einer historischen Kontinuität innerhalb des medialen Umgangs mit rechtsextrem motivierten Verbrechen angesehen werden kann. Hierfür wurden Artikel der *ZEIT*, der *FAZ* und der *BILD* im Kontext des Oktoberfestattentats, des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen und den ‚NSU‘-Morden untersucht. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Schwerpunkte herausgearbeitet: die Darstellung der Opfer, hierbei vor allem im Kontext von Ethnizität, die Diskussion der potenziellen Schuld der Täter/-innen und die Einordnung des Rechtsextremismus als gefährlich sowie seine vereinfachende und seine verharmlosende Darstellung. Weiter wurden die entsprechenden Artikel auf Verweise auf DDR, Linksextremismus und Islamismus, Bezugnahmen auf das ‚Dritte Reich‘ und die NPD, die Diskussion breiter gesellschaftlicher Einstellungsmuster, die Besprechung der Auswirkungen der Ereignisse auf Deutschland, den Aspekt der politischen Verantwortung und die Frage der Mitschuld der Behörden an den Ereignissen untersucht. Das folgende Resümee entspricht der Reihenfolge der eben beschriebenen Ebenen, bevor auf historische und kommunikationswissenschaftliche Spezifika eingegangen wird. Die vorliegende Arbeit endet schließlich mit einem Ausblick.

Hinsichtlich der ersten Phase der Berichterstattung zu den vom ‚NSU‘ begangenen Morden an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşik und Halit Yozgat fällt auf, dass hier nur zwei der erarbeiteten Ebenen nachweisbar sind. Die Berichte beschränkten sich stark auf die Opfer, die mutmaßlichen Täter(inn)en und die Rolle der Behörden. Andere Thematiken sind im Kontext der Morde vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ in den Hintergrund getreten bzw. nicht beachtet worden. Da weder von den Behörden noch von der Presse davon ausgegangen wurde, dass die Taten von Rechtsextremist(inn)en begangen worden sind, ist es konsequent, dass hier keine Muster bedient wurden, die auf den Rechtsextremismus anspielen. Auffällig ist jedoch, dass die Morde an Menschen mit türkischem und griechischem Hintergrund weder als problematisch für die Gesellschaft und die Auswirkungen auf dieselbe noch als politisches Problem verhandelt wurden. Dies änderte sich erst in dem Moment, in dem deutlich wurde, dass diese Menschen von Rechtsextremist(inn)en

ermordet worden waren. Ab diesem Zeitpunkt wurden gesellschaftliche Aspekte und die Verantwortung der Politik diskutiert. Ebenso wurden die Opfer aufgewertet. Nun waren sie nicht mehr nur ‚einige Türken‘, sondern konkrete Individuen mit Gesichtern und Lebensgeschichten.

Diese prominente Diskussion der Opfer lässt sich, neben der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden, auch sowohl beim Oktoberfestattentat als auch bei der medialen Abdeckung von Rostock-Lichtenhagen beobachten. Allerdings fällt auf, dass die Opfer im Zuge des Oktoberfestattentats am persönlichsten und intensivsten besprochen wurden, während sie im Zuge von Rostock-Lichtenhagen nur an einigen wenigen Stellen aus einem Kollektiv herausgehoben und als Individuen verstanden wurden. In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden wurde vor allem auf die Familien der Opfer und das Unrecht, das diese erleiden mussten, eingegangen. Im Vergleich zu der großen Anzahl an Artikeln, die nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ veröffentlicht worden sind, kamen die Opfer insgesamt eher selten vor. Mit dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ konnte ein Bruch innerhalb der Kontinuität, die Opfer zu diskutieren, beobachtet werden. Erst ab diesem Zeitpunkt wurden die Ermordeten als Opfer und menschliche Individuen und nicht, wie teilweise geschehen, als Täter zu diskutiert.

Im Zuge des Oktoberfestattentats wurden die Opfer, wie in Kapitel 4.1 aufgezeigt, deutlich ausführlicher besprochen als bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen und der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden. Der auffälligste Unterschied zwischen den Opfergruppen ist, dass beim Oktoberfest die Opfer deutscher Abstammung waren, während bei Rostock-Lichtenhagen und der ‚NSU‘-Mordserie Menschen mit Migrationshintergrund angegriffen oder ermordet wurden. Die Ergebnisse der Analyse legen nahe, dass ‚deutsche‘ Opfer als eher zu betrauernd angesehen wurden, als solche mit ausländischen Wurzeln, selbst wenn diese deutsche Staatsbürger waren. Bei der Berichterstattung unmittelbar nach den ‚NSU‘-Morden wurden die Opfer kriminalisiert und in eine Parallelgesellschaft gedrängt. Es wurde gar suggeriert, dass sie selbst schuld an ihrer Ermordung seien. Darüber hinaus wurden sie durch die Verwendung des Begriffs ‚Dönermorde‘ entmenschlicht und diskriminiert. Die Diskriminierung und Kriminalisierung von Opfern ist ein in solchen Zusammenhängen mehrfach beobachtetes Phänomen. So betonen Kretschmer und Jäger (1996, S. 813 ff.), dass beispielsweise beim Brand in einer Lübecker Unterkunft für Asylsuchende im Jahr 1996 ebenfalls eine Täter-Opfer-Umkehr, bzw. eine Kriminalisierung der Opfer stattgefunden hat. Ähnliches konstatiert Althoff (1998, S. 171 f.) mit Blick auf den Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Bei ihrer Medienanalyse zum Ereignis hat sie ausgemacht, dass die Opfer teilweise für die Angriffe mit verantwortlich gemacht wurden und an einigen Stellen in einen Kontext der Drogenkriminalität ge-

rückt wurden. Vor diesem Hintergrund ist zu beachten, dass im Zuge der in der vorliegenden Arbeit untersuchten Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen ein Spätaussiedler in der *BILD* explizit als Deutscher verhandelt wurde und in der Folge in seiner Individualität näher beschrieben wurde. Gleichzeitig zeigen die empirischen Ergebnisse, dass es während der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden für die untersuchten Zeitungen sehr wichtig gewesen zu sein scheint, die Ethnizität der Opfer hervorzuheben. Somit legt die Analyse der Ergebnisse den Eindruck einer Debatte über Ethnizität nahe, innerhalb derer festgelegt wird, welche Opfer aufgrund ihrer Abstammung nur bedingt beachtet, bzw. tendenziell unpersönlich besprochen werden. ‚Deutsch‘ ist hierbei nicht gleich ‚deutsch‘. Die konkrete Existenz solcher Debatten um Ethnizität konnte im Stand der Forschung nicht ausgemacht werden. Hier war eher von Diskussionen über ‚Ausländer/-innen‘ die Rede, nicht jedoch beispielsweise über Menschen mit deutscher Nationalität und gleichzeitigem Migrationshintergrund.

Mit Blick auf die Berichterstattung vor dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen bemerkt Schmidt (2003, S. 203), dass eine Kluft zwischen den Asylsuchenden und vermeintlich ‚deutschen Werten‘ medial konstruiert wurde. Siri (2013, S. 196 ff.) schreibt darüber hinaus zur Berichterstattung vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘, dass der migrantische Hintergrund der Opfer ein wichtiger Bestandteil der Berichterstattung gewesen zu sein scheint, was in dieser Arbeit bestätigt werden konnte. Zudem beschreibt Siri (2013, S. 196 ff.) darüber hinaus, dass Personen mit deutschen Nachnamen für die Öffentlichkeit vermutlich betrauernswerter gewesen wären, als die vom ‚NSU‘ ermordeten Menschen mit Migrationshintergrund. Die mediale Behandlung der ‚NSU‘-Opfer vor dem Bekanntwerden von Böhnhardts, Mundlos‘ und Zschäpes mutmaßlicher Täterschaft ist, so legen es die empirischen Befunde der vorliegenden Arbeit nahe, keine zwangsläufige Konsequenz aus dem vorherigen Umgang mit Opfern rechtsextremer Verbrechen, scheint aber durchaus in einer Kontinuitätslinie mit jenen Darstellungen zu stehen, innerhalb derer Opfer mit Migrationshintergrund weniger empathisch beschrieben werden als solche ohne Migrationshintergrund. Diese Beobachtung deckt sich teilweise mit den Ausführungen von Thomas, Grittman und Virchow (2015, S. 144), denen zufolge in der unmittelbaren Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden nur sehr vereinzelt Empathie für die Ermordeten in der deutschen Medienlandschaft zu beobachten war. Festzuhalten bleibt, dass die von Siri (2014, S. 135) und Assmann (2016, S. 134 ff.) in Kapitel 2.3.5 beschriebene Beobachtung, dass Menschen mit Migrationshintergrund aus der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen und als weniger betrauernswert angesehen werden durch die vorliegende Analyse bekräftigt werden konnte.

Hinsichtlich der Darstellung der mutmaßlichen Täter/-innen ist ebenfalls ein Bruch zu beobachten. So zeigt die Analyse, dass die bis heute nicht vollständig geklärte Täterschaft Gundolf Köhlers im Zuge des Oktoberfestattentats von der *FAZ* und *BILD* als gesichert präsentiert wurde, während sich die *ZEIT* dieser Lesart sowie Köhlers Darstellung als unsympathisch und der pathologisierenden Verhandlung seiner Person entgegenstellte. Eine pathologisierende Darstellung rechtsextremer Täter/-innen scheint in der Berichterstattung zu entsprechenden Verbrechen nicht ungewöhnlich zu sein. So bemerkt auch Vinke (1981, S. 37), dass Köhler in einigen Zeitungen „des Springer-Konzerns“ aus seinem rechtsextremen Hintergrund externalisiert und als geistesgestörter Einzeltäter verhandelt wurde. Hanisch (2011, S. 33) sowie Jäger und Jadtschenko (2011, S. 55) haben darüber hinaus hinsichtlich der Berichterstattung zu den terroristischen Morden Anders Breiviks in Norwegen herausgearbeitet, dass dieser, sobald klar war, dass es sich bei ihm um keinen islamistischen Attentäter handelte, von vielen Zeitungen als verrückter Einzeltäter und außerhalb der ‚gesunden‘ Gesellschaft stehend beschrieben wurde.

Auch die Täter/-innen von Rostock-Lichtenhagen wurden, wie in der vorliegenden Arbeit analysiert, als unsympathisch und außerhalb der Gesellschaft stehend beschrieben. Hierbei wurden sie vor allem als Kollektiv, nicht als einzelne Individuen verhandelt. Zwar wurden einzelne Täter/-innen knapp beschrieben, es wurden aber keine weiteren spezifischen Informationen über diese veröffentlicht, wie es bspw. bei Gundolf Köhler der Fall war. Auch fanden die Täter/-innen per se nur wenig Beachtung und wurden in lediglich zwei Artikeln diskutiert. Dies ähnelt den Beobachtungen, die Schellenberg (2016, S. 313 f.) bezüglich der medialen Aufarbeitung der Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund in Mügeln 2007 beschreibt. Ihr zufolge wurden die Täter/-innen entindividualisiert und kollektiv als „Horde“ oder „Meute“ verhandelt, ohne dass näher auf die Täter/-innen hinter dem Kollektiv eingegangen wurde.

Die erste Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden stellt eine Besonderheit dar, da hier im Gegensatz zu den anderen Ereignissen ein Nicht-Wissen hinsichtlich der Täterschaft vorgeherrscht hat, ein Vergleich also schwierig ist. Dennoch soll nicht verschwiegen werden, dass die *FAZ* sich vor allem auf die nüchterne Darstellung von Zeug(inn)enaussagen konzentrierte, während die *BILD*, wie in Kapitel 4.1 herausgearbeitet, an mehreren Stellen Nicht-Wissen als Wissen markierte und die Täterschaft in Richtung organisierte (türkische) Kriminalität rückte, sodass die Opfer an dieser Stelle durch ihre vermeintlichen Verbindungen zu derselben kriminalisiert wurden.

Im Zuge der Berichterstattung nach dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ konnte schließlich ein auffälliger Kontinuitätsbruch in der Berichterstattung beobachtet werden. Hier wurden die mutmaßlichen Täter/-innen unvergleichlich aufwendiger und ausführlicher diskutiert als nach dem Oktoberfestattentat und Rostock-Lichtenhagen. Es wurde vielfach auf Beate Zschäpes ungesicherte Rolle innerhalb des ‚NSU‘ eingegangen und über das Leben Böhnhardts, Mundlos‘ und Zschäpes im Untergrund berichtet. Hinzu kommt ein *BILD*-Kommentar, der sich entschieden gegen eine Pathologisierung der mutmaßlichen Täter/-innen richtete, was innerhalb des in dieser Arbeit untersuchten Materials ein Novum bedeutet und nicht Kretschmers und Jägers (1996, S. 812) Beobachtungen, dass Medien dazu tendieren den Rechtsextremismus aus der Gesellschaft zu auszugrenzen, entspricht.

Hinsichtlich der Einschätzung des Rechtsextremismus als gefährlich ist eine gewisse Kontinuität zu beobachten, die jedoch auch an spezifischen Stellen durch Brüche gekennzeichnet ist. Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat wurde der Rechtsextremismus als bislang möglicherweise unterschätzt, jedoch in einer langjährigen Traditionslinie stehend, die gesamte Gesellschaft bedrohend und international institutionalisiert verstanden. Im Zuge der medialen Aufarbeitung von Rostock-Lichtenhagen wurde er zwar auch als gefährlich verhandelt, wie herausgearbeitet werden konnte jedoch mit einem unvergleichlich geringeren Begründungsportfolio. Es wurde weder auf Traditionen noch auf internationale Institutionalisierungen eingegangen. Insgesamt wurden nur wenig kritische Hintergrundinformationen geliefert und lediglich konstatiert, der Rechtsextremismus richte sich gegen die gesamte Gesellschaft. In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden schließlich wurde die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, nur sehr oberflächlich diskutiert. Zwar wurden die Muster der Traditionslinie und der teils internationalen Institutionalisierung bedient, dies geschah jedoch in einem, vor allem im Vergleich zu der Masse der Berichte hinsichtlich der ‚NSU‘-Aufarbeitung, sehr kleinem Umfang. Dennoch spricht die Analyse nicht dafür, dass der Rechtsextremismus nicht ernst genommen wurde, da, so legen es die in Kapitel 4.2 getätigten Beobachtungen nahe, der ‚NSU‘ stets als Zeugnis seiner potenziellen Gefährlichkeit ins Feld geführt wurde.

Das herausgearbeitete Muster der vereinfachenden Darstellung des Rechtsextremismus ist mehrfach zu beobachten. So wurden Rechtsextremist(inn)en bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat als unintelligente Verlierer/-innen verhandelt und ein eher historisiertes Verständnis des Rechtsextremismus ins Feld geführt. Darüber hinaus wurde er als nicht politisches Problem angesehen. Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen wurde der Intellekt von Rechtsextremist(inn)en erneut infrage gestellt. Als neuer Aspekt konnte im Material eine Ausgrenzung von Rechtsextremis-

mist(inn)en durch ihre vermeintliche Optik aus der Gesamtgesellschaft beobachtet werden. Diese klischeehafte Darstellung wurde auch von Schafraad, Scheepers und Wester (2008, S. 377) in ihrer Untersuchung der medialen Aufarbeitung von Verbrechen mit rechtsextremen Hintergrund zwischen 1987 und 2004 aufgezeigt. Ihnen zufolge wird der Rechtsextremismus darüber hinaus häufig als böser Geist der Vergangenheit und als „undemokratischer Außenseiter“ angesehen.

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden schließlich konnte ein deutlicher Anstieg vereinfachender Darstellungen des Rechtsextremismus nachgewiesen werden, wobei aber auch beachtet werden muss, dass es hier allgemein mehr Artikel gab als beim Oktoberfestattentat und Rostock-Lichtenhagen. Vor allem, so die Beobachtung, wurde der Rechtsextremismus auf Gewalttätigkeit verkürzt und in einigen Berichten eine Traditionslinie negiert, indem der Rechtsterrorismus als etwas genuin Neues dargestellt wurde; auch der Organisationsgrad einiger rechter Vereinigungen, wie bspw. des ‚THS‘, wurde verkürzt dargestellt. Hinzu kommt die bereits bei Rostock-Lichtenhagen beobachtete Abgrenzung durch eine vermeintliche typische neonazistische Optik und eine Ausgrenzung aus der ‚gesunden‘ Gesellschaft durch Pathologisierung. Hierbei sei angemerkt, dass nicht nur Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe als mutmaßliche Täter/-innen, sondern Neonazis allgemein als außerhalb der Gesellschaft stehend verhandelt werden.

Im Gegensatz zur vereinfachenden, ist das Muster der verharmlosenden Darstellung in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden nicht beobachtbar. Bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat wurde der Rechtsextremismus an mehreren Stellen nicht ernst genommen und eher als eine Art Hobby belächelt. Auch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen wurde dieser entpolitisiert und teilweise eine Täter(innen)-Opfer-Umkehr betrieben. Das Muster der verharmlosenden Darstellung des Rechtsextremismus ist sehr inkonsistent und in nur einen kleinen Teil des Materials auszumachen. Dennoch ist es existent. Schmidt (2002, S. 206) beschreibt, dass einige Medien das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen weniger als rechtsextrem motivierte Gewalttat, sondern eher als eine Art harmlosen Streich verhandelt haben. Auch Vinke (1981, S. 109) merkte bereits 1981 an, dass die Verharmlosung des Rechtsextremismus eine durchaus konsistente Tradition in Deutschland habe.

Als nächster Schritt wurden im Material ausgemachte Bezüge auf die DDR, den Linksextremismus und den Islamismus analysiert. Der Verweis auf die DDR ist sowohl beim Oktoberfestattentat und Rostock-Lichtenhagen als auch in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden zu beobachten. Hinsichtlich des Oktoberfestattentats förderten die *FAZ* und *BILD* die These, dass

der oder die Attentäter/-innen von DDR-Agent(inn)en unterstützt worden seien. Die *ZEIT* widersprach dieser Darstellung, die von Franz Joseph Strauß und seinem Innenminister Gerold Tandler ins Feld geführt worden war, sodass hier kein homogenes, aber ein von redaktionellen Linien geprägtes Vorgehen nachweisbar ist, wie in Kapitel 4.7 aufgezeigt wurde. Darüber hinaus äußerte die *FAZ* die Meinung, Ostdeutsche bzw. (ehemalige) DDR-Bürger/-innen seien anfälliger für rechtsextrem geprägte Weltbilder als ihre westdeutschen Nachbar(inne)n.

Auch bei der Diskussion von Rostock-Lichtenhagen rückte die ehemalige DDR in den Fokus. Hier war es die *ZEIT*, die auf die Sozialisation der Menschen in der DDR verwies, die aufgrund ihrer Prägung durch Obrigkeitssdenken und Abschottung – laut der Zeitung – zu der weit verbreiteten rechtsextremen Einstellung vieler Menschen mit beigetragen habe. Außerdem suggerierten die *FAZ* und *BILD* auch an dieser Stelle eine Agent(inn)entheorie die besagte, dass ehemalige Stasi-Mitarbeiter/-innen die Gewalt organisiert und angeleitet hätten, um dem wiedervereinigten Deutschland zu schaden. Das Muster ähnelt sich demnach während des Oktoberfestattentats und Rostock-Lichtenhagen. Es sollte hinsichtlich der Verweisen auf die DDR, aber auch auf den Linksextremismus noch darauf hingewiesen werden, dass Welzer, Moller und Tschuggnall, wie in Kapitel 2.3.4 dargestellt, in ihren Interviews mit Familien beobachtet haben, dass die Beschreibung des ‚Dritten Reichs‘ in der Regel nicht ohne Verweise auf die DDR stattfindet, so dass hier eine Überschneidung des medialen Diskurses mit individuellen Formen des Erinnerns erkannt werden kann.

In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist diesbezüglich eine Variation zu beobachten. Zwar wurden auch hier frühere DDR-Strukturen und die Sozialisation der DDR-Bürger/-innen für die rechtsextreme Gesinnung einiger Ostdeutscher verantwortlich gemacht. Unterschiede zeigen sich jedoch darin, dass auch auf Probleme nach der Wiedervereinigung eingegangen wurde, genauer gesagt auf ein Machtvakuum, das nach dem Ende der DDR entstanden sei und die Menschen in Ostdeutschland in einem Gefühl der Rechtlosigkeit hinterlassen habe. Dass sowohl die *FAZ* als auch die *ZEIT* der weit verbreiteten These widersprachen, der Neonazismus sei vor allem ein ostdeutsches Problem, soll an dieser Stelle betont werden. Dies kann im Kontext der in dieser Studie untersuchten Artikel als ein Novum angesehen werden. Die Tendenz, den Rechtsextremismus als etwas explizit Ostdeutsches zu verhandeln, wurde auch in anderen Arbeiten analysiert. So konstatieren Siegfried und Margarete Jäger (1993, S. 206), dass Ostdeutschland häufig als eine Art Sündenbock herangezogen werde um rechtsextreme Phänomene vermeintlich zu erklären. Auch Schellenberg (2016, S. 317) hat in ihrer Untersuchung zu den Gewalttaten von Mügeln beobachtet,

dass eine Tendenz, Rassismus und Rechtsextremismus als Problem des Ostens darzustellen nachweisbar ist.

Kontinuitätsbrüche sind auch bei den Verweisen auf den Linksextremismus zu beobachten. So wurde er im Zuge des Oktoberfestattentats pauschal als ideologischer, organisierter und gefährlicher als der Rechtsextremismus verhandelt. Darüber hinaus wurde der Linksextremismus politisiert, während der Rechtsextremismus tendenziell als eher unpolitisch dargestellt wurde. Solch eine Darstellung ist in einem Fall auch noch bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen beobachtbar. Jedoch konnte im Kontext dieses Ereignisses in einem *BILD*-Artikel beobachtet werden, dass der Rechtsextremismus als die größere Gefahr verhandelt wurde. Ein breiteres Umdenken, zumindest im Kontext rechtsextremer Verbrechen, scheint jedoch erst mit der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden begonnen zu haben. Hier ist kein einziger Verweis zu finden, der den Linksextremismus als gefährlicher als den Rechtsextremismus bezeichnen würde, im Gegenteil, der Rechtsextremismus wurde hier als gefährlicher angesehen. Es wurden zwar Vergleiche zwischen der zu diesem Zeitpunkt aufgelösten RAF und dem ‚NSU‘ gezogen, diese schienen aber eher dem Zweck zu dienen, die Gefährlichkeit des ‚NSU‘ zu unterstreichen. Vergleiche zwischen dem ‚NSU‘, bzw. dem Rechtsextremismus und zu diesem Zeitpunkt existierenden linken Gruppierungen, bzw. dem Linksextremismus sind nicht zu beobachten. Darüber hinaus kritisierte die *ZEIT* in mehreren Artikeln die populären Vergleiche zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus. Die Beobachtungen Vinkes (1981, S. 37 ff.), der für die Zeit des Oktoberfestattentats einen deutlich stärkeren medialen Fokus auf den Linksextremismus als auf den Rechtsextremismus ausmacht, bestätigt sich also für eben jene Zeit. Die Blickweise auf den Rechtsextremismus hat sich aber, so legen es die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit nahe, im Laufe der Zeit dahingehend verändert, ihn als vom linken politischen Spektrum unabhängig funktionierende Logik zu verstehen.

Mit der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden kam ein zusätzliches Vergleichsmuster hinzu, nämlich der Verweis auf den Islamismus. In diesem Kontext wurden von der *ZEIT* Vergleiche zwischen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus vorgenommen, im Zuge derer alle drei Strömungen als gleichwertig gefährlich bezeichnet wurden. Ansonsten kritisierte die *FAZ* eine zu starke Fokussierung der Behörden auf den Islamismus und suggerierte, dass dies die ‚NSU‘-Morde begünstigt habe; sie bezeichnete den Rechtsextremismus als die deutlich größere Gefahr verglichen mit dem Islamismus. Somit sind in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden im Gegensatz zum Oktoberfestattentat und Rostock-Lichtenhagen ins-

gesamt nur bedingt relativierende Vergleiche mit DDR, Linksextremismus und Islamismus zu beobachten.

Als nächster Punkt wurden Verweise auf das ‚Dritte Reich‘ untersucht. Diese sind ebenfalls einem Wandel unterworfen. Zu beachten ist, dass solche Bezüge ausschließlich in der *BILD* zu beobachten sind. So konnten im Zuge der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat vor allem auf Vergleiche Karl-Heinz Hoffmanns mit Adolf Hitler und der ‚WSG Hoffmann‘ mit der SS beobachtet werden. Darüber hinaus wurde in diesem Zusammenhang häufig das Wort „Machtergreifung“ genutzt, das einen Vergleich mit dem ‚Dritten Reich‘ markiert. Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen wurden die Verweise weniger, dafür aber expliziter, wie in Kapitel 4.4 nachgewiesen werden konnte. In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden ist schließlich nur noch ein Verweis zu finden, der jedoch konkreter kaum sein konnte. So konstatiert die *BILD*, das ‚Dritte Reich‘ müsse als Mahnung verstanden werden, sich heute rechtsextremen Trieben entgegenzustellen, damit die Geschichte keine Möglichkeit habe, sich zu wiederholen. Somit ist im Laufe der Zeit ein Wandel weg von eher abstrakten Vergleichen mit dem ‚Dritten Reich‘ hin zu einem konkreten moralischen Verantwortungsbewusstsein und Handlungsaufforderungen zu beobachten. Die Untersuchung der Ebene der Vergleiche mit dem ‚Dritten Reich‘ stellt, dem Wissen des Autors der vorliegenden Arbeit zufolge, ein Novum in der bisherigen Forschung dar.

Die mediale Bezugnahme auf die NPD schwankte während der verschiedenen Ereignisse. Im Zuge des Oktoberfestattentats wurde sie von der *FAZ* als schwach und wenn überhaupt höchstens moralisch mitverantwortlich für die Gewalt bezeichnet. Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen ist kein einziger Verweis auf die Partei zu finden, während in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden vor allem sehr ausführlich das Für und Wider eines möglichen NPD-Verbotsverfahrens diskutiert wurde. Hintergrund hierfür sind teils tatsächliche, teils medial stark konstruierte Verflechtungen zwischen NPD-Mitgliedern und dem ‚NSU‘, die von allen drei Zeitungen sehr ausführlich diskutiert werden. Es bleibt also festzuhalten, dass die NPD sowohl qualitativ als auch quantitativ in einen viel stärkeren Fokus der Berichterstattung geraten ist, als dies noch beim Oktoberfestattentat und bei Rostock-Lichtenhagen der Fall war. Die Bezugnahme auf die NPD bei medialen Analysen konnte in anderen Forschungen, die für die vorliegende Arbeit herangezogen wurden nicht beobachtet werden.

Die Diskussion der gesellschaftlichen Verhältnisse zeigt sich konstant über den Erhebungszeitraum hinweg in allen Medien. Sowohl beim Oktoberfestattentat als auch bei Rostock-Lichtenhagen und

der Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morde wurden politische und nicht selten rassistische Einstellungs- muster eines Teils der Gesellschaft mit dafür verantwortlich gemacht, dass die Täter/-innen ihre Taten schlussendlich begingen. Ähnliche Beobachtungen haben auch Jäger und Jäger (1993, S. 52) gemacht, die einem Großteil der Deutschen eine „Verstrickung“ in rassistische Diskurse attestieren, auch wenn dies nicht zwangsläufig bedeutet, dass all diese Personen auch Rassist(inn)en sein müssen. Wie diese gesellschaftlichen Blickweisen medial verhandelt wurden, wurde jedoch von ihnen nicht untersucht.

Auch bei Diskussion der Auswirkungen der Taten auf Deutschland konnten Kontinuitäten und Brüche nachgewiesen werden. Die Sorge um eine Gefährdung des demokratischen Staatswesens wurde bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat, zu Rostock-Lichtenhagen und bei der medialen Aufarbeitung der ‚NSU‘-Morde genannt. Hinzu kam die Sorge um einen Ansehensverlust im Ausland, die hinsichtlich des Oktoberfestattentats gering ausgeprägt war, wohingegen diese Befürchtung eine dominante Stellung in der *BILD* bei der Verhandlung von Rostock-Lichtenhagen hatte. In der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden wurde dieses Muster kaum noch bedient. Es wurden lediglich Stanislaw Tillich und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich zitiert. Somit scheint die Sorge um einen Ansehensverlust im Ausland, so die Interpretation, im Vergleich zu Rostock-Lichtenhagen deutlich abgenommen zu haben.¹⁰³⁴ Auch diese Ebene konnte vom Verfasser der vorliegenden Arbeit nicht in anderen Werken ausgemacht werden.

In der Diskussion der Rolle der Politik ist ebenfalls ein Wandel zu beobachten. Unter dem Eindruck des Bundestagswahlkampfs konzentrierte sich die Berichterstattung während des Oktoberfestattentats vor allem auf die beiden Kanzlerkandidaten Franz Joseph Strauß und Helmut Schmidt. Hierbei wurden beide von der *BILD* interviewt, die hier vorgetragenen Vorwürfe wurden von allen drei untersuchten Zeitungen aufgenommen. Zu beobachten ist, dass alle drei Zeitungen ihren politischen Leitlinien folgten, wie Kapitel 4.7 zu entnehmen ist. Gemeinsam ist aber allen drei Pressezeugnissen, dass sie kaum selbst Kritik formulierten. Bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen änderte sich dies. Hier machten die *ZEIT* und *FAZ* die mutmaßlich mangelnde Handlungsbereitschaft der Politik für die Eskalation der Gewalt mitverantwortlich. Die *BILD* beschränkte sich dabei nicht auf Diagnosen, sondern veröffentlichte scharfe Angriffe auf die Politik und forderte diese zum Handeln auf. Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die *BILD* eine Trennung zwischen Politik und

¹⁰³⁴ Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die Zitierten als opportune Zeugen ins Feld geführt wurden.

Volk konstruierte, indem sie Politikern und Politikerinnen unterstellte, nicht im Interesse der Wähler/-innen zu handeln und nur an ihr eigenes Wohl zu denken.

Eine Variation dieser Entfremdungskonstruktion seitens der *BILD* konnte auch in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden nachgewiesen werden. Hier wurde nicht mehr nur einzelnen Politikern und Politikerinnen, sondern der gesamten Politik Unfähigkeit und Faulheit unterstellt, ohne Platz für Differenzierungen zu lassen. Auch die *ZEIT* übte Kritik, äußerte diese jedoch spezifischer und konzentrierte sich im Zuge ihrer politischen Grundausrichtung vor allem auf die Unionsparteien als Mitschuldige. Im Laufe der Zeit ist insgesamt vor allem in der *BILD* also eine deutliche Verrohung im Umgang mit der Politik zu erkennen. Stand das Oktoberfestattentat im Kontext eines hart geführten Wahlkampfes, so überwog hinsichtlich der Anschläge von Rostock-Lichtenhagen und der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden, wie in Kapitel 4.7. herausgearbeitet, eine dramatisierende und emotionalisierende Darstellung in der *BILD*, während solch ein Vorgehen in *ZEIT* und *FAZ* nicht nachweisbar ist. Die hier getätigte Analyse der medialen Bewertung der Politik im Kontext rechtsextremer Verbrechen über einen längeren historischen Zeitraum hinweg ist bislang ebenso wenig wissenschaftlich erfolgt, wie die nun folgende Beschreibung der Analyse der Bewertung des behördlichen Vorgehens.

Die Ebene der Behördenkritik konnte im Zuge des Oktoberfestattentats nicht beobachtet werden. Bei Rostock-Lichtenhagen hingegen wurden Polizei und Verwaltung Versagen unterstellt. Hierbei ging es vor allem um institutionelle, nicht um personelle Probleme, wie Kapitel 4.8 entnommen werden kann. Bevor die erste Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden besprochen wird, soll zunächst die mediale Reaktion nach dem Bekanntwerden der Terrorgruppierung bedacht werden. Hier wurde den Behörden, allen voran den Geheimdiensten, Versagen und Unfähigkeit auf institutioneller und individueller Ebene vorgeworfen. Auch das föderale System wurde seitens der untersuchten Medien in Zweifel gezogen, und sich Gedanken über eine Reformation der Geheimdienste gemacht. Darüber hinaus ist ein deutliches Misstrauen gegenüber den Geheimdiensten zu erkennen, das durch die Vernichtung von Akten zum ‚NSU‘ und der ungeklärten Rolle des Verfassungsschützers Andreas T. beim Mord an Halit Yozgat genährt wurde.

Eben dieses Misstrauen scheint in der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden noch nicht vorgeherrscht zu haben. So wurde die Person Andreas T. bereits hier thematisiert und nach der Rolle dieses Tatverdächtigen gefragt. Dies zog sich aber nur über zwei Tage hin, bevor seine Anwesenheit an einem Tatort zum Zeitpunkt des Mordes bis zum Bekanntwerden des ‚NSU‘

kein einziges Mal mehr thematisiert wurde. Auch die allgemeine Bewertung der Behörden unterscheidet sich vor dem Bekanntwerden des ‚NSU‘ stark von der Berichterstattung danach und den Berichten zu Rostock-Lichtenhagen. So wurden die Behörden in den Artikeln in der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden an keiner Stelle kritisiert, ganz im Gegenteil, sie wurden in Schutz genommen. Die *FAZ* und *BILD* bescheinigten den Ermittlern und Ermittlerinnen eine untadelige und engagierte Arbeitsweise, es sei ausschließlich der Komplexität des Falles geschuldet, dass die Täter/-innen noch nicht gefasst werden konnten. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststand, wie falsch die Behörden mit ihren Ermittlungsansätzen lagen, entsteht doch der Eindruck, dass es für die Medien im direkten Kontext der Morde keinen Grund gab, diese zu kritisieren. Erklärungsansätze hierfür können nur im spekulativen Bereich liegen, jedoch zeigt die Analyse, dass in dem Moment mit der Kritik begonnen wurde, in dem bekannt wurde, dass die Ermordeten Opfer von Neonazis waren. Zuvor gab es keine Motivation, das Behördenvorgehen kritisch zu hinterfragen, was auch mit der bereits angesprochenen Kriminalisierung der Opfer zusammenhängen könnte.

Bei der Herausarbeitung der Kontinuitäten und Kontinuitätsbrüchen in der medialen Berichterstattung konnte beobachtet werden, dass diese teilweise von historischen Gegebenheiten geprägt waren. Hinsichtlich des Oktoberfestattentats, der Anschläge von Rostock-Lichtenhagen und der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden konnte ein Einfluss der erinnerungsgeschichtlichen Aufarbeitung des ‚Dritten Reichs‘ nachgewiesen werden, sodass hier vor allem jeweils die von Assmann (1999, S. 143 ff.) herausgearbeiteten und in Kapitel 2.3.3 näher beschriebenen Besonderheiten der „Phase der Vergangenheitspolitik“, der „Phase der Kritik der Vergangenheitsbewältigung“ und der „Phase der Erinnerung“ zum Tragen kamen. Aspekte wie der Historikerstreit und die Ausstrahlung der Fernsehserie *HOLOCAUST*, die als Ausdruck der jeweiligen Erinnerungsphase verstanden werden können, haben laut Jensen (2009, S. 73 ff.), Lübbe (1989, S. 349), Paul (2010, S. 15) und Schmid (2010, S. 190 f.) Einfluss auf die Gesellschaft, und somit wohl auch einen gewissen Einfluss auf die in dieser Arbeit untersuchte mediale Berichterstattung gehabt. Außerdem konnten in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden erste Aspekte einer sich wandelnden Erinnerungsgeschichte vor dem Hintergrund des von Assmann (2015, S. 123 ff.) betonten Erinnerers in einer multikulturellen Gesellschaft beobachtet werden. Möglicherweise ist dies der Beginn

einer neuen Basiserzählung,¹⁰³⁵ wie sie von Herz (1997, S. 252) und Schwab-Trapp (1996, S. 37) bezeichnet wird.

Auch konnte dargestellt werden, dass die Einstellungsmuster eines großen Teils der Bevölkerung, die durch Umfragen des IfD Allensbach verdeutlicht worden sind, der medialen Bewertung der Taten ähneln. Dies zeigt sich u.a. in der Wahrnehmung des Rechtsextremismus als Gefahr, aber auch im teilweisen Misstrauen gegenüber der Politik und Behörden (Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 193; Noelle-Neumann/Köcher 1993, S. 537 ff.). Zusätzlich fällt auf, dass im Zeitraum der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden viele der Befragten der Meinung waren, dass Menschen mit Migrationshintergrund Konflikte aus ihrer Heimat mit nach Deutschland brächten, häufig in Parallelgesellschaften lebten und überdurchschnittlich oft in die Drogenkriminalität verwickelt seien (Noelle-Neumann/Köcher 2002, S. 571). Somit lässt sich festhalten, dass die durch Polizei und Medien getätigten Verhandlung der Opfer als mutmaßliche Kriminelle, die in der vorliegenden Arbeit analysiert wurde, klischeebehafteten Vorurteilen entspricht, die von vielen Befragten geteilt wurden und somit einen Teil der gesellschaftlichen Meinung ausmachten.

Doch auch unmittelbare historische Ereignisse nahmen mit großer Wahrscheinlichkeit Einfluss auf die Berichterstattung. So konnte bei der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat ein teilweise stark ausgeprägtes Misstrauen gegenüber der DDR analysiert werden, das sich durch die Entwicklungen im Kalten Krieg, in diesem Fall dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, noch einmal verschärft hatte (Marcinowski 2013, S. 92 ff.). Hierbei ist auch der von Assmann (1999, S. 141) beschriebene Antikommunismus, der vor allem in der Gründungsphase der Bundesrepublik prägend für die Sozialisation vieler Menschen war, zu beachten. Darüber hinaus wurde die Berichterstattung durch den Bundestagswahlkampf 1980 beeinflusst. In diesem Zusammenhang kann auch die beobachtete fast vollständige Ausblendung der NPD erklärt werden, die zu diesem Zeitpunkt eher schwache Wahlergebnisse vorzuweisen hatte.¹⁰³⁶ Einen Einfluss auf die Berichterstattung haben vermutlich auch die Aktivitäten der RAF gehabt, sodass die Wahrnehmung des Rechtsterrorismus zu diesem Zeitpunkt, wie die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit nahelegen, noch stark im Zusammenhang mit dem Linksterrorismus stand. Diese Perzeption änderte sich mit der zunehmenden Inaktivität der RAF im Zeitraum um Rostock-Lichtenhagen, während die zweite Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden, vermutlich nur noch bedingt durch die Taten der RAF beeinflusst

¹⁰³⁵ Siehe Kapitel 2.3.2.

¹⁰³⁶ URL: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/1980-10-05-BT-DE/>, zuletzt eingesehen am 24.04.2017, 11:14.

war. Somit könnte der analysierte Rückgang der Verweise auf den Linksextremismus erklärt werden.

Hinsichtlich Rostock-Lichtenhagen haben die Erfahrungen des schwierigen Wiedervereinigungsprozesses Deutschlands, der laut Winkler (2000, S. 575 ff.) von anderen Ländern teilweise sehr kritisch beäugt wurde, wohl dazu beigetragen, dass in der *BILD* eine große Sorge um einen Ansehensverlust im Ausland nachgewiesen werden konnte. Gleichzeitig wurde die ehemalige DDR Assmann (2016, S. 110 ff.) und Frei (2009a, S. 8 f.) zufolge bereits unmittelbar nach ihrem Niedergang als Unrechtsstaat verhandelt, was die Berichterstattung hinsichtlich möglicher DDR-Verknüpfungen möglicherweise mitprägte. Die zweite Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden schließlich, so legt die Analyse nahe, war in einem nicht zu unterschätzenden Maß geprägt von der als historisches Ereignis einzustufenden und von Meier (2015a, S. 34; 2015b, S. 109 ff.) beschriebenen Debatte um ein NPD-Verbotsverfahren, sodass die Partei hier im Vergleich zu den Berichten zum Oktoberfestattentat und Rostock-Lichtenhagen eine unvergleichlich höhere Aufmerksamkeit erfuhr.

Des Weiteren konnten auch der Einfluss kommunikationswissenschaftlicher Beobachtungen bestätigt werden. So konnte aufgezeigt werden, dass während der Berichterstattung zum Oktoberfestattentat bereits eine gewisse Tendenz zur Personalisierung von Nachrichten vonstattenging, die sich bei der Berichterstattung zu Rostock-Lichtenhagen weiterentwickelte und sich in der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden noch einmal intensivierte. Dies entspricht den Beobachtungen von Karidi (2017, S. 181), Meyen (2015, S. 34) sowie Weischenberg, Malik und Scholl (2016, S. 17), die der medialen Berichterstattung mit fortschreitender Zeit einen sich verstärkenden Trend zur Personalisierung von Nachrichten zuschreiben, was eine stärkere Fokussierung auf die Menschen hinter den Nachrichten bedeutet. Im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU‘-Morden konnte in der *BILD* zusätzlich eine in anderen Kontexten auch von Imhof (2006, S. 203), Karidi (2017, S. 188) und Meyen (2015, S. 33 f.) beobachtete gesteigerte Emotionalisierung und Dramatisierung der Berichterstattung beobachtet werden. Gerade bei der vom Wahlkampf geprägten Berichterstattung zum Oktoberfestattentat ist darüber hinaus im Material die von Maurer und Reinemann (2006, S. 129) beschriebene redaktionelle Linie der jeweiligen Zeitungen stark durch die Bevorzugung entweder Franz Joseph Strauß' oder Helmut Schmidts nachweisbar. Bei allen untersuchten Ereignissen konnte zudem bestätigt werden, dass die Qualität von Berichterstattung unter der, wie Pöttker (2014, S. 24) es nennt, „Hyperkomplexität“ von Themen leiden kann. Auch konnte die von Butterwegge (2003, S. 402) angesprochene häufige „Tendenz zur Simplifizierung“ von Berichten zum Rechtsextremismus an mehreren Stellen aufgetaucht. Des

Weiteren konnte in mehreren Berichten belegt werden, dass, wie Kretschmer und Jäger (1996, S. 812) es erörtert haben, der Rechtsextremismus in medialen Diskursen häufig aus der breiten Gesellschaft externalisiert wird. Im Zuge der zweiten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU'-Morden ist hingegen ein vereinzelter Ausbruch aus diesen Ausgrenzungstendenzen festzustellen. In der ersten Phase der Berichterstattung zu den ‚NSU'-Morden konnten darüber hinaus Beobachtungen geteilt werden, die besagen, dass die Medien häufig blind gegenüber institutionellem Rassismus seien (Kretschmer/Jäger 1996, S. 805), Minderheiten (un-)intentionell diskriminieren (van Dijk 1993, S. 85) und im Zuge ihrer Personalpolitik nur über wenig Hintergrundwissen bezüglich des Lebens von Migrant(inn)en in Deutschland verfügen würden (Oulios 2009, S. 127).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Berichterstattung zu Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund von Kontinuitätslinien, aber auch von Kontinuitätsbrüchen durchzogen ist. Diese (Dis-)Kontinuitäten, so legt es die Analyse nahe, sind aber selten zufällig. Vielmehr scheinen sie stets Ausdruck historischer Gegebenheiten und erinnerungsgeschichtlicher Spezifika zu sein. Auch spielen sich wandelnde Entwicklungslinien innerhalb der journalistischen Logik insgesamt eine Rolle. Es hat sich darüber hinaus gezeigt, dass die Verhandlung der ‚NSU'-Opfer in der ersten Phase der Berichterstattung zu den Morden keine zwangsläufig zufällige Einzigartigkeit darstellt. Zwar konnte eine derartige Kriminalisierung von Opfern bei keinem anderen der untersuchten Ereignisse nachgewiesen, aber jeweils auch nur sehr eingeschränkte mediale Empathie für Menschen mit Migrationshintergrund beobachtet werden – im Gegensatz zu Opfern mit deutschen Wurzeln. Somit ist die mediale Darstellung der ‚NSU'-Opfer vor dem Bekanntwerden der Terrorgruppierung zwar in seiner Qualität nicht vergleichbar, aber trotzdem Konsequenz einer Kontinuität, die einen, teils vorurteilsbehafteten, Diskurs mit Bezug auf die Ethnizität von Opfern über ihre Integrität und Betrauerwürdigkeit stellt. Erkenntnisse wie dieses lassen deutlich werden, welche Vorteile bislang selten getätigte Untersuchungen des medialen Umgangs mit rechtsextrem motivierten Verbrechen über einen längeren historischen Zeitraum hinweg beinhalten können.

Abschließend gilt es, die Frage zu beantworten, welche Forschungslücken sich im Zuge dieser Dissertation herauskristallisiert haben. Sicherlich wäre es hinsichtlich des ‚NSU' wichtig, nicht nur die mediale Aufarbeitung der Morde an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşik und Halit Yozgat zu untersuchen. Auch der Mord an der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter könnte durch die Untersuchung seiner medialen Abdeckung interessante Perspektiven auf die mediale Wahrnehmung rechtsextrem motivierter Verbrechen gewähren. Ähnlich verhält es sich mit dem Nagelbom-

benanschlag in der Kölner Keupstraße, hinter dem ebenfalls der ‚NSU‘ vermutet wird. Darüber hinaus wäre es wohl sehr ergiebig, die – hinsichtlich des zu analysierenden Materials – sehr umfangreiche mediale Verfolgung des Gerichtsprozesses gegen André E., Holger G., Carsten S., Ralf W. und Beate Zschäpe zu analysieren. Hierdurch könnte der Frage nachgegangen werden, ob das Bekanntwerden des ‚NSU‘ als Zäsur in der Berichterstattung zu Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund zu verstehen ist, oder ob hier eine nur kurze Entsetzens- und Empörungswelle zum Tragen kam.

Auch hat die Arbeit aufgezeigt, dass eine Konzentration auf die Berichte über weitere Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund interessante Erkenntnisse liefern könnte. So wäre es eine Möglichkeit, sich hier auf Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte in den 1990er-Jahren beziehen, um herauszuarbeiten, ob mit fortschreitender Berichterstattung ein Wandel in der medialen Wahrnehmung derselben stattgefunden hat, bspw. im Bezug auf die Diskussion der Opfer und der Täter/-innen. Auch ein Vergleich von Übergriffen in den 1990er-Jahren mit solchen von heute, wie bspw. 2015 im sächsischen Freital geschehen, könnte Kontinuitäten und Kontinuitätsbrüche offenlegen.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Berichterstattung über Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund, so legt es die Analyse der Vergleichsmuster nahe, könnte auch das Aufkommen des sog. ‚IS‘ haben, sodass bei Untersuchungen aktueller Ereignisse in jedem Fall überprüft werden sollte, inwiefern sich die Wahrnehmung rechten Terrors vor der Referenzfolie des islamistischen Terrorismus möglicherweise gewandelt hat. Auch das Erstarken der als rechts einzuordnenden AfD in der deutschen politischen Landschaft könnte die Berichterstattung über rechtsextrem motivierte Verbrechen beeinflussen. Somit sollte dies in wissenschaftlichen Arbeiten die sich mit aktuellen Themen beschäftigen, so legen es die in dieser Arbeit herausgearbeiteten Ergebnisse hinsichtlich der NPD nahe, zukünftig berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wäre es wichtig, nicht nur, wie in dieser Arbeit geschehen, ein insgesamt eher politisch mittig angesiedeltes Medienspektrum abzudecken, sondern auch Zeitungen – möglicherweise aber auch Fernsehbeiträge – mit linkeren und rechteren politischen Leitlinien zu analysieren. Auch der Vergleich der medialen Berichterstattung zu erst kürzlich bekannt gewordenen, mutmaßlichen rechten Terrorgruppierungen, wie bspw. der ‚Oldschool Society‘ oder der ‚Gruppe Freital‘, mit den Berichten zur ‚WSG Hoffmann‘ könnte interessante Perspektiven eröffnen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass der historisch-soziologische Ansatz, der in der vorliegenden Arbeit verwendet wurde, zu aufschlussreichen Ergebnissen geführt hat. Somit sollen viele der hier getätig-

ten Vorschläge für weitere Forschungsarbeiten als Plädyoyer verstanden werden, die Vorteile interdisziplinärer Arbeitsweisen zu nutzen. Hierdurch können im Kontext der historischen Entwicklungslinien im öffentlichen Diskurs zu Verbrechen mit rechtsextremem Hintergrund ergiebige Erkenntnisse erreicht werden, die bspw. das Aufkommen von (Un)worten wie ‚Dönermord‘ besser zu erklären in der Lage sind.

Schlussendlich bleibt zu sagen, dass, wie Mayer (2013, S. 20) konstatiert, Verbrechen mit rechtem Hintergrund in Deutschland tagtäglich geschehen. So zeigen bspw. Ereignisse wie der jüngst bekannt gewordene Fall der mutmaßlichen rechtsterroristischen Pläne des Bundeswehrsoldaten Franco A., wie relevant diese und verwandte Arbeiten sind, da die Menge an Untersuchungsmaterial bedauernswerterweise immer weiter wächst. Somit soll abschließend noch einmal der bereits in der Einleitung zitierte Christian Bangel, Chef vom Dienst der *ZEIT*, zu Wort kommen:

Die wichtigste Aufgabe [...], die sich aus dem bisherigen Umgang der Presse mit den Neonazis ergibt, kostet weniger Geld als sie inhaltliche Konsequenzen und kritische Distanz erfordert. Wir müssen das Berichterstattungen über Neonazis dauerhaft aus der linken Ecke holen, wir müssen das Thema auch abseits der großen Empörungswellen im Auge behalten. Wir Journalisten müssen das Gezeitenhafte aus unserer Berichterstattung über den Rechtsextremismus nehmen und wir müssen ihn milieuübergreifend als Problem aller Demokraten begreifen. Es wird aber nicht reichen, wenn sich die Medien ihrer Verantwortung bewusst werden. Alle – Politik, Behörden, Presse – müssen verstehen, dass der Rechtsextremismus zurzeit die größte Bedrohung durch politische Gewalt bedeutet. Dass nicht nur Neonazis unser Problem sind, sondern auch rassistische, antisemitische und generell menschenfeindliche Vorstellungen in allen Segmenten der Gesellschaft. Erst, wenn unser Blick auf die Gefahr nicht mehr durch die verschmierte alte Rechts-Links-Brille getrübt wird, haben wir die Chance, den Neonazis die Aussichten zu nehmen. Dann – und erst dann – hätte sich nach der ‚NSU‘-Aufdeckung wirklich etwas verändert. (Bangel 2013, S. 84)

Die von Bangel (2013, S. 84) angesprochene Beobachtung des Rechtsextremismus abseits von „Empörungswellen“ ist von immenser Wichtigkeit für einen konstruktiven Diskurs über denselben. In der Folge sollte auch die Wissenschaft nicht nur Ereignisse analysieren, die einen großen medialen Widerhall gefunden haben. Vielmehr wäre es wichtig und lohnenswert, sich auch auf solche Ereignisse zu konzentrieren, die nur eine bedingte Berichterstattung erfahren haben, möglicherweise auch in Lokalteilen von Zeitungen. Durch die Analyse dessen, was hierzu geschrieben und nicht geschrieben wird, könnte ein historisch gefestigter alltäglicher Diskurs über den Rechtsextremismus nachverfolgt werden, der als grundlegende Ausgangssituation für Berichte über Ereignisse mit großem medialen Interesse dienen könnte. Hierdurch wäre ein neuer Ansatz der Analyse des Umgangs mit rechtsextremer Realität gefunden, da sich eine Gesellschaft und somit auch die Politik, Behörden und die Presse nicht nur daran messen sollte, wie sie dem Rechtsextremismus im Zu-

ge medienträchtiger Verbrechen mit einem rechten Hintergrund begegnen, sondern auch daran, wie sie den Umgang mit täglich geschehender rechter Gewalt in ihren Alltag inkludiert.

7 Literaturverzeichnis

- Althoff, M. (1997): Die Herstellung von rassistischen Bildern in den Medien. Der ‚ideale‘ Asylbewerber. In: D. Freehse, G. Löschper und G. Smaus (Hsg.): Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe. Baden-Baden, Nomos: S. 392-403.
- Althoff, M. (1998): Die soziale Konstruktion von Fremdenfeindlichkeit. Opladen/Wiesbaden, VS.
- Assmann, A. (2014): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München, Beck.
- Assmann, A. (2016): Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. München, Beck.
- Assmann, A./Frevert, U. (1999): Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.
- Augstein, F. (2002): Deutschland. In: V. Knigge und N. Frei (Hsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. München, Beck: S. 241-252.
- Bangel, C. (2013): Wir müssen über den Rechtsextremismus berichten, ohne die Mehrheit damit zu nerven. Medien und ihr Umgang mit Neonazis. In: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hsg.): Rechtsextremismus zwischen ‚Mitte der Gesellschaft‘ und Gegenkultur. Eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes der Länder Sachsen und Brandenburg am 28. Januar 2013 in Dresden. Tagungsband. Dresden, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: S. 72-84.
- Baur, N. (2008): Was kann die Soziologie methodisch von der Geschichtswissenschaft lernen? In: Historical Social Research 33(3): S. 217-248.
- Beck, K. (2012): Das Mediensystem Deutschlands. Strukturen, Märkte, Regulierung. Wiesbaden, VS.
- Brosius, H.-B./Esser, F. (1995): Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. Opladen, VS.
- Burke, P. (1989): Soziologie und Geschichte. Hamburg, Junius-Verlag.

- Busch, C. (2013): Die NSU-Morde. Ein neuer Typ rechtsextremistischer Gewalt. In: Totalitarismus und Demokratie 10(2): S. 211-236.
- Busche-Baumann, M. (1994): Rechtsextremismus und die Presse. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Berichterstattung über den ostdeutschen Rechtsextremismus in den Tageszeitungen Berliner Zeitung und Sächsische Zeitung. Hildesheim, Georg Olms.
- Butterwegge, C. (1993): Die Rolle der Massenmedien in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus/Rassismus. Ansatzpunkte einer Gegenstrategie. In: S. Jäger und J. Link (Hsg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg, DISS: S. 305-328.
- Butterwegge, C. (1999): Massenmedien, Migrant(inn)en und Rassismus. In: C. Butterwegge, G. Hentges und F. Sarigöz (Hsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen, Leske + Budrich: S. 64-89.
- Butterwegge, C. (2003): Migrant(inn)en, multikulturelle Gesellschaft und Rechtsextremismus in den Massenmedien. In: UTOPIE kreativ 151: S. 395-405.
- Butterwegge, C. (2011): Linksextremismus = Rechtsextremismus? Über die Konsequenzen einer falschen Einordnung. In: U. Birsl (Hsg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen/Farmington Hills, Budrich: S. 29-41.
- Chaussy, U. (1985): Oktoberfest. Ein Attentat. Darmstadt/Neuwied, Luchterhand.
- Chaussy, U. (2014): Oktoberfest. Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann. Berlin, Christoph Links Verlag.
- Chiari, B. (2009): Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Besatzung von 1979 bis 1989. In: B. Chiari (Hsg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan. Paderborn, Ferdinand Schöningh: S. 61-73.
- Christ, M./Sunderland, M. (2014): Der Nationalsozialismus - (k)ein Thema für die Soziologie? In: M. Christ und M. Sunderland (Hsg.): Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven. Berlin, Suhrkamp: S. 13-30.

- Deißler, S. (2013): Geschichtslosigkeit als Gegenwartsproblem. Ein Schlaglicht auf die epistemologische Dimension der Debatte um den Ort des Nationalsozialismus in der Soziologie. In: Soziologie 42(2): S. 127-146.
- Diederichs, O. (1993): Das Polizeidebakel von Rostock. In: Bürgerrechte und Polizei 44(1): S. 6-15.
- Dietz, B./Neumaier, C. (2012): Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60(2): S. 293-304.
- Dietze, G. (2016): Das 'Ereignis Köln'. In: Femina Politica 25(1): S. 93-102.
- Eder, F. (2006): Historische Diskurse und ihre Analyse. Eine Einleitung. In: F. Eder (Hsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen. Wiesbaden, VS: S. 9-23.
- Elias, N. (1976): Soziologie und Geschichtswissenschaft. In: H.-U. Wehler (Hsg.): Geschichte und Soziologie. Köln, Kiepenheuer & Witsch: S. 53-77.
- Erb, R. (2012): Der ‚Nationalsozialistische Untergrund‘. Beobachtungen und vorläufige Überlegungen. In: S. Schüler-Springorum (Hsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Berlin, Metropol: S. 392-421.
- Esser, F./Scheufele B/Brosius, H.-B. (2002): Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienvirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Frei, N. (2005): 1945 und Wir. Wie aus Tätern Opfer werden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik(3): S. 356-364.
- Frei, N. (2009): Deutsche Lernprozesse. NS-Vergangenheit und Generationenfolge seit 1945. In: I. Olmos und N. Keilholz-Rühle (Hsg.): Kultur des Erinnerns. Vergangenheitsbewältigung in Spanien und Deutschland. Frankfurt am Main, Vervuert: S. 87-102.
- Frei, N. (2009): 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen. München, Deutscher Taschenbuch Verlag.

- Fromm, R. (1998): Die ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘. Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechtsextremismus. Frankfurt am Main, Peter Lang.
- Funke, H. (1993): Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus. Göttingen, Lamuv.
- Geelhaar, S./Marz, U./Prenzel, T. (2013): ‚...und du wirst sehen, die Leute, die hier wohnen, werden aus den Fenstern schauen und Beifall klatschen.‘ Rostock-Lichtenhagen als antiziganistisches Pogrom und konformistische Revolte. In: A. Bartels et al. (Hsg.): Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse. Münster, UNRAST-Verlag: S. 140-161.
- Gerhard, U. (1993): ‚Fluten‘, ‚Ströme‘, ‚Invasionen‘. Mediendiskurs und Rassismus. In: M. Heßler (Hsg.): Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft. Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, Hiltit-Verlag: S. 239-253.
- Gerhard, U. (1993): Mediendiskurs und Rassismus. In: M. Gorzini und H. Müller (Hsg.): Handbuch zur interkulturellen Arbeit. Wiesbaden, World University Service: S. 359-374.
- Giesen, B. (2004): Das Tätertrauma der Deutschen. Eine Einleitung. In: B. Giesen und C. Schneider (Hsg.): Tätertrauma. Nationale Erinnerungen im öffentlichen Diskurs. Konstanz, UVK: S. 11-53.
- Glanninger, P. (2009): Rassismus und Rechtsextremismus. Rassistische Argumentationsmuster und ihre historischen Entwicklungslinien. Frankfurt am Main, Peter Lang Verlag.
- Görke, A. (1993): Den Medien vertrauen? Glaubwürdigkeitskonzepte in der Krise. In: M. Löffelholz (Hsg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation. Wiesbaden, VS: S. 127-144.
- Graf, R./Primel, K.C. (2011): Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 59(4): S. 479-508.
- Grütters, M. (2009): Das Gedächtnis der Deutschen. Erinnerungspolitik - zentral für das Selbstverständnis deutscher Kulturpolitik. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesell-

schaft e.V. (Hsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2009*. Band 9. Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik. Essen, Klartext Verlag: S. 67-73.

Hagen, L. (1992): Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. *Publizistik* 37(4): S. 444-460.

Hanisch, A. (2011): „Wirr, nicht wir!“ Die Extremismustheorie am Beispiel der Exklusion Anders B. Breiviks aus der „Mitte der Gesellschaft“. In: R. Wamper, E. Jadtschenko und M. Jacobsen (Hsg.): „Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien. Münster, DISS: S. 33-39.

Hasslinger, P. (2006): Diskurse, Sprache, Zeit, Identität. Plädoyer für eine erweiterte Diskursgeschichte. In: F. Eder (Hsg.): *Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen*. Wiesbaden, VS: S. 27-50.

Heerdegen, S. (2015): Nicht vom Himmel gefallen. Die Thüringer Neonaziszene und der NSU. In: W. Frindte et al. (Hsg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden, Springer: S. 195-211.

Herz, T. (1997): Die „Basiserzählung“ und die NS-Vergangenheit. Zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland. In: T. Herz und M. Schwab-Trapp (Hsg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945*. Opladen, Westdeutscher Verlag: S. 249-265.

Huhnke, B. (1993): Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen „Bild am Sonntag“ und „Der Spiegel“. In: S. Jäger und J. Link (Hsg.): *Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien*. Duisburg, DISS: S. 213-266.

Imhof, K. (2006): Mediengesellschaft und Medialisierung. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft* 54(2): S. 191-215.

Jäger, M. (1993): BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hsg.): *Entstehung von Fremdenfeindlichkeit. Die Verantwortung von Politik und Medien*. Düsseldorf, Friedrich-Ebert-Stiftung: S. 73-92.

- Jäger, M. (1999): Inländische und ausländische Straftäter in deutschen Printmedien. Ergebnisse einer Untersuchung und Vorschläge zur Verbesserung der Berichterstattung. In: C. Butterwegge, G. Hentges und F. Sarigöz (Hsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen, Leske + Budrich: S. 109-121.
- Jäger, M./Jadtschenko, E. (2011): Was, wenn sich der Kontext ändert? Die Anschläge in Norwegen zwischen islamistischem Terrorismus, Rechtsextremismus und Wahnsinn. In: R. Wamper, E. Jadtschenko und M. Jacobsen (Hsg.): „Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien. Münster, DISS: S. 40-55.
- Jäger, M./Jäger, S. (1993): Verstrickungen. Der rassistische Diskurs und seine Bedeutung für den politischen Gesamtdiskurs in der BRD. In: S. Jäger und J. Link (Hsg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg, DISS: S. 49-79.
- Jäger, M./Jäger, S. (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden, VS.
- Jäger, S./Link, J. (1993): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Einleitung. In: S. Jäger und J. Link (Hsg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg, DISS: S. 7-20.
- Jensen, U. (2008): Wie die Historie öffentlich gebraucht wird: Jürgen Habermas und der Historikerstreit. In: S. Kailitz (Hsg.): Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik. Wiesbaden, VS: S. 72-83.
- Kailitz, S. (2008): Einleitung. In: S. Kailitz (Hsg.): Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik. Wiesbaden, VS: S. 7-13.
- Kannonier-Finster, W./Ziegler, M. (1993): Erinnern ohne Gedenken. In: H. Welzer (Hsg.): Nationalsozialismus und Moderne. Tübingen, edition diskord: S. 61-104.
- Karidi, M. (2017): Medienlogik im Wandel. Die deutsche Berichterstattung 1984 und 2014 im Vergleich. Wiesbaden, Springer.
- Keller, R. (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden, VS.

- Keppler, A. (2011): Soziale Formen individuellen Erinnerns. Die kommunikative Tradierung von (Familien-)Geschichte. In: H. Welzer (Hsg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung. Hamburg, Hamburger Edition: S. 137-159.
- Kepplinger, H. M. (1979): Angepaßte Außenseiter. Ergebnisse und Interpretationen der Kommunikationsforschung. In: H. M. Kepplinger (Hsg.): Angepaßte Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten. Freiburg/München, Alber: S. 7-28.
- Kistenfeger, J. (2011): Historische Erkenntnis zwischen Objektivität und Perspektivität. Heusenstamm, Ontos Verlag.
- Kleffner, H. (2013): NSU: Rassismus, Staatsversagen und die schwierige Suche nach der Wahrheit. In: I. Schmincke und J. Siri (Hsg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse. Bielefeld, transcript: S. 29-41.
- Köcher, R. (2009): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 2003-2009. Band 12. Berlin, De Gruyter.
- Kocka, J. (2000): Historische Sozialwissenschaft heute. In: P. Nolte et al. (Hsg.): Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte. München, Beck: S. 5-24.
- Köttig, M. (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biografische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen, Psychosozial-Verlag.
- Kraushaar, W. (2006): Zur Topologie des RAF-Terrorismus. In: W. Kraushaar (Hsg.): Die RAF und der linke Terrorismus. Hamburg, Hamburger Edition: S. 13-61.
- Kretschmer, D./Jäger, S. (1996): Von Irren, Chaoten und Fanatikern. Rechtsextremismus und Rassismus in den Medien. In: J. Mecklenburg (Hsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin, Elefanten Press: S. 802-822.
- Landwehr, A. (2001): Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse. Tübingen, edition diskord.
- Landwehr, A. (2008): Historische Diskursanalyse. Frankfurt am Main, Campus Verlag.

- Landwehr, A. (2010): Diskurs und Wandel. Wege der historischen Diskursforschung. In: A. Landwehr (Hsg.): *Diskursiver Wandel*. Wiesbaden, VS: S. 11-28.
- Langewiesche, D. (2006): Über das Umschreiben der Geschichte. Zur Rolle der Sozialgeschichte. In: J. Osterhammel, D. Langewiesche und P. Nolte (Hsg.): *Wege der Gesellschaftsgeschichte*. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht: S. 67-80.
- Lepsius, M. R. (1982): Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie. In: H. M. Baumgartner und J. Rüsen (Hsg.): *Seminar Geschichte und Theorie. Umrisse einer Historik*. Frankfurt am Main, Suhrkamp: S. 118-138.
- Lessenich, S. (2013): Brauner Osten? Rechtsextremismus als deutsch-deutscher Einsatz und Effekt. In: I. Schminke und J. Siri (Hsg.): *NSU Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse*. Bielefeld, transcript: S. 135-143.
- Link, J. (1978): *Die Struktur des Symbols in der Sprache des Journalismus. Zum Verhältnis literarischer und pragmatischer Symbole*. München, Wilhelm Fink.
- Link, J. (1984): Über ein Modell synchroner Systeme von Kollektivsymbolen sowie seine Rolle bei der Diskurs-Konstitution. In: J. Link und W. Wülfing (Hsg.): *Bewegung und Stillstand in Metaphern und Mythen. Fallstudien zum Verhältnis von elementarem Wissen und Literatur im 19. Jahrhundert*. Stuttgart, Klett-Cotta: S. 63-92.
- Link, J. (2006): Zum Anteil der medialen Kollektivsymbolik an der Normalisierung der Einwanderung. In: S. Maasen, T. Mayerhauser und C. Renggli (Hsg.): *Bilder als Diskurse. Bilddiskurse*. Weilerswist, Velbrück Wissenschaft: S. 53-70.
- Lübbe, H. (1989): *Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Herausforderungen der Moderne vom Historismus bis zum Nationalsozialismus*. Graz/Wien/Köln, Verlag Styria.
- Maegerle, A. (2002): Rechtsextremistische Gewalt und Terror. In: T. Grumke und B. Wagner (Hsg.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke. Vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen, Leske + Budrich: S. 159-172.
- Marcinowski, F. (2013): Eine Analyse ost- und westdeutscher Zeitungsberichte während des sowjetischen Afghanistan-Krieges. Facetten von Realität im Neuen Deutschland, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der ZEIT. München, LMU.

- Maurer, M./Reinemann, C. (2006): Medieninhalte. Eine Einführung. Wiesbaden, VS.
- Mayer, L. (2013): Das erstaunliche Erstaunen über die NSU-Morde. In: I. Schmincke und J. Siri (Hsg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse. Bielefeld, transcript: S. 19-28.
- Meier, H. (2015a): Endlosschleife NPD-Verbot. Über Parteienfreiheit und ‚streitbare Demokratie‘. In: H. Meier (Hsg.): Verbot der NPD. Ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001-2014. Berlin, Berliner Wissenschafts-Verlag: S. 33-41.
- Meier, H. (2015b): NPD und NSU. In: H. Meier (Hsg.): Verbot der NPD. Ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001 - 2014. Berlin, Berliner Wissenschafts-Verlag: S. 109-113.
- Messerschmidt, A. (2008): Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft. In: Peripherie 109/110(28): S. 42-60.
- Messerschmidt, A. (2009): Rassismusanalyse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft. In: C. Melter und P. Mecheril (Hsg.): Rassismuskritik. Band 1. Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach, Wochenschau Verlag: S. 59-74.
- Messerschmidt, A. (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. Frankfurt am Main, Brandes & Apsel.
- Meyen, M. (2015): Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit. Eine qualitative Inhaltsanalyse zur Handlungslogik der Massenmedien. In: Publizistik 60: S. 21-39.
- Mohr, M. (2012): Vier Tage im August. Vor 20 Jahren kam es in Rostock Lichtenhagen zum Pogrom. In Standpunkte(12/2012): S. 1-6.
- Möller, R./Sander, U. (1997): Die Vertrautheit der Fremden in den Medien. In: B. Scheffer (Hsg.): Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen. Opladen, Leske + Budrich: S. 159-191.
- Neef, T. (2015): Das Oktoberfestattentat. München, Landeshauptstadt München.

- Nissen, P./Menningen, W. (1979): Der Einfluß der Gatekeeper auf die Themenstruktur der Öffentlichkeit. In: W. Langenbacher (Hsg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung. München, Piper: S. 211-231.
- Noelle-Neumann, E./Köcher, R. (1993): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 1984-1992. Band 9. München, K.G. Saur.
- Noelle-Neumann, E./Köcher, R. (2002): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 1998-2002. Band 11. München, K.G. Saur.
- Noelle-Neumann, E./Piel, E. (1983): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 1978-1983. Band 8. München, K.G. Saur.
- Oelhaf, A. (2012): Beate Zschäpe in der Bild-Zeitung. Zwischen Nazi-Braut und Nazi-Killer. Der Diskurs um Frauen im Rechtsextremismus am Beispiel des NSU. In: DISS-Journal 23: S. 6-10.
- Ofuatey-Alazard, N. (2011): Koloniale Kontinuitäten in Deutschland. Wie Rassismus aus Wörtern spricht. In: S. Arndt und N. Ofuatey-Alazard (Hsg.): (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster, Unrast Verlag: S. 136-153.
- Osterhammel, J. (2006): Gesellschaftsgeschichte und Historische Soziologie. In: J. Osterhammel, D. Langewiesche und P. Nolte (Hsg.): Wege der Gesellschaftsgeschichte. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht: S. 81-102.
- Oulios, M. (2009): Weshalb gibt es so wenig Journalisten mit Einwanderungshintergrund in deutschen Massenmedien? Eine explorative Studie. In: R. Geißler und H. Pöttker (Hsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, transcript: S. 119-144.
- Pallaver, G. (2012): Die Funktion von Medien in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. In: A. Kriwak und G. Pallaver (Hsg.): Medien und Minderheiten. Innsbruck, insbruck university press: S. 59-83.
- Paul, G. (2010): Holocaust. Vom Beschweigen zur Medialisierung. Über Veränderungen im Umgang mit Holocaust und Nationalsozialismus in der Mediengesellschaft. In: G. Paul und B.

- Schoßig (Hsg.): Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus. Eine Bilanz der letzten dreißig Jahre. Göttingen, Wallstein Verlag: S. 15-38.
- Peter, L. (2016): Umstrittene Moderne. Soziologische Diskurse und Gesellschaftskritik. Wiesbaden, Springer.
- Pfeiffer, C. (2013): Die Legende von den ‚Döner-Morden‘. Über das öffentliche Klima, das Fremdenhass erzeugt. In: M. Haller (Hsg.): Rechtsterrorismus in den Medien. Der Mörder Breivik in Norwegen und die Terrorzelle NSU in Deutschland. Wie die Journalisten damit umgingen und was sie voneinander lernen können. Münster, LIT Verlag: S. 29-41.
- Pleinen, J./Raphael, L. (2014): Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 62(2): S. 173-196.
- Pöttker, H. (2005): Zwischen Politik und publizistischer Professionalität. Zum journalistischen Umgang mit der NS-Vergangenheit seit 1945. In: H. Pöttker (Hsg.): Abgewehrte Vergangenheit. Beiträge zur deutschen Erinnerung an den Nationalsozialismus. Köln, Herbert von Halem Verlag: S. 119-136.
- Pöttker, H. (2010): Der Beruf zur Öffentlichkeit. Über Aufgabe, Grundsätze und Perspektiven des Journalismus in der Mediengesellschaft aus Sicht praktischer Vernunft. In: Publizistik 55: S. 107-128.
- Pöttker, H. (2014): Geheim, verdrängt, unbekannt. Lücken von Öffentlichkeit. Worüber Medien gern schweigen - und warum sie das tun. In: Medien & Zeit 29(2): S. 13-30.
- Prenzel, T. (2012): Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. In: T. Prenzel (Hsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt. Rostock, Universität Rostock: S. 9-29.
- Rager, G./Rinsdorf, L. (2002): Gesellschaftlicher Diskurs und journalistisches Handeln. In: C. Eu- rich (Hsg.): Gesellschaftstheorie und Mediensystem. Interdisziplinäre Zugänge zur Beziehung von Medien, Journalismus und Gesellschaft. Münster, LIT Verlag: S. 43-57.
- Reichel, P. (2001): Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München, Beck.

- Renggli, C. (2014): Komplexe Beziehungen beschreiben. Diskursanalytisches Arbeiten mit Bildern. In: F. Eder, O. Kühchelm und C. Linsboth (Hsg.): Bilder in historischen Diskursen. Wiesbaden, Springer: S. 45-61.
- Rommelspacher, B. (2000): Generationenkonflikte und deutsches Selbstverständnis. Sozialpsychologische Aspekte der Goldhagen-Debatte. In: H. Kramer (Hsg.): Die Gegenwart der NS-Vergangenheit. Berlin/Wien, Philo: S. 314-328.
- Rommelspacher, B. (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt am Main, Campus.
- Rommelspacher, B. (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: C. Melter und P. Mecheril (Hsg.): Rassismuskritik. Band 1. Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach, Wochenschau Verlag: S. 25-38.
- Röpke, A./Speit, A. (2013): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Berlin, Ch. Links Verlag.
- Ruhrmann, G. (1999): Medienberichterstattung über Ausländer. Befunde - Perspektiven - Empfehlungen. In: C. Butterwegge, G. Hentges und F. Sarigöz (Hsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen, Leske + Budrich: S. 95-108.
- Rürup, R. (2014): Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Göttingen, Wallstein Verlag.
- Rüsen, J. (2011): Holocaust, Erinnerung, Identität. In: H. Welzer (Hsg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Identität. Hamburg, Hamburger Edition: S. 243-259.
- Sarasin, P. (2008): Bilder und Texte. Ein Kommentar. In: WerkstattGeschichte 47: S. 75-80.
- Schafraad, P./Scheepers, P./Wester, F. (2008): Dealing with the 'devil of the past'. Attention to the far right in the German press (1987-2004). In: Publizistik 53(3): S. 362-385.
- Schanne, M. (1995): Der Beitrag journalistischer Objektivitätskriterien zu einer verlässlichen journalistischen Beschreibung von Wirklichkeit. In: K. Imhof und P. Schulz (Hsg.): Medien und Krieg - Krieg in den Medien. Zürich, Seismo Verlag: S. 111-119.

- Scharf, W. (1993): Zur Berichterstattung über Rechtsextremismus in der deutschen Presse. In: Communications 18(3): S. 255-290.
- Schedler, J. (2016): Stilbruch: (Jugend)kultureller Lifestyle, Symbolik und Aktionsformen des Neonazismus im Wandel. In: S. Braun, A. Geisler und M. Gerster (Hsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden, Springer: S. 345-364.
- Schellenberg, B. (2006): Strategien gegen Rechtsextremismus. Bezüge zum Nationalsozialismus. In: G. Gehl (Hsg.): Kriegsende 1945. Befreiung oder Niederlage für die Deutschen? Gedanken über die Hintergründe des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Weimar, Bertuch: S. 97-113.
- Schellenberg, B. (2016): „Lügenpresse“? „Rechtsextremismus“ und „Rassismus“ in den Medien. In: W. Frindte et al. (Hsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden, Springer: S. 309-339.
- Scherr, A. (2009): Rassismus oder Rechtsextremismus? Annäherung an eine vergleichende Betrachtung zweier Paradigmen jenseits rhetorischer Scheinanalysen. In: C. Melter und P. Mecheril (Hsg.): Rassismuskritik. Band 1. Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach, Wochenschau Verlag: S. 75-97.
- Schmid, H. (2010): Von der „Vergangenheitsbewältigung“ zur „Erinnerungskultur“. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus seit Ende der 1970er Jahre. In: G. Paul und B. Schoßig (Hsg.): Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus. Eine Bilanz der letzten dreißig Jahre. Göttingen, Wallstein Verlag: S. 171-202.
- Schmid, M./Storni, M. (2009): Jugendliche im Dunkelfeld rechtsextremer Gewalt. Viktimisierungsprozesse und Bewältigungsstrategien. Zürich, Seismo Verlag.
- Schmidt, J. (2002): Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Berlin, Edition Ost.
- Schwab-Trapp, M. (1996): Konflikt, Kultur und Interpretation. Eine Diskursanalyse des öffentlichen Umgangs mit dem Nationalsozialismus. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Schwab-Trapp, M. (1997a): Narration und politischer Diskurs. Zur Transformation politischer Kultur im vereinigten Deutschland. In: T. Herz und M. Schwab-Trapp (Hsg.): Umkämpfte Ver-

gangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945. Opladen, Westdeutscher Verlag: S. 193-216.

Schwab-Trapp, M. (1997b): Ordnungen des Sprechens. Geschichten, Diskurse und Erzählungen über die NS-Zeit. In: T. Herz und M. Schwab-Trapp (Hsg.): Umkämpfte Vergangenheiten. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945. Opladen, Westdeutscher Verlag: S. 217-247.

Shooman, Y. (2011): Keine Frage des Glaubens. Zur Rassifizierung von ‚Kultur‘ und ‚Religion‘ im antimuslimischen Rassismus. In: S. Friedrich (Hsg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ‚Sarrazinidebatte‘. Münster, Edition Assemblage: S. 59-76.

Siri, J. (2013): Vermisst? Zur Entstehung von Positionen der Unsichtbarkeit. In: I. Schmincke und J. Siri (Hsg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse. Bielefeld, transcript: S. 193-202.

Siri, J. (2014): Die prekäre Position der Opfer des NSU. Bericht aus einer laufenden öffentlichen Verhandlung. In: Neue Kriminalpolitik(2/2014): S. 130-140.

Siri, J./Schmincke, I. (2013): Einleitung. In: I. Schmincke und J. Siri (Hsg.): NSU Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse. Bielefeld, transcript: S. 9-16.

SpronDEL, W. (1992): Historisierung der Soziologie? Zur Renaissance historischen Wissens unter Soziologen. In: Saeculum 43(1): S. 66-77.

Sundermeyer, O. (2012): Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt. München, Beck.

Supik, L. (2005): Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitiken. Bielefeld, transcript.

Terkessidis, M. (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld, transcript.

- Thomas, T./Grittman, E./Virchow, F. (2015): Glaubwürdigkeit als Gegenstand der Medienkritik. Befunde einer Studie zur medialen Berichterstattung über die NSU-Morde. In: *Communicatio Socialis* 48(2): S. 138-151.
- van Dijk, T. (1993): Eliten, Rassismus und die Presse. In: S. Jäger und J. Link (Hsg.): *Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien*. Duisburg, DISS: S. 80-130.
- Vinke, H. (1981): *Mit zweierlei Maß. Die deutsche Reaktion auf den Terror von rechts. Eine Dokumentation*. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Virchow, F. (2013): Rechter Terror(ismus) in der Bundesrepublik Deutschland, Der NSU als Prisma. In: I. Schmincke und J. Siri (Hsg.): *NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse*. Bielefeld, transcript: S. 71-77.
- Virchow, F. (2014): Der ‚NSU‘ und der staatliche Sicherheitsapparat im Lichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und Kommissionen. In: *Neue Kriminalpolitik*(2/2014): S. 141-153.
- Virchow, F./Thomas, T./Grittman, E. (2015): ‚Das Unwort erklärt die Untat.‘ Die Berichterstattung über die NSU-Morde - eine Medienkritik. Frankfurt am Main, Otto-Brenner-Stiftung.
- Wamper, R. (2011): ‚Nicht rechts, nicht links, nur böse?‘ Die Berichterstattung hegemonialer Printmedien zu den Anschlägen in Norwegen. In: R. Wamper, E. Jadtschenko und M. Jacobsen (Hsg.): ‚Das hat doch nichts mit uns zu tun!‘ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien. Münster, DISS: S. 56-95.
- Wehler, H.-U. (1995): *Die Gegenwart als Geschichte*. München, Beck.
- Weischenberg, S./Malik, M./Scholl, A. (2006): *Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland*. Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft.
- Welzer, H. (2001): Das soziale Gedächtnis. In: H. Welzer (Hsg.): *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradition*. Hamburg, Hamburger Edition: S. 9-21.
- Welzer, H. (2007): Wer waren die Nazis? Günther Oettinger und die gefühlte Geschichte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*(5): S. 562-576.

Welzer, H./Moller, S./Tschuggnall, K. (2002): ‚Opa war kein Nazi‘. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag.

Wiegel, G. (2011): Total extrem? Zur gegenwärtigen Alltagsdominanz des Extremismusansatzes. In: G. Hentges und B. Lösch (Hsg.): Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus - extreme Rechte - Migration im Fokus der Debatte. Wiesbaden, VS: S. 223-233.

Winkler, H. A. (2000): Der lange Weg nach Westen. Band 2. Deutsche Geschichte vom ‚Dritten Reich‘ bis zur Wiedervereinigung. München, Beck.

Wolfrum, E. (2002): Die beiden Deutschland. In: V. Knigge und N. Frei (Hsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. München, Beck: S. 153-169.

Zick, A./Küpper, B./Hövermann, A. (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Online-Verweise

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wir-ueber-uns/>; zuletzt eingesehen am 01.12.16, 09:59

http://www.axelspringer.de/artikel/cw_artikel_nv_de_3171989.html; zuletzt eingesehen am 24.05.2016, 12:15

<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49319/die-namen-der-toten>; zuletzt eingesehen am 07.12.16, 10:31.

http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/ergebnisse_seit1949/244692; zuletzt eingesehen am 18.08.2016, 09:31.

<http://www.faz.media/medien/frankfurter-allgemeine-zeitung-fuer-deutschland/>; zuletzt eingesehen am 24.05.2016, 12:13.

<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/835992/vergleich-mit-sophie-scholl-eklat-nach-afd-post>; zuletzt eingesehen am 31.01.2017, 11:51.

<https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5107108&s=anetta+kahane/>; zuletzt eingesehen am 01.12.16, 09:52.

<https://www.udo-lindenberg-stiftung.de/gegen-rechteGewalt.45825.htm>; zuletzt eingesehen am 24.02.2017, 10:53.

<http://www.zeit-verlagsgruppe.de/marken-und-produkte/>; zuletzt eingesehen am 24.05.2016, 12:16.

8 Quellenverzeichnis

BILD

Oktoberfestattentat

bild_80_09_29_s1: rb: Der Attentäter. In: BILD, 29.09.1980, S. 1.

bild_80_09_29_s2a: Hertle, G.: „Ich fiel über abgetrennte Beine und Hände“. In: BILD, 29.09.1980, S. 2.

bild_80_09_29_s2b: o.V.: Tochter tot – Mann schrie die Polizisten an: „Erschießt mich!“. In: BILD, 29.09.1980, S. 2.

bild_80_09_29_s2c: o.V.: Irene Schiele (32): Bein verloren. In: BILD, 29.09.1980, S. 2.

bild_80_09_29_s3a: o.V.: Rebmann: „Schwerster Anschlag“. In: BILD, 29.09.1980, S. 3.

bild_80_09_29_s3b: o.V.: Das Blutbad von München. Warum das Oktoberfest trotzdem weitergeht. In: BILD, 29.09.1980, S. 3.

bild_80_09_29_s3c: o.V.: Wehrsportgruppe Hoffmann: 80 Mann für den Marsch auf Bonn. In: BILD, 29.09.1980, S. 3.

bild_80_09_29_s3d: o.V.: Terrorchef: Hoffmann schläft mit Pistole. In: BILD, 29.09.1980, S. 3.

bild_80_09_29_s4a: o.V.: Das Blutbad von München. In: BILD, 29.09.1980, S. 4.

bild_80_09_29_s4b: Wehner, A./Glattauer, H. O.: Der Attentäter: Kähler liebte Bäume, zündete Bomben. In: BILD, 29.09.1980, S. 4.

bild_80_09_29_s4c: Walther, K.: Strauß: Viele Hoffmann-Leute kommen aus der „DDR“. In: BILD, 29.09.1980, S. 4.

bild_80_09_29_s4d: o.V.: Warum kommen Attentäter aus gutem Haus? In: BILD, 29.09.1980, S. 4.

bild_80_09_29_s4e: Spreng, M. H.: Schmidt: „Was Strauß sagt, ist töricht und bösartig“. In: BILD, 29.09.1980, S. 4.

bild_80_09_30_s1a: o.V.: „Führer wieder frei“. In: BILD, 30.09.1980, S. 1.

bild_80_09_30_s1b: rv: Tandler: Der Kanzler muß sich bei mir entschuldigen. In: BILD, 30.09.1980, S. 1.

bild_80_09_30_s2a: Renger, A.: Schließt das Oktoberfest! In: BILD, 30.09.1980, S. 2.

bild_80_09_30_s2b: o.V.: Tandler zum Attentat: Was gegen Köhler spricht. In: BILD, 30.09.1980, S. 2.

bild_80_10_01_s1a: o.V.: Flog auch 2. Attentäter in die Luft? In: BILD, 01.10.1980, S. 1.

bild_80_10_01_s1b: o.V.: Schmidt, Strauß – einig in der Trauer um die Toten.... In: BILD, 01.10.1980, S. 1.

bild_80_10_01_s3: o.V.: Bis zur nächsten Trauerfeier.... In: BILD, 01.10.1980, S. 3.

bild_80_10_01_s8: o.V.: Sollte Bombe in vollem Bierzelt explodieren? In: BILD, 01.10.1980, S. 8.

bild_80_10_02_s1: rb: Münchner Attentat: Der 13. Starb. In: BILD, 02.10.1980, S. 1.

bild_80_10_03_s1: Dornhof, G.: Brandt: Terrorismus ist weder rechts noch links – sondern ein Verbrechen. In: BILD, 03.10.1980, S. 1.

bild_80_10_03_s3: o.V.: Blutbad: Noch 97 im Krankenhaus. In: BILD, 03.10.1980, S. 3.

bild_80_10_04_s8a: asd./dpa: Familie: Köhler kein Attentäter. In: BILD, 04.10.1980, S. 8.

bild_80_10_04_s8b: o.V.: Wehrsportgruppe: Wer wirklich aus der ‚DDR‘ kam. In: BILD, 04.10.1980, S. 8.

bild_80_10_10_s1: o.V.: Wies’n-Bombe: Dort waren noch zwei junge Leute.... In: BILD, 10.10.1980, S. 1.

bild_80_10_17_s8: o.V.: Wehrsportgruppe Hoffmann: Terrortraining bei ‚El Fatah‘. In: BILD, 17.10.1980, S. 8.

bild_80_11_14_s2: o.V.: Wies’n-Attentat: Bombe in Vaters Keller gebastelt? In: BILD, 14.11.1980, S. 2.

bild_80_12_30_s3: o.V.: Wies’n-Bombe zerfetzte ihr Bein, doch Zenta Härtl geht. In: BILD, 30.12.1980, S. 3.

bild_81_03_04_s2: o.V.: Engländer war nicht dabei. In: BILD, 04.03.1981, S. 2.

bild_81_05_12_s3: o.V.: Sie starben vor Karry. In: BILD, 12.15.1981, S. 3.

Rostock-Lichtenhagen

bild_92_08_24_s2a: o.V.: Rechtsradikale stürmen Asylheim. In: BILD, 24.08.1992, S. 2.

bild_92_08_24_s2b: o.V. SPD schwenkt um. In: BILD, 24.08.1992, S. 2.

bild_92_08_25_s1: o.V. Asyl. Der Krieg in Rostock. In: BILD, 25.08.1992, S. 1.

bild_92_08_25_s2a: Boenisch, P.: Die Vergangenheit klopft bei uns an. In: BILD, 25.08.1992, S. 2.

bild_92_08_25_s2b: Sturm, C.: 2000 klatschten. Seid ihr wahnsinnig! In: BILD, 25.08.1992, S. 1.

bild_92_08_25_s2c: o.V.: Asyl. Die Genossen streiten wieder. In: BILD, 25.08.1992, S. 2.

bild_92_08_26_s1: o.V.: Die Schande von Rostock. Dieses Kind sollte hängen. In: BILD, 26.08.1992, S. 1.

bild_92_08_26_s2a: o.V.: Rostock: Chronik einer brennenden Nacht. In: BILD, 26.08.1992, S. 2.

bild_92_08_26_s2b: Bartscher, T./Gössmann, S.: Soll die Bundeswehr Asylanten schützen? In: BILD, 26.08.1992, S. 2.

bild_92_08_26_s2c: o.V.: Was das Ausland sagt. In: BILD, 26.08.1992, S. 2.

bild_92_08_27_s1a: o.V.: Ihr müßt euch schämen. In: BILD, 27.08.1992, S. 1.

bild_92_08_27_s1b: v. Weizsäcker, R.: Weizsäcker: Ein bösartiges Zeichen an der Wand. In: BILD, 27.08.1992, S. 1.

bild_92_08_27_s2a: Boenisch, P.: Darum sind wir so wütend. In: BILD, 27.08.1992, S. 2.

bild_92_08_27_s2b: o.V.: Die Politiker reden jeden Tag was anderes. In: BILD, 27.08.1992, S. 2.

bild_92_08_27_s2c: o.V.: Ihr müßt euch schämen: Das sagen die BILD-Leser. In: BILD, 27.08.1992, S. 2.

bild_92_08_27_s2d: Hoeren, D.: Weizsäcker: „Das Ausland braucht keine Angst vor uns zu haben“. In: BILD, 27.08.1992, S. 2.

- bild_92_08_28_s1a*: Gösmann, S.: Ausland schimpft: Ihr Deutschen seid Nazis. In: BILD, 28.08.1992, S. 1.
- bild_92_08_28_s1b*: o.V.: Weniger Sozialhilfe für Asylanten? In: BILD, 28.08.1992, S. 1.
- bild_92_08_28_s2a*: o.V.: Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein. In: BILD, 28.08.1992, S. 2.
- bild_92_08_28_s2b*: Hoeren, D./Voelkel, R.: Weniger Sozialhilfe für Asylanten. In: BILD, 28.08.1992, S. 2.
- bild_92_08_28_s2c*: o.V.: Verlierer. In: BILD, 28.08.1992, S. 2.
- bild_92_08_29_s1*: o.V.: Asyl. BILD-Leser an Bonn. In: BILD, 29.08.1992, S. 1.
- bild_92_08_29_s2*: o.V.: BILD-Leser an Bonn. In: BILD, 29.08.1992, S. 2.
- bild_92_08_31_s1*: o.V.: TV-Teams zahlen für Hitler-Gruß. In: BILD, 31.08.1992, S. 1.
- bild_92_09_02_s1*: Soyka, M./Radloff, M.: Asylantenheim sucht deutsche Putzfrau. In: BILD, 02.09.1992, S. 1.
- bild_92_09_02_s2*: hoe: Asyl-Krawalle: Bonn wußte lange Bescheid. In: BILD, 02.09.1992, S. 2.
- bild_92_09_03_s1*: Hoeren, D./Koch, E.: Stasi steuerte Rostock-Chaoten. In: BILD, 03.09.1992, S. 1.
- bild_92_09_03_s2*: o.V.: o.T.. In: BILD, 03.09.1992, S. 2.
- bild_92_09_05_s1*: o.V.: Asylanten ins Klassenzimmer. In: BILD, 05.09.1992, S. 1.
- bild_92_09_05_s2*: o.V.: Asylantenheime: Der Wahnsinn geht weiter. In: BILD, 02.09.1992, S. 2.
- bild_92_09_09_s2*: Pillet, D.: Sind die Deutschen gegen Ausländer? In: BILD, 09.09.1992, S. 2.
- bild_92_09_14_s2*: Boenisch, P.: Es dauert alles viel zu lange. In: BILD, 14.09.1992, S. 2.
- bild_92_10_01_s2*: Glotz, P.: Das anständige Deutschland. In: BILD, 01.10.1992, S. 2.
- bild_92_10_17_s2*: Boenisch, P.: Kopf hoch, Deutschland. In: BILD, 17.10.1992, S. 2.
- bild_92_11_24_s2*: Martin, Paul C.: Fast ist es schon zu spät. In: BILD, 24.11.1992, S. 2.

,NSU' – Erste Phase

bild_05_06_18_s3: Völkerling, J./Hedemann, P.: Das ist schon sein 7. Opfer. In: BILD, 18.06.2005, S. 3.

bild_06_04_12_s3: Völkerling, J.: Döner-Killer holten Opfer Nr. 9. In: BILD, 12.04.2006, S. 3.

bild_06_04_13_s6: Völkerling, J.: Dieser Franke jagt die Döner-Killer. In: BILD, 13.04.2006, S. 6.

bild_06_04_26_s8: Völkerling, J.: 300 000 Euro Belohnung...für den, der die Döner-Killer (9 Tote) verrät. In: BILD, 26.04.2006, S. 8.

bild_06_07_14_s6: o.V.: Verfassungsschützer unter Mordverdacht. In: BILD, 14.07.2006, S. 6.

,NSU' – Zweite Phase

bild_11_11_7_s9: o.V.: Hier verbrennen zwei Bankräuber. In: BILD, 07.11.2011, S. 9.

bild_11_11_08_s3: Löhr, O./Schlitter, L./Wicking, M.: Verbrennen hier die Mörder der schönen Polizistin? In: BILD, 08.11.2011, S. 3.

bild_11_11_09_s3a: Löhr, O./Schlitter, L./Wicking, M.: Löst diese Frau das Rätsel um die tote Polizistin? In: BILD, 09.11.2011, S. 3.

bild_11_11_09_s3b: Wittmann, B.: Vor seinem Tod feuerte Vieth (†41) 16 Schüsse ab. In: BILD, 09.11.2011, S. 3.

bild_11_11_10_s3: Löhr, O./zu Castell, A./Wicking, M.: Die blutige Spur des Killer-Trios. In: BILD, 10.11.2011, S. 3.

bild_11_11_11_s6: o.V.: Elf Waffen im Haus des Killer-Trios! In: BILD, 11.11.2011, S. 6.

bild_11_11_12_s1: o.V.: Killer-Trio. Neun weitere Morde? In: BILD, 12.11.2011, S. 1.

bild_11_11_12_s7a: Löhr, O./Völkerling, J./Winterstein, T., et al.: Killer-Trio auch verantwortlich für die neun Döner-Morde? In: BILD, 12.11.2011, S. 7.

bild_11_11_12_s7b: o.V.: Diese Taten sollen sie verübt haben. In: BILD, 12.11.2011, S. 7.

bild_11_11_12_s7c: o.V.: Welche Rolle spielt der Verfassungsschutz? In: BILD, 12.11.2011, S. 7.

bild_11_11_14_s1: o.V.: Der kranke Hass der Nazi-Killer. In: BILD, 14.11.2011, S. 1.

bild_11_11_14_s2a: Müller-Vogg, H.: Ist das die braune RAF? In: BILD, 14.11.2011, S. 2.

bild_11_11_14_s2b: Wagner, F. J.: Braunes Terror-Pack. In: In: BILD, 14.11.2011, S. 2.

bild_11_11_14_s8a: o.V.: Bekenner-DVD! So filmten und verhöhnten die Täter ihre Opfer. In: BILD, 14.11.2011, S. 8.

bild_11_11_14_s8b: o.V.: Was ist der ‚Thüringer Heimatschutz‘? In: BILD, 14.11.2011, S. 8.

bild_11_11_14_s8c: o.V.: Rechte Gewalt im Osten steigt weiter. In: BILD, 14.11.2011, S. 8.

bild_11_11_14_s8d: o.V.: 11 Tote? Polizei prüft weiteren Döner-Mord. In: BILD, 14.11.2011, S. 8.

bild_11_11_14_s8e: o.V.: Polizei fasst Helfer der Killer-Bande. In: BILD, 14.11.2011, S. 8.

bild_11_11_14_s8f: Kiewel, M./Kurtz, M./Lemuth, C., et al.: Sie schossen ihren Opfern direkt ins Gesicht. In: BILD, 14.11.2011, S. 8.

bild_11_11_14_s9a: o.V.: ‚Nahe am Terror der RAF‘. In: BILD, 14.11.2011, S. 9.

bild_11_11_14_s9b: fsl: Schwerer Verdacht gegen den Verfassungsschutz. In: BILD, 14.11.2011, S. 9.

bild_11_11_14_s9c: o.V.: Warum hat niemand die braunen Mörder gestoppt, Herr Innenminister? In: BILD, 14.11.2011, S. 9.

bild_11_11_15_s1: o.V.: Geheimdienst-Skandal um Killer-Nazis! In: BILD, 15.11.2011, S. 1.

bild_11_11_15_s2: Wagner, F. J.: Liebe Opferfamilien der Killer-Nazis. In: BILD, 15.11.2011, S. 2.

bild_11_11_15_s8a: Castell, A./Kiewel, M./Kurtz, M., et al.: Hier wird der Komplize der Killer-Nazis verhaftet. In: BILD, 15.11.2011, S. 8.

bild_11_11_15_s8b: o.V.: Die 5 größten Rätsel der Todes-Serie. In: BILD, 15.11.2011, S. 8.

bild_11_11_15_s8c: Schneider, F./Vehlewald, H.-J./Wicking, M.: Verfassungsschützer beim Mord im Café des Opfers. In: BILD, 15.11.2011, S. 8.

bild_11_11_15_s9: o.V.: Jetzt klagen die Kinder der Opfer an. In: BILD, 15.11.2011, S. 9.

bild_11_11_16_s1: o.V.: Nazi-Aussteiger packt aus! In: BILD, 16.11.2011, S. 1.

bild_11_11_16_s2a: Elitz, E.: Schluss mit der Schlapphut-Provinz! In: BILD, 16.11.2011, S. 2.

bild_11_11_16_s2b: Wagner, F. J.: Unheimliche Beate Zschäpe. In: BILD, 16.11.2011, S. 2.

bild_11_11_16_s8a: Völkerling, J./Reichelt, TJ./Ley, J.: Die Nazi-Braut galt als heißer Feger. In: BILD, 16.11.2011, S. 8.

bild_11_11_16_s8b: o.V.: CDU will NPD-Verbot ‚prüfen‘. In: BILD, 16.11.2011, S. 8.

bild_11_11_16_s8c: o.V.: Ex-Verfassungsschutz-Chef gibt Polizei Schuld. In: BILD, 16.11.2011, S. 8.

bild_11_11_16_s8d: o.V.: Was dürfen V-Leute? In: BILD, 16.11.2011, S. 8.

bild_11_11_16_s8e: Harbusch, N./Kleine R./Schneider, F.: So berichtete BILD schon vor 5 Jahren. In: BILD, 16.11.2011, S. 8.

bild_11_11_16_s9a: Özök, E.: Wir müssen neue Morde verhindern! In: BILD, 16.11.2011, S. 9.

bild_11_11_16_s9b: o.V.: So brutal gingen die Killer-Nazis auf Raubzug. In: BILD, 16.11.2011, S. 9.

bild_11_11_16_s9c: o.V.: Westerwelle besucht türkische Gemeinde. In: BILD, 16.11.2011, S. 9.

bild_11_11_17_s1: o.V.: Die letzten Fotos der Killer-Nazis! In: BILD, 17.11.2011, S. 1.

bild_11_11_17_s2: Wagner, F. J.: Lieber Mesut Özil. In: BILD, 17.11.2011, S. 2.

bild_11_11_17_s9a: o.V.: Planten die Killer Attentate auf 88 Politiker? In: BILD, 17.11.2011, S. 9.

bild_11_11_17_s9b: o.V.: Angehörige der Nazi-Opfer im Schloss Bellevue. In: BILD, 17.11.2011, S. 9.

bild_11_11_17_s9c: o.V.: Verbrannten die Nazis hier neun Menschen? In: BILD, 17.11.2011, S. 9.

bild_11_11_17_s9d: o.V.: Hier erbeuteten die Killer-Nazis 70 000 Euro. In: BILD, 17.11.2011, S. 9.

bild_11_11_18_s1: o.V.: Nazi-Braut im Bett mit dem Killer! In: BILD, 18.11.2011, S. 1.

bild_11_11_18_s2: Wagner, F. J.: Liebe Bundestagsabgeordnete Montag und Uhl. In: BILD, 18.11.2011, S. 2.

bild_11_11_18_s9a: o.V.: Das Foto-Album der Nazi-Braut. In: BILD, 18.11.2011, S. 9.

bild_11_11_18_s9b: Vehlewald, H.-J.: ‚Die Täter hatten Komplizen‘. In: BILD, 18.11.2011, S. 9.

bild_11_11_19_s2: Kleine, R.: Das reicht nicht gegen Rechts! In: BILD, 19.11.2011, S. 2.

bild_11_11_19_s6a: o.V.: Killer-Nazis. Auch diese zwei unter Verdacht! In: BILD, 19.11.2011, S. 6.

bild_11_11_19_s6b: o.V.: Nazis verkaufen üble Hetz-T-Shirts. In: BILD, 19.11.2011, S. 6.

bild_11_11_19_s6c: o.V.: Minister plant Abwehrzentrum gegen Rechts. In: BILD, 19.11.2011, S. 6.

bild_11_11_19_s6d: o.V.: Noch mehr Pannen bei der Fahndung! In: BILD, 19.11.2011, S. 6.

bild_11_11_19_s6e: o.V.: War die Nazi-Braut beim Attentat auf Polizei-Chef Mannichl dabei? In: BILD, 19.11.2011, S. 6.

bild_11_11_19_s6f: o.V.: Neonazi-Band singt über Morde des Terror-Trios. In: BILD, 19.11.2011, S. 6.

bild_11_11_21_s8a: Kiewel, M./Rossberg, P./Völkerling, J.: Das Netzwerk des Nazi-Terrors. In: BILD, 21.11.2011, S. 8.

bild_11_11_21_s8b: o.V.: Neo-Nazis marschieren wieder. In: BILD, 21.11.2011, S. 8.

bild_11_11_21_s8c: o.V.: Die Mord-Waffe der Killer kostete 750 Euro. In: BILD, 21.11.2011, S. 8.

bild_11_11_21_s8d: o.V.: Wissen Sie mehr zum braunen Sumpf? In: BILD, 21.11.2011, S. 8.

bild_11_11_22_s1: o.V.: Tote-Polizistin kannte die Killer-Nazis! In: BILD, 22.11.2011, S. 1.

bild_11_11_22_s9a: o.V.: Killer-Nazi feierte im Dorf der Polizistin. In: BILD, 22.11.2011, S. 9.

bild_11_11_22_s9b: o.V.: War die Nazi-Braut dabei, als ihre Komplizen starben? In: BILD, 22.11.2011, S. 9.

bild_11_11_22_s9c: fsl: 12 Verdächtige. Killer-Bande ist noch viel größer! In: BILD, 22.11.2011, S. 9.

bild_11_11_23_s2a: Wagner, F. J.: Ihr V-Leute. In: BILD, 23.11.2011, S. 2.

bild_11_11_23_s2b: KAR: BILD und Hürriyet ausgezeichnet. In: BILD, 23.11.2011, S. 2.

bild_11_11_23_s8a: o.V.: Traf die Polizistin ihre Mörder in diesem Gasthof? In: BILD, 23.11.2011, S. 8.

bild_11_11_23_s8b: o.V.: Vermögen beim Terror-Helfer entdeckt. In: BILD, 23.11.2011, S. 8.

bild_11_11_23_s8c: Schuler, R.: Kanzlerin trauert im Bundestag um die Opfer. In: BILD, 23.11.2011, S. 8.

bild_11_11_23_s8d: o.V.: Vor ihrem Tod schossen die Killer-Nazis auf die Polizei. In: BILD, 23.11.2011, S. 8.

bild_11_11_24_s8a: o.V.: Was dürfen V-Leute und wie viel Geld kriegen sie? In: BILD, 24.11.2011, S. 8.

bild_11_11_24_s8b: Kiewel, M./Rossberg, P./Solms-Laubach, F., et al.: So leben Neo-Nazis von unseren Steuergeldern. In: BILD, 24.11.2011, S. 8.

bild_11_11_24_s8c: o.V.: Kretschmann auf Todesliste des Terror-Trios. In: BILD, 24.11.2011, S. 8.

bild_11_11_24_s8d: o.V.: Kanzlerin verliest Opfer-Namen im Bundestag. In: BILD, 24.11.2011, S. 8.

bild_11_11_24_s8e: o.V.: Entschädigung auch für Opfer der Nagel-Bombe. In: BILD, 24.11.2011, S. 8.

bild_11_11_24_s8f: o.V.: Zerstörtes Haus der Killer-Nazis wird abgerissen. In: BILD, 24.11.2011, S. 8.

bild_11_11_24_s8g: o.V.: Spitzel verriet nur ‚lapidares Zeug‘. In: BILD, 24.11.2011, S. 8.

bild_11_11_25_s1: o.V.: Nächster Nazi im Knast. In: BILD, 25.11.2011, S. 1.

bild_11_11_25_s8a: o.V.: Zentrale Gedenkfeier für Opfer der Killer-Nazis. In: BILD, 25.11.2011, S. 8.

bild_11_11_25_s8b: o.V.: Innenminister lässt Mordserie von Kommission untersuchen. In: BILD, 25.11.2011, S. 8.

bild_11_11_25_s8c: o.V. Verfassungsschützer lassen V-Leute überprüfen. In: BILD, 25.11.2011, S. 8.

bild_11_11_25_s8d: o.V.: Nächster Nazi verhaftet! In: BILD, 25.11.2011, S. 8.

bild_11_11_25_s8e: o.V.: Nazi-Braut fuhr mit der BahnCard der Ehefrau. In: BILD, 25.11.2011, S. 8.

bild_11_11_25_s8f: o.V.: Warum greift jetzt die GSG 9 ein? In: BILD, 25.11.2011, S. 8.

bild_11_11_26_s8a: o.V.: Steckt ein europaweites Netzwerk hinter den Morden? In: BILD, 26.11.2011, S. 8.

bild_11_11_26_s8b: o.V.: Nazi-Braut wird keine Kronzeugin. In: BILD, 26.11.2011, S. 8.

bild_11_11_26_s8c: o.V.: 77 Prozent der Deutschen für Verbot der NPD. In: BILD, 26.11.2011, S. 8.

bild_11_11_28_s8a: o.V.: Killer-Nazis von diesem Spitzel enttarnt. In: BILD, 28.11.2011, S. 8.

bild_11_11_28_s8b: o.V.: Neonazi-Verdacht bei der CDU in Kassel. In: BILD, 28.11.2011, S. 8.

bild_11_11_30_s2: Wagner, F. J.: Massenmörder Anders Breivik. In: BILD, 30.11.2011, S. 2.

bild_11_11_30_s6: o.V.: Hier wandert der nächste Nazi in den Knast. In: BILD, 30.11.2011, S. 6.

bild_11_12_01_s2: Özkök, E.: Die richtige Reaktion auf die Killer-Nazis! In: BILD, 01.12.2011, S. 2.

bild_11_12_01_s7: o.V.: Haben Verfassungsschützer beim Polizisten-Mord zugesehen? In: BILD, 01.12.2011, S. 7.

bild_11_12_02_s2: Wagner, F. J.: Lieber BKA-Chef Jörg Ziercke. In: BILD, 02.12.2011, S. 2.

bild_11_12_02_s8a: o.V.: Die Waffen der Killer-Nazis. In: BILD, 02.12.2011, S. 8.

bild_11_12_02_s8b: o.V.: Ministerpräsident fordert NPD-Verbot. In: BILD, 02.12.2011, S. 8.

bild_11_12_03_s6: o.V.: Experte glaubt: Nazi-Terroristen mordeten als Auftrags-Killer! In: BILD, 03.12.2011, S. 6.

bild_11_12_05_s8: o.V.: Das perverse Monopoly-Spiel der Killer-Nazis. In: BILD, 05.12.2011, S. 8.

bild_11_12_12_s1: o.V.: Nächster Nazi-Terrorhelfer in Haft! In: BILD, 12.12.2011, S. 1.

bild_11_12_12_s2: Müller-Vogg, H.: Stoppt die Stümper-Spitzel! In: BILD, 12.12.2011, S. 2.

bild_11_12_14_s1: Solms-Laubach, F.: Nazi-Bekennervideos mit Hass-Botschaft! In: BILD, 14.12.2011, S. 1.

bild_11_12_15_s1: ab: Grüne fordern Ausschuss zu Nazi-Terror. In: BILD, 15.12.2011, S. 1.

bild_11_12_16_s3: o.V.: Packt die Nazi-Braut doch noch aus? In: BILD, 16.12.2011, S. 3.

bild_11_12_17_s7a: Kiewel, M./Rossberg, P.: Dieser Anwalt ist ein Nazi-Hetzer. In: BILD, 17.12.2011, S. 7.

bild_11_12_17_s7b: o.V.: Vater von Killer-Nazi will sich entschuldigen. In: BILD, 17.12.2011, S. 7.

bild_11_12_19_s1: o.V.: Steuergeld für falsche Pässe der Killer-Nazis. In: BILD, 19.12.2011, S. 1.

bild_11_12_20_s8: o.V.: Nur ein Jahr Haft für die Nazi-Braut? In: BILD, 20.12.2011, S. 8.

bild_11_12_28_s1: o.V.: Haft-Verschonung für Nazi-Braut? In: BILD, 28.12.2011, S. 1.

bild_11_12_31_s3: o.V.: Haftersleichterung für Beate Zschäpe. In: BILD, 31.12.2011, S. 3.

bild_12_01_09_s9: o.V.: Bauten die Killer-Nazis auch diese Selbstschuss-Anlage? In: BILD, 09.01.2012, S. 9.

bild_12_01_10_s3: o.V.: Bingen Killer-Nazis noch einen Mord? In: BILD, 10.01.2012, S. 3.

bild_12_01_12_s1: o.V.: Türken haben Angst vor weiteren Nazi-Morden. In: BILD, 12.01.2012, S. 1.

bild_12_01_18_s1: o.V.: „Döner-Morde“ ist „Unwort des Jahres“. In: BILD, 18.01.2012, S. 1.

bild_12_01_23_s3: o.V.: Ermittler erkannte Beate Zschäpe nicht. In: BILD, 23.01.2012, S. 3.

bild_12_01_26_s1: o.V.: Razzia bei vier Helfern der Killer-Nazis. In: BILD, 26.01.2012, S. 1.

bild_12_02_02_s9: o.V.: GSG9 nimmt angeblichen Helfer der Killer-Nazis fest. In: BILD, 02.02.2012, S. 9.

bild_12_02_06_s3: o.V.: Socken überführen Nazi-Braut. In: BILD, 06.02.2012, S. 3.

bild_12_02_09_s2: fsl: Experten-Team untersucht Nazi-Morde. In: BILD, 09.02.2012, S. 2.

bild_12_02_16_s3: o.V.: BKA will nicht für Katzen von Nazi-Braut Zschäpe zahlen. In: BILD, 16.02.2012, S. 3.

bild_12_02_23_s1: o.V.: Schweige-Minute heute um 12 Uhr. In: BILD, 23.02.2012, S. 1.

bild_12_02_24_s1: o.V.: Neonazi-Helfer lieferte Tatwaffe. In: BILD, 24.02.2012, S. 1.

bild_12_02_24_s2a: Elitz, E.: Wir müssen Vorbild sein. In: BILD, 24.02.2012, S. 2.

bild_12_02_24_s2b: Baldauf, A.: „Diese Morde sind eine Schande für unser Land“. In: BILD, 24.02.2012, S. 2.

bild_12_02_24_s2c: nik.: „Bin ich in Deutschland noch zu Hause?“ In: BILD, 24.02.2012, S. 2.

bild_12_02_24_s2d: o.V.: Joachim Gauck: Nur als Guest in der ersten Reihe. In: BILD, 24.02.2012, S. 2.

bild_12_02_24_s2e: o.V.: Die 10 Opfer der Killer-Nazis. In: BILD, 24.02.2012, S. 2.

bild_12_03_21_s3: Wagner, F. J.: Liebe Franzosen. In: BILD, 21.03.2012, S. 3.

bild_12_03_26_s7: o.V.: Nazi-Braut soll an Morden beteiligt gewesen sein. In: BILD, 26.03.2012, S. 7.

bild_12_04_19_s3: o.V.: Beate Zschäpe wusste von den Nazi-Morden. In: BILD, 12.04.2012, S. 3.

bild_12_04_25_s3: o.V.: Unterschlupf der Killer-Nazis wird abgerissen. In: BILD, 25.04.2012, S. 3.

bild_12_05_04_s3: o.V.: Fahnder durchsuchten NPD-Büro. In: BILD, 04.05.2012, S. 3.

bild_12_05_09_s3: Schlächter, L./Kiewel, M.: BKA veröffentlicht Urlaubsfotos der Killer-Nazis. In: BILD, 09.05.2012, S. 3.

bild_12_06_15_s3: o.V.: Fahnder beauftragten Geister-Beschwörer. In: BILD, 15.06.2012, S. 3.

bild_12_06_30_s3: fsl: Ermittlungen gegen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. In: BILD, 30.06.2012, S. 3.

bild_12_07_02_s4: fsl: Friedrich verlangt Bericht des Verfassungsschutzes. In: BILD, 02.07.2012, S. 4.

bild_12_07_03_s2: Koch, E./Solms-Laubach, F.: Oberster Verfassungsschützer tritt zurück! In: BILD, 03.07.2012, S. 2.

bild_12_07_05_s4: o.V.: Hat ein Verfassungsschützer NSU-Mord begangen? In: BILD, 05.07.2012, S. 4.

bild_12_07_06_s2a: Elitz, E.: Den Sumpf austrocknen! In: BILD, 06.07.2012, S. 2.

bild_12_07_06_s2b: Solms-Laubach, F./Rossberg, P.: Verfassungsschutz versinkt im Skandal-Sumpf. In: BILD, 06.07.2012, S. 2.

bild_12_07_06_s2c: o.V.: Dieser Verfassungsschützer war am Tat-Tag im Mord-Café. In: BILD, 06.07.2012, S. 2.

bild_12_07_30_s6: Koch, E.: Killer-Nazis: Führt eine Spur zum deutschen Ku-Klux-Klan? In: BILD, 30.07.2012, S. 6.

bild_12_08_01_s2: Solms-Laubach, F.: Neuer Verfassungsschutz-Chef will NSU-Affäre aufklären. In: BILD, 01.08.2012, S. 2.

bild_12_08_02_s3: o.V.: Minister lässt Ku-Klux-Klan-Affäre prüfen. In: BILD, 02.08.2012, S. 3.

bild_12_09_15_s6: Schlächter, L./Rossberg, P./Kiewel, M.: Die Killer-Nazis und der Verfassungsschutz. In: BILD, 15.09.2012, S. 6.

bild_12_10_05_s6: Stampflemeier, N.: Knast-Bus fährt Nazi-Braut zum Familien-Besuch. In: BILD, 05.10.2012, S. 6.

bild_12_10_16_s3: Brekenkamp, M.: Neonazi-Rocker wegen Volksverhetzung verurteilt. In: BILD, 16.10.2012, S. 3.

bild_12_11_03_s7a: Ley, J./Rossberg, P.: Die letzten Stunden im Leben der Killer-Nazis. In: BILD, 03.11.2012, S. 7.

bild_12_11_03_s7b: o.V.: Anklage gegen Beate Zschäpe steht bevor. In: BILD, 03.11.2012, S. 7.

bild_12_11_05_s6a: Ley, J./Rossberg, P.: So normal lebten die Killer-Nazis. In: BILD, 05.11.2012, S. 6.

bild_12_11_05_s6b: fsl: Noch ein Fall von Schlammerei im NSU-Skandal? In: BILD, 05.11.2012, S. 6.

FAZ

Oktoberfestattentat

faz_80_09_29: Fromme, F. K.: Die Wehrsportgruppe Hoffmann. In: FAZ, 29.09.1980, S. 3.

faz_80_09_29b: Tgn: Rechtsextremisten und Rohrbomben. In: FAZ, 29.09.1980, S. 3.

faz_80_09_29c: B.H.: Der Münchener Oktoberfest-Mord eine Tat von Rechtsextremisten. In: FAZ, 29.09.1980, S. 1.

faz_80_09_29d: Finkenzeller, R.: Und Stunden nach dem Blutbad drehen sich wieder Karussells. In: FAZ, 29.09.1980, S. 3.

faz_80_09_29e: o.V.: Stimmen der Anderen. In: FAZ, 29.09.1980, S. 2.

faz_80_09_29f: W.A.: Stockholm: Bier und Gewalt. In: FAZ, 29.09.1980, S. 2.

faz_80_09_30: fr.: Er weiß alles. In: FAZ, 30.09.1980, S. 12.

faz_80_09_30b: Busche, J.: Haß auf bürgerliche Politik – die andere Seite. In: FAZ, 30.09.1980, S. 3.

faz_80_09_30c: my: Auseinandersetzung in Bonn um den Anschlag in München. In: FAZ, 30.09.1980, S. 3.

faz_80_09_30d: o.V.: Stimmen der Anderen. In: FAZ, 30.09.1980, S. 2.

faz_80_09_30e: B.H.: Köhler galt als Eigenbrötler. In: FAZ, 30.09.1980, S. 2.

faz_80_09_30f: Fin: Heftige Vorwürfe Tandlers. In: FAZ, 30.09.1980, S. 1.

faz_80_09_30g: R.G.: War der Münchener Bombenleger ein Einzeltäter? Sechs Festgenommene freigelassen. In: FAZ, 30.09.1980, S. 1.

faz_80_09_30h: py: SPD: Günstiges Klima für Neonazis in Frankfurt. In: FAZ, 30.09.1980, S. 29.

faz_80_10_01: Fin: „Jede Gewalt nach einheitlichen Maßstäben ächten“. In: FAZ, 01.10.1980, S. 6.

faz_80_10_01b: AP/Reuters/dpa: Trauerfeier für die Opfer des Münchener Anschlags. In: FAZ, 01.10.1980, S. 1.

faz_80_10_01c: Fin: Ein weiteres Todesopfer bei dem Anschlag in München. In: FAZ, 01.10.1980, S. 1.

faz_80_10_02: Fin: Tandler verlangt Widerruf. In: FAZ, 02.10.1980, S. 2.

faz_80_10_02b: hls: Vogel verteidigt Rebmann gegen Vorwürfe Tandlers. In: FAZ, 02.10.1980, S. 2.

faz_80_10_02c: Fin: Ein weiteres Todesopfer bei dem Anschlag in München. In: FAZ, 02.10.1980, S. 1.

faz_80_10_03: Gz: Erstmals Kommentar der DDR zum Münchener Terror-Anschlag. In: FAZ, 03.10.1980, S. 3.

faz_80_10_04: Meyer, T.: Die alten Rechtsextremisten sind den jungen zu zahm. In: FAZ, 04.10.1980, S. 4.

faz_80_10_04b: fr: Nach dem Anschlag in München. In: FAZ, 04.10.1980, S. 4.

faz_80_10_04c: AP: 400 Hinweise nach dem Münchener Terroranschlag. In: FAZ, 04.10.1980, S. 4.

faz_80_10_06: fh: Protest gegen den Anschlag von München. In: FAZ, 06.10.1980, S. 22.

faz_80_10_08: Ehrlich, E. L.: Mit der PLO. In: FAZ, 08.10.1980, S. 11.

faz_80_10_09: AP: 500 000 Mark für die Opfer des Terroranschlags gespendet. In: FAZ, 09.10.1980, S. 4.

faz_80_10_10: Fin: Neue Fahndungsergebnisse in München. In: FAZ, 10.10.1980, S. 1.

faz_80_10_11: AP: „Strauß soll vor dem Sicherheitsausschuß berichten“. In: FAZ, 11.10.1980, S. 5.

faz_80_10_15: Busche, J.: Nicht Schriften, sondern Uniformstücke und Orden. In: FAZ, 15.10.1980, S. 12.

faz_80_10_20: AP: Bayerns SPD nennt den Umgang mit Spenden einen Skandal. In: FAZ, 20.10.1980, S. 4.

faz_80_10_21: Finkenzeller, R.: Überstunden in der Münchener Franziskanerstraße. In: FAZ, 21.10.1980, S. 5.

faz_80_10_21b: dpa: Baum: Zunehmende Neigung zu Gewalt bei Rechtsextremisten. In: FAZ, 21.10.1980, S. 3.

faz_80_11_07: Fromme, F. K.: Gewalttätig, ohne Ideologie, knapp bei Kasse. In: FAZ, 07.11.1980, S. 7.

faz_80_11_07b: fr: Karlsruhe verhandelt über Klage der Wehrsportgruppe. In: FAZ, 07.11.1980, S. 1.

faz_80_11_14: dpa: Rebmann: Gundolf Köhler war der Attentäter von München. In: FAZ, 13.11.1980, S. 4.

faz_80_11_25: fr: Heute Verhandlung über die „Wehrsportgruppe Hoffmann“. In: FAZ, 25.11.1980, S. 1.

faz_80_11_26: fr: Struktur und Ziele der Wehrsportgruppe. In: FAZ, 26.11.1980, S. 4.

faz_80_11_26b: Fromme, K. F.: Der Chef kocht selbst. In: FAZ, 26.11.1980, S. 4.

faz_80_11_27: Fromme, K. F.: Streitbar gegen Rechts? In: FAZ, 27.11.1980, S. 12.

faz_80_12_03: hach: Wehrsportgruppe Hoffmann bleibt verboten. In: FAZ, 03.12.1980, S. 4.

faz_80_12_27: o.V.: Chronik 1980. In: FAZ, 27.12.1980, S. BuZ3.

faz_80_12_29: fr: Waffenschiebereien und das bunte Umfeld des Rechtsextremismus. In: FAZ, 29.12.1980, S. 3.

faz_81_02_19: tk: Rechtsradikale verteilen Pamphlet an Schulen. In: FAZ, 19.02.1981, S. 28.

faz_81_04_04: Fromme, K. F.: Auf gut preußischem Fundament. In: FAZ, 04.04.1981, S. BuZ1.

faz_81_04_09: fr: „Mildere Mittel standen nicht zur Verfügung“. In: FAZ, 04.04.1981, S. 7.

faz_81_05_06: F.A.Z.: Schnelle Hilfe nach Bombenanschlag. In: FAZ, 06.05.1981, S. 31.

faz_81_05_08: bw: Über den Fußball zur Wehrsportgruppe. In: FAZ, 08.05.1981, S. 57.

faz_81_05_30: Ih: Jugendstrafe für Rocker. In: FAZ, 30.05.1981, S. 32.

faz_81_06_04: dpa: Das Bombenattentat von München bleibt unaufgeklärt. In: FAZ, 04.06.1981, S. 6.

faz_81_06_19: dpa: Führer der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ verhaftet. In: FAZ, 19.06.1981, S. 6.

faz_81_06_23: AP: Neue Erkenntnisse über Hoffmann. In: FAZ, 23.06.1981, S. 5.

faz_81_06_24: AP: Suche nach Waffen der „Wehrsportgruppe“. In: FAZ, 24.06.1981, S. 3.

faz_81_07_02: AP: Mordplan der „Wehrsportgruppe Hoffmann“? In: FAZ, 02.07.1981, S. 6.

faz_81_07_03: Me: Terror-Verbund. In: FAZ, 03.07.1981, S. 10.

faz_81_07_03b: dpa: Keine Anhaltspunkte für Mordbeteiligung Hoffmanns. In: FAZ, 03.07.1981, S. 5.

faz_81_08_08: ban: DKP-Erfolge mit der „Friedens“-Kampagne, steigende Gewalt-Bereitschaft auf der Rechten. In: FAZ, 08.08.1981, S. 5.

faz_81_08_25: AP: Weiter Hader um Gedenkstein für Oktoberfest-Attentat. In: FAZ, 25.08.1981, S. 8.

faz_81_09_08: Lgn: Mordverdacht gegen Hoffmann offenbar erhärtet. In: FAZ, 08.09.1981, S. 1.

faz_81_09_16: Uffhausen, H.: Gilt auch für Hoffmann. In: FAZ, 16.09.1981, S. 11.

faz_81_09_18: Fin: Rebmann: Wahrscheinlich beging Köhler den Anschlag allein. In: FAZ, 18.09.1981, S. 3.

faz_81_09_23: ban: Wernitz warnt vor Terror von rechts. In: FAZ, 23.09.1981, S. 4.

Rostock-Lichtenhagen

faz_92_08_06b: Dt: Wolfsburg weist Zigeuner ab. In: FAZ, 06.08.1992, S. 4.

faz_92_08_25: Leithäuser, J.: Der Senat in Rostock glaubt an eine sorgfältige Vorbereitung der Krawalle. In: FAZ, 25.08.1992, S. 3.

faz_92_08_25b: fr: Zwischen zwei Fronten. In: FAZ, 25.08.1992, S. 1.

faz_92_08_25c: Lt: ,In Rostock Angst und ernstzunehmender Ärger'. In: FAZ, 25.08.1992, S. 1.

faz_92_08_26: Speicher, S.: In der brutalen Stimmung der Anarchie schwimmen die Randalierer wie Fische im Wasser. In: FAZ, 26.08.1992, S. 3.

faz_92_08_26b: Lt: 11 000 Asylbewerber in Mecklenburg. In: FAZ, 26.08.1992, S. 3.

faz_92_08_26c: Lt: In Rostock wieder Flammen und Gewalt. Verstärkung der Polizei versprochen. In: FAZ, 26.08.1992, S. 1.

faz_92_08_27: Leithäuser, J.: Die Sehnsucht nach neuem Halt tobt sich im brutalen Abenteuer aus. In: FAZ, 27.08.1992, S. 3.

faz_92_08_27b: fy: Die rechtsradikalen Schläger in Rostock drohen mit Unruhen bis zum 1. September. In: FAZ, 27.08.1992, S. 1.

faz_92_08_28: Lt: Streit in Schwerin um den Innenminister. In: FAZ, 28.08.1992, S. 3.

faz_92_08_28b: Dt: Giftiges Süppchen. In: FAZ, 28.08.1992, S. 3.

faz_92_08_28c: o.V.: Stimmen der Anderen. In: FAZ, 28.08.1992, S. 2.

faz_92_08_28d: F.A.Z.: Haftbefehle gegen die Gewalttäter von Rostock. In: FAZ, 28.08.1992, S. 1.

faz_92_08_29: dpa: Verlagerung: Hinrichshagen und Greifswald. In: FAZ, 29.08.1992, S. 2.

faz_92_08_29b: Lt: Landtagsausschuß soll Rostocker Krawalle erforschen. In: FAZ, 29.08.1992, S. 1.

faz_92_08_30: F.A.Z.: In Rostock randalieren nun die ,Autonomen'. In: FAZ, 30.08.1992, S. 1.

faz_92_08_31: dpa/AP: Polizei verhindert Übergriffe in zahlreichen Städten. In: FAZ, 31.08.1992, S. 1.

faz_92_09_02: von Altenbockum, J.: Im ausgebrannten Jugendhaus von Groß-Klein zeigen die Kids an die Wand – dort steht: Total Normal. In: FAZ, 02.09.1992, S. 4.

faz_92_09_05: F.A.Z.: Die Krawalle rechtsradikaler Banden findet kein Ende. In: FAZ, 05.09.1992, S. 1.

faz_92_09_15: F.A.Z.: Drei Wochen Jugendarrest. In: FAZ, 15.09.1992, S. 5.

faz_92_09_18: dpa: Wieder Überfälle auf Asylbewerber. In: FAZ, 18.09.1992, S. 4.

faz_92_10_22: Leithäuser, J.: Die Goldberger fürchten um die Trumpfkarte im Spiel um ihre Zukunft. In: FAZ, 22.10.1992, S. 3.

faz_92_10_23: dpa: Ein Jahr Haft für Randalierer in Rostock-Lichtenhagen. In: FAZ, 23.10.1992, S. 1.

faz_92_10_24: Lt: Beweisaufnahme in Rostock. In: FAZ, 24.10.1992, S. 4.

faz_92_11_03: dpa: Eklat beim Besuch Bubis' in Rostock. In: FAZ, 03.11.1992, S. 4.

faz_92_11_07: Lt: ,Rostocker Behörden nicht verantwortlich'. In: FAZ, 07.11.1992, S. 4.

faz_92_11_12: Geyer, C.: Vielen Dank nach Bonn. In: FAZ, 12.11.1992, S. 33.

faz_92_11_24: Krause, T.: Rechtsextrem oder einfach ,geil auf Gewalt'? In: FAZ, 24.11.1992, S. 37.

faz_92_11_24b: Lt: Seite: Polizeiliche Führungsfehler. Kupfer wehrt sich gegen Vorwürfe. In: FAZ, 24.11.1992, S. 2.

faz_92_12_03: ban: Der Abzug der Asylbewerber aus Hoyerswerda und Rostock als Ermutigung. In: FAZ, 03.12.1992, S. 6.

faz_92_12_05: Lt: Polizei und Feuerwehr zeitweise desorientiert. In: FAZ, 05.12.1992, S. 4.

faz_92_12_21: Schirrmacher, F.: Gewalt in den Medien. In: FAZ, 21.12.1992, S. 1.

faz_93_01_04: Adam, K.: Die verlassene Generation. In: FAZ, 04.01.1993, S. 27.

faz_93_01_07: Libbert, E.: Wie auseinanderwächst, was zusammengehört. In: FAZ, 07.01.1993, S. 26.

faz_93_01_30: Lt: Kupfer fühlt sich frei von Verantwortung für die Krawalle in Rostock. In: FAZ, 30.01.1993, S. 4.

faz_93_02_13: o.V.: Arg spät. In: FAZ, 13.02.1993, S. 2.

faz_93_02_23: Reuter: Rostocker Gewalttäter wegen Mordversuchs vor Gericht. In: FAZ, 23.02.1993, S. 2.

faz_93_02_24: F.A.Z.: Angeklagter im Rostock-Prozeß bestreitet versuchten Mord. In: FAZ, 24.02.1993, S. 1.

faz_93_03_13: AFP/dpa: In Rostock gab es keine ‚Waffenruhe‘. In: FAZ, 13.03.1993, S. 2.

faz_93_05_21: dpa: Bewährung und Geldstrafe für Randalierer in Rostock. In: FAZ, 21.05.1993, S. 6.

faz_93_05_24: Müller, C. P.: Gewalt von rechts und links. In: FAZ, 24.05.1993, S. 14.

faz_93_08_23: Einsatz der Polizei gegen Extremisten. In: FAZ, 23.08.1993, S. 4.

faz_93_08_23b: Leithäuser, J.: Rostock betrachtet sich als weltoffene Stadt mit Seefahrer-Tradition. In: FAZ, 23.08.1993, S. 3.

,NSU‘ – Erste Phase

faz_05_06_20: ddp: Neue Phantombilder der Soko ‚Halbmond‘. In: FAZ, 20.06.2005, S. 9.

faz_06_04_11: lhe: Neuntes Opfer in Kassel. In: FAZ, 11.04.2006, S. 57.

faz_06_04_12: lhe: Neun Tote, eine Pistole und kein Motiv. In: FAZ, 12.04.2006, S. 57.

faz_06_04_13: lhe: Mordserie: Keine neuen Erkenntnisse. In: FAZ, 13.04.2006, S. 64.

faz_06_04_15: lhe: Auf der Suche nach der heißen Spur. In: FAZ, 15.04.2006, S. 72.

faz_06_04_19: lhe: Mordserie: Polizei kommt nicht weiter. In: FAZ, 19.04.2006, S. 53.

faz_06_04_27: dpa: Kurze Meldungen. In: FAZ, 27.04.2006, S. 9.

faz_06_06_20: lhe: Kurze Meldungen. In: FAZ, 20.06.2006, S. 66.

faz_06_07_15: Frasch, T.: Verfassungsschützer unter Mordverdacht. In: FAZ, 15.07.2006, S. 9.

faz_06_07_15b: lhe: Mordserie: Agent verdächtig. In: FAZ, 15.07.2006, S. 70.

faz_07_08_01: Krüger, K.: Die Soko Bosporus und die ‚Jagd nach dem Phantom‘. In: FAZ, 01.08.2007, S. 36.

faz_08_02_01: dpa: Keine Spur bei ‚Dönermorden‘. In: FAZ, 01.02.2008, S. 62.

faz_09_12_14: ddp: Neue Spur bei mysteriösen ‚Döner-Morden‘. In: FAZ, 14.12.2009, S. 9.

faz_09_12_14b: F.A.Z.: ‚Döner-Morde‘-Spur führt zur Wettsmafia. In: FAZ, 14.12.2006, S. 1.

faz_10_01_02: lhe: Alte Fälle im neuen Jahr. In: FAZ, 02.01.2010, S. 57.

faz_10_01_02b: Ashelm, M.: Fußballprofis im Zockermilieu. In: FAZ, 02.01.2010, S. 29.

,NSU‘ – Zweite Phase

faz_11_11_08: rso: Dienstwaffe der in Heilbronn getöteten Beamtin gefunden. In: FAZ, 08.11.2011, S. 8.

faz_11_11_09: Klaubert, D./Müller, C. P./Schilder, P., et al.: Ist die Tat von Heilbronn nun wirklich aufgeklärt? In: FAZ, 09.11.2011, S. 9.

faz_11_11_09b: rso/cpm: Polizistenmord von Heilbronn gilt als aufgeklärt. In: FAZ, 09.11.2011, S. 1.

faz_11_11_10: Müller, C. P./Soldt, R.: Die Verdächtige schweigt. In: FAZ, 10.11.2011, S. 9.

faz_11_11_12: cpm/wer/klau: Die schlimmste Mordserie der nulter Jahre aufgeklärt. In: FAZ, 12.11.2011, S. 8.

faz_11_11_12b: F.A.Z.: Mutmaßliche Polizistenmörder auch der ‚Döner-Morde‘ verdächtigt. In: FAZ, 12.11.2011, S. 1.

faz_11_11_14: Klaubert, D.: Getrieben vom Hass. In: FAZ, 14.11.2011, S. 3.

faz_11_11_14b: frs: Neues Phänomen. In: FAZ, 14.11.2011, S. 2.

faz_11_11_14c: sat/bin: Friedrich: Neue Form des rechtsextremistischen Terrorismus. In: FAZ, 14.11.2011, S. 1.

faz_11_11_15: F.A.Z.: Ermittler suchen nach Mittätern des NSU. In: FAZ, 15.11.2011, S. 4.

faz_11_11_15b: Burger, R./Klaubert, D.: Viele Wege ins Extreme. In: FAZ, 15.11.2011, S. 4.

faz_11_11_15c: Carstens, P.: Der Verfassungsschutz und die V-Leute. In: FAZ, 15.11.2011, S. 4.

faz_11_11_15d: Iskandar, K.: Verdächtiger Verfassungsschützer. In: FAZ, 15.11.2011, S. 4.

faz_11_11_15e: Jäger, L.: Morde, auf einer DVD betrachtet. In: FAZ, 15.11.2011, S. 33.

faz_11_11_15f: F.A.Z.: Die Kritik am Verfassungsschutz wächst. In: FAZ, 15.11.2011, S. 1.

faz_11_11_16: Carstens, P.: Im Zweifel gegen den Zweifel. In: FAZ, 16.11.2011, S. 3.

faz_11_11_16b: holl/isk: Verfassungsschützer hatte ‚rechte Gesinnung‘. In: FAZ, 16.11.2011, S. 2.

faz_11_11_16c: Iskandar, K.: Mit ruhiger Hand. In: FAZ, 16.11.2011, S. 10.

faz_11_11_16d: Müller, R.: Loyalitätsansprüche. In: FAZ, 16.11.2011, S. 10.

faz_11_11_16e: pca/löw/cpm: Unterstützung für neues NPD-Verbotsverfahren wächst. In: FAZ, 16.11.2011, S. 1.

faz_11_11_17: isk/ler: ‚Haben nichts zu verbergen‘. In: FAZ, 17.11.2011, S. 2.

faz_11_11_17b: cpm/pca/vL: Sondersitzung in Berlin zur ‚Pannen- und Fehleranalyse‘. In: FAZ, 17.11.2011, S. 1.

faz_11_11_18: rso: Range ins Amt eingeführt. In: FAZ, 18.11.2011, S. 7.

faz_11_11_18b: Carstens, P.: Tiefbraune Realitäten. In: FAZ, 18.11.2011, S. 6.

faz_11_11_18c: pca/rso/holl: Generalbundesanwalt verteidigt Verfassungsschutz. In: FAZ, 18.11.2011, S. 1.

faz_11_11_19: Carstens, P.: Mehr Kooperation, mehr Durchblick? In: FAZ, 19.11.2011, S. 2.

faz_11_11_19b: Hefty, G. P.: Gewissenhaft. In: FAZ, 19.11.2011, S. 12.

faz_11_11_19c: ban/pca/holl: Abwehrzentrum von BKA und Verfassungsschutz gegen Rechtsextreme. In: FAZ, 19.11.2011, S. 1.

faz_11_11_20: Wehner, M.: Durch das Land führt eine blutige Spur. In: FAZ, 20.11.2011, S. 2.

faz_11_11_20b: Richter, P.: Nackte Wahrheiten. In: FAZ, 20.11.2011, S. 49.

faz_11_11_21: Carstens, P.: Viele Wege führen ins Nichts. In: FAZ, 21.11.2011, S. 4.

faz_11_11_21b: pca: Lammert: Gedenkveranstaltung für Opfer des NSU. In: FAZ, 21.11.2011, S. 1.

faz_11_11_22: Li: Namensschändung. In: FAZ, 22.11.2011, S. T1.

faz_11_11_22b: Carstens, P.: Mit viel Hilfe von den Kameraden. In: FAZ, 22.11.2011, S. 4.

faz_11_11_22c: pca: Friedrich: Ermordete Polizistin wohl kein Zufallsopfer. In: FAZ, 22.11.2011, S. 1.

faz_11_11_23: Soldt, R.: Von Phantomen und Zufällen. In: FAZ, 23.11.2011, S. 2.

faz_11_11_24: Schilder, P.: Die Stadt mit Loch. In: FAZ, 24.11.2011, S. 4.

faz_11_11_24b: pca: SPD bietet Zusammenarbeit an. In: FAZ, 24.11.2011, S. 4.

faz_11_11_24c: Carstens, P.: Nicht länger Zuschauer. In: FAZ, 24.11.2011, S. 10.

faz_11_11_25: pca/löw: Friedrich setzt Kommission ein. In: FAZ, 25.11.2011, S. 6.

faz_11_11_25b: pca: NSU-Helfer festgenommen. In: FAZ, 25.11.2011, S. 6.

faz_11_11_26: Platzdasch, G.: Wo alles begann. In: FAZ, 26.11.2011, S. 44.

faz_11_11_27: Wehner, M.: Schießen lernen in Südafrika? In: FAZ, 27.11.2011, S. 6.

faz_11_12_01: pca/sat: Zuversicht in der Politik für NPD-Verbot wächst. In: FAZ, 01.12.2011, S. 2.

faz_11_12_02: pca/Mü: Bundesweiter Fahndungsauftruf zur Aufklärung rechtsextremer Straftaten. In: FAZ, 02.12.2011, S. 1.

faz_11_12_05: oge/holl/pca: Bundesanwalt untersucht Völklinger Spur. In: FAZ, 05.12.2011, S. 1.

faz_11_12_07: Müller, R.: „Es gibt keine informellen Deals mit Beate Zschäpe“. In: FAZ, 07.12.2011, S. 4.

faz_11_12_07b: Mü: „Der NSU hatte viele Unterstützer“. In: FAZ, 07.12.2011, S. 1.

faz_11_12_08: pca: Leutheusser lehnt Friedrichs Antiterrorplan ab. In: FAZ, 08.12.2011, S. 1.

faz_11_12_09: P.S.: „Zschäpe keine Vertrauensperson“. In: FAZ, 09.12.2011, S. 4.

faz_11_12_11: Wehner, M.: Geld, Unterschlupf, Waffen. In: FAZ, 11.12.2011, S. 2.

faz_11_12_11b: Quack, G.: Das große Schweigen beim Tee. In: FAZ, 11.12.2011, S. 33.

faz_11_12_12: P.S./pca: Vierter mutmaßlicher Terrorhelfer gefasst. In: FAZ, 12.12.2011, S. 4.

faz_11_12_14: holl/cpm: NPD-Vorsitzender demonstrierte mit Terroristen. In: FAZ, 14.12.2011, S. 1.

faz_11_12_15: holl: Morde zum „Erhalt der Nation“. In: FAZ, 15.12.2011, S. 4.

faz_11_12_18: Wehner, M.: Grob fahrlässige Wünsche. In: FAZ, 18.12.2011, S. 14.

faz_11_12_19: cpm/pca: Thüringer Verfassungsschutz wollte Terror-Trio Geld zukommen lassen. In: FAZ, 19.12.2011, S. 2.

faz_11_12_21: Carstens, P.: Verdacht und Zweifel. In: FAZ, 21.12.2011, S. 4.

faz_11_12_22: Müller, C. P.: Das Puzzle von Zwickau. In: FAZ, 22.12.2011, S. 4.

faz_12_01_02: pca: „Behörden haben NSU beobachtet“. In: FAZ, 02.01.2012, S. 4.

faz_12_01_09: reb: NSU-Mordversuch in Duisburg? In: FAZ, 09.01.2012, S. 2.

faz_12_01_10: cpm: Thüringer NSU-Ermittler von Vorwürfen entlastet. In: FAZ, 10.01.2012, S. 4.

faz_12_01_11: dpa: NSU-Mord auch in Berlin? In: FAZ, 11.01.2012, S. 4.

faz_12_01_13: P.S.: Sachsen will nach NSU-Terror weniger Polizistenstellen streichen. In: FAZ, 13.01.2012, S. 4.

faz_12_01_22: Wehner, M.: Ein scheinbar bürgerliches Leben. In: FAZ, 22.01.2012, S. 8.

faz_12_01_22b: mwe: Schweiz ermittelt zum NSU. In: FAZ, 22.01.2012, S. 1.

faz_12_01_23: pca/löw: Friedrich lehnt Bündelung von Verfassungsschutz ab. In: FAZ, 23.01.2012, S. 1.

faz_12_01_25: pca: Schröder will Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus. In: FAZ, 25.01.2012, S. 4.

faz_12_01_26: pca: Razzia gegen mutmaßliche NSU-Helfer. In: FAZ, 26.01.2012, S. 1.

faz_12_02_02: pca: Mutmaßlicher NSU-Helfer wegen Beihilfe zu sechs Morden verhaftet. In: FAZ, 02.02.2012, S. 1.

faz_12_02_03: Carstens, P.: Bei Mord stets gerne behilflich. In: FAZ, 03.02.2012, S. 4.

faz_12_02_04: pca: Debatte über NPD-Verbot. In: FAZ, 04.02.2012, S. 4.

faz_12_02_10: Carstens, P.: Aufklärer. In: FAZ, 10.02.2012, S. 8.

faz_12_02_10b: pca: NSU-Untersuchungsausschuss soll „Doppelarbeit“ vermeiden. In: FAZ, 10.02.2012, S. 4.

faz_12_02_11: dpa: Inland in Kürze. In: FAZ, 11.02.2012, S. 4.

faz_12_02_12: Burger, R./Wiesner, M.: Hinterm Regenbogen. In: FAZ, 12.02.2012, S. 7.

faz_12_02_13: löw: Bundesanwälte bitten Amerikaner um Hilfe bei NSU-Ermittlungen. In: FAZ, 13.02.2012, S. 4.

faz_12_02_17: cpm/johe: Zschäpe soll vor Ausschuss aussagen. In: FAZ, 17.02.2012, S. 4.

faz_12_02_17b: Rossmann, A.: Rechte Migranten. In: FAZ, 17.02.2012, S. 34.

faz_12_02_23: du: Ermittlungen zum NSU in der Schweiz. In: FAZ, 23.02.2012, S. 4.

faz_12_02_24: F.A.Z.: Carsten S. gesteht Waffenlieferung. In: FAZ, 24.02.2012, S. 2.

faz_12_02_26: Carstens, P.: Zerbrechliches Vertrauen. In: FAZ, 26.02.2012, S. 12.

faz_12_02_27: pca: „André E, war NSU-Mitglied“. In: FAZ, 27.02.2012, S. 4.

faz_12_02_27b: cpm: Umbenennung unwahrscheinlich. In: FAZ, 27.02.2012, S. 4.

faz_12_02_27c: pan: Täter. In: FAZ, 27.02.2012, S. 10.

faz_12_03_01: pca: „Haftgrund Schwerkriminalität“. In: FAZ, 01.03.2012, S. 4.

faz_12_03_08: dpa: Ausschuss zum NSU in Sachsen. In: FAZ, 08.03.2012, S. 4.

faz_12_03_11: Wehner, M.: Einige muss man laufenlassen. In: FAZ, 11.03.2012, S. 7.

faz_12_03_12: F.A.Z.: Einige NSU-Taten bereits verjährt. In: FAZ, 12.03.2012, S. 5.

faz_12_03_14: pca/reb: Ditib: Muslime sollen sich aktiver beteiligen. In: FAZ, 14.03.2012, S. 1.

faz_12_03_15: Mü: Die nächste Station. In: FAZ, 15.03.2012, S. 10.

faz_12_03_18: mwe: Der NPD-Mann im NSU-Untersuchungsausschuss. In: FAZ, 18.03.2012, S. 11.

faz_12_03_21: Carstens, P.: Möglicherweise verfassungsfeindlich. In: FAZ, 21.03.2012, S. 4.

faz_12_03_21b: maxw: Ministerium schweigt. In: FAZ, 21.03.2012, S. 31.

faz_12_03_25: Lohse, E./Wehner, M.: „Die NSU-Morde sind unser 11. September“. In: FAZ, 25.03.2012, S. 5.

faz_12_03_25b: elo/mwe: Range will mehr Rechte. In: FAZ, 25.03.2012, S. 1.

faz_12_03_26: pca: SPD will NPD-Verbot durch neues Straftatenregister fördern. In: FAZ, 26.03.2012, S. 4.

faz_12_03_28: rso: Kannte Polizistin ihre Mörder? In: FAZ, 28.03.2012, S. 4.

faz_12_03_30: F.A.Z.: NSU schon 2002 in Szene bekannt? In: FAZ, 30.03.2012, S. 4.

faz_12_04_04: cpm: Mahnmale für NSU-Opfer in sieben Städten geplant. In: FAZ, 04.04.2012, S. 4.

faz_12_04_05: P.S.: Inland in Kürze. In: FAZ, 05.04.2012, S. 4.

faz_12_04_16: pca: Ermittler übersahen Spur zu NSU. In: FAZ, 16.04.2012, S. 4.

faz_12_04_19: miha: Ich denke an die Opfer. In: FAZ, 19.04.2012, S. 33.

faz_12_04_21: sat: Schilly: Schwerwiegender Irrtum. In: FAZ, 21.04.2012, S. 7.

faz_12_04_27: Carstens, P.: Sehr nah dran, aber leider auch weit weg. In: FAZ, 27.04.2012, S. 5.

faz_12_04_29: Meier, H.: Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen! In: FAZ, 29.04.2012, S. 13.

faz_12_05_11: pca: NSU-Ermittler eröffneten falsche Dönerbude. In: FAZ, 11.05.2012, S. 4.

faz_12_05_12: Hefty, G. P.: Aus verschiedenen Ecken. In: FAZ, 12.05.2012, S. 1.

faz_12_05_16: cpm: „Katastrophale und erbärmliche Fehler der Thüringer Behörden“. In: FAZ, 16.05.2012, S. 4.

faz_12_05_20: marw: Die Eitelkeiten der Ermittler. In: FAZ, 20.05.2012, S. 7.

faz_12_05_22: cpm: Wichtiges in Kürze. In: FAZ, 22.05.2012, S. 6.

faz_12_05_25: Mü: Roter Faden. In: FAZ, 25.05.2012, S. 10.

faz_12_05_25b: pca: Beckstein: Keine Versäumnisse in Bayern. In: FAZ, 25.05.2012, S. 1.

faz_12_05_26: pca: Mutmaßlicher NSU-Helfer aus Haft entlassen. In: FAZ, 26.05.2012, S. 1.

faz_12_05_30: pca: Weitere NSU-Helfer auf freiem Fuß. In: FAZ, 30.05.2012, S. 1.

faz_12_05_31: cpm: Inland in Kürze. In: FAZ, 31.05.2012, S. 4.

faz_12_06_02: Carstens, P.: Niederlage im Rechtsstaat. In: FAZ, 02.06.2012, S. 5.

faz_12_06_11: rso: Inland in Kürze. In: FAZ, 11.06.2012, S. 4.

faz_12_06_12: rso: Kritik an Baden-Württembergs Integrationsministerin Öney. In: FAZ, 12.06.2012, S. 5.

faz_12_06_15: pca: Mutmaßlicher NSU-Helfer aus Haft entlassen. In: FAZ, 15.06.2012, S. 4.

faz_12_06_16: pca: Inland in Kürze. In: FAZ, 16.06.2012, S. 4.

faz_12_06_16b: rso: Öney will jetzt nur noch Deutsch sprechen. In: FAZ, 16.06.2012, S. 4.

faz_12_06_23: jbe: Kritik an NSU-Ermittlern. In: FAZ, 23.06.2012, S. 4.

faz_12_06_25: dpa: Wichtiges in Kürze. In: FAZ, 25.06.2012, S. 5.

faz_12_06_28: dpa: Inland in Kürze. In: FAZ, 28.06.2012, S. 4.

faz_12_06_29: isk: Verfassungsschutz ermittelt gegen Referatsleiter. In: FAZ, 29.06.2012, S. 4.

faz_12_06_29b: kum: Versagen. In: FAZ, 29.06.2012, S. 10.

faz_12_06_30: pca/isk: Empörung über Verfassungsschutz. In: FAZ, 30.06.2012, S. 4.

faz_12_07_01: mwe: Vernichtete Akten zum NSU. In: FAZ, 01.07.2012, S. 5.

faz_12_07_02: löw: Weiter Kritik am Verfassungsschutz. In: FAZ, 02.07.2012, S. 4.

faz_12_07_03: Müller, C. P.: Eine ziemlich schlappe Leistung. In: FAZ, 03.07.2012, S. 3.

faz_12_07_03b: Bannas, G.: Über Treppe, Tonfall und Tusche gestolpert. In: FAZ, 03.07.2012, S. 3.

faz_12_07_03c: Holl, T.: Das große Hessenquiz. In: FAZ, 03.07.2012, S. 3.

faz_12_07_03d: ban: Verfassungsschutzpräsident Fromm bittet um Entlassung. In: FAZ, 03.07.2012, S. 1.

faz_12_07_03e: von Altenbockum, J.: Fromms Protest. In: FAZ, 03.07.2012, S. 1.

faz_12_07_04: sat/holl: 'Fromm nicht allein zum Sündenbock machen'. In: FAZ, 04.07.2012, S. 4.

faz_12_07_05: sat/cpm/ff: Zwickauer Trio arbeitete Verfassungsschutz nicht zu. In: FAZ, 05.07.2012, S. 1.

faz_12_07_05b: Müller, C. P.: Fehler im System. In: FAZ, 05.07.2012, S. 1.

faz_12_07_06: Iskandar, K.: Mehr als eine Randnotiz. In: FAZ, 06.07.2012, S. 2.

faz_12_07_06b: sat/P.S.: Fromm fühlt sich von Mitarbeitern hinters Licht geführt. In: FAZ, 06.07.2012, S. 1.

faz_12_07_07: Sattar, M.: Zwischen Ratlosigkeit und Zorn. In: FAZ, 07.07.2012, S. 2.

faz_12_07_07b: von Altenbockum, J.: Das System Verfassungsschutz. In: FAZ, 07.07.2012, S. 10.

- faz_12_07_08*: Wehner, M.: Schnipsel, Lügen, Sensationen. In: FAZ, 08.07.2012, S. 4.
- faz_12_07_10*: cpm/holl: Länder uneins über stärkere Rolle des Bundes. In: FAZ, 10.07.2012, S. 4.
- faz_12_07_11*: holl/isk: Weitere Vorwürfe gegen Bouffier. In: FAZ, 11.07.2012, S. 3.
- faz_12_07_11b*: Müller, C. P.: ,Wenn Sie es genau wissen wollen: Ich war betrunken'. In: FAZ, 11.07.2012, S. 3.
- faz_12_07_12*: P.S.: Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes tritt zurück. In: FAZ, 12.07.2012, S. 4.
- faz_12_07_12b*: sat: ,Der MAD ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Bundeswehr'. In: FAZ, 12.07.2012, S. 4.
- faz_12_07_12c*: P.S.: Wieder Rücktritt nach Fehler bei NSU-Ermittlung. In: FAZ, 12.07.2012, S. 1.
- faz_12_07_13*: Schilder, P.: Mit einem Achselzucken. In: FAZ, 13.07.2012, S. 2.
- faz_12_07_15*: marw: Erinnerungslücken. In: FAZ, 15.07.2012, S. 8.
- faz_12_07_16*: dpa: Neue Akten zu NSU aufgetaucht. In: FAZ, 16.07.2012, S. 4.
- faz_12_07_17*: cpm: Geibert: Keine Homöopathie. In: FAZ, 17.07.2012, S. 4.
- faz_12_07_18*: cpm: ,Neuanfang beim Verfassungsschutz'. In: FAZ, 18.07.2012, S. 4.
- faz_12_07_19*: ban: Fromm warnt vor islamistischen Einzeltätern. In: FAZ, 19.07.2012, S. 4.
- faz_12_07_21*: pca: Weitere Unregelmäßigkeiten beim Umgang mit Akten. In: FAZ, 21.07.2012, S. 4.
- faz_12_08_01*: sat: Innenminister Friedrich stellt sich der Bundespolizei. In: FAZ, 01.08.2012, S. 2.
- faz_12_08_03*: Soldt, R.: Bringt ein Blutstropfen das Fass zum Überlaufen? In: FAZ, 03.08.2012, S. 4.
- faz_12_08_04*: rso: Abermals Kritik an NSU-Ermittlern. In: FAZ, 04.08.2012, S. 4.
- faz_12_08_11*: F.A.Z.: Polizei überprüft Tausende Akten für NSU-Ausschüsse. In: FAZ, 11.08.2012, S. 4.
- faz_12_08_11b*: pca: Grundlegende Reform des Verfassungsschutzes. In: FAZ, 11.08.2012, S. 1.
- faz_12_08_12*: Soldt, R.: Unordnung im Fall Kiesewetter. In: FAZ, 12.08.2012, S. 5.

faz_12_08_13: dpa: Inland in Kürze. In: FAZ, 13.08.2012, S. 4.

faz_12_08_14: rso: Inland in Kürze. In: FAZ, 14.08.2012, S. 4.

faz_12_08_17: Carstens, P.: Parteiübergreifende Verwunderung. In: FAZ, 17.08.2012, S. 10.

faz_12_08_20: dpa: Inland in Kürze. In: FAZ, 20.08.2012, S. 4.

faz_12_08_23: Schilder, P.: Ein Geheimdienst, der nicht alles geheim hält. In: FAZ, 23.08.2012, S. 4.

faz_12_08_23b: rso: „Rüge für Polizisten war zu milde“. In: FAZ, 23.08.2012, S. 4.

faz_12_08_24: von Altenbockum, J.: Giftpilz. In: FAZ, 01.08.2012, S. 1.

faz_12_08_25: von Altenbockum, J.: Lichtenhagen. In: FAZ, 25.08.2012, S. 1.

faz_12_08_28: Müller, R.: Offene Geheimnisse. In: FAZ, 28.08.2012, S. 1.

faz_12_08_29: kum: Überfällig. In: FAZ, 29.08.2012, S. 10.

faz_12_08_29b: pca: Innenminister einig über Reform des Verfassungsschutzes. In: FAZ, 29.08.2012, S. 1.

faz_12_09_03: dpa: Inland in Kürze. In: FAZ, 03.09.2012, S. 4.

faz_12_09_05: Wolffsohn, M.: München 1972. In: FAZ, 05.09.2012, S. 8.

faz_12_09_10: dpa: Inland in Kürze. In: FAZ, 10.09.2012, S. 4.

faz_12_09_11: dpa: NSU-Ausschuss will Schäuble und Schilly vorladen. In: FAZ, 11.09.2012, S. 4.

faz_12_09_11b: cpm: Roewer macht anderen Behörden Vorwürfe. In: FAZ, 11.09.2012, S. 4.

faz_12_09_12: Bender, J.: Der Abgrund zwischen den Aktendeckeln. In: FAZ, 12.09.2012, S. 4.

faz_12_09_12b: rab: Unvorstellbar. In: FAZ, 12.09.2012, S. 10.

faz_12_09_12c: jbe: NSU-Ausschuss über Militärgeheimdienst empört. In: FAZ, 12.09.2012, S. 1.

faz_12_09_13: Lt: Merkel sicher Aufklärung zu. In: FAZ, 13.09.2012, S. 5.

faz_12_09_15: sat: Kritik an Berliner Innensenator. In: FAZ, 15.09.2012, S. 4.

faz_12_09_16: Wehner, M.: Der V-Mann half dem NSU. In: FAZ, 16.09.2012, S. 5.

faz_12_09_16b: mwe: NSU: Die nächste Panne. In: FAZ, 16.09.2012, S. 1.

faz_12_09_17: pca: Verfassungsschutz bescheinigte Terrorhelfer besondere Staatstreue. In: FAZ, 17.09.2012, S. 4.

faz_12_09_18: sat: Merkel kritisiert NSU-Aufklärung: „An etlichen Stellen“ läuft es nicht. In: FAZ, 18.09.2012, S. 4.

faz_12_09_19: von Altenbockum, J.: Am Pranger. In: FAZ, 19.09.2012, S. 1.

faz_12_09_21: sat: Weiterer V-Mann im NSU-Umfeld? In: FAZ, 21.09.2012, S. 2.

faz_12_09_24: Lt: Herkunft von NSU-Waffen unklar. In: FAZ, 24.09.2012, S. 2.

faz_12_09_25: Burger, R.: Gedenkstein für ein NSU-Opfer. In: FAZ, 25.09.2012, S. 2.

faz_12_09_27: pca: War ein NSU-Verdächtiger V-Mann? In: FAZ, 27.09.2012, S. 1.

faz_12_09_27b: AFP: Inland in Kürze. In: FAZ, 27.09.2012, S. 5.

faz_12_09_28: pca/mk: Henkel beauftragt Sonderermittler zu V-Mann-Affäre. In: FAZ, 28.09.2012, S. 4.

faz_12_09_29: pca: Bouffier bestreitet Behinderung von NSU-Ermittlungen. In: FAZ, 29.09.2012, S. 4.

faz_12_10_02: cpm: Hahn: Der Islam gehört zu Hessen. In: FAZ, 02.10.2012, S. 4.

faz_12_10_08: dapd: „Wohlleben doch kein V-Mann“. In: FAZ, 08.10.2012, S. 4.

faz_12_10_08b: gey: Vernagelt. In: FAZ, 08.10.2012, S. 27.

faz_12_10_09: cpm: NSU-Akten: Kritik an Thüringen. In: FAZ, 09.10.2012, S. 4.

faz_12_10_11: cpm: Geibert verteidigt Weitergabe von Akten. In: FAZ, 11.10.2012, S. 4.

faz_12_10_12: Reuters: Inland in Kürze. In: FAZ, 12.10.2012, S. 4.

faz_12_10_15: dpa: NSU-Prozess wohl in München. In: FAZ, 15.10.2012, S. 4.

faz_12_10_18: pca: NSU-Untersuchungsausschuss beschwert sich bei Friedrich. In: FAZ, 18.10.2012, S. 4.

faz_12_10_18b: Müller, C. P.: Der Ausschuss und die Klarnamen. In: FAZ, 18.10.2012, S. 4.

faz_12_10_19: pca: Streitbarer Auftritt im NSU-Untersuchungsausschuss. In: FAZ, 19.10.2012, S. 1.

faz_12_10_19b: Müller, R.: Scherbengericht. In: FAZ, 19.10.2012, S. 1.

faz_12_10_26: pca: Bundeskriminalamt verteidigt Ermittlungen zu NSU-Mordserie. In: FAZ, 26.10.2012, S. 4.

faz_12_10_28: Wehner, M.: Kette des Versagens. In: FAZ, 28.10.2012, S. 14.

faz_12_11_02: pca: Friedrich: Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus stärken. In: FAZ, 02.11.2012, S. 4.

faz_12_11_03: Carstens, P.: Den Opfern schuldig. In: FAZ, 03.11.2012, S. 3.

faz_12_11_03b: pca: Gedenken zum Jahrestag der Aufdeckung der Terrorzelle NSU. In: FAZ, 03.11.2012, S. 2.

faz_12_11_05: F.A.Z.: Friedrich: Das Entsetzen lässt nicht nach. In: FAZ, 05.11.2012, S. 1.

faz_12_11_05b: von Altenbockum, J.: Mentalitäten. In: FAZ, 05.11.2012, S. 1.

faz_12_11_07: pca: Die Verbrechen des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘. In: FAZ, 07.11.2012, S. 3.

faz_12_11_07b: Schäffer, A.: Die Frau und der Terror. In: FAZ, 07.11.2012, S. 3.

faz_12_11_07c: pca/ff: ‚In Kürze‘ Anklage gegen Beate Zschäpe und vier NSU-Helfer. In: FAZ, 07.11.2012, S. 1.

faz_12_11_08: mk: Schmid bereut Aktenvernichtung. In: FAZ, 08.11.2012, S. 7.

faz_12_11_09: pca: Grüne: Totalversagen der Behörden. In: FAZ, 09.11.2012, S. 4.

faz_12_11_09b: ff: ‚Beate Zschäpe ist Mittäterin gewesen‘. In: FAZ, 09.11.2012, S. 4.

faz_12_11_09c: Müller, R.: Die Anklage. In: FAZ, 09.11.2012, S. 10.

faz_12_11_09d: ff: Zschäpe wegen Mordes angeklagt. In: FAZ, 09.11.2012, S. 1.

ZEIT

Oktoberfestattentat

zeit_80_10_03: Naumann, M.: Wie sicher ist Deutschland? In: ZEIT, 03.10.1980, S. 25.

zeit_80_10_03b: Dudek, P.: Wehe, wenn sie losgelassen. In: ZEIT, 03.10.1980, S. 55.

-
- zeit_80_10_03c*: Strothmann, D.: Kein Märchen vom bösen Wolf. In: ZEIT, 03.10.1980, S. 5.
- zeit_80_10_03d*: o.V.: Spaziergänger mit Rucksack. In: ZEIT, 03.10.1980, S. 25.
- zeit_80_10_03e*: Grunenberg, N.: Nach dem Grauen keine Anstandsfrist. In: ZEIT, 03.10.1980, S. 4.
- zeit_80_10_03f*: Henkel, R.: Einfach abgesetzt. In: ZEIT, 03.10.1980, S. 14.
- zeit_80_10_03g*: o.V.: Eine Chronik des Terrors. In: ZEIT, 03.10.1980, S. 27.
- zeit_80_10_10*: D. St.: Nachrichten über die Bombe. In: ZEIT, 10.10.1980, S. 1.
- zeit_80_10_17*: Kühnert, H.: Im Zweifel für Köhler. In: ZEIT, 17.10.1980, S. 21.
- zeit_80_10_24*: Zimmer, D. E.: Die Trauer, die wir nicht fühlen. In: ZEIT, 24.10.1980, S. 74.
- zeit_80_10_24b*: Henkel, R.: Sofort geht gar nichts! In: ZEIT, 24.10.1980, S. 13.
- zeit_80_10_31*: Campbell, D.: Versteck für deutsche Kameraden. In: ZEIT, 31.10.1980, S. 11.
- zeit_80_10_31b*: Strothmann, D.: Nazis aller Länder.... In: ZEIT, 31.10.1980, S. 9.
- zeit_80_10_31c*: Brunner, E.: Der Traum vom Vierten Reich. In: ZEIT, 31.10.1980, S. 12.
- zeit_80_10_31f*: Muenster, P.: Flämische Minderwertigkeitskomplexe. In: ZEIT, 31.10.1980, S. 11.
- zeit_80_11_14*: Henkel, R.: Rüffel für Strauß. In: ZEIT, 14.11.1980, S. 26.
- zeit_80_11_21*: Schneider, R.: Jugos statt Juden. In: ZEIT, 21.10.1980, S. 55.
- zeit_81_01_02*: R. Z.: Rechte aus dem Osten? In: ZEIT, 02.01.1981, S. 1.
- zeit_81_03_20*: Hofmann, G.: Mitgegangen, mitgefangen. In: ZEIT, 20.03.1981, S. 3.
- zeit_81_06_26*: g. t.: ,Den Dschungel lichten'. In: ZEIT, 26.06.1981, S. 8.
- zeit_81_10_30*: Musall, B.: Eine Internationale der Neonazis? In: ZEIT, 30.10.1981, S. 8.

Rostock-Lichtenhagen

- zeit_92_08_28*: Brandt, E.-M.: ,Endlich is' hier was los, Schnucki'. In: ZEIT, 28.08.1992, S. 2.
- zeit_92_08_28b*: Leicht, R.: Anschlag auf die Republik. In: ZEIT, 28.08.1992, S. 1.
- zeit_92_09_04*: Romeo, A.: Die Leute verteufeln, was sie nicht kennen. In: ZEIT, 04.09.1992, S. 10.

- zeit_92_09_04b*: Kempowski, W.: Wir leben in einem Irrenhaus. In: ZEIT, 04.09.1992, S. 10.
- zeit_92_09_04c*: Brandt, E.-M./Gehrman, W./Schröm, O.: Brandstifter und Biedermänner. In: ZEIT, 04.09.1992, S. 11.
- zeit_92_09_04d*: Hofmann, G.: Jetzt hilft kein Wegsehen mehr. In: ZEIT, 04.09.1992, S. 1.
- zeit_92_09_04e*: Schulz, P.: Menschen brauchen eine Perspektive. In: ZEIT, 04.09.1992, S. 10.
- zeit_92_09_11*: Claussen, D.: Rache an der neuen Welt. In: ZEIT, 11.09.1992, S. 12.
- zeit_92_09_11b*: Dachs, G.: Wie eine Öllache übers Land. In: ZEIT, 11.09.1992, S. 2.
- zeit_92_09_18*: Brandt, E.-M.: „Hier ist nicht Rostock“. In: ZEIT, 18.09.1992, S. 2.
- zeit_92_09_18b*: Fritz-Vannahme, J.: Einer treibt den anderen. In: ZEIT, 18.09.1992, S. 6.
- zeit_92_09_18c*: Rückert, S./Schwelien, M.: Die Zigeuner sind da! In: ZEIT, 18.09.1992, S. 17.
- zeit_92_09_25*: Klingst, M.: Die Ohnmacht der neuen Ordnung. In: ZEIT, 25.09.1992, S. 9.
- zeit_92_10_02*: Schwan, G.: Die Demokratie wird brüchig. In: ZEIT, 02.10.1992, S. 6.
- zeit_92_10_16*: Hofmann, G.: Die Radikalität kommt aus der Mitte. In: ZEIT, 16.10.1992, S. 3.
- zeit_92_10_16b*: Dachs, G./Grill, B.: Die Gesellschaft löst sich auf. In: ZEIT, 16.10.1992, S. 4.
- zeit_92_11_06*: Leicht, R.: Verfassung in Gefahr. In: ZEIT, 06.11.1992, S. 1.
- zeit_92_12_11*: Kleine-Brockhoff, T./Kruse, K./Stock, U.: Mölln, Deutschland. In: ZEIT, 11.12.1992, S. 20.
- zeit_92_12_11b*: Kuhn, H.: Der große Katzenjammer. In: ZEIT, 11.12.1992, S. 96.
- zeit_93_01_01*: Dachs, G.: „Den Haß krieg‘ ich nicht mehr los“. In: ZEIT, 01.01.1993, S. 2.
- zeit_93_02_05*: Sichtermann, B.: Mehl in der Soße. In: ZEIT, 05.02.1993, S. 64.
- zeit_93_02_12*: Birnbaum, N.: Ein Winter der deutschen Verwirrung. In: ZEIT, 12.02.1993, S. 3.
- zeit_93_05_21*: Klingst, M.: Die Tücken der Praxis. In: ZEIT, 21.05.1993, S. 4.
- zeit_93_06_04*: Erenz, B.: Lehrer Rühe. In: ZEIT, 04.06.1993, S. 45.
- zeit_93_06_04b*: Sommer, T.: Fremde zu Bürgern machen. In: ZEIT, 04.06.1993, S. 1.
- zeit_93_07_16*: Fritz-Vannahme, Hofmann, G.: Wollen sie wirklich die Wahrheit? In: ZEIT, 16.07.1993, S. 2.

zeit_93_08_13: Drieschner, F.: Glatzenpflege auf Staatskosten. In: ZEIT, 13.08.1993, S. 50.

zeit_93_08_20: Morshäuser, B.: Die guten Menschen von Deutschland. In: ZEIT, 20.08.1993, S. 32.

,NSU' – Zweite Phase

zeit_11_11_17: Hünniger, A.: Sind sie die finsternen Kinder der Einheit? In: ZEIT, 17.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_17b: Kraske, M.: ,Man lebt für den Tag X'. In: ZEIT, 17.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_17c: Machowecz, M.: Wer war ihr letztes Opfer? In: ZEIT, 17.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_17d: Topçu, Ö.: Nur ein Türke? In: ZEIT, 17.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_24: Kemper, A.: 15 Minuten Größenwahn. In: ZEIT, 24.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_24b: Machowecz, M.: Wir doch nicht! In: ZEIT, 24.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_24c: Probst, M.: Der falsche Frieden. In: ZEIT, 24.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_24d: Dieckmann, C.: Hier doch nicht! In: ZEIT, 24.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_24e: Denso, C.: Mach nicht schlapp. In: ZEIT, 24.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_11_24f: Bittner, J.: ,Absichtsvoll schiefgegangen'. In: ZEIT, 24.11.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_12_01: Denso, C.: Eine kriminelle Vereinigung. In: ZEIT, 01.12.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_12_01b: Martensetein, H.: ,Ich las neue Pauschalurteile, neue Verschwörungstheorien'. In: ZEIT, 01.12.2011, Seite unbekannt.

zeit_11_12_15: Kemper, A.: Tief im Westen. In: ZEIT, 15.12.2011, Seite unbekannt.

zeit_12_01_05: Donsbach, W.: Gehen wir in die Offensive! In: ZEIT, 05.01.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_02_02: Topçu, Ö.: Den Abgrund ausmessen. In: ZEIT, 02.02.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_02_09: Lau, M.: Wider den ,braunen Dreck'. In: ZEIT, 09.02.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_02_09b: Denso, C.: Die zwei Leben des Carsten S.. In: ZEIT, 09.02.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_02_16: Lau, M.: Ein anderes Kaliber. In: ZEIT, 16.02.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_02_23: Topçu, Ö.: Türken rein oder raus? In: ZEIT, 23.02.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_02_23b: Kahane, A.: Obwohl sie zu uns gehören. In: ZEIT, 23.02.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_03_01: Alvares de Souza Soares, P.: In der Halit-Straße. In: ZEIT, 12.03.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_04_26: Aust, S.: Tod im Grunewald. In: ZEIT, 26.04.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_05_03: Lau, M.: Wer übersah Spur 195? In: ZEIT, 03.05.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_05_31: Fuchs, C./Goetz, J.: Beate, die braune Witwe. In: ZEIT, 31.05.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_07_05: Gaserow, V.: Die letzte Nacht des Burak B. In: ZEIT, 05.07.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_07_05b: Machowecz, M.: Waren da noch Fragen? In: ZEIT, 05.07.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_07_05c: Wefing, H.: Eine Staatsaffäre. In: ZEIT, 05.07.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_07_05d: Bittner, J.: Erst gelöscht, dann gelogen. In: ZEIT, 05.07.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_07_05e: Hähnig, A.: Gibt es schon Antworten? In: ZEIT, 05.07.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_07_26: Helmbrecht, M.: ,Meine' Nazis? In: ZEIT, 26.07.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_08_02: Lau, M.: Der Antiautoritäre. In: ZEIT, 02.08.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_08_16: Machowecz, M.: Lieber lauter streiten. In: ZEIT, 16.08.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_08_30: Staas, C.: ,1972 war kein Wendepunkt'. In: ZEIT, 30.08.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_09_20: Lau, M.: NSU – warum mauern die Behörden? In: ZEIT, 20.09.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_09_27: Lau, M.: Die Gefahr vom rechten Rand. In: ZEIT, 27.09.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_10_11: Topçu, Ö.: ,Er starb in meinen Armen'. In: ZEIT, 11.10.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_10_11b: Lau, M.: Union der Sprachlosen. In: ZEIT, 11.10.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_10_18: Lau, M.: Nazis im Staatsdienst. In: ZEIT, 18.10.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_10_25: Staud, T.: Wie gefährlich sind die untergetauchten Neonazis? In: ZEIT, 25.10.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_11_08: Staud, T.: Generation Nazi. In: ZEIT, 08.11.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_11_15: Löbbert, R.: Zeigen, was war. In: ZEIT, 15.11.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_11_22: Simon, J.: Das zweite Trauma. In: ZEIT, 22.11.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_11_22b: Machowecz, M.: Verstanden? In: ZEIT, 22.11.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_11_22c: Machowecz, M./Schirmer, S.: „Ich nehme den Vorfall ernst“. In: ZEIT, 22.11.2012, Seite unbekannt.

zeit_12_11_29: Machowecz, M./Schirmer, S.: „Das ist so etwas wie eine Staatsräson“. In: ZEIT, 29.11.2012, Seite unbekannt.